JAHRBUCH

DER

GESELLSCHAFT FÜR GESCHICHTE DER JUDEN IN DER ČECHOSLOVAKISCHEN REPUBLIK

—

HERAUSGEGEBEN VON Prof. SAMUEL STEINHERZ

—

NEUNTER JAHRGANG · PRAG MCMXXXVIII

IN KOMMISSION BEI
TAUSSIG U. TAUSSIG VERLAGSBUCHHANDLUNG IN PRAG

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

REDAKTIONSKOMITEE

—

Bergl Josef, Dr., Sektionsrat i. R. (Prag);

Engel Alfred, Dr., Professor (Brünn);

Kisch Guido, Dr., Univ.-Professor i. R. (derzeit in New York);

Lieben Salomon Hugo, Dr., Professor (Prag);

Prokeš Jaroslav, Dr., Universitätsprofessor und Vorstand des Archivs des Ministeriums des Innern (Prag);

Steinherz Samuel, Dr., Universitätsprofessor i. R. (Prag).

Druck von Heinr. Mercy Sohn in Prag

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

INHALTSVERZEICHNIS

Guido Kisch	Otto Stobbe und die Rechtsgeschichte der Juden	1
J. Kahan	Or Sarua als Geschichtsquelle	43
B. Suler	Rabbinische Geschichtsquellen	101
Samuel Steinherz	Sage und Geschichte	171
Michael Rachmuth	Zur Geschichte der Juden in Teltsch	199
Josef Hrásky	Ein Beitrag zur Kenntnis der Judensiedlungen in Böhmen in den Jahren 1650 und 1674	243
Tobias Jakobovits	Die Brandkatastrophe in Nachod und die Austreibung der Juden aus Böhm.-Skalitz (1663—1705)	271
S. H. Lieben	Megilla Samuel	307
Wenzel Žáček	Zwei Beiträge zur Geschichte des Frankismus in den böhmischen Ländern	343
František Roubík	Von den Anfängen des Vereines für Verbesserung des israelitischen Kultus in Böhmen	411
Heinrich Flesch	Zwei Testamente des Simon Biach	449
L. Moses	Der gelbe Fleck in Prag	459
Samuel Steinherz	Nachruf: Berthold Bretholz, Moritz Winternitz	463

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Otto Stobbe
und die Rechtsgeschichte der Juden

Von Guido Kisch

—

ÜBERSICHT:

I. Stobbes Rechtsgeschichte der Juden. S. 1.
II. Neue Aufgaben der Rechtsgeschichte der Juden. S. 11.
III. Die Erforschung der Rechtsgeschichte der Juden. S. 20.
Anhang: Neue Literatur zur Rechtsgeschichte der Juden. S. 37.

—

I.

STOBBES RECHTSGESCHICHTE DER JUDEN

Kaum ein Teilgebiet aus der Geschichte der Juden ist bisher so vernachlässigt worden wie die Rechtsgeschichte der Juden in mittelalterlicher und neuerer Zeit. Es handelt sich um ein ganz großes wissenschaftliches Sondergebiet, ja um eine selbständige Wissenschaft mit weiter Verzweigung, die zeitlich etwa anderthalb Jahrtausende umfassend, sachlich ebenso in der Geschichte wie im Recht verwurzelt, eine ungeahnte Fülle von rechtsgeschichtlichem Material und von historischen, juristischen und soziologischen Problemen darbietet. Sie haben sich bis in die Gegenwart hinein noch immer fast vollständig systematischer wissenschaftlicher Bearbeitung, historischer Sammlung, juristischer gedanklicher Erfassung und soziologischer Beleuchtung entzogen. Und doch bedarf es heute weniger denn je einer besonderen Begründung für die Wichtigkeit, die diesem Forschungsgebiet zukommt.

Die Voraussetzungen für eine Rechtsbildung von ähnlicher Geschlossenheit wie im römischen Recht waren bei den Juden wohl im Rahmen der eigenen Staatlichkeit gegeben. Sie erscheinen in bestimmten Grenzen an die politische Selbständigkeit des jüdischen Volkes nicht einmal gebunden, sind als vor ihrer Erreichung schon bestehend zu denken und haben den Untergang des jüdischen Staatswesens sogar überdauert. Seit dem Ende der politischen Selbständigkeit und der nationalen Geschlossenheit sind es dann die Gewalten und Einflüsse der Umwelt, die die rechtliche Stellung der Juden in der Diaspora von außen her bestimmen und ihrem eigenen Rechtsleben vielfach nicht ohne Zwang die Wege weisen. Die Stellung, die dem Juden von und in seiner Um-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

welt in rechtlicher Hinsicht eingeräumt wurde, war natürlich von bestimmendem Einfluß auf seine gesamte geistige und religiöse, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

Von diesem Blickpunkt aus wird die ganze Tragweite des Ausdruckes „*Judenrecht*" verständlich. Man begreift darunter das Sonderrecht für die Juden, die besonderen Rechtsnormen, durch die ihre rechtliche Stellung in den mittelalterlichen Staatsgebilden bestimmt war, welche ihnen Aufnahme gewährt hatten.[1] Die Rechtssätze über die Juden waren aber nicht etwa von einem bestimmten Gesichtspunkt aus gestaltet, von einer eindeutigen politischen Einstellung aus bestimmt; maßgebend waren vielmehr meist bloß Willkür und Berechnung der Machthaber, Zeit, Ort und besondere Umstände ihrer Veranlassung, der ebenso willkürlich jederzeit eine Aufhebung erteilter Befugnisse nachfolgen konnte. Man hat deshalb das Judenrecht des Mittelalters zutreffend als ein „aus zufälligen und verschiedenartigen Begünstigungen und Beschränkungen zusammengesetztes Privilegienrecht" bezeichnet.[2] Die Juden bildeten so das passive Objekt einer staatlichen Judengesetzgebung. Sie stellt die hauptsächlichste Quelle des sogenannten Judenrechts dar, das den Namen somit nach den Juden als Gegenstand jener rechtssetzenden Tätigkeit erhalten hat.

Dieses Judenrecht nun bildet einerseits einen Ausschnitt aus der Geschichte der Juden in den einzelnen Ländern ihrer Niederlassung, zugleich ist es aber andererseits zweifellos auch als Teil der nationalen Rechtsgeschichte zu betrachten. Wohl hatte schon der Begründer der Wissenschaft der deutschen Rechtsgeschichte *Karl Friedrich Eichhorn* den rechtlichen Schicksalen der Juden in Deutschland in seinen rechtshistorischen Werken aufmerksame Beachtung geschenkt.[3] Er ist der erste gewesen, der im 19. Jahrhundert in einer wissenschaftlichen Darstellung der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte den judenrechtlichen Sätzen der deutschen Rechtsbücher Aufmerksamkeit zugewendet hat. Aber die selbständige Wissenschaft, die den Namen einer „*Rechtsgeschichte der Juden*" verdient, ist erst ein halbes Jahrhundert später von dem großen Kenner und emsigen Erforscher der deutschen Rechtsquellen des Mittelalters entdeckt worden, von *Otto Stobbe*, dessen Todestag in diesem Jahre zum fünfzigsten Male wiederkehrte.[4] Sein monumentales klassisches Werk „*Die Juden in Deutschland während des Mittelalters in politischer, sozialer und rechtlicher Beziehung*", im Jahre 1866 in Braunschweig veröffentlicht, bedeutet für dieses Teilgebiet der Rechtsgeschichte dasselbe, ja noch viel mehr als Eichhorns „Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte", jener Grundstein zum modernen Gebäude der germanistischen Rechtsgeschichtswissenschaft für die Gesamtdisziplin. Denn schon die fünfte Auflage von Eichhorns Buch, die 1843 bis 1844

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

erschien, sollte die letzte bleiben. Es mußte anderen führenden Werken den Platz überlassen, nachdem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Wissenschaft der deutschen Rechtsgeschichte und des deutschen Privatrechts in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu glanzvoller Entfaltung gelangt war. Nicht so das Werk von Stobbe. Denn die Rechtsgeschichte der Juden hielt nicht gleichen Schritt mit dem Aufschwung ihrer Mutterwissenschaft. Der Grund dafür ist wohl in der günstigen Entwicklung zu suchen, welche politische Stellung und rechtliche Lage der Juden seit der zweiten Hälfte des 19. und während des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts genommen hatten. Den Problemen um ihre rechtliche und soziale Geschichte wurde weder in Deutschland noch im Auslande größere Aufmerksamkeit geschenkt oder intensivere wissenschaftliche Arbeit gewidmet. Die wenigen beachtenswerten Ausnahmen, die in der Literatur zu verzeichnen sind, vermochten die Stagnation der wissenschaftlichen Erforschung der Judenrechtsgeschichte nicht aufzuhalten. Dies gilt ganz besonders für die Zeit des Mittelalters. So hat Stobbes Werk, welches auf der Grundlage von Einzelforschungen schon einen zusammenfassenden Gesamtüberblick über die Entwicklung der rechtlichen und sozialen Lage der Juden in Deutschland gegeben hatte, bis auf den heutigen Tag seinen Platz in der rechtsgeschichtlichen Literatur behauptet.

Vielleicht erscheint daher der gegenwärtige Zeitpunkt, in welchem modernes Judenschicksal auch Recht und Geschichte der Juden wie kaum je zuvor in den Brennpunkt aktuellen Tagesinteresses gerückt hat, nicht ungeeignet zu einer Betrachtung darüber, was Stobbes unvergängliche Leistung für die Rechtsgeschichte der Juden in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wissenschaftlich bedeutet.

Um das zu ermessen, muß man sich vor allem den Stand der jüdisch-historischen Forschung vor etwa achtzig Jahren vergegenwärtigen, als Stobbe in den Fünfzigerjahren des vorigen Jahrhunderts mit der Sammlung der Quellen für seine umfassende monographische Darstellung der Judenrechtsgeschichte begann. Nur wenige Jahrzehnte vorher – ein Ausklang der ersten geistigen Auseinandersetzungen um die Frage der Judenemanzipation – war die neue „Wissenschaft des Judentums" begründet worden.[5] „Die Juden müssen sich wiederum als rüstige Mitarbeiter an dem gemeinsamen Werke der Menschheit bewähren; sie müssen sich und ihr Prinzip auf den Standpunkt der Wissenschaft erheben, denn dies ist der Standpunkt des europäischen Lebens." So lautete die Forderung, die ihr Schöpfer, Leopold Zunz,[6] an der Spitze seiner neuen „Zeitschrift für die Wissenschaft des Judentums" zur Veröffentlichung brachte. Seit etwa 1830 entfalteten jüdische Geschichtsforscher auf verschiedenen Gebieten eine regsame Tätigkeit und haben aus strenger historisch-philo-

3

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

logischer Schulung eine Reihe wertvoller wissenschaftlicher Leistungen hervorgebracht. Stobbe selbst beschreibt im Vorwort zu seinem Werke „Die Juden in Deutschland" diesen wissenschaftlichen Zustand wie folgt:

> „Wir besitzen aus neuerer Zeit vortreffliche Arbeiten über die Geschichte der Juden, teils allgemeine Werke, teils zahlreiche Forschungen über ihre Verhältnisse an einzelnen Orten oder in einzelnen Ländern. Die allgemeinen Werke beschäftigen sich hauptsächlich mit der inneren Entwicklung des Judentums, ihrer Religion, Philosophie und Literatur und mit den Verfolgungen, weniger eingehend mit ihrer rechtlichen und staatlichen Stellung; die ihrer Lokalgeschichte gewidmeten Abhandlungen enthalten zahlreiche Einzelnheiten, ohne ein deutliches Bild über ihre allgemeine Lage im Mittelalter zu liefern. Ich glaubte daher, keine überflüssige Arbeit zu unternehmen, wenn ich ihre rechtsgeschichtliche Stellung zum Gegenstande meiner Untersuchung machte."

Nun mustere man aber mit kritischem Blick das Literaturverzeichnis, das Stobbe seinem Werke beigegeben hat, und setze damit die wissenschaftlichen Leistungen der letzten achtzig Jahre in Vergleich, in welche freilich Blütezeit und Höhepunkt der Wissenschaft des Judentums in Deutschland fallen. Erst aus einer solchen Betrachtung wird man für Stobbes Leistung den richtigen Maßstab gewinnen. Jene beiden wesentlichsten Gruppen von wissenschaftlichen Werken, welche wichtige Hilfsmittel für eine Darstellung der Rechtsgeschichte der Juden bilden können, Rechtssammlungen und Urkundenwerke einerseits, historische Monographien über die Juden einzelner Städte und Territorien andererseits, sind nur in spärlicher Anzahl und meist in unzulänglicher Qualität vertreten. Immerhin lagen bereits Arbeiten vor wie *K. A. Schaab:* „Diplomatische Geschichte der Juden zu Mainz und dessen Umgebung mit Berücksichtigung ihres Rechtszustandes",[7] *K. Sidori* (= Isidor Keim): „Geschichte der Juden in Sachsen mit besonderer Rücksicht auf ihre Rechtsverhältnisse"[8] und *Gerson Wolf:* „Zur Geschichte der Juden in Worms."[9] An einer geeigneten Sammlung des Quellenstoffes aber, wie er später in *Julius Aronius'* Regesten zur Geschichte der Juden im Fränkischen und Deutschen Reiche bis zum Jahre 1273[10] dargeboten wurde, fehlte es damals noch gänzlich. Das einzige Werk ähnlicher Art, das 1862 erschienen ist, *Meir Wieners* „Regesten zur Geschichte der Juden in Deutschland",[11] zeigt eine wissenschaftlich so minderwertige Bearbeitung, daß es Stobbe eher hemmte als förderte. Er sah sich sogar veranlaßt, im Vorwort die Arbeitsweise des Verfassers zu kennzeichnen und seine eigene Einstellung zu dem Buch ausführlich darzulegen.

Nicht viel besser war es auch um die rechtsgeschichtliche Spezialliteratur bestellt, die Stobbe vorfand. Sie hatte eigentlich nur zwei belangreiche Arbeiten aufzuweisen.[12] Die eine, ein umfassendes zweibändiges Werk, „Die Juden in Österreich vom Standpunkt der Geschichte, des Rechts und des Staatsvorteils", 1842 in Leipzig erschienen, war von dem Vorkämpfer für die Emanzipation der Juden in Österreich *Joseph*

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

von Wertheimer inspiriert und zum Teile verfaßt. Doch rührt der erste historische Teil nicht von ihm selbst her. Das Buch, bezeichnenderweise anonym erschienen, verfolgte vorzüglich apologetische Ziele im Dienste der österreichischen Judenemanzipation,[13] konnte Stobbe daher nur hie und da angeführtes urkundliches Material darbieten. Ihm ging genau um zwanzig Jahre voran eine Studie des bekannten Hegelianers und späteren Berliner Professors der Rechte *Eduard Gans:*[14] „Gesetzgebung über Juden in Rom nach den Quellen des römischen Rechts". Dieser immerhin bemerkenswerte Aufsatz aus der Frühzeit des streitbaren und umstrittenen Savigny-Gegners, der im ersten Hefte der vom neu gegründeten „Verein für Kultur und Wissenschaft des Judentums" herausgegebenen „Zeitschrift für die Wissenschaft des Judentums" 1822 erschien,[15] ist merkwürdigerweise selbst seinem ausgezeichneten und sorgfältigen Biographen Ernst Landsberg entgangen.[15a] Von Gans stammt bekanntlich der Gedanke, die Rechtsgeschichte als Teil der Universalgeschichte, das Recht als Ergebnis der Rechtsentwicklung bei den verschiedensten Völkern der verschiedensten Gegenden und Kulturstufen aufzufassen. Auf diese Idee, deren großartige geschichtliche und juristische Bedeutung erst zwei Menschenalter später wissenschaftlich voll anerkannt und verwertet werden sollte, scheint auch Gans' Studie über die Judengesetzgebung in Rom zurückzugehen. Sie ist zwar ein Torso geblieben und konnte Stobbe nur bei seiner einleitenden Betrachtung über die Rechtsstellung der Juden im römischen Reich nützen. Aber sie erscheint deshalb bemerkenswert, weil Gans einleitungsweise schon richtig die wesentliche Grundlage und die hauptsächlichste Schwierigkeit für eine Darstellung der Geschichte des europäischen Judenrechts erkannt hat. Er forderte als wichtigste Vorarbeit „eine Sammlung aller Gesetze und Verordnungen, welche über Juden, vornehmlich in Europa, erlassen worden sind". „Was aber vorzüglich die Ausführung eines solchen Werkes erschweren dürfte", so fährt Gans fort, „ist der Umstand, daß es weniger die Landesgesetzgebungen und allgemeine Gesetzsammlungen sind, aus denen hier zu schöpfen wäre, als vielmehr die einzelnen Stadtrechte sowohl des deutschen Vaterlandes, als der übrigen europäischen Länder, weil wohl in keinem Teile der öffentlichen Gesetzgebung, das Partikulare und Abweichende mehr beliebt worden als grade in diesem." Deshalb konnte auch die Ausführung seines Planes, „die Gesetzgebungen der verschiedenen europäischen Reiche rücksichtlich der Juden nach und nach zu erläutern", über jene ersten trümmerhaften Anfänge nicht hinaus gedeihen.

Ganz anders gestalteten sich die wissenschaftlichen Verhältnisse für *Otto Stobbe*. Schon seit 1856 mit den Vorarbeiten für seine in den Jahren 1860 und 1864 erschienene zweibändige „Geschichte der deutschen Rechtsquellen" beschäftigt, hatte er das weitschichtige Material aller

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

deutschen Rechtsquellen von der Zeit der Volksrechte bis auf die jüngste Territorialgesetzgebung sorgfältig gesichtet. Gewaltige Massen rechtsgeschichtlichen Quellenstoffes, Stadtrecht und Landrecht, Rechtsbücher und gerichtliche Entscheidungen aller Zeiten und Gebiete, hatte er tief eindringend durchforscht, dazu eine große Zahl allgemeiner historischer Urkundenwerke und Regestensammlungen auf ihren rechtsgeschichtlichen Gehalt geprüft. Diese überlegene Quellenbeherrschung, verbunden mit selbständiger Einzelforschung, welche die innerliche Geschichte des deutschen Rechtslebens, wie es sich in der Erzeugung von Rechtssatzungen äußert, mit historischer Treue und juristischem Scharfsinn erfaßt hatte, gab Stobbe Fähigkeit und Berufung, die erste Rechtsgeschichte der Juden für die Gebiete des ehemaligen römischen Reichs deutscher Nation, das heißt also Deutschlands mit Einschluß Alt-Österreichs und der Schweiz, zu schreiben. Und es ist zweifellos kein Zufall, daß gerade jene eindringliche Beschäftigung mit den mittelalterlichen Rechtsquellen und der Fülle ihrer Einzelbestimmungen dem privatrechtlich und sozialgeschichtlich interessierten Bearbeiter den Gedanken nahe brachte, besondere Aufmerksamkeit der politischen, sozialen und rechtlichen Stellung jener Menschengruppe zuzuwenden, die, obwohl geringfügig an Zahl, doch eine wichtige Rolle im mittelalterlichen Wirtschaftsleben zu spielen berufen war, die jedoch – vor allem wegen ihrer religiösen Eigenart – zu keiner würdigen Eingliederung in die christliche Gesellschaft gelangen konnte und deshalb ständig, ein Spielball unter den Völkern, Recht und Gewalt in aller Verschiedenheit ihrer Ausdrucksformen über sich ergehen lassen mußte. Es trifft nicht zu, was neuestens behauptet wurde, daß Stobbe „in Anerkennung des jüdischen Geschichtswerkes von Heinrich Graetz dessen Lücken in politischer, sozialer und rechtlicher Beziehung für das deutsche Mittelalter zu ergänzen suchte".[16] Vielmehr ist Stobbes Buch ursprünglich geplant und selbständig erwachsen. Der Verfasser selbst bezeugt auf der ersten Seite seiner Vorrede, daß die Rechtsverhältnisse der Juden in Deutschland ihn „schon seit seinen Studentenjahren in hohem Maße interessiert" hätten. Das Studium der Böhmerschen Regesten führte ihm die Fülle des unverarbeiteten urkundlichen Materials über den Gegenstand vor Augen. Daher sammelte er es systematisch bei seinen Forschungen in den deutschen Geschichts- und Rechtsquellen. Dabei erzielte er eine bis dahin ungeahnte Reichhaltigkeit und Vollständigkeit. Bescheiden bemerkt er:[17] „Hier glaubte ich, die Quellen einigermaßen zu übersehen, hier hoffte ich, auf eigenen Füßen stehen zu können." Ein Hinweis seines Lehrers Johannes Merkel auf das Fehlen einer befriedigenden rechtshistorischen Darstellung des mittelalterlichen Judenrechts bestärkte Stobbes literarischen Plan. So entstand zunächst ein Vortrag in der Deutschen Gesellschaft zu Königsberg, der in den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

„Grenzboten" 1859 veröffentlicht wurde. Aus ihm erwuchs aus jahrelang fortgesetzter Sammel- und Forschungsarbeit im Jahre 1866 Stobbes Buch *„Die Juden in Deutschland während des Mittelalters in politischer, sozialer und rechtlicher Beziehung"*.

Stobbe leitete es mit folgenden Bemerkungen über die Auffassung seiner Aufgabe, den Weg zu ihrer Durchführung und das Ziel, das ihm vorschwebte, ein:

„Der Rechtshistoriker kann über ein reicheres Material gebieten, als derjenige, welcher die Quellen nur speziell für die Judengeschichte durchforscht; an Orten, wo man keine Nachrichten vermutet, finden sich interessante Aufschlüsse, und das in allgemeinerer Tendenz unternommene Studium der Geschichts- und Rechtsquellen liefert auch für dieses Thema eine reiche Ausbeute. Gerade die Urkunden und Schöffensprüche sind die unzweideutigsten Quellen. Während bei den Mitteilungen der Chronisten die Parteistellung derselben leicht die Tradition in bedenklichem Grade färbt, und die Gesetze nicht immer ein sicheres Bild von den Zuständen liefern, da sie oft nur der Ausfluß einer augenblicklichen, günstigen oder ungünstigen Stimmung waren und überdies im Leben vielfach nicht beobachtet wurden, besitzen wir in den Urkunden die allerglaubwürdigsten Zeugnisse.

Ferner erscheinen auch dem Rechtshistoriker manche Bestimmungen über die Juden in einem anderen Lichte und ist er im Stande, sie in einen lebendigen Zusammenhang mit dem übrigen Rechtsleben des deutschen Volks zu bringen. So darf ich einerseits hoffen, daß denen, welche sich besonders für die Geschichte der Juden interessieren, hier manches weniger Bekannte geboten wird, andererseits aber auch, daß der Rechtshistoriker sich nicht gleichgültig gegen meine Arbeit verhalten wird, da die Werke über die Rechtsgeschichte nur obenhin die Juden und ihr Recht zu berücksichtigen pflegen.

Ich würde in sehr unvollkommener Weise meine Aufgabe lösen, wenn ich mich begnügte, die Stellung und die Verhältnisse der Juden nur im Allgemeinen zu schildern. So wie die Geschichte des deutschen Volks und des deutschen Rechts erst durch das Detail Leben gewinnt, wie nicht vom Süden dasselbe wie vom Norden, von den Städten, wie von dem platten Lande gilt, so haben auch die Juden an den verschiedenen Orten ein sehr verschiedenes Los gehabt. Überall galten sie als des Schutzes bedürftig, aber an dem einen Ort hat man ihnen den Schutz wirklich gewährt, an dem anderen sie der Willkür völlig preisgegeben. Es genügt also keine allgemeine Schilderung, auch nicht die Mitteilung der für sie erlassenen Gesetze und Privilegien, es ist vielmehr auch darzustellen, wie weit diese Rechtssätze im Leben verwirklicht wurden. Und dies hoffte ich am besten dadurch zu erreichen, daß ich so viel als möglich Einzelheiten über die Geschichte der besonders wichtigen Gemeinden zusammenstellte, selbst auf die Gefahr hin, mich hie und da wiederholen zu müssen."

Ernst Landsberg, der Geschichtsschreiber der deutschen Rechtswissenschaft, hat Stobbes Charakterbild wie folgt umrissen:[18] eiserner Fleiß, stete Beharrlichkeit, besonnene Klarheit, peinliche Gewissenhaftigkeit im Größten und im Kleinsten, Tiefe und Unparteilichkeit der wissenschaftlichen Auffassung. Diese Eigenschaften alle kommen in seiner Rechtsgeschichte der Juden zu ausgeglichenem Ausdruck. Sie läßt dazu „starkgemute Zuversicht, edles Wohlwollen und kernigen Humor" durchblicken. Das „bewundernswert reiche Material"[19] mit der Anwendung der neuen rechtshistorischen Methode historisch und juri-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

stisch zu meistern, war für Stobbe eine Selbstverständlichkeit. Diesem Stoff gegenüber aber drängt sich ihm die Notwendigkeit auf, vor allem die Aufgabe zu betonen, daß aus den „allerglaubwürdigsten Zeugnissen" „ein sicheres Bild von den Zuständen" zu ergründen sei. Wo „Nationalhaß, Glaubenseifer und Neid", die Stobbe ausdrücklich hervorhebt, früher das geschichtliche Bild nicht selten getrübt hatte, sollte unerbittliches Streben nach Wahrheit wissenschaftliche Klarheit schaffen. Deshalb läßt Stobbe die Quellen selbst sprechen und häuft urkundliches Beweismaterial für seine Behauptungen und Schlußfolgerungen. Niemals sucht er ungünstige historische Tatsachen zu verdecken oder zu verschleiern. Ohne sie zu übertreiben oder ihnen eine rein subjektiv affektbetonte Wertung zu geben, sucht er vielmehr aus dem Wortlaut und Geist der Quelle selbst sinnvoll die geschichtlichen Nachrichten zu deuten. Es kann nicht wunder nehmen, daß die Anwendung einer solchen Methode auf dieses neue Teilgebiet der deutschen Rechtsgeschichte im allgemeinen zu Ergebnissen führen mußte, die nur die Auffindung neuen Quellenstoffes in ein anderes Licht rücken konnte. Freilich in Einzelheiten wird, wie in jedem wissenschaftlichen Werke und jedem historischen Quellenstoff gegenüber, Raum auch für andere Auffassungen und Deutungen bleiben. Heute wird eine Rechtsgeschichte der Juden anders zu schreiben sein. Aber die Richtigkeit des wissenschaftlichen Zieles von Stobbe steht unverrückbar fest. Und es wird noch einer bedeutenden Forschungsarbeit bedürfen, um selbst die Aneinanderreihung skizzenartiger Studien zur Rechtsgeschichte der Juden, wie sie Stobbe beliebte, durch ein dem Gegenstand der Darstellung gemäßes Gesamtsystem zu ersetzen.

Stobbes Werk hat eine bis dahin vorhandene Lücke der rechtsgeschichtlichen Literatur in klassischer Weise ausgefüllt.[20] Wie bei mancher anderen klassischen Leistung auf dem Gebiet der rechtsgeschichtlichen Literatur, so hat sich auch bei diesem Buch sein wissenschaftlicher Wert im Laufe vieler Jahrzehnte, wenn auch nicht gleichbleibend, so doch als dauernd erwiesen.

Bei seinem Erscheinen ist es von jüdischer Seite ebenso enthusiastisch wie kritiklos begrüßt worden.[21] Abraham Geiger schloß seine „Rezension" in der „Jüdischen Zeitschrift für Wissenschaft und Leben",[22] die aus vielen aneinandergereihten Zitaten aus Stobbes Werk mit wenig verbindendem Text besteht, mit den Worten: „Ein Buch, das durch seine musterhaft gründliche wie in ihrer Objektivität wohlwollende Forschung, Auffassung und Darstellung ebenso belehrend wie erquickend ist. Es sollte in keiner jüdischen Gemeinde fehlen." Auch Martin Philippson begnügte sich in der „Algemeinen Zeitung des Judentums"[23] mit ähnlichen Lobeserhebungen: „Es ist dieses Werk eine höchst erfreuliche Bereicherung unserer historischen Literatur...; und umso erfreulicher,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

da sie von einem Nichtjuden ausgeht und so den Beweis liefert, daß das Interesse an dem Judentum und seiner Geschichte, welches seit einiger Zeit innerhalb der christlichen wissenschaftlichen Kreise gänzlich erloschen schien, wieder erwacht ist." Philippson rühmt noch die „kritische Vorsicht und Sorgfalt" des Verfassers, der „manche Irrtümer, die sich in Graetz' umfangreichem Werke finden, korrigiert" habe. Sogar der jüdische Historiker Heinrich Graetz selbst[24] fand für seine enthusiastische Begeisterung über das Buch Stobbes keinen anderen Ausdruck als eine bloße inhaltliche Wiedergabe mit ausgedehnten Zitaten. Wiederholt bemerkt er: „Man könnte das ganze Buch ausschreiben, so viel enthält es des Interessanten und Neuen."

Diese Haltung ist aus der damaligen geistigen Lage der Wissenschaft des Judentums durchaus verständlich. Der Ton war auf Graetzens Auffassung der jüdischen Geschichte abgestimmt. Gesichtspunkte reiner Wissenschaftlichkeit von moderner Prägung standen nicht im Vordergrunde. Dazu war Graetzens eigene Geschichtsauffassung viel zu einseitig. Noch war eine höhere Warte nicht erklommen. Aber man wird die Freude auf jüdischer Seite durchaus verständlich finden müssen, daß auf eine Flut antisemitischer Geschichtswerke in der Vergangenheit nun eine gerechte Würdigung der rechtlichen Lage der Juden im Mittelalter seitens eines angesehenen nichtjüdischen Wissenschaftlers erfolgte.[25]

Auf nichtjüdischer Seite bestand für das Problem des Stobbeschen Werkes nicht mehr als ein rein wissenschaftliches Interesse. Es kam hauptsächlich zum Ausdruck in einer ausführlichen Rezension des großen Erforschers der nordisch-germanischen Rechtsgeschichte *Konrad Maurer*, die wie zahlreiche ähnliche aus seiner Feder in der Form einer kritischen Besprechung beinahe eine selbständige Abhandlung bietet.[26] Sie scheint mir unter allen literarischen Würdigungen, die Stobbes Buch erfahren hat, die wissenschaftlich beachtenswerteste und rechtshistorisch jedenfalls die bedeutendste Leistung zu sein. Ihr Verfasser allein ist tief in den Stoff eingedrungen. Verschiedentlich setzt er Stobbes Auffassung in wesentlichen Punkten eine selbständige wissenschaftliche Anschauung entgegen. Es geschieht dies vor allem aus dem Gesichtspunkt starker Betonung der genossenschaftlichen Struktur des mittelalterlichen deutschen Staates und Rechtes, die Maurer bei Stobbe zu wenig berücksichtigt findet. Dabei ergeben sich interessante Perspektiven, um derentwillen allein diese vollkommen verschollene Besprechung aus ihrer Verborgenheit ans Tageslicht gezogen zu werden verdient. In Maurers Erörterungen findet zwar die moderne Rassenlehre selbstverständlich noch keinen Raum, seine Gedanken bewegen sich aber doch in einer Richtung, die mit jener neuzeitlichen Einstellung auf der gleichen Linie liegt. Trotzdem sind die Schlußfolgerungen völlig verschieden. Maurer mag selbst mit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

seinen Hauptbedenken und wesentlichsten Einwänden, wie sie sich aus den Zusammenfassungen in seiner Beweisführung ergeben, zu Worte kommen:[27]

„Der eigentümliche Standpunkt, von welchem aus die rechtliche Behandlung der Juden im Mittelalter normiert wurde, und welcher insbesondere auch zu deren Unterwerfung unter den besonderen Schutz des Königs oder seiner Vertreter führte, ist an und für sich ganz und gar nicht aus einer besonderen Gehässigkeit gegen das Judentum hervorgegangen, sondern lediglich eine Konsequenz der genossenschaftlichen Struktur der älteren germanischen Rechtsordnung in Verbindung mit der Tatsache, daß der Jude seiner Nationalität und Sitte wie seinem Glauben und Rechte nach von der Gemeinschaft der Christen und Deutschen sich schied. Aber allerdings ist richtig, daß jener Standpunkt die Möglichkeit verschaffte, in aller Form Rechtens die Juden in unbilligster Weise zu drücken, und daß von dieser Möglichkeit in mehr als reichlichem Maße Gebrauch gemacht wurde."

„So scheint demnach des Verfassers Darstellung in manchen sehr tief eingreifenden Beziehungen keineswegs vollkommen richtig. Nicht erst im 12. Jahrhundert und als ein Erzeugnis des blindesten religiösen Hasses gegen Andersgläubige dürfte das mittelalterliche Judenrecht entstanden sein, sondern es scheint dasselbe als das notwendige Produkt des Konfliktes betrachtet werden zu müssen, in welchem das durchaus national gefärbte Judentum mit der auf der Grundlage zugleich christlicher und deutsch-nationaler Genossenschaften aufgebauten Rechtsordnung unseres mittelalterlichen Staates trat."

„Auf eine Apotheose oder auch nur Rechtfertigung des mittelalterlichen Judenrechtes ist es natürlich mit diesen Gegenbemerkungen ganz und gar nicht abgesehen; aber so einfach liegt dessen Verkehrtheit doch meines Erachtens nicht zu Tage, daß die Berufung auf blinden Fanatismus einerseits und duldendes Martyrium andererseits zu deren Erklärung genügen könnte, vielmehr will mir scheinen, als ob hier ein tief tragischer Konflikt zwischen der national-religiösen Auffassung des Judentums und der ebenso national-religiösen Gestaltung unseres germanischen Föderativstaates sich abspiele, welcher, da beiden sich gegenüberstehenden Prinzipien nur eine relative Berechtigung zugestanden werden kann, eben nur in dem Untergange beider, beziehungsweise der Entkleidung beider von der ihnen anklebenden Einseitigkeit seine endliche Lösung finden konnte und kann. Es steht hier meiner Ansicht nach ähnlich wie bezüglich des älteren germanischen und unseres neueren Beweisrechtes; es ist ungemein leicht über die Barbarei der Gottesurteile und der Tortur oder über die Verwerflichkeit der Häufung von Parteieneiden oder wieder der Entbindung von der Instanz und anderer Verdachtsstrafen den Stab zu brechen, aber schwer zu sagen, wie das ältere Gerichtsverfahren ohne solche Notbehelfe hätte fortkommen sollen, solange es sich nicht entschließen konnte, sein Grundprinzip, die Formalität der Beweisführung, fallen zu lassen."

Bei Anerkennung aller Gelehrsamkeit ist aber Maurers Rezension auf die positive Seite von Stobbes Leistung, an der kleinliche Ausstellungen gemacht werden, nicht genügend eingegangen. Sie ist ihr daher meines Erachtens nicht in vollem Maße gerecht geworden. Die Kritik Maurers hat übrigens wissenschaftlich kaum Beachtung gefunden.

Stobbes Darstellung der Judenrechtsgeschichte dagegen übt seit Jahrzehnten nachhaltigen Einfluß. Um ihn im einzelnen nachzuweisen, müßte man geradezu eine Bibliographie zur Geschichte und Rechtsgeschichte der Juden in Deutschland, in den ehemals österreichischen Ländern und in der Schweiz zusammenstellen. Man wird wohl kaum ein

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

einziges wissenschaftliches Buch ausfindig machen können, das nicht durch Stobbes Werk unmittelbar Quellenstoff oder mittelbare literarische Hinweise erhalten, Förderung und Anregung empfangen hätte. Die Anzahl der Abhandlungen dieser Art, die ohne Stobbes Leistung überhaupt nicht hätten geschrieben werden können, ist nicht gering. Stobbes Buch selbst ist längst vergriffen und auch im Antiquariatsbuchhandel schwer und selten aufzutreiben. Die Nachfrage in wissenschaftlichen Kreisen war stets so groß, daß mehrmals auf photomechanischem Wege Neudrucke hergestellt werden mußten.[28]

Die wissenschaftliche Wirkung dauert an. Ja, sie verstärkt sich noch zusehends, je größeres Interesse sich in der Gegenwart dem Judenproblem und seinen geschichtlichen Erscheinungsformen zuwendet. Im Jahre 1928 mußte der katholische Rechtshistoriker Karl Gottfried Hugelmann[29] bekennen: „Stobbe bietet überhaupt meines Erachtens bis heute die übersichtlichste Orientierung über die einschlägigen Tatsachen, allerdings mit einer für die Juden sehr günstigen Beurteilung." Ismar Elbogen, der führende deutschjüdische Historiker, schreibt im Jahre 1937:[30] „Stobbes Buch ist noch heute Stab und Stütze des jüdischen Historikers, weil die Forschung nur wenig über es hinausgekommen und in den rechtsgeschichtlichen Untersuchungen das Problem des Judenrechts kaum berührt worden ist." Auch nach 1933 noch haben Stobbes wissenschaftliche Verdienste um die Judenrechtsgeschichte der entschieden judenfeindlich eingestellten Betrachtungsweise und ihren literarischen Äußerungen standgehalten. Selbst ein Schriftsteller wie Wilhelm Grau gibt zu:[31] „Bemühungen wie die von Otto Stobbe ergaben ein gutes Bild von der rechtlichen Lage der Juden im mittelalterlichen Deutschland", wenngleich er freilich hinzufügt: „Sie blieben aber vereinzelt und stießen zur eigentlichen Problematik nirgends vor." Aber dem deutschen Schrifttum zur Rechtsgeschichte der Juden aus der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart ist es bisher noch nicht gelungen, über Stobbes Leistung hinauszukommen oder sie auch nur zu erreichen.

II.

NEUE AUFGABEN DER RECHTSGESCHICHTE DER JUDEN

In den mehr als siebzig Jahren, die seit dem Erscheinen des Stobbeschen Werkes verflossen sind, ist ein einziger würdiger Nachfolger mit einer Gesamtdarstellung der mittelalterlichen Rechtsgeschichte der Juden auf den Plan getreten: *Johannes E. Scherer*, der seinem Buche „Die Rechtsverhältnisse der Juden in den deutsch-österreichischen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Ländern"[32] ein ähnlich weites Ziel steckte wie Stobbe, über diesen sogar einen einleitenden Abschnitt „über die Prinzipien der Judengesetzgebung in Europa während des Mittelalters" noch hinausging, auf der anderen Seite aber die Untersuchung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in seiner Darstellung etwas zurücktreten ließ.[33] Leider ist das Werk unvollendet geblieben, der zweite Band, welcher den Rechtsverhältnissen der Juden in den historischen Ländern der böhmischen Krone gewidmet sein sollte, ist niemals erschienen. Freilich auch der wertvollen Förderung darf nicht vergessen werden, die einzelne Probleme aus der mittelalterlichen Rechtsgeschichte der Juden durch die Arbeiten von Herbert Meyer[34], Eduard Eichmann[35], Karl von Amira[36] und Karl Gottfried Hugelmann[37] erfahren haben.[38] Im ganzen ist man aber, wie bereits erwähnt wurde, bis auf die Gegenwart über Stobbes Forschungsergebnisse kaum wesentlich hinausgekommen.

Der Stillstand in der Erforschung der rechtsgeschichtlichen Probleme um die Juden ist umso weniger gerechtfertigt und verständlich, als sich die Quellenlage für die Beantwortung interessanter Fragen aus ihrer mittelalterlichen Verfassungs- und Rechtsgeschichte vielfach günstig darstellt. Ein gewaltiges Quellenmaterial, zum großen Teil in allgemeinen Urkundenbüchern veröffentlicht und durch ortsgeschichtliche Forschungen ergänzt, harrt der wissenschaftlichen Erschließung. Auch an großen Urkundenwerken fehlt es nicht, in denen ausschließlich den Juden gewidmete politische Dokumente und Rechtsurkunden gesammelt sind. Ich nenne nur die bedeutendsten Quelleneditionen solcher Art: den bisher zu drei Bänden gediehenen Codice diplomatico dei Giudei di Sicilia, von den beiden gelehrten geistlichen Brüdern *Bartolomeo* und *Giuseppe Lagumina* herausgegeben;[39] das von dem Direktor des böhmischen Landesarchivs *Franz Dworsky* bearbeitete Quellenwerk „Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien von 906 bis 1620";[40] die von dem Londoner Rechtsanwalt *James Macmullen Rigg* veröffentlichte Bandreihe „Plea Rolls of the Exchequer of the Jews",[41] deren Fortsetzung erst vor kurzem aufgenommen wurde; schließlich die von den Wiener Archivaren *Rudolf Geyer* und *Leopold Sailer* edierten „Urkunden aus Wiener Grundbüchern zur Geschichte der Wiener Juden im Mittelalter".[42] Dazu beginnt man, wenn auch nur sehr langsam und tastend, durch das Suchen nach einer geeigneten Methode noch gehemmt, die jüdischen Quellen, nämlich rabbinische Rechtssatzungen, Entscheidungen und Rechtsgutachten, der wissenschaftlichen Benutzung zu erschließen.[43] Die Bedeutung aller dieser Quellen zur Judenrechtsgeschichte für die rechtsgeschichtliche Forschung im allgemeinen ragt weit über das Spezielle der nationalen Einzelprobleme hinaus. Denn es ist bekannt, daß die verschiedenen mittelalterlichen Judengesetz-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

gebungen in Europa nicht ohne Wirkung aufeinander gewesen sind.[44] Eine vergleichende rechtshistorische Betrachtung wird vielleicht noch manche interessante Schlußfolgerungen ermöglichen und die Aufklärung dunkler Probleme fördern können.

In einer zunächst bloß englisch erschienenen Studie „*Research in Medieval Legal History of the Jews*",[45] die ich demnächst vollständig umgearbeitet und erheblich erweitert in deutscher Sprache vorzulegen beabsichtige, habe ich versucht, Stand und Probleme der Erforschung der mittelalterlichen und neueren Rechtsgeschichte der Juden mit besonderer Berücksichtigung aller ehemaligen Ländergebiete des alten deutschen Reiches darzulegen. In dem knappen Rahmen einer solchen Skizze, die sich zunächst mit der Abgrenzung von Gegenstand und Stoff des Forschungsgebietes zu befassen und über Quellen und Literatur allgemein zu berichten hatte, war es natürlich weder beabsichtigt noch überhaupt möglich, die Problematik zu erschöpfen oder das Schrifttum mit Vollzähligkeit zu verzeichnen und zu behandeln. Eine Gesamtdarstellung der Rechtsgeschichte der Juden ist im gegenwärtigen Augenblick leider nicht möglich, so dringend wünschenswert und nötig sie auch wäre. Denn die Aufgabe ist zu groß, der Gegenstand zu umfangreich, die geleistete Vorarbeit nicht ausreichend, die Kraft eines Einzelnen zu gering. „Vorläufig kann das Streben daher nur darauf gerichtet sein, in mühseliger Kleinarbeit und bewußter Einseitigkeit Einzelprobleme oder einzelne Problemkomplexe herauszugreifen und von den dargelegten Gesichtspunkten aus zu erforschen, um dadurch Bausteine zu liefern zu einer Gesamtdarstellung der Rechtsgeschichte der Juden, welche nicht nur die „Realien", sondern auch die „Ideen" ihres mittelalterlichen Rechtslebens herauszuarbeiten hat." Nur so wird es mit der Zeit gelingen können, den gegenwärtigen Zustand zu überwinden, daß jüdische und nichtjüdische Historiker ihr Material und ihre Ansichten über die Rechtsgeschichte der Juden in Deutschland und Mitteleuropa überhaupt bloß aus den Werken von Stobbe und Scherer holen.[46] Nicht allein ein wissenschaftlich theoretischer Wunsch, sondern auch die unabweisbare praktische Notwendigkeit verlangt gebieterisch nach endgültiger wissenschaftlicher Klärung einer großen Zahl offener historischer Probleme um die Juden. Man muß das in siebzig Jahren neu erarbeitete Quellenmaterial rechtshistorisch auszuwerten suchen, um endlich Stobbes Ergebnisse sachlich zu überprüfen, zu ergänzen und richtigzustellen. Nur so wird sich zugleich wissenschaftliche Klarheit darüber gewinnen lassen, was es mit einer Reihe von historischen Argumenten in Wahrheit für eine Bewandtnis hat, die namentlich in den letzten Jahren – wenn auch bloß zu einer begrenzten – politischen Aktualität gelangt sind.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Nur für das eine oder andere rechtsgeschichtliche Einzelproblem sei in flüchtigen Umrissen die gegenwärtige wissenschaftliche Situation hier skizziert, um zu zeigen, daß es sich bei der Forderung nach intensiver Pflege der Rechtsgeschichte der Juden weder um historische Spielereien, noch um juristische Konstruktionen allein handelt. Vielmehr stehen grundlegende Fragen der europäischen Judenrechtsgeschichte und damit die richtige Fundamentierung einer Geschichte der Juden überhaupt, die den Anforderungen moderner Wissenschaftlichkeit in vollem Maße entspricht, auf dem Spiele.

Da ist vor allem jenes zentrale Problem, das schon Konrad Maurer gegenüber Stobbe zur Diskussion gestellt hatte:[47] Welche sind die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Gründe für *die vollkommen verschiedene Judenpolitik und tatsächliche Behandlung der Juden in den früheren und späteren Jahrhunderten des Mittelalters?* Wo ist die Zäsur anzunehmen? Etwa bei den Kreuzzügen, wie Stobbe meinte? Zuerst wird man sich ein klares Bild über die rechtlichen Zustände und ihre wirtschaftlich-sozialen Ursachen, über die geistige Verfassung der verschiedenen Zeitalter und ihre ideengeschichtliche Motivation bilden müssen, um zu richtigem Vergleichsmaterial zu gelangen. Ähnlich den Juden während der ersten Jahrhunderte der christlichen Herrschaft in Spanien waren auch die Juden in den deutschen Ländergebieten nach dem Zeugnis der Rechtsquellen bis zum Ende des 13., ja noch bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts privatrechtlich, prozeßrechtlich und strafrechtlich den Christen nahezu gleichgestellt, wie ich an anderem Orte gezeigt zu haben glaube.[48] Von einer *Behandlung der Juden nach Fremdenrecht,* von dem nach der herrschenden Meinung das mittelalterliche Judenrecht seinen historischen Ausgang genommen haben soll, ist da noch keine Andeutung zu finden. Bekanntlich bildet jene Lehre, daß die Juden als Andersgläubige und Volksfremde während des ganzen Mittelalters nach „Fremdenrecht" behandelt wurden, seit langer Zeit schon einen festen Bestandteil der rechtsgeschichtlichen Forschung. Sie kommt bereits in *Karl von Amiras* Artikel „Recht" in Hermann Pauls Grundriß der germanischen Philologie[49] und ebenso in *Otto Gierkes* Deutschem Privatrecht[50] zum Ausdruck. Am ausführlichsten ist sie von *Johannes E. Scherer* dargelegt und begründet worden.[51] „Die Gesetze gehen von der Anschauung aus, daß die Juden Angehörige einer fremden Nation, Ausländer und daher nach dem Fremdenrechte zu behandeln sind." „Nach diesem Fremdenrechte wurden im karolingischen Reiche, in Deutschland, in den meisten Ländern Österreichs und bis in das 13. und 14. Jahrhundert in Aragonien, England, Frankreich, in Kastilien, Portugal und Süditalien auch die Juden behandelt." Scherers Auffassung hat sich nahezu die gesamte rechtsgeschichtliche Literatur angeschlossen, ohne daß sich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

freilich die neueren Forschungen zur Geschichte des Fremdenrechts dieses interessanten Kapitels überhaupt angenommen hätten.[52] Und doch muß es dem aufmerksamen Beobachter auffallen, daß Forscher wie *Otto Stobbe* in seiner Rechtsgeschichte der Juden und *Richard Schröder* in seinem Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte[53] auf das Fremdenrecht als Grundlage des mittelalterlichen Judenrechts nicht ausdrücklich Bezug genommen haben, und daß *Heinrich Brunner* in seiner Deutschen Rechtsgeschichte[54] das Judenrecht getrennt vom Fremdenrecht behandelt. Scherers Ansicht hat denn in neuerer Zeit im Anschluß an die Forschungen von *Michael Tangl* und *Alfons Dopsch* für die rechtliche Behandlung der Juden im fränkischen Reich ausdrücklich Widerspruch erfahren.[55] Man sieht, das Problem „Fremdenrecht und Judenrecht", die historischen Beziehungen dieser beiden Normenkomplexe bedürfen angesichts der veränderten Quellenlage einer neuen eindringlichen Untersuchung und wissenschaftlich exakten Klärung.

Einen anderen Problemkreis bilden *Wesen und Geschichte des Judenschutzrechtes.*[56] Schon die merowingische und karolingische Zeit bietet hinsichtlich der rechtlichen Behandlung der Juden noch manche Unklarheiten und offene Fragen. Für das Rechtsproblem des Judenschutzes wird auf deutschem Boden zum ersten Male nach der großen Judenverfolgung des Jahres 1096 mit besonderem Nachdruck eine Lösung gefordert. Im Jahre 1103 fanden in der Pax Moguntina neben Klerikern, Mönchen, Kaufleuten und Frauen auch die Juden Friedensschutz. Diese Form des Schutzes in der Gruppe der homines minus potentes wirkt etwa ein Jahrhundert lang nach. Das komplizierte und seiner rechtlichen Natur nach schwer zu definierende Verhältnis der *Kammerknechtschaft*, in welchem die deutschen Juden des späteren Mittelalters stehen, scheidet sie als die alleinigen „servi camerae imperialis" von allen nichtjüdischen Untertanen des Kaisers. Es begründet einen besonderen Verband der Kammerknechte, der nur die Juden umfaßt und sie außerhalb des allgemeinen Untertanenverbandes stellt. Die Kammerknechtschaft begründet besondere Rechte und Pflichten, die grundsätzlich anderer Art sind, als die Rechte und Pflichten der Untertanen. Dieses judenschützende Rechtsverhältnis bedarf einer eigentümlichen rechtlichen Begründung. Besondere Schutzbriefe werden ausgestellt, in denen der kaiserliche Schutzherr seinen Kammerknechten Schutz und Privilegierung zusichert. Aber die Schutzgewalt wird nur befristet gewährt, Schutzentziehung kann vom Zeitpunkte der Schutzaufnahme an grundsätzlich immer erfolgen. Es gibt kein unbegrenzt geltendes Judenschutzverhältnis. Der Schutz verpflichtet die Schützlinge nur zu finanziellen Gegenleistungen, während sie von anderen Untertanenverpflichtungen frei bleiben. Dem Schutz-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

anspruch entspricht also nur die Steuerpflicht der Juden. So werden die jüdischen Untertanen als Zubehör der kaiserlichen Kammer zu einem Finanzobjekt. Die Auffassung des Judenschutzregals ist begründet. Daß im 13. und 14. Jahrhundert stellenweise ein vollständiger Übergang des Judenregals an die Territorialgewalten erfolgte, ist nicht zu bestreiten. Ist aber der Ursprung der Rechtsgewalt von Landes- und Stadtherren über die Juden aus dieser Quelle allein zu erklären? Hat das städtische Judenschutzrecht denselben oder einen anderen geschichtlichen Hintergrund und Inhalt als das königliche und fürstliche Judenschutzregal? Was hat es überhaupt mit der Kammerknechtschaft in Rechtslehre und Rechtspraxis des Mittelalters für eine Bewandtnis? Haben politische, rechtliche und wirtschaftliche Motive allein auf die Entwicklung entscheidenden Einfluß ausgeübt oder sind auch rein gesellschaftliche Gesichtspunkte für sie belangreich gewesen? Man sieht, die Erwägungen führen mitten hinein in das wichtige Problem der *Kammerknechtschaft*, jener eigenartigen Rechtsform des mittelalterlichen Judenschutzes, die der jüdischen und nichtjüdischen Forschung eine Menge noch immer ungelöster Rätsel aufgibt. Sie ist übrigens auf Deutschland nicht beschränkt geblieben, sondern scheint auch in anderen Ländern, namentlich in England, Spanien, Frankreich und Sizilien in ähnlicher Rechtsgestalt bestanden zu haben und gehandhabt worden zu sein.

Mit solchen Darlegungen und Erwägungen ist bereits in den Reichtum der Problematik auf dem Gebiete der mittelalterlichen Judenrechtsgeschichte überhaupt hineingeleuchtet. Mit der Erwähnung des stadtrechtlichen Judenschutzes erhebt sich von selbst die Frage nach der *Rechtsstellung der Juden in den mittelalterlichen Städten*.[57] Welches Maß von Rechten und Pflichten ist ihnen hier zuerteilt worden, und wie verhält sich ihre rechtliche Stellung theoretisch und praktisch zu den Begriffen Bürger und Einwohner? Wie ist es rechtlich zu werten, wenn die Juden in Urkunden des 13. und 14. Jahrhunderts ausdrücklich „Bürger" genannt werden? Stobbe hatte die Auffassung vertreten, daß die Bezeichnung der Juden als Bürger „nur im uneigentlichen Sinne zu nehmen sei"; „es sollen dadurch nur die ansässigen Juden von den fremden unterschieden werden, welche etwa vorübergehend anwesend sind, oder es soll heißen, daß die Stadt sich ihrer annehme und daß der Friede, welcher sich über das Stadtgebiet verbreitet, auch ihnen gelte".[58] Wie zahlreiche Ansichten Stobbes ist auch diese von späteren Darstellungen ohne neuerliche Prüfung einfach übernommen und festgehalten worden. Das Problem selbst wurde seither nicht wieder aufgerollt, geschweige denn quellenmäßig für einzelne Städte untersucht. Und doch haben neu aufgefundene Rechtsquellen für Worms zuverlässig gezeigt, daß die Juden daselbst bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts Bürgerrechte genossen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und Bürgerpflichten getragen haben, die in ihrem rechtlichen Wesen mit denen der christlichen Bürger übereinstimmten.[57] Wiederholt wird dem Wormser Rat vom Bischof und König das Recht eingeräumt und bestätigt, Christen oder Juden als Bürger aufzunehmen. Die zu beachtenden Vorbedingungen und Vorgänge bei der Einbürgerung von Juden stellen eine Abwandlung der entsprechenden rechtlichen Erfordernisse dar, welche für die Aufnahme christlicher Mitglieder in den Wormser Bürgerverband vorgesehen waren. Das läßt sich deutlich aus den hier in Betracht kommenden Artikeln der Ratsverordnungen erkennen, in denen die Einbürgerung von Christen und Juden ganz analog geregelt ist. Waren auch die jüdischen Bürger in Worms – übrigens ebensowenig in anderen deutschen Städten während des Mittelalters – zur Ausübung von politischen Rechten in der Stadtgemeinde nicht berufen, so verlieh ihnen ihre Bürgereigenschaft doch eine Befugnis, die als Ersatz für das Fehlen jener anderen betrachtet werden kann: die Wahlfähigkeit zu den Ämtern des Judenrates, der, vermutlich dem städtischen Rat nachgebildet, die vom Stadtherrn eingesetzte und amtlich anerkannte Vertretung, Gerichts- und Verwaltungsbehörde der jüdischen Gemeinde darstellte. Schon Konrad Maurer hat zutreffend darauf aufmerksam gemacht, daß diese spezifische Abwandlung des Bürgerrechtsinhalts der genossenschaftlichen Struktur der staatlichen und staatsähnlichen Gebilde im deutschen Mittelalter durchaus gemäß war. „Wenn die Juden von aller Teilnahme an den christlichen Gemeinden ausgeschlossen waren, so bildeten sie dafür, wo immer sie in größerer Zahl beisammen saßen, ihre eigenen religiösen nicht nur, sondern auch rechtlichen und administrativen Gemeinden, welchen dem Genossenschaftstriebe des Mittelalters ganz entsprechend ihre eigenen Obrigkeiten und ihre eigene Gerichtsbarkeit zugestanden wurden."[59] Es fehlt daher an jeder rechtsgeschichtlichen Begründung für die neuerdings wieder aufgetauchte Ansicht, welche über jenes klare urkundliche Zeugnis hinweggeht und behauptet, daß „es sich nur um Anerkennung und Kontrolle der Zugehörigkeit zur Judengemeinde durch die Stadt handelt."[60] Entsprechend der mittelalterlichen Auffassung, welche von der modernen Idee der Menschen- und Bürgerrechte noch nicht erleuchtet war, weist das Bürgerrecht der Juden notwendig Abwandlungen auf, aber sein Rechtsinhalt erscheint durch zurücksetzende Einschränkungen noch in keiner Weise beeinträchtigt. Freilich wird man aus der Rechtslage in Worms trotz ihrer großen Bedeutung für die Rechtsgeschichte der Juden in Deutschland nicht voreilig verallgemeinernde Schlüsse ziehen dürfen. Aber das Ergebnis lehrt doch deutlich, daß eine quellenmäßige Überprüfung dieses Fragenbereiches, die ich plane, sehr wohl der Mühe wert sein dürfte. Umsomehr als sich von hier aus ein weiterer großer Fragenkreis auftut, nämlich ob

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

und wie die den Juden zuerkannten Rechte etwa in den Rahmen der mittelalterlichen Freiheitsgarantien für Person und Eigentum einbezogen waren.

Noch eine große Zahl von Problembeispielen aus den Gebieten der privatrechtlichen, prozeßrechtlichen und strafrechtlichen Behandlung der Juden im Mittelalter ließen sich häufen, ganz abgesehen von den gewaltigen Problemkomplexen des kanonischen Judenrechts und der inneren Verfassung und Verwaltung der jüdischen Gemeinden. Ich muß darauf verzichten, weitere Beispiele herauszugreifen. Ein einziges noch soll die Reihe beschließen. Es betrifft *das sogenannte „jüdische Hehlerrecht"*,[61] das in neuester Zeit so viel Beachtung findet. Diese privilegiale Berechtigung, welche zum ersten Mal in den deutschen Judenprivilegien Heinrichs IV. für Speyer und Worms vom Jahre 1090 urkundlich überliefert ist, bedeutet: Juden brauchen gestohlene Sachen, die sie erworben oder als Pfand erhalten haben, nur gegen Ersatz des Kaufpreises oder Pfandschillings herauszugeben. Nach römischem und deutschem Rechte dagegen konnte der Eigentümer die ihm entwendete Sache überall in Anspruch nehmen und ohne jede Ersatzleistung herausverlangen. Die andersartige Regelung durch das sogenannte jüdische Hehlerrecht soll an gewisse Bestimmungen des Talmuds (Baba kama 114 b, 115 a) erinnern. Auf diese Talmudstellen hatte der jüdische Historiker *Heinrich Graetz* den nichtjüdischen Rechtshistoriker *Otto Stobbe*, die in der Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts beide in Breslau lebten und lehrten, hingewiesen. Auf dieser Grundlage hat Stobbe als erster die Vermutung geäußert, „daß dies Privileg seinen Ursprung im talmudischen Recht hat, und daß die Kaiser und Könige nur einen Rechtssatz anerkannten, welcher sich bereits im jüdischen Verkehr entwickelt hatte."[62] In Verfolg von Stobbes Ansicht hat *Herbert Meyer* vor 35 Jahren in seinem Werke „Entwerung und Eigentum im deutschen Fahrnisrecht"[63] den umfänglichen Nachweis versucht, daß in jenem Punkt talmudisches und nachtalmudisches rabbinisches Recht die Entwicklung des mittelalterlichen deutschen Rechts maßgebend beeinflußt haben. Seither ist diese Vermutung fast allgemein als tatsächlich bereits erwiesen angenommen und in den Hand- und Lehrbüchern der deutschen Rechtsgeschichte und des deutschen Privatrechts zur herrschenden Meinung erhoben worden. Kürzlich ist *H. Meyer* von neuem mit mehreren Aufsätzen über das gleiche Thema hervorgetreten[64] und hat, ohne irgendwie bemerkenswertes neues Quellenmaterial beizubringen, seine These noch erweitert. Er behauptet, die Juden hätten es verstanden, im germanisch-christlichen Mittelalter sich der Unterwerfung unter das deutsche Recht zu entziehen, dagegen aber die Anwendung ihres jüdischen Nationalrechts besonders auch im Verkehr mit Nichtjuden zu erzielen und es

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

jahrhundertelang festzuhalten. Demgegenüber war schon Konrad Maurer Stobbes Ansicht, daß das Hehlerprivileg der Juden seinen Ursprung im talmudischen Recht habe, mit einleuchtender Begründung entschieden entgegengetreten, indem er in jenem Privileg lediglich einen Ausdruck des alten deutschrechtlichen Grundsatzes, den gewerbsmäßigen Geschäftsverkehr zu schützen, erblicken zu können glaubte.[65] Und kein Geringerer als der große deutsche Rechtshistoriker Heinrich Brunner ist es gewesen, der einen Einfluß des jüdischen Rechts auf die mittelalterlichen Judenprivilegien entschieden in Abrede gestellt hatte.[66] Meine eingehende Beschäftigung mit den einschlägigen Fragen und gründliche Auseinandersetzung mit H. Meyers wissenschaftlichen Wegen und Argumenten hat mich zur Überzeugung geführt, daß für seine Behauptung, die Juden hätten „mindestens das Hehlerrecht ganz aus freiem Willen erworben und als Bestandteil ihrer nationalen Rechtsordnung zu wahren gewußt", nicht der Schatten eines wissenschaftlichen Beweises erbracht ist. Die Lage der Quellen und der Stand der Forschung gestatten im Augenblick noch kein unbedingt sicheres oder gar abschließendes Urteil über das Problem des Einflusses des jüdischen Rechts auf das Judenrecht der mittelalterlichen Judenprivilegien.

Wer die Reihe der hier aufgezeigten Beispiele unvoreingenommen betrachtet und unter der Perspektive der größeren Probleme, die von ihnen ihren Ausgang nehmen, auf sich wirken läßt, der wird sicherlich keinen Augenblick daran zweifeln können, daß die tatkräftige und sachgemäße Erforschung der Rechtsgeschichte der Juden eine unabweisbare wissenschaftliche Notwendigkeit darstellt, die sich aus dem Gegenstand von selbst ergibt. Von jüdischer Seite ist dafür bisher überaus wenig geleistet worden. Sämtliche im Eingang dieses Abschnittes im Text aufgezählten Quellen und Darstellungen stammen ausschließlich von christlichen Herausgebern und Verfassern. Natürlich gibt es rühmliche Ausnahmen wie etwa das längst überholte und doch bis jetzt unentbehrliche Regestenwerk zur Geschichte der Juden im Fränkischen und Deutschen Reich von *Julius Aronius*.[67] Aber an der Richtigkeit jener beschämenden Tatsache, daß dieses wichtige Gebiet von der jüdischen Geschichtsforschung bisher arg vernachlässigt wurde, wird nichts geändert durch die neuerdings vorgebrachten Behauptungen, „die Fragen seien doch nicht so unberührt",[68] und „die Rechtslage der Juden im Mittelalter sei doch nicht so vernachlässigt worden".[69] Sie sind auch nicht mit dem geringsten Beweismaterial belegt worden. Wenn man für gewisse erstmals ins Licht gestellte Probleme und die Ergebnisse ihrer rechtshistorischen Behandlung behauptet, „das alles sei durchaus nicht völlig neu" und „das war schon bisher die allgemeine Annahme",[70] warum findet sich denn darüber nicht ein Sterbenswörtchen in den neuesten Handbüchern

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

wie Encyclopaedia Judaica und Germania Judaica? Man sieht, von einer „Überbetonung" der Rechtsgeschichte der Juden kann nicht die Rede sein. Natürlich kann es niemandem einfallen und ist es noch niemandem eingefallen, die Rechtsgeschichte zur zentralen Aufgabe des jüdischen Historikers machen zu wollen. Aber gerade für die Geschichte der Juden in der Diaspora kommt den rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, unter den sich ihr Leben abzuspielen hatte, auf deren Gestaltung ihnen selbst kaum ein bestimmender Einfluß eingeräumt war, die Eigenschaft eines überragend wichtigen Faktors zu, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Deshalb hat seine wissenschaftliche Erforschung und Berücksichtigung bei der Gesamtbehandlung und Darstellung der jüdischen Geschichte weit mehr in den Vordergrund zu treten, als es bisher geschehen ist. Daß dies in voller Tragweite von den Judengegnern erkannt wird, bildet vielleicht die beste und überzeugendste, wenngleich traurigste Bestätigung für die hier vertretene Auffassung.

III.

DIE ERFORSCHUNG DER RECHTSGESCHICHTE DER JUDEN

Wie bereits früher erwähnt wurde, bildet die Rechtsgeschichte der Juden in Deutschland zugleich einen Teil der deutschen Rechtsgeschichte und einen Ausschnitt aus der Geschichte der Juden in Deutschland. Unter Deutschland ist hier und im Folgenden der Kürze des Ausdruckes halber das gesamte mitteleuropäische Ländergebiet gemeint, das im Mittelalter zum Bestand des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation gehörte. Das Leben der Juden in Deutschland spielt sich auf dem Gebiete, im Staate und daher auch nach dem Rechte des deutschen Volkes ab. Daß die Beziehungen jenes jüdisch-historischen Forschungsgebietes zur deutschen Rechtsgeschichte hier an erster Stelle Erwähnung finden, hat also seinen besonderen Grund. Das Recht, unter dem sich im Mittelalter die Lebensverhältnisse der Juden in Deutschland ebenso wie in den anderen christlichen Ländern Europas zu gestalten hatten, das sogenannte Judenrecht, war ihnen von außen her, von den staatlichen Gewalten, denen sie unterworfen waren, auferlegt.[71] Wenn für den inneren jüdischen Lebensbereich auch in weitem Ausmaß jüdisches Recht und autonome jüdische Satzungen in Betracht kommen, so sind doch Geltung und Anerkennung dieser Rechtssätze durch das Judenrecht nichtjüdischer Herkunft bedingt und begrenzt. Dieses ist somit der bestimmende Faktor für die rechtliche, wirtschaftliche und kulturelle Existenz der Juden im Mittelalter gewesen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Daß die Rechtsgeschichte der Juden sich somit lediglich als ein Teilgebiet der allgemeinen Rechtsgeschichte darstellt, ist für ihre wissenschaftliche Erforschung von grundlegender Bedeutung. Ihre Problematik ist so abhängig von der allgemeinen Quellenlage; der Methodik sind ihre Bahnen dadurch vorgeschrieben. Das bedeutet, daß für die Erforschung der Rechtsgeschichte der Juden in Deutschland und Mitteleuropa überhaupt grundsätzlich die Quellen und Methoden der deutschen und mitteleuropäischen Rechtsgeschichte[72] maßgebend sein müssen. Die jüdischen Quellen werden, soweit solche verfügbar sind, zur willkommenen Ergänzung des Bildes heranzuziehen sein.

Die Darstellung der Rechtsgeschichte der Juden wird sich selbstverständlich auf dem gesamten reichen Quellenmosaik aufzubauen haben, das für das Mittelalter zur Verfügung steht. Judenrecht und Judenpolitik hatten in jener Zeit eine so eminent wirtschaftliche und politische Bedeutung, wie sie das Judenproblem erst in jüngster Zeit von neuem erhalten hat. Die rechtsgeschichtliche Aufgabe, die heute dem Forscher gestellt ist, kann somit nicht darin bestehen und sich erschöpfen, die Quellen des mittelalterlichen Judenrechts zusammenzustellen, ihren Inhalt wiederzugeben und allenfalls aus den Rechtsnormen ein juristisches Idealbild der damaligen Zustände zu konstruieren. Mag ein solches selbst mit den judenrechtlichen Sätzen von Privilegien oder Stadtrechten äußerlich übereinstimmen, entsprach es auch wirklich dem Rechtsdenken, der Rechtsüberzeugung und praktischen Rechtsanwendung jener Zeit? Das ist die Frage, die sich von selbst dem Rechtshistoriker aufdrängt. Um dieses Problem zu ergründen, muß man mit verfeinerter Methode in das Quellenmaterial tiefer einzudringen suchen. Mit anderen Worten, es genügt nicht mehr, die Aussagen der Rechtsquellen zu sammeln und den Quellenbefund exakt festzustellen, um schließlich vielleicht ein rechtsgeschichtliches Phantasiegebäude zu errichten. Es bedarf vielmehr der Erkenntnis der inneren Zusammenhänge. Die im Innern des Rechtsorganismus wirkenden Kräfte müssen aufgespürt, ihre dynamische Funktion muß herausgearbeitet werden. Der geistige Unterbau der Rechtseinrichtungen muß erforscht werden. Das ist die Aufgabe der modernen Rechtsgeschichte überhaupt.[73]

Sie gilt auch für die Erforschung der Rechtsgeschichte der Juden. Dazu bedarf es der Durchdringung des gegebenen Rechtsstoffes mit den geistigen Hilfsmitteln einer historisch orientierten Rechtswissenschaft. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Es ist aber nicht nur nicht überflüssig, sondern geradezu notwendig, auf sie hinzuweisen und sie zu betonen. Denn, da die Rechtsgeschichte der Juden zugleich einen Teil der allgemeinen Kulturgeschichte und der jüdischen Geschichte bildet, wird dem Rechtshistoriker von Fach sein Arbeitsfeld hier noch immer

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

streitig gemacht. Für den Einblick in die Rechtsideen und die rechtsgeschichtlichen Entwicklungen und Zusammenhänge ist eine rechtshistorische Schulung aber unentbehrlich. Durch sie allein kann man die Kunst juristischen Denkens und juristischer Ausdrucksweise erlangen, die zu exakter Beschreibung und gedanklicher Erfassung historischer Rechtseinrichtungen erforderlich sind. Sie fehlt regelmäßig dem Historiker, Theologen und Philologen; ebenso dem Juristen, der nur das normale juristische Studium absolviert hat. Ein Historiker, der sich an rechtsgeschichtliche Probleme heranwagt oder diese sogar literarisch bearbeitet, ist deshalb noch kein Rechtshistoriker. Für die rechtshistorische Forschungsarbeit ist eine positive rechtshistorische Schulung unentbehrlich, wenn die Leistung vollen wissenschaftlichen Wert erhalten soll.[74]

Um dem gesteckten Ziele möglichst nahezukommen, bedarf es ferner einer feineren Differenzierung in der rechtshistorischen Bewertung der einzelnen Quellenkreise. Die Judenprivilegien der Herrscher und die Rechtssatzungen des Reiches, der Länder und insbesondere der Städte werden daher nicht ausreichen, um ein wirklich lebensvolles Bild von der Rechtslage der Juden im Mittelalter zu vermitteln. Denn man weiß vielfach nicht, ob und inwieweit diese Gesetze tatsächlich durchgeführt worden sind. Es fehlt auch sonst nicht an Beispielen in der deutschen Rechtsgeschichte, daß Rechtssätze bloß auf dem Papier stehen blieben. Deshalb müssen in möglichst umfassendem Ausmaße „Rechtstatsachen" herangezogen werden, Quellen, welche die Rechtssätze in wirkender Kraft im Rechtsleben zeigen. Es sind vor allem Urkunden über Rechtsgeschäfte und Rechtssprüche in Rechtsstreitigkeiten, gerichtliche oder schiedsrichterliche Entscheidungen. Sie allein unterrichten über die tatsächliche Rechtsanwendung gegenüber den Juden in unzweideutiger Weise. Sie allein erschließen ferner die wahre Gesinnung, mit welcher im Bereiche des Rechts der Nichtjude dem Juden begegnete. Sie allein lehren weiter, ob und in welcher Weise das „finstere" Mittelalter auch dem Juden sein Recht zuteil werden ließ. Sie allein zeigen schließlich, in welchem Geist die hohen Ideale von Recht und Gerechtigkeit, denen man allenthalben im Mittelalter begegnet, in die Wirklichkeit umgesetzt worden sind.

Aber selbst damit wäre noch immer kein vollständiges Bild gewonnen. Seitdem sich eine Rechtswissenschaft selbständig entwickelt hat, beschäftigt sie sich auch mit der Rechtslage der Juden. Die Grundgedanken, die sie für die rechtliche Behandlung der Juden herauszustellen und theoretisch zu begründen suchte, müssen das rechtsgeschichtliche Bild abrunden. Ob und inwieweit die Rechtslehre auf die Gestaltung der Gesetzgebung und Handhabung der Rechtssprechung Einfluß zu gewinnen vermochte, wird einer besonderen Untersuchung wert sein.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Aus dieser letzten Problemstellung erhellt zugleicht mit Deutlichkeit, daß die differenzierende Bewertung der einzelnen Quellenkreise nicht zu einer Zerreißung der inneren historischen Zusammenhänge führen darf. Freilich methodisch dürfte es sich empfehlenswert erweisen, die einzelnen Quellenbereiche zunächst gesondert zu untersuchen, um zum Beispiel die geistige Haltung von Rechtslehre und Rechtssprechung gegenüber den Juden zu ergründen. Das letzte Ziel der rechtshistorischen Betrachtung wird es jedoch bleiben müssen, schließlich zu einer gedanklichen Synthese aller geistigen Kräfte vorzudringen, welche die Einstellung des mittelalterlichen Rechts gegenüber den Juden bestimmt und dadurch ihre rechtliche Lage gestaltet haben.

Zu diesem Zwecke wird es sich weiter empfehlen, den Blick auch auf andere Gruppen der mittelalterlichen Bevölkerung zu lenken, deren rechtliche Lage mit der der Juden vergleichbar ist. Wenn man so die allgemeine Geschichte des Fremdenrechts heranzieht, dürfte man vielleicht für die historischen Grundlagen und die rechtliche Entwicklung, für Wesen und Richtung des mittelalterlichen Judenrechts wertvolle Vergleichungspunkte gewinnen. Diese können geradezu eine graduelle Bewertung der Rechtsstellung der Juden im Mittelalter ermöglichen. Man wird nicht nur sehen, wie sich ihre rechtliche Lage von der der Nichtjuden unterschied, sondern man wird auch feststellen können, ob die Juden unter Fremdenrecht standen, in welchen Beziehungen sie vielleicht günstiger oder etwa ungünstiger gestellt waren als die Fremden. So werden sich aus einer solchen vergleichenden Betrachtung rechtsgeschichtlich und soziologisch bedeutsame Ausblicke eröffnen.

Das sind die Gesichtspunkte, von denen nach meinem Dafürhalten heute jede wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiete der mittelalterlichen Rechtsgeschichte der Juden geleitet sein muß, wenn anders sie modernen wissenschaftlichen Anforderungen entsprechen will.

Die Zugehörigkeit der Rechtsgeschichte der Juden zur deutschen Rechtsgeschichte einerseits, zur Geschichte der Juden andererseits macht es unvermeidlich, bei einer allgemeinen Betrachtung der Wege zur Erforschung des mittelalterlichen Judenrechts zu zwei methodischen Problemen Stellung zu nehmen: zur *wissenschaftlichen Fragestellung* und zu der *Art der wissenschaftlichen Untersuchung*. Beide sind untrennbar miteinander verbunden und fließen teilweise sogar ineinander. So verfänglich es sein mag, mit kurzen Worten seinen Standpunkt darzulegen, so scheint doch eine grundsätzliche Äußerung unerläßlich.

Zwei Gründe sind es, die zu klarer Stellungnahme nötigen. Der eine liegt auf dem besonderen jüdisch-historischen, der andere auf allgemein rechtshistorischem Gebiete.

Mittelalterliche Geschichte der Juden, bis vor kurzem eine Angelegen-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

heit der Wissenschaft und weniger – leider all zu weniger – jüdischer und christlicher Gelehrten, ist heute in den Mittelpunkt des Interesses weiter nichtjüdischer und jüdischer Kreise gerückt. Über den engeren Rahmen gelehrter Methodenfragen hinaus sind die wissenschaftliche Aufgabe auf dem Gebiet der Erforschung der Geschichte der Juden, die Wahl des Stoffes, die Art seiner Gestaltung, die Voraussetzungen der Einstellung, die Gesetze der Wissenschaftlichkeit zu einem Problem geworden, das vor breitester Öffentlichkeit sogar in Tageszeitungen Behandlung findet.

Auf der einen Seite wird eine neuartige Gesamtdeutung des historischen Geschehens um die Juden aus dem Gesichtspunkt „politischer Wissenschaft" angestrebt. In bewußtem Gegensatz zu der „falsch verstandenen Objektivität" der bisherigen Forschung wird eine betont „gegenwartsnahe Fragestellung" gefordert. Mit anderen Worten die Fragestellung, die Betrachtung und Untersuchung des historischen Quellenmaterials wird vorsätzlich an modernen politischen Problemen orientiert. Das nationalsozialistische Wertsystem wird zum Kriterium der historischen Forschung erhoben.[75]

Auf der anderen, der jüdischen Seite scheint man sich nicht überall in gleichem Maße klar darüber zu sein, welche Stellungnahme rein wissenschaftlich geboten ist, ja selbstverständlich sein müßte. Zwei Anschauungen stehen einander hier gegenüber. Die eine meint, daß die Bedingungen der Vergangenheit nicht ausschließlich mit dem Wertmaßstab einer völlig veränderten Gegenwart gemessen werden dürfen. Sie will historische Ereignisse aus ihrer Zeit und aus ihrer Eigengesetzlichkeit heraus betrachten und begreifen.[76] Diese Auffassung anerkennt „zwei Mächte als höchstes Ideal im Sinne Wilhelm von Humboldts: das jüdische Sittengesetz und die große deutsche Tradition des geschichtlichen Sehens. Im Sinne Rankes will sie um sachliche Klärung bemüht sein, im Sinne Treitschkes will sie mit ihrem Herzen auf der Seite des Judentums stehen." Sie befindet sich so auf dem sicheren Boden der im 19. Jahrhundert langsam und stetig entwickelten Überlieferung der deutschen historischen Forschung. Sie könnte sich dabei auf führende Historiker Deutschlands berufen, die diese Auffassung auch heute noch als grundlegend betrachten und festhalten. Erwähnt seien nur zwei Namen: *Johannes Haller*,[77] der kürzlich erst ein vom heiligen Feuer tiefer Wissenschaftlichkeit durchglühtes Bekenntnis über die Aufgaben des Historikers abgelegt hat, und *Willy Andreas*, der in seinem Werke „Deutschland vor der Reformation" zu der Frage ebenfalls eindeutig Stellung genommen hat. Folgende Sätze aus dem Vorwort mögen hier Raum finden:[78] „So kann auch das spätmittelalterliche Deutschland beanspruchen, daß man es nicht bloß an dem messe, was vorausging oder nachher kam. Es will aus sich heraus verstanden werden, aus seinen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

eigenen Lebensbedingungen, aus seiner besonderen Wesensart. Dies aber ist nur möglich, wenn der Historiker allen Gewalten, auch denjenigen, die ihm weltanschaulich oder bekenntnismäßig nicht nahestehen, mit dem Willen zu unerschütterlicher Gerechtigkeit gegenübertritt."

Die andere jüdisch-historische Einstellung will die „Veränderung des Geschichtsbildes", die neuestens eingetreten sei, anerkennen. Sie meint, „mit dem alten Bilde der Geschichte der Juden in Deutschland sei nicht mehr auszukommen". „Das verwandelte Geschichtsbild verdient, wie die neue Geschichtsbetrachtung überhaupt, unsere ernsteste Aufmerksamkeit." Sie nähert sich damit stark dem antijüdischen Standpunkt. Ihre eigenen Erwägungen führen folgerichtig „dann im Effekt zu gleichen Ergebnissen" wie die der grundsätzlich judenfeindlich eingestellten Axiomatik, wenn freilich „aus entgegengesetzten Motiven und mit anderen Ausblicken".[79]

Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus wäre gegen diese Betrachtungsweise so manches einzuwenden. Zuzugeben ist aber, daß die wissenschaftliche Klarstellung und Lösung des Problems außerordentlichen Schwierigkeiten begegnet.[80] Eine eingehende Auseinandersetzung ist indes in diesem Zusammenhang weder beabsichtigt noch notwendig.

Bloß ein Hinweis auf die historisch wie psychologisch gleich feinen Beobachtungen des großen deutschen Wirtschaftshistorikers *Gustav Schmoller* sei gestattet. Er hat seinem letzten, erst nach seinem Tode veröffentlichten Werke „Deutsches Städtewesen in älterer Zeit"[81] eine selbständige Studie über die deutschen Städtehistoriker des 19. Jahrhunderts vorausgeschickt. Gleichsam als Einleitung zu den Untersuchungen und Darstellungen der Tatsachen hielt es Schmoller für notwendig, ein Bild der wichtigsten wissenschaftlichen Persönlichkeiten zu entwerfen, die als Führer in der Erforschung der deutschen Städtegeschichte im 19. Jahrhundert gelten können. Denn Schmoller sagte sich durchaus zutreffend: „Wie fast bei jedem, der sich mit dem Gegenstande beschäftigt, schon die Fragestellung, noch mehr die Beantwortung wieder eine andere ist, so kann das nicht in den Quellen, die für jeden dieselben sind, liegen, sondern in den verschiedenen Anlagen und Temperamenten, in den verschiedenen Bildungslaufbahnen und Lebensschicksalen. Hat man je gehört, daß verschiedene Leser desselben Buches ganz dieselben Eindrücke haben? Jeder liest mit anderer Absicht, bei jedem haftet anderes, jeder übersieht dies und behält anderes vorzugsweise. So müssen auch verschiedene Forscher bei Benutzung derselben Quellen mit verschiedenen Eindrücken zu verschiedenen Theorien kommen, auch wenn ihre methodische Schulung manche der Fehlerquellen ausschaltet. Daher das Ergebnis: Die verschiedenen Forscher auf denselben Gebieten werden nur Teile der Wahrheit erfassen."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Wie sehr muß sich die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung dann verstärken, wenn man von vornherein bewußt und planmäßig mit einer bestimmten Einstellung an die Quellen herantritt. Es soll nicht geleugnet werden, daß selbst eine solche Betrachtung bisweilen Teile der Wahrheit an den Tag bringen kann. Umso nachdrücklicher muß aber mit Schmoller als wissenschaftliches Ergebnis unterstrichen und festgehalten werden:[81] „Nur in der Gesamtheit der Antworten der beteiligten Forscher werden wir die volle Wahrheit vermuten. Und wir werden an die Resultate der einzelnen den richtigsten Maßstab anlegen, wenn wir uns ein Bild von ihren individuellen Persönlichkeiten gemacht haben, wenn wir wissen: was waren ihre Ausgangspunkte, ihre Bildungs- und Charakterelemente." „Die historische Wissenschaft ist", wie einmal der geistvolle holländische Kulturhistoriker Johan Huizinga gesagt hat, „ein Kulturprozeß, eine Weltfunktion, ein Vaterhaus mit vielen Wohnungen."[82]

Wenn man mit solcher erkenntnistheoretischer Einstellung an Geschichtsprobleme herantritt, dann ergibt sich wohl mit Selbstverständlichkeit die Schlußfolgerung, zu der man gelangen muß: Trotz des verwandelten Geschichtsbildes dürfte eine Geschichtsbetrachtung, die sich von den Einflüssen des Zeitgeistes tunlichst loszulösen bemüht ist, zum mindesten nicht überflüssig sein. Freilich das Ideal wissenschaftlicher Objektivität ganz zu erreichen, wird natürlich einem schwachen menschlichen Streben niemals vollständig gelingen können. Aber: „Ist uns die volle Objektivität versagt, so soll der Wille zur Objektivität umso stärker, das Streben nach ihr umso unverdrossener sein." „Die wahre Historie fordert Ehrfurcht und Bescheidenheit und mehr als alles andere Ehrlichkeit und lautere Wahrheitsliebe."[83]

Während es sich hier letztlich um allgemeine geschichtsphilosophische Fragen handelt, sind die methodischen Erörterungen, auf die zum Schluß noch einzugehen ist, rein rechtsgeschichtlicher Art. Seitdem Karl Friedrich Eichhorn den Grundstein zur Wissenschaft von der Geschichte des deutschen Rechts gelegt hatte, sind in mehr als hundertjähriger Entwicklung die rechtshistorischen Arbeitsmethoden in Deutschland erfolgreich ausgebaut und gründlich verfeinert worden. Sie haben wissenschaftliche Leistungen hervorbringen geholfen, die im Inland und Ausland berechtigte Anerkennung, ja Bewunderung gefunden haben. Männer wie *Heinrich Brunner* und *Otto von Gierke* – um nur die beiden leuchtendsten Gestirne am rechtshistorischen Himmel mit Namen zu nennen – haben die deutsche rechtsgeschichtliche Wissenschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Gipfel des Erfolges und Ruhmes emporgeführt. Nicht gering auch waren Bedeutung und Einwirkung ihrer Forschungen für die Entwicklung der ausländischen rechtsgeschichtlichen Wissenschaft.[84] Wie diese Männer ihre Aufgabe aufgefaßt haben, erhellt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

aus jeder ihrer Arbeiten. In der Einleitung zum zweiten Bande seines monumentalen Werkes „Das deutsche Genossenschaftsrecht" hat sich *Otto von Gierke* ausdrücklich und grundsätzlich darüber ausgesprochen, worin die rechtshistorische „Aufgabe" zu bestehen habe, und er hat ausführlich dargelegt, welche Schwierigkeiten die Unvollkommenheit der Methode sowie die Inkongruenz unseres Denkens und der realen Welt überhaupt der rechtshistorischen Forschung bereiten.[85] Man muß diese bedeutenden Ausführungen Gierkes im Wortlaut vollständig lesen, um eine Vorstellung zu bekommen, mit welchem Ernst und Verantwortungsbewußtsein diese Männer den Problemen gegenübergetreten sind und in welcher Weise sie sie zu meistern suchten. Es sei gestattet, als einziges Beispiel folgende Sätze, auf die besonderer Ton gelegt ist und noch heute zu legen ist, wortgetreu hierher zu setzen:[86] „Schließlich wird uns die Erkenntnis eines bereits in der Vergangenheit liegenden geistigen Prozesses auch durch *subjektive* Momente erschwert. Denn da wir nie mit fremden, sondern immer nur mit unseren eigenen Gedanken denken, sind wir, sobald wir fremdes Denken zum Objekt unseren eigenen Denkens machen, stets in Gefahr, das eigene Denken in das fremde hineinzutragen. Es ist dies der Fehler vieler Rechtshistoriker, welche in dem Bestreben, ein möglichst bestimmtes Zustandsbild der Vergangenheit zu geben, in die flüssige Staats- und Rechtsbildung der germanischen Vorzeit die scharf formulierten Kategorien des modernen juristischen Dogmas hineinlegen. Das wie ein vollendetes Kunstwerk in festen Umrissen gezeichnete Bild besticht dann nur allzu leicht den methodisch und systematisch denkenden Juristen und verleitet ihn wohl gar zu dem Urteil, daß nur eine derartige Auffassungsweise eine wahrhaft „juristische" sei. Vergessen aber wird, daß die Rechtsgeschichte vor allem *Geschichte* ist, die es mit dem *Werden* des Rechts zu tun hat; daß sie daher nicht unserer eigenen Denkweise zu Liebe die schwierigere Aufgabe möglichster Annäherung an das Wesen der Entwicklung zu Gunsten der ansprechenderen Zeichnung einer Anzahl von Zustandsbildern vernachlässigen darf. Nun kommt es aber gerade darauf an, zum Verständnis einer anders denkenden Zeit auch nur mit den ihr eigenen Begriffen zu operieren. Wir müssen daher, sobald es sich um die Genesis und das Wesen älterer Rechtsbegriffe handelt, unsere eigenen vollkommeneren Begriffe gewissermaßen abzulegen versuchen und dürfen höchstens nachträglich die alten Begriffe an dem Maß der neuen messen und den Keim der letzteren aus den ersteren herausschälen. Allerdings werden wir auch auf diesem Wege den positiven Inhalt eines entschwundenen Bewußtseins kaum in uns zu erneuen vermögen, aber wir werden mindestens ein mittelbares Reflexbild desselben erhalten."

Es ist im Grunde die gleiche Auffassung, die später *Claudius Frh. von*

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Schwerin in anderer Weise formuliert hat:[87] „Es handelt sich darum, sich in den Zeitgeist und Ortsgeist der Quelle hineinzuleben, das eigene Denken dem der Quelle anzupassen." „Ist es Aufgabe der Interpretation, das festzustellen, was der Urheber der Quelle zum Ausdruck bringen wollte oder unbewußt gebracht hat, so muß auf der anderen Seite nachdrücklichst vor dem so häufigen Fehler gewarnt werden, in die Quelle etwas hineinzulesen, was sie nicht zum Ausdruck bringen wollte. Diese Gefahr liegt außerordentlich nahe, da sie in der Natur des Arbeitenden begründet ist und nur bei steter, bewußter Gegenwehr vermieden werden kann." „Jede Quellenbenützung enthält eine Frage an die Quelle. Der Benützer will aus der Quelle Aufschluß erhalten. Darin liegt bereits ein Anreiz, der Quelle eine Antwort auch da abzuringen, wo sich diese nicht ohne weiteres darbietet." „Besonders groß wird die Gefahr, wenn sich der allgemeine Wunsch nach Aufklärung zu dem nach Aufklärung in einem bestimmten Sinne steigert. Eine Interpretation, die mit einem schon vorgestellten Ergebnis beginnen wird, kann dieser Gefahr kaum entrinnen. Daher sollte eine vorsichtige Quellenbenützung immer nur fragen, was die Quelle sagt, und nie, ob sie dieses oder jenes sagt. Regeln zur Vermeidung des Hineinlesens oder, wie man es auch genannt hat, der Hyperhermeneutik lassen sich nicht geben. Hier kann nur der feste Wille hemmend wirken, der Quelle nichts entnehmen zu wollen, was sie nicht geben kann."

Aus diesen Worten klingt schon deutlich die Besorgnis heraus, daß die Gefahr der Hyperhermeneutik größere Aktualität gewinnen könnte. Sie war nicht unbegründet. Das moderne begrifflich-systematische Rechtsdenken, durch die vorwiegende Beschäftigung mit dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch und unter immer stärkerer Zurückdrängung der rechtsgeschichtlichen Schulung erwachsen, hat schließlich auch die deutsche rechtshistorische Forschung in seinen Bann gezogen. Begriffe, Konstruktionen und Methoden des modernen Rechts wurden und werden vielfach ohne Bedenken bei der Erforschung von Problemen der Rechtsgeschichte zur Anwendung gebracht. Ein unbefangener Beobachter, *Gotthelf Bergsträsser*, der Erforscher der Geschichte des islamischen Rechtes, hat dieses Tun schon vor Jahren beobachtet. Er sah deutlich voraus, wohin eine derartige Verkennung der Aufgabe der Rechtsgeschichte führen müsse.[88]

Bergsträssers mahnendes Wort ist aber von manchen deutschen Rechtshistorikern ungehört verhallt. Man ist zum Beispiel überrascht, an der Spitze eines bedeutenden rechtsgeschichtlichen Werkes vom Jahre 1933 die allgemeine These zu lesen: „Jede Rechtsgeschichte ist notwendig in Abhängigkeit von der staatsrechtlichen Dogmatik ihrer Zeit."[89] Gegen eine solche Auffassung, durch die manches schiefe historische

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Bild entstehen kann, hat selbst ein anerkannter Forscher, der sich sofort und vorbehaltlos zur nationalsozialistischen Staatsauffassung bekannt hat, *Claudius von Schwerin*, mit Entschiedenheit und Nachdruck Einspruch erhoben:[90] „Auch manche Bezugnahme auf modernes Recht und moderne Rechtsterminologie scheint mir eine allzu weit gehende Überspannung von Zeiten und Räumen zu bedeuten, und ebenso wenig kann ich mich damit befreunden, wenn Mißstände im Lehnswesen des 10. Jahrhunderts ‚vielleicht auf rassische Verfallserscheinungen' zurückzuführen sein sollen. Da scheinen mir ganz moderne und heute gesunde Erwägungen in eine Zeit getragen, die dazu keine Veranlassung gibt." Treffend hat *Walther Schönfeld* ausgeführt: „Jedes Zeitalter hat seinen und jede Gemeinschaft hat ihren Begriff des Rechts, den wir reden lassen müssen, wenn wir von ihm reden."[91] Und *Herbert Meyer*, einer der Wenigen, die sich schon vor mehreren Jahrzehnten an der Erforschung der mittelalterlichen Rechtsgeschichte der Juden beteiligt haben, hat sich von jenem gleichen politischen Standpunkt aus – und zwar schon lange vor 1933 – für eine „geschichtliche Betrachtung" im *Gierke*schen Sinne bei der Erforschung der deutschen Rechtsvergangenheit temperamentvoll eingesetzt, für jene Art der Betrachtung, der „die innere Kraft der Wahrheit" zur Seite steht. „Nie ist der Versuch, die Grundgedanken unsers nationalen Rechts einzufangen, in größerm Maßstab und mit stärkerer Kraft durchgeführt worden als in den ersten Bänden von Gierkes deutschem Privatrecht". „So wurde Gierke ein Apostel der neuen Zeit, der eigentliche Führer unserer jüngsten Generation, den seine Jünger nur besser lesen und häufiger zu Rate ziehen sollten. Dann würden sie manchen Irrweg vermeiden können, und manche Unklarheit bliebe ihnen erspart." Herbert Meyers rechtshistorisches Reformprogramm, – von dem er sich seit 1933 freilich selbst nicht unwesentlich entfernt zu haben scheint, – gipfelt in der Forderung: „Zurück zu Gierke!"[92]

Wer an die Erforschung der Rechtsgeschichte der Juden herantritt, kann und muß sich diese Losung vorbehaltlos zu eigen machen. Es ist der Weg, den auch *Otto Stobbe*, der erste vorbildliche Erforscher der Rechtsgeschichte der Juden, der unbestechliche Sucher nach wissenschaftlicher Wahrheit, erfolgreich gegangen ist. Jene Losung bedeutet aber in einen Satz kurz zusammengefaßt: *Mit wissenschaftlichem Verantwortungsgefühl und unverdrossenem Streben nach sachlicher Beurteilung in die Quellen der Rechtsgeschichte einzudringen als Historiker und Jurist zugleich.*

Der wissenschaftliche Ernst, der jeden echten Forscher beseelt, wird sich dabei im Dienste wissenschaftlicher Wahrheit ernster Wissenschaftlichkeit niemals verschließen, wo und wie immer sie entgegentreten mag.[93]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen für angeführte Zeitschriften:

DRW. = Deutsche Rechtswissenschaft.
MGWJ. = Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums.
PAAJR. = Proceedings of the American Academy for Jewish Research.
ZGJD. = Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland.
ZRG. = Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung.
ZWJ. = Zeitschrift für die Wissenschaft des Judentums, herausgegeben von dem Verein für Kultur und Wissenschaft der Juden.

I.

STOBBES RECHTSGESCHICHTE DER JUDEN

[1] Näheres bei *Guido Kisch*, Jüdisches Recht und Judenrecht, ein Beitrag zur wissenschaftlichen Grundlegung für eine Rechtsgeschichte der Juden, Festschrift für Jacob Freimann, Berlin 1937, S. 94–105; *G. Kisch*, Research in Medieval Legal History of the Jews, Proceedings of the American Academy for Jewish Research Vol. VI, 1934–1935, S. 234–244.

[2] So *Andreas Heusler*, Institutionen des deutschen Privatrechts I, Leipzig 1885, S. 151. – Die rechtsgeschichtliche Forschung ist bisher zu keiner einheitlichen Auffassung über Herkunft und Charakter des mittelalterlichen Judenrechts gelangt. Das Problem, das erneut gründlicher rechtsgeschichtlicher Untersuchung bedarf, wird im zweiten Abschnitt der vorliegenden Arbeit genauer dargelegt.

[3] *Karl Friedrich Eichhorn*, Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, 5. Ausgabe, Göttingen 1843–44, besonders §§ 296, 297, 350, und auch sonst an verschiedenen Stellen; *Eichhorn*, Einleitung in das deutsche Privatrecht mit Einschluß des Lehenrechts, 5. Ausgabe, Göttingen 1845, §§ 80–82, S. 236–249.

[4] Gestorben am 19. Mai 1887. Über Stobbe und sein Lebenswerk *Emil Friedberg*, Otto Stobbe, Berlin 1887; *Ernst Landsberg*, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft III 2, München und Berlin 1910, Textband S. 891–894, Notenband S. 375–376; daselbst Biobibliographie in Anm. 1; *Ernst Landsberg*, Otto Stobbe, Allgemeine Deutsche Biographie XXXVI, Leipzig 1893, S. 262–266.

[5] Über die Geschichte der Wissenschaft des Judentums vgl. *Ismar Elbogen*, Ein Jahrhundert Wissenschaft des Judentums, Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin, Berlin 1922, S. 101–144; *Siegfried Ucko*, Geistesgeschichtliche Grundlagen der Wissenschaft des Judentums, ZGJD. V, 1934, S. 1–34. Vgl. auch *Salo Baron*, M. Jost the Historian, PAAJR. I, 1930, S. 7–32.

[6] *Immanuel Wolf*, Zeitschrift für die Wissenschaft des Judentums I, Heft 1, Berlin 1822, S. 24; vgl. *Ludwig Feuchtwanger*, Zur Geschichtstheorie des jungen Graetz von 1846, Bücherei des Schockenverlags Heft 59, Berlin 1936, S. 103, 102, wo die Äußerung Zunz selbst zugeschrieben wird.

[7] Mainz 1855.

[8] Leipzig 1840.

[9] Breslau 1862; zuerst in der MGWJ. X, 1861, veröffentlicht.

[10] Berlin 1887–1902.

[11] I. [einziger] Band, Hannover 1862.

[12] Das in Stobbes Literaturverzeichnis angeführte Werk von *Max Neumann*, Geschichte des Wuchers in Deutschland, Halle 1865, geht offenbar mit auf Stobbes Anregung zurück, der dem Verfasser eigene Forschungsergebnisse und Materialien

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

zur Verwertung überlassen hat. – Das bekannte Werk von *Ludwig von Rönne* und *Heinrich Simon*, Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden in den sämtlichen Landesteilen des Preußischen Staates, Breslau 1843, mit einer historischen Einleitung auf S. 1–33, findet sich nicht in Stobbes Schriftenverzeichnis.

[13] Vgl. seine Charakterisierung bei *Alfred Francis Pribram*, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien I, Wien und Leipzig 1918, S. CLVII f.

[14] Über Eduard Gans vgl. *Landsberg*, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft III 2, Textband S. 354–369, Notenband S. 166–170; neuestens *Siegfried Ucko*, Geistesgeschichtliche Grundlagen der Wissenschaft des Judentums, ZGJD. V, 1934, S. 24ff.

[15] I, Berlin 1823, S. 95–113, 231–276. Die beiden Hefte der Zeitschrift für die Wissenschaft des Judentums mit den Gansschen Studien wurden bereits 1822 veröffentlicht. Die vom Verfasser in Aussicht gestellte Fortsetzung der Arbeit ist nie erschienen.

[15a] Dagegen wird er erwähnt bei *I. Elbogen*, Ein hundertjähriger Gedenktag unserer Wissenschaft, MGWJ. LXVI, 1922, S. 93.

[16] So *I. Elbogen*, „Judenrecht" als wissenschaftliche Disziplin, ZGJD. VII, 1937, S. 65.

[17] S. VIII.

[18] Allgemeine Deutsche Biographie XXXVI, S. 266; Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft III 2, Textband, S. 894.

[19] So *Friedberg*, Otto Stobbe, S. 16.

[20] So das Urteil von *Landsberg*, a. a. O., S. 894.

[21] Alle kritischen Äußerungen aus der Zeit des Erscheinens verzeichnet *Friedberg*, a. a. O., S. 37.

[22] IV, 1866, S. 301–308.

[23] XXXI, 1867, Nr. 1, S. 9–10; Nr. 2, S. 25–27; Nr. 4, S. 65–67.

[24] MGWJ. XVI, 1867, S. 26–33, 73–77.

[25] *Emil Friedberg*, selbst jüdischer Herkunft, vermerkt in seiner Stobbe-Biographie, S. 16f.: „Eine eigentümliche Wirkung dieses Buches mag nicht unerwähnt bleiben. Als der deutsch-israelitische Gemeindebund im Jahre 1886 eine Historische Kommission für die Aufklärung der Geschichte der Juden in Deutschland ins Leben gerufen hatte, ist auch Stobbe neben Weizsäcker, Bresslau und Wattenbach der Aufforderung, in dieselbe einzutreten, nachgekommen. Die letzte literarische Arbeit, die er im Jahre 1886 veröffentlicht hat, behandelt eine hier einschlagende Frage und steht in dem Organe der gedachten Kommission." Es ist Stobbes Aufsatz: „Die Judenprivilegien Heinrichs IV. für Speyer und für Worms", Geigers ZGJD. I, 1887, S. 205–215. Man sieht, Stobbe hat sich ebensowenig wie die beiden berühmten deutschen Historiker Weizsäcker und Wattenbach gescheut, in die jüdisch-historische Kommission einzutreten. Er hate seine Mitgliedschaft nicht bloß als eine Sache der äußeren Form aufgefaßt, sondern hat an den wissenschaftlichen Arbeiten ernsten Anteil genommen.

[26] Kritische Vierteljahrsschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft IX, 1867, S. 564–581.

[27] *Maurer*, a. a. O., S. 574, 578, 579.

[28] Zuletzt erschien eine „dritte Auflage" 1923 in Berlin.

[29] *Hugelmann*, Studien zum Recht der Nationalitäten im Mittelalter II: Das Judenrecht der Rechtsbücher, Historisches Jahrbuch der Görresgesellschaft XLVIII, 1028, S. 582 Anm. 36.

[30] *Elbogen*, „Judenrecht" als wissenschaftliche Disziplin, ZGJD. VII, 1937, S. 65.

[31] *Grau*, Die Judenfrage als Aufgabe geschichtlicher Forschung, Deutsches Volkstum, Monatsschrift für das deutsche Geistesleben XVII, 1935, S. 669.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[32] *J. E. Scherer*, Beiträge zur Geschichte des Judenrechtes im Mittelalter mit besonderer Bedachtnahme auf die Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie, I. [einziger] Band, Leipzig 1901. Besprechungen: *Ernst Bruck*, ZRG. XXIII, 1902, S. 320; *Max Eschelbacher*, MGWJ. XLVI, 1902, S. 388–394; *Arnold Luschin von Ebengreuth*, Historische Zeitschrift XCII, 1904, S. 132–135.

[33] Von umfassenden Gesamtdarstellungen des Judenrechts verdienen die folgenden eine Erwähnung an dieser Stelle, obwohl sie die Zeit des Mittelalters nicht behandeln: *Jean Juster*, Les juifs dans l'empire Romain, leur condition juridique, économique et sociale, 2 Bände, Paris 1914; *Selma Stern*, Der preußische Staat und die Juden I, Berlin 1925; *Ismar Freund*, Die Emanzipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812, ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Juden in Preußen, Berlin 1912.

[34] *Herbert Meyer*, Entwerung und Eigentum im deutschen Fahrnisrecht, ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Privatrechts und des Judenrechts im Mittelalter, Jena 1902; dazu die wichtige kritische Besprechung von *Max Eschelbacher*, MGWJ. XLVII, 1903, S. 181–192, vgl. *H. Meyer*, Entgegnung, daselbst S. 382–383; *Eschelbacher*, Nachwort, daselbst, S. 384.

[35] *Eduard Eichmann*, Die Stellung Eikes von Repgau zu Kirche und Kurie, Historisches Jahrbuch der Görresgesellschaft XXXVIII, 1917, S. 746–757.

[36] *Karl von Amira*, Die Dresdener Bilderhandschrift des Sachsenspiegels II., Erläuterungen, 2 Teile, Leipzig 1925–1926, Register unter „Juden", besonders II, 1, S. 35–40.

[37] *Karl Gottfried Hugelmann*, Studien zum Recht der Nationalitäten im deutschen Mittelalter II: Das Judenrecht der Rechtsbücher, Historisches Jahrbuch XLVIII, 1928, S. 565–585.

[38] Vgl. noch *Herbert Fischer*, Die verfassungsrechtliche Stellung der Juden in den deutschen Städten während des dreizehnten Jahrhunderts, Gierkes Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, Heft 140, Breslau 1931; dazu *G. Kisch*, Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte XXIV, 1931, S. 470–477; *Karl Fröhlich*, ZRG. LII, 1932, S. 424–430. Gewissermaßen als Exkurs zu seinem Buche *H. Fischer*, Die Judenprivilegien des Goslarer Rates im 14. Jahrhundert, ZRG. LVI, 1936, S. 89–149.

[39] Documenti per servire alla Storia di Sicilia, pubblicati a cura della Societa Siciliana per la Storia patria, prima serie, Diplomatica vol. VI, 1–5, Palermo 1884; XII, 1–4, 1890; XVII, 1–2, 1895, 1909.

[40] Prag 1906; neuestens fortgesetzt und ergänzt durch das Werk von *Bertold Bretholz*, Quellen zur Geschichte der Juden in Mähren vom 11. bis zum 15. Jahrhundert (1067–1411), Prag 1935; dazu *Max Freudenthal*, ZGJD. VI, 1936, S. 247 f.

[41] I. London 1905; II. Edinburgh 1910; III. hgg. von *Hilary Jenkinson*, London 1929; vgl. Starrs and Jewish Charters preserved in the British Museum I., hgg. von *Israel Abrahams* und *H. P. Stockes*, Cambridge 1930; II. und III. hgg. von *Herbert Loewe*, London 1932.

[42] Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Deutschösterreich, 10. Band, Wien 1931; dazu *G. Kisch*, ZGJD. IV, 1932, S. 47–50.

[43] Über Quellen und Literatur dieser Art vgl. vorläufig *Guido Kisch*, Research in Medieval Legal History of the Jews, PAAJR. VI, 1934–35, S. 245–258.

[44] Vgl. *Scherer*, Die Rechtsverhältnisse der Juden, S. 1–105.

[45] PAAJR. VI, 1934–35, S. 229–276.

[46] Vgl. mit Recht gegen diesen Zustand schon *Georg Landauer*, Zur Geschichte der Judenrechtswissenschaft, ZGJD. II, 1930, S. 255.

[47] Siehe oben Anm. 26.

[48] *G. Kisch*, The Jewry-Law of the Medieval German Law-Books, PAAJR. VII, 1935–36, S. 61–145; *G. Kisch*, Rezension von Fritz Baer: Die Juden im

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

christlichen Spanien, ZRG. LVII, 1937, S. 723–725; *G. Kisch*, Die Rechtsstellung der Wormser Juden im Mittelalter, ZGJD. V, 1934, S. 126–131 [S. 7–12 des Sonderdrucks]. Vgl. jetzt zustimmend und bestätigend *Salo W. Baron*, A Social and Religious History of the Jews III, New York 1937, S. 101 f.

[49] 1. Auflage, II. Band, 2. Abteilung, Straßburg 1893, S. 124; *K. von Amira*, Grundriß des germanischen Rechts, 3. Auflage, Straßburg 1913, S. 148.

[50] I, Leipzig 1895, S. 437, mit Angabe der älteren Literatur.

[51] *Scherer*, Die Rechtsverhältnisse der Juden, S. 4 und 6.

[52] Vgl. die Literaturangaben bei *G. Kisch*, The Jewry-Law of the Medieval German Law-Books, S. 64–66, Anm. 6 und 10. Eine Ausnahme macht nur das Werk von *Hans von Frisch*, Das Fremdenrecht, die staatsrechtliche Stellung der Fremden, Berlin 1910. Es behandelt auf S. 42–90 zwar die „Sonderstellung der Juden", doch geschieht dies lediglich auf Grund der vorhandenen Literatur und ohne selbständige Quellenforschungen.

[53] 7. Auflage von *Eberhard Freiherrn von Künssberg*, Berlin und Leipzig 1932, S. 245, 505 ff.

[54] I., 2. Auflage, Leipzig 1906, S. 399–405; ähnlich *Andreas Heusler*, Institutionen des deutschen Privatrechts I, Leipzig 1885, S. 144–153.

[55] Vgl. *Schröder-Künssberg*, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 7. Auflage, S. 245: „Ein typisches Judenschutzrecht im Sinne des Mittelalters war dem fränkischen Reiche noch unbekannt"; *Max Eschelbacher*, MGWJ. XLVI, 1902, S. 388–394; *Hugo Steinthal*, Die Juden im fränkischen Reiche, ihre rechtliche und wirtschaftlich-soziale Stellung, Breslauer philosophische Dissertation 1922, nur maschinenschriftlich, ein gedruckter Auszug erschien im Hochschulverlag Breslau; daselbst S. 4: „Der Status civitatis der Juden blieb in fränkischer Zeit unangetastet: sie waren Volksgenossen anderen Glaubens. Sie wurden nicht, wie vielfach behauptet, als „Fremde" nach sogenanntem Fremdenrecht behandelt, waren keineswegs allgemein unfrei und dadurch des besonderen Schutzes der Könige bedürftig. Ein „Judenrecht" oder ein spezifisches allgemeingeltendes „Judenschutzrecht" hat es im fränkischen Reiche nie gegeben." – Auf die Dissertation *Gerhard Knoche*, Die Juden unter den Karolingern, Greifswald 1920 (nur maschinenschriftlich) braucht hier nicht verwiesen zu werden. Sie hält einen Vergleich mit der wissenschaftlich weitaus höher stehenden Arbeit von Steinthal nicht aus. – Eine Bemerkung sei jedoch bei dieser Gelegenheit angebracht. In dem allein im Druck zugänglichen Auszug aus der Dissertation Knoche, dem ein Lebenslauf des Verfassers nicht beigegeben ist, finden sich Formulierungen wie die folgenden: „Anekdoten beweisen Durchtriebenheit [der Juden] im Verkehr mit Kunden." „Ihr Wohlstand ist sprichwörtlich." „Die Agitation für das Judentum wird unter den Christen weit vorgetrieben und mit Erfolg. Besonders um 850 hegt man Wertschätzung dafür, vom Bauern bis zum Kaiser. Die jüdische Gefahr für die Kirche scheint groß: die germanische Masse ist dem christlichen Ideal innerlich noch fremd und begreift besser den handfesten Geist des Alten Testaments." Danach dürfte es wohl durchaus verständlich sein, wenn sich bei mir die Vorstellung bilden konnte, „die Arbeit von Knoche trage stellenweise antisemitischen Charakter". (*G. Kisch*, The Jewry-Law of the Medieval German Law-Books, S. 118, Anm. 113.) Inzwischen veranlaßte mich Knoche auf einem Umwege zu einer „Berichtigung" meines Irrtums (Jewish Quarterly Review XXVIII, 1937, S. 95), weil er Jude und daher von jeder antisemitischen Tendenz entfernt sei.

[56] Vgl. *G. Kisch*, Research in Medieval Legal History of the Jews, S. 272 f.; *Kisch*, ZRG. LVII, 1937, S. 722 f. und Anm. 4; jetzt weitere Literatur bei *Baron* III (oben Anm. 48), S. 100 f.

[57] Vgl. *G. Kisch*, Die Rechtsstellung der Wormser Juden im Mittelalter, ZGJD. V, 1934, S. 122–133.

[58] *Stobbe*, S. 39.

[59] *Maurer* (oben Anm. 26), S. 571.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[60] So *Herbert Meyer*, Das Hehlerrecht der Juden und Lombarden, Forschungen zur Judenfrage I, Hamburg 1937, S. 107, Anm. 2. Anders dagegen *Rudolf Ruth*, Wucher und Wucherrecht der Juden im Mittelalter, DRW. II, 1937, S. 142, Anm. 1. Er anerkennt das Ergebnis meiner Beweisführung und betrachtet demgemäß das Bürgerrecht der Juden in Worms zutreffend als „ein Bürgerrecht eigener Art."

[61] Näheres in *meiner* demnächst erscheinenden Abhandlung: Das „jüdische Hehlerrecht".

[62] *Stobbe*, S. 120 und S. 242, Anm. 111.

[63] Siehe oben Anm. 34.

[64] *Herbert Meyer*, Das Hehlerrecht der Juden und Lombarden, Forschungen zur Judenfrage I, Hamburg 1937, S. 92–109; *H. Meyer*, Das jüdische Hehlerrecht, DRW. II, 1937, S. 97–111.

[65] *Maurer* (oben Anm. 26), S. 570.

[66] *Heinrich Brunner*, Deutsche Rechtsgeschichte II, Leipzig 1892, S. 507, Anm. 82; vgl. dazu *Alfred Schultze*, Gerüfte und Marktkauf in Beziehung zur Fahrnisverfolgung, Sonderabdruck aus Festgabe für Felix Dahn I, Breslau 1905, S. 50 ff.; *dagegen*, ohne durchschlagende Gründe *H. Meyer*, Entwerung und Eigentum, S. 193 f. Trotzdem ist Brunners ursprüngliche Ansicht in der zweiten Auflage seiner Deutschen Rechtsgeschichte, München und Leipzig 1928, S. 663, Anm. 86, festgehalten worden. Ja, ihr Herausgeber Cl. von Schwerin konnte einen weiteren Quellenbeleg aus dem englischen Stadtrecht des 12. Jahrhunderts zu ihrer Unterstützung beifügen.

[67] Vgl. *Eugen Täubler*, Plan für die Bearbeitung eines Urkundenbuchs zur Geschichte der Juden im Mittelalter, Mitteilungen des Gesamtarchivs der deutschen Juden IV, 1913, S. 1–30; *Täubler*, Urkundliche Beiträge zur Geschichte der Juden in Deutschland im Mittelalter, daselbst S. 31–62; *Täubler*, Das Forschungsinstitut für die Wissenschaft des Judentums, Korrespondenzblatt des Vereins zur Gründung und Erhaltung einer Akademie für die Wissenschaft des Judentums I, Berlin 1920, S. 15–18. Alle schönen Vorschläge und Pläne Täublers sind aber unausgeführt geblieben. Das kürzlich erschienene Werk *Germania Judaica*, Breslau 1934, kann natürlich eine Urkundenpublikation nicht ersetzen.

[68] So *I. Elbogen*, ZGJD. VII, 1937, S. 67, übrigens durchaus im Widerspruch zu seinen eigenen Ausführungen auf S. 65 unten.

[69] *Ludwig Feuchtwanger*, Neue Forschungsaufgaben für die Geschichte der Juden im Mittelalter, Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur XXX, Berlin 1937, S. 123 [S. 33 des Sonderdruckes]. Die beste Widerlegung bietet *Feuchtwanger* selbst in dem einleitenden Überblick seiner Studie, S. 95–99 [5–9]: „Für das Riesengebiet des Mittelalters ist das Meiste von jüdischer Seite noch ungetan." Für die Rechtsgeschichte der Juden im besonderen vgl. schon *Georg Landauer*, Zur Geschichte der Judenrechtswissenschaft, ZGJD. II, 1930, S. 255–261.

[70] So *Elbogen*, a. a. O., S. 67, 68; vgl. S. 66.

III.

DIE ERFORSCHUNG DER RECHTSGESCHICHTE DER JUDEN

[71] Vgl. auch zum Folgenden die beiden oben in Anm. 1 angeführten Abhandlungen von mir.

[72] Über diese vgl. außer den bekannten Hand- und Lehrbüchern der deutschen Rechtsgeschichte und des deutschen Privatrechts besonders *Claudius Frh. von Schwerin*, Einführung in das Studium der germanischen Rechtsgeschichte und ihrer Teilgebiete, Freiburg i. B. 1922.

[73] Vgl. vor allem *Hans Fehr*, Mehr Geistesgeschichte in der Rechtsgeschichte, Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte V, 1927, S. 1–8; ähnlich treffend, wenn auch etwas überspitzt *Herbert Meyer*, Recht und Volkstum, Weimar 1933, S. 30–31; vgl. schon vorher Aufbau und Anlage der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

beachtenswerten Arbeit meines Schülers *Helmut Hillmann*, Das Gericht als Ausdruck deutscher Kulturentwicklung im Mittelalter, ein geistesgeschichtlicher Versuch, Deutschrechtliche Forschungen, herausgegeben von *G. Kisch* II, Stuttgart 1930.

[74] Darüber ausführlich *G. Kisch*, Research in Medieval Legal History of the Jews, S. 257f. und Anm. 60, S. 268f. und Anm. 85.

[75] Vgl. die programmatischen Äußerungen von *Wilhelm Grau* in seiner Münchener Doktordissertation: Antisemitismus im späten Mittelalter, München und Leipzig 1934, S. VII und in dem oben in Anm. 31 angeführten Aufsatz, der auch selbständig veröffentlicht wurde unter dem Titel: Die Judenfrage als Aufgabe der neuen Geschichtsforschung, Hamburg 1935. Das neu gegründete „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands" hat die Erforschung der Geschichte der deutschen Judenfrage als besondere Aufgabe in sein Forschungsprogramm aufgenommen; ihr sind die „Forschungen zur Judenfrage" (I. Hamburg 1937) gewidmet. In den Dienst der gleichen Ideen ist die von Heinrich von Sybel begründete Historische Zeitschrift vom Beginn ihres 153. Bandes (1936) an getreten, seitdem an Stelle von Friedrich Meinecke Karl Alexander von Müller die Leitung der Redaktion übernommen hat. Zu diesem Zweck ist eine Abteilung „Geschichte der Judenfrage" eingerichtet worden, erstmals in Band CLIII, 1936, S. 336–349. Auch die Zeitschrift „Deutsche Rechtswissenschaft" hat das zweite Heft ihres zweiten Bandes (1937) der Geschichte des Judenrechts in Deutschland gewidmet; vgl. unten Anm. 93.

[76] *Fritz Friedländer*, Der Wille zur Objektivität, Central-Vereins-Zeitung XIII, Berlin 1934, Nr. 47, S. 2; *Friedländer*, Ein Charakterbild in der Geschichte, daselbst XIV, 1935, Nr. 45, S. 1f.

[77] *Johannes Haller*, Über die Aufgaben des Historikers, Sammlung „Philosophie und Geschichte", Heft 53, Tübingen 1935. – Vom Standpunkt der Ideen- und Wissenschaftsgeschichte sind gerade heute interessant und lesenswert die grundsätzlichen Bemerkungen über die nationalpädagogische Bedeutung einer unpolitischen Wissenschaftspflege bei *Aloys Fischer*, Über Sinn und Wert geschichtlicher Bildung in der Gegenwart, Rede bei der Reichsgründungsfeier der Münchener Universität am 18. Januar 1932, Münchener Universitätsreden Heft 24, München 1932.

[78] *Willy Andreas*, Deutschland vor der Reformation, eine Zeitenwende, 2. Auflage, Stuttgart 1934, Vorwort, S. 3. Vgl. *Robert Holtzmann*, Besprechung von Jean Guiraud's Histoire de l'inquisition au moyen âge, Deutsche Literaturzeitung LVII, 1936, S. 372: „Wenn es die Sache des Historikers ist, an die Zeiten und Menschen, mit denen er es zu tun hat, keine fremden Maßstäbe anzulegen,..."

[79] *Ludwig Feuchtwanger*, Verändertes Geschichtsbild, Jüdische Rundschau XL, Berlin 1935, Nr. 86, S. 2. Es kann daher nicht wundernehmen, daß dieser Aufsatz Feuchtwangers in dem Werke „Forschungen zur Judenfrage" I, 1937, (vgl. oben Anm. 75) letzte Seite, geradezu zu propagandistischen Zwecken Verwendung findet. Vgl. aber *Feuchtwanger*, Jüdische Geschichte aus den neuesten Geschichtswerken über die Anfänge des Christentums, Bayrisch-Israelitische Gemeindezeitung XII, 1936, S. 152. Viel abgeklärter lautet jetzt *Feuchtwangers* Urteil in seiner von großer Belesenheit zeugenden, überaus anregenden Schrift, die oben in Anm. 69 angeführt ist.

[80] Vgl. neuestens das ausgezeichnete Werk von *Ulrich Noack*, Geschichtswissenschaft und Wahrheit, nach den Schriften von John Dalberg-Acton, dem Historiker der Freiheit 1834–1902, Frankfurt am Main 1935, voll geistreicher Gedanken und wissenschaftlich tiefer Anregungen; dazu *G. Kisch*, Bayrisch-Israelitische Gemeindezeitung XII, 1936, S. 147; *G. Kisch*, Research in Medieval Legal History of the Jews, S. 232f. Vgl. ferner die treffenden Bemerkungen von *Hans Fehr*, Rechts- und Staatsphilosophie der Gegenwart, in „Die Tatwelt" XI, 1935, S. 222.

[81] Bonner Staatswissenschaftliche Untersuchungen, Heft 5, Bonn und Leipzig 1922, besonders S. 1, auch S. Vf.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[82] *J. Huizinga*, Wege der Kulturgeschichte, München 1930, S. 13. Vgl. überhaupt das sehr lesenswerte Kapitel I dieses Buches: „Aufgaben der Kulturgeschichte". Erinnert sei in diesem Zusammenhange noch an ein Wort des großen protestantischen Kirchenhistorikers *Adolf von Harnack* in seiner Berliner Rektoratsrede: Die Aufgabe der theologischen Fakultäten und die allgemeine Religionsgeschichte, Berlin 1901, S. 8 (zitiert bei *Felix Perles*, Jüdische Skizzen, Leipzig 1912, S. 31): „Die historische Methode allein ist konservativ, denn sie sichert die Ehrfurcht – nicht vor der Überlieferung, sondern vor den Tatsachen – und macht der Willkür ein Ende, Blei in Gold und Gold in Blei verwandeln zu wollen."

[83] *Johannes Haller*, a. a. O., S. 29f. Man muß Hallers tiefdurchdachte Ausführungen vollständig lesen und wird sich ihrer Überzeugungskraft nicht entziehen können. Sie stellen meines Erachtens eine einzigartige Meisterleistung dar, gleich ausgezeichnet durch die Abgewogenheit wie durch die Treffsicherheit des historischen Urteils.

[84] Es wäre gewiß der Mühe wert, den Einfluß der Wissenschaft der deutschen Rechtsgeschichte auf die Entwicklung der ausländischen rechtsgeschichtlichen Forschung monographisch zu untersuchen. Einiges zu dieser Frage ist aus den verschiedenen ausländischen Beiträgen zur Festschrift zu Otto Gierkes siebzigstem Geburtstag, Weimar 1911, zu ersehen; vgl. *Paul Vinogradoff*, Essays in Legal History Read before the International Congress of Historical Studies held in London in 1913, Oxford 1913. Ausländische Schüler Gierkes haben in ihren Heimatländern die rechtsgeschichtliche Forschung nach deutschem Vorbild organisiert, z. B. Harold D. Hazeltine in Cambridge, Johann Kapras in Prag. Weiteres Literaturmaterial zu dem Problem bei *Schröder–Künssberg*, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 7. Auflage, S. 5–11. 1022–1026.

[85] *Otto Gierke*, Das deutsche Genossenschaftsrecht II, Berlin 1873, § 1, S. 1–6.

[86] *Gierke*, a. a. O., S. 5–6.

[87] *Cl. Frh. von Schwerin*, Einführung in das Studium der germanischen Rechtsgeschichte und ihrer Teilgebiete, Freiburg i. B. 1922, S. 119 und 124. Vgl. *Guido Kisch*, Die Kulmer Handfeste, Deutschrechtliche Forschungen, herausgegeben von *G. Kisch*, 1. Heft, Stuttgart 1931, S. 35–40.

[88] *Gotthelf Bergsträsser*, Zur Methode der Fiqh-Forschung, Islamica IV, 1930, S. 285–286: „Der *deutsche* Jurist vergißt zu leicht, daß sein begrifflich systematisches Rechtsdenken nichts Absolutes, Allgemeingültiges ist, daß es vielmehr schon der ganzen angelsächsischen Welt fehlt. Gegenüber einem fremden Recht, wie etwa dem islamischen, das rein erkennend betrachtet werden soll, ist eine solche Stellung ganz unmöglich; sie muß, konsequent zu Ende gedacht, dazu führen, daß der Darsteller aus Elementen des islamischen Rechts etwas völlig Neues, im Islam selbst nie Dagewesenes aufbaut."

[89] *Heinrich Mitteis*, Lehnrecht und Staatsgewalt, Untersuchungen zur mittelalterlichen Verfassungsgeschichte, Weimar 1933, S. 8. – Um kein unrichtiges oder unvollständiges Bild hervorzurufen, muß hervorgehoben werden, daß es selbstverständlich ausgezeichnete deutsche Rechtshistoriker gibt, die sich von solchen Übertreibungen fernhalten; so – um einige Namen beispielsweise zu nennen – Karl von Amira, Ulrich Stutz, Hans Fehr, Claudius Frh. von Schwerin. – Von feiner Einfühlung in die mittelalterliche Gedanken- und Gefühlswelt zeugen: *Otto von Gierke*, Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien, 3. Ausgabe, Breslau 1913, S. 60–64; *J. Huizinga*, Herbst des Mittelalters, Studien über Lebens- und Geistesformen des 14. und 15. Jahrhunderts in Frankreich und in den Niederlanden, München 1924; *Jacob Wackernagel*, Die geistigen Grundlagen des mittelalterlichen Rechts, in der Sammlung „Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart" Heft 62, Tübingen 1929.

[90] ZRG. LIV, 1934, S. 303. Vgl. auch *O. von Gierke*, Das deutsche Genossenschaftsrecht II, S. 3, schon im Jahre 1873, also zwei Jahre nach der deutschen Reichsgründung: „Je mächtiger wir in der Gegenwart ein neu erwachtes nationales Rechtsleben pulsieren sehen, desto dringender wird an uns die Aufforderung heran-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
UB
DFG

treten, vor allem die großen Züge der volkstümlichen Rechtsideen in ihrer Reinheit herzustellen und an ihnen die Berechtigung des juristischen Dogmas, das sie schärfen und verfeinern, nicht aber verkehren und ummodeln soll, zu prüfen."

[91] *Walther Schönfeld*, ZRG. L, kanonistische Abteilung XIX, 1930, S. 686.

[92] *Herbert Meyer*, Recht und Volkstum, besonders S. 31 und 9. Vgl. auch *Franz Stadelmeyer*, Otto von Gierke und unsere Zeit, Monatsschrift „Hochland" XXXIII, 1936, S. 518–529.

[93] Auch die judengegnerisch eingestellte Literatur kann anregend wirken und verdient daher, von der jüdischen Forschung nicht unbeachtet zu bleiben. Dies freilich nur, soweit es sich um Leistungen handelt, die den billigermaßen zu stellenden wissenschaftlichen Anforderungen entsprechen und also die rechtshistorische Erkenntnis fördern.

Eine solche Arbeit ist zum Beispiel *Hans Kurt Claussens* Studie: „Der Judeneid, ein Beitrag zur Geschichte des Rechtsschutzes", Deutsche Rechtswissenschaft II. Band, 2. Heft, Hamburg 1937, S. 166–189. Maßvoll in ihren judengegnerischen Bemerkungen bietet sie einen willkommenen geschichtlichen Überblick über die Judeneidesformeln von der Zeit der Volksrechte bis zur Abschaffung des besonderen Judeneides im 10. Jahrhundert. Sie sucht dieses Quellenmaterial entwicklungsgeschichtlich und systematisch zu ordnen und hat handschriftliche Texte herangezogen. Freilich ist dem Verfasser, der auch die Arbeiten jüdischer Autoren sachgemäß berücksichtigt, die neueste sehr beachtenswerte Abhandlung über seinen Gegenstand entgangen, nämlich *Thea Bernsteins*: „Die Geschichte der deutschen Judeneide im Mittelalter", philosophische Dissertation Hamburg 1922, bloß maschinenschriftlich vorhanden in der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin; ein Auszug ist gedruckt in Königsberg Pr. 1922.

Ein Beispiel dafür, wie eine Arbeit nicht sein darf, wenn sie wissenschaftlich voll genommen werden will, bildet der Aufsatz von *Günther Franz*: „Der Jude im katholischen Kirchenrecht", Deutsche Rechtswissenschaft II, 1937, S. 157–166. Der Verfasser hat selbständige Quellenstudien kaum unternommen, auf Grund dürftiger Literaturauszüge wird nur durchaus Bekanntes, und keineswegs gerade glücklich, wiedergegeben, um nachzuweisen, daß die mittelalterliche Judengesetzgebung der Kirche bereits „eine ausgesprochene Rassengesetzgebung" gewesen sei. Äußerungen antisemitischer Schriftsteller des 19. Jahrhunderts müssen dabei die keineswegs überzeugenden Andeutungen in den Quellen ergänzen.

In diesem Zusammenhang verdient schließlich der umfangreichste Beitrag zu dem ausschließlich der Judenrechtsgeschichte gewidmeten Hefte der Zeitschrift „Deutsche Rechtswissenschaft" Erwähnung, die Abhandulng von *Rudolf Ruth*: „Wucher und Wucherrecht der Juden im Mittelalter" (S. 111–157). Ihre Mängel liegen vielleicht für den nicht rechtshistorisch geschulten Leser weniger kraß zu Tage als bei Franz, lassen aber, einmal erkannt, die Wissenschaftlichkeit der Leistung in keinem günstigeren Lichte erscheinen. Schon die Sprache klingt für eine wissenschaftliche Abhandlung ungewöhnlich scharf. Hier ein Beispiel, S. 148: „Talmudische Verdrehungskünste haben diese so eindeutige Lage des deutschen mittelalterlichen Wirtschaftslebens, in dessen Rahmen die Juden durchaus als Fremdkörper und Schädlinge auftreten, in ihr Gegenteil verkehrt. Mit raffinierter Geschicklichkeit ist es den zahlreichen jüdischen Schriftstellern, die sich hauptsächlich mit der Geschichte der Juden beschäftigen – dem Druck ihrer völlig einmütigen Meinung vermochten sich auch deutschblütige Forscher auf die Dauer nicht zu entziehen –, gelungen, den jüdischen Geldhändlern die Rolle des ausgesaugten, grausam verfolgten und willkürlich beraubten, gemiedenen und verachteten Volkes zuzuschieben. Die Dinge werden einfach auf den Kopf gestellt: Das Wuchergeschäft der Juden ist den Juden „aufgedrängt", weil man die christliche Bevölkerung vor der damit verbundenen moralischen Schädigung zu bewahren sucht und deshalb, da nun einmal der Kredit unentbehrlich war, es geradezu gern sieht, daß die Juden in diese durch das kanonische Zinsverbot in Verkennung zwingender wirtschaftlicher Bedürfnisse gerissene Lücke treten. Man hat, so folgert

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

man weiter, den Juden jede andere Erwerbsmöglichkeit, insbesondere den Handel, dessen Träger sie bis in die Frühzeit des Mittelalters gewesen waren, verschlossen." „Wir denken heute anders darüber", sagt der Verfasser auf der vorangehenden Seite. Aber zu seiner „geläuterten Erkenntnis" kann er unmöglich „auf Grund gewissenhafter Erforschung des zur Verfügung stehenden Quellenmaterials" gelangt sein, wie er es für seine in der Festschrift für Ernst Heymann „Beiträge zum Wirtschaftsrecht" I, Marburg 1931 früher erschienene Abhandlung „Das kanonische Zinsverbot" behauptet (S. 111). Denn selbständige Quellenforschungen hat er seither für die Behandlung seines wucherrechtlichen Themas überhaupt nicht unternommen. Lediglich drei Quellenzitate könnten ursprünglich sein: S. 114, Anm. 5; S. 143; S. 145, Anm. 1. Es dürfte die Mühe nicht lohnen, ihre Herkunft zu überprüfen. Denn alles andere Material ist restlos aus den bekannten Werken von *Stobbe* und *Scherer* genommen, ferner aus *Arthur Rosenberg*, Beiträge zur Geschichte der Juden in Steiermark, Wien und Leipzig 1914, und aus *Max Neumann*, Geschichte des Wuchers in Deutschland, Halle 1865. Das oben erwähnte reiche Urkundenmaterial über die Juden und ihre Rechtsverhältnisse im Mittelalter, das inzwischen ausschließlich von nichtjüdischen Forschern bereitgestellt wurde und sicherlich viele wertvolle Aufschlüsse besonders für das Thema Wucherrecht der Juden hätte geben können, ist überhaupt nicht verwertet oder auch nur herangezogen. Manche Behauptungen Ruths sind daher sehr vage (vgl. z. B. S. 116[2], 117[1], 123, 129), wie er selbst erkennt. Summarische Verweisungen auf *Stobbe*, *Rosenberg* und *J. Kracauer*, Geschichte der Juden in Frankfurt a. M. (Frankfurt a. M. I, 1925, II, 1927) bilden durchaus die Regel (z. B. S. 117, 118[2, 3], 120[1, 4, 5], 121[2], 122[3], 127[1], 129[2], 130[5], 133[1], 137[1], 139, 140, 141[1]: „Das von Stobbe, Caro, Kracauer beigebrachte Material liefert hierfür genügenden Beweis"; 146[1], 150[2], 154). Ab und zu wird eine Polemik gegen *Stobbe* eingestreut (z. B. S. 127[2], 130[4], 132, 134[1]); bisweilen werden jüdische Schriftsteller wie *Georg Caro* und *Kracauer* kritisiert (z. B. S. 150, 151[2], 152[1]). Der Verfasser glaubt, dieses Verfahren mit folgender Bemerkung entschuldigen zu können: „Das für eine Untersuchung über die Geschichte der Juden vorhandene Quellenmaterial ist im wesentlichen offengelegt und veröffentlicht und ist schon eifrig ausgewertet worden. Von einem umfangreichen wissenschaftlichen Apparat glaube ich deshalb, mit Rücksicht auch auf den beschränkten Raum, absehen und mich mit Verweisungen auf zuverlässige Literatur begnügen zu können". Aus seiner wissenschaftlichen Schulung heraus hatte Ruth offenbar gefühlt, daß die vollkommene Umdeutung Jahrzehnte lang anerkannter wissenschaftlicher Forschungsergebnisse einer breiteren und festeren wissenschaftlichen Fundamentierung bedarf.

Dem gleichen Gefühl ist anscheinend auch die erste von den drei Entschuldigungen entsprungen, die Ruth in Form von Verwahrungen zum Inhalt einer „Vorbemerkung" zu seiner Abhandlung macht. An ihrer Spitze wird die Tendenz der Arbeit zum Ausdruck gebracht: „Es gibt kaum ein Gebiet der deutschen Rechtsgeschichte, in dem festgewurzelte wissenschaftliche Ansichten so sehr einer Überprüfung im Lichte geläuterter Erkenntnis und neuer Weltanschauung bedürfen als gerade die Geschichte der Juden im deutschen Mittelalter." Indem sich Ruth auf seine Studie „Das kanonische Zinsverbot" beruft, die übrigens nicht 1930, sondern 1931 erschienen ist, fährt er fort: „*Diese Vorarbeit, deren geradlinige Fortsetzung die hier vorgelegte Studie bildet*, bewahrt mich wohl vor dem Verdacht, daß meine wissenschaftliche Überzeugung einer vorgefaßten Meinung entspringe, wenn in den nachstehenden Ausführungen eine Auffassung sich zu Worte meldet, die mit feststehenden bisherigen Ansichten sich in wichtigen Punkten nicht deckt." Danach muß man also annehmen, daß die vorliegende Studie als „geradlinige Fortsetzung" mit ihrer „Vorarbeit" aus dem Jahre 1931 in der wesentlichen Einstellung zum behandelten Quellenstoff und in der Beurteilung von grundsätzlichen Problemen weitgehende Übereinstimmung aufweist. Durch eine solche allein würde allerdings am überzeugendsten dargetan, daß für den „Verdacht einer vorgefaßten Meinung" kein Raum bestehen kann. In einer streng wissenschaftlichen Abhandlung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

wird freilich die Verwahrung gegen einen solchen Verdacht immer etwas Ungewöhnliches bleiben. Sie reizt außerdem zu Vergleichen zwischen der Vorarbeit und ihrer geradlinigen Fortsetzung, von deren Ergebnissen ich hier zwei Proben vorlege. Ruths Äußerungen aus dem Jahre 1931 stelle ich seine entsprechenden Ausführungen aus dem Jahre 1937 gegenüber. Ihr Inhalt mag für sich selber sprechen.

I.

Ruth 1931, S. 330:

„Ein gewerbsmäßiges Geldleihertum, das sich lediglich mit bankmäßigen Geschäften befaßte, bestand noch nicht. Erst im 14. Jahrhundert bauen die Juden und Kawerzen diesen Geschäftszweig in großzügiger Weise aus, als sie von dem Gebiet des Handels, mit dem sie sich bis dahin vorzugsweise befaßt hatten, abgedrängt wurden."

Ruth 1937, S. 143:

„Und die Juden waren in diesem Geschäft [dem gewerbsmäßigen Geldleihertum] schon seit Jahrhunderten erfahren und gewitzigt. Es ist nicht so, daß die Juden erst infolge ihrer Verdrängung aus dem Gebiet des Warenhandels sich dem Geldleihgeschäft gewidmet hätten. Im Gegenteil, das Geldleihgeschäft war eine stete Begleiterscheinung ihres Warenhandels."

II.

Ruth 1931, S. 331 und Anm. 26:

„Die Kirche kann sich ferner um ihrer moralischen Reputation und der Erhaltung ihres Kredits willen nicht der gleichen skrupellosen Mittel gegenüber ihren meist christlichen Gläubigern bedienen wie die Landesherren, die durch schlimmsten Machtmißbrauch häufig in sattsam bekannter Weise sich ihrer Schulden bei den Juden entledigten.[26]

[26] Vgl. *Süßmann*, Die Judenschuldtilgungen unter König Wenzel, 1907 (Schr. d. Ges. z. Förderung d. Judentums) mit zahlreichen Belegen auch für frühere Zeiten."

Ruth 1937, S. 127 und Anm. 2:

„Die weiteren Judenverfolgungen in späterer Zeit können wir übergehen. Sie bieten besonderes Interesse nur insofern, als regelmäßig mit ihnen allgemeine oder lokale Judenschuldentilgungen[2] einhergehen, ein Beweis dafür, daß die Frage des Judenwuchers immer wieder die treibende Ursache war und dringende Abhilfe erheischte."

[2] „Von jüdischen Schriftstellern (vgl. insbesondere *Süßmann*, Die Judenschuldentilgungen unter König Wenzel, Berlin 1907) wird dieser Vertrag meist als Kronbeispiel übelsten Schachers mit dem Schicksal der armen Juden bezeichnet. Auch der historisch so zuverlässige *Stobbe* ist von solcher Auffassung keineswegs frei".

„Ohne zwingende Veranlassung würden die Inhaber des Judenschutzes – jetzt vornehmlich die Landesherren, die mit größerer Sorgfalt, als sie der kaiserlichen Gewalt möglich war, die Verwaltung ihres Gebietes handhabten – sich nicht dazu bereit gefunden haben, die Steuerkraft der Juden, von der ihre Finanzen in erheblichem Umfang abhingen, in solchem Maß durch immer wiederkehrende Vermögenskonfiskationen zu mindern."

S. 156: „...steigerte sich auch die Gegenwirkung in Gestalt von Verfolgungen und Vermögensreduktionen...

39

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Schon das zeigt deutlich an, daß es um andere Dinge ging, als um skrupellose Beraubung der Juden."

Vgl. auch noch die bereits oben abgedruckte Stelle aus Ruth, S. 148.

So diametral entgegengesetzte Werturteile hätten sich immerhin aus neuen Quellenforschungen ergeben können. Solche liegen jedoch nach Ruths eigener Bekundung durchaus nicht vor.

Ihre Unterlassung hat sich auch sonst gerächt. Ruth ist argen Irrtümern zum Opfer gefallen. Ein einziger sei hier hervorgehoben, weil er nicht unwidersprochen bleiben darf. Auf Seite 122 schreibt Ruth: „Anläßlich der angeblich von Juden in Fulda begangenen Ritualmorde hat Friedrich II. jene berühmte absolucio durch den Spruch einer von ihm einberufenen Kommission gelehrter Männer erwirkt, der freilich *nicht*, wie meistens behauptet wird (z. B. Scherer S. 75; Kracauer, S. 10), *eine völlige Freisprechung der Juden von dem Vorwurf des Ritualmordes enthält*, sondern lediglich besagt, man könne nichts Gewisses darüber erfahren, ob die Juden bei ihren religiösen Gebräuchen Christenblut notwendig hätten. (Stobbe, S. 184, gibt diesen Spruch allein richtig wieder. Jedoch war der Spruch den Juden eine mächtige Stütze. Immer wieder haben die Juden in späteren Zeiten durch Berufung auf die absolucio die gegen sie erhobenen Vorwürfe zu entkräften versucht)." Hätte sich Ruth nicht damit begnügt, lediglich die Darstellungen bei *Stobbe*, *Scherer* und *Kracauer* zu vergleichen und einer subjektiven Wertung zu unterziehen, wäre er vielmehr auf die Quellen selbst zurückgegangen, auf die ihn das Zitat bei *Scherer*, S. 75, Anm. 2, deutlich hinwies, dann hätte er eine so unrichtige Behauptung nicht aufstellen können. *Stobbe* (S. 184, vgl. Anm. 178) gibt nämlich jenen Spruch überhaupt nicht wieder, sondern bloß den subjektiv gefärbten Bericht der Annales Argentoratenses über die Angelegenheit. Wir besitzen aber heute das reichsgerichtliche Urteil selbst, das schon vor vielen Jahrzehnten im Archiv der Stadt Köln entdeckt wurde. Es bezieht sich ausdrücklich auf den Spruch der von Friedrich II. einberufenen Gelehrtenkommission, dessen Inhalt genau wiedergegeben wird. Das Urteil ist seither oft in der Literatur angeführt und wiederholt gedruckt worden, zuerst auf Grund einer vom Kölner Archiv gefertigten Abschrift von *R. Hoeniger*, Zur Geschichte der Juden Deutschlands im Mittelalter, Geigers ZGJD. I, 1887, S. 142–144; *Julius Aronius*, Regesten zur Geschichte der Juden, Nr. 474, 497, wo die weitläufige Literatur über diesen Reichsspruch verzeichnet ist; besonders *Moritz Stern*, Die Blutbeschuldigung zu Fulda und ihre Folgen, Geigers ZGJD. II, 1888, S. 194–199.

Die von Ruth geleugnete völlige Freisprechung der Juden von dem Vorwurf des Ritualmordes ist aber in der Tat erfolgt und zwar mit folgenden Worten: „Quorum super hoc assercionibus publicatis, quia compertum non est in testamento veteri vel in novo, Iudeos avidos esse humani sanguinis hauriendi, immo, quod est predicto prorsus contrarium, quod ab omnis omnino sanguinis fedacione caveant in biblia que dicitur ebrayce berechet, preceptis Moysi datis, decretis iudaicis que dicuntur ebrayce talmilloht, expressius habeamus, presumentes eciam presumpcione non modica, hiis quibus sanguis prohibitus est et animalium permissorum sitim non posse humani sanguinis superesse, rei horribilitate, nature prohibicione ac speciei comoditate qua Christianos eciam amplectuntur, et quod pro eo quod expositum de animalibus de virorum municionibus habere possent pro nichilo, non exponerent periculo substancias et personas, Iudeos loci predicti ab obiecto crimine ac alios Iudeos Alemannie a tam gravi infamia dictante sentencia principum pronunciavimus penitus absolutos."

Deutsche Übersetzung: Ihre [der Kommission] Aussagen darüber haben wir veröffentlicht und es ergibt sich daraus folgendes: Weder im Alten noch im Neuen Testament ist zu finden, daß die Juden nach Menschenblut begierig wären. Im Gegenteil, sie hüten sich vor der Befleckung durch jegliches Blut. Dies ergibt sich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aus dem Buche, das hebräisch „Berechet" [Bereschit, für Tora] genannt wird, und in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Moses aus den jüdischen Gesetzen, die hebräisch „Talmillot" [Talmud] heißen. Es spricht auch eine nicht geringe Wahrscheinlichkeit dafür, daß diejenigen, denen sogar das Blut erlaubter Tiere verboten ist, keinen Durst nach Menschenblut haben können. Es spricht gegen diesen Vorwurf seine Scheußlichkeit, seine Unnatürlichkeit und das natürliche menschliche Gefühl, das die Juden auch den Christen entgegenbringen. Auch ist es nicht wahrscheinlich, daß sie [durch ein so gefährliches Vorhaben] Gut und Leben aufs Spiel setzen sollten. Wir haben daher die Juden zu Fulda des ihnen zur Last gelegten Verbrechens und die übrigen deutschen Juden eines so schändlichen Verdachtes nach dem Spruch der Fürsten für völlig unschuldig erklärt. (*Julius Höxter*, Quellenlesebuch zur jüdischen Geschichte und Literatur III, Frankfurt a. M. 1927, S. 19f.)

Nach diesen Proben glaube ich, auf eine weitere Analyse der Ruthschen Abhandlung ruhig verzichten und das endgültige Urteil über ihren Wert getrost der Wissenschaft überlassen zu können.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Or Sarua als Geschichtsquelle.

Von Dr. I. Kahan, Pohořelice.

—

VERZEICHNIS DER BENÜTZTEN LITERATUR

Aronius I, Reg. = Regesten zur Geschichte der Juden im Fränkischen und Deutschen Reiche bis zum Jahre 1273, Berlin 1902.
Benjamin de Tudela (Reiseberichte), ed. Lemberg, ed. Asher, London 1840/41.
Berliner A.: Aus dem Leben der deutschen Juden im Mittelalter, Berlin 1900.
Bondy G.-Dworsky F.: Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien von 906 bis 1620, I, II, Prag 1906.
Brüll N.: Jahrbücher für jüdische Geschichte und Literatur, Frankfurt a. M. 1874 f.
Buch der Frommen (hebr. Sefer Chasidim), ed. Berlin 1891–93.
Caro G.: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Juden im Mittelalter und in der Neuzeit II, Zürich und Frankfurt a. M. 1918.
Cassel D.: Rechtsgutachten der Geonim (hebr.), Berlin 1848.
Chaim Elieser Or Sarua (Responsensammlung), Leipzig 1860.
Choschen Mischpat, IV. Teil des Religionskodex (enthält das Zivilrecht).
Die Juden und Judengemeinden Mährens in Vergangenheit und Gegenwart, Brünn 1929.
Dubnow S.: Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Jüdischer Verlag, Berlin 1927.
Eben ha-Eser: III. Teil des Religionskodex (Eherecht).
Eisenstein J.: Ozer Jisrael (hebr. rabbinisches Lexikon), 1906 ff.
Elieser b. Nathan, Responsensammlung, ed. Prag 1610.
Eschkol Enzyklopädie Israelit (hebr.), Berlin 1929.
Fischer H.: Die verfassungsrechtliche Stellung der Juden in den deutschen Städten während des 13. Jahrhunderts, Breslau 1931.
Freimann A.: Levy-Festschrift, Breslau 1911.
Funk F. X.: Geschichte des kirchlichen Zinsverbotes, Tübingen 1876.
Ganzfried Salomon: Ohole Schem, Lemberg 1907.
Gastfreund I.: Die Wiener Rabbiner, Wien 1873.
Germ. Jud. = Germania Judaica, Frankfurt a. M. 1917, Breslau 1934.
Giesebrecht L.: Geschichte der deutschen Kaiserzeit, Braunschweig 1863.
Graetz H.: Geschichte der Juden, III. Auflage, Leipzig.
Güdemann M.: Geschichte des Erziehungswesens und der Kultur der Juden in Frankreich und Deutschland, Wien 1880.
Harkavy A.: Die Juden in den slawischen Ländern (hebr.), Wilna 1867.
Hickls illustrierter jüdischer Volkskalender, Brünn 1932/33.
Hoffmann M.: Der Geldhandel der deutschen Juden während des Mittelalters, Leipzig 1910.
Israel von Krems, Hagahot Ascheri (Glossen zum Ascheri).
Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Tschechoslowakischen Republik, Prag 1929 ff.
Jahrbuch der jüdisch-literarischen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1903 ff.
Jewish Encyclopaedia, New York and London 1901 ff.
Jüdisches Lexikon, Berlin 1927 ff.
Jüdische Enzyklopädie, Berlin 1928–34.
Jore Dea, II. Teil des Religionskodex (Speisegesetze).
Kraus S.: Die Wiener Gesera vom Jahre 1421, Wien-Leipzig 1920; Talmudische Archäologie, Leipzig 1911.
Lamprecht K.: Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter, Leipzig 1886.
Midrasch (homiletische Erklärung zur Bibel, aus talmudischer Zeit).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

MGWJ. = Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums, Breslau 1851 ff.
Michael H. J.: Or ha-Chaim (hebr.), Frankfurt a. M. 1891.
Meir ha-Kohen, Hagahot Maimuni.
Meir von Rothenburg (Responsensammlung), ed. Cremona 1557, Lemberg 1860, Prag 1608.
Mordechai b. Hillel, Kompendium zum Alfasi.
Müller I.: Réponses faites par célèbres rabbins français et lorrains du XI^e et XII^e siècle.
Neubauer A.: Catalogue of the hebrew manuscripts in the Bodleian library, Oxford 1886.
Oelsner: Schlesische Urkunden zur Geschichte der Juden im Mittelalter (Separatabdruck aus dem Archiv für Kunde der österreichischen Geschichtsquellen), Wien 1864.
Orach Chajim, I. Teil des Religionskodex (Rituale des Gottesdienstes und der Festtage).
R. M. B. M. = Rabbi Moses ben Maimon, Mischna Tora (systematisch geordnetes Kompendium der talmudischen Literatur).
Scherer J. E.: Die Rechtsverhältnisse der Juden in den deutsch-österreichischen Ländern, Leipzig 1901.
Steinherz S.: Die Juden in Prag, 1927.
Stern M.: Zeitschrift für Geschichte der Juden in Deutschland, Braunschweig 1886.
Stobbe O.: Die Juden in Deutschland während des Mittelalters, Braunschweig 1866.
Zimmels H. J.: Beiträge zur Geschichte der Juden in Deutschland im 13. Jahrhundert, Wien 1926.
Zunz: Zur Geschichte und Literatur, Berlin 1845.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Vorwort

Eine für die Geschichte der Juden im Mittelalter nicht unwichtige Quelle sind die Responsen und dezisorischen Werke der jüdischen Gelehrten. Wohl tritt das historische Moment bei der Behandlung des Geschichtsstoffes in den Hintergrund, denn es handelt sich sowohl dem Fragesteller, als auch dem Erteiler der Antwort, um die Entscheidung des Ritualgesetzes, um so wertvoller aber hebt sich der geschichtliche Kern von dem behandelten Gesetzthema ab. (Ausführliches darüber im Jahrbuch der Gesellschaft, VIII, B. Suler „Rabbinische Geschichtsquellen S. 27ff.)

In dieser Hinsicht verdient das Werk des Rabbi Jizchak *Or Sarua* besondere Beachtung.

Der Verfasser, der einen großen Teil seines Lebens auf Reisen verbrachte und die verschiedensten Länder kennen lernte, wurde dadurch ein geistig hochstehender Mann, den seine Bildung zur klaren Auffassung der Geschehnisse seiner Zeit befähigte. Da sein Werk vielfach frühere Responsen und andere Ritualentscheidungen enthält, die sonst der Vergessenheit anheimgefallen wären, besitzt es für die jüdische Gelehrtengeschichte außerordentlichen Wert; aber auch für die allgemeine Geschichte der Juden ist es von Bedeutung, behandelt es ja die verschiedenen Sitten zahlreicher Länder, besonders was die Selbstverwaltung und die Rechtsverhältnisse der Juden seiner Zeit betrifft.

Von Schriften, die sich dieses Werk, bzw. seinen Autor zum Thema nahmen, sind zu erwähnen:

Groß H. „R. Isaak b. Mose Or Sarua aus Wien", MGWJ. 1871, S. 248–264, der den damals bekannten Teil des Or Sarua in kurzer, skizzenhafter Weise behandelte. Wellesz I., ebenda, „Isak ben Mose Or Sarua", 1904, S. 129–144, 203–213, 361–371, 440–456, 710–712, mit Ergänzungen im Jahrbuch der jüdischen literarischen Gesellschaft, Frankfurt a. M., IV, 1906, S. 75–124. Vogelstein Hermann „Zu Wellesz' Isaak ben Mose Or Sarua", MGWJ. 1905, S. 701–706, der sich ausschließlich mit der Biographie des Autors beschäftigt, ebenso wie Tykocinski H. „Lebenszeit und Heimat des Isaak Or Sarua", ebenda, 1911, S. 478–500, Germania Judaica, Breslau 1934, S. 39, 400–410, ebenda Register, „Isak ben Mose Or Sarua".

Speziell mit der Untersuchung der slawischen Glossen befassen sich: Harkavy, „Die Juden in den slawischen Sprachen" (hebr.), Wilna 1867, und Markon, MGWJ. 1905, „Die slawischen Glossen bei Isak b. Mose Or Sarua", S. 707–721.

Die Aufgabe der vorliegenden Schrift ist es, die auf die Geschichte der Juden in Böhmen im späteren Mittelalter bezugnehmenden Quellen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

des I. O. S. weiteren Kreisen zugänzlich zu machen; berücksichtigt wurde aber auch das auf andere Länder bezugnehmende Geschichtsmaterial, da eine scharfe Abgrenzung fast unmöglich erscheint. Dabei soll aber auch die zeitgenössische rabbinische Literatur zum Vergleiche und zur Ergänzung herangezogen werden. Dazu gehören: das Kompendium des Mordechai b. Hillel (gest. 1298 als Märtyrer in Nürnberg), die Hagahot Maimuni und Responsen des Meir ha-Kohen (Ende des 13. Jahrhunderts), die Hagahot Ascheri des Israel aus Krems (Ende des 14. Jahrhunderts), die größtenteils aus dem Werke unseres Autors geschöpft haben, und vor allem die Responsen des Chajim Or Sarua, eines Sohnes unseres Autors.

Wertvolles Material enthält der in dieser Schrift oft erwähnte Kodex, der sich in der Oxforder Bibliothek befindet. Er stammt aus den Beständen der von David Oppenheim (1664 bis 1735, gest. als Oberrabbiner von Prag und des Landes Böhmen) angelegten Büchersammlung (Opp. 77) und trägt in dem von Adolf Neubauer verfaßten Kataloge der hebräischen Handschriften der Oxforder Bibliothek die Nummer 844. Über mein Ersuchen ließ die Bibliotheksverwaltung die Handschrift photographieren und überließ mir die Schwarzweiß-Photographie. Die Handschrift enthält Responsen des Isaak Or Sarua und des Meir ben Baruch aus Rothenburg.

Der Abschreiber nennt sich nicht, doch ist die Jahreszahl der Niederschrift angegeben. Das am Schlusse des Manuskriptes stehende Chronostich enthält die Zahl 5/135 der jüdischen Ära, das dem Jahre 1375 entspricht.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Einleitung[1]

—

Isaak b. Mose, auch Isaak Or Sarua, kurzweg Or Sarua[2] genannt – auch bei ihm hat das Werk den Namen des Autors verdrängt –, war einer der bedeutendsten Rabbiner seiner Zeit. Später wird der Name „Or Sarua" Familienname; Chajjim, der Sohn Isaaks, nannte sich Or Sarua; ein Nachkomme des Isaak, der den Namen Isaak trug, nannte sich auch Or Sarua. Unser Autor entstammte einer Gelehrtenfamilie; der Vater Isaaks, Mose b. Isaak, war ein Gelehrter, sein Großvater Isaak b. Schalom,[3] stand mit Kalonymos b. Jehuda in gelehrtem Briefwechsel.[4] Wir begegnen I. O. S. in Deutschland, Frankreich, Böhmen, Ungarn. Von Städten, in denen er sich vorübergehend oder auch längere Zeit aufhielt, sind zu erwähnen: Meißen,[5] Paris,[6] Regensburg,[7] Würzburg,[8] Speyer,[9] Ofen,[10] Gran[11] und Wien. In der letztgenannten Stadt lebte er längere Zeit, und seinem Aufenthalte dort verdankt er den Namen „Isaak aus Wien".[12]

An chronologischen Daten sind seinem Werke folgende zu entnehmen: In einem Responsum an Abigdor ha-Kohen wird das Jahr 1240 angeführt.[13] In einem Rechtsgutachten trifft er eine Entscheidung, die sich auf einen Vorfall bezieht, der während des Frankfurter Pogroms im Jahre 1241 stattfand.[14] In einem anderen Rechtsgutachten handelt es sich um die Zulässigkeit eines Traubriefes (Ketuba) mit mangelhaftem Datum. Der Schreiber hatte irrtümlich statt „vier Tausend" nur „Tausend" geschrieben. I. O. S. entscheidet: „Da wir noch im 5. Jahrtausende leben, so ist selbstverständlich, daß sich der fragliche Ausdruck auf dieses Jahrtausend bezieht", so daß die Datierung als einwandfrei anzusehen ist. Da nach der jüdischen Ära das fünfte Jahrtausend mit dem Herbste 1239 schloß, so ist es evident, daß das Gutachten vor diesem Termin, nämlich vor Herbst 1239 abgefaßt wurde.[15] Als Jahr, in dem er den Traktat, in welchem sich das eben erwähnte Gutachten findet, abfaßte, gibt er 1246 an.[16] In einem anderen Rechtsgutachten erzählt er, daß er vor dreißig Jahren in einem Rechtsstreite zwischen einem Juden von Regensburg und einem von Prag als Richter fungierte.[17]

Wenn wir annehmen, daß er mindestens 25 Jahre alt war, als er im Jahre 1216 die erwähnte Entscheidung traf, so kann er nicht, wie Groß behauptet,[18] im Jahre 1200 geboren sein; Vogelstein nimmt 1190, Wellesz 1185 und Tykocinski[19] das Jahr 1180 an.

Mindestens bis 1250 muß er gelebt haben, da er ein hohes Alter erreichte.[20]

Was nun sein Geburtsland anbelangt, so kommen zwei Länder in Frage: Sachsen[21] und das sogenannte Kanaan, da er beide als „unser

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Land" bezeichnet. Zu dem Ausdrucke Kanaan ist zu bemerken: In der mittelalterlichen rabbinischen Literatur werden mit Kanaan die von Slawen bewohnten Länder bezeichnet (darunter wurde das biblische Kanaan, Gen. 9, 25 verstanden), weil sie ihre Kinder als Sklaven verkauften.[22] Die nähere Bestimmung der jeweils darunter verstandenen Länder ist ein heute noch ungelöstes Problem. Bei I. O. S., der viel von den Sitten und den Gelehrten Kanaans zu berichten weiß, sind Rußland und Polen wohl ausgeschlossen, da zu seiner Zeit dort keine Gelehrten lebten.[23] Die Annahme von Zunz,[24] es sei darunter auch das damals von Slawen bewohnte Österreich zu verstehen, dürfte mit Rücksicht darauf, daß I. O. S. an einer Stelle Österreich[25] Ostaria nennt, abzulehnen sein. Das einzige Land, das wegen der großen Zahl seiner Gelehrten und wegen der von der Norm festgesetzten religiösen Sitten in Betracht kommt, ist Böhmen.[26] Er spricht des öftern von seinen Lehrern in Böhmen[27] und ist mit den Verhältnissen in Prag und Böhmen wohl vertraut. Sachsen bezeichnet er nur zweimal als „unser Land"[28] dagegen Kanaan viel häufiger, wobei er auch den Ausdruck „in unserer Sprache Kanaan"[29] benutzt. Aber selbst wo er das Wort Kanaan in diesem Zusammenhange wegläßt, weisen die zur Erklärung angeführten Worte unzweideutig auf böhmischen Ursprung hin.[30]

Der Lebenslauf des I. O. S. wird auch durch die Nennung der Gelehrten, die er als seine Lehrer bezeichnet, bestimmt. Berücksichtigt werden hier nur diejenigen, die tatsächlich persönlich auf ihn einwirkten, da der Ausdruck „Lehrer" als Höflichkeitsformel oft viel weiter gefaßt wird. Diese sind: Juda der Fromme von Regensburg, wirkte von 1150 bis 1217[31], dessen Schüler Eleasar ben Jehuda aus Worms[32], gest. 1230. Beide sind bedeutende Vertreter der damals in Deutschland auftretenden mystischen Richtung, deren Einfluß auch bei Isaak Or Sarua unverkennbar ist. Juda Sir Leon[33], gest. 1224. Leiter eines Lehrhauses der tossafistischen Richtung in Paris; Elieser ben Joel ha-Levi[34], gest. 1235, lebte in Speyer, Bonn[35], Würzburg[36] und Köln[37], der als der wichtigste Lehrer unseres Autors anzusehen ist; Simcha b. Samuel aus Speyer[38], starb wahrscheinlich im Jahre 1240; Jakob b. Meir von der Provence[39]; Jonathan b. Isaak[40]; Simson de Coucy, genannt der „Fürst von Coucy"[41].

Die Darstellungen der einzelnen Phasen des Lebens des Isaak Or Sarua bei Groß, Wellesz, Vogelstein und Tykocinski sind bloße, auf Vermutungen beruhende Konstruktionen, auf Grund des vorliegenden Materials erscheint es unmöglich, eine zusammenfassende Darstellung seines Lebens zu entwerfen.

Das Werk „Or Sarua" hatte auf die spätere rabbinische Literatur in dezisorischer Hinsicht entscheidenden Einfluß, was seine ungemein häufige Anführung beweist. Allerdings scheint den meisten Autoren nicht

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

das Original selbst, sondern ein von seinem Sohne Chajim Or Sarua besorgter Auszug, der sogenannte „Kizzur Or Sarua" oder „Or Sarua hakatan" (der verkürzte Or Sarua) vorgelegen zu haben.[42]

Das ursprüngliche Werk ist erst spät veröffentlicht worden, und zwar Teil I und Teil II in Žitomyr im Jahre 1862, in einem Foliobande von 232 und 184 Seiten, nach einer Pergamenthandschrift aus dem Besitze des Akiba Lehren in Amsterdam, deren Schicksale im Vorworte erzählt sind.[43] Der III. und IV. Teil erschienen in Jerusalem, ersterer 1887 (336 Seiten), letzterer 1890 (79 Seiten), nach einer Handschrift im Britischen Museum. Diese Ausgabe besorgte Benjamin Posen; Hirschensohn verfaßte dazu erklärende Glossen. Im Jahre 1911 publizierte A. Freimann den Traktat Šebuoth (von den Eiden) in der Levy-Festschrift, Breslau.

Außerdem gibt es noch eine Reihe unveröffentlichter, bzw. unbearbeiteter Handschriften, von denen besonders die Oxforder, die für unsere Schrift herangezogen wurde, und der oben erwähnte Auszug aus dem Or Sarua erwähnt seien.

Dem I. Teile des Werkes gehen ein Inhaltsverzeichnis und eine Einleitung voraus, die fünfzig kurze, auf die Deutung der Buchstaben des hebräischen Alphabetes beruhende, meist in mystischem Sinne gehaltene Paragraphen enthält. Die beiden ersten Teile behandeln neben dem allgemeinen Ritual und dem für die Festtage besonders das Eherecht. Die Darstellung ist hier in einzelne, inhaltlich zusammenhängend Partien, die jeweils eine größere Anzahl von Kapiteln umfassen, geteilt. Am Ende des ersten Teiles befindet sich eine Reihe von Responsen, die zwischen dem Verfasser und anderen gelehrten Zeitgenossen gewechselt wurden. Im Texte finden sich hie und da auch exegetische und mystische Auslegungen von Bibelversen. Die anderen zwei Teile schließen sich in der Anordnung den betreffenden Talmudtraktaten der IV. Ordnung (Zivil- und Strafrecht) an.

Isaak Or Sarua folgt in seinem Werke den französischen Lehrsystemen, dem des R. Schlomoh Jizchaki[44] (R. S. J.) und dem der Tossafisten,[45] welche er in Paris bei Jehuda Sir Leon kennen gelernt hatte und in die slawischen Länder verpflanzte. Doch geht er über die bloße Exegese hinaus und gibt auf Grund der Diskussion für die Praxis bindende Erklärungen.

Von seinen Schülern sind nur Meir aus Rothenburg,[46] der allerdings als Lehrer des Ascher ben Jechiel und Mordechai ben Hillel für die Kodifikation des für die aschkenasischen Juden geltenden Rechtes von unabsehbarem Einfluß wurde, und nach mancher Meinung auch Meir ben Todros ha-Levi Abulafia, ebenfalls eine sehr bedeutende Autorität, bekannt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Von seiner Familie kennen wir seinen bereits genannten Sohn Chajjim, (Elieser) Or Sarua[47] aus Wien und seinen Schwiegersohn Samuel ben Sabbatai.[48]

Beschäftigung der Juden

Geldhandel. Wenn auch das biblische Gesetz den Juden das Zinsennehmen und Zinsengeben nur vom Volksgenossen verbietet,[49] so haben die Rabbiner das Zinsennehmen selbst von Nichtjuden nicht gerne gesehen.

Juda ben Samuel, der Fromme genannt, sagt: „Es ist verboten, von einem Israeliten Zinsen zu nehmen und ebenso von einem Nichtjuden, wenn man sich anderweitig ernähren kann".[50]

Nur den Schriftgelehrten, die keinen anderen Erwerb hatten, als Handel mit Juwelen oder Geldhandel, wollte man das Zinsennehmen von Nichtjuden gestatten, damit sie das (Tora) Studium pflegen können.[51]

Der Geldhandel wurde zum zweischneidigen Schwert, einerseits wurde dem Juden, welcher Darlehen gewährte, trotz religiöser und nationaler Unduldsamkeit der Aufenthalt im Lande gestattet, anderseits aber ist im Mittelalter das Verleihen von Geld gegen Zinsen die Quelle des Hasses gegen die Juden geworden.[52] Der Jude war ein sehr gern gesehener Gast, wenn er in Zeiten der Geldnot das nötige Kapital herbeischaffte, aber der Neid, mit welchem Christen auf den Juden blickten, der der Geldgeber war, erweckte Haß und Feindschaft, man verachtete den Gläubiger, versuchte sich seiner zu entledigen. Über den Haß und die Atmosphäre, in der der Jude gelebt hat, gibt uns ein R. G. A. des R. Gerschom b. Jehuda, zitiert im Or Sarua I, § 693, Aufschluß:[53] „Ich Gerschom, Sohn Jehudas, welcher unten gefertigt, mir wurde folgende Frage vorgelegt: X pflegte an verschiedenen Orten, vielen Städten in der Nähe seines Wohnortes ein oder zwei Tagreisen entfernt zu weilen, wo er bei seiner festen Kundschaft[54], bei den Herrschern der Städte, kaufte und verkaufte. Wenn es nun diesen an Bargeld fehlte, übergaben sie ihm Pfänder von Gold und Silber. Manchmal tauschte er auch Waren gegen Vieh ein, welches sie von den Feinden erbeutet haben. Den Kaufpreis für das Vieh schätzte er niedrig (billig) ein, brachte es in sein Haus, verkaufte es dann teuer und erzielte dabei einen Gewinn. Dieses übte er so sechs bis sieben Jahre. Die Herzen der Dorfleute, welche beraubt wurden, waren ihm daher übelgesinnt, desgleichen die Herzen ihrer Herrren, der Fürsten, denn sie sagten: ‚Dieser Jude hetzt unsere Feinde auf uns, nachdem er immer bereit war, die Beute zu kaufen, deshalb ist es ihre Gepflogenheit,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

uns Böses zu tun, sie gehen ja dabei sicher. Viele von den Fürsten zankten mit ihm oft wegen der Pfänder, die in seiner Hand waren; wegen der Zinsen ließen sie diese durch Ränke wegschaffen und belogen ihn ständig. Hie und da verkaufte er auch Pfänder. Manchmal haben sie ihn gefangen genommen, haben ihn zur Auslösung geführt und er wurde gerettet. Manchmal wurden andere Juden gefangen genommen und zur Auslösung geführt, büßten seinethalben ihr Geld ein. Ein anderes Mal nahm man einige seiner Kinder gefangen, diese wurden aber gerettet. Bei dieser Gefahr wurde auch er gerettet. Er und andere gingen aus und ein bei dieser Gefahr bis zu der Zeit, nach welcher der König von Frankreich mit seinem Heere und mit den ‚Heeren von Bourgogne' zu Hilfe kam. Sie belagerten eine Festung, welche eine halbe Tagesreise von seiner Stadt entfernt war. Es pflegten die Bewohner seiner Stadt dorthin zu gehen, nämlich zum Heere, um ihnen zu verkaufen und die Beute von ihnen zu kaufen. Dieser X ging auch früher dorthin, wie es seine Gepflogenheit war. Das Heer hielt sich dort an drei Monate auf. Die Kriegsleute erbeuteten, was ihnen in die Hand kam. Alle, welche den Städten nahe waren, sandten die Beute in ihre Häuser und als sie zurückkehrten, führten sie aus dem Besitze des Königs reiche Beute mit. Die übrigen Fürsten, welche Beute machten, waren dem X feindlich gesinnt. Ehe die Fürsten aber heimkehrten, verbreitete sich in der Stadt das Gerücht, daß X im Gefangenenhause eingesperrt sei. Es haben ihn eben Feinde auf dem Wege getroffen, führten ihn an ihren Wohnort. Andere wieder erzählten, daß er in einem fernen Orte gefangen genommen wurde, denn dort waren Feinde, die in der Ferne waren. Weiter wurde berichtet, daß er erschlagen wurde."[55]

Der Wucher wurde den Juden im Mittelalter in kultureller und sozialer Beziehung verhängnisvoll, aber dieser Haß wurde nicht auf den nichtjüdischen Wucherer, der häufig der Sozius des Juden war, übertragen; denn Nichtjuden waren sehr oft die Geldgeber der Juden.[56] Die größten jüdischen Handelsleute und Geldverleiher hatten christliche Geschäftsfreunde, Marufia[57] (feste Kundschaft) genannt, mit welchen sie alle Geschäfte gemeinsam unternahmen; ein anderer Jude durfte ihn nicht verdrängen, durfte mit dem Geschäftsfreunde nicht in Verbindung treten.[58] „Wenn ein Jude einen Marufia hat, der stets von ihm Geld leiht, darf ein anderer Jude ihn nicht an sich reißen, um ihn dem andern zu entfremden, denn es gibt genug Leute, die Darlehen aufnehmen."[59] Juden machten auch untereinander Geldgeschäfte auf Gewinnanteil, weil ja dem Juden verboten war, von dem Volksgenossen Zinsen zu nehmen. „X borgte dem Y soundsoviel Pfund auf halben Gewinn. Er fuhr aber auf einem Wagen und hatte einen kleinen Jungen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

bei sich und führte sein Geld und das des X mit sich. Da überfiel ihn ein Räuber ohne Waffen, ohne Bogen, ohne Speer. Der Räuber fand ihn, im Wagen sitzend und schlafend. Der Knabe saß auf dem Pferde und leitete es. Da nahm der Räuber das Schwert des Y vom Wagen. Als er sah, daß Y fest schlief, zog er das Schwert, verwundete ihn und raubte ihm alles, was er bei sich hatte. X behauptete nun: Du hast mit meinem Gelde fahrlässig gehandelt, du bist allein (ohne Begleitung) gefahren und hast auf dem Wege geschlafen, trotzdem der Weg durch einen Wald geführt hat. Hättest du gewacht, er (der Räuber) hätte dich nicht schädigen können."[60] Auch Armengelder wurden auf Zinsen verliehen.[61]

Nicht uninteressant ist eine Entscheidung, die im Hagahot Ascheri zum Talmud, Trakt. Babba Batra, Abschn. 3, § 67, unter dem Namen des I. O. S. überliefert wird: Zwei Teilhaber gaben einem gewalttätigen Menschen ein Darlehen auf ein Pfand. Der eine Teilhaber übersiedelte in eine Stadt und ließ das Pfand bei dem anderen Geldgeber zurück. Da erschien der Machthaber und forderte sein Pfand zurück. Jener erwiderte: Du weißt, daß beide dir das Darlehen gegeben haben, ich kann dir nur meinen Teil schenken, nicht aber den Teil des anderen. Der Machthaber zahlte ihm nur den Teil des andern. R. Simcha entschied, daß die bezahlte Hälfte beiden zu Gute kommt, jeder die Hälfte des geleisteten Darlehens verliert.[62]

Die Pfänder dienten als Sicherstellung für die Darlehen, sie werden bei I. O. S. nicht näher bezeichnet; wir wissen aber aus anderen Quellen, daß Kleider, Hausgeräte, selbst Ornate der Pfarrer und Paramente[63] als Sicherstellung dienten.

Aber auch auf Bücher, selbst auf Gebetbücher entliehen Juden Geld.[64] „X leiht dem Y ein Buch, der es seinem Schwiegervater weiter leiht, dieser stirbt und seine Erben verpfänden dieses Buch mit den anderen Büchern. Die Frage ist, ob es Gepflogenheit ist, auf Bücher Geld zu leihen und ob der Eigentümer Zeugen beibringen muß.[65] Die Pfänder überstiegen in der Regel nicht allzu hoch den entlehnten Betrag. In einem Falle nur wird berichtet, daß das Pfand doppelt so viel wert war, als das entlehnte Kapital.[66]

Auch Frauen machten Geldgeschäfte; so erzählt I. O. S., I, S. 225, § 762. Folgende Geschichte hat sich zugetragen: X war ein sehr reicher Mann, hatte einen Sohn, der in ein fremdes Land zog, um das Studium der Tora zu pflegen. In der Zwischenzeit starb X und der Fürst konfiszierte sein ganzes Vermögen. Als nun der Sohn zurückkehrte, war er sehr besorgt, denn er besaß nichts. Da sagte seine Mutter zu ihm: Sorge nicht, denn ich habe noch so viel, daß du dich gut ernähren kannst. Seine Mutter ließ ihre Schwester holen und sprach zu ihr: Was du von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main UB DFG

mir in Händen hast, gib es meinem Sohn. Sie gab ihm 10 Mk. in Gold, er gab ihr diese wieder in Verwahrung, denn er hatte Furcht vor dem Fürsten und durfte sich nicht zeigen. Später verheiratete die Schwester seiner Mutter ihre Tochter und benötigte Geld zum Ankauf eines Schmuckes für ihre Tochter. Da sprach sie zu ihm: „Ich will von deinem Gelde nehmen, es ihr geben und werde es dir später bezahlen." Er sagte zu ihr: „Tue also." Ferner sagte sie ihm, sie habe einer Jüdin zwölf Pfund auf halben Gewinn gegeben, einer anderen auch soundsoviel.[67] In einem anderen Falle tritt eine Frau bei einem Streit um ein Pfand als Zessionsinhaberin auf.[68]

Zu den Geldgeschäften gehören auch die Vorschüsse, welche Nichtjuden auf Getreide nehmen, welches sie später liefern werden.[69] Die nichtjüdischen Dorfbewohner nahmen von den jüdischen und nichtjüdischen Ladenbesitzern Geld, dafür brachten sie ihnen nach einem oder zwei Tagen Gemüse in die Stadt.[70]

Handel (Warenhandel). Neben den Geldgeschäften bildete den wichtigsten Erwerbszweig der Juden im Mittelalter der Handel, den sie sowohl untereinander, als auch mit Nichtjuden betrieben. Die Übergabe des Schlüssels des Lokales, in welchem die Ware verschlossen war, oder Anbringung eines Zeichens an der Ware galt als Form der Besitzergreifung.[71] Von Gegenständen, mit welchen die Juden Handel trieben, sind uns aus O. S. folgende bekannt: *Handel mit Waffen.* Or Sarua bemerkt:[72] In unserer Zeit ist es erlaubt, den Nichtjuden Waffen zu verkaufen, denn sie schützen uns, und es ist nicht ihre (der Käufer) Gepflogenheit, Juden zu töten.[73] Und selbst wenn sie in anderen Ländern kämpfen, so geschieht dies, um uns vor den Feinden zu schützen, daß sie nicht in unser Land eindringen können. Und wenn auch Juden in dem Lande, gegen welches sie kämpfen, leben, dürfen wir ihnen dennoch Waffen verkaufen, denn sie wollen uns retten, vielleicht würden sie dort keine Juden töten. *Sklavenhandel:* Der Sklavenhandel war in den slawischen Ländern besonders in Böhmen[74] (Prag), das den Hauptmarkt bildete, stark verbreitet. Aus den slawischen Ländern bezog man die Sklaven, welche sich meist aus Kriegsgefangenen rekrutierten. Auch die Juden nahmen am Sklavenhandel regen Anteil. Die Chroniken erzählen, daß der heilige Wenzel, aber auch der Bischof Adalbert (982 bis 989) von den Juden Sklavenkinder, Knaben und Mädchen, und auch andere heidnische und christliche Kriegsgefangene loskauften, um sie zu befreien und in der christlichen Religion zu erziehen. Der Sklavenhandel blühte aber weiter, wurde auch in späteren Zeiten unter öffentlichem Schutz betrieben. Noch zur Zeit des Isaak Or Sarua kam es vor, daß Juden Sklaven hielten. Auch ihren Sklaven gegenüber waren die Juden human und das biblische Sklavengesetz wurde in jener Zeit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

noch strikte beobachtet. Es stand nach altem Gesetze dem Sklavenbesitzer das Recht zu, den Sklaven für seine treuen Dienste zu belohnen und ihm den Freiheitsbrief zu verleihen. Über einen solchen Freiheitsbrief wird in einem Responsum des I. Or Sarua[75] folgendes berichtet: „Ist ein Freiheitsbrief gültig, wenn er lautet: „Du sollst von mir, von meinen Brüdern Josef und Jakar befreit werden, nachdem sie mir erlaubt haben, dich Ubriš[76] (Abriš?), Sohn des Erzvaters Abraham,[77] mit allen, die dir und deinem Vater zustehenden Namen und Titeln, der du unser Knecht von früher warst, zu befreien. Auf Grund dieses Freiheitsbriefes hat er eine Jüdin geehelicht. Der Freiheitsbrief ist nur von einem Zeugen, namens Jakob, unterzeichnet. Ich hatte keine Macht, es zu verwehren."[78] Jesaja Mali di Trana antwortet darauf: Eine einfache Einwilligung der Brüder genügt nicht, es müsse eine formelle, durch das Rabbinat ausgestattete Vollmacht zur Ausstellung eines Freiheitsbriefes erteilt werden.

Jüdische Sklavenbesitzer hatten die Pflicht, ihre Sklaven nach dem Religionsgesetze leben und sie beschneiden zu lassen.[79] Diese religiöse Vorschrift konnte aber später in Böhmen nicht eingehalten werden: „man darf einen Knecht behalten, der unter der Bedingung gekauft wurde, ihn nicht beschneiden zu lassen. Jetzt ist es Brauch, die Sklaven nicht zu beschneiden. Was nun die böhmischen Sklaven anbelangt, die gekauft werden, ohne daß diese Bedingung gestellt wird, so kann man sie ohne Beschneidung für immer behalten. Es ist ja bekannt, daß man sie aus Furcht vor der Regierung nicht beschneiden darf."[80]

Daß Prag ein bekannter Sklavenmarkt war, geht aus einem Responsum aus dem „Sefer ha-Dinim" des R. Jehuda ha-Kohen hervor, welches Or Sarua[81] zitiert und in welchem uns über den Verkauf eines jüdischen Sklaven nach Prag berichtet wird: Ihr habet gefragt: Zwei Brüder, Waisen, blieben als kleine Kinder zurück, wuchsen bei Verwandten heran, da brach ein Aufstand aus. Die Verwandten übergaben die Kinder einem Nichtjuden in einem Dorfe zur Obhut, sie hörten nämlich, daß ein Soldatenheer zu ihnen kommen werde. Sie blieben dort und die Verwandten setzten für die Pflege der Kinder einen Lohn fest. Zum Schlusse kamen die Verwandten, um die Kinder auszulösen und den bedungenen Lohn dem Nichtjuden zu zahlen. Als der Nichtjude die Verwandten erblickte, sagte er zu ihnen: Einer der Knaben ist tot und der zweite steht vor euch. Sie zogen weg und der Knabe wuchs bei ihnen heran, bis er heiratete. Er starb aber einen Monat nach der Hochzeit. Da wurde ein Mann aus unserer Gemeinde herbeigeholt, dessen Namen X war. Als sie noch über den Toten klagten, begann er zu fragen und zu forschen über den Toten, ob er einen Bruder oder einen Sohn habe. Da sagte ihm einer der Klagenden: Herr, er hatte Verwandte, denn sie

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

waren ja zwei Brüder. Zur Zeit des Aufstandes in Plnu[82] machten wir Gefangene in Primut[83]. Damals wurden diese zwei Brüder geraubt. Als man die Gefangenen aus der Stadt auf das Feld führte, wurden sie aufs Feld hingeworfen. Man führte auch uns heraus, gefesselt an den Händen, da sahen wir beide auf dem Felde liegen, weinend und seufzend. Da sahen wir einen Knani[84] (Böhmen), ich kannte ihn und bat ihn, uns in sein Haus zu nehmen und auch diese Knaben aufzunehmen. Wenn der Himmel sich unser erbarmen und aus der Gefangenschaft befreien wird, werde ich ihn ehren und gerne belohnen. So geschah es. Ich wurde wie durch ein Wunder befreit, kam aus der Gefangenschaft, ging in das Haus des Kananiten, diese Knaben zu suchen. Er sagte mir, der eine ist tot, der andere steht vor dir. Ich nahm ihn und brachte ihn zu mir ins Haus. Nach einiger Zeit hörten wir, daß ein Nichtjude einen Knaben nach Prag[85] zum Verkauf gebracht habe. Der Knabe sagte: Ich bin einer, der in der Stadt „Primut" gefangen wurde und kam zu einem griechischen Juden. Ein befreiter Sklave, der aus Knani-Javan (Bulgarien) kam, erzählte noch: Ich habe den Knaben in Konstantina (Konstantinopel) gesehen. Nun soll der Rabbiner über das Schicksal der Witwe entscheiden, ob sie heiraten darf.[86]

Über einen Streitfall wegen einer jüdischen Sklavin, der in der Slowakei vorgefallen ist und dem I. O. S. zur Entscheidung vorgelegt wurde, wird in Or Sarua[87] folgendes berichtet: „Ferner forderte Salomon: Ich hatte eine Sklavin (Jüdin), die jetzt bei dir ist; ich hatte dich bereits ihretwegen bei Gericht verklagt und man hat entschieden, daß du sie mir zurückgeben mußt. Nun gib mir sie zurück." R. Isak entgegnete: „Zeige mir das gerichtliche Urteil oder bringe mir Zeugen, daß so entschieden wurde." Salomon konnte aber weder ein gerichtliches Urteil vorzeigen noch Zeugen bringen. Beide Parteien willigten ein, daß die Angelegenheit vor mir (Isak Or Sarua) verhandelt werde. Salomon brachte gegen Isak vor: „Ich hatte eine Sklavin, die mir Geld gestohlen hatte. Sie ist von mir zu einem Christen entflohen und ließ sich taufen. Dann bereute sie es, doch ich durfte sie nicht bei mir behalten, ich sagte ihr, sie soll nach Jarka[88] gehen zu einem meiner Freunde, bis die Angelegenheit vergessen wird. Zwei Juden nahmen sie von dort und verkauften sie dir; gib mir nun meine Sklavin zurück." Rabbi Isak erwiderte: „Deine Sklavin hat sich von dir frei gemacht, indem sie sich in die Hand eines großen Fürsten begab, welcher der zweite nach dem Könige war (wahrscheinlich der Palatinus gemeint). Du hättest keine Macht, sie zurückzubekommen. Als sie nachher sah, daß man mit ihr wie mit einer öffentlichen Dirne umging und ihr ein schweres Joch auferlegte, entfloh sie von dem Fürsten zu den Juden nach Jarka und blieb dort verborgen, bis zwei Juden sie zu mir brachten und sie mir verkauften.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Außerdem hatten diese (die Juden von Jarka) eine Urkunde von deiner Frau bei sich, daß sie ihnen diese (Sklavin) geschenkt habe. So kaufte ich sie von ihnen und habe sie nun bereits 10 Jahre im Besitze, ohne daß jemand Einspruch erhoben hätte. Der Mann, der sie mir verkaufte, hat zu Salomon gesagt: „In deiner Gegenwart hat deine Frau befohlen, daß man die Schenkungsurkunde schreibe, mir übergebe und du hast geschwiegen, als man die Urkunde schrieb.[89]

Jüdische Münzpächter: Zur Zeit des I. O. S. muß ein jüdischer Münzmeister gelebt haben, denn I. O. S. berichtet: Wenn ein Jude vom König die Münze gekauft hat, d. h. die Erlaubnis, Münzen auszuprägen, pachtet, so darf er nicht zulassen, daß nichtjüdische Arbeiter am Sabbat Münzen prägen. Der Autor hat einen konkreten Fall im Auge.[90]

Über Juden als Käufer vom *Pfründebrot* berichtet Or Sarua: „Wo man das Brot der Pfarrer, welches man Pfründebrot nennt, kauft und es jeden Tag abnimmt, wie sie bestimmt haben, es aber am Pessach nicht abnimmt, darf man nach Pessach nehmen, was man am Pessach zu nehmen unterlassen hat.[91]

Über den Handel mit *gesalzenen Fischen* heißt es in Or Sarua[92]: „Jene gesalzenen Fische, die man auf Wagen aus Ungaria (Ungarn) nach Ostrina (Österreich) bringt, sind zum Genusse erlaubt, falls man auf dem Wagen keinen unreinen Fisch findet."[93]

Handel mit Zinn: Ein Jude kauft Zinn, um das Dach zu decken, verkauft es aber später an einen anderen Juden als Zinn. Dieser aber findet beim Gebrauche, daß nur die äußere Hülle Zinn, innen aber reines Silber ist.[94]

Pferdehandel. Vermieten von Pferden: X mietet ein Pferd zum Reiten. Nachdem er zwei Meilen von der Stadt entfernt ist, beginnt das Pferd zu hinken. Er kehrt nicht um, sondern reitet weiter, bis er an sein Ziel gelangt. Das Pferd verliert dadurch an Wert. Der Mieter ist für den Schaden haftbar.[95]

Fleischhandel: Handel mit Fleisch, speziell Fleisch von nichtgeschlachtetem Vieh, das die Juden nach rituellen Vorschriften nicht genießen können, an Christen zu verkaufen, hat ja das Privileg des Bischofs von Speyer schon erlaubt. Unser Autor bringt den Nachweis, daß das Ritualgesetz den Handel mit rituell unzulässigem Fleisch gestattet.[96]

Gerichtsbarkeit

Obwohl die Juden im Mittelalter der Gerichtsbarkeit[97] den Herrschern, unter denen sie lebten, unterstanden, wurden ihnen dennoch von verschiedenen Herrschern eine eigene Gerichtsbarkeit gestattet[98] und durch Privilegien bestätigt.[99]

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Die Juden – so meint Stobbe – „wollten ihre Streitigkeiten untereinander gerne von Glaubensgenossen entscheiden lassen, um den ihnen übelwollenden Andersgläubigen keinen Einfluß auf ihre Rechtsverhältnisse zu gestatten und um das jüdische Recht zur Anwendung zu bringen." Die Juden zogen daher jüdische Richter vor, einesteils, weil es nach der jüdischen Anschauung als eine schwere Sünde galt, einen Prozeß gegen einen Glaubensgenossen vor einem anderen als vor einem jüdischen Gerichte auszutragen,[100] aber auch, weil die nichtjüdischen Richter als parteiisch und Bestechungen zugänglich galten.

Die Juden sahen in der Anrufung eines weltlichen Gerichtes eine Lockerung ihrer Gemeinschaft und aus diesem Grunde wurde auf der Versammlung der Rabbiner in Frankreich und Lothringen unter Führung des R. Jakob Tam beschlossen, mit der größten Schärfe gegen alle, welche ein weltliches Gericht anrufen, vorzugehen (es wurde der Bann angedroht). Nur bei Einwilligung beider Parteien war es gestattet, die Streitfragen vor das weltliche Gericht zu bringen.[101] So wurden in der Regel[102] die Streitigkeiten untereinander vor den jüdischen Gerichtshof gebracht, obwohl Entscheidungen eines ordentlichen nichtjüdischen Gerichtes, wenn sie auch als Urteile „von Richtern Sodoms" betrachtet wurden, Gültigkeit hatten.[103]

Die Rechtsprechung basierte auf dem biblisch-talmudischen Rechte, doch versuchte man, es den veränderten Lebensverhältnissen der Juden in den westeuropäischen Ländern anzupassen.[104]

a) *Richter*

Die Richter waren zumeist Rabbiner oder Gelehrte von Ruf. Der Rabbiner oder Richter war nicht besoldet. Die Rabbiner hielten es für ihre Pflicht, religiöse Fragen zu entscheiden, besonders aber die erwachsene Jugend in der Gesetzeslehre unentgeltlich zu unterweisen.[105] Die Gelehrten jener Zeit lebten vom Handel, den ihre Frauen versahen, oder verliehen ihr Geld auf halben Nutzen und trieben Geldhandel,[106] weil das wenig Zeit in Anspruch nahm. Es ist auch anzunehmen, daß arme Gelehrte von den Gemeinden irgendwelche Zuwendungen erhielten. Auch wurden Gelehrte, die meist als Richter im Rabbinatskollegium oder als Gerichtsvorsitzende tätig waren, von den streitenden Parteien für Zeitversäumnis[107] vor Urteilssprechung zu gleichen Teilen entlohnt. Auch für das Ausstellen von Kaufverträgen, Besitzübertragungen erhielten sie gewisse Taxen. Eheschließungen zu vollziehen war jedem, der die darauf bezüglichen Vorschriften kannte, gestattet. Auch für das Ausfertigen von Scheidebriefen wurden Gebühren bezahlt. In Zivilprozessen war in der Regel ein Dreirichterkollegium,[108] Bet-Din = Haus

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

des Gerichtes genannt, erforderlich. In einem solchen Bet-Din wirkte I. O. S. schon in jüngeren Jahren als Richter.[109]

Differenzen zwischen Partei und Richter. X hat einen Streit mit Y. Bei der Austragung des Streites vor dem Richterkollegium, ergeben sich Differenzen zwischen X und einem Richter. Der Richter zog sich vom Prozesse zurück, als ein anderer Richter zugezogen werden konnte.[110]

Anwälte: „Was nun die Vorladung anbelangt, daß sie dich nach Magdeburg vorgeladen haben, da in deinem Orte Rabbi Jakob lebt, der ja bekannt ist als ein gewandter Richter, so mußt du dieser Vorladung nicht Folge leisten. Selbst wenn ein solcher in deinem Orte nicht gelebt hätte, so ist es ja bereits in allen Orten eingeführt, daß man sich einen Klagevertreter mietet, schickt diesen dann an einen Ort, der den klagenden Parteien paßt."[111]

Auch Frauen konnten bevollmächtigen. X läßt Y zu Gericht zitieren; als er der Aufforderung Folge leistete, sagte der Kläger X zu Y: „Nicht ich bin es, der dich zu Gericht fordert, sondern meine Tochter."[112] Ebenso konnten Frauen vom Gerichte vorgeladen werden: „In unserer Zeit gibt es Frauen, die Handel treiben, Geschäfte machen; ihr ganzer Lebenserwerb wäre gestört, wenn sie nicht gleich den Männern bei Gericht erscheinen könnten.[113]

b) *Zivilprozeßthemen, die sich bei I. O. S. vorfinden*

Urteil eines Prager Richters bei einem Kaufe durch einen Vertreter. Es hat sich in Prag zugetragen, daß X einem Beauftragten Geld zum Einkaufe einer von ihm bezeichneten Ware übergeben hatte. Dieser hat aber andere Waren gekauft. Der Beauftragte behauptet, er habe die Waren auf eigene Rechnung gekauft, deshalb habe er auch andere, als die von X bezeichnete Ware gekauft. Der Prager Rabbiner sprach dem Vertreter den Gewinnst zu.[114]

Klage wegen unbefugten Baues. Nachfolgendes Responsum gibt uns über die Anlage der Häuser im Mittelalter Aufschluß: Reuben hatte zwei Schwiegersöhne. Er gab jedem einen bebauten Raum (Haus) und einen freien (unbebauten) Platz. Die Häuser lagen nebeneinander. Der Sohn des Reuben starb, die Schwiegertochter ging eine zweite Ehe ein, der zweite Ehemann trat an Stelle des Sohnes des Reuben. Der Hofraum für alle Besitzer war hinter dem Hause, denn so waren die Anlagen aller Häuser in Wien. Die Höfe waren nicht vor, sondern hinter den Häusern. Alle Arbeiten, welche man im Hofraume zu verrichten pflegte, wurden hinter den Häusern gemacht. Nun wollten sie einen gemeinsamen Abort anlegen. Der Wohnraum des Reuben war am äußersten Ende, in der Nähe des Gäßchens, die Lage des Hauses des

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Simon war mehr nach innen und die des Levi war am entferntesten vom Gäßchen. Levi wollte an der Stelle bauen, die ihm am geeignetsten schien. Simon und Reuben aber sagten: Deinem Hause ist die Anlage näher als unseren Häusern. Zum Schlusse einigten sie sich, wählten einen Platz, welcher von allen Räumen gleich entfernt war. Sie erbauten einen A...., der in der Nähe von Reubens Wohnhaus war, aber auch in der Nähe des äußersten (am anderen Ende). Es übernahmen alle Besitzer auch die Verpflichtung, daß keiner an einer anderen Stelle einen A. bauen dürfe und daß alle zu gleichen Teilen zur Reinigung desselben beitragen müssen. Nun wollte der Sohn des Levi einen anderen A. anlegen, weil der bestehende von seinem Wohnhause zu entfernt war. Reuben aber ging mit Gewalt vor, zwang ihn, zu den Reinigungskosten beizutragen, weil er auf der alten Vereinbarung bestand. Er (der Sohn des Levi) erlegte auch das Geld zu Handen des Reuben, als man die Grube reinigte. Doch später war Reuben anderen Sinnes, ließ Häuser erbauen und vergrößerte sein Haus, so daß es bis an den A. heranreichte. Der A. mußte wieder geleert werden. Da sprach der Sohn des Levi: „Wir wollen die Grube gemeinsam reinigen lassen, so wie ihr mich früher gezwungen habet, zur Reinigung beizutragen." Reuben aber sagte: „Wir wollen uns eine Grube in der Mitte des Hofes anlegen." Der Sohn des Levi aber sagte: „Mein Vater hat ja diesen Platz mit dir vereinbart und diese Abmachung wurde nicht geändert, auch mit mir blieb diese Vereinbarung durch mehrere Jahre aufrecht. Ja, noch mehr, als ich an anderer Stelle einen A. anlegen wollte, habet ihr mich gezwungen, zur Reinigung der bestehenden Abortanlage beizutragen." Reuben aber behauptete, es habe eine solche Abmachung nie bestanden. Ich kann bauen, wo es mir beliebt, weil dir das *bene* des Weges zu mir eingeräumt ist." Diese Streitfrage legt I.O.S. seinem Lehrer R. Simcha zur Entscheidung vor.[115]

c) *Verträge*

Elieser aus Toul hatte sich an Chiskija in Boppard verdungen. Nach Ablauf des Vertrages bezahlte er nicht gleich den bedungenen Betrag. Elieser verlangte Verzugszinsen, er hätte mit dem Lohne etwas erwerben können. R. Joel ha-Levi glich die streitenden Parteien aus. I. O. S. betrachtet das Verlangen des Elieser als verbotenes Zinsnehmen, denn nur Armen- und Waisengelder dürfe man auf festgesetzte Zinsen verleihen.[116] *Mietsvertrag des Lehrers.* Erkrankt der Lehrer, so muß er die versäumte Unterrichtszeit nicht nachholen, erkrankt aber der Schüler, so hat der Lehrer den Schaden zu tragen und muß die versäumte Zeit nachholen. Ist das Kind kränklich und muß dem Unterrichte öfters

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

fernbleiben, so muß der Lehrer sich ausdrücklich ausbedingen, daß die Zeit der Erkrankung in die Unterrichtszeit eingerechnet werde. Behauptet aber der Vater des Schülers, der Lehrer sei unfähig, so muß er den Beweis für die Unfähigkeit des Lehrers erbringen, andernfalls muß er den bedungenen Lohn bezahlen. Wird aber der Unterricht auf höheren Befehl des Herrschers der Stadt eingestellt, dann ist der Lehrer nicht verantwortlich und der Lohn für die Zeit des Verbotes darf nicht in Abzug gebracht werden.[117]

d) *Strafrecht*

Das Strafrecht hatte bei den Juden seit dem biblischen Zeitalter bei ihrer theokratischen Auffassung ein religiöses Gepräge. Der Sabbatschänder verfiel der Todesstrafe gleich dem Mörder, der seinen Bruder aufgelauert und ihn erschlagen hat.[118] Die Rechtsprechung der Juden im Mittelalter basierte auf dem talmudischen Rechte, aber es fehlte einerseits an Organen, Strafen vollziehen zu können, anderseits gab es bei den Juden kein ausgebildetes talmudisches Strafrecht, da mit dem frühzeitigen Aufhören der staatlichen Selbstständigkeit die Voraussetzungen für ein solches fehlten.[119] Unter den Strafmitteln des Mittelalters finden wir noch die körperliche Züchtigung, welche im biblischen Gesetze vorgesehen ist und in der Geißelung, Verabfolgung von vierzig Stockhieben oder Riemenstreichen besteht.[120] Diese körperliche Züchtigung finden wir auch in den Abhandlungen des I. O. S. erwähnt,[121] sie wurde aber selten angewendet.

Das einzige Schreck- und Achtmittel, dessen sich die Rabbiner bedienten, war der Bann (hebr. „Cherem").[122] Der „Cherem" hatte große Ähnlichkeit mit dem Bannfluch, den die christliche Geistlichkeit zu verhängen pflegte. Abgesehen von der religiösen Strafe, bewirkte der „Cherem" materiellen Schaden. Man durfte mit dem Gebannten keinen Verkehr pflegen. Da der „Cherem" von solcher Härte war, beschloß die Mainzer Rabbinersynode vom Jahre 1220, daß der Bann von Rabbinern nur mit Zustimmung der vollzähligen Gemeindevertretung verhängt werden dürfe.

Der Bann wurde aber nicht nur als Strafe verhängt, er diente dem Gerichte auch als Hilfsmittel, um von den streitenden Parteien oder von den Zeugen wahrheitsgetreue Aussagen[123] zu erzwingen, durch Androhung des Bannes wurden Steuerverheimlichungen offenbar, Diebstähle eruiert. Der Bann wurde in der Synagoge durch den Gemeindediener oder Vorsänger[124] verkündet. Der Bann kann nur in Gegenwart von nicht weniger als zehn erwachsenen Männern verkündet werden.[125] Sind weniger als zehn erwachsene Männer anwesend, so greift der Bann

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

nicht Platz.[126] Die Bannformel lautete: „Mit Wissen (Kenntnis, Einverständnis) des Ortes[127] (= Gottes) und des Bet-Din verhängen wir den Bann in dieser oder jener Angelegenheit, daß sich die Sache soundso verhält, wie X angibt oder behauptet."[128] Auch unter dem Banne stehend, muß man gegen Verwandte nicht aussagen.[129] Ein aufgezwungener Bann ist ungültig.[130] Ein Gelehrter wird von dem von R. Gerson ausgesprochenen Bann wegen des Siedlungsrechtes nicht betroffen.[131] Juden, die untereinander unerlaubten Wucher treiben, indem sie mit Pfändern von Nichtjuden Geldgeschäfte machen, werden mit dem Banne belegt.[132] Wegen Beleidigung (Beschimpfung) können Strafen auferlegt werden. Der Bann kann über den Beleidiger nur dann verhängt werden, wenn er einen anderen Bastard oder Sklave[133] nennt. Alle, die in unserer Zeit einen Bann übertreten, sind zur Zeugenschaft untauglich, desgleichen solche, die in Steuerangelegenheiten sich nicht an den Bann kehren.[134] Eine Frau, die einen Bann übertritt, wird Übertreterin der mosaischen Gesetze genannt, dem Manne steht daher das Recht zu, sich von ihr scheiden zu lassen.[135] Wenn jemand einen Gegenstand in Verwahrung genommen hat (Treuhänder), von der Gemeinde aber durch Bannspruch gezwungen wird, den verwahrten Gegenstand der Herrschaft zu übergeben (als Steuerleistung für den Pfandgeber), braucht er dem Eigentümer den Schaden nicht zu ersetzen.[136] „Alle, die in der Synagoge wegen der Steuer die Bannformel vernehmen, zehn Erwachsene unter ihnen sich davonschleichen, in ihre Häuser gehen, um im Verborgenen den Bann zu lösen, haben die Bestrafung, welche der Bannbruch nach sich zieht, auf sich geladen. Sie haben aber auch einen Raub an der Gesamtheit begangen. Alle, welche glauben, daß sie beim Anhören der Bannformel, welche der Vorsänger im Einvernehmen mit Gott verkündet, diese in ihren Herzen zerstören können, sei es wegen Steuer oder Zeugenschaft, müssen sich dem Banne fügen. Sobald der Vorsänger den Bann vorschriftsgemäß verkündet, kann ihn niemand lösen, weil Gott nicht zustimmt."[137] Wenn einer einen Eid beim Gottesnamen leistet, den Gottesnamen aber in fremder Sprache („Deo") nennt, so gilt dies als Schwur beim Gottesnamen.[138] R. Tam hat mit Beschluß der Großen von Narbonne die Juden Frankreichs und der Normandie, und alle, welche die Mitgift und den Schmuck der Frau nicht zurückgeben, wenn sie innerhalb der Jahresfrist stirbt und keine Kinder zurückläßt, mit dem Banne belegt. Nur die Beerdigungskosten dürfen abgezogen werden. Diesen Beschluß haben die Gemeinden Troyes, Worms und die eine Tagreise davon entfernt sind, angenommen.[139]

Eine mit der Gerichtsbarkeit zusammenhängende Erscheinung, wodurch die klagende Partei einen Gerichtsbeschluß erzwingen konnte, war die sogenannte *Verhinderung des Gebetes*, die auch I. O. S. bekannt war.[140]

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Die Richter konnten wegen begangener Sünde eine Strafe (Buße) auferlegen. „Eine Frau ritt mit einem Juden auf dem Wege gegen Brno (Brünn). Es war am Rüsttage des Sabbat; sie durfte aber dort nicht bleiben, man könnte ihr auf dem Wege auflauern, sie ritt nämlich nach Ziruscht (vielleicht Truscht? Strutz?), es brach die Nacht herein, sie ritt aber trotzdem mit Absicht in die Stadt (Reiten ist Sabbatschändung). Ich fragte R. Samuel b. Isaak und er antwortete: sie möge 40 Tage fasten. Man braucht die Strafe nicht zu erschweren, auch keinen Bann zu verhängen, es genügt, sie fastet allwöchentlich am Montag und Donnerstag, mit Ausnahmen von Neumondtagen und anderen Festtagen, bis die 40 Tage vollendet sind, das genügt. Sie war ja teilweise dazu gezwungen. Noch eines aber entschied R. Samuel im Namen des R. Jehuda ha-Kohen: Frauen, die ihre Kinder neben sich im Bette liegen haben und diese tot auffinden, sind als Schuldtragende an deren Tod zu betrachten und man soll gegen sie Strenge walten lassen.[141] Wenn in einem Judenhause am Sabbat ein Schadenfeuer ausbricht, so ist es gestattet, das Feuer zu löschen, ist ja doch zu befürchten, daß Menschenleben gefährdet werden.[142] Sie brauchen deshalb auch keinen Fasttag abzuhalten (als Buße), keine Gelder an Arme zu verteilen, brauchen auch die Geißelstrafe an sich nicht vollziehen zu lassen. Und wenn sie freiwillig, ohne Anordnung des Gerichtes, sich Bußen auferlegen wollen, soll man es ihnen verbieten, denn es könnte dadurch später zu einem Unglücke kommen (weil man glaubt, dies sei verboten)."[143]

Steuern

Landesherren und Städte, weltliche und geistliche Fürsten nahmen Juden bei sich auf, denn die Juden waren ein Steuerobjekt, bedeuteten einen fiskalischen Gewinn. So reichlich aber auch die Einnahmen flossen, gelang es den Machthabern dennoch nicht immer, den Juden den Schutz angedeihen zu lassen, der ihnen in Privilegien zugesichert war. Der nationale Widerwille, die religiöse Unduldsamkeit, die Wut des Pöbels, die Intoleranz der Geistlichkeit waren stärker als alle Schutzbriefe. Ab und zu wurde auch ein Aufstand, eine kleine Judenmetzelei, zu einer neuen Einnahmsquelle, die geängstigten Juden zahlten für den erneuten Schutzbrief umso größere Beträge. Daß die Bevölkerung jede Gelegenheit wahrnahm, um über die Juden herzufallen, sie zu berauben, berichtet I. O. S. an verschiedenen Stellen. „Wenn in unserer Zeit Nichtjuden über uns kommen, um Geld zu fordern, darf man ihnen mit Waffen entgegentreten und den Sabbat entweihen. Desgleichen darf man Schadenfeuer am Sabbat löschen, denn wir wohnen ja zwischen Völkern, die rauben und morden."[144]

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Die Steuern bildeten auch ein immerwährendes Streitobjekt innerhalb der jüdischen Gemeinden. Eine gerechte, alle Steuerträger befriedigende Aufteilung war beinahe unmöglich. Jeder Steuerträger versuchte sich zu wehren, die Steuer für sich und seine Verwandten herabzudrücken. (Dadurch war aber auch der Angeberei Tür und Tor geöffnet, worüber wir an anderer Stelle berichten werden.) „Wenn der König Steuer auferlegt, und zwar nach Maßgabe des Besitzers, die Steuerschätzer aber parteiisch vorgehen, indem sie den einen weniger besteuern und den anderen ungerecht belastet, so ist das gleichbedeutend mit Raub. Deshalb müssen die Vorsteher bei der Steuereinschätzung rigoros vorgehen, damit Freunde nicht bevorzugt, Feinde nicht belastet werden."[145] Selbst derjenige, dem von der Herrschaft ein Steuernachlaß bewilligt wird, muß den vorgeschriebenen Teil der Gemeinde entrichten. „Ich habe gehört, daß mein Onkel R. Kalonymos, s. Andenkens zum Segen, der Regierung nahestand. Er gehörte zu denen, die in den königlichen Palast kamen. Wenn der König von den Stadtbewohnern Steuern verlangte, half er ihnen, einen günstigen Vergleich zustande zu bringen. Nachher bat er den König, ihm von der Steuer ein Drittel oder ein Viertel, nämlich das, was auf seinen Teil kommt, abzuziehen. Er sprach zum König: ‚Ich diene dir durch Darlehen und andere Dinge. Ich bitte dich, daß du mich von der Steuer befreien mögest.' Obwohl der König ihm dies bewilligte, so hat er doch zusammen mit der Gemeinde die Steuern bezahlt."[146]

Ein Responsum des Abigdor ha-Kohen (b. Elia aus Wien, Zeitgenosse des I. O. S., zitiert im Mordechai Babba Kamma X, § 180) gibt uns ein Bild über die Besteuerung der jüdischen Gemeinden in Böhmen. „Abigdor ha-Kohen hat dem Gemeindevorstande von Pibram (Příbram) folgende Antwort erteilt: „Es leuchten mir die Worte ein, wenn der König die Bewohner von Příbram zuerst allein mit einer Steuer von 60 Sekukim (Mark) belegt hat, die Bewohner der umliegenden Ortschaften aber den König oder seine Abgesandten veranlaßten, sie in die Steuer zusammenzuschließen (an Příbram anzuschließen), damit ihnen durch diesen Zusammenschluß eine Erleichterung entstehe. Die Bewohner von Příbram aber haben sie (die Bewohner der Ortschaften) gewarnt, diese Vereinigung herbeizuführen. Sie aber (die kleinen Gemeinden) haben diese Warnung nicht beachtet, ebenso hörten sie nicht auf den Einspruch der Angesehenen[147] Prags, die ihnen gesagt haben, sie sollen dies unterlassen, folgten vielmehr der Neigung ihres Herzens und haben die Abgesandten des Königs durch gute Worte oder durch Bestechungen zu diesem Zusammenschluß überredet. Durch diesen Zusammenschluß haben die Bewohner von Příbram Schaden erlitten, denn sie mußten jetzt mehr (an Steuern) zahlen als früher

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

von ihnen gefordert wurde. Das ist ein Vergehen, sie verursachten jenen einen Schaden, sich selbst aber erwirkten sie durch das Geld der anderen eine Erleichterung. Hätten sie zu den Gesandten des Königs von vornherein gesagt: Wir waren zahlreicher, sind aber jetzt weniger, wir können nicht so viel leisten wie früher, und hätten die Vertreter des Königs daraufhin den Zusammenschluß herbeigeführt, dann trifft sie (die Bewohner der Ortschaften) kein Verschulden. Da sie aber den Zusammenschluß verlangten, so gibt es kein größeres Unrecht, als dieses; durch die für sie selbst erwirkte Erleichterung wurden die anderen mehr belastet. Aber selbst, wenn es früher gebräuchlich war, über Befehl des Königs die Steuer gemeinsam zu leisten, jetzt aber der König von sich selbst, ohne Hinzutun, die Vorschriften wegen der Besteuerung dahin geändert hat, daß die Steuer getrennt zu leisten sei, so hat man sich ihrer vom Himmel erbarmt; den anderen steht nicht das Recht zu, den früheren Zustand durch gute Worte oder Bestechungen herzustellen."

Aus den Abhandlungen des Or Sarua kennen wir: ordentliche Steuern,[148] außerordentliche[149] und Kriegssteuern. „Wenn die Regierung Steuer fordert, so ist das Gesetz der Regierung bindend, trotzdem die Steuer unbegrenzt ist. Hebt man ja doch im Kriege für Einquartierung und andere große Bedürfnisse Geld ein."[150] Ortsfremde, die sich in der Stadt nur vorübergehend aufhalten und nicht die Absicht haben, sich ansässig zu machen, sind von der Steuer befreit. So wird in einem Responsum des I. O. Sarua folgende Entscheidung getroffen: Was den Waisenjüngling anbelangt, der in deinem Hause wohnt, keine Geschäfte macht und nur studiert, das Geld verleiht er nur an Juden, entweder ohne Zinsen oder in erlaubter Weise, 1 Mk. gegen ein Achtel jährlich, an Nichtjuden leiht er kein Geld, so ist er von jeder Steuerpflicht zu befreien, denn es handelt sich um einen Jüngling, der das Geld anderswo erworben hat, sich nur vorübergehend bei dir aufhält und auch keine Geldgeschäfte macht. Selbst ein Erwachsener, der nicht verwaist ist, ist in diesem Falle von der Steuerpflicht befreit. Ich habe in vornehmen Gemeinden gesehen, daß man von Waisen, bis sie herangewachsen und verheiratet sind, keine Steuern einkassiert.[151]

Auch von Darlehen muß Steuer bezahlt werden, wenn der Gläubiger der Ansicht ist, der Schuldner sei noch zahlungsfähig. „X borgt seinem Bruder 30 Mk. Dieser erklärt, daß er nicht soviel bezahlen könne und bot einen Ausgleich von 6 oder 8 Mk. an, den Restbetrag solle er ihm nachsehen. Den angebotenen Betrag wollte er sofort erlegen. X lehnte den Ausgleich wegen der zu geringen Quote ab." Es wird die Frage aufgeworfen, ob X von diesem Darlehen Steuer zahlen müsse.[152] Auch von der Mitgift eines Mädchens, die der Vater aber einem anderen übergibt, um damit Handel zu treiben, ist Steuer zu entrichten.[153]

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Außer der an den Herrscher und die Stadt abzuführenden Steuer mußte auch an die jüdische Siedlung eine Steuer bezahlt werden. Die Juden hatten kein Bürgerrecht, hatten aber für sich Verfügungen erlassen, welche das Siedlungsrecht regelten. Damit einer den anderen nicht in seinem Erwerbe störe, konnten sie dem Fremden die Ansiedlung verbieten. Die Gemeinde hatte das Recht, über diejenigen den Bann zu verhängen, die sich ohne Einwilligung in der Gemeinde ansiedelten. Während die kaiserliche Steuer nur vom Erwerb eingehoben wurde, so mußte auch ein „Beschäftigungsloser", der kein Gewerbe in der Stadt ausübte, keinen Handel trieb, der Gemeinde die Siedlungssteuer entrichten.[154] Hat ein Mitglied der Gemeinde einen Streit mit dieser, so muß er zuerst die Steuer bezahlen, dann erst kann er die Gemeinde vor Gericht fordern.[155] In Zeiten der Not können sich auch Fremde in der Stadt vorübergehend ansiedeln. I. O. S. führt folgende Entscheidung seines Lehrers Elieser b. Joel ha-Lewi an: Wenn sie aus einer Stadt oder aus einem Dorfe flüchten, auf Furcht oder wegen drohender Gefahr, dann können die Dorfbewohner ihnen nicht verbieten, Darlehensgeschäfte zu machen, um so viel zu verdienen, was sie zu ihrem Lebensbedarfe notwendig haben, bis die Gefahr wieder vorüber ist. Nach Maßgabe ihres Verdienstes müssen sie zu den Steuern der Herrscher und der Stadt beitragen. Es hat sich zugetragen, daß (2) Juden in einem Dorfe wohnten. Der eine verließ nach sechs Jahren das Dorf; der andere versorgte das ganze Dorf mit Waren. Damit er aber nicht allein unter den Christen lebe, siedelten sich drei Familien an. Er verlieh ihnen das Recht, sich niederzulassen, sie hielten daran fest, knüpften aber daran die Bedingung, daß er ohne ihre Zustimmung keinen Menschen ins Dorf (zur Ansiedlung) bringen dürfe. Sie wohnten dort zwei bis drei Jahre. Nach einiger Zeit kam ein reicher Mann ins Dorf, in der Absicht, sich dort festzusetzen. Die Bewohner des Dorfes wollten ihn Tag für Tag vertreiben, der reiche Mann aber weigerte sich, das Dorf zu verlassen, mit der Begründung, daß ihn der Bischof in das Dorf gebracht habe und die „Bestimmung des Herrschers sei bindend". Auch hätten sie ihm das Wohnrecht für eine Anleihe, die er ihnen ohne Zinsen gewährt hatte, verkauft. Auch habe er ihnen einen Gefallen erwiesen, indem er die zwanzig Pfund, die sie als Steuer dem Bischof zahlen sollten, auf sich genommen habe. Sie (die Bewohner des Dorfes) stellen dies in Abrede. Nun meint der reiche Mann, daß der eine, der das Dorf verlassen hat, auf ihn sein Wohnrecht übertragen hat. Die Einwohner des Dorfes sind aber der Meinung, daß das Verlassen des Dorfes den Verlust des Wohnrechtes nach sich ziehe. Entscheidung: Es hängt vom Herkommen ab, in manchen Städten ver-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

liert man auch nach Verlassen des Ortes nicht das Wohnrecht, in manchen Städten verliert man aber schon nach Jahresfrist das Siedlungsrecht.[156]

Es ist Brauch in den Gemeinden, Steuern zum Ankaufe von Weizen für Osterbrote für die Armen einzuheben. Wer ein Jahr in der Stadt lebt, muß zu dieser Steuer beitragen. Ist er arm, so wird er, nachdem er ein Jahr in der Stadt lebt, mit Osterbroten beteilt.[157] Wenn man zum Ankaufe von Sterbekleidern Steuern einhebt, so müssen sie ausdrücklich mit den Worten angefordert werden: „Gebet für Leichen, was ihr wollet", dann sind die Kleider für mehrere Leichen verwendbar. Im anderen Falle wären sie nur für die Leiche verwendbar, welche zur Zeit des Sammelns mit Totenkleidern zu versehen war.[158] Wenn die Gemeinde eine Bürgschaft leistet, so hat sie für den verbürgten Betrag aufzukommen. Einem Gelehrten darf das Ansiedlungsrecht nicht verweigert werden, selbst wenn bereits ein Gelehrter dort lebt.[159]

Aberglaube, Volksmedizin

Der Rahmen, in welchem das Leben des I. O. S. sich abspielt, ist uns nur aus den kurzen flüchtigen Bemerkungen, die in seinen halachischen[160] Entscheidungen eingeflochten sind, bekannt. I. O. S. ist ein treuer Schüler der Mystiker Rabbi Jehuda (des Frommen) und des R. Elieser aus Worms, deren tiefreligiöse Anschauungen er teilt.[161] I. O. S. ist ein Kind seiner Zeit, er kann sich bei aller Tiefe des Denkens nicht völlig vom Geiste seiner Zeit loslösen, vom Aberglauben freimachen. Wahn und Aberglaube hat die Menschen zu allen Zeiten festgehalten, unser aufgeklärtes Zeitalter ist so wenig davon frei, wie es das graue Altertum und das finstere Mittelalter war. I. O. S. bezeichnet wohl Vorbedeutung als Aberglauben, als geheime Kunst,[162] trotzdem empfiehlt er Bräuche, die er mit dem Namen „geheime Kunst" belegt. So lesen wir im O. S.[163]: „In den Responsen der Geonim[164] ist wohl verzeichnet, daß wir uns von Vorbedeutungen leiten lassen, geheime Künste unseren Sinn betören. Wenn es aber bei uns Brauch ist, am Eingange des Neujahrsfestes den Kopf eines Schafes zu nehmen (zu essen), Honig und allerlei Süßigkeiten zu essen, enthülstes Getreide mit fettem Fleische zu kochen, Möhren (Mohrrüben), Porree zu essen, am Rüsttage des Versöhnungstages Hühner, gleich der Anzahl der Hausleute, schlachten zu lassen, so sind diese Bräuche und der Glaube an Vorbedeutungen in heiligen Schriften begründet. Wenn wir den Kopf eines Lammes essen, dann denken wir dabei, Gott gedenke unser zum Guten, lasse uns Kopf (Haupt) werden und nicht Schwanz (unterdrückt, von anderen beherrscht) sein. Wenn wir Fett und Süßigkeiten essen, so

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wünschen wir, daß das neue Jahr ein fettes und süßes sei. Wir essen Möhren,[165] damit sich unser Besitz vermehre.[166] Wir essen Porree, damit unsere Feinde verschwinden.[167] Mein Lehrer R. Joel ha-Levi führt Beweise aus dem Talmud an, daß gewisse Zeichen Bedeutung für das Leben haben. Deshalb sollen wir auch oben genannte Gemüse und Datteln am Neujahrsfeste essen. Bei uns ist es Brauch, den Kopf eines Widders zu essen und den Kopf in Honig einzutauchen, damit das Jahr, welchem wir entgegengehen, süß und fett sei." I. O. S. erzählt:[168] „Ich habe aus dem Munde des R. Jehuda des Frommen – sein Andenken zum Segen[169] – gehört, daß einmal ein bedeutender und anerkannter Lehrer in der Synagoge seinem Unmute Ausdruck gab, weil man die Segenssprüche lange hingezogen hat. Er aber wollte rasch fertig werden, um zu lernen, er wurde auf dieser Welt noch (von Gott) dafür bestraft. Auch hörte ich einen Ausspruch des R. Jehuda des Frommen – sein Andenken zum Segen –, der sagte: Im Winter, wenn eine große Kälte ist, ist es besser, daß mangelhaft Bekleidete die Synagoge verlassen und in ihre Häuser gehen sollen, man soll aber ihrethalben das Lob (Gebete) Gottes nicht kürzen. Ich (I. O. S.) habe einen Juden aus Worms gekannt, man nannte ihn R. Bunam, er war alt, vom Berufe Totengräber, und habe aus sicherer Quelle gehört, daß er, als er einmal frühzeitig am Morgen in die Synagoge ging, einen Mann vor der Synagoge sitzen sah, der auf seinem Kopfe einen Kranz von Gräsern hatte, die man „Zpl" und wir in der böhmischen Sprache kw(v)etni[170] vizz[171] nennen. Er erschrak sehr, dachte, es sei ein Gespenst, rief ihn an und sprach zu ihm: „Bist du nicht der Mann, der unlängst gestorben ist und den ich begraben habe?" Er antwortete: „Ja." Da sprach er zu ihm: „Wieso bist du wieder auf dieser Welt?" Er antwortete: „Sehr gut." Da sprach er zu ihm: „Welche Verdienste hast du denn, du warst ja doch nur ein geringer Mensch?" Da antwortete er: „Nur durch das Verdienst, daß ich die Segenssprüche mit angenehmer Stimme in der Synagoge vorgetragen habe, haben sie mich ins Paradies gebracht und verehren mich und dies sei dir ein Wahrzeichen, daß ich es bin, der zu dir spricht, du kannst den Ärmel meines Hemdes sehen, welchen du zerrissen hast, als du mir die Totenkleider anlegtest." Da fragte er ihn: „Was trägst du auf dem Kopfe?" Er antwortete: „Das sind Gräser aus dem Paradiese, welche ich auf mein Haupt gelegt habe, um die üblen Gerüche von dieser Welt (der irdischen) von mir zu verscheuchen." Diese Geschichte habe ich, der Verfasser (I. O. S.), niedergeschrieben, damit der Gottesfürchtige sehe und sich zu Herzen nehme, die Loblieder Gottes mit angenehmer Stimme und Andacht vortrage und sich dadurch das Paradies verdiene.[172] In O. S. wird unter dem Namen des R. Jehuda des Frommen überliefert, daß die Gespenster gläubig

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sind und sich den Anordnungen der Weisen fügen. Wer an seinen Kleidern näht, während er sie auf sich hat, soll einen Span (kleines Holzstück) im Munde halten, denn das verursacht üblen Nachruf (ist Mittel gegen üblen Nachruf). Wer den Span nicht im Munde hält, kommt bald in üble Nachrede.[173] Wer eine Laus auf dem Kopfe tötet (diese nicht zuerst vom Kopfe herunternimmt), ist an seinem Untergange selbst schuldig.[174] Palbuta,[175] das ist ein Fisch, dessen Kopf dem Kopfe eines unreinen (zum Genusse unerlaubten) Fisches gleicht. R. Salomo erlaubte diesen Fisch zum Genusse. Ich, der Verfasser, hörte aber aus dem Munde des R. Jehuda des Frommen, wer den Palbuta genießt, wird nicht das Glück haben, vom Lewiathan zu essen.[176] Es hat sich zugetragen und die Sache beruht auf Wahrheit, daß R. Efraim b. Isaak aus Regensburg diesen Fisch zum Genusse erlaubte. In der Nacht träumte er, daß ihm eine Schüssel voll Gewürm und Kriechtieren vorgesetzt wurde, er zürnte über den, der ihm die Schüssel vorgesetzt hatte. Jener aber sagte: „Warum zürnst du, du hast doch diese zum Genusse erlaubt." Da war er voll Zorn, über den, der die Träume eingibt und ihm dies auch zur Antwort gab. Er erwachte und erinnerte sich, daß er den Palbuta erlaubt hatte. Da stand er von seinem Bette auf, zerbrach die restlichen Töpfe und Schüsseln, in denen (dieser Fisch) gekocht und gegessen wurde. Wer sich davon fernhält, diesen zu essen, auf dessen Haupte ruhe Segen.[177]

In einem anderen Responsum berichtet I. O. S.: „Als ich in Regensburg weilte, erkrankte ein Nichtjude und schickte am Festtage zu einem Juden, er möge ihm von seinem Weine schicken, sonst könnte er leicht in noch größere Gefahr kommen. Ich fragte meinen Lehrer R. Simcha und er entschied, daß man einem Nichtjuden durch einen anderen Nichtjuden Wein am Festtage, wie auch am Sabbat schicken darf.[178] Augenschmerzen und Kopfschmerzen zu besprechen, wie es die Frauen zu tun pflegen, ist selbst am Sabbat gestattet."[179]

Man schickte einen Jüngling zu I. O. S. damit er ihn vom Aussatze heile.[180] „Wenn jemand drei Tage nach dem Begräbnisse das Grab öffnen will, so ist es erlaubt." Es hat sich zugetragen, daß einer begraben wurde, man öffnete das Grab, fand ihn lebend und er lebte noch 25 Jahre."[181]

Getaufte Juden und Denunzianten

Im Mittelalter waren Judentaufen nicht selten. Hatte ein Jude einen Nichtjuden zum Übertritte zum jüdischen Glauben überredet oder wurde er nur dieses Vergehens beschuldigt, so blieb ihm kein anderer Ausweg als die Taufe anzunehmen, sonst war er dem Tode verfallen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Auch bei Überlastung durch hohe Steuern schaffte der Empfang der Taufe Erleichterung. Da es sich bei diesen Übertritten in der Regel nur um Zwangstaufen handelte, wurden die Täuflinge von den Glaubensbrüdern nicht gehaßt. In O. S. haben wir mehrere Responsen, die die Stellung der Juden zu den Getauften, ein Thema, das noch einer Bearbeitung harrt, beleuchten:

a) Wurde ein getaufter Jude von Christen umgebracht, so wurde sein Tod als Sühne betrachtet; der Erschlagene gilt als Jude und man muß um ihn die gesetzliche Trauer abhalten. So tat auch R. Gerson, der um seinen getauften Sohn eine vierzehntägige Trauer[182] abgehalten hatte.[183] Bei Zwangstaufen wird der Täufling nicht als Konvertit betrachtet, wiewohl die Vorschrift gilt, „man muß sich töten lassen und nicht den Glauben verleugnen."[184] Eine getaufte Frau ist nach dem Tode ihres jüdischen Mannes von der Leviratsehe befreit.[185] Stirbt ein Mann kinderlos und der Levir ist Konvertit, dann muß sie vom Täufling, den sie nicht heiraten darf, durch den Akt des Schuhausziehens von der Leviratsehe befreit werden. Das ist aber nur dann der Fall, wenn der Konvertit zur Zeit der Eheschließung Jude war; war er aber zu dieser Zeit bereits getauft, so ist sie auch vom Akte des Schuhausziehens befreit.[186] Ein getaufter Ahronide, der Buße getan hat, darf wieder den Priestersegen erteilen[187] (d. h. er erlangt wieder seine früheren Rechte). Der jüdische Vater beerbt seinen getauften Sohn. Warum sollte man auch den Vater bestrafen?[188] Verwandte des Täuflings beerben diesen.[189] Der Sohn eines Konvertiten, der Jude ist, beerbt seinen jüdischen Großvater.[190] Der Konvertit beerbt seinen jüdischen Vater.[191] I. O. S. führt folgende Rechtsfrage an: „X hatte zwei Töchter, beide heirateten. Nach dem Tode des X bemächtigte sich die Witwe seines Besitzes und ward so mit Glücksgütern gesegnet. Nach dem Tode des Vaters ließ sich die eine Tochter taufen. Später starb die Witwe des X, ohne zu schwören, daß sie die in dem Ehekontrakte festgesetzte Summe empfangen habe, und vermachte der jüdischen Tochter mittels Schenkungsurkunde ihr ganzes Vermögen. Dann starb die getaufte Tochter und ihr Mann forderte die Schwester vor Gericht wegen der Erbschaft, da Söhne nicht vorhanden waren." Elieser b. Joel ha-Levi entscheidet, daß seine Erbansprüche gerechtfertigt sind, weil ja seine Frau zur Zeit, als ihr Vater gestorben war, noch Jüdin war.[192]

X kaufte ein Grundstück von einem Konvertiten, übte drei Jahre ungestört das Besitzrecht aus. Dann erhob Y dagegen Einspruch; er sagte, der Konvertit hätte ihm das Grundstück gewalttätig entrissen. Es wurde entschieden, daß der Kauf aufrecht bleibt.[193]

b) *Denunzianten* wurden gleich des Meineides Verdächtigen zum Eide nicht zugelassen und sind zur Zeugenschaft untauglich.[194] Im

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Mordechai[195] wird folgendes Responsum mitgeteilt: Simon wurde von der Behörde zum Vorsteher ernannt[196] und denunzierte die Gemeinde, d. h. er brachte es dahin, daß eine Rechtssache der Gemeinde vor der nichtjüdischen Behörde zur Austragung gelangte. Der Rabbiner bestrafte ihn gleich einem Denunzianten mit dem Banne.[197] Simon sagte zu dem Rabbiner: „Du stehst unter dem Banne", und belegte die Synagoge (Lehrhaus) des Rabbiners mit einem Schimpfnamen. Der Rabbiner wurde mit seinen Schülern ins Gefängnis gesetzt, wurde auch ein zweites Mal zwei Wochen lang in die untersten Räume des Turmes geworfen und gezwungen, die Stadt zu verlassen. Reuben, der Kurator der Gemeinde, forderte für die Schmach des Rabbiners Genugtuung und die Kosten, mit welchen die Rückkehr des Rabbiners verbunden war. Simon aber erwiderte: „Mir wurde das Amt des Vorstehers vom Fürsten aufgezwungen; ich wurde von ihm gedrängt und die Gemeinde war damit einverstanden. Ich habe mich gegen den Rabbiner weder durch Worte noch durch die Tat vergangen und es stand daher dem Rabbiner kein Recht zu, mich in den Bann zu legen." Es wurde entschieden: Simon durfte nicht dem Rabbiner erwidern: „Du stehst unter dem Banne". Wenn der Rabbiner in seinem gerechten Zorn ihn zurechtwies, weil er zur nichtjüdischen Behörde gegangen ist,[198] so hätte er schweigen und abwarten müssen, bis der Rabbiner sich beruhigt und hätte ihn besänftigen müssen. Simon ist mit einem Pfund Gold zu bestrafen und für 30 Tage mit dem kleinen Bann zu belegen.[199] Es hat sich zugetragen, daß X bei Y einen Gegenstand zur Aufbewahrung hatte. X denunzierte den N bei den Nichtjuden, wodurch er ihm Schaden zugefügt hat. Es wurde entschieden, daß dem N der bei Y verwahrte Gegenstand übergeben werden soll, damit er sich schadlos halte.[200] X forderte von Y 100 Denare, einen Betrag, mit dem ihn Y durch eine Anzeige bei den Behörden geschädigt hatte. Y behauptet, er hätte nie bei den Behörden gegen ihn geredet. Y wurde zur Ablegung eines Schwures verurteilt.[201] — Zwei Juden lebten in einem Dorfe. Da behauptete der eine, der andere Jude habe ihn bei der Herrschaft denunziert. Dieser erwiderte: „Es ist daran kein wahres Wort." Zeugen waren nicht vorhanden. R. Elieser aus Metz entschied: „Der Beschuldigte muß im Beisein der Herrschaft schwören, daß er gegen den andern keine Äußerung getan hat, die ihm hätte Schaden bringen können."[202]

Sitten und Bräuche

Sitte und Kultur der Juden im Mittelalter sind durch die Religion bestimmt. Das gilt auch von den dem Lande Kanaan — so wird im mittelalterlichen Schrifttum Böhmen genannt — eigentümlichen Sitten und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Bräuchen. Besondere Minhagim (hebr. Bezeichnung für Sitten und Bräuche) setzen aber auch eine Reihe von Gelehrten voraus, die dieselben sanktionierten und mit dem Religionsgesetze in Einklang brachten. Diese Voraussetzungen sind für die Zeit von 1150 bis 1250 für die Kulturgeschichte der Juden in Böhmen gegeben. So spärlich auch die Nachrichten über die Juden in Böhmen im 11. und 12. Jahrhundert fließen, so wissen wir doch aus dem Reiseberichte des Benjamin aus Tudela,[203] daß im Lande Kanaan (Böhmen) schon lange Juden lebten. Wir kennen aber auch aus der rabbinischen Literatur eine ganze Reihe von Gelehrten aus der Mitte des 12. und 13. Jahrhunderts, welche über die Gebräuche in Böhmen aus dieser Zeit berichten. Der Ruf der Gelehrten von Böhmen, die in der rabbinischen Literatur mit dem Namen „rabosei schebeböhm" bezeichnet werden, ging weit über die Grenzen ihres Landes hinaus. Efraim b. Isaak sagt von den Gelehrten im Lande Kanaan, sie seien von tiefgründiger Weisheit.[204] Elieser b. Nathan, ein Zeitgenosse des R. Jakob Tam, erzählt, daß er während seines Aufenthaltes in Böhmen, Bräuche üben sah, welche die dortigen Weisen gelehrt haben.[205] Im folgenden Kapitel wollen wir eine Sammlung religiöser Bräuche zusammenstellen, die wir in den zerstreuten Notizen bei Or Sarua vorfinden; aber zunächst das berücksichtigen und hervorheben, was sich in seinen Schriften auf Böhmen[206] (Kanaan, s. Einleitung) und Prag[207] bezieht.

In Böhmen und Sachsen hat I. O. S. seine Jugend verlebt. Wo er das Licht der Welt erblickte, darüber gibt sein Werk auch nicht andeutungsweise Aufschluß. Daß aber Böhmen das Land ist, wo er am meisten gewirkt hat, ist mehr als wahrscheinlich (vgl. Einleitung). In Böhmen lebte er auch als reifer Mann, sammelte Schüler um sich, die seinen Worten lauschten. Um sich diesen verständlich zu machen, verdolmetschte er einzelne Worte durch böhmische Ausdrücke,[208] deren gründliche, sprachwissenschaftliche Erforschung durch einen tschechischen Philologen für die Kenntnis und Aussprache des Tschechischen im 12. Jahrhundert sicher von Wert wäre.[209]

a) *Synagogale Bräuche:* In Frankreich verrichtet man die Segenssprüche mit entblößtem Haupte.[210] Am Torafreudenfest rufen sie Kinder zur Tora und sprechen den Gottesnamen mit entblößtem Haupte aus. Ich weiß nicht, wie man diesen Brauch aufrecht erhalten kann. Am Torafreudenfest verließ[211] ich (I. O. S.) das Gotteshaus, weil der Vorsänger für 6 Pfennige mehr als vierzigmal willkürliche Absätze beim Vorlesen aus der Tora[212] machte. In Frankreich sah ich sogar am Sabbat reiche Leute barfuß gehen; sie gingen auch in der Synagoge barfuß und wurden auch so zur Tora gerufen. Man soll aber sogar an Werktagen nicht barfuß gehen.[213] Es ist die Norm festgesetzt, daß die Weihe des

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Sabbat mit dem Anzünden der Lichter beginnt. Doch mir scheint es, wer die Sabbatlichter in seinem Hause anzündet, wodurch er die Sabbatweihe auf sich genommen hat, darf die Sabbatlichter in der Synagoge nicht mehr anzünden (es wäre ja Sabbatschändung). Deshalb ist es in *unserem* Königreiche (Böhmen, s. Einleitung) Brauch, daß, nachdem das „Dreimal heilig" (hebr. Keduscha) in der Synagoge rezitiert wurde, die Diener und Kinder verkünden, es ist bereits Zeit, den Sabbat zu heiligen, die Arbeit (Werktätigkeit) einzustellen, es sei aber noch Zeit, einen kleinen Fisch zu braten und den Ofen mit Brot zu verkleben. Es ist Brauch, alle Lichter im Hause zuerst anzuzünden, dann die Lichter auf dem Tische, welche für den Sabbat bestimmt sind.[214] Bei *uns* in Böhmen ist es Brauch, daß der Vorsänger nach dem Morgengebete am Sabbat, das Gebet (Kaddisch[215]) „von der Heiligung des göttlichen Namens" spricht und dann „en komaucho"[216] (wer gleicht dir, o Gott) laut vorträgt. Nach Beendigung des Gebetes wurde das Ausheben der Torarolle aus der Bundeslade versteigert das meistens von einem angesehenen Gemeindemitgliede gekauft wurde. Das ist ein sehr schöner Brauch. In den Rheinlanden ist dieser Brauch nicht vorhanden.

Am Sabbat, beim Vespergebet wird das Gebetstück „Zidkos'cho Zedek" (deine Gerechtigkeit ist ewiges Recht) gesagt, weil Moses am Sabbat, um diese Tageszeit gestorben ist. Es gilt die Vorschrift, „wenn ein Weiser stirbt, müssen die Lehrhäuser die Vorträge einstellen". In den Rheinlanden werden zwischen Vesper- und Abendgebet (am Sabbat) Vorträge gehalten.[217] Im Rheinlande ist es Brauch, daß der Vorsänger am Sabbatausgange erst das Gebet verrichtet und dann das Licht anzündet.[218] Was den Segen über den Wein in der Synagoge beim Eingange des Sabbats betrifft,[219] sagtest du „sie seien Toren". Diese Einrichtung wurde nur für Fremde (Gäste, durchwandernde Arme) getroffen und es sind keine Fremden in der Synagoge. Es tut mir leid um dich, ich zürne dir sehr, weil du deinen Mund zum Sündigen geöffnet hast. Ich wundere mich über einen solchen weisen und klugen Mann, wie du es bist. Weißt du denn nicht, daß alle Geonim und heiligen Männer, unsere Lehrer in Mainz, Worms und Speyer, von dort hat sich ja die Lehre über ganz Israel verbreitet, diesen Brauch seit Gründung der rheinländischen Gemeinden eingerichtet haben? In ganz Deutschland und in *unserem* Königreiche haben unsere Väter, die Väter unserer Väter, fromme heilige Männer, die Weisesten der Weisen, diesen Brauch geübt und du wolltest diesen töricht nennen und anders entscheiden? Nein, der Brauch ist üblich. In Böhmen ist es Brauch, am Sabbatausgange Loblieder zu singen, die der Prophet Elia gedichtet hat. Es wurde gefragt, ob dieser Brauch löblich ist, und es wurde gesagt, dieser

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

Brauch sei löblich. Man begleitet den Ausgang des Sabbats mit Lobliedern, gleich wie die Menschen einen König begleiten.[220] Wir in Böhmen verrichten die Segenssprüche gemeinsam.[221] In Speyer ist es Brauch, daß der in „düstere Trauer" Versetzte in die Synagoge geht und betet.[222] Es erzählte mir mein Lehrer E. Elieser b. Joel ha-Levi, daß die Ahroniden (Priester) in Mainz den Brauch haben, wenn sie am Versöhnungstage zur Heiligen Lade emporsteigen, um den Priestersegen zu erteilen, die Lichter vor der Heiligen Lade entfernen. Sein Vater aber, R. Joel, hat dies verboten.[223] Am Vorabende des 9. Ab geht der Trauernde (während der sieben Trauertage) nicht in die Synagoge. Am Morgen des 9. Ab geht er in die Synagoge, sitzt dort auf der Erde, bis nach Beendigung der Klagelieder.[224] Das Ausheben der Torarolle aus der Lade wurde an den Meistbietenden verkauft. X wollte dies der Gemeinde verbieten, er meinte, dies sei eine Synagogenehrung, die dem Vorsänger gebührt. I. O. S. erlaubte aber das Verkaufen mit der Begründung, daß der Ertrag daraus der Almosenkasse zufällt.[225] Bei *uns* in Böhmen und im Rheinlande ist es üblich, daß nach Beendigung des Gebetes „en kelohenu" ein Waisenknabe das Kaddischgebet sagt, während in Frankreich der Knabe, welcher dieses Gebet verrichtet, kein Waisenkind sein muß.[226]

b) *Bräuche und Vorschriften für Sabbat und Festtage:* Wir in Böhmen, im Gegensatz zu Frankreich und dem Rheinlande verkleben vor Eingang des Sabbats die Öffnung des Ofens, das ist für alle Fälle erlaubt.[227] Ich (I. O. S.) sah in Frankreich im Hause meines Lehrers R. Jehuda b. Isaak, als das Zalant[228] (= Chalant), welches auf Kohlen gestellt wurde, erkaltete, da machten die Knechte in der Nähe der Töpfe ein Feuer an, damit die Töpfe daran erwärmt werden. Manche nahmen auch die Töpfe von ihrem Platze und stellten sie in die Nähe des Feuers; das kann nicht verboten werden, zumal die Knechte dies für sich machen. So geschieht es auch bei Hochzeiten und niemand weigert sich, das Essen zu genießen. Auch R. Tam und alle Großen der Zeit erlaubten es. In Ländern, in welchen keine Gelehrten leben, soll man dies verbieten.[229] Es kommt häufig bei *uns* in Böhmen vor, wenn Freitag die Hochzeit stattfindet, daß am Abend beim Hochzeitsmahle Sabbatgesänge aus Gebetbüchern rezitiert werden, trotzdem die Lichter brennen, und niemand verbietet dies.[230]

Das Gebet „bemozoe jaum menucha" am Ausgange des Ruhetages ist in Prag entstanden und wird dort am Ausgange des Versöhnungstages in der Synagoge laut vorgetragen.[231] Bei *uns* in Böhmen berührte man am Sabbat kein Licht, selbst hängende Lichter und Wachslichter nicht. Wenn Frauen das Licht berühren, so hielten sie zur Buße einen Fasttag.[232] Bei *uns* ist es Brauch, am Sabbat nach Verlassen der Synagoge, Kranke und Trauernde zu besuchen.[233] Es ist ein löblicher

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Brauch am Sabbat, nach der Mahlzeit, zu schlafen und sich nach dem Schlafe mit Torastudium zu beschäftigen.[234]

Es ist den Gemeindedienern erlaubt, an Sabbat- und Festtagen an die Türen zu klopfen, damit die Leute wach werden und in die Synagoge gehen.[235] Ein nichtjüdischer Spielmann darf bei (jüdischen) Hochzeiten am Sabbat spielen, selbst wenn ein Jude ihn dazu auffordert.[236] Ein Schiff, welches am Sabbat ankommt und außerhalb der Stadtgrenze Anker geworfen hat, darf von jüdischen Reisenden am Sabbat nicht verlassen werden, es sei denn, es fährt durch das Tor der Stadt.[237] Unsere Brüder in Böhmen handeln nicht korrekt, wenn sie am Rüsttage des Sabbat mit Schwert und Panzer bewaffnet ausgehen. Wenn sie aber Angst haben und die Stadt bewachen müssen, ist es vielleicht erlaubt. Umsomehr in unserer Zeit, wo wir unter Nichtjuden leben, kann man mit Waffen ihnen entgegentreten, selbst wenn sie nur auf Raub ausgehen, denn es besteht Lebensgefahr.[238] Ich sah meinen Lehrer, R. Jehuda b. Isaak, als ich in seinem Hause zu Paris weilte, daß er (am Sabbat) einen Strohhalm brach und sich damit die Zähne reinigte.[239] In Prag und in Sachsen ist es üblich, daß man den Ehekontrakt am Freitag schreibt und am Sabbatausgang unterzeichnet.[240] Es ist den Frauen verboten, am Sabbat die Haare zu scheiteln (wörtlich: zu teilen), das nennt man in der böhmischen Sprache Putiz.[241] Auch die Nadel am Sabbat einzustecken, welche die Rheinländerinnen an der Spitze der Stirne tragen, ist verboten.(!)[242] In Böhmen tragen die Frauen Ringe in den Ohren. Sie haben Löcher in den Ohren und können die Ringe aus den Ohren leicht entfernen. Bei Ohren, die nicht verdeckt sind, ist es nicht richtig, Ringe am Sabbat zu tragen.[243] Krischin (böhm. Krochi[244]) und Rotbeeren darf man am Sabbat auspressen. Was das Auspressen von Äpfeln anbelangt, weiß ich nicht, wie der Brauch in *unserem* Königreiche ist. In Angleterre (England) und in der Lombardei wird Äpfel- und Birnenmost gemacht. Diese darf man am Sabbat auspressen.[245] Am Vorabende des Neujahrsfestes, bei Beginn desselben, werden süße Speisen gegessen.[246] Meine Lehrer R. Juda der Fromme und R. Elieser b. Joel ha-Levi haben an zwei aufeinanderfolgenden Tagen den Versöhnungstag gefeiert. Ich kann dies zwar niemandem verbieten, rate aber nicht dazu, denn es ist gefährlich[247] (sich zwei Tage zu kasteien). R. Isak b. Mordechai aus Prag pflegte am Neujahrsfeste gegen die übliche Gepflogenheit zu fasten.[248] Bei uns in Sachsen geben die Bräutigame der Tora[249] am Torafreudenfeste eine Mahlzeit, laden die Gemeindemitglieder ein, geben ihnen Gänse, Hühner und gute Speisen.[250] R. Joel erlaubte, am Feiertage[251] Brezeln zu einer Beschneidungsfeier zu backen, welche am folgenden Hauptfeiertage abgehalten werden sollte. Der auf den Feiertag folgende Halbfeiertag war ein Feiertag der Andersgläubigen, an

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

welchem Tage nicht gebacken werden durfte. Da für die Gemeinde ein Ofen voll nicht genügte, so wurde zweimal gebacken. Es hat sich in Köln zugetragen, daß man absichtlich von einem Feiertag für den anderen Pasteten gebacken hat. Die Rabbiner Kölns erlaubten diese zum Genuß.[252]

c) *Religiöse Bräuche:* Bei *uns* ist es Brauch, die Bachweiden nach ihrer Verwendung wegzuwerfen, auch Palmzweig und Widderhorn kann man, wenn sie nicht mehr verwendet werden, wegwerfen.[253] In Frankreich wurde zum Feststrauße ein Etrog (zitronenartige Frucht), ein Palmzweig, eine Myrte und eine Bachweide genommen.[254] Es heißt in O. S., daß Jakob aus Orléans entschieden hat, wer keinen Etrog hat, darf am zweiten Festtage über den Feststrauß ohne diesen den Segensspruch verrichten.[255] Wenn aus einem Glase Wein schon mit Segensspruch getrunken wurde, so darf darüber nicht nochmals ein Segensspruch verrichtet werden, mein Lehrer Judas Sir Leon ist der Ansicht, daß man trotzdem darüber den Segen sprechen darf; mein Lehrer Elieser b. Joel Halewy meint, daß man das Glas ausleeren und frischen Wein holen muß, so ist es Brauch in Frankreich und so übt es auch mein Lehrer R. Elieser aus Metz. Bei uns ist der Brauch, etwas Wein oder Wasser zuzugießen. So sah ich es im Hause meines Vaters und Lehrers und so ist auch der Brauch in ganz Deutschland.[256]

d) *Speisegesetze:* Im Lande Narbonne ißt man Käse von Nichtjuden, weil sie die Milch durch Schwämme, die man in Böhmen Gubzi[257] nennt, zum Gerinnen bringen. Es ist aber auch nicht zu befürchten, daß dieser mit Milch von unreinen Tieren vermengt wird, denn diese (die Milch von unreinen Tieren) gerinnt nicht. Bei uns in Böhmen ist Käse, der durch Kalbsmagen von nicht rituell geschlachteten Kälbern gemacht wurde, zum Genusse verboten. Kein Gottesfürchtiger kann dies erlauben, da das Verbot in Böhmen bereits verbreitet ist.[258] Es ist erlaubt, „Kompost" (Kompott)[259] von Nichtjuden zu benützen, das man bei uns Glawitzi[260] nennt, zu welchem weder Wein noch Essig gebraucht wird und welches auch bei uns gekocht und mittels Wagen auf den Markt gebracht[261] wird. Wer auf der Reise bei Nichtjuden einkehrt, darf dort des Friedens halber Bier trinken, weil es ja nur zufällig und nicht regelmäßig geschieht, so daß nicht zu befürchten ist, daß er sich mit ihnen verschwägern[262] wird.

In einer Frage über den Weinkeller in „Soli", aus dem eine Nichtjüdin einem Faße Wein entnommen hatte, führt Or Sarua die Entscheidung des R. Elieser aus Böhmen an, welcher den Wein in den übrigen Fässern zum Genusse erlaubte.[263] Es kam in früheren Jahren in Prag vor, daß ein Schächter zu schlachten begann, die Hand glitt ab und er vollendete die Schlachtung etwas tiefer (an nicht vorgeschriebener Stelle). Man befragte R. Meschulem, Sohn des R. Jekutiels, und er erlaubte das Vieh zum Genusse.[264]

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Der Lehrer Isak b. Moses[265] diskutierte mit mir (Joel b. Isak ha-Levi) und überlieferte, daß ein großer Mann, der Vorsänger R. Isak aus Böhmen, ein bestimmtes in der Bauchhöhle befindliches Fett zum Genusse erlaubte. Dieser Gaon hat es auch im Namen der Geonim aus Lothringen überliefert, Joel b. Isak ha-Levi. R. Efraim b. Isak hingegen erwiderte: „Ich will dich verwarnen, damit du es nicht selbst essest und es den anderen zum Genusse erlaubest. Im Lande Böhmen sind große Weisen vorhanden, die es nicht essen. Wenn du anderer Meinung bist, so miete dir einen „Läufer"[266] nach Frankreich und wenn sie es erlauben werden, dann magst du es essen, Efraim b. Isak. Wir in unserem Königreiche Böhmen richten uns nach der Entscheidung des R. Efraim (essen dieses Fett nicht).[267]

e) *Baderlaubnis:* Ich der Verfasser (I. O. S.) kam nach Ungarn, nach Buda (slav. Name für Ofen), nach Ostrigon (slav. Bezeichnung für Gran, siehe Einleitung), dort sind heiße Quellen vorhanden, die aus der Erde hervorbrechen. Ich erlaubte den Frauen, darin unterzutauchen.[268]

f) *Trauerbräuche:* Es starb eine Frau einen Tag vor dem Versöhnungstage; Isak, Sohn Mordechais aus Böhmen, entschied, daß der Mann am Rüsttage des Laubhüttenfestes sein Haar schneiden darf. Die siebentägige Trauer hat der Versöhnungstag übernommen, die 30tägige Trauer wird durch das Laubhüttenfest unterbrochen und aufgehoben.[269] Es ist bei uns Brauch, vom ersten Tage des Monates Ab an, weder Fleisch noch Wein zu genießen.[270]

g) *Kleidung, Schmuck:* R. Simcha verbot, den kleinen Gebetmantel unter der „Kutta" (wohl Kutte) zu tragen, man muß ihn vielmehr auf der Kutte tragen, um die Vorliebe für das Gebot zu bezeugen.[271] Betreffs unserer Hüte, an welche Riemen genäht sind, soll man darauf achten, daß die Riemen nicht mit Flachsfäden genäht werden, denn die Bänder (Riemen) wärmen.[272] Alle unsere Hüte, die durch Bänder (Riemen) am Halse befestigt sind, darf man am Sabbat aufsetzen, denn es ist nicht zu befürchten, daß sie der Wind hebt und man daher diese in der Hand trägt, was am Sabbat verboten ist. Hüte, die tief sind, so daß der Kopf darin feststeckt, dürfen auch ohne Befestigung durch Riemen, am Sabbat getragen werden, selbst wenn sie einen Rand von ein oder zwei Handbreit haben, das Gesicht beschatten und vor Regen und Hitze schützen.[273] Auch die spitzen Judenhüte sind gestattet. So ist es auch in Lothringen und in Deutschland Brauch, Hüte zu tragen. Die Hüte in Deutschland haben keine flachen Ränder, sondern die Krempen gehen nach unten. Die „Almuzäa" (Mütze), welche aus Schafwolle oder Ziegenhaaren gewebt wird oder aus einem Stoffe gemacht ist, die fest auf dem Kopfe sitzt, darf am Sabbat getragen werden. So ist ja auch der Brauch,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

diese Riemen zu tragen. Diese kann vom Winde nicht gehoben werden. Eine solche Mütze wurde unter dem Hut getragen. „Als ich in Frankreich war, sah ich, daß sie Räder (ringförmige Zeichen) an ihren Kleidern trugen, denn in dieser Zeit war es allen Juden so verordnet; diese am Sabbat zu tragen, d. h. mit diesen auszugehen, ist gestattet, weil sie ja befestigt sind. Manche trugen diese Judenabzeichen aus Pergament und nähten es fest; auch mit diesen auszugehen, ist am Sabbat erlaubt."[274]

h) *Jagd:* Von der Jagd mit den Falken, die von den Freien gepflegt wurde, einem Vorrecht der Edlen, waren auch die Juden nicht ausgeschlossen. Es ist für die gesellschaftliche Stellung der Juden zur Zeit unseres Autors bezeichnend, daß sie sich an Jagden beteiligen durften. „Ich, der Verfasser, sage, wer mit Nichtjuden mit Hunden Wild jagt, der wird die Freuden der Behemot und des Leviathan nicht sehen."[275] Das Anbinden von kleinen Hunden oder Falken am Sattel des Pferdes, um zu jagen, ist nach Ansicht des R. Efraim b. Isak verboten. Ich (I. O. S.) sehe darin keine Übertretung des Verbotes.[276] Wenn der Hund neben dem Pferde angebunden herläuft, könnte man von einer Übertretung reden. Das Sitzen des Hundes auf dem Rücken des Pferdes ist nicht verboten.[277]

i) *Bilderverbot in der Synagoge:* Das biblische Verbot „Du sollst dir kein Abbild machen," geht aber nicht so weit, daß jede Abbildung in der Synagoge verboten ist. I. O. S. berichtet: Es ist erlaubt, in einer Synagoge zu beten, wo auf dem Almemor oder auf dem Beschneidungsstuhle Decken liegen, welche mit Vogel-, Fisch- oder Pferdegestalten bestickt sind. Als ich (I. O. S.) in Meißen war, sah ich dort die Synagoge mit verschiedenen Tier- und Baumabbildungen bemalt.[278]

j) *Eheschließung:* Die Ehe wurde in der Regel durch einen Vermittler zustande gebracht, der dafür bezahlt wurde. „Es hat sich zugetragen bei einer Frau, die dem X gelobte, wenn er Y dazu bewegen würde, sie zu heiraten, werde sie ihm dafür 40 Denare geben."[279] Die Frau brachte eine Mitgift in die Ehe, die nicht selten zum Streite Anlaß gab. „Lea behauptet, ihr Mann verberge vor ihr seinen Besitz. Sie hat Zeugen, daß sie ihm soundsoviel Mitgift in die Ehe mitgebracht hat, die er wirklich in barem besitzt. Sie will, daß er ihre Mitgift nicht berühre, und nun behauptet sie, er verberge seinen Besitz vor ihr, damit sie keine Möglichkeit habe, die im Ehekontrakt festgesetzte Summe anzufordern und einmal zu bekommen."[280] Der Hochzeit ging die Verlobung voraus. Bei der Verlobung wurde „Reismais" (Arreschmen), Reugeld oder Strafgeld, bestimmt, für denjenigen Teil, der das Verlöbnis rückgängig macht.[281] Die Verlobung war aber in vielen Fällen eine Angelobung durch Ring oder einen andern Wertgegenstand. „Baruch, Sohn des Hosea, erscheint vor dem Bet-Din und sagt, daß er die Blonda, Tochter seines Oheims,

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

sich angelobt habe; er legte eine Bescheinigung vor, welche die Unterschrift zweier Zeugen trug. Diese Urkunde lautete: Vor uns Gefertigten, Freitag 6 Tage im Monate Kislew, im Jahre 5000 der Weltschöpfung (1239/40), hat Baruch, Sohn des Hosea, durch Übergabe von vier großen Äpfeln, Blonda, die Tochter des Asarja, sich angeheiligt (angelobt) und jene sollten Zeugen sein. Sie war einverstanden, sagte „ja" und er sprach: „Mögest du mir angeheiligt sein durch (das Geschenk) diese Äpfel, nach dem Gesetze Moses und Israels." Er legte diese in ihre Hand. Ihr seid Zeugen, daß sie diese angenommen habe. Die Angelobung bezeugen: Elia, Sohn Josefs, Moses, Sohn Israels. Das ist der Inhalt der Urkunde. Wir wissen aber nicht, ob die Unterschriften echt sind. Später gestand Baruch vor der ganzen Gemeinde, daß alles Lüge sei, die Urkunde sei ein Falsifikat; sein Vater habe ihm diese übergeben; auch sein Vater gestand dies zu. Wir ließen die Zeugen vorladen und sie sagten: „Dies ist nicht unsere Unterschrift." Wir verglichen diese mit der vor uns gemachten Unterschrift und konnten keine völlige Ähnlichkeit herausfinden. Auch der Vater des Mädchens sagte aus, daß seine Tochter dem Baruch nie angelobt wurde. Auch das Mädchen selbst hat bestätigt, daß sie sich dem Baruch nie angelobt hat. Das Bet-Din von Prag,[282] Mantua, Verona hat bekannt gegeben, wer von nahe oder ferne, die Unterschrift der Zeugen kennt, soll darüber aussagen; doch es hat sich niemand gemeldet. Der langen Rede kurzer Sinn, wir haben untersucht, viel nachgefragt und fanden weder in Prag noch in Mantua, Verona oder in Civitale[283] jemanden, der die Unterschrift kennt. Nur der Bruder des Elia sagte aus, daß er die Unterschrift als die seines Bruders erkenne." Zuweilen wurde die Angelobung auch durch einen Stellvertreter vollzogen.[284] Eine solche Angelobung mußte durch Scheidebrief getrennt werden.[285] Ein solcher interessanter Fall aus Jarka (Slowakei) wird in einem Responsum des I. O. S. erzählt: Der Sohn eines Juden, der in Jarka wohnte, war der Tochter eines Mannes, der in Nitra wohnte, versprochen. Hierauf schickte die Mutter des Jünglings aus Jarka dem Mädchen einen Gürtel durch X zum Geschenke. Der Jüngling schickte durch denselben X einen Ring, um sie sich angeloben zu lassen. Als X nach Nitra kam, im Hause des Y zu Gaste war, da ging Y, holte von der Straße zwei Männer und führte diese in das Haus des Mädchens. Auch Y ging mit ihnen. Als sie alle, X, der Abgesandte aus Jarka, Y und die zwei Männer von der Straße in das Haus des Mädchens kamen, hatte Y den Gürtel in der Hand, den die Mutter des Jünglings geschickt hatte, auch der Ring, den der Jüngling zur Angelobung geschickt hatte, war in seiner Hand. In der Hand des X, des Boten aus Jarka, sah man nichts. Und Y sagte zu der Versprochenen: „Hier ist der Gürtel, den die Mutter des Jünglings schickt." Sie wollte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ihn nicht in Empfang nehmen, bedeckte ihr Anlitz und wollte nicht darauf schauen. Eine andere Frau, die neben ihr stand, nahm den Gürtel in Empfang aus der Hand des Y. Dann nahm Y den Ring und sprach: „Das ist der Ring, den dir der Jüngling geschickt hat, um dich ihm anzugeloben." Sie antwortete nicht, sondern bedeckte ihr Anlitz, um nicht auf sie zu blicken. Die Frau, die neben ihr stand, nahm den Ring aus der Hand des Y, wie sie den Gürtel genommen hatte. Es hat aber niemand gehört, daß sie dem Y gesagt hätte, ihn ihr in die Hand zu geben. Einer der zwei Männer von der Straße erzählte dies, der zweite ist schon gestorben. Auch Y schilderte den Vorgang in gleicher Form. Auf Grund dieser Schilderung erzählte man in ihrer Stadt und in anderen Städten, sie sei dem Jüngling aus Jarka angelobt.[286] Die Hochzeit (Chupa = Trauungszelt) und das Hochzeitsmahl war später. Bei der Eheschließung und beim Festmahle, aber auch während der sieben Mahlzeittage wurden die sieben Segenssprüche gesprochen.[287] Wenn Bräutigam und Braut das Hochzeitshaus verlassen, beide in einen anderen Ort gehen, dann werden während der Festwoche die sieben Segenssprüche nicht gesagt. Es ist einmal geschehen, daß das Brautpaar außerhalb des Hochzeitshauses speiste, da verbot I. O. S. das Sprechen der sieben Segenssprüche.[288] „Du fragtest wegen eines Mannes, der seit drei Jahren verheiratet ist und sich seinen ehelichen Pflichten nicht unterziehen kann, ob man ihn zur Scheidung zwingen könne.[289] Du schriebst, man hätte ihn gefesselt und ins Gefangenenhaus gesetzt, du hast mir aber nicht mitgeteilt, wie sich die Sache verhält und warum er den Koitus nicht ausüben kann. Ist er ein Verschnittener oder hat er eine andere Krankheit, eine Wunde auf dem Leibe? Oder ist er durch Zauberei gebunden? Oder gesund, nur hat er sich der Ausübung der ehelichen Pflichten enthalten, weil er sie nicht bezwingen kann? Ähnliche Fälle finden sich ja häufig."[290]

k) *Polygamie:* Mein Lehrer R. Elieser aus Metz erlaubte einem Manne, der die Leviratsehe eingehen wollte, zwei Frauen zu heiraten. Das Verbot des R. Gerson, zwei Frauen zu heiraten, findet in diesem Falle keine Anwendung, denn es kann gegen ein biblisches Gesetz nicht Platz greifen.[291] Wenn der Schwager die kinderlose Schwägerin heiraten will, beide darin einig sind, so verbietet man es ihnen nicht.[292] Ein Mann wollte sich von seiner Frau scheiden lassen und wollte die kinderlose Schwägerin heiraten. Simson b. Abraham meint, das ist fast Blutschande und es scheint ihm beinahe unglaublich, daß die Großen im Reiche dies zulassen werden. Wer dies tut, weicht vom Wege Israels ab und verdient, daß man ihn in allen israelitischen Landen in den Bann legt.[293] Ein kinderloser Mann gab seiner Frau, während schwerer Krankheit einen Scheidebrief, damit sie nicht nach seinem Tode zur Levirats-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ehe gezwungen würde. Der Mann starb. O. S. entschied, die Frau dürfe nicht die gesetzliche Trauer nach dem Mann halten, der Verstorbene dürfe nicht mehr als ihr Mann gelten, sonst bringt sie den Scheidebrief in Verruf und raubt ihm die Gesetzeskraft.[294]

l) *Armenwesen:* Es ist Brauch in allen Gemeinden, einen Almosenkassier einzusetzen. Meiner Ansicht nach soll man in allen Gemeinden zwei Almosenkassiere bestellen. In unserer Zeit ist es Brauch, daß man aus der Armenkassa die Bedürfnisse der Gemeinde deckt.[295] I. O. S. ist der Ansicht, daß man Armengelder nutzbringend anlegen soll und auf Zinsen verleihen darf. Sein Lehrer R. Eliezer b. Joel ha-Levi verbot dies.[296] Es hat sich zugetragen, daß ein Wohltäter einen Teil seines Besitzes der Armenkassa vermachte. Später verarmten seine Verwandten und meine Lehrer in Böhmen, die im Eden ruhen, waren der Ansicht, man soll ihnen das Legat übergeben. I. O. S. ist aber der Ansicht, selbst wenn der Erblasser gewußt hätte, daß seine Verwandten verarmen würden, hätte er zu jener Zeit das Legat dennoch nicht für seine Verwandten bestimmt. Er wollte zu jener Zeit durch diese Spende für sein Seelenheil Sorge tragen. Durch seine reichen Verwandten konnte er dies zu jener Zeit nicht erreichen (da sie auf das Geld nicht angewiesen waren), deshalb haben die Verwandten auf dieses Geld nicht mehr Anrecht als die anderen Armen.[297] Wenn in einer Stadt infolge von Hungersnot, wegen Einbruchs wilder Tiere oder wegen Taufzwangs beschlossen wurde, Fasttage auszurufen und Sammlungen für wohltätige Zwecke zu veranstalten, um durch Buße, Gebet und Wohltun das böse Verhängnis aufzuheben, so müssen die gesammelten Beträge dem Kassier der Stadt übergeben werden, damit niemand in den Verdacht komme, diese für sich zu verwenden. Wenn ein „Gelehrter der Stadt" lebt, so muß er beteilt werden.[298] Die Fremden, die sich in der Stadt aufhalten, müssen auch dazu beitragen und können die gespendeten Beträge nicht für die Armen ihrer Stadt reklamieren. Die Fremden aus den kleinen Ortschaften, die alljährlich am Neujahrstage und Versöhnungstage in die Gemeinde kommen, dort für die Seelen der Verstorbenen Spenden geloben, dürfen diese in ihre Heimat mitnehmen und für die Ortsarmen verwenden, denn diese Spenden wurden nicht wegen eines bösen Verhängnisses, sondern regelmäßig gelobt, weil das so Brauch ist.[299]

m) *Gemeindebeamte:* Die Schullehrer erscheinen bei I. O. S. nicht als Gemeindebeamte; jeder einzelne mußte für den Unterricht und für die Erziehung seiner Kinder selbst sorgen.[300] Betreffs des „Gelehrten der Stadt" (Chawer ir), der sich mit Gemeindeangelegenheiten beschäftigt, siehe oben Armenwesen. Der „Raw sch'ebeir" (der Stadtrabbiner) ist I. O. S. aus Frankreich bekannt.[301] „Wenn ein Weiser, den man

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

jetzt „Raw" (Rabbiner) nennt, stirbt, da müssen alle zum Zeichen der Trauer die Kleider zerreißen."[302] Doch damit ist nicht erwiesen, daß er festbesoldeter Gemeindebeamte war. Bezahlter Beamte ist nur der Vorsänger (Chasan) oder „schliach Zibur" (= der Abgesandte der Gemeinde[303]). Die Vorsänger waren auch Schächter; sie bekamen gewisse Fleischteile als Schlachtgebühr.[304] I. O. S. tritt dafür ein, daß der Sohn dem Vater im Amte des Vorsängers folgen soll. In Magdeburg starb der Vorsänger R. Jakob. Da er einen Sohn hinterließ, der sich mit dem Torastudium beschäftigte und würdig war,[305] an die Stelle seines Vaters zu treten, ergriff I. O. S. für ihn Partei.[306] R. Jehuda der Fromme war ein Gegner besoldeter Vorsänger, ist aber der Ansicht, wenn er bezahlt werden muß, dann aus der Gemeindekasse.[307] Den Gemeindemitgliedern aber Lasten aufzuerlegen, durch Spenden bei Hochzeitsmählern, am Torafreuden- und Losfeste ist nicht gestattet. Elieser aus Böhmen[308] trat ihm scharf entgegen und erwiderte: Wenn du die freiwilligen Spenden für den Vorsänger verbieten willst, was soll dann in Polen, Rußland[309] und Ungarn geschehen, dort gibt es keine Schriftgelehrten, da sie durch ihre gedrückte Lebenslage sich dem Torastudium nicht widmen können. Sie müssen einen kundigen Mann bestellen, wie sie ihn gerade finden, er muß als Vorsänger, Lehrer für Kinder und Religionsweiser fungieren und dessen Einnahmen bestehen aus freiwilligen Spenden. Wenn man ihnen dies verbietet, so würde der feststehende Lohn zur Erhaltung nicht ausreichen. Die Gemeinden müßten dahinschwinden, denn sie würden ohne Lehrer, ohne Gebet und ohne Religionsweiser bleiben. Und selbst wenn du deine Worte zurückziehen würdest, so fürchte ich, daß deine früheren Worte schon großen Anklang gefunden und dadurch Schaden angerichtet haben.[310] Auch für die Bitte um göttlichen Segen (hebr. mi scheberach) für den zur Tora Gerufenen, erhielt der Vorsänger Spenden. I. O. S. kann das nur dann gutheißen, wenn der Vorsänger ein armer Mann ist.[311] Der Gemeindediener wurde (Chasan ha-Kneses[312]) Sänger der Synagoge genannt. Dieser nahm die Bannverkündigung[313] vor und war auch der Schulklopfer, der die Gemeindemitglieder in die Synagoge rief und den Eingang des Sabbat ankündigte.[314]

n) *Geschichtsquellen:* Von geschichtlichen Nachrichten finden wir bei I. O. S. solche über den Krieg zwischen Philipp v. Schwaben und Otto IV.[315] (1198), die Judenverfolgung von Frankfurt im Jahre 1241.[316] I. O. S. ist die älteste Quelle, welche R. Amon aus Mainz als Verfasser des Gebetstückes „Untane Tokef" anführt.[317]

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ANMERKUNGEN ZUR EINLEITUNG

[1] Verfasser dieser Skizze verweist nicht immer auf die Autoren, aus welchen er geschöpft hat, weil sie ja zur Genüge bekannt sind und im Verzeichnis der benützten Literatur angeführt werden.

[2] Wörtlich „ausgestreutes Licht". Die Wahl dieses Ausdruckes als Titel wird in der Einleitung mystisch gedeutet. Der Ausdruck ist Psalm 97, 11 entnommen. Die Endbuchstaben der sechs Worte ergeben R A Q I B H, der Name des für die talmudische Tradition bedeutenden Lehrers R. Aqiba; dahin werden diese Worte gedeutet.

[3] I, 779 unterfertigt er sich in einem Gutachten: Isaak, Sohn des Mose, Sohnes des Isaak (Sohnes des Schalom). Über seinen Vater finden wir in seinem Werke keine näheren Angaben. Gastfreund, „Die Wiener Rabbinen", S. 10, stellt die Behauptung auf, der Vater des Isaak Or Sarua stamme aus Köln und verweist auf O. S, I, 366, doch ist weder dort, noch sonst irgendwo eine Stütze dafür zu finden. Die in der Oxforder Handschrift fol. 73b, Col. 4, stehende Unterschrift Moses b. Isaak ist wohl ein Schreibfehler, wie aus O. S. II, 33, wo dieses Responsum aufgenommen ist, hervorgeht.

[4] III, Babba Batra, 176, 177 folgt die Antwort des Kalonymos ben Juda. Auch in den Responsen des Chajjim Or Sarua 167, S. 56.

[5] IV, 203, S. 55.

[6] I, 779, S. 231 und andere Stellen.

[7] I, 707, S. 199, II, 53, S. 23, Cod. fol. 75, Col. 1, Kap. 120.

[8] II, 107, S. 53, Mordechai, Moed Katan, § 825.

[9] II, 388, S. 159.

[10] I, 366, S. 101, dort heißt es Budun, die slawische Benennung für Ofen, ungarisch Buda.

[11] Ebenda, Ostrigon, slawische Benennung für Gran (Strigonium), ungarisch Esztergom.

[12] I, 762, S. 225. Dort scheint er auch die Schlußredaktion seines Werkes nach mehrfacher Bearbeitung vorgenommen zu haben, doch wurden gewisse Partien noch nach dem Tode des Verfassers in das Werk aufgenommen, weil ja doch eine ganze Reihe von Responsen die Aufschrift trägt: „Responsum des Verfassers, sein Andenken sei zum Segen", u. a. I, 112, S. 40, 114, S. 41, Cod. fol. 70, col. 1, 72, col. 3, 75, col. 3, 77, col. 1; Mordechai, Babba Kamma III, §§ 175, 266, Babba Mezia III, § 292, IV, § 301, V, § 339, Megilla, III, Ende, Kidušin, I, 484, 523, Pessachim, § 567, Berachot, § 64, Tešubot Maimuni, Šoftim, Kap. 8; vgl. auch I, 406, S. 110; Hag. Ascheri Chulin III, 5/762, S. 225.

[13] I, 745, S. 208.

[14] I, 747, S. 213.

[15] IV, 107, S. 32; Tykocinski vertritt die gleiche Ansicht.

[16] Ebenda.

[17] I, S. 707, S. 199.

[18] Ihm folgt auch Schlössinger in der Jewish Encyclopaedia, S. 627. Die ganze Abhandlung über I. O. S. ist, sowohl was Daten, als auch was Personen anbelangt, sehr fehlerhaft. Auch Ozar Jisrael (hebr. Enzyklopädie) folgt in der Darstellung Groß.

[19] Seine Annahme, man könne das Geburtsdatum noch vor 1180 ansetzen, ist abzulehnen, da das Gutachten des Joel b. Isaak an Efraim b. Isaak, auf das er sich stützt, wobei er den daselbst genannten Isaak b. Moses mit Isaak Or Sarua identifiziert, aus inneren Gründen nicht herangezogen werden kann, abgesehen davon, daß Efraim b. Isaak bereits 1175 nicht mehr am Leben war. Der Ansicht Tykocinskis, I. O. S. sei 1180 geboren, folgen Freimann, Jüd. Lexikon, ebenso Jüd. Enzyklopädie und Hebr. Eschkol-Enzyklopädie, Dubnow, Bd. V, S. 191.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[20] Responsen Meir b. Baruch, Ausgabe Cremona, Kap. 7; vgl. auch O. S. I, 750, S. 214, wo er seinem Schwiegersohne schreibt, der bereits eine heiratsfähige Tochter hatte.

[21] Unter Sachsen ist Sachsen-Wittenberg zu verstehen.

[22] Geht aus Itinerarium des Benjamin von Tudela hervor; vgl. Ausgabe Lemberg, am Ende. Auch bei den Deutschen wurden die Slawen Sklaven genannt.

[23] I, 113, S. 40. Responsum des Elieser b. Isaak aus Böhmen an Jehuda den „Frommen".

[24] Benjamin von Tudela, Ausgabe Asher (die mir leider nicht zugänglich war; ich zitiere nach Harkavy, Die Juden in den slawischen Ländern, S. 24. Dieser Meinung ist auch Vogelstein).

[25] I, 481, S. 141; vgl. I, 762, S. 225, 406, S. 110, Hagahot Ašeri, Chulin, Abschn. 3, § 8.

[26] Vgl. weiter unter Bräuche und Sitten.

[27] II, 432, S. 177.

[28] I, 712, S. 200 (wo es allerdings zweifelhaft ist, ob es Worte des Or Sarua oder seines Gewährmannes sind); vgl. Hag. Ascheri, Gitin, Kap. II, § 7, wo diese Stelle zitiert wird und das „unser" fehlt; ferner II, 320, S. 138.

[29] II, 34, S. 16, 40, S. 18. Er führt mehr als fünfzig slawische Wörter an, die nach Groß auf Böhmen hinweisen. Wellesz nimmt an, er habe das Werk für die in slawischen Ländern wohnenden Juden geschrieben; vgl. dagegen Vogelstein.

[30] II, 42 und 149, IV, 271, S. 71. Daß Böhmen sein Geburtsland, zumindest aber das Land war, in welchem er seine Jugend verlebte, ist auch die Ansicht Tykocinskis. Vgl. dagegen Wellesz, welcher meint, daß Sachsen, u. zw. Meißen als seine Heimat anzusehen ist. Er begründet dies mit der Erzählung von den Tiergestalten, die im O. S. IV, S. 55, § 203, angeführt wird, die Isaak Or Sarua als Knabe in der Synagoge von Meißen gesehen habe. Abgesehen davon, daß Parallelüberlieferungen ganz anders lauten, steht auch an der zitierten Stelle nichts vom „Sehen", sondern ist nur ein bloßer kurzer Bericht einer Tatsache.

[31] Cod. fol. 63, col. 4, 73, col. 3, I, 11, S. 22, II, 42, S. 18, 89, S. 47, 281, S. 29, IV, Aboda Sara, 200, S. 44; Mordechai, Berachot, § 19. Nach Groß soll er in Speyer geboren sein.

[32] Cod. fol. 74, col. 1, 84, col. 4, II, 63, S. 30, IV, Aboda Sara, 299, S. 79.

[33] I, 779, S. 231, II, 8, S. 6, 60, S. 28, 239, S. 110, III, Babba Mezia, 202, S. 58, IV, Aboda Sara, 179, S. 49, 269, S. 69; Aboda Sara 159, S. 44, ist Isaak b. Juda in Juda b. Isaak zu emendieren, wie aus Hag. Ascheri, Aboda Sara, II, 13 hervorgeht; Mordechai, Pessachim § 577. Nach Groß soll er um 1160 geboren sein. Vgl. Michael Or Hachajjim, S. 449. Er wird oft mit Juda dem Frommen verwechselt.

[34] Cod. fol. 48, col. 2, 53, col. 3, 56, col. 2, 73, col. 3, I, 422, S. 122, 429, S. 128, 779, S. 231, II, 34, S. 16, 358, S. 150, IV, Aboda Sara, 176, S. 49, Hag. Ascheri Chul. III, 12. Seine besondere religionsgesetzliche Zuverlässigkeit wird an folgenden Stellen hervorgehoben: II, 36, S. 16, 421, S. 171, Hagahot Ascheri, Moed Katan III, 127.

[35] III, Babba Mezia, 9, S. 4.

[36] II, 107, S. 53; Mordechai Moed Katan, § 825, wo erwähnt wird, daß Meir von Rothenburg sein Schüler war; das muß noch vor 1235, dem Todestag des Elieser b. Joel, gewesen sein; geg. Wellesz.

[37] I, 779, S. 231, IV, Aboda Sara 176, S. 49.

[38] Cod. fol. 75, col. 1, 84, col. 2, I, 482, S. 141, 760, S. 224, 762, S. 225, 776, 777, S. 230, II, 89, S. 46, 188, S. 159, Aboda Sara, 168, S. 47, 270, 271, S. 71, Mordechai Beza § 675. Er wird oft mit Simcha von Vitry verwechselt.

[39] II, 233, S. 110, III, Babba Mezia, S. 2.

[40] War aus Würzburg. Wellesz polemisiert gegen Zunz, der sein Wirken um das Jahr 1240 ansetzt.

[41] Um 1220. III, Babba Mezia, 134, S. 38, Mordechai, Babba Mezia, III, § 281.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

[42] Oft von Mordechai zitiert.

[43] Nach dem Berichte des letzten Besitzers gehörte die Handschrift dem Rabbiner von Frankfurt a. O. Saul Hirschel, Herausgeber der heiß umstrittenen Sammlung von Rechtsgutachten „Bessamim Roš"; die Handschrift sollte in eine Stadt übers Meer gesandt werden, doch ging das Schiff unter; das Manuskript wurde bis Friesland (?) fortgeschwemmt, wo es von einem Fischer gefunden wurde, der es verkaufte. Schließlich ging die Handschrift in den Besitz des Bruders von Akiba Lehren über, nach dem Tode des Bruders erbte sie der letztere. Aus diesen mannigfachen Schicksalen erklären sich die teilweisen Beschädigungen und Defekte der Handschrift.

[44] Geb. 1040 in Troyes, studierte in Worms bei Jakob b. Jaqir und Isaak ha-Levi und in Mainz bei Isaak b. Juda. Er ist der populärste Bibel- und Talmuderklärer, da seine klare, lichtvolle Darstellung auch der schwierigsten Stellen allgemein Anklang fand. Er starb um 1105 (war Zeitgenosse des 1. Kreuzzuges).

[45] Wörtlich Zusätze. Der literarische Niederschlag einer talmudischen Lehrrichtung, die auf Grund des Kommentars von Jizchaki für jede einzelne Materie den gesamten talmudischen Stoff in Beziehung setzte, wobei die sich ergebenden Widersprüche unter Anwendung großen Scharfsinnes gelöst wurden. Die bedeutendsten sind: Jizchakis Enkel: Jakob Tam (1100—1171) und Samuel b. Meir; ferner Isaak b. Samuel, auch Isaak der Ältere genannt.

[46] Tykocinski rechnet auch Mordechai b. Hillel zu seinen Schülern, doch sind die von ihm angeführten Beweise nicht stichhältig.

[47] Der Titel des Werkes wurde zum Familiennamen. Chajjim war Schüler des Meir von Rothenburg. Einer seiner Lehrer war ein Salomon von Prag. Dieser ist nach Wellesz mit Salomon b. Machir identisch.

[48] I, 746, 749, S. 212, 750, S. 215.

ANMERKUNGEN ZUM KAPITEL: „BESCHÄFTIGUNG DER JUDEN."

[49] Ex. 22, 24, Lev. 25, 36, Deuter. 23, 20.

[50] Sefer Chasidim, S. 20, Nr. 808.

[51] I. O. S. III, S. 59, § 208 (zu Tr. Babba Mezia) bemerkt: „Es ist Ansicht Einzelner, daß jedem, der kein Gelehrter ist, verboten ist, einem Nichtjuden Geld auf Zinsen zu leihen, selbst nicht, um sein Dasein zu fristen. Isak b. Samuel gestattet das Zinsennehmen von Nichtjuden, denn wir nehmen nur das, was wir zur Fristung unseres Daseins nötig haben; wir wissen auch nicht, wieviel Steuer der König von uns fordern wird. Zur Zeit der Weisen (des Talmuds), in welcher eine große Anzahl Juden in einem Orte lebten, konnte sich einer vom andern durch Warenhandel und andere Dinge ernähren, so wie dieses jetzt zwischen uns und den Nichtjuden der Fall ist, zu jener Zeit war das Zinsennehmen auch von Nichtjuden verboten. Uns aber, die auch andere Waren mit den Nichtjuden handeln müssen, selbst auf die Gefahr hin, von ihren Taten abzulernen, ist auch das Zinsennehmen erlaubt."

[52] I. O. S. III, S. 59, § 208: „Es ist bereits in allen Gemeinden der Brauch, daß man den Andersgläubigen Geld auf Zinsen leiht, selbst wenn man mehr hat als man für die Fristung seines Daseins benötigt. So schreibt auch mein Lehrer Abi ha-Esri: „Da in unserer Zeit so viele harte Bestimmungen über uns verhängt werden und große Summe nötig sind, um sie, die Machthaber zu bestechen, so brauchen wir alles für unseren Lebensunterhalt."

[53] Dieses Responsum wird auch im Mordechai Jebamot, am Ende des Abschnittes 16 erwähnt. Das im O. S. fehlende Wort „Zarfat" (Frankreich), welches aus der Responsensammlung von Müller, Réponses, faites par des célèbres rabins Français et Lorrains S. 59, zu ergänzen ist, gibt uns über die Zeit des Geschehens Auskunft. Im Jahre 1006 belagerte der Markgraf Balduin aus Flandern die Stadt Valenciennes. Er eroberte sie und wollte das ganze Land Burgund in Besitz nehmen. Kaiser Rudolf III. aus Burgund war kinderlos, vererbte sein Reich dem deutschen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kaiser Heinrich II, dem Sohne seiner Schwester. Heinrich schloß mit König Robert aus Frankreich ein Bündnis, sie belagerten Valenciennes, konnten es aber nicht besiegen. Auch der Fürst der Normandie bot sich ihnen an, sie konnten aber ihr Ziel nicht erreichen. Erst im Jahre 1007 gelang es Heinrich, Balduin zur Zurückgabe der Stadt Valenciennes zu zwingen.

[54] Hebr. Marufia. Für das Wort selbst gibt es verschiedene Erklärungen, Müller l. c. S. 37, will es aus dem französischen mire-fler ableiten, die Bewilligung eines Fürsten oder Stammherrn an einen Juden, daß er nur dessen Geschäfte tätigt und daraus Nutzen zieht; Brüll Jahrb. f. Gesch. und Literatur VII, 94 erklärt es aus dem syrischen orpana = Tauschgeschäfte. Nach Rappaport, Vorwort zu den RGA. der Geonim, 16, stammt es aus dem arabischen und bedeutet „Bekanntschaft", feste Kundschaft.

[55] R. Gerschon entscheidet, die Frau dürfe nicht heiraten, bis die Sache geklärt ist, da die Zeugen einander widersprechen.

[56] Ein Jude ist einem Nichtjuden Geld schuldig, der Nichtjude drängt auf Zahlung und der Jude übergibt ihm ein Pfand, damit er sich darauf Geld ausleihe von wem er wolle, s. O. S. III, Babba Mezia, S. 61, § 215.

[57] O. S. III, Babba Mezia, S. 61, § 214. Über das Marufia-Wesen vgl. oben Anm. 54.

[58] O. S. III, Babba Mezia, S. 61, § 215.

[59] O. S. III, Babba Mezia, S. 8, § 28: In Deutschland hat man in den Halbfeiertagen einem Nichtjuden nicht Geld auf Zinsen geliehen, dem Marufia durfte man in den Halbfeiertagen Darlehen ohne Zinsen geben. In der Woche, in welche die Feiertage fallen, behält er das Geld länger und er soll es von da an verzinsen. Auch darf ein Pfand genommen werden auf ein Darlehen, welches erst nach dem Feste gegeben wird, Hag. Ascheri, Moed. Katan, Absch. 1, § 24 im Namen des Or Sarua; vgl. Hagahot Mordechai Absch. 1, § 440.

[60] O. S. I, S. 227, § 771. In § 772 entscheidet O. S., daß das Darlehen auf Gewinnanteil halb Darlehen, zur Hälfte aber auch anvertrautes, zur Aufbewahrung übergebenes Gut ist, der Entlehner daher für den Schaden verantwortlich ist. Dahingegen entscheidet O. S. bei zur Verwahrung übergebenem Gelde in einem ähnlichen Falle folgendermaßen: Vor mich, den Verfasser (des Werkes Or Sarua), kam vor 30 Jahren, als ich zwischen X und Y Richter war, folgende Angelegenheit: X klagte den Y, ich habe bei dir eine Mine, die ich dir durch meinen Boten von Böhmen nach Regensburg geschickt habe (zwischen den Juden von Böhmen und Regensburg herrschte bekanntlich ein besonders reger Verkehr). Y erwiderte: Ich habe sie dir durch deinen Boten zurückgeschickt. Da sagte X: „Meine Absicht war, sie soll bei dir verwahrt bleiben, bis ich nach Regensburg komme. Nun ist diese auf dem Wege verloren gegangen und du bist daher schuldig, mir diese zu ersetzen." Ich war der Ansicht, den Y zum Ersatze zu verpflichten, fragte aber meinen Lehrer R. Simcha und dieser entschied: Hat X den Y vorher von der Übersendung der Mine zur Aufbewahrung verständigt und Y gab seine Einwilligung dazu, dann ist er dafür verantwortlich, wenn diese bei der Rücksendung in Verlust geraten ist. Hat er ihn aber von der Zusendung nicht verständigt, dann hat X die Zusendung auf eigene Gefahr unternommen und bei Verweigerung der Annahme ist Y für den Schaden nicht verantwortlich zu machen, Or Sarua I, S. 199, § 707.

[61] O. S. I, S. 18.

[62] Vgl. O. S. III, Babba Kamma, S. 73, § 457, wo eine ähnliche Entscheidung überliefert wird.

[63] Selbst Vorhänge, die man an göttlich verehrte Bilder hängt, darf man ihnen verkaufen, weil man sie zuweilen dem König oder Fürsten hinten umhängt. So wie man sie ihnen verkaufen darf, kann man ihnen auch, aus dem angegebenen Grunde, Darlehen auf Ornate der Pfarrer und auf Mantelvorhänge geben. Auch den Kelch darf man ihnen verkaufen und darauf leihen, denn er dient nur zum Trinken für den Pfarrer zur Zeit seines Dienstes; vgl. O. S. IV, S. 56, § 209, Aboda Sara, S. 30, § 96.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[64] Als du in einem fernen Lande warst, habe ich deiner Frau auf Selichot (Bittgebete für Buß- und Feiertage) Geld geliehen. Heilige Bücher bei einem Nichtjuden zu verpfänden wurde von Juda dem Frommen verboten. Selbst wenn die Bücher beim Juden bleiben, soll er nicht zum Nichtjuden sagen, „leihe mir soundso viel auf die Bücher, lasse sie in meinem Kasten und nimm dir den Schlüssel dazu". (Hoffmann, l. c. Anhang 65, 67.)

[65] O. S. Babba Mezia, III, S. 103, § 304; vgl. noch Babba Batra, S. 43, § 142.

[66] Ein Jude hat einem Nichtjuden gegen monatliche Zinsen Geld geliehen. Das Pfand aber war das Doppelte des Darlehens wert. Später brauchte der Jude Geld, brachte daher das Pfand zu einem andern Juden und sagte zu ihm: „Soundso viel habe ich einem Nichtjuden auf das Pfand geliehen. Gib mir das Geld darauf, dafür soll dir das Pfand von nun an gehören. Das Pfand blieb beim zweiten Juden verfallen, da der Nichtjude es nicht einlöste. Die Frage ist nun, ob der erste Jude das Pfand einlösen und dem zweiten Juden Zinsen zahlen darf. O. S. III, Babba Mezia, S. 61, § 215.

[67] I. O. S. richtete diese Frage an seinen Lehrer R. Simcha. Nach Tykocinski soll dieser Fall sich in Wien zugetragen haben, doch ist sein Beweis nicht stichhältig.

[68] Einer verklagt seinen Nächsten: „Meine Sachen wären bei dir für den Wert von vier Mark verpfändet und ich habe diese bis auf eine halbe Mark eingelöst." Der Verklagte zeigte eine Urkunde vor, daß der Kläger seiner Frau folgende Vollmacht gab: Ich bevollmächtige dich und mache dich zur Verwalterin meiner Sachen, die ich bei X habe, damit du mit ihm Prozeß führen und ihn schwören lassen kannst. Ich mache dir dies alles vollkommen zum Geschenke und begebe mich jeden Rechtes, dies zu widerrufen. O. S. III, Babba Kamma, S. 47, § 300.

[69] O. S. II, S. 75, § 140, dort heißt es: Sie geben Ihnen Pschitin (Denare).

[70] O. S. II, S. 75, § 140.

[71] Beim Weinkaufe Anlegen eines Siegels, O. S. III, Tr. Babba Mezia, S. 65, § 230, 231.

[72] O. S. IV, S. 38, § 132, 133; vgl. auch Hag. Ascheri, Tr. Aboda Sara, Abschn. 1, § 17, namens des Or Sarua (vertritt die Ansicht des Talmuds.)

[73] Über das Tragen der Waffen am Sabbat siehe Kapitel Sitten und Bräuche.

[74] Geht aus dem Bericht des Reisenden Ibrahim Ibn Jakub hervor. Aus einer anderen Urkunde erfahren wir, daß Bayern Sklaven, Pferde und Wachs aus Böhmen bezog.

[75] O. S. I, S. 220, § 755, S. 221, § 756.

[76] Die Anfrage kam aus einem slawischen Lande, was der Name Obriš, Verkürzung von Abraham beweist.

[77] Bei Proselyten wird der Erzvater Abraham als Vater bezeichnet.

[78] Anfrage I. O. S. an Elieser b. Samuel und Jesaja, Sohn R. Mali di Trana.

[79] R. M. B. M. Hilchot Milah (Beschneidungsvorschriften), Abschn. 1, §§ 1 bis 3.

[80] Mordechai Tr. Jebamot, § 42, O. S. IV, S. 59, § 220, berichtet, daß in Deutschland der Brauch ist, daß die von Andersgläubigen gekauften Sklaven gleich nach ihrer Beschneidung und Untertauchen im rituellen Tauchbade als Juden betrachtet werden; vgl. noch O. S. II, S. 140, § 329. C. Bl. 70, Kol. 1.

[81] O. S. I, S. 196, § 694.

[82] Wellesz liest Fulda. Vielleicht ist Polen zu lesen; vgl. nächste Anmerkung.

[83] Nach Tykocinski identisch mit Przemysl in Galizien.

[84] Siehe Einleitung.

[85] In diesem Responsum wird Prag in der hebräischen Literatur zum ersten Male seit dem 11. Jahrhundert erwähnt. R. Jehuda ha-Kohen war ein Zeitgenosse des R. Gerson Meor ha-Gola.

[86] Es handelt sich um das biblische Gebot der Schwagerehe, Deuter. 25, 5.

[87] O. S. I, S. 223, § 758. Dieses Responsum ist leider verstümmelt, der Anfang wie auch der Respondent fehlt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[88] Wellesz indentifiziert es mit Irek, ein in der Nähe der Stadt Nitra gelegenes Dorf. Irek kommt noch in einem andern Responsum des I. O. S. I, S. 226, § 764, vor.

[89] Auch an anderen Stellen spricht I. O. S. noch von Sklaven und Sklavinnen. Or Sarua, Abschn. Trauergebräuche II, S. 173, heißt es, daß man in unserer Zeit während der siebentägigen Trauerzeit die Betten nicht umstürzen muß, denn unsere Sklaven könnten glauben, wir betreiben Zauberei.

[90] O. S. II, S. 1, § 2.

[91] O. S. I, S. 214, § 748, II, S. 112, § 247.

[92] O. S. I, S. 141, § 481. Wellesz ist der Ansicht, daß Ostrina korrumpiert sei, es dürfte aber slawisierte Bezeichnung für Österreich sein. Tykocinski liest Ostracha.

[93] Fische (Wassertiere), die keine Flossen und Schuppen haben, sind zum Genusse verboten. Lev. 11, 12.

[94] O. S. III, Babba Mezia, S. 22, § 71.

[95] O. S. Tr. Babba Mezia III, S. 73, § 262.

[96] Über das Aufteilen des Fleisches siehe O. S. II, S. 149, § 357. In Wien wird das Fleisch nach Gewicht verkauft: 1 Quart und ½ Quart und ¼ Quart (über das tschechische Quart-etwert vgl. Markon). Das Aufteilen des Fleisches wird durch das Werfen des Messers vorgenommen, es ist eine Art des Losens, welches die Richtung des Messers anzeigt. Die Fleischer schroten es auf der Straße aus. O. S. I, S. 215, § 762.

—

ANMERKUNGEN ZUM KAPITEL „GERICHTSBARKEIT"

[97] Es handelt sich nur um Zivilgerichtsbarkeit.

[98] Im Streitfalle zwischen Juden und Nichtjuden galten andere Bestimmungen.

[99] So zum Beispiel: Das Speyerer Privilegium vom Bischof Rüdiger (Huozmann) 1084, Heinrich IV. 1090, Herzog Friedrich von Österreich 1244, König Ottokar 1254, usw.

[100] Tr. Gittin 88b, Joma 86a, Choschen Mischpat 25, 26.

[101] Auf der Rabbinersynode in Mainz (1223) wurde dieser Beschluß erneuert.

[102] Dennoch kam es oft vor, daß Juden Kaufverträge bei nichtjüdischen Gerichten abschlossen. So behauptet ein Hausbesitzer, daß er das Haus bei einem nichtjüdischen Gerichte erworben habe, nun sind noch nicht drei Jahre verstrichen, seitdem er das Haus besitzt (nach talmudischem Rechte macht erst der ungestörte Besitz durch drei aufeinanderfolgende Jahre eine Besitzstörungsklage illusorisch). Der jetzige Besitzer zeigte aber den abgeschlossenen Kaufvertrag vor, der bei nichtjüdischem Gerichte abgefaßt wurde. Nun gelten ja vor ordentlichen, nichtjüdischen Gerichten abgefaßte Urkunden als legal. In diesem Falle handelt es sich um einen Vertrag, den ein Winkelschreiber abfaßt, der sich nichtjüdische Zeugen verschafft und Urkunden ausstellt. Es gibt auch Schreiber, die nicht glaubhaft sind. Solche Urkunden sind, wenn sie auch später zu Gericht kommen, als ungültig zu betrachten; siehe O. S. I, S. 198, § 705. Ein anderer Fall wird vom Hagahot Ascheri, im Namen des O. S. (Babba Batra, Abschn. 3, § 24) zitiert. Ein Nichtjude, der ein Haus in der Nachbarschaft des Juden X besaß, ließ Fenster (Öffnung), die in den Besitz des Juden führten, anfertigen. Nach drei Jahren verkaufte der Nichtjude das Haus dem Juden Y. X erhebt jetzt Protest gegen die Fenster. O. S. entscheidet, daß X recht hat, da er, als der Nichtjude die Fenster gemacht hat, nicht protestieren konnte, denn nach dem Gesetze des weltlichen Gerichtes steht einem jeden das Recht zu, Fenster, wenn sie auch in den Besitz des anderen führen, zu öffnen. Doch dieses Recht, das der Nichtjude erworben hat, kann man nicht auf den Juden X übertragen; vgl. noch O. S. III, Babba, Kamma, S. 1, §§ 2, 4, 5, 6.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

103 Wenn einer auf dem Wege geht, ein Räuber ihn verwundet und beraubt, der Räuber die Verwundung bei Gericht eingesteht, den Raub aber leugnet, geht das Urteil des nichtjüdischen Gerichtes dahin, daß der Verletzte zu schwören und der Angreifer zu zahlen hat. Wenn nun das geraubte Geld ein Darlehen des X an Y ist, dann muß Y dem X bezahlen und muß den Räuber belangen, d. h. dies von ihm fordern, denn das Urteil des Gerichtes ist anzuerkennen; O. S. I, S. 228, § 772, S. 227, § 771. O. S. III, S. 1: Wenn Juden und Nichtjuden bei nichtjüdischen Richtern Prozeß führen, die Richter dem jüdischen Rechte konform urteilen, so soll sich der Jude dem Urteile fügen; vgl. noch O. S. IV, Aboda Sara, S. 64, § 243, O. S. I, S. 229, § 774.

104 Dubnow: Weltgeschichte des jüdischen Volkes; Bd. 4, S. 326.

105 Tr. Nedarim 37a: „so wie ich, spricht Gott, ohne Entgelt gelehrt habe, so auch ihr." Über junge Leute, die aus der Fremde kommen, um sich dem Gesetzesstudium zu widmen, C. Bl. 73, Kol. 2, § 99. „Levi war sehr reich und hatte einen Sohn, der in ein anderes Land reiste, um Tora (das Gesetz) zu lernen." O. S. I, S. 225, § 762.

106 O. S. III, S. 59, § 208; vgl. auch Kapitel Beschäftigung der Juden.

107 Choschen Mischpat, Abschn. 9, Abs. 4; vgl. noch Tr. Ketubot 105a.

108 Tr. Sanhedrin 2a.

109 O. S. I, S. 199, § 707, siehe Einleitung.

110 O. S. IV, S. 2, § 5.

111 Die Wahl von Anwälten, Klagevertretern erscheint hier zum ersten Male, O. S. I, S. 230, § 775, Schluß.

112 O. S. I, S. 222, § 775, III, Babba Kamma, S. 47, § 300, S. 53, § 350, 351, S. 54, § 356.

113 O. S. I, S. 227, § 267.

114 Vgl. O. S. III, S. 62, § 413, Hag. Ascheri, Babba Kamma, Abschn. 9, § 18, C. Bl. 81, Kol. 1, § 182, dort heißt es „Prug", eine Benennung für Prag die sonst nirgends vorkommt; vgl. Tykocinski, MGWJ. 1919, S. 344, wo alle Namen für Prag aufgezählt sind. Der Prager Rabbiner, der diese Entscheidung traf, war Isaak b. Mordechai.

115 O. S. I, S. 225, § 762. Interessant ist die Darstellung über die Art und Weise des Häuserbaues in Wien im 13. Jahrhundert. Wie aus der Schilderung dort hervorgeht, war hinter den Häusern ein freier Platz, der als Hofraum benützt wurde. Es ist anzunehmen, daß auch vor dem Hause ein freier Platz war, welcher zum Auslegen der Ware benutzt wurde. Die Passanten sollen die Ware sehen und aufmerksam gemacht werden. Im Verlaufe der Abhandlung erfahren wir auch etwas über die Abortanlagen jener Zeit. Die Anlage bestand in einer gedeckten Grube zur Aufnahme der Fäkalien. Eine fensterartige (hebr. Chalon) Öffnung war unbedeckt, dort wurde die Notdurft verrichtet. Ob über dieser fensterartigen Öffnung eine Sitzgelegenheit war, ist aus dem Responsum nicht ersichtlich; vgl. noch Hagahot Ascheri, Moed Katan, Abschn. 2, § 46, im Namen des Or Sarua.

116 O. S., Baba Mezia, III, S. 51, § 181, vgl. noch S. 89, § 326, 327, C. Bl. 69, Kol. 1, 72, Kol. 3.

117 C. Bl. 48, Kol. 2, O. S. III, Babba Mezia, S. 68 und 69, §§ 242 bis 245.

118 Über die Todesarten, zu welchen das Hohe Gericht zu Jerusalem verurteilen konnte, vgl. Tr. Sanhedrin 49b ff., 75a ff. Die Todesstrafe kam in der Praxis nur selten vor, denn der Täter mußte in Gegenwart von Zeugen verwarnt werden und zur Antwort geben: „Ich weiß dies, vollführe die Tat dennoch."

119 Es ist auch zweifelhaft, ob die Juden im Mittelalter, die Privilegien besaßen, zu harten Strafen verurteilen konnten. Über Ausnahmsfälle berichtet Zimmels.

120 Deuter. 253, Tur Orach Chajim 607; Krauss, Talmudische Archäologie II, S. 87.

121 Siehe O. S. II, S. 150, dort heißt es: „Ich sah, wie mein Lehrer über jemanden die Geißelstrafe verhängte, weil er am Sabbat frischgebackenes Brot gegessen hat, welches ein Nichtjude am Sabbat gebacken hatte."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

122 Der Bannfluch hat drei Grade, Cherem ist der dritte Grad; vgl. Scherer.

123 Wenn in der Synagoge (der Ort der Gerichtsbarkeit war die Synagoge) der Bann verkündet wird, und zwar wegen einer Zeugenaussage, und der Synagogendiener ruft aus: „Wir verhängen den Bann, um durch eine Zeugenaussage die Wahrheit zu erfahren, wer in der Angelegenheit des N. N. etwas weiß, soll aussagen." sagt jemand: „Ich weiß nichts", so kann er später die Aussage nicht zurückziehen und sagen: „Ich habe vergessen und habe mich erst jetzt erinnert." Aber selbst wenn er nicht bekannte: „Ich weiß nicht", sondern nur geschwiegen hat, später aber doch aussagte, so darf man auf Grund seiner Aussage niemanden zu einer Zahlung verurteilen. Ist es ja doch zweifelhaft, ob sein Stillschweigen einem Ableugnen gleichkommt. Wer beim Bet-Din einmal leugnet, kann nicht mehr aussagen. So zum Beispiel wünscht jemand die Verkündung des Bannes in der Synagoge und er ist in der Synagoge anwesend und schweigt, wenn gesagt wird: „Über alle, die in der Synagoge anwesend sind, wird der Bann ausgesprochen, wegen dieser oder jener Angelegenheit", dann wird dieses Schweigen beim Bet-Din als Verleugnung betrachtet. Wird die Verkündigung aber nicht auf alle, die in der Synagoge anwesend sind, ausgedehnt, dann werden die nichtaussagenden Zeugen vom Banne nicht betroffen. O. S. im Hagahot Ascheri Trakt. Schebuot, Abschn. 4, § 15, O. S. I, S. 223, § 758.

124 Sieh oben Anm. 123. Hagahot Ascheri Tr. Schebuot, Abschn. 6, § 4, im Namen des Or Sarua, und Abschn. 4, § 1.

125 Wie bei jeder heiligen Handlung in der Synagoge; s. Orach Chajim Nr. 55.

126 Sieh Or Sarua im Hagahot Ascheri, Tr. Schebuot, Abschn. 6, § 2.

127 Hebr. „Makom", ein dem Raumbegriff entnommener Gottesnamen; wird in Genes. rab. 68 dahin erklärt: „weil Gott der Ort der Welt, die Welt aber nicht sein Ort ist", d. h. sein Wesen ist damit noch nicht begrenzt.

128 O. S. Hagahot Ascheri, Tr. Schebuot, Abschn. 6, § 2.

129 Wird ein Bann ausgesprochen, um glaubhafte Zeugen zu finden und sind Zeugen vorhanden, die jedoch verwandt sind und daher zur Zeugenschaft untauglich sind, dann müssen sie nicht aussagen; Hagahot Ascheri Tr. Schebuot, Abschn. 4, § 1, im Namen des Or Sarua.

130 Es hat sich zugetragen, daß Juden Glaubensgenossen ins Gefängnis warfen, um von ihnen etwas zu bekommen. Sie haben über diese Glaubensgenossen den Bann ausgesprochen. Dieser Bann ist ungültig. Sie haben den Bann gezwungen angenommen, um dadurch die Freiheit zu erlangen; Mordechai Trakt. Gittin, Abschn. 5, § 395.

131 Wegen der Kopfsteuer wurde ein Verbot ausgesprochen, daß sich niemand ohne Einwilligung der Gemeinde, an einem Orte ansiedeln dürfe. Wer dagegen handelt, den trifft der Bannstrahl. Einem Gelehrten kann das Wohnrecht nicht verweigert werden. Selbst wenn bereits ein anderer Gelehrter dort lebt. Es wird der Eifer erweckt, „wenn Gelehrte miteinander um die Gelehrsamkeit wetteifern, dies trägt zur Vermehrung der Weisheit bei". Der Bann der Gemeinden R., W., M. (Regensburg, Worms, Mainz) hatte den Gelehrten niemals gegolten. Wenn die Gemeinde den Bann, betreffs Ansiedlung, nach einem Jahre löst, dann bedarf es weiter (bei jedem einzelnen Fall) keiner Lösung, denn ein Gelübde, welches zum Teile gelöst ist, ist als gänzlich aufgehoben zu betrachten. O. S. im Hagahot Ascheri, Trakt. Babba Batra, Abschn. 1, § 12. — O. S. I, S. 41, § 115, bemerkt über das Wohnrecht: „Der Bann wegen der Ansiedlung wurde nur gegen Gewalthaber und Delatoren erlassen, welche keine Steuer leisten wollten und sich gegen die Einrichtungen der Gemeinden wenden, andere trifft der Bannstrahl nicht. Ich habe ein Responsum des R. Elieser aus Orleans gesehen, in welchem er schreibt, daß er diesen Ausspruch aus dem Munde des R. Jakob Tam gehört hat, als er die Synagoge zu Troyes verließ. Es ist auffallend, daß der Brauch vorherrscht, daß man auch solchen Männern die Ansiedlung verweigert, welche für die Gemeinde notwendig wären, die niemandem den Erwerb nehmen, so tat

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

man in Sodom. Wer dies tut, wird im Jenseits nie mit den wahrhaft Frommen vereint sein." Vgl. noch Kapitel Steuer.

[132] Dies wird als unerlaubte List betrachtet; siehe Hagahot Ascheri, Ketubot, Abschn. 7, § 4.

[133] O. S. I, S. 215, § 751.

[134] O. S. IV, Sanhedrin, S. 6, § 17.

[135] Hagahot Ascheri, Ketubot, Abschn. 7, § 4: „Frauen, welche Denunziantinnen sind, dadurch Schaden anrichten, den sie nicht bezahlen können, weil das, was die Frau erwirbt, Eigentum des Mannes ist, legt man in den Bann"; C. Bl. 42, Kol. 2.

[136] O. S., Babba Kamma, III, S. 29, § 198.

[137] O. S. im Hagahot Ascheri, Trakt. Schebuot, Abschn. 6, § 4.

[138] O. S. im Hagahot Ascheri, Trakt. Schebuot, Abschn. 6, § 4; O. S., Trakt. Schebuot (Ausgabe A. Freimann), S. 9.

[139] C. Bl. 47, Kol. 3. Die Stadt Mainz dehnt die Frist für die Rückgabe der Mitgift auf zwei Jahre aus, Bonn sogar auf drei Jahre, wenn sie im Hause des Vaters verpflegt wird; vgl. Hagahot Ascheri, Trakt. Ketubot, Abschn. 4, § 9; Mordechai Ketubot, Abschn. 4, § 155; Hagahot Maimuni, hilchot Ischot (Ehevorschriften), § 35, im Namen des Or Sarua.

[140] Bei einer Synode der Gemeinden wurde die Klage einer Frau vorgetragen, die seit Jahren mit einem Manne verheiratet ist, welcher zeugungsunfähig (impotent) ist. Nachdem er keine Bartspuren, aber auch keine Grübchen (Spuren von Bartausfall) aufweist, so ist anzunehmen, er sei ein Verschnittener (hebr. Soris). Sie beteuert, daß sie nie von ihm erbaut (befruchtet) werden kann und wer soll sie im Alter stützen, erhalten, nachdem sie weder Kinder noch Angehörige hat. Sie habe unsägliche Qualen durch ihn erlitten, es gehe nicht weiter. Wir haben Versöhnungsversuche gemacht, haben auch versucht, Frieden zu stiften, es war aber alles vergebens. Wir bemerken noch, daß auch Gebetsverhinderung stattgefunden hat; O. S. I, S. 180, 181, § 652. vgl. auch Zimmels, l. c., S. 42.

[141] C. Bl. 81, Kol. 2. Dieses Responsum ist für die Geschichte der Juden in Brünn von besonderer Bedeutung, hier wird Brünn zum ersten Male in der rabbinischen Literatur genannt. Aus dem C. ist nicht ersichtlich, wer der Fragesteller war. Auch der die Antwort erteilende Samuel b. Isaak ist an anderer Stelle in der rabbinischen Literatur nicht nachweisbar. Ob er mit dem bei Zunz (Literaturgeschichte der synagog. Poesie, S. 312) genannten Selichotdichter, der im 12. Jahrhundert lebte (siehe Germ. Jud., S. 201) oder mit dem bei Jakobsohn (Germ. Jud., S. 421) Genannten identisch ist, vermag ich nicht zu entscheiden. Nun zitiert Samuel b. Isaak eine Entscheidung im Namen des R. Jehuda ha-Kohen, des Verfassers des Sefer ha-Dinim, welcher ein Zeitgenosse des R. Gerson Meor ha-Gola (960 bis 1028) war. Und wenn wir auch die Zeit der Wirksamkeit des Samuel b. Isaak nicht feststellen können, weil er ja vielleicht nur aus dem Sefer ha-Dinim zitiert, ist doch das eine gewiß, dem Jehuda ha-Kohen waren die Verhältnisse in Böhmen nicht unbekannt; vgl. O. S. I, S. 196, § 694, und Kapitel Beschäftigung der Juden, Abschnitt Sklavenhandel.

[142] Sie warfen die Juden, bei denen das Feuer ausbrach, ins Feuer; Zimmels l. c. S. 10.

[143] O. S. II, S. 17, § 38, S. 79, § 149; IV, S. 7, § 24.

ANMERKUNGEN ZUM KAPITEL „STEUERN"

[144] Hagahot Ascheri, Erubin, Abschn. 4, § 6, im Namen des Or Sarua. Im Mordechai, Babba Mezia, Abschn. 8, § 376, wird im Namen des R. Meir von Rothenburg folgender Fall berichtet: „X borgte sich für kurze Zeit ein Buch bei Y aus. Im Hause des X brach ein Feuer aus, das Buch wurde verbrannt. X mußte fliehen, denn er hatte Angst, daß die Nichtjuden ihn ins Feuer werfen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

werden." Vgl. noch O. S. II, S. 17, § 38, S. 79, § 149, IV, S. 7, § 24. — In den Responsen des O. S. wird die Verfolgung von Frankfurt a. M. erwähnt, welche am 2. Mai 1241 stattfand. Im C. Bl. 66, Kol. 1, wird über das Blutbad von Koblenz berichtet, welches am 2. April 1265 ausbrach.

145 O. S. IV, Sanhedrin, S. 7, § 26.

146 O. S. III, Babba kamma, S. 74, § 460; Parallelstellen Mordechai, Babba Kamma, Abschn. 2, § 177; Responsen des Maimuni, Kinjan, § 1, 2. Im Hagahot Ascheri, Babba Batra, Abschn. 3, § 67, wird folgende Entscheidung getroffen: Befreite der König einen von der Steuer, weil er selbst darum ansuchte, so muß er den auf ihn entfallenden Teil an die Gemeinde abführen, geschah es aber spontan, ohne sein Ansuchen, so ist er von der Steuer befreit. Auf der Mainzer Rabbinersynode (1220) wurde beschlossen, daß auch diejenigen, welche von den Herrschern, infolge ihrer Beziehungen Steuerfreiheit erlangen, die Steuern mit den anderen zu zahlen haben.

147 Wahrscheinlich die Vorsteher der Prager Gemeinde; Tykocinski, Germ. Jud., S. 33, Anm. 59.

148 Alle, die in der Stadt wohnen, Handel treiben, werden als Gesellschafter betrachtet, auf allen lastet die Pflicht, die Steuer an den König und den Herrscher (Machthaber) der Stadt zu zahlen. O. S. III, Babba Kamma, S. 74, § 460.

149 Wenn der König außerordentliche Steuern anfordert und X bezahlt die Steuern, die von ihm eingefordert werden von fremdem Besitz, der in seinen Händen ist, usw. C. Bl. 39, Kol. 3, Bl. 81, Kol. 2; vgl. O. S., Babba Mezia III, S. 59, § 208, dort heißt es: „Die Steuer wird oft plötzlich erhöht, ist ja unbegrenzt."

150 Hagahot Ascheri, Babba Batra, Abschn. 1, § 26. Legt der Fürst den Bewohnern der Stadt eine Steuer auf und einzelne fliehen aus der Stadt, um sich der Steuer zu entziehen, so können sie von den anderen nicht zum Beitrage gezwungen werden. Kehren sie aber wieder zurück, so müssen sie bezahlen.

151 O. S. I, S. 215, §§ 750, 751. Das Responsum ist an seinen Schwiegersohn Samuel b. Sabbatai gerichtet.

152 O. S. I, S. 215, § 751, entscheidet: Wenn X unter Bannandrohung das Geld, (die Schuld) bei der Steuerangabe als uneinbringlich betrachtete, so ist er befreit, von dieser Schuld Steuer zu zahlen. Dachte er aber, die Schuld sei nur teilweise gut, so zahlt er nur von diesem Teil, er muß aber schwören, daß es sich so verhält, wie er angibt.

153 O. S. I, S. 215, § 751; vgl. III, Babba Kamma, S. 14, § 125.

154 C. Bl. 19, Kol. 2, heißt es: „Auch ein Beschäftigungsloser, der keinen Handel treibt, wenn er kein Wohnrecht besitzt, kann aus der Stadt verwiesen werden. Er hat von der Stadt gewisse Vorteile, kann günstige Einkäufe machen, trägt auch zur Verteuerung der Wohnungen bei."

155 Eine sehr interessante Entscheidung aus dem C. Bl. 12, Kol. 4, die unserer Zeit entspricht: „Ein Steuerrekurs hebt die Zahlung der vorgeschriebenen Steuer nicht auf."

156 C. Bl. 56, Kol. 2.

157 O. S. II, S. 113, § 255.

158 Hagahot Ascheri im Namen des Or Sarua, Moed Katan, Abschn. 3, § 26.

159 Siehe Gerichtsbarkeit, Anm. 131; vgl. Hagahot Ascheri im Namen des Or Sarua, Babba Batra, Abschn. 1, § 12, Ketubot, Abschn. 10, § 13, Moed Katan, Abschn. 3, § 57.

—

ANMERKUNGEN ZUM KAPITEL „ABERGLAUBE – VOLKSMEDIZIN"

160 Halacha = Norm, Gesetz.

161 Vgl. Einleitung. Schon die mystische Erklärung des Alphabets, die sich der Einleitung zu dem rituellen Kodex anschließt, ist Geist vom Geiste dieser Lehrer.

162 Hebr. nachasch, Deutr. 18, 10, geheime Kunst, Zauberei.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

163 Or Sarua II, S. 120, § 257.

164 Gaon = Excellencia, Titel für Gelehrte, welche die 60 Traktate beherrschen; der Zahlenwert des Wortes Gaon = 60.

165 Wortspiel, hebr. Rubja = vermehren.

166 Besitz war zu jener Zeit das Mittel, um die Gunst der Machthaber zu erreichen. Im Orach Chajim Nr. 583, § 1, wird noch ein anderer Grund angegeben: „damit sich unsere Verdienste mehren.

167 Wortspiel, hebr. Karsi = vernichten, verschwinden.

168 O. S. II, S. 18, § 42.

169 Sprüche 10, 7, Euphemie für Verstorbene.

170 Das jetzige květný bedeutet blumig. Vgl. Wellesz, MGWJ. 1904, S. 710.

171 Das heutige věnec = Kranz. Vgl. Markon, MGWJ. 1904, S. 712, Anm. 2; derselbe S. 718, 719.

172 Vgl. C. Bl. 69, Kol. 4; O. S. II, S. 19, § 42.

173 Später gilt im Volksmunde, daß man den Verstand einnäht und das Gedächtnis leidet, man vergißt leicht und soll daher etwas im Munde halten.

174 C. Bl. 83, Kol. 1. Wörtlich: dessen Blut ist auf seinem Kopfe = er habe einen Mord begangen.

175 Nach Wellesz, l. c. S. 140, ist der Stör gemeint.

176 Hebr. Lewiathan. Der Sage nach werden die Frommen nach Erscheinen des Erlösers den Lewiathan essen. Sieh Psalm 104, 26—27, Tal. Tr. Babba Batra 74, Aboda sara 3.

177 O. S. IV, S. 54, § 200; C. Bl. 73, Kol. 3; Parallelstelle Hagahot Ascheri, Aboda Sara, Abschn. 2, § 41, im Namen des Or Sarua.

178 C. Bl. 75, Kol. 3; O. S. II, S. 23, § 53. Alles, was als Kleidung und Schmuck getragen wird, kann in dieser Eigenschaft am Sabbat vom Privatbesitz in allgemeinen Besitz getragen werden, alles andere wird als Last betrachtet und darf nicht von besonderem Besitzkreis in den allgemeinen Besitzkreis und vom allgemeinen in den besonderen Besitzkreis getragen werden; sieh Schulchan Aruch Orach Chajim Nr. 345 ff.; Flesch MGWJ. 1930, S. 199, Anm. 4.

179 „Wenn jemand Augenschmerzen hat, ist die Frage, ob er diese am Sabbat besprechen lassen darf, d. h. ob dieses verboten ist, wie das Anwenden von Arzneimitteln am Sabbat, weil das Stoßen der Gewürze am Sabbat verboten ist, oder ist dies erlaubt, weil ja nur besprochen und über die schmerzhaften Stellen gestrichen wird, wie dies von den Frauen zu geschehen pflegt. R. Abigdor erlaubte es, er bezeugte auch, daß R. Simcha aus Speyer einmal Augenschmerzen hatte, eine Frau lehrte ihn das ‚Besprechen', er hat sich das Auge früh und abends besprochen." C. Bl. 83, Kol. 3; Responsen des Meir Rothenburg, ed. Prag, Nr. 55; Mordechai Trakt. Sabbat, Abschn. 12, Schluß; vgl. noch C. Bl. 83, Kol. 2.

180 C. Bl. 18, Kol. 2.

181 Hagahot Ascheri Moed Katan, Abschn. 3, § 86, im Namen des Or Sarua.

182 Bei dem Todesfall eines nahen Verwandten schreibt das Gesetz siebentägige Trauer vor. R. Gerson hat vierzehntägige Trauer abgehalten, da er ihn (seinen Sohn) nicht nur für diese Welt verloren hat, sondern der Sohn auch keinen Anteil an der Welt des Jenseits haben wird.

183 O. S. II, S. 176, § 428; Hagahot Ascheri, Moed Katan, Abschn. 3, § 106, im Namen des Or Sarua. Der Sohn des R. Gerson nahm während der Vertreibung der Juden aus Mainz (1012) durch Kaiser Heinrich II. die Taufe an. Während aber die anderen zwangsweise Getauften zum Judentume zurückkehrten, starb der Sohn des R. Gerson ohne Buße, wodurch der Schmerz des Vaters vergrößert wurde. Vgl. Mordechai Tr. Moed Katan, § 876; Dubnow, l. c. Bd. 4, S. 137 f. — Kinder, die zwangsweise getauft wurden, sind nach Entscheidung des R. Gerson als Juden zu betrachten und im Sterbefalle muß die Trauer abgehalten werden. Der R. Gerson nahm in der Behandlung der gewaltsam Getauften, vielleicht wegen des erwähnten Falles, einen sehr milden Standpunkt ein, so befindet sich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

unter den vielen Verordnungen, die R. Gerson getroffen hat, auch eine, die sich auf die Täuflinge bezieht, in der er alle mit dem Banne bedroht, welche den zum Scheine oder zwangsweise Getauften, die dann zum Judentum zurückkehrten, ihre Abtrünnigkeit zum Vorwurfe machen; vgl. Mordechai Babba Kamma, Abschn. 10, Schluß; Dubnow l. c. S. 147.

184 C. Bl. 83, Kol. 1.

185 C. Bl. 75, Kol. 3.

186 Vgl. O. S. I, S. 163, §§ 604, 605, 606; Mordechai Jebamot, Abschn. 10, 12, § 53.

187 O. S. II, S. 166, § 412, im Namen des R. Gerson.

188 O. S. III, Babba Batra, S. 32, § 104, im Namen des R. Elieser b. Joel ha-Levi.

189 O. S. III, Babba Batra, S. 33, § 105; Mordechai Trakt. Kiduschin, Abschn. I; Choschen Mischpat, Abschn. 283.

190 O. S. III, Babba Batra 32, § 104, weil er kraft seines Vaters kommt.

191 Entscheidung des R. Gerson, daß der Getaufte seinen jüdischen Vater nicht beerbt; O. S. III, Babba Batra, S. 32, § 103, Parallelstelle Hagahot Ascheri, Babba Batra, Abschn. 8, § 22.

192 O. S. III, Babba Batra, S. 32, § 102.

193 O. S. III, Babba Kamma, S. 41, § 271, 272. — Vgl. noch O. S. I, S. 128, § 448, II, S. 50, § 97.

194 Das gilt aber nicht nur von einem ausgesprochenen Denunzianten, der als solcher bekannt ist, sondern es genügt, wenn er seinen Mitmenschen droht, daß er sie bei der Behörde denunzieren wird, O. S. III, Babba Kamma, S. 44, § 284.

195 Mordechai Kiduschin, § 564.

196 Das pflegt sehr oft zu geschehen, daher wurde auf der Rabbinersynode in Frankreich beschlossen, mit den schärfsten Mitteln diesem Übelstand entgegenzutreten.

197 R. Gerson traf diese Verordnung; sieh Dubnow l. c. Bd. 4, S. 147 und S. 327.

198 Sieh Kapitel Gerichtsbarkeit.

199 Hebr. Nesipha = hart anfahren, eine leichte Form, zweiter Grad des Bannes, sieh Scherer l. c. S. 243; vgl. Kapitel Gerichtsbarkeit.

200 O. S. Babba Kamma III, S. 20, § 197, 198.

201 O. S. Babba Kamma III, S. 44, § 283.

202 O. S. Babba Kamma III, S. 43, § 281, 282; sieh C. Bl. 83, Kol. 1. Mord. Babba Kamma, Abschn. 5, § 55.

ANMERKUNGEN ZUM KAPITEL „SITTEN UND BRÄUCHE"

203 Itinerarium, Ausgabe Lemberg, am Schlusse.

204 I. O. S. I, S. 117, § 413.

205 Sieh Tykocinski, Germ. Jud. S. 35.

206 Böhmen hatte zu dieser Zeit bedeutende Gelehrte, die das religiöse Leben geformt haben. Über die Gelehrten von Böhmen vgl. Tykocinski, Germ. Jud. S. 27 und 275; derselbe MGWJ. 1909, S. 310f.

207 Unter Prag wird in der hebräischen Literatur häufig Böhmen verstanden. Besonders tritt dies in der Responsenliteratur in Erscheinung. Die Gelehrten aus Böhmen werden bald aus Böhmen, bald aus Prag stammend genannt; sieh Itinerarium des Benjamin von Tudela, ed. Lemberg, Schluß. Über die Bedeutung der Gelehrten von Prag zeigt uns ein Responsum des I. O. S. (I, S. 183, § 657), wo über ein Fehlurteil des Prager Bet-Din (Gericht) die Verwunderung ausgesprochen wird, daß dies in Prag, das durch seine Gelehrsamkeit bekannt ist, geschehen konnte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

208 Auch Abraham b. Israel, Verfasser des Arugot-ha-Bossem, bedient sich zur Erklärung hebräischer Worte der böhmischen Sprache.

209 Es soll dies keine Kritik der Arbeit von Markon: Die slawischen Glossen bei Isaak b. Mose Or Sarua, in der MGWJ. S. 707 ff., sein.

210 Das Verbot, die Segenssprüche mit entblößtem Haupte zu sprechen, wird aus Tr. Soferim, Abschn. 14, § 15, geschlossen; vgl. noch Tr. Kidduschin 29 b. Sehr interessant für die spätere Zeit, in welcher die Kopfbedeckung als Vorbedingung zu gottesdienstlichen Handlungen vorausgesetzt wird. O. S. II, S. 20, § 43.

211 O. S. II, S. 20, § 42. Am Torafreudenfeste wurden alle, die in der Synagoge anwesend waren, zur Tora aufgerufen, es wurde aber nicht immer der ganze, für den Tag vorgeschriebene Abschnitt aus der Tora wiederholt, sondern je nach der Anzahl der zur Tora gerufenen Männer, wurden zwei oder mehrere Absätze weggelassen. Der Vorsänger erhielt an diesem Tage Spenden (sieh weiter unten), u. zw. von jedem zur Tora Gerufenen eine Spende. Ob die 6 Pfennige von jedem einzelnen oder von allen zusammen gespendet wurden, geht aus dem Texte nicht hervor.

212 Tora hebr. = Lehre. Der Pentateuch, auf eine Pergamentrolle geschrieben = Tora. Aus dieser werden an Sabbat- und Festtagen, sowie am Montag und Donnerstag die vorgeschriebenen Abschnitte verlesen. O. S. II, S. 20, § 42.

213 O. S. II, S. 40, § 84; sieh Trakt. Pesachim 113 b.

214 O. S. II, S. 7, 8, § 11.

215 O. S. II, S. 19, § 42. Ein Gebetstück, welches mit den Worten beginnt: „Es werde verherrlicht und geheiligt Gottes großer Name."

216 Ein Gebetstück, welches mit den Worten „En komaucho" beginnt, O. S. II, S. 19, § 42.

217 O. S. II, S. 19, § 42, S. 47, § 89, C. Bl. 34, Kol. 3. Im C. wird zur Stelle im Namen des R. Tam überliefert: Alle, welche den Brauch haben, am Sabbat zwischen Vesper und Abendgebet zu trinken, begehen eine Gesetzesübertretung; im Talmud wird von einem, der zur angegebenen Zeit getrunken hat, erzählt, daß der Todesengel ihn tötete, weil die Toten zu dieser Zeit trinken und man daher die Toten bestiehlt. In Lothringen hat es sich zugetragen, daß einer zu dieser angegebenen Zeit Wasser getrunken hat und in große Gefahr geriet.

218 Licht zu entzünden ist am Sabbat nicht gestattet. Nach Verrichtung des Abendgebetes ist der Sabbat zu Ende; sieh O. S. II, S. 47, § 89.

219 Beim Eingang des Sabbats, nach dem Abendgebete wird im Hause vor dem Abendessen die „Heiligung" (Kiddusch) des Sabbats bei Wein oder zwei Broten verkündet. Diese Heiligung wird auch in der Synagoge am Schlusse des Abendgebetes bei Wein verkündet; sieh O. S. I, S. 217, § 752.

220 O. S. II, S. 49, § 95.

221 O. S. II, S. 176, § 429, nicht jeder besonders.

222 Während der schwersten, düsteren Trauer, vom Hinscheiden bis zum Begräbnisse, wird der Trauernde „aunon" genannt; in dieser Zeit der schwersten Trauer ist der Trauernde von der Ausübung der Gebote befreit, um für die Bestattung der Leiche Sorge tragen zu können; in Speyer herrscht ein anderer Brauch, O. S. II, S. 168, § 417.

223 Am Versöhnungstage standen vor der heiligen Lade (der Schrein, in welchem die Torarollen verwahrt liegen) Lichter; O. S. II, S. 16, § 34.

224 Hagahot Ascheri, im Namen des Or Sarua, Trakt. Moed Katan, Abschn. 3, § 85.

225 O. S. I, S. 41, § 115, kommt auch in den Responsen des R. Meir von Rothenburg, ed. Lemberg, § 113, vor; vgl. noch Mordechai, Trakt. Megila, Abschn. 3, Schluß.

226 Jetzt wird das Kaddischgebet nur von Waisen verrichtet sieh O. S. II, S. 22, § 50.

227 Am Sabbat ist das Kochen verboten. Das für den Sabbat bestimmte Essen wurde in einen geheizten Ofen gegeben. Damit nicht nachgelegt wird, wurde der Ofen verschlossen; O. S. II, S. 6, § 8.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

228 Sieh Wellesz, Jahrbuch der jüd. literarischen Gesellschaft, S. 93.

229 O. S. II, S. 6, § 8.

230 O. S. II, S. 15, § 32. Das Lesen beim Lichte ist am Freitag Abend verboten, damit man sich nicht mit den Lichtern beschäftige. Die Hochzeit wurde am Rüsttage des Sabbat gefeiert (ein Brauch, der bei uns heute nicht mehr üblich ist). Es wurden verschiedene Gebete für Hochzeiten am Sabbat in der Synagoge vorgetragen.

231 Ein Brauch, der in Prag nicht mehr üblich ist; sieh O. S. II, S. 129, § 281. Vgl. Tykocinski, Germ. Jud. S. 44, Anm. 83; vgl. noch R. G. A. des R. Elieser b. Natan, Ed. Prag, Nr. 70.

232 O. S. II, S. 16, § 33, C. Bl. 79, Kol. 4.

233 O. S. II, S. 22, § 51.

234 O. S. II, S. 46, § 89, sieh Wellesz l. c. S. 92.

235 Hagahot Ascheri, Trakt. Beza, Abschn. 5, § 2, im Namen des Or Sarua.

236 Hagahot Ascheri, Trakt. Beza, Abschn. 5, § 2, im Namen des Or Sarua. Am Sabbat ein Instrument zu spielen, ist verboten. Ein Jude darf selbst einen Andersgläubigen am Sabbat zu keiner verbotenen Arbeit auffordern. Vgl. Orach Chajim, § 307 und 338.

237 Wirft innerhalb der Stadtgrenze Anker, O. S. II, S. 4, § 6; vgl. noch O. S. II, S. 3, § 3. „Aber bei den Strömen, z. B. Donau, Rhein und Labe (böhm. Benennung für die Elbe), die sehr tief sind, kann man selbst am Rüsttage des Sabbats, vor Sonnenuntergang, sich einschiffen." Vgl. Herbert Fischer: Die verfassungsrechtliche Stellung der Juden in den deutschen Städten während des 13. Jahrhunderts, S. 102.

238 O. S. II, S. 40, § 84.

239 O. S. II, S. 28, § 60.

240 O. S. I, S. 200, § 712. Parallelstelle Hagahot Ascheri, Gittin, Abschn. 2, § 7.

241 O. S. II, S. 33, § 78. Putec = Scheitel, Markon l. c. S. 717; Wellesz, MGWJ. 1904, S. 710; vgl. O. S. II, S. 40, § 84.

242 O. S. II, S. 40, § 84.

243 O. S. II, S. 39, § 84.

244 Eine Art Beere. Markon l. c. S. 720, vgl. O. S. II, S. 26, § 58.

245 Weintrauben zu pressen ist am Sabbat verboten; vgl. Wellesz, Jahrbuch der jüd. literarischen Gesellschaft, S. 95, Anm. 102.

246 O. S. II, S. 120, § 257, sieh Kapitel Aberglaube.

247 O. S. II, S. 129, § 281. „Der Vater des Samuel hat dies getan und starb", deshalb soll man dies unterlassen.

248 O. S. II, S. 120, § 257.

249 Wem am Torafreudenfeste den letzten Abschnitt aus der Tora verlesen wird, der wird Bräutigam der Tora genannt.

250 O. S. II, S. 138, § 120, Parallelstelle Hagahot Ascheri, Aboda sara, Abschn. 4, § 3, sieh Wellesz l. c. S. 93.

251 Obwohl es sonst am Feiertage verboten ist, für die Halbfeiertage etwas vorzubereiten, O. S. II, S. 144, § 342.

252 Mordechai Trakt. Beza, § 675, im Namen des Or Sarua.

253 O. S. II, S. 158, § 386.

254 Bei uns nimmt man 2 Stengelchen Bachweiden und drei Myrtenstengelchen, O. S. II, S. 135, § 308.

255 Mordechai, Trakt. Suka, § 749.

256 O. S. I, S. 63, § 208.

257 Houba = Schwamm, Markon l. c. S. 710.

258 O. S. IV, S. 51, 52, § 186. Parallelstelle Hagahot Ascheri, Trakt. Aboda Sara, Abschn. II, § 26.

259 Kommt vom lateinischen *composita*, eine Bezeichnung für verschiedene Arten von eingemachten Früchten. Markon l. c. S. 711, dort auch die verschiedenen Erklärungen für dieses Wort.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

260 Kohlkraut, Markon l. c. S. 711.

261 O. S. IV, S. 53, § 192, Parallelstelle Hagahot Ascheri, Trakt. Aboda Sara, Abschn. 2, § 28, im Namen des Or Sarua.

262 O. S. IV, S. 45, § 163, Wellesz l. c. S. 83. Das Trinken in nichtjüdischen Wirtshäusern war verboten, damit es nicht zur Verschwägerung komme; vgl. noch O. S. IV, S. 60, § 223, Hagahot Ascheri, Aboda Sara, Abschn. 4, § 10. In O. S. IV, S. 45, § 159 wird berichtet: „Ich hörte von meinem Lehrer Isak b. Juda, daß man in Ägypten und in der Türkei ein wenig Honig in den Wein gibt, dann kann er durch Berührung (bei Berührung des Weines war zu befürchten, daß er dem Götzendienste geweiht werden soll) eines Nichtjuden nicht mehr zum Genusse verboten werden; vgl. noch die Responsensammlung des Elieser b. Natan Nr. 74, wo ähnliches aus Rußland erzählt wird.

263 Vgl. S. Steinherz, Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Tschechoslowakischen Republik, I, S. 7f.; Tykocinski, Germ. Jud., S. 508f.; derselbe MGWJ. 1909; O S. IV, S. 64, § 244.

264 O. S. I, S. 105, § 378. Parallelstelle Hagahot Ascheri Chulin, Abschn. 2, § 4, im Namen des Or Sarua.

265 Ist nicht mit unserem Autor Isak b. Moses Or Sarua identisch; vgl. Einleitung.

266 Der „Läufer" war ein Beruf. R. Schmarja gestattete einem Kranken, am Sabbat einen „Läufer" zu mieten, um seinen Freund (Pfleger) zu holen. O. S. II, S. 3, III, Tr. Babba Batra, S. 60, § 205; vgl. noch I, S. 228, § 773.

267 O. S. I, S. 117, 118, § 113. Parallelstelle Hagahot Ascheri, Chulin, Abschn. 3, § 30.

268 O. S. I, S. 101, § 336, die rituellen Frauenbäder, in welchen die Frauen nach der Menstruation untertauchen, daher Tuckhäuser, Tauchbäder, genannt. Vgl. Kraus: Die Wiener Gesera vom Jahre 1421, S. 129; Wellesz l. c. S. 95, 96.

269 Durch Eintritt der Feste: Neujahrstag, Versöhnungstag, Laubhüttenfest, Schlußfest, Osterfest und Wochenfest wird die sieben- oder dreißigtägige Trauer, wenn sie vor dem Feste begonnen hat, unterbrochen, bzw. aufgehoben. Während der sieben-, bzw. der dreißigtägigen Trauer ist es verboten, sich die Haare schneiden zu lassen. Während der siebentägigen Trauer ist das Baden verboten. O. S. II, S. 178, § 432. Parallelstelle Hagahot Ascheri Moed Katan, Abschn. 3, § 75.

270 Hagahot Ascheri, Trakt. Tanit, Abschn. 4, § 31, im Namen des Or Sarua: Zum Zeichen der Trauer um den Gottestempel, der am 9. Ab zerstört wurde; vgl. noch O. S. II, S. 50, § 96, S. 125, 175, §§ 275, 428.

271 Kuta ist ein Unterkleid, welches über dem Hemd und unter dem Oberrocke (Oberkleide) getragen wurde. Der kleine Gebetmantel wird während des ganzen Tages getragen. C. Bl. 79, Kol. 1. Aus C. Bl. 52, Kol. 1, ist ersichtlich, daß die Wollkutte über dem Leinenhemd getragen wurde. Interessant ist die Bemerkung, daß man trotzdem das Leinenhemd ausziehen konnte, bevor man die Wollkutte abgelegt hatte.

272 Kleiderstücke, die wärmen, dürfen nicht aus heterogenen Stoffen, wie Schafwolle und Flachs zusammengewebt (auch nicht zusammengenäht) werden. Deutr. 22, 12; Wellesz l. c. S. 91, ist richtigzustellen, denn Hanf und Wolle zu verweben, ist nicht verboten. O. S. II, S. 144, § 341, C. Bl. 52, Kol. 1. „Nachdem in unserer Zeit Flachsfäden häufig benutzt werden, so muß man, wenn man Wollkleider (Kleider aus Schafwolle) dem Schneider übergibt, darauf achten, daß sie nicht mit Flachs genäht werden." O. S. I, S. 77, § 300. Im C. Bl. 52, Kol. 1, bemerkt I. O. S., daß man auch bei Schuhen, die aus Stoff verfertigt werden, darauf achten muß, daß sie nicht mit Flachsfäden genäht sind. Baumwolle wird nicht als heterogen betrachtet. I. O. S. II, S. 18, § 40, schildert die Baumwollgewinnung: Baumwolle stammt aus einer Frucht. Die Söhne der Lombardei bezeugen, daß Baumwolle ein Gewächs ist und gleicht nicht Flachs oder Hanf. Es ist die Frucht, die aus einer Art Nuß kommt und in dieser ist die Baum-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

wolle; da sie Wurzel und Blätter hat, ist sie ein Gewächs. Vgl. noch O. S. I, S. 75, 127, 185, §§ 266, 448, 666, II, S. 31, 127, §§ 67, 68, 277.

273 Werden nicht als Zelt, als Schutzdach betrachtet, welches am Sabbat aufzustellen verboten ist.

274 Auf dem Konzil von Narbonne im Jahre 1227 wurde das Judenabzeichen in der Form eines Rades, das man auf der Brust tragen mußte, eingeführt (vom Papst Innozenz III. schon früher, im Jahre 1215). In Böhmen war der zugespitzte Hut das erste Judenabzeichen. Vgl. O. S. II, S. 39, § 83, 84; vgl. noch Mordechai Tr. Sabbat, Abschn. 14, Anfang. — O. S. II, S. 34, § 78.

275 O. S. I, S. 11, § 47, II, S. 37, § 83.

276 Ist nach Deutr. 22, 9: „Du sollst nicht Rind und Esel zusammen beim Pfluge verwenden," verboten.

277 C. Bl. 52, Kol. 2, Mordechai, Sabbat, § 341, im Namen des Or Sarua.

278 O. S., Aboda Sara, S. 55, § 203, Parallelstelle Hag. Ascheri, Aboda Sara, Abschn. 3, § 5; C. Bl. 75, Kol. 3, 4, dort wird noch berichtet, daß in der Synagoge zu Köln an den Fenstern der Nordwand Figuren von Löwen und Schlangen angebracht waren.

279 O. S. III, Babba Kamma, S. 72, § 457.

280 C. Bl. 80, Kol. 2, vgl. O. S. I, S. 216, § 752, III, Babba Kamma, S. 14, § 125.

281 O. S. III, S. 53, § 188, vgl. noch O. S. I, S. 214, § 750: „X versprach 100 Mk. Mitgift für seine Tochter, die nach seinem Tode bei der Verteilung der Erbschaft nicht in Abzug gebracht werden sollte. Vor der Hochzeit wollte er nur 70 Mk. geben."

282 Nach Wellesz, Jahrbuch der jüd. literarischen Gesellschaft, S. 106, in Ferarra zu emendieren.

283 Vgl. Wellesz l. c. S. 107. — O. S. I, S. 208, § 745.

284 O. S. I, S. 226, § 764, C. Bl. 21, Kol. 1.

285 O. S. I, S. 209, § 745, S. 215, § 751, S. 224, § 760.

286 O. S. I, S. 226, § 764, vgl. O. S. I, S. 229, § 775.

287 Schulchan Aruch Eben ha-Eser, Nr. 62.

288 Mordechai, Trakt. Suka, § 744. Während der Festwoche wurden die Neuvermählten Bräutigam und Braut genannt.

289 Wenn der Ehemann seine Frau schlägt, ist er zur Bezahlung des zugefügten Schadens verpflichtet. Das Bet-Din muß in diesem Falle einschreiten und den Mann, wenn die Frau es wünscht, zur Scheidung zwingen. „X beklagte sich vor uns über seinen Schwiegersohn, daß er seine Tochter stets schlage. Ist es zutreffend (wenn die Klage auf Wahrheit beruht), so ist der Mann am Leibe strenge zu bestrafen (Prügelstrafe gemeint), auch für das Vergangene. Hält der Mann die Vereinbarung nicht ein, indem er sie weiter schlägt und beleidigt, so stimme ich mit euch überein, daß der Mann beim himmlischen und irdischen Gerichtshofe in Bann sei und daß er durch das nichtjüdische Gericht gezwungen werde, einen Scheidebrief zu geben. – Sollte es euch gelingen, Frieden zwischen ihnen zu stiften, so sollt ihr den Bann auflösen." O. S. III, Babba Kamma, S. 22, § 161.

290 O. S. I, S. 218, 219, § 754, vgl. O. S. I, S. 206, 208, §§ 440, 444.

291 O. S. I, S. 170, § 219. Deutr. 255–10 schreibt die Leviratsehe vor, wenn der Bruder kinderlos stirbt. „Da die Verordnung des R. Gerson überall Eingang gefunden hat, soll man den X nicht zwingen, das Gebot der Leviratsehe zu vollziehen." O. S. I, S. 206, § 739, vgl. O. S. I, S. 177, 188, §§ 642, 645, Mordechai, Tr. Ketubot, Abschn. 5, § 183.

292 O. S. I, S. 175, § 638.

293 C. Bl. 83, Kol. 4.

294 C. Bl. 73, Kol. 1, § 97.

295 Über das Einnehmen von Beträgen für das Anschaffen von Sterbekleidern und Osterbrote sieh Kapitel Steuern. – O. S. I, S. 13, 14, § 2, 6.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

296 O. S. I, S. 18, § 30.

297 O. S. I, S. 14, § 8.

298 Hebr. Chawer-ir (Gelehrter der Stadt), der sich mit Gemeindeangelegenheiten beschäftigt. Ihm soll man nicht aus der Armenkassa Spenden geben, sondern Ehrengeschenke überweisen. O. S. I, S. 15, 17, § 10, 26.

299 O. S. I, S. 15, § 10.

300 Über das Dienstverhältnis und Pflichten des Lehrers sich Kapitel Gerichtsbarkeit.

301 Dort wurde er als Siebenter zur Tora gerufen, dies war eine besondere Ehrung. Bei uns wird der Gelehrte, welcher zum Gemeindepfleger gewählt wurde, als Dritter zur Tora gerufen. O. S. II, S. 19, § 42. Den Begriff des Amtsrabbiners kennen wir erst seit dem 12. Jahrhundert. Über die Funktion des Rabbiners als Richter vergleiche das Kapitel Gerichtsbarkeit. Daß die Juden kein Vertrauen zu den nichtjüdischen Richtern hatten, geht noch aus folgendem Responsum (O. S. I, S. 166, § 615) hervor: „Eine verheiratete Frau kam zu unserem Lehrer und erzählte ihm, daß sie ihrem Geschäfte nachgehen mußte und mangels anderer Gesellschaft, sich unterwegs einem Juden anschloß. Am dritten Tage kam ein Bekannter derselben und ging mit ihnen. Unterwegs kamen sie in einen Wald, setzten sich zur Ruhe nieder; der zweite packte sie und hielt sie fest, während sie der erste vergewaltigte. Laut klagend und weinend erzählte sie dies den Vorübergehenden, so erzählte sie. Die ganze Angelegenheit kennt man nur von ihrer Erzählung. Sie klagte die beiden vor den ‚Sodomrichtern' (Dorfjudex), die beide in Haft nahmen. Während sie allein (verlassen) im Dorfe herumging, sandte der Dorfrichter nach einem Juden, dem es durch Bestechung gelang, sie (die beiden Juden) zu befreien. Sie gingen in ihre Heimat zurück," so daß wir auf die Aussage der Frau allein angewiesen sind. Vgl. noch Hag. Ascheri Ketubot, Abschn. 2, § 29.

302 O. S. II, S. 169, § 418.

303 O. S. II, S. 19, § 42.

304 O. S. I, S. 111, § 406.

305 In O. S. I, S. 40, § 112, wird die Frage behandelt, ob dem Proteste des X, den er gegen die Bestellung von Y als Vorsänger erhoben hat, mit der Begründung, daß er sein Kind, wenn auch unabsichtlich, getötet hat, stattgegeben werden soll. Vgl. noch C. Bl. 10, Kol. 3.

306 O. S. I, S. 41, §§ 114, 115, C. Bl. 67, Kol. 3, 4. — „Er soll aber auch an die Türen der Gemeindemitglieder klopfen, damit er sie besänftige. Er muß auch trachten, bei ihnen beliebt zu werden. Mein Lehrer R. Simcha entschied, daß gegen die Bestellung zum Vorsänger auch der Einzelne Einspruch erheben kann. Auch im Rheinlande ist es Gepflogenheit, daß auch der Minderheit bei der Aufnahme eines Vorsängers das Vetorecht zusteht."

307 Im C. Bl. 68, Kol. 3, entscheidet R. Abigdor: Wenn die Gemeindemitglieder verarmt sind, dann müssen die Reichen das Gehalt für den Vorsänger aufbringen. Der Durchschnittsgehalt war, wie aus dem Responsum hervorgeht, 14 Pfund für das Jahr.

308 Von ihm stammt die Entscheidung, daß man einem Kutäer (Samaritaner) keine Schreibutensilien verkaufen darf. O. S. IV, Aboda Sara, S. 37, § 130, Hag. Ascheri, Aboda Sara, Abschn. 1, § 15.

309 R. Elieser aus Böhmen war mit den Verhältnissen in Rußland vertraut; sieh O. S., Aboda Sara, S. 37, § 128. Vgl. noch die Responsensammlung des Elieser b. Nathan, Nr. 5, 8, 53, 72, 291, wo über Sitten und Handel in Rußland erzählt wird. Auf Böhmen, bzw. Prag nehmen folgende Responsen genannter Sammlung Bezug: Nr. 8, 70, 84.

310 O. S. I, S. 40, § 113, C. Bl. 68, Kol. 2, 3. Im Mordechai, Tr. Babba Kamma, Abschn. 8, § 107, wird von einem Streitfalle berichtet, in welchem der größere Teil der Gemeinde die Anstellung eines Vorsängers wünschte, ein Teil sich aber dagegen sträubte und die Herrschaft ihn in sein Amt einsetzte.

311 O. S. II, S. 20, § 42, S. 21, § 50; vgl. Hag. Ascheri, Tr. Ketubot, Abschn. 5, § 37.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

312 O. S. II, S. 19, § 42.
313 Vgl. Kapitel Gerichtsbarkeit, Abschn. Bann.
314 Hag. Ascheri, Tr. Beza, Abschn. 5, § 2.
315 Dieses Responsum ist von M. Stern in der Zeitschrift für Geschichte der Juden in Deutschland, Bd. I, S. 199, in deutscher Übersetzung erschienen. O. S. I, S. 194, § 693.
316 O. S. I, S. 213, § 747.
317 O. S. II, S. 125, § 276.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

INHALTSANGABE

Verzeichnis der benützten Literatur . . . . . Seite 43
Vorwort 45
Einleitung 47
Beschäftigung der Juden 50
Gerichtsbarkeit 56
a) Richter 57
b) Zivilprozeßthemen bei I. O. S. 58
c) Verträge 59
d) Strafrecht 60
Steuern 62
Aberglaube, Volksmedizin 66
Getaufte Juden und Denunzianten 68
Sitten und Bräuche 70
a) Synagogale Bräuche 71
b) Bräuche und Vorschriften für Sabbat und Festtage 73
c) Religiöse Bräuche 75
d) Vorschriften für Speisegesetze 75
e) Badeerlaubnis 76
f) Trauerbräuche 76
g) Kleidung, Schmuck 76
h) Jagd 77
i) Bilderverbot in der Synagoge 77
j) Eheschließung 77
k) Polygamie 79
l) Armenwesen 80
m) Gemeindebeamte 80
n) Geschichtsquellen 81
Anmerkungen 82

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Rabbinische Geschichtsquellen

(Fortsetzung)

Von Dr. B. Suler

—

ERLÄUTERUNGEN UND ABKÜRZUNGEN

Hebräische, häufig im Text vorkommende Wörter

Aguna . . . . . eine an ihrem verschollenen Mann gebundene Frau
Bachur (pl. Bachurim) Talmudjünger
b. = ben . . . . . Sohn des
Beth Din . . . . . Gerichtshof, Richterkollegium
Beth ha-Midrasch . . Lehrhaus
Chaber (eigentl. Kollege) Titel erster Stufe eines Talmudgelehrten
Chaliza . . . . . Lösung des Leviratsverbandes (Schwagerehe)
Dajjan . . . . . Richter, Rabbinatsassessor
Gaon (eigentl. Größe) . Titel eines hervorragenden Talmudgelehrten
Jeschiba . . . . . Talmudakademie

—

Abkürzungen

A. . . . . . Anmerkung
Azulai . . . . . Azulai, Schem ha-Gedolim, Ausg. Ben Jakob
Bruna . . . . . Responsenwerk des Israel Bruna
EJ. . . . . . Encyclopaedia Judaica, Berlin
Freimann . . . . . Jakob Freimann, Einleitung zu Leket Joscher II.
GA. . . . . . Gutachten
G. m. i. [D., s.] b. . . Gott möge ihn (Dich, sie) behüten
Grätz . . . . . Grätzs Geschichte der Juden, 4. Auflage
Güdemann . . . . . Geschichte des Erziehungswesens und der Kultur der abendländischen Juden usw. von M. Güdemann
HB. . . . . . Hebr. Bibliographie, ha-Maskir, herausg. von M. Steinschneider
Jes. . . . . . Jesaja
K. Z. . . . . . Kohen Zedek (richtiger Ahronide)
LJ. . . . . . Leket Joscher, herausg. von „Mekize Nirdamim", Berlin, 1903/4
MGWJ. . . . . . Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums, Breslau
Pes. . . . . . Pessakim u-Ketabim, Responsensammlung des R. Israel Isserlein (2. Teil seines „Terumath ha-Deschen")
Ps. . . . . . Psalmen
R. . . . . . Rabbi (eigentl. mein Lehrer) — ein Titel, der seit der Bildung der Karäersekte jedem Juden beigelegt wird, um ihn als Rabbaniten zu kennzeichnen. In der vorliegenden Übersetzung ist *R.* nur den Namen von Talmudgelehrten beigefügt (an Stelle der Titel h. r. r., ch. r., m. h. r. r.), bei allen anderen Namen ist es fortgelassen
Rp. . . . . . Responsum (*Rpp.* = Responsen)
Rpps. . . . . Responsensammlung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sab.	Talmudischer Traktat Schabbat
Spr.	Sprüche Salomos
T.	Übersetzter hebräischer Text
Weil	Responsensammlung Jakob Weil, Ausg. Hanau
Weiß E. H.	Dor dor we-dorschow (Geschichte d. Tradition) von E. H. Weiß, Ausg. Wien
ZGJČ.	Zeitschr. f. Gesch. d. Juden in d. Tschechoslowakei, Brünn

—

Sonstige Bemerkungen

Die von uns emendierten Wörter des hebr. Textes der Rpp. Bruna sind in der Übersetzung durch ein Ringel oben gekennzeichnet. Zusätzliche Worte sind in rechteckige, erläuternde Worte — in runde Klammern eingeschlossen. *Nr.* = unserer Nummer (des Stückes), *Rp. Nr.* = Nummer des Responsums. „*Rabbinische Geschichtsquellen I*“ = unserer Abhandlung „Rabbinische Geschichtsquellen“ in diesem „Jahrbuch“, Jahrgang 1936.

—

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

RESPONSEN DES R. ISRAEL BRUNA[1]

Einleitung

R. Israel ben R. Chajim[2] Bruna[3] ist nach Ansicht von Grätz geboren um 1400, gestorben um 1480.[4] Weder der Ort seiner Geburt noch der seines Todes sind bekannt. Seine Lehrer waren: R. David aus Schweidnitz,[5] ein R. Meir[6] und R. Israel Isserlein.[7] Er lernte auch auf der Jeschiba zu Olmütz.[8] Er war zuerst eine Reihe von Jahren Rabbiner in Brünn; vor 1446[9] verließ er Brünn und begab sich nach Regensburg. Doch auch in Regensburg blieb er im steten Kontakt mit den Gemeinden und Gelehrten in Mähren und Böhmen, aus welchen Ländern mehrfach Anfragen an ihn dorthin gesandt wurden.[10]

Sein Leben in Regensburg gestaltete sich sehr trübselig. Es war voll Widerwärtigkeiten und von Unglück begleitet. Schon bald nach seiner Ankunft, als er daran ging, eine Jeschiba zu eröffnen und rabbinische Funktionen auszuüben, erhob der dort ansässige Talmudgelehrte Amschel Levi heftigen Protest (s. u. *17*, Rp. Nr. 253). Letzterer war zwar auch kein von der Gemeinde angestellter Rabbiner (s. Weil Rp. Nr. 151), aber er übte dort seit früher die Funktionen eines Rabbiners aus und stand einer Jeschiba vor. Es entwickelte sich ein großer Streit, der die Gemeinde in zwei Parteien spaltete, und Bruna hatte viele Ehrverletzungen und sonstige Unannehmlichkeiten seitens der Gegenpartei zu erdulden.[11] Erst nach dem Tode R. Amschels versöhnten sich die Parteien, und er wurde Oberhaupt des gesamten Beth-Din (Abad, אב"ד) und als Rabbiner von beiden Parteien anerkannt.

Viel schlimmer als die Gehässigkeit der Gegenpartei waren die Verfolgungen seitens der Behörden. So wurde er eines Tages in Haft genommen, wobei auch sein Vermögen konfisziert wurde. Er wurde dreizehn Tage im „Turm" festgehalten und erst nach Stellung einer Bürgschaft aus der Haft entlassen.[12]

1474, als Bruna bereits hochbetagt war, traf ihn ein noch schwereres Unglück. Ein getaufter Jude namens Hans Vayol zeigte ihn an, als habe er, Bruna, ihm ein siebenjähriges Christenkind abgekauft und geschlachtet. Der Bischof von Regensburg und die übrige Geistlichkeit griffen diese Anschuldigung auf und trieben eine wüste Agitation gegen das Judentum, und das Volk glaubte an die Schuld des Rabbiners. Die Kirche forderte die Hinrichtung Brunas. Um ihn vor der Wut des Volkes zu schützen, ließ ihn der Rat zu Regensburg in Kerkerhaft bringen (im März 1474). Kaiser Friedrich III., der auf Grund päpstlicher Kundgebungen gegen die Ritualmordlüge von der Nichtigkeit der Anschuldi-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

gung gegen den Rabbiner überzeugt war, sandte zwei Schreiben an den Rat, mit dem Befehl, Bruna zu enthaften. Ebenso erging an den Rat ein energisches Schreiben des Königs Wladislaw II. von Böhmen,[13] Bruna ohne weiteres aus der Haft zu entlassen. So in die Enge getrieben, verhängte der Rat die Todesstrafe über den Angeber, und dieser gestand vor dem Tode, daß Bruna unschuldig ist. Daraufhin wurde der Angeber öffentlich verbrannt und Bruna, nachdem er über einen Monat im Kerker zugebracht hatte, in Freiheit gesetzt. Er mußte aber Urfehde schwören, daß er keine Rache für die ihm zugefügten Leiden nehmen würde.

Trotz dieser Verfolgungen zeigte Bruna Toleranz und Freundlichkeit gegenüber den Christen (s. Rpp. Nr. 112 und 113).

Bruna zeichnete sich durch große Beherrschung des Talmud und außerordentlichen Scharfsinn aus, wofür seine Responsen Zeugnis ablegen, und gehörte zu den führenden Rabbinern seines Zeitalters.[14] Man wandte sich an ihn mit Anfragen nicht nur aus dem eigentlichen Deutschland, Oesterreich, Böhmen und Mähren, sondern auch aus ferneren Ländern, wie Polen,[15] Reußen[16] und Ungarn,[17] und er stand in gelehrter Korrespondenz mit fast allen zeitgenössischen rabbinischen Größen. Die schwierigsten und verwickeltsten Fragen, die zu seiner Zeit die Rabbiner und die jüdischen Gemeinden beschäftigten, wurden an ihn gleich wie an Jakob Weil und Isserlein zur Entscheidung gesandt. Nach dem Tode dieser beiden hervorragenden Rabbiner blieb Bruna die größte rabbinische Autorität in der damaligen gesamtdeutschen Judenheit, in welchem Rufe vielleicht noch R. Elia von Prag sich mit ihm teilen durfte. Wie dieser[18] war auch Bruna Anhänger der dialektisch-kombinierenden (pilpulistischen) Methode der Talmuderklärung.[19] Seine Responsen waren berühmt und ihr Ruf drang bis nach Palästina.[20] Außer den Responsen verfaßte er noch ein halachisches Werk,[21] das auf uns nicht gekommen ist. Er war auch kein einseitiger Talmudist und schrieb auch Glossen zum großen Pentateuchkommentar des Jakob ben Ascher.[22]

Brunas Sohn R. Manasse bekleidete die Stellung eines Rabbiners (oder Dajjans) in Prag.[23] 1476 weilte Bruna selber dort.[24]

Siehe noch: *Grätz* VIII, S. 263ff. und Note 5; *Güdemann* III, S. 20f. u. a. O.; *Weiß* E.H., V, S. 259–262; *A. Berliner*, MGWJ. 1869, S. 317; *Freimann*, Nr. 82; *EJ.* IV, s. v.

Die hier verwendeten Auszüge aus 33 Responsen Brunas sind von uns in 21 Stücke nach den einzelnen Begebenheiten gegliedert, wobei jedes Stück das ganze Material, auch im Falle es verschiedenen Responsen entnommen ist, umfaßt, das sich auf die betreffende Begebenheit

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

bezieht. Die Mehrheit von ihnen ist von großer und größter Wichtigkeit für die Geschichte, bzw. Kulturgeschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien im 15. Jahrhundert. Es sei hier eine kurze Übersicht über den Inhalt und den uns interessierenden Wert der wichtigeren Stücke gegeben, die zugleich als Erklärung zu den Begebenheiten und Anleitung zum tieferen Verständnis der Zusammenhänge dienen soll.

Die Stücke Nr. *1*, *2* und *6* enthalten drei Aguna-Fragen. Diese Fragen nehmen namentlich in den Responsen des Mittelalters einen breiten Raum ein. Die Unsicherheit der Wege in jenen Zeiten, der viele Reisende zum Opfer fielen, wuchs bei dem herrschenden grimmigen religiösen Haß gegen die Juden und bei deren Rechtlosigkeit, die fast einer Vogelfreiheit der jüdischen Bevölkerung glich, zu einer stetigen Gefahr für diejenigen Juden aus, die ihr Erwerb aus dem Hause zwang und auf die Landstraße oder in das christliche Dorf führte. Wenn auch die meisten Juden sich für die Reise mit Waffen zu versehen pflegten,[25] so waren doch die Fälle häufig, in denen ein Jude, der sich auf den Weg begab, nicht mehr heimkehrte. Er wurde dann später als erschlagen aufgefunden oder er blieb verschollen. War der Verschollene verheiratet, so hatte das Unglück des Mannes noch das besondere Unglück seiner Frau zur Folge, indem diese dann Aguna wurde, d. h. ihr ganzes Leben an ihren verschollenen Mann gebunden blieb. Nur die Auffindung der Leiche des Mannes und die einwandfreie Agnoszierung derselben durch Zeugen, wodurch sein Tod festgestellt wurde, konnte der Frau die Freiheit bringen, um eine neue Ehe einzugehen. Die Identität des aufgefundenen Leichnams mit dem betreffenden Verschollenen nach den Wahrnehmungen und Beschreibungen der Zeugen festzustellen, war die Aufgabe und das alleinige Recht des Rabbiners. Es ergingen daher Fragen solcher unglücklichen Frauen in großer Zahl an die Rabbiner, von welchen die meisten wegen der Schwere des Falles, da es sich hier um die Freigabe einer verheirateten Frau handelt, die Frage nicht zu entscheiden wagten und sie vor eine der großen rabbinischen Autoritäten ihrer Zeit brachten. Der große Rabbiner seinerseits vermied es auch gewöhnlich, allein eine Entscheidung in der Sache zu treffen. Er trat in der Mehrzahl der Fälle in Gedankenaustausch mit anderen, ihm ebenbürtigen Rabbinern. Der einzelne bezweckte auch damit, daß, wie sie sich auszudrücken pflegten, „nur ein Span vom Balken auf jeden falle", will sagen, daß im Falle eines Fehlurteiles nur ein kleiner Teil des Vergehens gegen das Gesetz und der entsprechenden himmlischen Strafe ihn treffe. Damit erklärt sich, daß wir sehr oft, wie in den vorliegenden Fällen, eine und dieselbe Agunafrage in mehreren Responsensammlungen der verschiedenen zeitgenössischen Autoritäten behandelt finden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. *1* bezieht sich auf einen Agunafall in Prag, der einen lebhaften Meinungsaustausch zwischen R. Elia von Prag, Isserlein,[26] Weil[27] und Bruna hervorrief. Die Einzigartigkeit dieses Falles besteht darin, daß nach den Gerüchten ein anderer Jude den Verschollenen ermordet haben soll (sonst waren es Christen, die als Mörder in Betracht kamen). Ferner ist interessant, daß der Zeuge, ein Sohn des mutmaßlichen Mörders, der behauptet, der Verschollene sei eines plötzlichen, natürlichen Todes gestorben, ein gewesener Täufling ist, der zwar zum jüdischen Glauben zurückgekehrt ist, sonst aber „alles begeht, was verboten ist: Diebstahl, Raub, Buhlerei". Das zeigt uns, daß trotz der strengen Zucht und Frömmigkeit, die unter den Juden jener Zeit herrschten, es auch jüdische verbrecherische Elemente in Böhmen (der Zeuge war, wie es scheint, ein Prager, ebenso wahrscheinlich sein Vater) gab, die vor Raub und Mord nicht Halt machten und auch den Religionswechsel leicht nahmen. Den Grund, warum sich ein sittlich so verkommener Mensch wie der Zeuge im neu angenommenen Glauben nicht wohl fühlte und zum alten zurückgekehrt ist, kennen wir nicht,[28] auffallend ist es aber, daß die christliche Behörde die Rückkehr eines getauften Juden zum Judentum duldete. Vielleicht aber legte sie keinen Wert auf das christliche Bekenntnis eines Verbrechers.

In Nr. *2* steht ein bei Eger aufgefundener, verwester Leichnam eines Juden, der nur durch das Loch eines Zahnes identifiziert wird, zur Diskussion, und da sind zwei Äußerungen Brunas für die damalige Zeit bezeichnend. Aus der einen (Rp. Nr. 53) geht hervor, daß sie damals den eingesetzten Zahn nicht kannten, aus der anderen (Rp. Nr. 216), daß der Bezirkshauptmann erst durch ein Geschenk von den Juden dazu bewegt werden konnte, eine Nachforschung wegen des erschlagenen Juden zu veranlassen.

Nr. *6*, enthaltend die Frage über eine Aguna, deren Mann in der Nähe von Schweidnitz als Leiche aufgefunden und von einem der jüdischen Zeugen erkannt wurde, bringt die gerichtliche Aufnahme der Zeugenaussage, unterzeichnet von den drei Dajjanim. Der Fall wird von Bruna, Isserlein und den Breslauer Rabbinern behandelt.

Aus Nr. *3* ersehen wir, daß in Brünn auch jüdische Frauen sich als geschäftliche Vermittlerinnen unter Christen bewegten und von ihnen Aufträge erhielten. Als eine solche Vermittlerin die ihr zum Verkauf gegebenen Wertsachen veruntreute und dadurch die Todesstrafe verwirkte, waren alle vermögenden Gemeindemitglieder — außer einem —, wie auch der Gemeindevorstand bereit, Opfer an Geld zu bringen, um sie vor dem Tode zu retten.

Nr. *4* zeigt uns unter anderem die Häufigkeit der Bannflüche der Rabbiner, die sogar gegen andere Rabbiner ausgesprochen wurden,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und daß der Bann dadurch an Wirkungskraft einbüßte. Das hatte auch zur Folge, daß die Rabbiner an Ansehen verloren und das Volk anmaßend gegen sie auftrat.

In Nr. *5* schreibt der Prager Rabbiner R. Elia sich das Recht zu, das Vermögen eines Denunzianten zu konfiszieren, um es für sich zu behalten, durch andere Auslegung des Gesetzes aber sucht Isserlein ihn davon abzuhalten. Wir sehen da ferner, daß Rabbiner und Gemeindevorstand imstande waren, jedem der Gemeindedisziplin sich nicht unterordnenden Juden Strafen aufzuerlegen.

Nr. *7*. Auch die armen Juden in Budweis wollten es sich nicht nehmen lassen, die Trauung durch einen Trauring zu vollziehen (gesetzlich kann es auch durch eine beliebige Sache von irgendeinem Wert, z. B. eine kleine Münze, geschehen). Da aber das Gesetz vorschreibt, daß der Bräutigam den Gegenstand, mit dem er seine Frau erwirbt, besitzen muß, so verfiel ein armer Budweiser Bräutigam auf folgenden Gedanken, um dieses Gesetz zu umgehen. Er ließ sich den Ring von einem reicheren Freunde vor der Trauung schenken, nach der Trauung wurde der Ring dem früheren Eigentümer von der Braut als Geschenk zurückgegeben, während der Trauung aber befand sich also der Ring im vollständigen Besitz des Bräutigams, und er konnte daher vor den Rabbinern beschwören, daß die Trauung mit einem ihm gehörenden Ringe vollzogen worden sei.

Nr. *8* zeigt uns die allgemein zu jener Zeit herrschende Unkenntnis der elementarsten Regeln der hebräischen Grammatik. Es gebe, meint Bruna, kein – hebräisches – Schriftstück, das in bezug auf den Gebrauch des männlichen und weiblichen Geschlechtes einwandfrei wäre. In Budweis hat sogar der Gemeindeschreiber einen groben grammatischen Fehler in einer Kethuba (Eheverschreibung) gemacht, weshalb die Gültigkeit derselben in Zweifel gezogen wurde.

Aus Nr. *10* folgt indirekt, daß in Böhmen, Mähren und Schlesien auch die Rabbiner an den Gemeindelasten (Steuern) zu tragen hatten, was in anderen Ländern nicht der Fall war.

In Nr. *12* enthält Rp. Nr. 129 eine historisch außerordentlich wichtige Urkunde, ein sogenanntes „Schlichtungsstatut" aus der Gemeinde Eger vom Jahre 1449. Der dunkle Inhalt dieser Urkunde wird durch eine entsprechende Urkunde aus dem Stadtarchiv zu Eger, die sich, wie wir festgestellt haben, auf dieselbe Begebenheit bezieht, fast restlos aufgeklärt. Es handelt sich hier um die Aufnahme von sieben jüdischen Familien in die Stadt Eger auf die Dauer von zehn Jahren, die nun im Verein mit den Familien der Kultusbeamten die ganze Gemeinde bilden. Die beiden Urkunden ergänzen einander und liefern ein Gesamtbild des Lebens der jüdischen Gemeinde in Eger in der betreffenden Zeit. Die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Archivsurkunde unterrichtet uns über das Verhältnis des städtischen Rates zur jüdischen Gemeinde, in deren Ansiedlung er nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit und eine Einnahmsquelle sieht, über die Rechte und Pflichten der Gemeinde, insbesondere die Abgaben, welche sie an den Rat zu zahlen hat, und den Anspruch auf Schutz, den sie dafür erhält, sowie über die den Siedlern unter gewissen Bedingungen gewährte einzige Beschäftigung – das Kreditgeschäft, wobei sie zugleich den zeitweiligen Charakter und die Unsicherheit des Bestandes dieser Siedlung uns vor Augen führt; die im Responsum wiedergegebene Urkunde zeigt uns, auf welche Weise die Abgaben an den Rat auf die Gemeindemitglieder verteilt wurden, wie zwei sogenannte „Schlichter", die die Verantwortung vor dem Rate trugen und in deren Hände dieser die Macht über die ganze Gemeinde legte, die Beiträge der einzelnen Gemeindemitglieder nach ihrer Meinung bestimmten, wobei das Vermögen des einzelnen als Hauptmaßstab diente, mit welcher Strenge sie ihre Verfügungen durchführten und wie sie die sich ihrer Verordnung nicht fügenden Mitglieder zum Wegzug aus der Gemeinde zwangen. Aus Nr. 128 desselben Stückes ersehen wir, daß auch in Böhmen die jüdischen Gemeinden das sogenannte Siedlungsrecht besaßen, d. h. das Recht der ansässigen Gemeindemitglieder, die Ansiedlung neu zugezogener Juden zuzulassen oder zu verweigern und wie sie dieses Recht ausübten.

Nr. *14* bildet eine Quelle für die historische Tatsache, daß an der Rabbinersynode in Erfurt, die mehrere Verordnungen beschlossen hatte, auch die böhmischen Rabbiner R. Lipmann Mühlhausen aus Prag und R. Nathan aus Eger teilgenommen haben.

Nr. *15* legt Zeugnis ab von der Sittenstrenge, die in den böhmischen Gemeinden unter den Juden herrschte. Einer Frau in Böhmisch-Sternberg, die, um die Scheidung von ihrem Manne zu erreichen, einige Männer angibt, mit denen sie Ehebruch getrieben haben will, wird kein Glaube geschenkt, weder von Bruna noch von R. Elia in Prag und seinem Beth Din. Vielmehr meint Bruna, die Frau sei wegen übler Nachrede hart zu bestrafen.

Nr. *16* entnehmen wir, daß der Egerer Rabbiner R. Nathan (14. und 15. Jahrhundert) eine Autorität nicht nur in Böhmen, sondern in Gesamtdeutschland war und alle großen Rabbiner „krönte und autorisierte", sowie daß ihm auch die auswärtigen Gemeinden gehorchten. Der Rabbiner R. Meisterlein in Wiener-Neustadt, dem Sitz der großen Talmudgelehrten, wurde von ihm zum Führer dieser Gemeinde eingesetzt.

Nr. *17* ist von Wichtigkeit für die Biographie Brunas. Er gibt dort die Ursache seiner Übersiedlung von Brünn nach Regensburg an. Auch berichtet er dort über seinen Streit mit Amschel Levi, dem anderen Rabbiner Regensburgs.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. *18* ist von Bedeutung in kulturhistorischer Beziehung. Das Stück enthält die von Bruna vorgeschriebene Buße für einen Juden in Löwenberg in Schlesien, der einen anderen Juden im betrunkenen Zustande erschlagen hat. Die Buße besteht hauptsächlich in Wanderung, Fasten und Kasteiungen, öffentlicher Geißelung in der Synagoge und sonstigen Qualen und Demütigungen. Es zeigt uns auch, daß es zu jener Zeit Juden in Schlesien gab, die nicht einmal das hebräische Alphabet kannten, nie beteten und ihre freie Zeit im Wirtshaus bei Spiel und Trunk zubrachten.

Nr. *19* bringt einen Beschluß der Prager jüdischen Gemeinde, der unter Teilnahme einiger Abgesandter der Landesgemeinden gefaßt wurde. Es handelt sich in ihm um eine Maßnahme zur Abwendung der Folgen von falschen Anschuldigungen gegen jüdische Gemeinden Böhmens, die im Zusammenhang mit den Judenverfolgungen in Schlesien im Jahre 1453, die durch den Franziskanermönch Johann Capistrano hervorgerufen wurden, häufig vorkamen und sie in Lebensgefahr brachten. Der Beschluß, der für ganz Böhmen Geltung haben sollte, ging dahin, den Juden Böhmens eine außerordentliche Steuer aufzuerlegen, um Geldmittel zu sammeln zum Zwecke der Abwehr der Gefahr von denjenigen Gemeinden, die durch die Anschuldigungen betroffen wurden.

Nr. *20* beleuchtet die damaligen Verhältnisse im Hausbesitz im Prager Ghetto. Eine Familie A. bewohnt 25 Jahre ein Haus, dessen Eigentümer nach Jerusalem gezogen war, nur auf Grund dessen, daß ihr Oberhaupt seinerzeit Besitz von diesem Hause gewaltsam ergriffen hat. Nach zirka 25 Jahren protestiert der in Thüringen lebende B., Enkelsohn des früheren Besitzers, gegen die Besitznahme von diesem Hause durch eine fremde Familie. Beide Parteien behaupten, das Haus sei ihnen geschenkt worden. Weder A. noch B. besitzen eine Urkunde über die Schenkung. Da aber B. Enkel des ersten Eigentümers und Erbe ist, so entscheidet der zweite Prager Rabbiner R. Leiser Polak, daß das Haus dem B. gehört und zwingt die Familie A., das Haus zu räumen.

Nr. *21* liefert ein Bild von einem Rabbinerstreit in Prag, dessen Wurzeln im Rabbinatswesen jener Zeit liegen. Im 15. Jahrhundert gab es in den jüdischen Gemeinden — mit einigen wenigen Ausnahmen — keinen von der Gemeinde gewählten und berufenen, öffentlich angestellten und festbesoldeten Rabbiner mit dem alleinigen Recht, das Rabbineramt, oder wie er in den Responsen heißt, „die Herrschaft über die Stadt" auszuüben. Das Rabbinat in einer Gemeinde bildete sich allmählich heraus, und zwar in der Weise, daß ein tüchtiger, approbierter Talmudgelehrter, der den Titel „morenu" (= doctor noster, unser Lehrer) führte, was ihn dazu berechtigte, auch Trauungen und Ehe-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

scheidungen vorzunehmen,[29] sowie ein Talmudlehrhaus (Jeschiba) zu leiten,[30] sich in einer Gemeinde niederließ und rabbinische Tätigkeit, die meistenteils mit Lehrtätigkeit verbunden war, auszuüben begann. Hat er sich als Rabbiner bewährt, besaß er einen guten Ruf und hatte die Gemeinde Vertrauen zu ihm, so setzte er seine Tätigkeit ohne Störung fort, er wurde als Rabbiner im Orte anerkannt, und es wurden ihm alle Ehrungen zuteil, die nach Gesetz und Brauch einem Rabbiner zukommen. Seine Einnahmen bestanden gewöhnlich aus den Gebühren, die für die verschiedenen rabbinischen Funktionen zu entrichten waren (manche der großen Rabbiner verzichteten auch auf diese Gebühren).[31] Da die Stellung des Rabbiners nicht den Charakter eines von der Gemeinde eingesetzten Oberkultusbeamten trug, so war auch das Rabbinat nicht an *eine* Person rechtlich gebunden, sondern es stand auch einem anderen Talmudgelehrten, der dieselbe Eignung für den Rabbinerberuf besaß, frei, in derselben Gemeinde gleichzeitig rabbinische Tätigkeit auszuüben. Da ferner die Talmudgelehrten Freizügigkeit besaßen, d. h. dem Siedlungsrecht der Gemeinde (über dieses s. A. 126) nicht unterworfen waren und sich überall ohne weiteres ansiedeln konnten, so kam es nicht selten vor, daß in einer Gemeinde, wo ein Rabbiner bereits fungierte, ein anderer Talmudgelehrter sich niederließ und ebenfalls rabbinische Funktionen auszuüben begann. Der von früher her ansässige Rabbiner sah aber sehr ungern die Konkurrenz, die seine Einnahmen schmälerte, einen Mann, der an seiner Seite ebenfalls den Titel Rabbiner führte und mit „morenu" zur Thora aufgerufen wurde und im Falle, daß der Neuangekommene noch eine besondere Jeschiba eröffnete, ihm Talmudjünger entzog. Er erhob dann gewöhnlich Protest gegen die „Verletzung seines Gebietes", das er sich durch Jahre erworben hat. Auf diese Weise kam es, besonders während des 15. Jahrhunderts, zu Streitigkeiten um das Rabbinat in vielen Gemeinden. So in Regensburg,[32] Nürnberg,[33] Posen,[34] Wiener-Neustadt,[35] Breslau[36] und vielleicht auch in Brünn.[37] Der wahrscheinlich um die Mitte des Jahres 1454 in Prag ausgebrochene Streit zwischen dem dort mindestens seit 1446[38] als Rabbiner und Jeschibavorsteher fungierenden R. Elia und dem neuangekommenen R. Leiser Passau (oder Polak), einem Schüler Brunas, der auch die Ordination von ihm erhalten hat, wurde mit besonderer Schärfe und Gehäßigkeit ausgetragen. Die Stellung R. Leisers war, wie es scheint, durch die häufige Abwesenheit R. Elias von Prag begünstigt, wie auch dadurch, daß letzterer wegen mancher seiner eines Rabbiners unwürdigen Charaktereigenschaften[39] beim Volke unbeliebt war. Von den zwei Parteien, die sich infolge des Streites in der Gemeinde bildeten, hielt das einfache Volk zu R. Leiser, während die Gelehrten und Jeschibajünger Anhänger R. Elias waren, der den ersteren an Gelehrsamkeit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und Begabung überragte. Am Anfang des Streites wurde zwar zwischen den beiden Rabbinern vermittelt und eine Abmachung getroffen, durch welche die Grenzen der Tätigkeitsgebiete für beide festgesetzt wurden, wobei R. Elia das Hauptgebiet zuerkannt wurde und R. Leiser sich mit geringeren Befugnissen begnügen mußte, oder wie Isserlein sich ausdrückt,[40] R. Elia wurde der „Ochse" und R. Leiser das „Schaf" zugeteilt, dieser wollte aber nicht auf die Dauer beim „Schafe" bleiben, und da das Abkommen nicht ganz klar gehalten war, legte er es zu seinen Gunsten aus und überschritt die Grenzen der ihm in Wirklichkeit eingeräumten Befugnisse. Erst dann entbrannte der große Streit und nahm ein solches Ausmaß an, daß durch ihn große Störungen im Gemeindeleben erzeugt wurden. Es folgten gegenseitige öffentliche Herabsetzungen und Ehrverletzungen der Rabbiner, sowie Drohungen und Schmähungen seitens Gemeindemitglieder gegen den ihnen unerwünschten Rabbiner. Auch der Bannfluch kam reichlich in Anwendung. Das anläßlich dieses Streites von R. Perez, einem Verwandten R. Elias, abgefaßte Schreiben an R. Leiser (Rp. Nr. 277), das von scharfen und beleidigenden Ausdrücken gegen diesen strotzt, zeigt uns, wie ein Rabbiner dem einer anderen Gemeinde im Namen des Gesetzes und der guten Sitte einen Befehl erteilt und ihm mit dem schwersten Banne droht, wenn er sich seinem Befehle nicht fügt. Desgleichen ersehen wir aus dem Schreiben R. Perezs an den Prager Gemeindevorstand (Rpp. Nr. 282/3), daß ein auswärtiger Rabbiner das Recht zu haben glaubt, gegen Prager Gemeindemitglieder, die Gegner seines Verwandten R. Elia sind, den Bann zu schleudern. Auch Bruna droht seinem Schüler R. Leiser mit dem Banne für den Fall, daß er die „Verletzung des Gebietes" R. Elias fortsetzen sollte (Rp. Nr. 281).

Womit der Streit geendet hat, erfahren wir weder aus den Schreiben des R. Perez, noch aus dem Brunas. Da wir aber wissen, daß R. Elia noch 1476 als Rabbiner in Prag fungierte,[41] über die rabbinische Tätigkeit R. Leisers in Prag aber weiter (d. h. nach dem Falle des Prager Hauses [s. *20*], der aber vor Abfassung des Rundschreibens R. Perezs geschah) keine Nachricht besitzen, so ist es wahrscheinlich, daß er in der Folge Prag verlassen hat und daß R. Elia als der allein herrschende Rabbiner verblieben ist.

—

1 (Rp. Nr. 32). Schreiben Brunas an Isserlein betreffs der Zeugenschaft eines zum Judentum zwar zurückgekehrten, aber immer noch schwer sündhaften Täuflings in Sachen einer Aguna aus Prag. Entgegen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

der Meinung Isserleins schließt er sich der Entscheidung Jakob Weils an, nach welcher dieser Zeuge unzulässig ist.

T. Mein Meister und Herr! R. J. W. (Jakob Weil), G. m. i. b., sandte mir eine Abschrift von Deinem Responsum über den Abtrünnigen, der sich [zum jüdischen Glauben] wieder bekehrt hat, aber nicht mit ganzem Herzen, jenen Michel Schranz,[42] den Dů als Zeugen in Sachen einer [gebundenen] Frau anerkennst... R. J. W. aber findet ihn unzulässig...[43] Und dann ist es ja bekannt, daß er nur hinsichtlich der Gottesleugnung sich bekehrt hat, begeht aber alles, was verboten ist: Diebstahl, Raub, Buhlerei, und alleš zur Befriedigung seines Gelüstes; die allgemeine Meinung geht aber dahin, daß ein Abtrünniger aus Leidenschaft [als Zeuge] unzulässig ist, da er imstande ist, für vier Susim[44] ein falsches Zeugnis abzulegen... um so mehr könnte es bei diesem Abtrünnigen der Fall sein. Wie soll man sich also auf sein Zeugnis verlassen, um eine verheiratete Frau freizugeben? So sprach Israel von Bruna.[45]

2 (Rpp. Nr. 216 und 53). Auffindung eines ermordeten Juden in der Nähe von Eger. Agnoszierung der verwesten Leiche auf Grund eines Loches in einem Zahne. Erteilung der Erlaubnis seiner Witwe, eine neue Ehe einzugehen.

(Nr. 216: Anfrage Brunas bei Jakob Weil).

T. Der der Welt durch seine Gelehrsamkeit leuchtet, das ist das Haupt des Exils, mein verschwägerter Freund und Lehrer R. Jakob, G. m. i. b., erleuchte unsere Augen inbetreff dieser Frau, ob es möglich ist, auf Grund der hier aufgenommenen Zeugenaussagen eine Erlaubnis zum Eingehen einer neuen Ehe herauszubringen. Und habe ich ein wenig [in der Sache] geforscht, aber nur der Theorie halber und nicht um eine Tat ohne Dich zu vollziehen... Aber bei diesem Falle hege ich viele Zweifel... Da der Nichtjude gesteht, daß der Hauptmann (שר) von Plaůen ihn gebeten hat nachzuforschen, was mit dem Juden, der in sein Haus eingekehrt war, geschehen ist... — *und ohne Zweifel hat man dem Beamten Geld gegeben, damit er die Untersuchung vornimmt* — so will dieser Nichtjude dem Beamten [mit seiner Aussage] einen Gefallen erweisen; die Dezisoren[46] aber schreiben vor, daß der Nichtjude von selber anfangen muß [zu erzählen], während dieser direkt darauf ausgeht, Zeugnis abzulegen... so ist er durchaus kein unbefangener Erzähler. Da ferner der Nichtjude ihn (den Ermordeten) gefunden hat, nachdem dieser sechs Wochen im Walde gelegen war, so ist er doch, auch wenn die Raubtiere ihn nicht angefressen haben sollten, aufgedunsen und sein Gesicht verändert worden, wie kann also hier ein Wiedererkennen nach der Erinnerung in Betracht kommen?...

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Und betreffs der Aussage des Juden [Josefa], der folgendes bezeugte: „ich sog aso, ich als Zeuge, dos er Susslin gwesen ist" usw. „ich hobn selbert wol erkannt (?) on vas noch da vas vun dem Parzuf (Gesicht) un on der leng (Länge) un on dem hor (Haar) dos mir nit sofek (Zweifel) ist dos er gwesen ist... dos er waw (ו = sechs) schewuot (Wochen) hot glegn und er vas ausgangn zuhalb Elul un ich fand (?) ihn in Kislew darnach (?)",[47] so seine Worte, da geht doch aus der Aussage klar hervor, daß ein Teil vom Gesicht fehlte und vernichtet war... und er hat nicht angegeben, was verblieben ist, ob die Stirn oder die Nase...

Und noch ehe dieses Zeugnis abgelegt worden war, hatte mich der Vater dieser Frau gebeten, nach Eger zu schreiben, an R. Chajim,[48] er möge dort das Zeugenverhör abnehmen und nachforschen, ob dort [bei Übergabe der Leiche] sein (des Ermordeten) Körper und sein ganzes Gesicht unversehrt waren und ob er (der Zeuge) ihn wiedererkannt hat. Auch R. Amschel[49] hatte dorthin geschrieben. Und hat er (R. Chajim) uns geantwortet, daß da überhaupt ein Wiedererkennen nach der Erinnerung nicht in Betracht kommt, da er (der Zeuge) bloß ein Häuflein Knochen ohne Fleisch und desgleichen gebracht hat. Und nachdem er (Josefa) diese Aussage gemacht hatte, fragte ich ihn in Gegenwart von R. Binjamin Kohen:[50] wieso hast du ihn wiedererkannt, hat doch uns R. Chajim aus Eger so und so geschrieben? Darauf erwiderte er: es ist wahr, er (der Ermordete) hatte nicht viel Fleisch an sich, auch kein Eingeweide, dennoch habe ich ihn gut erkannt; R. Chajim aber hat ihn nicht gesehen, denn er war nicht auf dem Friedhof, es war bloß der Schames (Totengräber) da. Und die betreffenden Akten hat man Dir durch A. Kopel geschickt, ich weiß aber nicht, ob sie Dich erreicht haben oder nicht...[51]

(Nr. 53: Antwort Isserleins an Bruna und sein Richterkollegium auf eine Anfrage in dieser Sache. Die Entscheidung Brunas.)

T.: Großer Friede dem großen Manne, meinem Freunde und Kollegen R. Israel, G. m. i. b., und Herrn Chaber R. Nachman[52] K. Z. so wie meinem lieben Chaber R. Lämmlein, sie leben...

Betreffs der Angelegenheit der gewesenen Frau des Susslin, des Bruders des Lasen aus Plauen, in welcher Sache Josefa, Sohn des Mose, ausgesagt hat, daß dieser Susslin ermordet worden sei, wobei er ein sehr ausführliches Zeugnis abgelegt hat, wie er es vom Nichtjuden über den Fall dieses Ermordeten gehört hatte.

Es scheint, daß man sich auf dieses Zeugnis nicht verlassen kann, um [die Frau] freizugeben, denn sogar wenn der Nichtjude in ganz klaren Worten erzählt hätte, daß er gesehen hätte, daß man ihn (den Juden) erschlagen hat, so könnte man sich doch darauf nicht verlassen,

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

da es einleuchtend ist, daß er unter diesen Umständen nicht unbefangener Erzähler zu nennen ist, nachdem er gesagt hat, daß der Hauptmann von Plauen ihn gebeten hat, er möge nach dem Juden forschen, der bei ihm im Hause gewesen war, dort gegessen und getrunken hatte und darauf ermordet wurde ... Und was der obengenannte Josefa ferner ausgesagt hat, daß er ihn (den Erschlagenen) selbst erkannt hätte und daß er daran nicht zweifle, daß dieser Ermordete der obenerwähnte Susslin sei, so möchte ich ein wenig bezweifeln, ob sein Zeugnis von Wert ist, denn er hat ihn erst nach einiger Zeit [nach der Ermordung] gesehen ... Es scheint aber, daß man auf der Zeugenschaft des David bauen kann, der nach den Worten desjenigen Juden, den man geschickt hatte, nach ihm (Susslin) zu suchen,[53] aussagte. Demnach hätte er (jener Jude) ein Merkmal an Susslin, als dieser lebte, gekannt, und zwar daß er ein durchgehendes Loch in einem Zahne gehabt hätte, und dieses Merkmal hätte er bei ihm gesehen, als er ihn im Walde liegend aufgefunden hat ...

Und bezüglich dessen, was mein Freund R. I. (Israel) geschrieben hat, wir hätten zu befürchten, vielleicht sei hier ein eingesetzter Zahn gewesen, so glaube ich, daß wir das nicht zu befürchten haben, denn das ist ganz fernliegend. Erstens müßten wir in diesem Falle (daß der Ermordete nicht mit Susslin identisch sei) annehmen, daß [dem Ermordeten] ein Zahn herausgefallen sei, und da hätte er diesen [Zahn, den Susslin verloren haben müßte] genommen und in die entstandene Lücke eingesetzt ... Ferner stimmt in den meisten Fällen der Sitz eines Zahnes mit dem eines anderen nicht genau überein ...

Daraus ergibt sich der Schluß, daß die Frau, die die Frau des Susslin, des Bruders von Lasen aus Plauen, war, eine neue Ehe eingehen darf, aus den Gründen, die ich oben dargelegt habe ... Dein Freund, der Kleinste und Geringste in Israel.[54]

—

Ich Israel, Sohn des R. Chajim s. A., an mich erging diese Anfrage betreffend die Frau Zimelin,[54a] die Frau des Susslin, des Bruders von Lasen aus Plauen, der ermordet wurde, wie es durch Zeugen festgestellt worden ist. Ich sandte die Sache an unseren Herrn den Gaon, das Haupt des Exils R. J. Weil, G. m. i. b., und er antwortete mir so, wie ich seine Äußerung teilweise wiedergebe, und befahl mir, die Zeugenaussagen nach Marpurk (= Marburg in Steiermark)[55] an den Fürsten Israels, das Haupt des Exils R. I. (Isserlein), G. m. i. b., zu schicken, und so habe ich auch getan. Meine Kernfrage betraf das Loch im Zahne, ob das ein sicheres Merkmal sei oder nicht und ob wir einen eingesetzten Zahn zu befürchten haben oder nicht ... Und er (Isserlein) antwortete, daß es wohl ein sicheres Merkmal ist und daß ein eingesetzter Zahn nicht zu befürchten sei, wie es in seinem Schreiben dargelegt ist, und folglich hat

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

er ihr (der Frau) die Wiederverheiratung gestattet ... Auch R. J. Weil, G. m. i. b., hält das Loch im Zahne für ein sicheres Merkmal ...

Und dann einen eingesetzten Zahn gibt es gar nicht unter uns, denn es gibt keinen Menschen in unserem Zeitalter, der von so was gehört oder so was gesehen hätte ...[56]

Infolgedessen was den von mir angeführten Fall betrifft, die Frau des ermordeten Sussl [in], des Bruders von Lasen aus Plauen, die das Haupt des Exils R. J. Marpurk,[57] G. m. i. b., zur Wiederverheiratung freigegeben hat, so stimme auch ich mit ihm vollkommen überein, und ist sie frei, und kein Mensch darf es ihr verwehren [eine neue Ehe einzugehen].

So sprach Israel von Bruna, Sohn des R. Chajim s. A.

3 (Rp. Nr. 57). Veruntreuung einer Jüdin in Brünn, begangen an Christen. Die Juden retten sie vor der ihr drohenden Todesstrafe durch Opfer am Besitz. Entscheidung gegen einen Juden, der dieses Opfer nicht bringen wollte.

T. Es trug sich in der Gemeinde Brünn zu, daß die Ratmänner die Frau Schifra deswegen in Haft genommen haben, weil man (Christen) ihr Schmuck- und sonstige Sachen zum Verkauf gegeben, sie aber diese bei Abraham Jäkl[58] und anderen Juden verpfändet hatte, und hat sie damit nach ihren (den bürgerlichen) Gesetzen die Todesstrafe verwirkt. Da nahmen die Ratmänner sämtliche Pfänder an sich und sandten nach den Juden [und eröffneten ihnen], daß wenn sie die Pfänder den Nichtjuden ohne Entgelt zurückgeben wollen, so werden sie sie (die Schifra) freilassen, widrigenfalls würde sie nach ihren Gesetzen abgeurteilt werden. Und haben alle Juden ihre Pfänder den Nichtjuden zurückgegeben, außer N., und daher drohte ihr die Todesstrafe. Da überlegten sich viele von der Gemeinde und bürgten N. für den Betrag von 20 Gulden, der eine bürgte für einen, der andere für zwei Gulden u. dgl. Auch die Vorsteher (Gabbaim) bürgten aus der Armenpflegekasse für 4 Gulden, um sie (die Schifra) vom Tode zu befreien. Als aber der Zahlungstermin herankam, fragten sie (die Bürgen) mich, was sie nach Gesetz zu tun hätten, da diese ganze Bürgschaft ohne Handschlag, bloß aufs Wort geschehen war. Und schien es mir richtig, sie alle nach Gesetz von der Zahlung zu befreien ... Denn die Ratmänner haben ja beschlossen, die Pfänder auf jeden Fall [den Juden] nicht zurückzugeben, sei es nach ihren (den bürgerlichen) Gesetzen, sei es mit Zustimmung [der Juden], infolgedessen sind sie (die Bürgen) nicht anders als gewöhnliche Bürgen zu betrachten, wobei ein Handschlag erforderlich ist ...[59] Ferner da die Sachen nur zum Verkauf und nicht zum Verpfänden und Aufnahme eines zinspflichtigen Darlehens auf sie gegeben würden, so war N. [rechtlich] nicht in den Besitz des Pfandes gekommen, denn sie (Schifra) war

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nicht die Bevollmächtigte der Nichtjuden,[60] folglich ist das ein Darlehen aufs Wort (und ohne Pfand)... Und dann, da sie vom Tode bedroht war, war er (N.) selber verpflichtet, sie zu befreien gemäß dem Verbot: „Du sollst beim Blute deines Nächsten nicht (untätig) stehen",[61] und ist dieses Gebot (sie zu befreien) ihm auferlegt, da er ein reicher Mann ist, denn es gibt keine größere Wohltat als diese, und man kann zur Wohltätigkeit zwingen...[62]

4 (Rp. Nr. 58; Schreiben Isserleins an Bruna). Isserlein als Schiedsrichter zwischen R. Elia und R. Leiser Polak in Prag. Warnung vor den häufigen Bannungen. Ratschlag an Bruna, er solle bei seinem Streite in Regensburg vernünftig vorgehen. — Eine andere Begründung der Enthebung der Bürgen in der Angelegenheit Schifra von ihrer Bürgschaft.

T. Erfreue Dich des besten Wohlergehens, mein lieber Freund und Kollege, der Begehrteste unter den Rabbinern, R. Israel, G. m. D. b., sowie Dein Sohn, der Alluf (s. A. 224), G. m. i. b., und Friede allen Euren Angehörigen.

Wisse, daß der Bote meinen Verwandten R. M. (Meisterlein),[63] G. m. i. b., hier[64] nicht angetroffen hat, denn er war nach dem Lande Steiermark verreist... Und ich habe aus Liebe zu Dir auf mich die Mühe genommen und bin von meiner Regel[65] abgewichen, um solche harte Worte[66] zuerst zu schreiben. Und wenn Du auch das Beispiel von R. P. (Perez) anführst, daß er Schweres[66] gegen Abraham Jäkl[67] geschrieben hat, so kann ich Dich mit Deiner Berufung (auf R. P.), die Du mir zur Last legst, schlagen. Denn er (R. Perez) hat auch Schweres und Bitteres[66] gegen R. Leiser Polak[68] geschrieben, ich ersah aber aus Deinen Worten, daß Du darüber verwundert warst, über die Art dieses Mannes, daß er schnell dabei ist, Hartes[66] und Bitteres[66] in der Hast zu schreiben.. Es ist wahr, daß R. Elia und R. L. (Leiser) ihre gegenseitigen Klagen vor mir vorgebracht haben, und ich habe ihnen mein Urteil kundgetan, daß das Abkommen, das sie mit einander getroffen haben, zwischen ihnen bestehen bleiben soll, und ich habe ihnen dasselbe gut erklärt... Umgekehrt, ich habe ihn (R. Leiser) darin bestärkt, daß er bei seinem Schafe bleibe und R. Elia bei seinem Ochsen.[70] In diesem Zeitalter sehe ich keine Abhilfe in der Mehrung von Strafen und der Auferlegung von Bitternis,[66] denn vielleicht, Gott bewahre, würden sie das Joch ganz abwerfen, da die Frechheit der meisten der eines Hundes gleicht. Deshalb, wenn Du klug bist, überlege es Dir gut, wie Du Dich in Deinem Streite mit diesem Mosc[71] verhalten sollst, denn der grimmige Bär wird sich nicht eher zur Ruhe legen, bis er seine Beute gefressen hat, und die Rechtslage der Rabbiner in Deiner Stadt[72] ist nicht genügend geklärt; deshalb sieh zu, was Du zu tun hast...

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Und in der Angelegenheit der Schifra[73] will ich Dir kurz antworten ... Der Sache letzter Schluß ist, daß wenn nur ein Zweifel besteht, ob die Pfänder [von den Ratmännern] zurückgegeben worden wären, alle Bürgen von der Zahlungspflicht frei sind, da die Bürgschaften ohne Handschlag waren ...[73a]

Dein Freund und Kollege, der Kleinste und Geringste in Israel.

5 (Rp. Nr. 59: Schreiben Isserleins an R. Elia in Prag). R. Elia will das Vermögen eines Denunzianten einziehen; Isserlein findet das ungesetzlich, empfiehlt dagegen ihm eventuell Strafen aufzuerlegen. — Politische Mitteilung.

T. Groß sei Dein Wohlergehen, mein Freund und Kollege, R. E.,[74] G. m. D. b.

Inbetreff dessen, was Du mir geschrieben hast über diesen (fehlt der Name), wobei es Dir scheint, daß es erlaubt sei, sein Vermögen zu zerstören, weil Du der Meinung bist, daß es gestattet sei, das Vermögen eines Denunzianten, der keine Buße abgelegt hat, absichtlich zu vernichten, und wenn es nicht erlaubt sein sollte, es zu vernichten, so doch für sich zu behalten ... so hast Du die Sache nicht genügend durchgedacht ... Und so wird auch die Meinung Maimonides[75] dahin gedeutet, daß wenn der Denunziant sein böses Vorhaben bereits ausgeführt hat, es dann verboten ist, ihn zu töten und seine Habe zu vernichten[75a], es sei denn, daß er die Angeberei zu widerholten Malen und gewohnheitsmäßig betreibt [in welchem Falle es erlaubt ist, ihn zu bestrafen und den nichtjüdischen Behörden auszuliefern].[76] Und wenn Du meinst, daß dieser Abram[77] von dieser Art sei, wirst Du da alles, was er besitzt, erfassen und für Dich behalten? Ich habe aber an R. I. (Bruna) andere Gründe geschrieben, aus welchen sie (die Bürgen) von der Zahlung zu befreien sind,[78] und sollte er (Abram) sich widerspenstig gegen Euch[79] zeigen und sie bei den bürgerlichen Gerichten verklagen, so würdet Ihr gut tun, wenn Ihr ihm Strafen auferlegen würdet, und ich würde dabei sein ... Und das vom „Or Sarua" habe ich R. I. (Bruna), G. m. i. b., gut erklärt,[80] er wird es Dir sagen. — Du siehst, ich richte harte Worte[66] an Deinen Schwager Mose[81] wegen der vielen Klägen (?), die über ihn eingehen. Wahrhaftig, ich schäme mich dessen, was ich über ihn zu hören bekomme. Es wundert mich, daß er auf Dich nicht hört. Oder warum hältst Du ihn davon nicht ab? Kannst Du es aber? — Es gibt bei uns keine klaren Nachrichten, denn die Herrscher und hohen Würdenträger sind bemüht, zwischen unserem Herrn dem Kaiser und Eurer Herrschaft zu vermitteln ...[82]

Dein Freund und Kollege, der Kleinste und Geringste in Israel.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

6 (Rpp. Nr. 60 und 61). Aguna-Frage. Auffindung eines ermordeten Juden, dessen Körper in Teile getrennt, während das Gesicht noch unversehrt war. Zeugenaussage eines Juden vor dem Beth Din, der den Erschlagenen gefunden und wiedererkannt hat. Isserlein, Bruna und der Breslauer Rabbiner R. Salomo sind für die Freigabe der Frau des identifizierten Mannes zur Wiederverheiratung.

(Nr. 60: die gerichtliche Aufnahme der Zeugenaussage und das Schreiben Isserleins an Bruna).

T. Wir saßen zu Dreien als Beth Din, da kam vor uns Jekuthiel, Sohn des Elieser, und sagte als Zeuge nach dem Gesetz aus, daß er den Josef, Sohn Davids, den Mann der Sara, Tochter des Jakob ha-Levi, bei dessen Lebzeiten gekannt und später als erschlagen und tot gefunden hat. Und so lautete seine Zeugenaussage: Ich, Gerson und Sinai, Söhne des Isaak, fanden genannten Josef, Sohn Davids, ermordet und tot, und ich erkannte ihn an seinem Gesicht, an dem alles unversehrt war: die Stirn, die Nase, die Lippen, das Kinn und die Backen, nur die Augen waren ausgestochen, und erkannte ich ihn nach dem, wie er meinem Auge eingeprägt war. Auch erkannte ich ihn an dem Haar, das schwarz, teilweise grau meliert und gekräuselt war, so wie ich ihn lebend gesehen hatte, denn bei Lebzeiten wohnte er gegen zwei Jahre in meinem Wohnorte. Und sah ich, daß sein Gesicht bleich war, und es war, wie uns schien, zu erkennen, daß er vordem im Wasser gelegen war. Und fanden wir den Kopf zusammen mit den Händen und der Brust, die vom übrigen Körper abgetrennt waren. Den Rest des Körpers, der das Zeichen der Beschneidung trug, hatten wir bereits drei Tage vorher an einer anderen Stelle gefunden. Er verschwand am nächsten Tage, nachdem ich ihn in meiner Stadt gesehen hatte, und suchte ich ihn in der ganzen Stadt, und wir wußten nicht, was ihm zugestoßen ist. Nachher, in der vierten Woche, fanden wir ihn auf dem Felde in der Nähe der Stadt, und habe ich ihn wiedererkannt, wie oben dargelegt. Auch an den Händen habe ich ihn nach dem, wie sie meinem Auge eingeprägt waren, erkannt. Auch bemerkten wir Senkungen in seinem Scheitel, die scheinbar durch Axtschläge verursacht wurden. Sein Gesicht aber zeigte, wie gesagt, weder Wunde noch Beule.

Akiba, Sohn des Mose s. A.; Abraham, Sohn des Manoach s. A.; Abraham, Sohn des R. Juda, s. A.[82a]

Und schrieb R. J. Neustadt,[83] daß hier ein Anhaltspunkt zur Annahme vorhanden ist, daß [die Agnoszierung] nach drei Tagen [seit der Ermordung] geschehen ist ... „Und scheint es, daß sogar nach Tossafot[84] und Ascheri,[85] die sonst vorschreiben, daß der Körper ganz sein muß, es hier nicht notwendig ist, da er ihn, nach seiner Aussage, am Haar erkannt hat ... denn durch das Haar kann das Gesicht sogar nach vielen Tagen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

erkannt werden ... Aber ich wage es nicht, meinen Kopf zwischen die Gaonen[86] zu stecken und eine erleichternde Entscheidung allein von mir aus zu treffen. Deshalb mögest Du mit Deinen Kollegen und mit R. Jochanan[87] verhandeln und wenn Ihr die Freigabe beschließt, so werde ich mich Euch anschließen ...

Dein Freund, der Kleinste und Geringste in Israel.

(Nr. 61: Anfrage und Meinung R. Salomos in dieser Sache und die Entscheidung Brunas.)

T. R. Salomo ...[88] sandte auch an mich, ich solle in der Sache forschen und schrieb mir eine Erlaubnis [zur Wiederverheiratung] ... und ich antwortete ebenfalls, daß es zu erlauben sei, und zwar wegen des Haares ... wenn auch aus anderen Gründen (als die Isserleins) ...[89]

7 (Rp. Nr. 79). Trauung mit geborgtem Trauring, geschehen in Budweis. R. Elia aus Prag erklärt die Trauung für ungültig. Bruna und sein Richterkollegium aber entscheiden auf Grund eidesstattlicher Erklärungen des Besitzers des Ringes sowie des jungen Ehemannes, wonach der Ring geschenkt war, daß die Ehe rechtskräftig ist.

T. Es trug sich in Budweis[90] zu, daß einer mit Namen Asriel die Tochter des Sch. heiratete. Da er bei der Trauung keinen Trauring besaß, nahm man einen Ring von einem anderen namens Sundel. Ein Dritter namens Lasen meldete aber an R. Elia nach Praga, daß die Trauung mit einem geborgten Ringe vorgenommen worden sei, und R. Elia schrieb harte Worte[66] gegen Sundel und befahl dem jungen Ehemann, sich von seiner Frau zu trennen. Da kam dieser hierher nach Regensburg. Zugleich schrieb mir Sundel, daß er den Ring dem Bräutigam voll und ganz geschenkt gehabt hätte. Dasselbe sagte mir auch der junge Ehemann [nämlich], daß er (Sundel) ihm [den Ring] als vollständiges Geschenk gegeben hätte. Nach zwei oder drei Wochen hat man den Ring [dem Sundel] zurückgegeben und sie (die Angehörigen des Bräutigams?) mußten der jungen Frau anstatt des Ringes ein schönes Gebetbuch schenken.

Da kamen zu mir R. Jona und R. Bendit und R. Binjamin Kohen und Chaber Nathan Eger[91] und wir verhandelten über diese Sache, und kamen zum Schluß: da beide, der Geber wie der Empfänger, behaupten und beschwören, daß es als vollkommenes Geschenk gedacht war, die Äußerung eines einzelnen (Lasen) nicht zu beachten ist, es sei denn, daß zwei zuverlässige Zeugen vorhanden wären, die aussagten, daß sie beim Borgen zugegen gewesen wären, und zwar bis zum Schluß der Trauung. Und ist es nunmehr Sitte in ganz Israel, daß man mit einem geborgten Ringe nicht angelobt.[91a]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

8 (Rp. Nr. 81). Grammatikalischer Fehler im Datum einer in Budweis ausgestellten Kethuba (Eheverschreibung). R. Elia von Prag ist der Meinung, daß die Kethuba ungültig sei. Bruna dagegen findet, daß das Schriftstück durch diesen Fehler seine Gültigkeit nicht eingebüßt hat.

T. Ebenfalls in dieser Gemeinde Budweis schrieben sie in einer Kethuba das Datum: „am Freitag fünf Tag (jom) im Monat N.", da wollte R. Elia diese für ungültig erklären. Mir aber scheint es, daß hier nichts zu befürchten sei, wenn auch bei allem (allen Zahlen), was unter zehn, [das Hauptwort] im Plural zu schreiben ist,[92] so daß man „jomim" schreiben müßte, die Sache ist aber nicht so streng zu nehmen, denn es ist ersichtlich, daß hier fünf *Tage* (jomim, im Plural) im Monat N. gemeint sind, und man kann es nicht in anderm Sinne deuten ... Und es ist nicht angebracht, hier zu sagen, daß es (das Schriftstück) seinem Inhalt nach falsch sei, denn von welcher Fälschung kann hier die Rede sein? Gesetzt den Fall, er (der Schreiber) hätte geschrieben „fünf Tage" mit fünf in femininum (chomesch), wo er fünf im masculinum (chamischoh) schreiben sollte ...[93] wäre dadurch eine Kethuba oder ein sonstiges Schriftstück ungültig geworden, obgleich sein Sinn aus ihm hervorgeht? So was darf es in Israel nicht geben, denn auf diese Weise schließt du die Tür vor den Darlehennehmern, da es kein Schriftstück gibt, das in bezug auf den Gebrauch des männlichen und weiblichen Geschlechts einwandfrei wäre.[94]

9 (Rp. Nr. 86). Ein Streit wegen einer Geldsache in der Gemeinde Brünn. In einem Responsum an R. Perez rät Jakob Weil, daß die Gemeinde sich in dieser Sache an Isserlein wendet.

T. ... Und betreffs der Gemeinde in Brünn weiß ich nicht, was für eine Entscheidung ich treffen soll. In den meisten Gemeinden herrscht Unklarheit darüber, daß man sich in Geldsachen nicht nach der Mehrheit zu richten hat ... Und es ist mein Rat, man soll die Sache unseren Lehrern, die in der Nähe (von Brünn) wohnen, vorlegen, etwa R. Isserlein, G. m. i. b., er kennt gewiß des Landes Brauch ...[95] dein Freund ... der Geringe, Jakob Weil.

10 (Rp. Nr. 102). Schreiben Brunas an R. Elia in Prag betreffs der besonderen Ehre des Schriftgelehrten. Die Befreiung der Rabbiner von den Gemeindelasten.

T. Kostbares Gefäß, alles Gute enthaltend ... R. Elia, G. m. D. b. Du hast mich mit Deinem Briefe erfreut, das Schreiben des R. J. W. (Weil)[96] habe ich aber nicht gesehen ... Und ihre (der Talmudlehrer) Bestimmung eines Pfundes in Gold (d. h. einer Strafe von einem Pfunde

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

in Gold für die Beleidigung eines Talmudgelehrten), wird meines Wissens ausgelegt: *bis zu* einem Pfunde in Gold ...[97] aber wir dürfen nicht alle Beleidigungen, alle Orte, alle Zeiten[97a] und alle Personen gleich behandeln ...

Und ebenso finden wir es inbetreff der Steuern und [sonstiger] Lasten, daß auch in der Gegenwart die Rabbiner davon frei sind in allen Gemeinden Österreichs, Polens und Sachsens ...[98]

11 (Rp. Nr. 104). Die Schreibweise gewisser selten vorkommender Namen in Scheidebriefen. Italienischer Name eines Juden in Brünn und wie er im Scheidebrief geschrieben werden soll.

T. Ich bin gefragt worden: Menschen, die heißen Chisdai, Hai, Natronai,[99] ob [ihre Namen] so im Scheidebrief zu schreiben sind, mit Alef (= a), oder ohne Alef.

Und ich antwortete, daß meine Meinung dazu neige, daß ohne Alef [zu schreiben ist] ... Aber wenn er mit Alef zeichnet, und die anderen ihn (den Namen) so schreiben wie die nichtjüdischen Namen,[100] ist in den Scheidebriefen ebenfalls so zu schreiben, wie dort[101] gesagt wird, daß bei der Mehrheit der außerhalb Palästinas wohnenden Juden ihre Namen denen der Nichtjuden gleichen.

Und so war ein Fall in Brünn mit einem, der Muni hieß, und ich fragte R. J. Marpurk (Marburg),[102] ob zu schreiben ist (im Scheidebrief) „Mani", wie Mani bår Pattisch.[103] Und er antwortete, daß man „Muni" zu schreiben habe, wie er genannt wird. Er begründete es damit, daß er (der Name) im Italienischen [104] Affe[105] bedeutet, den die Kinder „Muni" nennen.[106]

12 (Rpp. Nr. 128, 129, 130 und 131). Schlichtungsverfahren in der Gemeinde Eger zwecks Repartierung der Abgaben, die sie an den städtischen Rat abzuführen hat, unter den Gemeindemitgliedern. Zwei Schlichter bestimmen den von jedem Mitglied zu leistenden Beitrag. Jeder Steuerzahler hat sich binnen einer bestimmten Frist zu entscheiden, ob er den ihm auferlegten Beitrag zu zahlen gewillt ist oder nicht. Wer Nein sagt, muß aus der Gemeinde wegziehen. Zwei Gemeindemitglieder, die sich zuerst geweigert hatten, die ihnen auferlegten Beiträge zu zahlen, werden von den Schlichtern zum Verlassen des Ortes aufgefordert, trotzdem sie noch innerhalb der festgesetzten Frist ihr Nein in ein Ja geändert haben. Bruna, an den sich die Parteien um Bescheid wenden, entscheidet zugunsten der betreffenden Gemeindemitglieder, welche Entscheidung aber von den Schlichtern nicht befolgt wird. Auch Isserlein verwendet sich bei den Schlichtern für die bedrängten Gemeindemitglieder und verwarnt sie, diese durch den städtischen Rat zu verfolgen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

(Nr. 129: Das Schichtungsstatut.)[107]

T. ... Wir Unterfertigten erkennen an, bezeugen und tun kund jedem, der dieses unser Schreiben sieht[107a], daß wir innerhalb der Gemeinde Eger geschlichtet haben alle Streitigkeiten bezüglich der Steuern und Lasten, die sie (die Gemeindemitglieder) an die Ratmänner oder den wirkenden Mann[108] abführen müssen — wegen der Sache und Angelegenheit, die sie mit den Ratmännern gehabt hatten,[109] sind all die oben genannten Ausgaben auf uns gekommen, auf uns beide, unten Gefertigten[110] — was wir ihnen auferlegen, jedem nach dessen Einschätzung, ob viel, ob wenig. Und das ist ihre Einschätzung und ihre Beiträge, die wir jedem einzelnen auferlegt haben: Moses — so und soviel,[111] Samuel etc., Menzl etc., Chaber Has[112] — so und soviel, und die Rabbinerswitwe mit ihrer Enkelin etc. und Chaber R. Secharja etc. und Chaber R. Judel etc. Und wenn sich einer unter ihnen findet, dem es scheint, daß wir ihn schwer belastet hätten, kann er sich (d. h. seinen Beitrag) durch einen Thora-Schwur[113] verringern, oder er ziehe weg von dannen und gebe nichts zu all den obengenannten Ausgaben, ob viel, ob wenig. Und wer entschlossen ist, seine Wohnung hier aufzugeben, kann [noch] ein ganzes Jahr vom Neumond Ijar (April oder Mai) [des Jahres] 209 nach der Zeitrechnung[114] mit der ganzen Familie in der Gemeinde verbleiben, nur darf er nichts mehr ausleihen[115] und soll seine ausstehenden Geldforderungen bald eintreiben. Und er darf während der Zeit von zehn Jahren[116] nicht zurückkehren, um sich hier wieder anzusiedeln, ohne die Erlaubnis all derjenigen, die zur Zeit in der Gemeinde wohnen. Und die Gemeinde muß ihm all das zurückerstatten, was er für obenerwähnte Ausgaben geleistet hat. Sollte sich eine gute Partie für die Enkelin der Rabbinerswitwe treffen, und wird die Enkelin mit dem Schwiegersohn bei ihr verbleiben, so soll er (der Schwiegersohn) je nach dem, was er ihr einbringen wird, eine Zulage zu ihrer Quote machen; falls sie (die Rabbinerswitwe) aber die Enkelin nach auswärts verheiratet und ihr Geld von sich gibt, so kann sie 200 rheinische Gulden von ihrer obenerwähnten Quote abziehen. Sollten später irgendwelche neue Abgaben[117] kommen, so haben sie bis 100 Gulden zu geben.[118] [So][119] soll es bleiben. Und gebe ein jeder das, was er nach obiger Einschätzung zu geben hat, vor Mitte Tammus (ungefähr Juli), und es sage ein jeder: Ja oder Nein, ob er seinen Beitrag darnach, wie wir ihn nach dem obigen bestimmt haben, entrichten wird [oder nicht]. Die vorstehende Abmachung innerhalb der Gemeinde Eger bleibt zwei Jahre bestehen, von Beginn des Monats Ijjar 209 nach der Zeitrechnung bis zu Beginn des Monats [Ijjar][120] 211.[121] Und alles, was oben geschrieben und dargelegt ist, hat die heilige Gemeinde von Eger durch Mantelgriff[122] zur Befolgung auf sich genommen. Geschrieben und unterzeichnet etc.[123]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

(Nr. 128: Schreiben Brunas an die Gemeinde in Eger.)

T. Da Ihr alle mich gebeten habt, will ich Euch meine geringe Meinung mitteilen, wie man mir vom Himmel eingeben wird.

Da die Schlichter ausdrücklich bestimmt haben, daß ein jeder vor Mitte Tammus zu sagen hat: Ja oder Nein, und sie haben darüber den Mantelgriff getätigt, so kann er (der Steuerzahler) vor der Frist seine Meinung ändern, auch wenn er tausendmal Ja oder Nein gesagt hat... also ist es hier ersichtlich, daß sie (die Schlichter) es taten (eine Frist anzusetzen), [nur] um die Leute anzuspornen, und können die Leute sogar nach Mitte Tammus ihre Meinung ändern, wie ich es noch, so Gott will, erklären werde, aber vor Mitte Tammus – ist es klar, daß man seine frühere Erklärung zurücknehmen kann. Und was die Lose anbetrifft, die sie gezogen haben, wobei das Los auf Chaber Menẓlin gefallen ist,[124] so hat es nichts zu bedeuten, denn das Los bewirkt keine Verpflichtung, und er kann ohne weiteres seine frühere Erklärung widerrufen... Und obwohl diese beiden Schlichter sagen, daß sie (die Steuerzahler) nicht das Recht haben zu widerrufen und [wieder] Ja oder Nein zu sagen, sondern Ja muß Ja und Nein muß Nein bleiben, so hat es nichts zu bedeuten, denn sie (die Gemeindemitglieder) leben nicht nach ihrer Weisung, und sind sie nicht befugt, darüber zwischen ihnen zu entscheiden, nicht mal nach dem wahren Gesetz, geschweige denn nach dem falschen, ihre Kompetenz erstreckt sich nur auf die Verteilung der zu zahlenden Gelder und Bestimmung der Quoten u. dgl., wie es ausdrücklich im Schlichtungsstatut erklärt ist...

Und ich meine, wenn meine Lehrer[125] mit mir übereinstimmen sollten, daß sogar nach Mitte Tammus [die abgegebenen Erklärungen von den Steuerzahlern geändert werden können], wenn es nicht von Anfang an ausdrücklich vereinbart worden ist, daß nach Mitte Tammus keiner von ihnen seine Erklärung zurücknehmen darf, nur daß sie im allgemeinen verabredet haben, daß ein jeder vor Mitte Tammus seine Erklärung abgeben soll: Ja oder Nein... denn sie haben sich doch nicht dazu verpflichtet, daß sie von ihrer Meinung nicht abgehen sollen. Die getroffene Abmachung bewirkt nur das, daß sie (die Neinsager) nicht mehr wie einer von den Gemeindemitgliedern anzusehen sind, und diese können andere Familienväter in die Gemeinde aufnehmen, ohne sie zu befragen, und können die Neinsager nicht mehr Einspruch erheben und sie daran hindern.[126] Sind sie aber von dort weggezogen, so können sie nicht mehr zurückkehren und sich dort niederlassen, wie es ausdrücklich im Schlichtungsstatut erklärt ist.

Damit schließen wir, daß Chaber R. Menzlin und Chaber R. Has[112] als Gemeindemitglieder zu betrachten sind, denn da sie vor [Mitte] Tammus Ja gesagt haben, haben sie ihre Bedingungen gut erfüllt...

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Übrigens, abgesehen vom Gesetz, setze ich mein Vertrauen in Euch, daß Ihr das tun werdet, worum ich Euch im obigen gebeten habe, und wird es mir und allen unseren Freunden und R. Leiser לישחט (lisht)[127] zur Zufriedenheit und Genugtuung gereichen. Und empfanget Segen nach Eurem Wunsche. So sprach Israel von Bruna.

(Nr. 130: Schreiben Isserleins an Bruna in dieser Sache, von letzterem wiedergegeben.)

T. Und R. J. Marpurk (Marburg[57]) focht meine obige Entscheidung an, wo ich geschrieben habe, daß das gezogene Los keine Verpflichtung bewirkt, und er sagt so (folgt die Begründung der gegenteiligen Meinung)... „Ferner hast Du in Deinem Urteil geschrieben, daß auch wenn er innerhalb der festgesetzten Frist Nein gesagt hat, er es am Ende der Frist widerrufen kann und Ja sagen ... aber im vorliegenden Falle, wo die Bedingung und die Frist sich nur auf die Erklärung: Ja oder Nein bezieht, sagen wir, daß wenn er (der Steuerzahler) innerhalb der Frist Ja oder Nein gesagt hat, er das nicht mehr zurücknehmen kann, denn die lange Frist ist ihm zu nichts anderem als dazu gegeben worden, daß er sich überlegt, und da er sich die Sache überlegt und Ja oder Nein gesagt hat, so muß er sich daran halten. Immerhin schreibe ich an die Leute in Eger, wie Du es wünschest. So sprach der Kleinste und Geringste in Israel.

(Nr. 131: Das zweite Schreiben Isserleins in dieser Sache.)

T. Friede sei mit Euch, meine Freunde, geehrte Herren Möschel, er lebe, und Samuel.[128]

Chaber R. Menzl und Chaber R. Has[112] beklagen sich sehr über Euch, daß Ihr sie bedrängt, und sie waren genötigt, mit Euch eine Vereinbarung zu treffen, unter Bestellung von zwei Gemeindebürgern, die zwischen Euch schlichten sollten. Bei dieser Schlichtung aber habt Ihr in die Verhandlungen schwache Argumentationen hineingetragen, um aus diesen heraus ihnen Euren Willen aufzuzwingen. Und war die Sache an meinen Kollegen R. Israel (Bruna) nach Regenspurk (Regensburg) geschickt worden, und er hat zwischen Euch entschieden. Ihr wolltet aber seine Entscheidung nicht befolgen, und obgleich viele amtierende Gesetzeslehrer seinem Urteil zugestimmt haben, habt Ihr diese nicht beachtet. Also ist dieses Euer Vorgehen sehr verwunderlich, denn nicht so habt Ihr von Eurem Vater s. A. überliefert bekommen. Insbesondere habt Ihr damit unvernünftig gehandelt, daß Ihr Euch gegen die Entscheidung des genannten Rabbiners, G. m. i. b., aufgelehnt habt... Deshalb, ob so oder so, seid Ihr eindringlich davor gewarnt, die Gewalt außerjüdischer Behörden gegen sie zu gebrauchen, ob wenig, ob viel. Habt Ihr rechtliche Streitigkeiten einer gegen den anderen auszutragen, so handelt nach dem [jüdischen] Gesetz, aber

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nicht nach ihren (den bürgerlichen) Gesetzen, Gott bewahre. Wenn Ihr nicht gehorcht, werdet Ihr deswegen verfolgt werden.[129] So sprach der Kleinste und Geringste in Israel.

13 (Rp. Nr. 133[130]). Ein Sohn Brunas als Rabbiner in Prag.

T. Ich bin gefragt worden in Regensburg: eine Kuh, bei der zwölf Mark enthaltende Rippen gefunden worden sind, wie mit ihr nach Gesetz zu verfahren sei. Und ich habe geantwortet, daß sie zum Genuß zu erlauben ist... Und es war schon früher solch ein Fall zu meiner Entscheidung in der Gemeinde Brünn gekommen, und ich habe es gestattet. So sprach Israel von Bruna.

(Nachschrift:) Und als ich nach Prag kam,[131] erzählte mir Jakob Terebiz,[132] daß es mehrere Male so vorgekommen ist zur Zeit[133] der Großen (d. h. großen Rabbiner[133a]), daß 12, 13 große Rippen [gefunden wurden], und man hat es [zum Genuß] gestattet, denn je größer die Zahl der vorderen [großen] Rippen ist, um so kleiner ist die Zahl der hinteren kleinen Rippen.[134] Und so habe ich auch gehört... Und ebenso haben wir es mehrmals hier in Prag gestattet. So sprach sein Sohn Menåsche.[135]

14 (Rpp. Nr. 162 und 168). Beteiligung der böhmischen Rabbiner R. Lipmann Mühlhausen aus Prag und R. Nathan aus Eger an der Rabbinersynode in Erfurt.

T. (Nr. 162) ... Mein Herzensfreund R. Amschel Kohen.[136]

... Und das, was Du geschrieben hast, daß Liva Brumbir (Brummbär?) einem Bechor[137] in Erfurt das Ohr abgehauen hat und daß [trotzdem] ihn (den Bechor) R. Lipman, R. Å. K. Z., R. Michel, R. Jecheskia s. A. zum Genuß erlaubt haben[138]... das ist etwas sehr Auffälliges...

(Nr. 168.) Es war ein Fall mit Gänsehäuten... da schickte man aus Eger an R. N. (Nathan) s. A. nach Erfurt...[139]

15 (Rp. Nr. 167). Eine verheiratete Frau in Sternberg bezichtigt sich selbst des Ehebruchs und gibt die Männer an, mit denen sie im verbotenen geschlechtlichen Verkehr gestanden sein will. Da die betreffenden Männer von tadellosem Rufe sind, wird der Frau von Bruna, sowie R. Elia und allen anderen Gelehrten in Prag kein Glauben geschenkt.

T. Es sei bekannt, daß mir von einer bösen Sache geschrieben worden ist, die eine Frau aus Sternberk (Sternberg), die mit Samuel, dem Sohne Nachmans, verheiratet war, angestellt hat. Diese abtrünnige Frau spie Gift aus ihrem Munde, um es zu streuen unter glaubwürdige Männer, angesehene Leute: Mose, den Bruder des R. Abner, er lebe, und dessen ehrenwerten Sohn Endel, er lebe, und dessen Sohn Chaber

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

R. Abraham und sonstige vorzügliche Männer, die nie unter schlechtem Rufe gestanden sind. Sie öffnete ihren Mund weit auf und erklärte sich selbst als (dem Manne) verbotene Frau, indem sie sagte, sie hätte mit ihnen während sie noch bei ihrem Manne war,[140] geschlechtlich verkehrt, Sand in ihren Mund. Und ließ ich mir viele Bezeugungen von namhaften Leuten schicken [die bestätigen], daß man von diesen obengenannten Männern keine unerlaubten Schritte gesehen hat und auch nicht den Schein einer häßlichen Tat. Und meine ich, daß mein Freund, der hervorragende Rabbiner E. Elia (in Prag), G. m. i. b., verpflichtet sei, diese Sache zu ordnen und den Anstoß wegzuräumen.[141]

... Und mit Güte meines Herrn[142] sage ich, daß diese Frau schwer bestraft werden müßte dafür, daß sie durch ihren Mund [die Leute] in einen schlechten Ruf bringt. Und nicht nur in bezug auf ihren Mann ist sie nach der allgemeinen Meinung nicht glaubwürdig,[143] sondern sie ist es auch nicht in bezug auf sich selbst,[144] denn eine volle Mischna am Ende des Traktates Nedarim[145] erklärt, daß eine Frau, die [zu ihrem Manne] gesagt hat: ich bin unrein für dich, einen Beweis für ihre Behauptung erbringen muß, [denn] vielleicht hat sie ein Auge auf einen anderen geworfen...

Also hat denn die Aussage dieser Frau irgendeinen Wert? Gott bewahre! So was darf es in Israel nicht geben, daß üble Nachrede geglaubt wird... um wie viel weniger in diesem Falle, wo sie, die Ausgelassene, [selber] das Gerücht verbreitet hat, so ist daran nichts, und umso weniger, als der hervorragende Rabbiner R. Elia und R. Benesch, sowie alle dortigen Chaberim das Gerücht für null und nichtig erklärt haben, so ist es aus der Welt geschafft und erledigt... So scheint es mir richtig zu sein. Israel von Bruna.[146]

16 (Rp. Nr. 227). Schreiben des R. Perez, wahrscheinlich an den Gemeindevorstand in Wiener-Neustadt. Alle führenden Rabbiner seiner Zeit erhielten die Ordination von R. Nathan Eger. Der Rabbiner R. Meisterlein in Neustadt wurde von ihm zum Führer dieser Gemeinde ernannt.

T. ... Und weil ich gesehen habe, daß seine hohen Thorawürden, jener Greis, der Große des Zeitalters, R. Nathan Eger, der krönt und autorisiert all unsere Gaonen, das sind diejenigen, die jetzt in unseren Tagen die Führer der Generation sind, ihm (R. Meisterlein) seine Zustimmung gab, ihn zum Vorsteher und Führer der heiligen Gemeinde Neustadt und unserer[147] Umgebung, aller Vorstädte, die um diese Gemeinde liegen, einsetzte... und ihm die Rechte der früheren Vorsteher erteilte... zu all dem sage ich, daß diese Schüler,[148] die nach ihnen[149] kommen, aus den Wässern (der Weisheit) dieser Großen, geseg-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

net sei ihr Andenken, trinken, um wie viel weniger dürfen sie übermütig werden und sich eine Krone aufsetzen, um sich vor ihm (R. Meisterlein) großzutun ... So sprach Perez.[150]

17 (Rp. Nr. 253). Die Ursache der Übersiedlung Brunas von Brünn nach Regensburg. Sein Streit mit dem dortigen älteren Rabbiner R. Amschel Levi. Die großen Rabbiner Deutschlands und Frankreichs auf Seiten Brunas.

T. ... Denn so[151] war es auch bei mir der Fall, als ich hierher nach Regenspurk (Regensburg) kåm, *um meine Frau zu nehmen.*[152] Da war bereits der Gelehrte R. Amschel Levi s. A. da und hielt hier eine Jeschiba ... und es ärgerte ihn zu sehen, daß ich Scheidebriefe erteilte und Chalizoth vollzog, sowie geistige Herrschaft und rabbinische Funktionen ausübte. Aber es haben mir [das] erlaubt alle Lehrer von Deutschland und Frankreich, an ihrer Spitze die Gaonen R. J. Weil und R. J. Neůstadt (Isserlein),[83] G. m. s. b....

18 (Rpp. Nr. 264 und 265). Zwei Juden in Löwenberg in Schlesien haben im Streit einen dritten Juden erschlagen. Nach Ansicht Brunas kann sie nur der Himmel, nicht aber der irdische Richter strafen. Der eine Mörder bereut seine Tat und will Buße tun, der andere nicht. Bruna schreibt dem ersteren eine Buße vor, während er den anderen als minderwertigen Juden erklärt. Der Bußfertige habe noch die Erben des Erschlagenen sowie dessen Witwe wirksam zu unterstützen und sonst sein ganzes Leben lang sich mit Wohltätigkeit zu befassen.

T. (Nr. 264.) Friede sei mit Euch, heilige Gemeinschaft von Löwenberg,[153] G. m. s. b.

Betreffs des Mordes, der in Eurer Stadt geschehen ist, wo jener Frevler Nachman die Mordtat begonnen und dieser Simcha sie vollendet hat. Es sagten Zeugen aus, daß der Nachman den Nissan mit einem Messer auf den Kopf geschlagen und verwundet hat, und die Zeugen aus der Gemeinde Breslau (מרוסלויא), die von jenen Zeugen gehört hatten, [sagten aus] daß auch er (Simcha) ihn am Kopfe verwundet hat, und zwar so, daß er (Nissan) sich nicht mehr auf den Beinen halten konnte, und dann ihn am Kopfe hin und her zog, wobei Nachman dem Simcha zurief: schlage den Nissan tôt! da rannte Simcha und schlug auf Nissan mit einem Holze, „Keul"[153a] genannt, ein, bis er zu Boden fiel, auch während er vor ihm lag, schlug er ihn noch dreimal. Und Mose, Sohn Aschers, bezeugte, daß der Simcha angetrunken war und von Nissan sagte er aus, daß er ein völlig Unwissender gewesen sei, ein vollständiger Analphabetos, und nie im Leben Tefillin (Gebetkapseln) angelegt hätte, daß er gar keinen Saft[154] in sich hätte und daß er es

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

gewesen sei, der [die Schlägerei] angefangen hat, indem er zwei Hölzer nahm, um sie an Simcha zu schleudern. Und habt Ihr geschrieben, daß dieser Simcha Reue empfinde und bußfertig sei, jener Nachman aber bereue nicht und keine Buße tun wolle, sowie daß Nissan in der darauffolgenden Nacht [gestorben sei].[154a] Ihr nennt Nachman – Nachman und Simcha nennt ihr Mörder, ich aber nenne sie beide Mörder; sie sind aber nur durch das himmlische Gericht strafbar, nicht durch das irdische, denn so lehrt eine Barajta (Nachtrag zur Mischna):[155] „Haben ihn zehn Menschen geschlagen, gleichviel ob gemeinschaftlich, ob einer nach dem andern, und er ist daran gestorben, so sind sie straffrei, da die Schrift fordert, daß er (der Mörder) den *ganzen* Menschen tötet"[156] ... folglich haben sie die Todesstrafe durch den Himmel auf sich geladen, umso mehr, als sie mutwillig gehandelt haben, und wende ich auf sie beide den Bibelvers an: „Eure Hände sind voll Blut".[157] ... Und was Simcha anlangt, von dem *ein* Zeuge aussagt, daß er angetrunken gewesen sei, so hat es keine Bedeutung, so lange die Trunkenheit nicht den Grad der des Lot erreicht hat ...[158] Auch kann er nicht aus dem Grunde straflos ausgehen, weil von Nissan ausgesagt worden ist, daß er ein ganz niedriger Mensch gewesen wäre ... Sollte aber festgestellt werden, daß er bis zu dem Grad der Niedrigkeit gesunken war .. daß er Frevler zu nennen ist, so ist die Buße leichter zu gestalten. Und da er zeitlebens keine Tefillin angelegt hat, so gehört er zu denjenigen Frevlern Israels, die mit ihrem Leibe freveln (nach Rosch Haschana, 17a), und folglich ist ebenfalls [die Buße] ein wenig zu erleichtern ...

Und ist es hinlänglich bekannt, daß R. Elasar aus Worms[159] im Namen des Chassid[160] überliefert bekommen hat die Buße für einen Mörder [wie folgt]: drei Jahre Wanderung in der Fremde mit eisernen Reifen am Körper und drei Jahre ähnliche große Strapazen und schwere Entbehrungen. Aber nach dem, was ich oben dargelegt habe, scheint es mir richtig zu sein, daß diesem Simcha, der um Buße nachsucht und seine Sünde bereut, [die Buße] gemildert wird. Für den Frevler Nachman aber verordne ich keine Buße, da er diese ausschlägt und keine Reue über seine Sünde empfindet. Und solange er unbußfertig ist, sollt Ihr in den Synagogen verkünden lassen, daß er zeugnis- und eidesunfähig ist und zu keiner gemeinsamen Ritussache zugezogen werden darf, bis er Reue zeigt und um Buße und Sühne bittet, und dann, wenn ihm die Bezahlung eines Boten nach der Ferne[161] schwer fallen sollte, [schicke er][162] nach Posen,[163] und alles, was sie (die dortigen Rabbiner) ihm auferlegen werden, soll er strikte befolgen und ausführen, und es gibt (in diesem Falle) eine Hoffnung für sein Ende (Zukunft). So sprach Israel von Bruna.

(Nr. 265). Und jetzt will ich die Buße für den Simcha anordnen, nach dem, was aus dem Schreiben zu ersehen ist. Ich kenne aber den

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Mann und sein Gerede[164] und seine Natur nicht. Deshalb, wenn es den Gelehrten von Posen[165] richtig erscheinen sollte, die Buße zu verschärfen oder zu mildern, so sind sie befugt dies zu tun. Und das ist die Ordnung seiner Buße: ... für ein ganzes Jahr gehe er in die Fremde und vollziehe seine Reisen, [so aber] daß er jeden Tag die Synagoge aufsuchen kann oder wenigstens jeden Montag und Donnerstag. Er lasse sich drei eiserne Reifen anfertigen, zwei für die beiden Arme, mit denen er die Sünde begangen hat, und einen für den Leib. Beim Eintritt in die Synagoge lege er die Reifen an und trage sie während des Betens. Abends gehe er barfuß in die Synagoge und sètze sich vor „Wehu rachum"[166] neben den Vorbeter, und er werde vor dem versammelten Volke gegeißelt, und er sage mit lauter Stimme: Wisset, meine Herren, daß ich ein Mörder bin, denn ich habe den Nissan mutwillig erschlagen, daß dies meine Sühne ist und betet um Gnade für mich. Beim Verlassen der Synagoge lege er sich auf die Schwelle derselben, und das Volk schreite über ihn hinweg, ohne jedoch auf ihn zu treten. Darnach mag er die eisernen Reifen ablegen. Und er faste ein ganzes Jahr lang jeden Tag, außer an den Tagen, an denen kein „Techina" (Bittgebet) gesagt wird,[167] und am Abend esse er kein Fleisch, trinke keinen Wein und betrinke sich nicht, insbesondere meide er jene Sorte [von Getränk], von der er [am Mordtage] sich angetrunken hat, welche Angetrunkenheit zu der bösen Tat geführt hat. Er liege nicht auf Polstern und Kissen, außer am Sabbat und an Festtagen, am Chanuka und Purim. Die ganze Zeit seiner Wanderung darf er weder das Haupthaar schneiden noch den Bart scheren ... Und er wasche sich nicht mit warmem Wasser, außer am Rüsttag eines Festes, nicht aber am Rüsttag des Sabbat, nehme eine Kopfreinigung nur einmal im Monat vor und wasche seine Unterkleider nur einmal während einer Sonnenwende. Er darf keine Wirtshäuser besuchen, denn in ihnen ist zuerst die Verderbnis über ihn gekommen, auch darf er sich an keinem Spiele beteiligen, denn durch das Spiel ist er zu diesem Morde gekommen. Schimpft man ihn und ruft ihm zu: „Du bist ein Mörder!", so erwidere er darauf nichts, nehme die Schmähung mit Liebe hin und sage sich: das ist meine Sühne. Er achte besonders darauf, das „Schema" und das Achtzehngebet nicht zu versäumen und beichte jeden Tag dreimal nach der bekannten Beichtordnung und nach der Beichte sage er so: o Gott, nimm meine Buße entgegen, da ich gefrevelt und unschuldiges Blut vergossen habe, und meine Kasteiung und meine Schande, sie seien meine Sühne.

Nach Ablauf dieses Jahres faste er noch ein Jahr lang jeden Montag und Donnerstag, zeitlebens aber achte er darauf, daß er, wenn der Monat und der Tag herankommt, an dem er zu jener Zeit den Mord begangen hat, drei Tage nacheinander faste — wenn er gesund ist; ist er aber

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

schwächlich, so genügen zwei Tage, der Tag der Schlägerei und der, an dem Nissan gestorben ist. Und sein ganzes Leben lang gebe er sich mit Auslösung von Gefangenen, Liebeswerken und sonstiger Rettung von Menschen ab, um den Totschlag eines Menschen wieder gutzumachen. Auch vergleiche er sich mit seinen (Nissans) Erben, um ihnen einen ansehnlichen Betrag zum Lebensunterhalt zu geben, und er soll vor ihnen sowie der Witwe Abbitte tun. Und so kehre er zu Gott zurück, und Er wird ihn in Gnade aufnehmen. So sprach Israel von Bruna.

(Nachschrift:) Und dieser Simcha, da er reuig ist und um Buße und Sühne ansucht, ist sofort nach Antritt der Buße als unser Bruder in bezug auf jede Ritussache zu betrachten ...

19 (R. Nr. 267). Schreiben Brunas, wahrscheinlich an den Gemeindevorstand in Prag. Das häufige Vorkommen falscher Anschuldigungen gegen die Juden in Böhmen, ähnlich denen in Schlesien. Den betroffenen Gemeinden droht Lebensgefahr. Beschluß der Prager Gemeinde mit dem Rabbiner R. Elia an der Spitze, sämtliche jüdische Gemeinden Böhmens mit einer besonderen Steuer zu belegen, um Mittel zu sammeln und in Bereitschaft zu halten für den Fall des Auftauchens falscher Anschuldigungen in irgendeiner Gemeinde. Die Mehrheit der Gemeinden fügt sich der Prager Anordnung, eine Minderheit protestiert dagegen. Parteiungen in den Gemeinden. Bruna schließt sich der Prager Anordnung an, zu der er auch die gesetzliche Grundlage liefert, und mahnt zu Frieden und Einigung.

T. Es steht geschrieben:[168] Auf allen deinen Wegen denke an Ihn, und Er wird deine Pfade ebnen. Alle Wege des Menschen und seine Taten müssen im Namen Gottes unternommen werden, und er soll die Ehre der Leute nicht geringschätzen ... Deshalb ist es mir schwer wie der Tod, [Worte] gleich geschärften Pfeilen nach der Ferne[169] abzuschießen. Aber unsere Sünden haben eigenartige Geschehnisse und Unglücksfälle herbeigeführt, von denen unsere Ahnen keine Vorstellung hatten. Sie zwingen mich, diese Zeilen zu schreiben. Und ersuche ich zuerst den hervorragenden Rabbiner[170], Zimmermann, Sohn eines Zimmermanns,[171] [und dann] die Traubenkämme und die Blätter,[172] am Zipfel des Friedens festzuhalten, und er[172a] verlasse sich nicht auf seinen Reichtum und seine Macht, um bei der Spaltung der zweiblättrigen Staude[173] [untätig] zuzusehen, sondern ihr sollt alle wie ein Mann dastehen, und Gott, gesegnet sei Sein Name, wird in unserem Bunde sein, um uns vor den Ränken unserer Feinde zu retten. Und so möge Sein Wille sein.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Es ist hinlänglich bekannt, daß wenn eine falsche Beschuldigung, eine derjenigen, die sich nicht auf Geld beziehen, in irgendeiner Provinz[174] aufkommt, auch wenn nur in *einer* Stadt, so schweben alle Provinzen in Gefahr, wie es sich, bei unseren vielen Sünden, im Lande Schlesien[175] zeigt. Folglich ist das ganze Land wie *eine* Stadt zu betrachten, und wir lesen in der Mischna ...:[176] „Es können die Einwohner einer Stadt einander zwingen, eine Mauer mit Toren und Riegeln um die Stadt zu ziehen" ... sogar wenn es sich um eine Stadt in der Mitte des Landes handelt, weil zuweilen ein [fremdes] Heer bis zu ihnen vorrücken kann. Also ist es ersichtlich, daß in allen Fällen, wo es sich um Rettung [von Menschen] handelt, auch ein einzelner die vielen zwingen kann, selbst wenn es (das Eintreffen des Unglücks) ungewiß ist, um so mehr bei diesen falschen Anschuldigungen,[177] wo der Schaden augenscheinlich ist, [so ist es klar], daß wir alle [jüdischen] Einwohner des Landes zwingen können, daß sie einander geben. Wenn wir auch bei sonstigen Anschuldigungen sagen, daß sie (die Einwohner) nicht als Gesellschafter zu betrachten sind, sogar wenn sie in *einer* Stadt wohnen ..., so liegt der Fall dort anders, da es sich [dort nur] um Geld handelt; bei diesen falschen Anschuldigungen aber gehören sie alle zueinander und sind als Gesellschafter anzusehen, und sogar Waisen und Witwen müssen dazu beisteuern ... Und nicht nur wo der Mensch sich bereits in der Not befindet, wie z. B. im Gefängnis, wird er durch Zwang ausgelöst, aber auch bei einem Unglück, das erst zu kommen droht, sind sie verpflichtet, einander zu retten ... um so mehr bei dem Trachten und Tun dieser Frevler, die darauf ausgehen, die Feinde Israels (Euphemismus für Israel) in ihr Netz zu fangen, da seid ihr alle verpflichtet in die Bresche zu treten, wie es die Stunde erheischt ... Und die Notabeln der Stadt (Gemeinde) besitzen große Macht, geschweige denn eine ganze Gemeinde, umso mehr, wenn die Auserwählten der Stadt mit ihnen (den Gemeindemitgliedern) übereinstimmen und umso mehr, wenn der Führer des Landes[178] mit ihnen ist ...

Daher ist dieser Beschluß, zu dem sie in Prag gekommen sind, das sind R. Elia und die ganze Gemeinde, darunter auch einige der auserwählten Leute aus dem Lande, in den nachträglich die Mehrheit der Einwohner des Landes eingewilligt hat, nämlich in die angeordnete Umlage, [die darin besteht], daß sie einen jeden im Lande zu einem [vorläufigen] Beitrag in Form eines Darlehens verpflichtet haben, bis sie zusammenkommen und unter sich einen für jedermann billigen Ausgleich treffen[179] — eine gute Anordnung und dient dem Gemeinwohl. Deshalb stimme ich mit ihnen in der ganzen Strenge ihrer Anordnung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

überein. Denn die falschen Anschuldigungen kommen, bei unseren vielen Sünden, häufig vor, und wenn sich ein Teil von ihnen (den Juden) weigern wird [mitzuhelfen], werden sich die Streitigkeiten mehren und die Brüder trennen, und es wird Rost (d. h. Feindschaft) entstehen, und sie werden sich in Parteien spalten, und die Arbeiter werden lustlos werden, und die Lehrer werden verzweifeln, und die Arbeit wird ruhen. Folglich ist es eine große gottgefällige Sache, die zweiblättrige Staude[178] zusammenzuhalten und die Risse zu beseitigen. Aber damit haben wir begonnen und damit schließen wir, daß „alle deine Taten im Namen Gottes geschehen müssen",[180] und unser himmlischer Vater möge uns vor Feuer und Wasser retten und uns den Erlöser senden. So betet Euer Bruder Israel von Bruna.

20 (Rpp. Nr. 278, 279, 280).[181] Das herrenlose Haus in Prag, dessen Eigentümer nach Jerusalem gezogen war. Ascher Seriach, ein Verwandter des R. Nathan von Eger, ergreift Besitz vom Hause, wobei er eine dort wohnende Familie verdrängt. Nach zirka 25 Jahren protestiert der in Thüringen lebende Enkel des früheren Eigentümers, Juda aus Tachau (?), gegen diese Besitzergreifung. Der hinterbliebene Sohn des Ascher erklärt, das Haus sei von R. Nathan, der das Recht gehabt haben soll, über dieses zu verfügen, seinem Vater für gewisse Dienste übereignet worden. Juda behauptet, sein Großvater in Jerusalem hätte ihm das Haus zum Geschenk gemacht. Urkunden fehlen auf beiden Seiten. R. Leiser Passau, Rabbiner in Prag, entscheidet, daß das Haus dem Juda, der zugleich rechtmäßiger Erbe ist, gehört. R. Perez greift das Urteil R. Leisers an. Hauptargument: Juda hat während vieler Jahre keinen Einspruch gegen den Besitz der Familie Seriach erhoben. Er fordert R. Leiser auf, die Sache vor die großen Rabbiner in Wiener-Neustadt zu bringen.

T. Das Urteil des R. L. (Leiser)[182] (Rpp. Nr. 279, 280).[183]

(Nr. 279.) Und nun will ich einen Teil meiner Argumente mitteilen ...[184] Was David Seriach (זריח) vorgebracht hat, [ist folgendes]: Sein Vater Aschriel (Ascher) wäre Verwandter des R. N. (Nathan von Eger) s. A. gewesen und R. N. hätte ihn zum Verweser des Hauses eingesetzt gehabt,[185] auch hätte er (Ascher) eine Vollmacht von ihm gebracht, in welcher er ihn zum Verwalter bestellt hätte. Ferner sagte er, daß sein Vater zugleich ein Schriftstück von R. Sabbatai und seiner Frau Malka aus Jerusalem — und diese Frau Malka war die Schwester des Vaters von Juda aus Taka (Tachau?) — besessen hätte, aus dem hervorgegangen sei, daß Josef Botfus, der Vater der Frau Malka und Großvater des obengenannten Juda war,[186] dort in Jerusalem das Prager Haus seiner Tochter Frau Malka als völliges Geschenk über-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

eignet hätte, auch daß dabei noch andere Schriftstücke gewesen wären, in denen angegeben gewesen wäre, aus welchem Grunde und zu welchem Zwecke er das Haus seiner Tochter geschenkt hätte. Wiederum sagten sie (David und seine Mutter?), daß der obenerwähnte Ascher, nachdem er dort (in das Haus) eingezogen war, sich wieder zum obengenannten R. N. begeben hätte und daß dieser R. N. s. A. ihm dann einen Schenkungsbrief über das obige Haus gegeben hätte, und zwar als Entlohnung für seine Bemühungen, denn er (Ascher) war sein Sammler[187] gewesen, sowie daß R. N. dem Ascher gesagt haben soll, daß er nach seiner Ankunft in der heiligen Stadt Jerusalem,[188] sie möge in Bälde, in unseren Tagen wieder hergestellt werden, sich mit R. S. (Sabbatai) und seiner Frau Malka wegen des Hauses vergleichen wollte, denn sie hätten R. N. zum Bevollmächtigten gemacht und ihn gebeten gehabt, das Haus zu verkaufen und Geld aus diesem herauszuschlagen. Und nun, [macht David geltend], sind es schon fast 25 Jahre seitdem sein Vater Ascher und seine Mutter sich [im Hause] angesiedelt haben, ohne daß irgendeine Mahnung und Einspruch, eine Forderung oder sonstige Äußerung [seitens des Juda] gemacht worden wäre, und das sei der ganzen Gemeinde bekannt. Das ist das Wesentliche des Einwandes des David Seriach, und hat er viel leere Worte gemacht.

Gegen die von David Seriach geltend gemachte Tatsache, daß sein Vater und seine Mutter gegen 25 Jahre, mehr als die Jahre, die zur Ersitzung (Chasaka) nötig sind,[189] drin (im Hause) waren, wendete obiger Juda ein, daß hier [das Recht der] Ersitzung nicht anwendbar sei, denn es sind ja viele Länder von hier [nach Thüringen], wie bekannt ist, und dann war ja immer zwischen jenen Ländern und der hiesigen Gegend Aufruhr und Krieg.[190] Darin hat Juda recht ... Aus all dem[191] ist zu ersehen, daß bei einem Verweser das Recht der Ersitzung nicht angewendet wird, und der David behauptete ja, daß sein Vater zuerst Verweser gewesen wäre, wozu ihn R. N. bestellt gehabt haben soll, und daß R. N. selber von Frau Malka und ihrem Manne R. S. [als Bevollmächtigter] eingesetzt worden wäre. Für das alles (die Behauptungen Davids) ist kein Beweis da und keine klare Zeugenschaft. Sogar die Zeugen, die zugunsten des David ausgesagt haben, haben nur bezeugt, daß sie sich dessen erinnern, daß der Ascher Schriftstücke oder Vollmachten darüber zu besitzen angegeben hätte, daß er zum Verwalter bestellt worden wäre, — wer aber hat diese Schriftstücke gesehen oder wer hat die Unterschriften erkannt, daß sie authentisch waren? Auch ist es höchstwahrscheinlich, daß Josef Botfus das Haus seiner Tochter Malka nicht übereignet hat, denn hätte er es getan, so hätte er das Erbgut von den Kindern des Sohnes auf die Tochter übertragen, und ist es ausgeschlossen, daß ein so stark frommer Mann wie R. N. [in diesem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Falle] mit der Sache sich abgegeben hätte: es ist ja sogar verwehrt, ein Erbgut von einem mißratenen auf einen guten Sohn zu übertragen...

(Nr. 280.) Hier aber ist dem Juda, Sohne Binjamins, Sohnes des Josef Botfus, um so mehr [das Haus zuzusprechen], als er Zeugen hat, daß er der Sohn des Sohnes des J. Botfus ist. Auch besitzt er die Zeugenschaft des Chaber R. Leiser Kurnitz [darüber], daß ihm bekannt ist, daß er (Juda) Schriftstücke besessen hat, laut welchen Josef [Botfus] dem J. (Juda) das Haus als völliges Geschenk übereignet hatte, auch andere Leute haben so gesagt und bezeugt. Außerdem ist es ja bekannt, daß dieser J. der Enkelsohn des Josef Botfus und Erbe ist. Und es waren viele, viele [Leute], die bezeugt haben, daß Ascher mit Gewalt den Isaak Winkel aus dem Hause verjagt und daß Isaak [dabei] gerufen hatte: das Haus gehört dem Juda! Und dieser Isaak war ein anständiger, rechtschaffener Mann und ein Greis und genoß einen guten Ruf. Und dieser Isaak weilt nicht [mehr] dort (in Thüringen), es ist aber als Tatsache bekannt, daß er im Lande Thüringen war. Aus all diesen oben angeführten Gründen ist zu folgern, daß das Haus dem Juda gehört... Soweit R. L.

Das Urteil des R. P. (Perez)[192] *über das Haus des Juda aus Taku.*[193]

(Rp. Nr. 278.) Bezüglich des Hauses — Deine Argumente sind mir nicht einleuchtend. Zunächst was Du geschrieben und verglichen hast Thüringen und Böhmen mit Judäa und Galiläa, zwischen welchen Ländern die Bestimmungen der Ersitzung und des Einspruchs (gegen Besitz) keine Gültigkeit hatten,[194] weil zwischen ihnen (Thüringen und Böhmen) Aufruhr und Krieg herrschte, so daß kein Reiseverkehr von dem einen Lande in das andere stattfand — das gefällt mir ganz und gar nicht. Denn das war nur zur Zeit der „Gänse",[195] aber seitdem die „Gänse" aufgehört haben, ist es im Lande still geworden von den Kriegen, und es gab einen Reiseverkehr zwischen beiden Ländern, [es zogen] Hin- und Herreisende über Eger, durch welches die gewöhnliche Route ging, und die Reisestrecke der Kaufleute war: von Erfurt nach Eger — 18 Meilen[196] und ebensoviel von Eger nach Prag, im ganzen also 36 Meilen. Und in den 25 Jahren, während welcher Ascher und seine Frau und sein Sohn David auf Grund des Rechtes der Ersitzung wohnten — wie Du noch dazu geschrieben hast, daß er (David) geltend gemacht hat, daß nach R. N.[197] s. A. es viele Jahre ununterbrochen eine friedliche Zeit für den Reiseverkehr gegeben hat — ist es nicht möglich, daß Juda aus Taka davon nicht erfahren hat, so daß er vor Zeugen Einspruch erheben konnte, die es von einem zum zweiten, vom zweiten zum dritten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

weitergegeben hätten, oder durch protestierende Briefe des Isaak Winkel[198]...

Aber R. N. s. A., dem – nach den Worten des David – die Vollmacht gegeben und der darum gebeten wurde von R. Sabbatai und seiner Frau Malka, das Haus zu verkaufen, wobei sie ihm die Schenkungsurkunde schickten, laut welcher Josef Botfus das Haus seiner Tochter Malka geschenkt hatte – und wahrscheinlich war die Meinung von R. S. und seiner Frau, daß R. N. s. A. den Erlös des Hauses durch Einwechslung nach Treviso[199] befördern und von dort ebenfalls durch Einwechslung nach der heiligen Stadt Jerusalem, sie möge in Bälde, in unseren Tagen aufgebaut werden, bringen soll – von ihm ist es nicht anzunehmen, daß er, als er nach Jerusalem zog, das Haus ohne weiteres stehen ließ und davon ging... Es ist ganz und gar ausgeschlossen, daß dieser Gerechte, *der mehr als irgendeiner seiner Zeitgenossen die Thora in Israel verbreitete*, so verfahren könnte, seinem Nächsten die Gefälligkeit und diesen großen Dienst zu verweigern und ihnen (R. S. und seiner Frau) großen Schaden zuzufügen... Deshalb wenn es sich so verhält, wie der David sagt, daß R. N. s. A. Erlaubnis und Vollmacht erhielt, das Haus zu verkaufen und daß er darum gebeten wurde, neigt das Urteil dazu, daß er es dem Ascher als Entlohnung gegeben und den Gegenwert an R. S. abgeführt hat, wie er ihm versprochen hatte...

Infolgedessen sollst Du Dich nicht beeilen, den David aus dem Hause zu verdrängen, bevor Du Dich mit unseren Lehrern in Neustadt,[200] G. m. s. b., beratschlagt hast. Und schicke ihnen mein gegenwärtiges Schreiben oder eine Abschrift, denn auch ich, sobald ich freie Zeit habe, werde ihnen eine Abschrift Deines Schreibens und meines gegenwärtigen einsenden. Soweit R. P., G. m. i. b.

21 (Rpp. Nr. 277, 281, 282 und 283). Rabbinerstreit in Prag. Der Talmudgelehrte Elieser (Leiser) Passau, läßt sich in Prag nieder und beginnt rabbinische Funktionen auszuüben sowie Vorträge in der Jeschiba zu halten, gleichzeitig sich den Titel Rabbiner beilegend. Der bereits fungierende Rabbiner und Jeschibavorsteher von Prag R. Elia, der allerdings häufig von der Stadt abwesend ist, erhebt Protest dagegen. Der Konflikt wird zunächst durch ein schriftliches Abkommen, in welchem der Wirkungskreis der beiden Gelehrten abgegrenzt wird, beigelegt. R. Leiser wird eine untergeordnete Rolle zugeteilt und die Führung des Rabbinertitels verwehrt. Nach einiger Zeit überschreitet dieser die seiner Tätigkeit gezogene Grenze. Der Streit erneuert sich und nimmt häßliche Formen an. Gegenseitige Beleidigungen und Herabsetzungen. Die Gemeinde spaltet sich in zwei Parteien, und jeder der beiden Rabbiner verfügt über eine Anhängerschaft. R. Perez, der Verwandte R. Elias,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sendet einen Mahnbrief an Passau, in dem er alle seine Vergehen aufzählt und schließlich ihm unter Androhung des Bannes befiehlt, Prag zu verlassen. Isserlein und Bruna greifen in den Streit ein. Letzterer richtet ein zum Frieden mahnendes Schreiben an Passau, worin er aber ihn auffordert, sich zu unterwerfen und ihm droht, daß er im Falle des Ungehorsams sich dem Schreiben des R. Perez anschließen würde. R. Perez schreibt noch an den Gemeindevorstand in Prag und ersucht ihn, R. Elia zur Seite zu stehen. Über alle Gegner R. Elias und Anhänger R. Leisers verhängt er den kleinen, beziehungsweise schweren Bann.

T. (Nr. 277: Schreiben des R. Perez an R. Leiser Passau).

Der Zion auserwählt hat, um dort zu ruhen, möge Dir ein neues Herz und einen neuen aufrichtigen Geist schaffen, daß Du auf die Worte Deiner Lehren hörst, damit es Dir an Deinem Ende gut gehe, Du R. Elieser,[201] Gott möge Dich behüten, wenn Du gehorchst. Schauder erfaßte meinen Leib wegen der nicht guten, sondern schlechten Nachricht laut der Klage des hervorragenden Rabbiners, meines Verwandten R. Elia[202] über Deinen Rückfall in Deine frühere Schandtat des Haschens nach der hohen Stellung, indem Du Dir den Titel [eines Rabbiners] in seinem Orte beilegst und Deine Herrschaft ausübst und Dir die Rabbinerkrone aufsetzt, die auf Dein Haupt nicht paßt. Wehe dem Geschlecht, das der Fratze eines Hundes gleicht, wo der Kleine sich gegen den Großen erfrecht ...[202a] denn es sind schon viele Jahre, daß der Lehrstuhl des Rabbiners (R. Elia) obenan steht, und viele tüchtige Schüler kamen und schöpften von seinen Wässern (Weisheit)... und sein Ruf dringt in die Welt und sein Name wird immer größer... Du bist aber nicht so, sondern ein Neuling, der vor kurzem angekommen ist, und bald darauf hast Du begonnen, übermütig zu werden und Dir selber den Titel [eines Rabbiners] beizulegen... Und hast Du das übertreten, was Dir zur Einhaltung auferlegt worden war und wozu Du Dich verpflichtet hattest, nämlich daß Du Dir den Titel nicht aneignen wirst, um zur Thora mit dem Titel „morenu"[203] aufgerufen zu werden, es sei denn, daß die Großen (die großen Rabbiner) dem zustimmen.[204] Und ist dieser Übermut nicht genug für Dich, da hast Du noch begonnen, das Gebiet des obengenannten hervorragenden Rabbiners zu verletzen, der, nach dem Vorzug seiner Qualitäten über die Deinigen zu urteilen, der Lehrer Deines Lehrers sein könnte.

Und sind es schon über zwei Jahre her, daß diese Deine Sünde begonnen hat, und wahrheitsliebende Männer, die nach Frieden streben, haben sich eingesetzt, um zwischen Euch zu vermitteln und Frieden zu stiften. Und sie haben zwischen Euch ein stark bindendes Übereinkommen bei strengem Verbot [der Übertretung] zuwege gebracht, in dem sie folgendes schrieben: „Und R. E. (Elia) hat die Erlaubnis an

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

R. L. (Leiser) erteilt, daß er auch neben ihm in Prag wohnen darf, unter der Bedingung aber, daß obiger R. L. auf keine Art von Grenzverrückung das antaste, was zum Rabbineramt des obengenannten R. E. gehört, sei es in Rechtssprüchen, sei es in rituellen Entscheidungen. R. L. ist wohl befugt, Weisungen auf dem Gebiete der Speisegesetze zu erteilen, ausgenommen [von seinen Befugnissen] sind aber Sachen der Fleischuntersuchung (d. h. rituelle Untersuchung des Geschlachteten) oder Beeidigungen bei Eheverschreibungen,[105] [Entgegennahme der] Gebühren von Trauungen, [Ausstellung von] Qualifikationszeugnissen für Schächten und Fleischuntersuchung und all dgl., restlos. Es sei Grundsatz, daß wenn R. E. in Prag weilt, er sein hohes Amt ausübt, als ob R. L. nicht neben ihm wohne. Auch darf R. L. in der Zeit, wo R. E. in Prag anwesend ist, keine Jeschiba (Lehrkurse) abhalten, sondern er lerne in der Jeschiba des R. E. Ausgenommen ist die Zeit des „Perusch",[206] wo R. L. befugt ist, vor fünf Bachurim (Talmudjünger) Halacha (talmudisches Gesetz) vorzutragen". So der Text der Abschrift des Abkommens, die in meine Hände gelangt ist. Und am Fuße des Schreibens ist angegeben, daß Ihr unter Bann und Verbot[207] auf sich genommen habt, alles oben angeführte zu befolgen. Du hast aber bald den rechten Weg verlassen und gürtetest Deine Lenden, um das Gesetz zu übertreten und den Bund zu lösen und Dich über ein schweres Verbot hinwegzusetzen, auf dreierlei Art,[208] wie es Dir der Gaon, das Vorbild unseres Zeitalters R. J. Neustadt (Isserlein),[83] G. m. i. b., erklärt hat. Daher sind die Worte (R. Elias) als wahr erkennbar, daß Dein ganzes Trachten und Deine wahre Absicht ist, seine Existenz zu untergraben und seinen Verdienst zu schmälern, wie es die Sache der Trauungen zeigt,[209] zugleich in den Bereich seiner Kompetenz einzudringen, den Rabbinertitel sich anzueignen, einen Lehrstuhl in der Jeschiba [zu errichten][210] und ihn von dort zu verdrängen, denn er kann mit Dir unter einem Dache nicht beisammensein, wie es jedermann einsieht, da Du ein streitsüchtiger Mensch bist, und das nicht nur von jetzt, sondern es war dies Deine Gewohnheit [noch] in früheren Tagen, zu Lebzeiten des Gaon R. J. Weil s. A.

Auch kann die Gemeinde Euch beide nicht tragen, daß Ihr [dort] zusammen sitzet... Du häuftest noch Frevel auf Deine Sünde durch Deine Geringschätzung, Gesetzverachtung und die große Ehrverletzung, die Du öffentlich in der Synagoge begangen hast. Während er (R. Elia) zur Thora aufgerufen werden sollte, wie es in allen Orten der Diaspora Sitte ist, daß der Rabbiner nach dem Bräutigam zu Ehren des letzteren aufgerufen wird, [ungeachtet] des Kaufes der „Mizwot",[211] und warst Du Sagan[212], hast aber ihn nicht aufrufen lassen. Also hast Du eine Verordnung der Weisen übertreten, um ihn öffentlich zu beleidigen, denn es gibt keine größere Verhöhnung, Gesetzverachtung und Beleidigung, als

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

das. Schon allein deswegen erheischt das Gesetz, Dich in den Bann zu tun und eine Strafe von einem Pfund in Gold büßen zu lassen.[213] Um wieviel mehr [hast Du Strafe verdient], als Du das [mit] Verbot und Bann [belegte Abkommen], das zwischen Euch getroffen worden war, verletzt und Dich so benommen hast, als ob Du Gott täuschen wolltest, indem Du die Worte (des Abkommens) verdreht und in sie einen anderen Sinn hineingelegt hast, zu Deinen Gunsten. Schließlich ist aber Deine Schande aufgedeckt worden, die jene drei gewählten, im Schreiben (des Abkommens) genannten glaubwürdigen Männer erkannt und den Wortlaut des Niedergeschriebenen nach seinem [wahren] Sinne ausgelegt haben, zu Gunsten des R. E., G. m. i. b. Und sogar Schulkinder hätten sich darin nicht geirrt, die Worte so zu deuten, wie Du sie auslegst. Also bist Du erkannt worden als Wortverdreher und Gesetzübertreter im vorhinein, und daher sehe ich nicht bei Dir die Gepflogenheiten der Kollegialität und die Richtschnur eines Schriftgelehrten ... Und was das Verbot und den Bann (womit das Abkommen belegt wurde) betrifft, so hast Du auf die Ehre Deines Schöpfers nicht geachtet, dessen Siegel die Wahrheit ist, und jetzt ist die Wahrheit bei Dir nicht vorhanden, und der Name Gottes wird durch Dich entweiht.

Auch hast Du in Deinem Hochmut nicht nach dem Recht gelehrt und nicht nach dem Gesetz geurteilt in der Sache der Streitigkeiten zwischen Juda aus Taka und Frau Seriach mit ihrem Sohn David wegen des Hauses.[214] Du hattest mir Dein Urteil geschickt und ich habe es angefochten durch Widerlegungen, die jeder Sachverständige richtig finden wird, und verwarnte Dich, keine Vollstreckung vorzunehmen, bevor daß Du Dich mit unseren Lehrern in Neustadt[200] beratschlagt hast, [und bat Dich] ihnen Dein Urteil und meine Erwiderung zu senden. Du hast aber darauf nicht geachtet, und ich war in Deinen Augen wie ein Irreführender und meine Worte [waren] zum Spott und Gelächter, und hast Du die Vollstreckung Deines Fehlurteils veranlaßt ...[215]

Auch gellen mir die Ohren von den vielen Stimmen und den Worten derjenigen, die von Dir bekunden, wie sehr Du die Ehre des hervorragenden Rabbiners (R. Elia) verletzest, der die Thora in Israel verbreitet und zu dem, von seinem Rufe angezogen, Scharen von Talmudbeflissenen aus allen Orten der Diaspora zusammenströmen, Du aber schmähst und verleumdest ihn überall, und das alles [tust Du] aus Deinem Hochmut, Deiner Grobheit, Deiner Gier und Deinem Hoheitsgelüste ... Folglich hast Du [es verdient], daß die Eiferer Dich treffen und vom Rabbineramt absetzen. Und wenn unsere Lehrer auf mich hören möchten, würden sie Dich von jeder mit der Würde eines Rabbiners verbundenen Sache fernhalten, daß Du nicht vornimmst Ehescheidungen, Trauungen und Chă-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

lizoth, sowie Freigabe von Erstlingen[216] und daß man Dich nicht mit dem Titel „morenu" zur Thora aufruft, bis sie sich davon überzeugt haben, daß Du Dich nach den Regeln des Rabbinertums und der Kollegialität und nach den Richtlinien der Schriftgelehrten aufführst und bis Du Dich zu dem hervorragenden Rabbiner, meinem Freunde R. J. Bruna, G. m. i. b., oder zu einem anderen Rabbiner von den Großen des Zeitalters begibst [und Dich von ihm prüfen läßt], damit er an Dir erkennt, daß Du in allen Gesetzen und Vorschriften, in Talmud und Dezisoren bewandert und geübt und der praktischen Anwendung der Lehren gewachsen bist, daß nicht viele von Deiner Hand Erschlagene fallen.[217] Bis nun habe ich Deine Sünde dargelegt und Dir erklärt.

Jetzt will ich Dir das Urteil über Dich verkünden. Da R. E. (Elia), G. m. i. b., von Anfang an Dich unter der Bedingung eingesetzt hat, daß Du sein Gebiet nicht verletzest und in seine rabbinische Amtstätigkeit nicht eingreifst und da auch später im Schreiben, das zwischen Euch ausgefertigt worden ist (s. o.), Dir nur unter dieser Bedingung erlaubt worden ist, dort zu wohnen, Du aber das Verbot übertreten und Dich in den Bann verstrickt hast, den Du auf Dich *genommen* hattest ... daher, aus allen diesen Gründen ... erheischt das Gesetz, daß die hohe Würde von Dir fernbleibt und daß Du vor ihm (R. Elia) zurückgestellt wirst. Und ganz abgesehen von all dem Angeführten, fordert das Gesetz, daß der Kleine vor dem Großen zurücktritt.

Infolgedessen steige schnell von dort herunter, denn auch bei Ebenbürtigen ist es nicht statthaft, daß zwei Könige sich *einer* Krone bedienen, umso weniger, wenn sie nicht ebenbürtig sind und der geringere als Ankläger auftritt und den größeren zu verdrängen sucht, vor dem er zurückgestellt werden soll. Und also befehle ich Dir kraft des dreifachen Bannes,[218] daß Du von dort wegziehst und Deine Wohnung nach einem anderen, entfernten Orte verlegst, damit dort keine Grenzverrückung stattfindet. Und bald, innerhalb acht Tagen nachdem mein Verwandter, der obengenannte R. E., G. m. i. b., Dich gemahnt hat, sollst Du Deinen Weg zurechtlegen und Dich reisefertig machen für den Zeitpunkt, den Dir jene Männer, die im Schreiben (des Abkommens) genannt sind, bestimmen werden, und zwar nach ihrem Ermessen der Zeit, in welcher Du Deine Angelegenheiten ordnen kannst, um zu jenem Zeitpunkt reisefertig zu sein. Wenn Du aber bei Deinem Hochmut übermütig wirst und uns den Rücken wendest, so bist Du sofort, von nun an und weiter in den Bann getan und abgeschieden von der Stadt (Gemeinde) und jeder Sache des Ritus; weder darfst Du zu den Zehn (Minjan) noch zum gemeinsamen Tischgebet mitgezählt werden, und es darf niemand mit Dir in Berührung kommen, weder im Geschäft noch im Unterricht, und man darf im Umkreis von vier Ellen um Dich nicht sitzen. Und wer den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zaun durchbricht und eines dieser Verbote übertritt, sei dem Bannfluch preisgegeben wie Du.

Auch inbetreff des Hauses[214] sage ich von Dir: wie überheblich ist dieser Mensch, daß er eine Tatsache vollzieht nach seinem Lehrsatz und seinem falschen Urteil, ausgehend von fadenscheinigen Beweisen und unrichtigen Gründen, wie ich es dargetan und gegen Dich eingewendet habe, mit klaren und richtigen Argumenten und Vernunftgründen, woraus alle Kenner der Vernunftschlüsse ersehen werden, daß Du Dich im Beth-Hamidrasch (d. h. in der Lehre) nicht zurechtfindest. Daher befehle ich Dir unter Androhung des dreifachen Bannes, daß Du von Deinem Urteil zurücktrittst und zusiehst, daß das Haus an seine früheren Besitzer, das sind Frau Seriach und ihr Sohn David, zurückgeht. Oder Du tust es noch heute so, wie ich Dir im vorigen Jahre geschrieben habe, daß Du Dein Urteil zusammen mit meinem Schreiben, das meine Anfechtung enthält, das Original oder dessen Abschrift, beglaubigt durch die Unterschrift der obengenannten drei glaubwürdigen Männer,[219] an unsere Lehrer in Neustadt, G. m. s. b., schickst, oder an den hervorragenden Rabbiner, dessen Name unter den Größen des Zeitalters zählt, meinen Freund R. J. Bruna,[220] G. m. i. b., und wie die entscheiden werden, so soll es bleiben.

Und wundert es mich sehr über den genannten hervorragenden Rabbiner! [Nach][221] welchem schriftlichen Übereinkommen richtet er sich, daß er sich davon zurückhält, Dir zu widersprechen? Da doch sogar ein Schüler, der zu Füßen seines Lehrers sitzt, nicht schweigen darf, wenn er merkt, daß sein Lehrer sich irrt ... um wieviel weniger soll ein Lehrer, der sieht, daß sein Schüler[222] falsch urteilt, das unwidersprochen lassen. Und da das beschworene sinaitische Gesetz ihn [dazu] verpflichtet, so hat eine eingegangene Übereinkunft, Deinem Urteil nicht entgegenzutreten,[223] keine Gültigkeit. Folglich lastet auf ihm die absolute Pflicht, Deine Ausführungen zu widerlegen und der Frau und ihrem Sohne mit allem, was er kann, zu ihrem Rechte zu verhelfen, daß sie vor ihrem Plünderer gerettet wird. Und wäre ich dessen würdig, so hätte ich ihm das [zu tun] befohlen, aber bei seiner überragenden Größe habe ich nicht den Mut, Herrschaft über ihm auszuüben, setze aber mein Vertrauen in ihn, daß er meine Worte annehmen und ihm (David Seriach) unter Anstrengung aller seiner Kräfte helfen wird.

Und ersuche ich alle unsere Lehrer, insbesondere den erhabenen und hervorragenden Alluf,[224] meinen Freund R. I. Bruna, G. m. i. b., dessen Stadt dieses Schreiben[225] zuerst passiert, daß er den Anfang macht und mir seine Zustimmung gibt zu all dem, was oben dargelegt ist, und danach [mögen zustimmen] alle unsere Lehrer, G. m. s. b., in deren Hände dieses mein Schreiben oder die Abschrift desselben gelangen wird, damit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

alle wissen, daß es Richter gibt in Israel. Und flehe ich zu Gott, dessen Weg vollkommen[226] ist, Er möge Frieden reichlich spenden und diejenigen segnen, die Seine Lehre befolgen und den geraden Weg gehen, und mögen sie für alle Ewigkeit das Land Kanaan[227] erben. Der Flehende, ein Wurm und kein Mensch.[228] Abgeschrieben Buchstabe für Buchstabe vom Originalschreiben des R. P. (Perez), G. m. i. b.[229]

(Rp. Nr. 281: Schreiben Brunas an R. Leiser Passau.)

Dessen Name Friede ist,[230] Er leite Dich auf den Weg des Friedens, mein lieber R. Elieser von Passau, er lebe.

Es sind all die Deraschoth[231] allgemein bekannt, die unsere Talmudlehrer, gesegnet sei ihr Andenken, an das Wort Schalom (שלום = Friede) geknüpft haben... Deshalb habe ich Dir vielmals geschrieben, Du sollst am Zipfel des Friedens festhalten. Und durch den Mund des Alluf,[232] G. m. i. b., habe ich Dir angesagt, Du sollst von Zank und Streit gegen den hervorragenden Rabbiner R. Elia, G. m. i. b., lassen.

Und verwarnte ich Dich bereits, als Du mich in Regensburg aufsuchtest [und sagte], daß ich viele Schreiben nach dem Lande Böhmen und nach Prag gesandt und unter Androhung des Bannes befohlen hatte, daß niemand sein (R. Elias) Gebiet verletze. Und darnach sah ich die Meinung unseres Herrn und Meisters, des Gaon R. I. (Isserlein),[233] G. m. i. b., seine Ansicht und seinen Rat an Dich, diesen Streit aufzugeben, denn unsere Lehrer (die großen Rabbiner), G. m. s. b., werden Dir nicht recht geben und auf Deine Tüfteleien nicht eingehen und sich in zweifelhafte Deutungen eines durch Bann (für den Übertreter) erhärteten Abkommens nicht einlassen. All dies hast Du aber [nicht][234] beachtet und verharrtest im Streite, der nicht im Namen Gottes [unternommen war], sondern um den obengenannten Rabbiner aus seiner Jeschiba und seiner Lehrtätigkeit zu verdrängen und Parteien und Bünde zu bilden und seine Leute und Freunde ihm abspenstig zu machen, ihn in üblen Ruf zu bringen und Dir selbst einen Namen zu machen: „sehet, ich streite gegen R. Elia, also bin ich ihm ebenbürtig!“ Und sah ich, daß alle der Lehre Beflissenen und Bachurim, die in Prag waren, zu ihm (R. Elia) halten und Freude an ihm haben und Deiner spotten, daß Du gegen ihn auftrittst. Du aber kränkst ihn, indem Du ihn „Elia“, „Elia“ nennst[235] und kümmerst Dich nicht um die Geringschätzung aller Gelehrten... Siehe, was Dir auf dem Wege, den Du gegangen, zugestoßen ist, daß der große Eiferer, der für die Ehre Gottes eifert, der Greis R. Perez, G. m. i. b., Dich getroffen und Dir eine große Last auferlegt hat, die Du nicht tragen kannst, schwere, ungeheure Strafen, daß jedem, der davon hört, die Haare am Kopfe sich sträuben, all seine Glieder erzittern und seine beiden Ohren von der Stimme des Rufers gellen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Und ich, der Mann, was soll ich mit meinen Gedanken tun, wenn ich mich an seine Ehrwürden, meinen Lehrer und Meister, den hervorragenden Rabbiner R. David Schweidnitz s. A.,[236] der mich auf seinem Schoße groß gezogen hat,[237] erinnere? und was soll ich für meine eigene Ehre tun[238] und die Ehre meines Schülers? [denn] auch ich habe Dir Ordination erteilt mit meinem Schreiben. Und wenn ich mir das vergegenwärtige, spricht zu mir mein [anderer] Gedanke: und was aber gedenkst Du für die Ehre des Greises, des Hauptes des Exils, R . . .,[239] G. m. i. b., zu tun? und was aber gedenkst Du für die Ehre des hervorragenden Rabbiners, deines Kollegen und Freundes R. Elia, G. m. i. b., zu tun? [Also] sagte ich mir: es ist gut, du hältst an diesem und läßt auch von anderen nicht,[240] besser von beiden ist es aber an der Gottesfurcht festzuhalten, für den Namen Gottes zu eifern und den Streit aus der Welt zu schaffen und den Frieden zu befestigen und das getroffene Abkommen nach seinem einfachen Sinne ohne Einwendung zu bestätigen. Wer aber den einfachen Wortsinn bestreitet, muß den Beweis (durch Zeugen) erbringen.

Deshalb befehle ich Dir [unter Androhung] des dreifachen Bannes, daß Du das Gebiet R. Elias nicht verletzen sollst, durch keine wie immer geartete Grenzverrückung, weder im allgemeinen noch im einzelnen, weder in der Jeschiba noch bei Trauungen, weder im Schächten noch in Fleischuntersuchung,[241] noch bei der Schwurabnahme von Frauen[242] u. dgl., in keiner [dieser] Sachen, es sei denn mit Genehmigung des R. Elia, G. m. i. b.

Und R. E., G. m. i. b., ersuche ich und flehe ihn an, daß auch er Nachsicht übe und Dich so behandle, wie es sich für die Ehre des Rabbiners, das Ansehen der Gemeinde, ihrer [vornehmen] Leute und Gelehrten geziemt.

Solltest Du aber, Gott behüte, uns nicht gehorchen, uns den Rücken kehren und unsere Worte als null und nichtig abtun und nicht hören auf den Rat des Gaon R. I. Neustadt (Isserlein),[83] G. m. i. b., und auf R. Perez, G. m. i. b., wie auf den Befehl R. Elias, G. m. i. b., und auf den unsrigen, und so gegen Deine Lehrer streiten, so würdest Du mich zwingen, mich dem strengen Inhalt des Schreibens des R. Perez anzuschließen. Bin aber dessen sicher . . .[243] zu Deinem Besten und Deiner Ehre, und mögest Du im Wohnhaus des Friedens ruhen . . . So sprach Israel von Bruna.

(Nr. 282–83: Schreiben des R. Perez an den Vorstand der jüdischen Gemeinde in Prag.)

(Nr. 282.) Sie seien gesegnet mit dem dreimaligen Segen,[244] die Edlen des Landes, [Vorsteher] der heiligen Gemeinde in Prag, G. m. s. b.

Sehet was ich geschrieben habe an den streitsüchtigen Mann R. Elieser Passau[245] wegen seines Haschens nach der hohen Stellung, daß er fort-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

während auftritt gegen den hervorragenden Rabbiner, meinen Verwandten R. E., G. m. i. b. Dessen kleiner Finger ist ja dicker als seine (Passaus) Lenden und dessen Nagel breiter als sein Wanst,[246] er (Passau) aber sucht immer wieder und trachtet fortwährend darnach, in sein (R. Elias) Gebiet einzudringen und ihn von dort zu verdrängen. Ihr aber seid stark und energisch, um meinem Verwandten, dem Rabbiner, G. m. i. b., zur Seite zu stehen, ihn zu stützen und in seiner Stellung aufzurichten und die Absichten des hochmütigen Verfolgers zunichte zu machen. Und jeder Denkende unter Euch soll einen jeden dazu anhalten. Sollten sich aber unter euch, Gott behüte, Giftkraut und Wermut treibende Wurzeln (schlechte Menschen) finden, die zur Seite R. E. Passaus neigen, so sei dieser Mensch in den Bann getan und abgeschieden von jeder Sache des Rituals. Auch falls R. E. P. (Passau) in seinem Trotze verharrt, ohne sich an meinen Befehl, daß er von dort wegziehe zu kehren, und ohne meine [angedrohte] Strafe zu beachten, so achtet darauf und schärft es auch den anderen ein, sich von ihm fernzuhalten, wie ich ihm geschrieben habe,[247] und wer den Zaun durchbricht und das nicht befolgt und sich von ihm nicht entfernt, der sei vom Banne getroffen wie er. Und auch im Falle, daß er sich dazu bereit erklärt, seinen Wohnsitz aufzugeben, darf er jedoch solange er dort weilt, keine wie immer geartete rabbinische Tätigkeit ausüben, weder im Punkte Trauungen noch in der Sache der Ausstellung von Qualifikationszeugnissen für Schächten und Fleischbeschau, um so weniger in Sachen von Ehescheidungen und Chalizoth, [auch darf er] weder rituelle noch rechtliche Entscheidungen treffen. Und wer sein Herz abwendet und nicht gehorcht und sich in diesen Sachen an ihn wendet, ohne die Genehmigung des hervorragenden Rabbiners R. E. (Elia), G. m. i. b., den soll der dreifache Bann treffen.

(283.) Auch beklagt sich der obengenannte Rabbiner (R. Elia) über die Synagogendiener, daß sie den Bann gebrochen haben, unter dem er ihnen dreimal befohlen hatte, Zeugnis abzulegen,[248] sie weigerten sich aber [das zu tun] und hörten auf R. E. P. der es ihnen verwehrt hatte, und dadurch haben sie eine große Strafe verdient. Deshalb verwarne ich sie [und sage], daß sie mit sich selbst Erbarmen haben und sich beeilen sollen, sich vor der Strafe dadurch zu retten, daß sie Buße tun und eine Sühne ihrer großen Sünde auf sich nehmen, sich vor ihrem Schöpfer, gesegnet sei Er, demütigen und von Ihm Vergebung und Erlaß erflehen. Wenn sie aber, Gott behüte, das unbeachtet lassen, so werden sie sehen und erfahren, daß ihre Sünde sie trifft. Und habe ich gehört, daß vordem das üble Gerücht von ihnen ging, daß ihre Zeugenaussage[249] als falsch befunden wurde. Wenn sie also jetzt hartnäckig bleiben, so wird ihnen die erste Sünde zusammen mit der letzten zur Last gelegt werden ...

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Und dieser Meir Levi, der die Stirn hatte, öffentlich dem Rabbiner (R. Elia) zu drohen, daß er ihn in seinem Bette erschlagen werde, wenn auch unsere Talmudlehrer, gesegnet sei ihr Andenken, gesagt haben, daß ein Mensch gewöhnlich seine Drohungen nicht ausführt, so gibt es doch aber keine größere Schmähung, Gesetzverachtung und Zügellosigkeit, als das, weshalb er mit dem Biß der Schlange[250] gestraft werden soll. Und sie bleibe an seinen Fersen haften und lasse nicht ab, bis er sein Vergehen nach Bestimmung des Rabbiners (R. Elia) oder der großen Tamariske (hervorragenden Talmudgelehrten), des tüchtigsten unter den Gelehrten, meines Freundes R. I. Bruna, G. m. i. b., gutgemacht hat ...

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN

[1] Wir benützen hier das „Responsenwerk des R. I. von Bruna" (Sefer schecloth und teschuboth mohari mi-bruna), 2. Ausgabe, Stettin 1860.

Das Werk zählt 283 Responsen-Nummern (wobei einzelne Nummern keine eigentlichen Responsen darstellen), enthält aber in Wirklichkeit 285 Stücke und ist mit Glossen und Register, die einem Jerusalemer Gelehrten namens Jechiel Jakob *Eljakim* (letzteres ist Familienname) zum Verfasser haben, versehen. Von der obengenannten Zahl gehören aber 15 Responsen: Nr. 28, 33, 53 (Anfang), 56, 58, 59, 60 (2. Hälfte), 89, 90, 91 (Anfang), 92, 130, 131, 183, 227 (2. Hälfte) Isserlein und 10: Nr. 5, 7, 29, 35, 54, 67, 68, 86, 87, 195 (b) — Jakob Weil, sowie einige wenige anderen Autoren.

Die erste Ausgabe erschien 1798 in Saloniki (sie ist uns ebenfalls vorgelegen). Die Inhalte der beiden Ausgaben decken sich, und wenn die Salonikier 284 Rpp.-Nummern zählt, so hat es nichts zu besagen, da in beiden Ausgaben die Numerierung fehlerhaft ist. Sowohl die erste als die vorliegende Ausgabe sind sehr verderbt. Der Stettiner Herausgeber rühmt sich zwar in seiner Vorrede, sämtliche Fehler der Salonikier Ausgabe beseitigt zu haben, in Wirklichkeit aber hat er nur sehr wenige, meistens geringfügige Fehler dieser Ausgabe berichtigt, dagegen viele neue Fehler in seine Ausgabe hineingetragen, die auf Unkenntnis oder ungenauem Lesen des Salonikier Textes beruhen. Die Folge davon ist, daß auch die neue Ausgabe von Text- und Druckfehlern wimmelt, die zum großen Teil den Sinn des Gesagten entstellen, wie auch Verwirrung in bezug auf Daten und Namen verursachen, wodurch die Benützung sehr erschwert ist. Die von Steinschneider (HB. III, S. 25f.) und Brann (MGWJ. 1903, S. 569ff.) angeführten Fehler dieses Buches zusammengenommen bilden nur einen kleinen Bruchteil der tatsächlich in ihm vorhandenen Korrupteln. Diese außergewöhnliche, sogar in der Responsenliteratur des Mittelalters einzig dastehende Verderbnis des Textes hat zwei Ursachen. Die eine bildet der große zeitliche Abstand von der Niederschrift der Responsen bis zu ihrer Drucklegung, der über zwei Jahrhunderte ausmacht. Während dieser langen Zeit wurden die Responsen abgeschrieben, und jeder Abschreiber trug seine Fehler in den Text hinein, die von einem Kopisten auf den anderen kamen. Die zweite und wohl Hauptursache besteht darin, daß den sefardischen Buchdruckern in Saloniki die üblichen Formen und Ligaturen der aschkenasischen Kursivschrift, in der das ihnen vorliegende Manuskript geschrieben war, nicht geläufig waren, ebenso wie die darin vorkommenden Orts- und auch manche Personennamen ihnen unbekannt waren. Dazu kam noch der sehr schwierige Stil Brunas und einiger seiner Korrespondenten. So sagt E. H. Weiß (V, S. 262): „Und es scheint, daß nicht wenig Schuld daran (an der Verderbtheit des Textes) der Verfasser selber hat durch die Schwierigkeit seiner Sprache. Die meisten deutschen Autoren (von Responsen) besaßen nicht die Fähigkeit, ihre Worte richtig nach den Regeln der Sprache zu stilisieren, er (Bruna) aber hat darin alle übertroffen." Auch bei der Anordnung der Responsen sind grobe Fehler begangen worden. Zuweilen steht die Antwort vor der Anfrage (so in den Nr. 278 und 279 bis 280). Auch die Numerierung ist stellenweise fehlerhaft. Manches Responsum ist in zwei Nummern geteilt, wie z. B. Nr. 228 und 229 (wo außerdem 229 vor 228 gehört), ebenso Nr. 259 und 260, die je *ein* Responsum bilden. Auf Seite 100b fehlt überhaupt die Nummer des Rp. an Mose Menz. Da, wie aus Rp. Nr. 61 (Bl. 28b, 3. Zeile v. u.) hervorgeht, Bruna selber die Responsen gesammelt und zusammengefügt hat, so sind auch diese Fehler den Kopisten und Druckern zuzuschreiben.

[2] So zeichnet er zweimal im Rp. Nr. 53, sonst gewöhnlich: Israel von Bruna. Auch sein Vater war also ein den Rabbinertitel innehabender Talmudgelehrter.

[3] Bruna = Brünn, der Name bezieht sich also auf die Stadt, in der er zuerst durch eine Reihe von Jahren als Rabbiner wirkte. Er wird auch Israel

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Brünn genannt (Rpps. d. Mose Isserls Nr. 28 und Zemach David I, z. Jahre 213).

[4] Daß er 1476 noch am Leben war, wissen wir authentisch, denn in diesem Jahre hat er sich in Prag aufgehalten (s. u. und A. 23).

[5] Sieh über ihn M. Brann, Gesch. d. Juden in Schlesien, S. 74ff. Nach Isserlein (Pes. Rp. Nr. 128) starb er als Märtyrer seines Glaubens. Bruna erwähnt ihn als seinen Lehrer in den Rpp. Nr. 73 und 281. Aus letzterer Stelle ist zu ersehen, daß er sein Hauptlehrer war.

[6] S. Rp. Nr. 18 (vielleicht ist der im Rp. Nr. 188 angeführte R. Meir, der gegen die Bannung war, mit diesem identisch). Ob nicht dieser Lehrer der im Seder Haget des Juda Menz (Nr. 37, 58 und 120) angeführte R. Meir aus Znaim ist? Da Bruna auf der Jeschiba in Olmütz (s. u.) war, so ist es naheliegend, daß er auch in Znaim gelernt hat.

[7] S. Rpp. Nr. 31, 32, 88 (Bl. 38b) und Nr. 272. Daß Bruna auch Schüler von R. Jakob Weil war, wie Grätz behauptet, ist durch nichts bewiesen. Die Tatsache, daß Weil ihm die Approbation zum Rabbiner erteilt hat (Pes. Nr. 128) beweist noch nicht, daß er sein Lehrer war. Dagegen haben wir einen indirekten Beweis, daß er bei Weil nicht gelernt hat. Denn in Rp. Nr. 66 (Bl. 32b), wo er Jakob Weil und unmittelbar nach ihm Isserlein anführt, tituliert er den letzteren „mein Lehrer und Meister", während er Weil diesen Titel nicht beilegt. Vgl. a. Freimann, Nr. 65.

[8] S. Freimann a. a. O., Nr. 82, der Salomo Luria zitiert.

[9] S. A. 152, wo wir den Nachweis für diesen Zeitpunkt führen.

[10] So in Rpp. Nr. 53, 128, 167, 267 (Böhmen) und Nr. 57, 193, 195 (a), 196 (Mähren). In letzteren drei Rpps. (wahrscheinlich auch noch in Nr. 197) tritt als Korrespondent ein R. Jakob Levi aus Znaim auf.

[11] S. Rpp. Nr. 7 und 231, sowie Rpps. Mose Menz, Rp. Nr. 76.

[12] Der Zeitpunkt dieser Begebenheit läßt sich folgendermaßen feststellen. Bruna berichtet über diese Angelegenheit in einem Schreiben an R. Kaschriel (Rp. Nr. 268), der aus Deutschland nach Posen ausgewandert ist. Kaschriel, der dort rabbinische Tätigkeit auszuüben suchte, lag im Streite mit R. Mose aus Halle, der sich früher dorthin begeben hatte und bereits als Rabbiner fungierte (Bruna und Isserlein sollten in der Sache vermitteln). Da R. Mose erst nach den 1458 in Halle ausgebrochenen Judenverfolgungen nach Polen auswanderte (s. Brann, MGWJ. 1903, S. 571), da er ferner sich zuerst in Peisern an der Warthe niederließ und von dort nach Posen flüchtete, so ist anzunehmen, daß er erst 1459 nach Posen kam. Mithin wird R. Kaschriel, der nach ihm nach Posen übersiedelte, im Jahre 1460 sich dort niedergelassen haben, aber auch spätestens, denn Bruna kann an ihn nicht später als in diesem Jahre geschrieben haben. Das geht aus folgenden Worten des Schreibens hervor: „... und ich bin voll Sorgen und verwirrt und nicht aufgelegt, doch habe ich Dich im Auge behalten und an den Gaon (Isserlein) Deinetwegen geschrieben. Und der Gaon ist betrübt und schwach, so daß er nicht schreiben kann." Da Isserlein 1460 starb, so ist der Brief spätestens in diesem Jahre geschrieben. Die Bemerkung, daß Isserlein so schwach sei, daß er nicht mehr schreiben kann, bestätigt noch weiter, daß der Brief in dessen Todesjahre, also 1460, geschrieben worden ist. Da Bruna in diesem Schreiben unter dem frischen Eindruck der Verhaftung steht, so folgt daraus, daß diese ebenfalls in diesem Jahre geschehen ist.

Was die Ursache der Verhaftung anlangt, so bringt sie Grätz in Verbindung mit der Krönungssteuer, die Kaiser Friedrich III. 1456 den Juden Regensburgs auferlegte, wobei er von ihnen den „dritten Pfennig", d. h. den dritten Teil ihres Vermögens forderte und diese Forderung 1458 wiederholte. Nach Grätz sei Bruna auf Befehl des Kaisers verhaftet worden, und die Verhaftung soll den Zweck gehabt haben, den „Judenmeister" zu veranlassen, daß er durch Androhung des Bannes die Gemeinde zwinge, die geforderte Krönungssteuer an den Kaiser abzuführen. Dabei stützt er sich auf die Worte Brunas in seiner Erzählung: „und das Malchut (מלכות) hielt mich 13 Tage im Turm in Haft", indem er das Wort „Mal-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

chut" als Kaisertum (oder kaiserliche Kommissare) deutet. Gegen die Annahme Grätzs ist aber einzuwenden: 1. Malchut bedeutet nicht bloß Kaisertum (richtiger: Reich), sondern überhaupt — und namentlich in der rabbinischen Literatur —: Staat, Obrigkeit oder Behörde. Der Befehl der Internierung braucht also nicht vom Kaiser oder seinen Kommissaren ausgegangen zu sein, sondern von irgendeiner öffentlichen Behörde, z. B. dem städtischen Rate. 2. Wäre die Kombination Grätzs richtig, so wäre es unverständlich, warum das Vermögen Brunas konfisziert wurde. Um den oben angegebenen Zweck zu erreichen, hätte doch die Internierung des Rabbiners allein genügt. 3. Aus den unmittelbar dem obigen Zitat vorangehenden Worten: „und man *denunzierte* und lieferte mich mit Person und Vermögen dem Malchut aus" ist zu ersehen, daß die Verhaftung und die Konfiskation des Vermögens auf Grund einer Denunziation vorgenommen worden ist (auch Güdemann, III, S. 21, spricht hier von einer Denunziation). Aus diesen drei Einwendungen, namentlich aber aus der letzten, geht zur Evidenz hervor, daß es sich hier um eine gegen Bruna persönlich erhobene Anschuldigung handelt und nicht um die Absicht des Kaisers, einen Druck auf die jüdische Gemeinde auszuüben. Es ist also eine Privatangelegenheit Brunas und steht mit der Krönungssteuer in keinem Zusammenhang. Worin die Denunziation bestand, ist im Schreiben Brunas an R. Kaschriel nicht angegeben.

[13] Auf Vorstellungen und Bitten der Juden Böhmens. Nach Grätz war der böhmische König „mehr gefürchtet" in Regensburg, als der „machtlose" Kaiser.

[14] S. Rp. Nr. 33, Ende, und Rp. Nr. 277, Bl. 116[a].

[15] Rp. Nr. 55 auf eine Anfrage aus Krakau.

[16] Rp Nr. 73, das mit den Worten beginnt: „Ich bin gefragt worden von einem reichen Manne aus dem Lande Russia." Unter „Russia" ist aber hier nicht das gegenwärtige Rußland zu verstehen, sondern das Land der Ruthenen, hauptsächlich das heutige Ostgalizien, das früher Reußen oder Rot-Reußen (weil die dortige Erde rot, d. h. lehmig ist) geheißen hat. So sagt die polnische Enzyplodädie „Wielka Enzyklopedia Powszechna" (XLIII) über Lwow (Lemberg): „niegdys stolica Rusi Czerwonej", d. h. ehemals die Hauptstadt von Rot-Reußen, und dort weiter: „stolica Rusi" — die Hauptstadt Reußens. Lateinisch wurde Reußen im Mittelalter terra Russia genannt. Josef Kolon spricht in seinem Rp. Nr. 184 von Lanbert beziehungsweise Lambert (Lemberg, s. A. 153) im Lande Russia. Und wenn „Or Sarua" (4. Teil, Bl. 19[a]) berichtet, daß R. Elieser aus „Praga" in „Russia" war, so ist kaum anzunehmen, daß er im 12. Jahrhundert eine Reise nach dem fernen Rußland unternommen hat. Im 17. Jahrhundert wird im Responsum (Zemach Zedek von Mendl Krochmal aus Nikolsburg, Nr. 14) auch Podolien und Wohlynien in der Ukraine (Nemirow und Wladimir-Wolynsk, wo Lipmann Heller Rabbiner war) als das „Land Russia" bezeichnet. Das eigentliche Rußland aber (Großrußland) führt in der Literatur des Mittelalters und noch viel später den Namen „Moskovia". S. dazu Zunz, Ritus S. 72 und in Frankels „Zeitschrift für die religiösen Interessen d. Juden", 1846, S. 382 ff., sowie S. Cassel in d. Enzyklop. Ersch und Gruber, Bd. 27, Art. „Juden", S. 130 A. 41 und S. 145 A. 5.

[17] Rp. Nr. 25, das mit den Worten beginnt: „Ich bin [als ich] in der Gemeinde Brünn [wohnte], aus dem Lande Ungarn gefragt worden." Daraus ist auch zu ersehen, daß als er noch in Brünn war, sein Ruf über die Grenzen Mährens drang.

[18] S. u. A. 202.

[19] S. Rp. Nr. 268 (Bl. 111[b], Ende) und GA. Josef Kolon Nr. 170.

[20] In seinem Vorwort sagt der palästinensische Glossator der Responsen über Bruna u. a.: „der Gaon Israel von Bruna, das Andenken des Gerechten und Heiligen sei gesegnet, und drang sein Ruf in alle Länder, die nahen wie die fernen." Weiß (a. a. O., S. 261) hält die Größe Brunas für beschränkt und meint, daß er die Stufe seiner Lehrer (Weil, den Weiß für einen Lehrer Brunas hält, und Isserlein) nicht mal zur Hälfte erreicht hätte. Gegen diese Meinung spricht aber die Äußerung Isserleins in einem Schreiben an Bruna (Rp. 33, Ende): „Solange er (Jakob Weil) lebt, und auch Du und die anderen tapferen Hirten, ist das Zeitalter nicht ver-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

waist", sowie die R. Perezs, daß der Name Brunas „unter den Großen des Zeitalters zählt" (Rp. Nr. 277). An anderer Stelle nennt ihn R. Perez die „große Tamariske, den tüchtigsten unter den Gelehrten" (Rp. Nr. 283).

[21] Erwähnt im Rp. Nr. 105.

[22] Ms. Mantua; editio princeps Żolkiew 1806. S. Azulai, Schem ha-Gedolim, Ausg. Benjakob, I, Bl. 38,2. Im Rp. Nr. 241 erwähnt unser Autor diesen Kommentar. Wenn aber E. H. Weiß aus dem dunklen mystischen Inhalt der Nachschrift zu Rp. Nr. 73 folgert, daß Bruna Kabbalist war, so ist es mindestens unsicher. Unserer Meinung nach rührt diese Nachschrift nicht von Bruna, der sonst nichts von kabbalistischem Wissen verrät, her, sondern, ihrem Stile nach zu urteilen, von seinem Glossator Jechiel Jakob, der sich in seinen Gelossen wohl bewandert in kabbalistischen Schriften zeigt und den kabbalistischen Kreisen in Jerusalem angehörte. Es dürften hier am Kopfe der Nachschrift die Worte: „mir Jakob" (= es gehört mir Jakob), die letzterer seinen Glossen voranzuschicken pflegt (und die übrigens auch bei anderen ihm gehören den Nachschriften fehlen), ausgelassen sein.

[23] S. Rp. Nr. 133 (im Text fehlerhaft 130), Nachschrift, die gezeichnet ist von „seinem Sohne Mosche". Anstatt Mosche soll es heißen Menasche (s. A. 135).

[24] Das geht aus den „Minhagim" von Eisik Tyrnau, Ausg. Prag (Bl. 36[b], § 44 d. Glossen) hervor.

Unserer Meinung nach steht dieser Aufenthalt Brunas in Prag im Zusammenhang mit den fürchterlichen Blutbeschuldigungen gegen die Juden in Regensburg, infolge welcher 1476 die ganze Gemeinde in Haft genommen und das ganze Vermögen der Juden mit Beschlag belegt wurde. Nach Grätz haben „gleich bei Beginn der Untersuchung mehrere Juden Regensburg verlassen, sich nach *Böhmen* und zum Kaiser (Friedrich III. in Wien) begeben und alle Mittel aufgeboten, um ihre unglücklichen Brüder zu retten". Bruna wird wahrscheinlich an der Spitze der abgesandten Regensburger Juden nach Prag gekommen sein, um die böhmischen Juden aufzufordern, daß sie sich beim böhmischen König und den dortigen Edelleuten für seine unschuldig leidende Gemeinde verwenden, damit diese auf den Rat der Stadt Regensburg einwirken. Da er selbst nicht lange vorher unter der Anklage des Ritualmordes gestanden ist, so wird er Grund genug gehabt haben, so zeitig als möglich Regensburg zu verlassen, und es ist deshalb auch möglich, daß er noch vor dem Abgang der jüdischen Deputation aus Regensburg nach Prag flüchtete. Daß er aus Prag nach Regensburg zurückgekehrt ist, ist kaum anzunehmen, da die Juden Regensburgs erst 1480 in Freiheit gesetzt wurden, in welchem Jahre Bruna bereits gestorben sein wird.

[25] S. Weil Rp. Nr. 150 und Bruna Rpp. Nr. 162 und 238, Anfang.

[26] S. Pes. Rpp. Nr. 218 bis 221, wo die Hauptkorrespondenz in dieser Angelegenheit.

[27] S. Weil, Rp. Nr. 164. Dieses Responsum besteht aus zwei irrtümlich zusammengefaßten Hälften, wovon die erste Hälfte das Schreiben Weils an R. Elia darstellt, während die zweite Hälfte, die von Isserlein gezeichnet ist, den zweiten Teil des Schreibens Isserleins an R. Elia (Pes. Rp. Nr. 220) enthält. Das Schreiben Weils ist auch bei Bruna unter Nr. 29 abgedruckt, und zwar mit der falschen und irreführenden Überschrift: „*Und das habe ich auf seine Worte erwidert*", als wäre dieses Responsum eine Erwiderung Brunas auf den in der vorangehenden Nr. 28 abgedruckten obenerwähnten zweiten Teil des Schreibens Isserleins an R. Elia. Diese falsche Überschrift verleitete Freimann (S. XXXIV, s. a. das. S. XXI, A. 68) zu der Annahme, daß Weil Nr. 164 nicht ihm gehöre, sondern Bruna. In Wirklichkeit aber ist des letzteren Antwort an Isserlein bei Bruna in Nr. 32 enthalten. S. noch Weil, Dinin, Nr. 45 (gebracht in unserem Art. „Rabbinische Geschichtsquellen" I, S. 48 und 49); vgl. auch Bruna Rpp. Nr. 221 und 222.

[28] Vgl. Pes. Rp. Nr. 138 über „die nichtswürdigen Landstreicher, die sich taufen lassen und zuweilen zurückkehren (zum jüdischen Glauben), wobei sie manchmal als Juden, manchmal als Christen einhergehen", und das Rp. Nr. 220

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

im Namen Meir Rothenburgs: „Und es ist die Sache bekannt, daß sie (die Zurückgekehrten) nur deswegen als Juden auftreten, damit man für ihre Bespeisung sorgt und sie dabei stehlen und alle ihre Lüste befriedigen können." Vielleicht ist der Zeuge auch aus diesem Grunde zum Judentum zurückgekehrt.

29 S. u. A. 203.

30 S. a. Güdemann III, S. 31.

31 So Maharil (Minhagim, Ausg. Offenbach, Bl. 111a), Isserlein (s. Pes. Rp. Nr. 128) und wahrscheinlich auch Weil.

32 Zwischen Bruna und Amschel Levi. S. Rp. Nr. 253, Pes. Rpp. Nr. 127, 128 und Weil Rp. Nr. 151.

33 Rp. Nr. 253.

34 Rpp. Nr. 253 und 268; Pes. Rp. Nr. 73; LJ. II, S. 38.

35 Rp. Nr. 227. S. a. Pes. Rp. Nr. 137, am Ende.

36 Weil Rp. Nr. 146 (gebracht in uns. Art. „Rabbinische Geschichtsquellen" I, S. 44, 45 und 46).

37 S. Pes. Rp. Nr. 128, wo Isserlein erzählt, daß Bruna ihn in Neustadt aufgesucht hat, um vor ihn eine Klage gegen R. Gedel aus „Orenburk" (wahrscheinlich zu lesen: Odenburk, d. i. Odenburg bei Wiener-Neustadt, s. LJ. II, S. 62) vorzubringen, der sich an seiner Seite in Brünn als Rabbiner niederlassen wollte. Isserlein hat die Klage Brunas abgelehnt, da er für die Freiheit des Rabbinerberufes war. Carmolys Annahme (zitiert bei Freimann S. XL), daß diese Niederlassung des R. Gedel in Brünn die Ursache des Wegzuges Brunas von dort gewesen sei, ist wenig wahrscheinlich. Denn Bruna war kein so nachgiebiger Charakter (s. Fall Salmoni bei Josef Kolon Rp. Nr. 170), daß er, der noch in Brünn wohnend bereits allgemein anerkannte Autorität war, vor einem neuangekommenen Rabbiner, über dessen Größe nichts verlautet, den Platz geräumt haben würde. Außerdem sagt Isserlein, daß R. Gedel sich in Brünn niederlassen *wollte*, ob er es auch getan hat, wissen wir nicht. Aber Bruna gibt ja den Grund an, weshalb er nach Regensburg gekommen ist (s. u.), und das wird wohl auch der Grund gewesen sein, weshalb er Brünn verlassen hat.

38 S. u. A. 202.

39 S. Pes. Rp. Nr. 64.

40 Rp. Nr. 58 in *4*.

41 S. u. A. 202.

42 Hier ist der Name des Zeugen verstümmelt, in Pes. Rp. Nr. 218 u. a. O. geht er unter diesem Namen.

43 Weil Rp. Nr. 164. Vgl. o. A. 26.

44 Sing. Sus, eine im Talmud häufig vorkommende Münze, nach Zunz (Zur Geschichte und Literatur, S. 539) = einem römischen Denarius (s. a. das. S. 541). Hier sind „vier Susim" nur als Beispiel angeführt und gemeint ist, daß der Zeuge überhaupt käuflich sei.

45 Es handelt sich hier um die Freigabe der Frau des verschollenen David Kuntel aus Prag, der, wie hartnäckige Gerüchte wissen wollten, vom Juden Sanwel Schranz, dem Vater des Michel, erschlagen worden sei. S. dazu unseren Art. „Rabbin. Geschichtsquellen I" a. a. O.

46 Gemeint sind hier jene großen maßgebenden Rabbiner, die ihre Dezisionen in Gesetzeskodices niedergelegt haben.

47 Die Zeugenaussage ist im mittelhochdeutschen Dialekt gehalten, den die Juden im Deutschen Reiche zu jener Zeit gesprochen haben, wobei dieser mit hebräischen und talmudischen Wörtern (wie hier „sofek" und „parzuf") untermengt war. Deutsch lautet sie: „Ich sage so, daß ich als Zeuge [bekunde], daß er (der Ermordete) Susslein gewesen ist usw. Ich habe ihn selber wohl erkannt (?) an dem Teil, was da war von dem Gesicht und an der Länge (des Körpers) und an dem Haare, [so] daß [es] bei mir kein Zweifel ist, daß er [es] gewesen ist ... daß er sechs Wochen gelegen ist, und er war ausgegangen, um die Mitte [des Monats] Elul (August), und ich fand ihn [im Monat] Kislew (November) darnach." Von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Mitte Elul bis in Kislew hinein sind es über zehn Wochen; die hier angegebenen sechs Wochen sind wahrscheinlich von dem Tage, an dem der Ermordete beim christlichen Zeugen eingekehrt war, bis zum Tage der Auffindung seiner Leiche gerechnet.

48 Rabbiner in Eger, stand in gelehrter Korrespondenz mit Isserlein (s. Pes. Nr. 225–27).

49 Gemeint ist R. Amschel Levi, der ältere Rabbiner in Regensburg und Rivale Brunas (s. o.).

50 Einer der Mitglieder des Richterkollegiums Brunas in Regensburg (s. A. 91).

51 Die Antwort Weils auf dieses Schreiben befindet sich in seiner Rpps., Rp. Nr. 150 (gebracht in unserem Art. „Rabb. Geschichtsquellen" I, S. 46–47).

52 Soll heißen Binjamin (s. AA. 50 und 91).

53 Aus dem Resp. Weils Nr. 150 sowie aus der untenstehenden Entscheidung Brunas geht hervor, daß dieser Jude eben der Zeuge Josefa war, was Isserlein, wie zu sehen ist, nicht bekannt war.

54 „Der Kleinste und Geringste in Israel" — so pflegte Isserlein aus frommer Demut und Bescheidenheit seine Responsen zu unterzeichnen.

54a Vgl. Zunz, Namen d. Juden, S. 118: Simlin.

55 Daraus geht hervor, daß Isserlein während dieser Begebenheit, also im Jahre 1446/7 (s. A. 152) in Marburg wohnte.

56 Diese Äußerung eines Rabbiners des 15. Jahrhunderts bestätigt die Tatsache, daß die Zahnheilkunde im Mittelalter auf einer niedrigeren Stufe als im Altertum stand, da der Talmud den eingesetzten Zahn kannte (s. Sabbat 64b).

57 Isserlein, so genannt nach seinem damaligen Wohnort.

58 Daraus, daß von allen Geldverleihern, bei denen Schifra die Sachen verpfändet hat, er allein mit Namen genannt wird, ist zu schließen, daß er ein bekannter reicher Mann und derjenige war, der der Frau 20 Gulden geborgt hat. Er war es auch, der das Pfand nicht herausgeben wollte, so daß die anderen Juden ihm für den Betrag bürgen mußten. S. dazu *4* und *5*.

59 D. h. nicht als Bürgen bei vorhandenem Pfande, das erst auf Grund der Bürgschaft herausgegeben wurde.

60 Da sie nicht nach dem Willen der Auftraggeber gehandelt hat, folglich war sie gar nicht berechtigt, die Sachen, die ihr nicht gehörten, zu verpfänden.

61 3. Buch Mose 19, 16.

62 S. noch *4* und *5*.

63 Rabbiner in Wiener-Neustadt.

64 Diesen Brief schreibt Isserlein also aus Neustadt.

65 Isserlein hielt sich fern von der Anwendung des Bannfluches, von dem die anderen Rabbiner häufig Gebrauch machten. S. Pes. Rp. Nr. 63.

66 „Schweres", „Bitteres", „harte und bittere Worte" — ist, wie es scheint, eine Umschreibung des Bannfluchs (beziehungsweise Androhung desselben), um ihn nicht ausdrücklich zu nennen.

67 Kein Zweifel, daß dieser Mann identisch ist mit dem in *3* genannten Abraham Jäkl, einem der Kreditoren der Schifra, dem andre Juden für sein Darlehen gebürgt hatten, aber durch das Urteil Brunas von ihrer Bürgschaft befreit wurden. Den Anlaß dazu, daß R. Perez „Schweres" gegen ihn geschrieben hat, wird wohl sein Auftreten als Denunziant und Verfolger gegen die Bürgen (s. *5*) gegeben haben.

68 Der Rivale R. Elias in Prag (s. u.).

69 קשור im Text ist zu berichtigen in קשות.

70 W. s., R. Leiser bei einer zweitrangigen Stellung und kleineren Befugnissen und R. Elia bei seiner erstrangigen Stellung und vollen Rechten.

71 Höchstwahrscheinlich identisch mit dem in *5* genannten Mose, dem Schwager R. Elias.

72 Regensburg.

73 S. *3*.

73a Letzterer Satz ist nach der Salonikier Ausgabe übersetzt (in der Stettiner Ausg. ist er korrumpiert und unverständlich).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[74] Entgegen Berliner (a. a. O. S. 316, Nr. 21) behauptet Freimann (S. XXI, A. 70), daß dieses Schreiben nicht an R. Elia, sondern an R. Elieser (Leiser Passau) gerichtet sei. Diese Behauptung entbehrt aber der Begründung. Vielmehr spricht das Verlangen R. E. s., das Vermögen des Denunzianten einzuziehen und für sich zu behalten dafür, daß der Adressat R. Elia ist, von dem wir wissen, daß er sehr geldgierig war (s. Pes. Rp. Nr. 64).

[75] „Mischne Thora", IV, 11, Abschn. 8, § 11.

[75a] Denn der Denunzierte kann dadurch nicht mehr gerettet werden.

[76] Ergänzt von uns nach dem Text bei Maimonides.

[77] Dieser Abram ist zweifellos kein anderer als der in *3* und *4* erwähnte Abraham Jäkl, wenn auch der Name Jäkl hier fehlt (oben sind ja beide Namen ausgelassen). Dafür sprechen folgende Tatsachen: 1. Das Responsum handelt u. a. von *Bürgen, die von der Zahlung durch Bruna befreit worden sind;* 2. Isserlein ist ebenfalls für Nichtzahlung, nur daß er aus anderen Motiven — als Bruna — ausgeht. Diese Motivierung aber, die in Nr. *4* enthalten ist, beginnt mit den Worten: „Und betreffs Schifra werde ich Dir kurz antworten". Es ist also klar, daß es sich hier um die Bürgen in der *Schifra-Angelegenheit* (s. *3*) handelt; 3. diese Bürgen will der Denunziant Abram bei den bürgerlichen Gerichten verklagen (wahrscheinlich sind auch die Denunziationen gegen sie gerichtet), was doch nur Abraham Jäkl sein kann, der eine Forderung gegen die Bürgen zu haben glaubt; 4. daß Abraham Jäkl schwer gegen Gesetz und Sitte verstoßen hat, ersehen wir wiederum aus *4*, wo angeführt wird, daß R. Perez ihm (dort wird er mit beiden Namen genannt) mit dem Bann drohte. Da wir kein anderes Vergehen seitens Abraham Jäkls kennen, so sind es höchstwahrscheinlich die Denunziationen und sonstige Verfolgung der Bürgen, die das Vorgehen R. Perezs gegen ihn hervorgerufen haben. Vgl. A. 67.

Nach all dem Dargelegten dürfte es als erwiesen zu betrachten sein, daß der hier genannte Denunziant Abram mit dem Abraham Jäkl identisch ist, dem um sein Geld gekommenen Kreditor der Schifra in Brünn. Es entsteht nun die Frage, wieso R. Elia in Prag das Vermögen Abraham Jäkls in Brünn konfiszieren oder ihm Strafen auferlegen konnte, denn wir wissen nur, daß die rabbinische Macht R. Elias sich auf ganz Böhmen erstreckte (s. A. 178), wir wissen aber nicht, daß auch die Juden in Mähren ihm gehorchten. Es ist aber auf diese Weise zu erklären, daß ein Teil der Brünner Juden, nämlich der vermögende, worunter auch Abraham Jäkl und seine Bürgen sich befunden haben werden, sich nach der Austreibung der Juden aus Brünn (1454) nach Prag oder anderen Städten Böhmens begeben haben. Demnach hat die Affäre Schifra, die sich spätestens 1454 in Brünn zugetragen hatte, noch 1458, in welchem Jahre Isserlein sein vorliegendes Schreiben abgefaßt hat (s. A. 82), die Rabbiner beschäftigt und ihr Nachspiel in Böhmen gehabt.

[78] S. *4*.

[79] Gemeint sind R. Elia und wahrscheinlich der Prager Gemeindevorstand, vielleicht aber R. E. und Bruna.

[80] S. *4*.

[81] Der, wie es scheint, Streit gegen Bruna in Regensburg führte. Vgl. A. 71.

[82] Hier ist unserer Meinung nach auf die politischen Verhandlungen hingedeutet, die im September 1458 (bei Berliner a. a. O. A. 1 irrtümlich 1452) nach dem Siege des böhmischen Heeres über das österreichische zwecks Vermittlung zwischen Kaiser Friedrich III. und König Georg Podiebrad geführt wurden und mit der Zusammenkunft beider Herrscher am 25. September bei Aspern nächst Wien und der Verständigung zwischen ihnen endeten (s. Bachmann, Geschichte Böhmens II, S. 400). Da der Kaiser in Wiener-Neustadt residierte, wo Isserlein Rabbiner war, wurde letzterer wahrscheinlich von R. Elia gefragt, wie die Lage in bezug auf Krieg und Frieden wäre, worauf sich also die Mitteilung Isserleins beziehen dürfte. Daraus geht hervor, daß das vorliegende Schreiben Isserleins 1458 abgefaßt worden ist.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

82a Unterschriften der Dajjanim, die die Zeugenaussage entgegennahmen.

83 Isserlein. So wurde er genannt, nachdem er aus Marburg nach Wiener-Neustadt übersiedelt war. Vgl. A. 57.

84 „Zusätze" zum Talmud, s. darüber A. 206.

85 Ascher b. Jechiel, genannt der „Rosch" (13. und 14. Jahrhundert, Verfasser eines Kompendiums des Talmud.)

86 Das heißt, die Verfasser der Tossafot, den „Rosch" und die anderen Größen, die in dieser Frage dezidierten.

87 Rabbiner in Breslau, s. „Rabbinische Geschichtsquellen" I, S. 42.

88 Ebenfalls Rabbiner in Breslau. S. daselbst S. 44.

89 Da unter den Unterschriften der Dajjanim, vor denen der Zeuge seine Aussage gemacht hat, die Namen „Abraham b. Manoach" und „Abraham b. R. J. (Juda)" sich befinden, welche uns unter den „vier Meistern", den Adressaten des Responsums Weils Nr. 152 (gebracht a. a. O. S. 48) begegnen, und deren Träger in Schweidnitz lebten (das. A. 57), so wird die Leiche des ermordeten Juden in der Nähe dieser Stadt gefunden und das Zeugnis vor dem Schweidnitzer Beth Din abgelegt worden sein. Diese zwei Unterschriften der Dajjanim mit Namen Abraham sprechen, wie uns scheint, gegen die Meinung Branns (Gesch. d. Juden in Schlesien, S. 70 und 88), der die Benennung „vier Meister" mit der Institution der „Viere" (vier Vorsteher der Gemeinde Schweidnitz) in Zusammenhang bringt und in den Abrahams Gemeindevorsteher sieht, denn es ist kaum anzunehmen, daß reiche Vorsteher der Gemeinde (und nach Brann waren die Abrahams die reichsten Juden in Schlesien) zugleich das untergeordnete Amt eines Dajjans versehen und selbst die Zeugenaussagen entgegengenommen hätten. Eher ist anzunehmen, daß Weil seine Adressaten nur deshalb „vier Meister" tituliert, weil es vier Gelehrte waren, und er gebraucht diesen Ausdruck lediglich in Anlehnung an einen biblischen (Secharja 2, 3). Daß hier die Breslauer Rabbiner genannt werden und nicht der Schweidnitzer R. Pinchas (s. „Rabbin. Geschichtsquellen" I, A. 26), beruht wohl darauf, daß zur Zeit des vorliegenden Falles R. Pinchas nicht mehr in Schweidnitz, sondern bereits in Posen wohnte (s. Pes. Rp. Nr. 73). Ein Beweis, daß dieser Fall sich später, als die in Weil Rp. Nr. 152 behandelte Begebenheit zugetragen hat, ist dem zu entnehmen, daß der Vater des einen Abraham, R. Juda, dort als Lebender, hier aber als Verstorbener angeführt wird.

90 Daß es sich hier um Budweis in Böhmen und nicht um Budwitz in Mähren handelt, geht daraus hervor, daß die Sache an R. Elia in Prag gemeldet wurde, dem zwar alle Gemeinden Böhmens gehorchten (s. u. A. 178), nicht aber die Mährens, da es nicht seiner Oberhoheit unterstand.

91 Alles Mitglieder des Beth Din Brunas in Regensburg. *R. Jona* war der Sohn eines R. Isserlin, der ebenfalls in Regensburg wohnhaft war, wie aus den Rpp. Nr. 30 und 117 hervorgeht. Freimann (Nr. 58), der diesen Jona zum Sohne des berühmten R. Schalom aus Wiener-Neustadt macht, ist hier ein Irrtum unterlaufen. *Binjamin Kohen* ist R. Binjamin K. Z. (ץ"כ) aus Regensburg (s. Freimann, Nr. 22). *Nathan Eger* wird im Text unter dem Namen Nathan Gira angeführt, was offenbar eine Korruptel von Igra (= Eger) ist. Er stammte aus Ofen und war Schüler des großen R. Nathan in Eger. Er wurde, zum Unterschied von seinem Lehrer, auch Nathan Eger aus Ofen genannt. So nennt ihn auch Bruna an anderer Stelle (Rp. Nr. 247, Ende).

91a Vgl. dazu Rp. Nr. 94, Ende.

92 Im Hebräischen stehen gewisse häufig gezählte Hauptwörter wie Bezeichnungen der Zeitabschnitte (Tag, Monat, Jahr), des Maßes, des Geldes u. dgl. nach den Zahlen von 11 bis 19, sowie nach den Zehnern, Hunderten und Tausenden meist in der Einzahl, dagegen nach den Zahlen von 2 bis 10 immer in der Mehrzahl. Der Verfasser will hier sagen, daß alle Hauptwörter, die einer Zahl von 10 ab bis zu 2 inkl. folgen, in der Mehrzahl zu schreiben sind. (Über einen Fall in Wiener-Neustadt, wo man umgekehrt in einem Scheidebrief „Tage" in der Mehrzahl statt „Tag" in der Einzahl, wie erforderlich war, geschrieben hat, s. Weil, Rp. Nr. 27.)

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[93] Im Hebräischen gibt es männliche und weibliche Form auch für die Grundzahl, je nachdem es Gegenstände männlichen oder weiblichen Geschlechts zählt. Bei den Grundzahlwörtern von 3 bis 10 bestimmt die Endsilbe „oh" das männliche Geschlecht.

[94] Und so wird niemand Geld gegen einen Schuldschein leihen wollen.

[95] Es handelt sich hier wahrscheinlich um Steuersachen, bei denen man sich nach dem in den Gemeinden des betreffenden Landes bestehenden Brauche zu richten hat. S. „Nimukim" des Menachem Merseburg (Anhang zur Rpps. Weil, Ausg. Hanau, Bl. 81, 3) und Isserlein („Terumath Hadeschen", Nr. 342). Bei Bruna finden wir über diese Angelegenheit nichts, weshalb anzunehmen ist, daß er zur Zeit des Konfliktes nicht mehr in Brünn wohnte.

[96] Gemeint ist hier das Schreiben Weils an die Gemeinde Nürnberg (Weil, Rp. Nr. 163), worin er seine Ansicht darlegt, daß die „Talmid Chacham" — Vorschrift des Talmud, wonach derjenige, der einen Talmid Chacham (Talmudgelehrten) beleidigt, mit einer Strafe von einem Pfund in Gold belegt werden soll, nicht mehr anzuwenden sei, da die Talmudgelehrten seines Zeitalters nicht mehr als Talmudgelehrte im Sinne der Talmudlehrer gelten könnten. Bruna polemisiert in seinem längeren Schreiben gegen diese Meinung und interpretiert schließlich die Meinung Weils so, daß sie sich nur auf gewisse Fälle und Kreise bezieht, daß aber auch Weil im Prinzip für die Wahrung der besonderen Ehre des Schriftgelehrten auch ihrer Zeit und deren Schutz gegen Beleidigung mittels Strafen sei.

[97] Das heißt, die Strafe von einem Pfund in Gold für die Beleidigung eines Schriftgelehrten (s. obige Anm.) ist nicht Norm, sondern die Höchststrafe, die die Richter nach ihrem Ermessen bestimmen können.

[97a] „alle Zeiten" hinzugefügt nach Text Saloniki.

[98] Daraus geht indirekt hervor, daß in Böhmen und Mähren im 15. Jahrhundert auch die Rabbiner die Steuern und Abgaben an die Gemeinden zu leisten hatten, da sonst unser Autor auch diese Länder angeführt hätte, insbesondere Mähren, wo er selber Rabbiner war.

[99] Diese Namen, die uns besonders aus der babylonisch-gaonäischen und spanischen Epoche bekannt sind, sind jetzt im Judentum nicht mehr anzutreffen. Die vorliegende Anfrage zeigt aber, daß sie im 15. Jahrhundert noch unter den Juden vorkamen. Daß sie auch auf dem Gebiete der gegenwärtigen Tschechoslowakischen Republik zu jener Zeit vorkamen, ist um so wahrscheinlicher, als wir im benachbarten Ungarn den ebenfalls nicht mehr gebräuchlichen Namen Nehorai, dem wir in der Mischna (Abot IV, 14) begegnen, noch in jener Zeit finden (s. Rp. Nr. 214).

[100] Die mit a vor dem i geschrieben werden.

[101] Im Talmud, Gittin 11[b].

[102] Isserlein, s. A. 57.

[103] = Mani, Sohn des Pattisch. Name eines Talmudlehrers (Baba Bathra 89[b]). Der Name Mani ist chaldäisch (so hieß z. B. der Begründer der dualistischen Religion in Babylonien).

[104] Im Text heißt es hier בלשון לועזי, d. h. in der Fremdsprache. Unter „Fremdsprache" wurde aber in der rabbinischen Literatur in Österreich, Böhmen und Mähren ausschließlich die italienische Sprache gemeint (während im eigentlichen Deutschland unter diesem Ausdruck auch die französische Sprache verstanden werden konnte). Isserlein erwarb sich die Kenntnis der italienischen Sprache in Italien, wohin er in seinen Lehr- und Wanderjahren kam (s. Güdemann III, S. 25). S. dazu Rpps. Jakob Levi Nr. 83 u. Weil Rpp. Nr. 14, sowie Kerem Chemed, VII, S. 122.

[105] monna.

[106] Dieser Fall Muni zeugt vielleicht von einer Einwanderung italienischer Juden nach Mähren, wenigstens von einem regen Verkehr zwischen mährischen und italienischen Juden zu jener Zeit.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[107] Die Nummern 128 und 129 bilden ein Ganzes und sind willkürlich getrennt worden. Wir bringen hier zuerst die Nr. 129, weil sie das Schlichtungsstatut enthält, dessen Kenntnis zum Verständnis der Ausführungen des Verfassers in Nr. 128, die das eigentliche Responsum enthält, notwendig ist.

[107a] Der Anfangssatz ist der städtischen Urkunde über dieselbe Sache nachgebildet, die beginnt: „Wir Burgermeister, Rat und gemeyn der Stadt zu Eger *bekennen offentlich an diesen Brief vor allen den die ihn sehen*" usw.

[108] Im Text: בעל המרכל, was wir wörtlich mit „wirkender Mann" wiedergeben, ohne Klarheit darüber zu haben, welche Funktion dieser Mann in der Sache ausübte und warum die Abgaben auch an ihn gezahlt werden konnten. (Vielleicht ist hier der Sekretär des Rates gemeint.)

[109] Es handelt sich hier um die Aufnahme, bzw. Wiederaufnahme von sieben jüdischen Familien mit Siedlungsrecht auf zehn Jahre in Eger durch den Rat dieser Stadt. Ausführliches darüber s. A. 123.

[110] Der Ausdruck, daß die Ausgaben (Abgaben, event. auch Sonderausgaben, die wahrscheinlich in einem dem Schlichtungsstatut vorangehenden Schreiben, das hier fehlt, aufgezählt waren) auf sie beide, die Gefertigten, d. h. die Schlichter, gekommen sind, läßt die Vermutung aufkommen, daß sie für alle von den Juden an den Rat abzuführenden Gelder diesem gegenüber, der sie als die „Aeltesten" der Gemeinde betrachtete, verantwortlich waren (vgl. A. 123). Zwischen „Gefertigten" und „was" fehlen vielleicht Worte.

[111] Die Beiträge, die im Schlichtungsstatut angeführt waren und die zu erfahren von großem Interesse wäre, sind leider bei der Wiedergabe des Statuts im Responsum ausgelassen worden.

[112] Wahrscheinlich Abkürzung von Hase, welcher Name bei Brann, Gesch. d. Juden in Schlesien, III, Anhang III, S. XXXVIII, V, 3, vorkommt. Vgl. auch daselbst XX, Nr. 55.

[113] Das heißt, wenn er einen Thoraschwur darauf ablegt, daß er in der Tat weniger Vermögen besitzt, als wie er eingeschätzt worden ist. Ein Thoraschwur (nach Gesetz der Thora) oder ein biblischer Schwur ist ein strenger Schwur, der, wenn falsch geschworen, schwer geahndet wird, während ein rabbinischer Schwur (nach Vorschrift des Talmud) leichterer Art ist. Ueber die Unterschiede zwischen dem Thora- und rabbinischen Schwur s. Schulchan Aruch Choschen Mischpat. c. 87.

[114] Das ist das jüdische Weltjahr 5209 (nach der sog. „großen Zeitrechnung") oder, bei Auslassung der Tausende, 209 (nach der „kleinen Zeitrechnung" = 1449 n. Chr.). Im Text ist das Jahr mit רט״ט (r. t. l.) angegeben. Wollten wir alle drei Buchstaben als zur Jahreszahl gehörig annehmen und nach ihrem Zahlenwert summieren, so würde sich allerdings das Jahr 239 (= 1479) ergeben. Dieses Jahr kann es aber nicht gewesen sein, da Isserlein, der 1460 gestorben ist, in diese Angelegenheit eingreift (Rpp. Nr. 130 und 131). Ferner ist zu beachten, daß die Zahl 239 im Hebräischen mit r. l. t. ausgedrückt wird, und es wäre keine Erklärung für die hier gebrauchte Ordnung r. t. l. vorhanden. Es sind daher nur die ersten zwei Buchstaben r. t. als die Jahreszahl zu nehmen, und deren Zahlenwert ist = 209; der dritte Buchstabe aber, das *l* (mit dem Zahlenwert 30), ist bloß Anhängsel und bildet den Anfangsbuchstaben des Wortes לפרט (*lifrat*), das „nach der Zeitrechnung" bedeutet. Diese Form wurde nicht selten als Abkürzung der Form „nach der kleinen Zeitrechnung" gebraucht. Durch das Anhängen des *l* an die Jahreszahl hat die Form „nach der Zeitrechnung" eine weitere Abkürzung erfahren, nämlich die auf *einen* Buchstaben.

Den Gebrauch der Form „nach der Zeitrechnung" (lifrat) finden wir bereits im 13. (Rpps. Meir Rothenburg, Ausg. Prag, Bl. 112b) und am Anfang des 14. Jahrhunderts in einem Responsum des Ascher b. Jechiel, wo erzählt wird, daß der Gemeindeschreiber sogar in einem Scheidebrief diese Form anwendete, indem er — anstatt 69 — „59 nach der Zeitrechnung" schrieb (angeführt bei Isserlein, Pes. Rp. Nr. 19). 1369 schreibt R. Mose ha-Levi (der Vater des

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Maharil): „in der ‚Gesera' von 109 nach der Zeitrechnung" (Rpps. Maharil Nr. 233; gemeint sind die Judenverfolgungen wegen des „schwarzen Todes" im Jahre 1349). Isserlein schreibt im 15. Jahrhundert: „Von 210 bis 212 nach der Zeitrechnung (Terumath ha-Deschen I, Nr. 216), ferner: „im Jahre 176 nach der Zeitrechnung" (das. Nr. 342). S. a. HB. 1869, S. 23. Würfel (Hist. Nachrichten von der Judengemeinde Nürnberg, S. 82) bringt einen Grabstein mit Angabe des Datums: *Jahr r. t.* (= 209) *lf.* (= erster und zweiter Konsonante vom hebr. „*lifrat*"). Die kürzeste Form, d. h. die Andeutung der „kleinen Zeitrechnung" durch das bloße, an die Jahreszahl angefügte *l*, finden wir im 15. Jahrhundert mancherorts. So ist die Angabe des Todesjahres von Maharil, der 1427 (also nach der jüdischen „kleinen Zeitrechnung" 187 = k. p. s.) gestorben ist, auf seinem Grabstein in Worms mit k. p. s. *l.* gemacht (s. dazu D. Kaufmann, MGWJ. 1898, S. 227/8). S. auch LJ. II, S. 39, wo unter dem Jahre r. i. s. *l.* das Jahr r. i. s. (217 = 1457), als Isserlein noch lebte, zu verstehen ist, ferner HB. 1869, S. 24. Bei Bruna finden wir noch an anderer Stelle, und zwar zweimal, diese Form der Jahresangabe, nämlich in Rp. Nr. 217, wo das jüdische Jahr 207 (r. s.) = 1447 n. Chr., mit r. s. *l.* (רס"ל) bezeichnet wird. Grätz (VIII, S. 274, A. 5), der irrtümlich alle drei Buchstaben r. s. l. als die Jahreszahl nimmt — und ihm folgt E. H. Weiß in V, S. 262 — und dadurch eine um 30, dem Zahlenwert von *l*, höhere Jahreszahl, als die richtige bekommt, will daraus schließen, daß Bruna, an den eine Anfrage betreffs eines in diesem Jahre erfolgten Falles ergangen ist, noch 1477 am Leben war. Aber bereits Freimann (Nr. 82) widerlegt die Annahme Grätzs dadurch, daß er zeigt, daß auch Isserlein, der 1460 gestorben ist, wegen dieser Begebenheit befragt wurde (Pes. Rp. Nr. 223), ohne jedoch seinerseits anzugeben, welches Jahr unter r. s. l. gemeint ist. Steinschneider (HB. III, S. 26) liest hier richtig das Jahr 1447 (= 207) heraus, ebenso wie bei dem obigen r. t. l. das Jahr 1449 (= 209), erklärt aber nicht,, wie diese Jahreszahlen aus den betreffenden Bezeichnungen hervorgehen. Es ist aber klar, daß sie sich nur auf die von uns hier angegebene Weise, d. h. durch Abtrennung des *l*, ablesen lassen. Dieser Form der Jahresangabe begegnen wir auch in den folgenden Jahrhunderten bis auf die neueste Zeit, und um die Wende des XVIII. Jahrhunderts ist in dem Responsenwerk „Teschubah Meahabah" des Prager Rabbiners Elieser Flekeles der größte Teil der Jahresdaten in dieser Weise angegeben.

Über die wichtigen Schlüsse, die sich aus der Feststellung, daß unter r. t. l. das Jahr 209 (= 1449) und unter r. s. l. das Jahr 207 (= 1447) gemeint ist, ergeben, s. A. 152 und A. 202.

115 Das Geldverleihen war die einzige den in Eger aufgenommenen Juden erlaubte Beschäftigung. S. A. 123.

116 Warum die Frist auf zehn Jahre festgesetzt wurde, darüber sich daselbst.

117 Im Text: יולדת, d. i. Neugeborene, gemeint sind darunter neue Abgaben. S. Weil, Rp. Nr. 81.

118 Das heißt, die Gemeindemitglieder haben in diesem Falle neue Beiträge zu zahlen, doch soll der größte Beitrag 100 Gulden nicht übersteigen.

119 Das entsprechende hebräische Wort כן fehlt im Text.

120 Im Text ist hier der Monat ausgelassen.

121 Im Text steht hier allerdings als Jahreszahl 241 (r. a. m., was eigentlich in der Ordnung r. m. a. geschrieben werden sollte), was 1481 entspricht. Das kann aber nicht stimmen, da wir oben (A. 114) festgestellt haben, daß die Schlichtung im Jahre 209 = 1449 geschehen ist. Es müssen daher die Buchstaben r. a. m. in r. i. a. (= 211 = 1451) berichtigt werden, oder aber in r. i. a. l., wonach sie bedeuten würden: 211 nach der Zeitrechnung.

122 Griff in den Mantel des Partners, was nach talmudischem Gesetz als ein Akt der Verpflichtung vorgenommen wird.

123 Ein Licht auf diese Schlichtungsurkunde wirft eine andere Urkunde aus dem Archiv der Stadt Eger, die in dem von Jakob Simon veröffentlichten „Ur-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

kundlichen Material zur Geschichte der Egerer Judengemeinde" (MGWJ. 1900) enthalten ist. Bevor wir aber den Inhalt dieser Urkunde hier benützen, ist es notwendig, einiges über die Wohn- und Rechtsverhältnisse der Juden in Eger in der Zeit von 1430 bis um die Mitte des 15. Jahrhunderts mitzuteilen, das wir anderen Urkunden desselben Archivs, die ebenfalls im genannten „Urkundlichen Material" sich befinden, entnehmen, und zwar folgendes. Als im Herbst 1430 hussitische Kriegerscharen die Stadt Eger bedrängten, hat König Sigismund auf Ansuchen des Rates dieser Stadt den Befehl erlassen, alle Juden aus Eger auszuweisen, wobei ihnen ihre Häuser ohne Entschädigung genommen wurden, ebenso Synagoge und Friedhof, wobei erstere zu einer Marienkapelle bestimmt wurde (Urkunde Nr. 408 vom 3. Oktober 1430). Im Jahre 1434, als der Rat einsah, daß der Abgang der Juden sich zum Nachteil der Wirtschaft der Stadt und ihrer Bevölkerung ausgewirkt hat, schickte er nach Basel, wo sich damals Sigismund aufhielt — es war die Zeit der Verhandlungen über die Kompaktaten — und bat den Kaiser, ihm zu gewähren, eine beschränkte Zahl Juden für Geldleihgeschäfte wieder aufzunehmen. Mit Brief vom 22. Feber des genannten Jahres räumte Sigismund dem Rate das Recht ein, „nach der Stadt Nutzen und Wohlgefallen Juden und Jüdinnen aufzunehmen und derselben zu genießen" (Gradl, Privilegien der Stadt Eger, S. 25) und erneuerte das Privileg im Befehl vom 1. Oktober desselben Jahres, wo er, damit die Juden „desto williger" nach Eger kommen, sie von jeder „Schatzung und Beschwerung" durch das Reich und das Königreich Böhmen „zu ewigen Zeiten" befreit (Urkunde Nr. 443 vom 1. Oktober 1434). Auf Grund dieses Privilegs gestattet der Rat von Eger den Juden Katzmann von Gotha und Abraham, Meister Hellers (gemeint ist wahrscheinlich der in Erfurter Urkunden vorkommende „Judenmeister Heller", der nach Wiener, MGWJ. 1868, S. 389, mit dem großen Rabbiner R. Hillel in Erfurt identisch ist) Sohn, die Niederlassung, auch erlaubte er ihnen noch acht andere jüdische „wirtt", d. h. Familien („wirtt" bedeutet nicht Hausgenosse, wie Simon übersetzt, sondern Familienvater) hereinzunehmen, dazu noch einen Rabbiner, einen Kantor und das nötige Personal für die Betreuung von Schule, Synagoge und des Friedhofs. Für dieses Recht der Niederlassung hatten die Juden 300 Gulden jährlich an den Rat als „Geschoß" (= Abgabe) zu zahlen, solange sie von diesem Rechte Gebrauch machten und solange wenigstens fünf jüdische Familien in der Stadt wohnen blieben. Beim Verbleib von nur vier Familien war die Abgabe auf 200 Gulden jährlich reduziert, die aber auch bei *einer* verbliebenen Familie nicht gemindert werden sollte. Außer den obigen Familien wurden gesondert in die Stadt aufgenommen „Gossel (Jossel?) Juden mit dauid (David)", wofür Gossel 100 Gulden jährlich zu zahlen hatte (Urkunde Nr. 447 vom 20. März 1435). Des Kaisers Befreiung der in Eger siedelnden Juden von jeder „Schatzung und Beschwerung" umging der Rat dadurch, daß er die Abgaben nicht für das Wohnrecht, sondern für die Benützung der Synagoge und der übrigen Judenhäuser bestimmte.

Die 1435 aufgenommenen Judenfamilien scheinen — bis auf *eine* — dort nicht sehr lange wohnen geblieben zu sein. Denn in der Urkunde vom 22. April 1449 (aus dem sogenannten Stadturkundenbuch, das. S. 353ff.), wo die Rede von der Aufnahme neuer jüdischer Familien ist, werden von den früher angesiedelten nur die Witwe des obengenannten Katzmann und seine beiden Söhne erwähnt (Katzmann von Gotha ist, wie ersichtlich, inzwischen gestorben). Diese Urkunde vom Jahre 1449 ist für uns von besonderer Wichtigkeit, denn sie ist es, die uns Aufschluß über die Schlichtungsurkunde gibt (zugleich liefert sie den endgültigen Beweis dafür, daß unter dem in letzterer Urkunde angegebenen Jahre r. t. l. kein anderes als das jüdische Jahr 209 = dem christlichen *1449* zu verstehen ist; vgl. A. 114. Auch der jüdische Monat Ijar des Schlichtungsstatuts entspricht teilweise dem Monate April der Stadturkunde.) Daß diese beiden Urkunden sich auf dieselbe Begebenheit, nämlich die Aufnahme neuer Juden in die Stadt Eger beziehen, geht schon daraus zur Evidenz hervor, daß die Namen der in beiden genannten jüdischen Personen vollständig übereinstimmen. So figurieren in der Schlichtungsurkunde

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

die Juden: Mosche, Samuel, Menzlin (Diminutiv von Menzl), Has (Abkürzung von Hase oder Hasen; s. A. 112), Judel (Diminutiv von Juda) und Secharja, ferner die Rabbinersfrau mit ihrer Enkelin. Und in der städtischen Urkunde heißt es: ... „das wir haben eingenomen Woszlab Juden den Hasen, Wentzl Smohel, Juda und Zacharias, des Kätschmans sün, und die Katschmanyn mit allen iren erben und enicklein, das sie sollen sein unser Juden und mugen bey uns wonen in unser Stat". Trennen wir hier „Woszlab Juden" und „den hasen" durch Komma, ebenso „Wentzl Smohel", die zwei besondere Namen sind, so ist zunächst festzustellen, daß in der städtischen Urkunde die Namen Hase (Hasen), Juda und Zacharias (= Secharja) enthalten sind. Die anderen jüdischen Namen dieser Urkunde sind entstellt, und muß zuerst ihre richtige Lesart hergestellt werden. Woszlab (einen solchen Namen hat es unter den Juden nie gegeben) ist nichts anderes als eine Korruptel von Moszl (Diminutiv von Mosche) oder von Mosche Leib, statt Wentzl (auch kein jüdischer Name) ist Mentzl zu lesen, und Smohel ist gleich Samuel. Nach dieser Berichtigung lesen wir in der städtischen Urkunde insgesamt die jüdischen Namen: Moszl (oder Mosche Leib), Hase (Hasen), Mentzl, Samuel, Juda und Zacharias, die sich mit den in der Schlichtungsurkunde enthaltenen vollständig decken. Die letztgenannten Juda und Zacharias waren „des Kätschmans sün", d. h. die Söhne des — inzwischen verstorbenen — Katzmann von Gotha, der im Jahre 1435 an der Spitze von zwölf jüdischen Familien aufgenommen worden war (s. o.). „Die Katschmanyn mit allen iren erben und enicklein", die noch in der Urkunde unter den Aufgenommenen genannt wird, entspricht ohne Zweifel der in der Schlichtungsurkunde genannten Rabbinersfrau mit ihrer *Enkelin*. Diese Katschmanyn, d. h. die Frau des Katschmann (nach der unten angeführten Urkunde von 1463 hieß sie Sara) war ohne Zweifel die Witwe des Katzmann von Gotha, der, wie es scheint, rabbinische Funktionen in der Gemeinde verrichtete, weshalb sie in der Schlichtungsakte „rabbonit", d. h. Rabbinersfrau genannt wird. Dieser Katzmann scheint ein reicher Mann gewesen zu sein und seiner Frau ein beträchtliches Vermögen hinterlassen zu haben, wie aus der durch die Schlichter ihr auferlegten hohen Abgabe zu ersehen ist (die Abgaben wurden nämlich unter den Gemeindemitgliedern nach dem jeweiligen Vermögen des Steuerzahlers verteilt).

Mit dem Brief des Rates vom 22. April 1449 sind die Juden auf „zehn ganze Jahre nacheinander" aufgenommen worden, und zwar unter folgenden Hauptbedingungen und Gewährung folgender Rechte: 1. die Juden haben zu zahlen dem Rate jedes Jahr der zehn Jahre, und zwar an jedem Walpurgistag 200 rheinische Gulden, außerdem zahlen sie 200 Gulden „zur erung" (= Verehrung), wie es scheint, einmalig; 2. sie leihen den Bürgern, die bei ihnen ein Darlehen von über fünf Gulden aufnehmen wollen, nach dem Zinssatz von einem Groschen pro Woche für je ausgeborgte fünf Gulden; die Stadt aber zahlt ihnen für je dargeliehene sechs Gulden einen guten Groschen pro Woche; 3. wollten die aufgenommenen Juden ihre Kinder (gemeint sind die selbständigen), „Eidam, Bruder, Freunde und Fremde" zu ihnen hereinnehmen, so hängt es vom Rate und der „Judischheit" (Judenheit) ab, was für einen Zins sie dann zahlen sollen, das will sagen, es müßte eine neue Übereinkunft bezüglich der Abgaben getroffen werden; 4. will ein Jude innerhalb der festgesetzten zehn Jahre wegziehen aus der Stadt, so steht ihm das frei, er kann auch sein Vermögen mitnehmen, und die Stadt läßt ihn geleiten bis „vier Meilen Wegs" (etwa 30 km) von der Stadt. Dort kann er ein Jahr „liegen", um seine „Schuld einzumanen", d. h. seine Geldforderungen einzutreiben, und zwar nach der Aussage der „Judischheit". Die verbliebenen Juden sollen aber die 200 Gulden jährlich unverrückbar zahlen, so daß dem Rate nichts davon abgeht. Wollen die Juden andere Juden hereinnehmen, so viel als weggezogen sind, damit sie ihnen helfen, den „schoß auszurichten" (d. h. die Steuer zu zahlen), so verpflichtet sich der Rat, diese nach denselben Bedingungen aufzunehmen. Der Rat übernimmt seinerseits folgende Verpflichtungen gegenüber den Juden und die Gewährung von Rechten an sie: 5. er verpflichtet sich, die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Juden zu „beschützen und beschirmen", sie, ihre Frauen und Erben, die Männer ihrer Töchter, die „zukünftigen Dinge" derselben oder „eniklein", solange sie „ungeschieden sind von ihrem Brote", d. h. solange sie ihre Brotesser sind, insbesondere die Juden zu verteidigen gegen das Heilige Römische Reich und die Krone zu Böhmen; 6. es steht den Juden das Recht zu, Geld auszuleihen „auf Gesuch (Zins) und allerlei Handlung"; 7. sie werden bei all ihren jüdischen Rechten belassen und behalten ihre Schule, Friedhof und Synagoge, und dürfen sie bei demselben Geschoß zu sich nehmen: einen jüdischen „Meister", der „dieselbe Schule und das Judisch Recht regiret", einen „sanckmeister" (Kantor) und was zu der Schule, Synagoge und Friedhofe gehört (d. h. die Personen, die zur Betreuung dieser Institutionen notwendig sind), und diese (die Kultusbeamten) sollen „in allen Sachen" dieselben Rechte haben wie die vorbenannten Familienväter; 8. ist einer der Juden gegen die Gemeinde widerspenstig, so soll diese die Sache vor den Rat bringen, und der Rat soll den betreffenden Juden zurechtweisen oder auf Bitten der „Aeltesten" (der Gemeinde) ihn in einem Vierteljahr ziehen lassen. Ferner verpflichtet sich der Rat dazu: 9. wenn die jüdische Gemeinde Steuern von ihren Mitgliedern einhebt, ihr seine Knechte zu „leihen", damit sie diejenigen Juden, die ihre Steuern nicht zahlen, pfänden kann; 10. weitere Juden will der Rat zu ihnen (den oben bezeichneten) nicht ziehen lassen, es sei denn, daß die „eldesten zwen" (d. h. die zwei „Aeltesten" der Gemeinde) oder der Vorsteher (derselben) darum bitten (hier ist hinzuzufügen: und sich zu entsprechend höheren Abgaben verpflichten); 11. nach Ablauf der zehn Jahre verliert diese „Verschreibung" ihre Kraft, und die Schule, der Friedhof und die Synagoge gehen wieder auf das Rathaus über, wenn nicht inzwischen ein anderer Vertrag oder Übereinkunft getroffen wird.

Diese städtische Urkunde, deren hauptsächlicher Inhalt hier kurz wiedergegeben ist, liefert uns die fast vollständige Aufklärung des Schlichtungsstatuts der Egerer Gemeinde sowie des ganzen Falles. Fragen wir uns zuerst, wie so die Schlichter solche Macht über die anderen Gemeindemitglieder besaßen und mit ihnen nach ihrem Willen verfahren konnten, so erklärt uns das insbesondere Punkt 8 des Briefes des Rates, wonach er auf Bitten der beiden Ältesten („eldeste zwen", was ohne Zweifel die Schlichter waren) jeden gegen die Gemeinde widerspenstigen Juden ausweisen konnte. Den Mitgliedern, die glaubten, daß ihnen ein Unrecht seitens der Schlichter widerfahren ist, blieb also nichts anderes übrig, als eine rabbinische Autorität anzurufen, damit diese durch ihre Entscheidung auf die Machthaber der Gemeinde einwirke. Die Rückkehr der zum Wegziehen gezwungenen Neinsager, d. h. derjenigen Gemeindemitglieder, die sich weigerten, die Entscheidung der Schlichter bezüglich ihrer Beiträge zu den Abgaben anzunehmen, wurde deshalb auf die Zeit von nicht mehr als zehn Jahren verwehrt, weil die Erlaubnis zur Siedelung der Juden und der ganze Vertrag mit dem Rate nur für zehn Jahre gegolten hat. Und wenn die Schlichter den Neinsagern gestatteten, ein ganzes Jahr in der Gemeinde zu bleiben, um ihre Forderungen an ausgeliehenem Geld einzunehmen, so konnten sie es tun, weil auch der Rat es gewährt hat (Punkt 4). Allerdings durfte nach der Bestimmung des Rates der Jude, der die Stadt verlassen wollte, sich das Jahr nur in einem vier Meilen von der Stadt entfernten Orte aufhalten, während das Schlichtungsstatut davon spricht, daß der Neinsager ein Jahr in der Gemeinde bleiben kann. Es ist aber möglich, daß sie in diesem Punkte eine Erleichterung seitens des Rates erwirkt haben, oder sie arrangierten es auf andere Weise. Soweit ist der Inhalt des Schlichtungsstatuts geklärt. Unverständlich bleibt nur der hohe Beitrag von 200 rheinischen Gulden, den die Rabbinerswitwe Katzmann für ihre Enkelin für die Zeitspanne von zwei Jahren — denn die Schlichtung bezieht sich nur auf diese Zeit — zahlen mußte (das geht aus der Klausel hervor, wonach sie, wenn die Enkelin nach außerhalb heiratet und mit ihrem Vermögen aus der Stadt wegzieht, ihren Beitrag, der wahrscheinlich ebenfalls hoch war, um 200 Gulden verringern kann), während die ganze Gemeinde in derselben Zeit an den Rat abzuführen hatte Gulden:

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

133 bis zum ersten Walpurgistag (25. November), 400 (200 als Abgabe und 200 als Geschenk) an diesem Tage und 200 am 2. Walpurgistag, zusammen also 733 Gulden. Zur Erklärung dieser Tatsache müssen wir annehmen, daß die Rabbinerswitwe und ihre Enkelin mehr Vermögen besaßen, als alle die anderen Gemeindemitglieder zusammengenommen, oder aber, daß die Gemeinde außer den offiziell im Schreiben des Rates angegebenen Abgaben beim Abschluß des Vertrages noch andere Ausgaben in Form inoffizieller Geschenke an die Ratmänner persönlich zu machen hatte. Die Richtigkeit letzterer Annahme ist vielleicht aus folgendem Passus am Anfang der Schlichtungsurkunde herauszulesen, wo gesagt wird: ... „daß wir (die Schlichter) innerhalb der Gemeinde Eger geschlichtet haben alle Streitigkeiten in Sachen der Abgaben und Lasten, die sie (die Gemeindemitglieder) an die Ratmänner oder den wirkenden Mann abzuführen haben — wegen der Sache und Angelegenheit, die sie mit den Ratmännern gehabt hatten, sind all die obengenannten Ausgaben auf uns gekommen, auf uns beide, unten Gefertigten". Hier wird also zuerst von „Abgaben" gesprochen und dann von „Ausgaben", unter denen vielleicht Sondergeschenke an die Ratmänner zu verstehen sind.

Auch die im Jahre 1449 aufgenommenen jüdischen Familien sind fast alle nicht recht lange in Eger geblieben. Nach 14 Jahren waren ihrer nur zwei (oder drei) da. Das erfahren wir aus einer anderen Urkunde aus demselben Stadturkundenbuch, datiert vom 23. Mai 1463 (a. a. O. S. 356f.), nach welcher „Smohel Gumbrecht und Josep dy Juden und Sara Katschmanin", die „vor her etlich Jar unser Juden und Judin gewest sein", durch Vertrag auf weitere sechs Jahre aufgenommen wurden. Von den in der vorigen Urkunde angeführten Juden sind also nur Smohel (= Samuel) und die Rabbinerswitwe Katzmann verblieben. Gumbrecht (= Gumprecht) und Josep (= Josef) figurieren in den früheren Urkunden nicht und werden wohl in der Zeit zwischen 1449 bis 1457 (s. Simon a. a. O. S. 309, Nr. 8; unserer Meinung nach ist Gumbrecht von Smohel zu trennen, so daß es im ganzen nicht drei, sondern vier jüdische Familien sind) zu ihnen zugezogen sein. Vielleicht ist aber Josep der im Jahre 1435 gesondert aufgenommene Jude Gossel (= Jossel = Josef). Betreffs der Abgaben wird in dieser Urkunde nur die Zahlung von 200 rheinischen Gulden jährlich erwähnt, die anderen Bedingungen sind die gleichen wie in der vorangehenden. Aus diesen drei letzten hier zitierten Urkunden ersehen wir, daß die jüdische Einwohnerschaft Egers in der Zeitspanne von 1435 bis 1463 — und wahrscheinlich auch später bis zum Jahre 1497, als König Wladislaw ihnen das weitere Wohnen in Eger verboten hat (Urkunde Nr. 964, a. a. O. S. 311) — in ihrem Bestande wechselte.

124 Zu welchem Zweck die Lose gezogen wurden und was die Ziehung ergab, ist aus dem Text nicht ersichtlich.

125 Gemeint sind die anderen großen Rabbiner.

126 Die jüdischen Gemeinden Deutschlands — mit einzelnen Ausnahmen — besaßen im Mittelalter das sogenannte Inkolats- oder Siedlungsrecht, wodurch die Ansiedlung neuzugekommener Juden von der Zustimmung der alteingesessenen abhängig gemacht wurde. Dieses Recht erteilten die Herrscher den jüdischen Gemeinden wahrscheinlich zu dem Zwecke, damit diese nur solche Juden zu sich hereinnehmen, die zahlungsfähig in bezug auf die Steuern an den Fürsten oder den städtischen Rat sind. Da die Behörden die Gesamtabgaben der Gemeinden nach dem Umfang der jüdischen Einwohnerschaft bestimmten, so mußte sich die Niederlassung neuer Siedler, die nicht oder wenig zahlungsfähig waren, zum Nachteil der von früher her ansässigen Familien auswirken, was die Gemeinde zu verhindern suchte. Dazu kamen noch Gründe der Konkurrenz, welche die Gemeinde veranlaßten, ihr Siedlungsrecht streng zu handhaben. Denn da die Juden fast ausschließlich auf Geldleihgeschäfte und folglich auf eine bestimmte, nicht eben zahlreiche christliche Kundschaft angewiesen waren, so war in den meisten Orten nur für eine beschränkte Zahl Juden Platz, und es mußte daher dem vorgebeugt werden, daß die Existenzmöglichkeit der alten Gemeindemitglieder durch die

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Aufnahme neuer beeinträchtigt wird. Infolgedessen pflegte der Gemeindevorstand seine Erlaubnis zur Ansiedlung fremder Juden im Orte nur dann zu geben, wenn alle alteingesessenen Gemeindemitglieder befragt und darin eingewilligt haben. Erhob auch nur ein einziges Mitglied begründeten Einspruch dagegen, so konnte er dadurch die Erteilung der Erlaubnis verhindern. Aus den Worten Brunas, die nur bei Kenntnis dieser Einrichtung verständlich sind, geht hervor, daß auch in Böhmen die jüdischen Gemeinden über das Siedlungsrecht verfügten und im vollen Umfange davon Gebrauch machten.

127 Steinschneider (a. a. O. S. 25) liest hier mit Recht Landshut (das in hebräischer Schrift auch *lnzshut* geschrieben wurde). Unserer Meinung nach handelt es sich hier um R. Elieser, den Sohn des R. Nathan von Eger, der auch Leiser genannt wurde (s. Minhagim des Maharil, Ausg. Offenbach, S. 98b). Es ist wahrscheinlich, daß er nach Austreibung der Juden aus Eger (1430; s. A. 123) nach Bayern zog. Wir wissen, daß er eine Zeitlang in Nürnberg wohnte (s. Freimann Nr. 18), und ist die Annahme naheliegend, daß er eine Reihe von Jahren in der bayerischen Stadt Landshut lebte (als Rabbiner oder Privatgelehrter), weshalb ihm der Beiname Landshut beigelegt worden sein dürfte. Als um die Mitte des 15. Jahrhunderts die Lage der Juden in Bayern — bis zu ihrer völligen Austreibung im Jahre 1450 — schlechter wurde, wird er wohl nach seiner Vaterstadt zurückgekehrt sein und 1449 dort gewohnt haben (vielleicht bekleidete er das Amt seines Vaters als Rabbiner).

128 Diese beiden Männer, die in der Schlichtungsurkunde an erster Stelle genannt werden (s. Nr. 129), waren, wie aus dem weiteren Inhalt zu ersehen ist, die „Ältesten" der Gemeinde und zugleich die Schlichter. Sie waren, wie weiter aus dem Brief hervorgeht, Brüder.

129 Von ihm und anderen Rabbinern. Isserlein war der Meinung, daß ein Jude, der eine Streitsache mit einem anderen Juden hat und sich an die christliche Behörde wendet, durch die jüdische Gemeinde streng bestraft werden solle (vgl. *5*). Hier ist unter der „außerjüdischen Behörde" der städtische Rat gemeint, an den die Schlichter sich wenden wollten — oder nur damit drohten —, um den Wegzug der Gemeindemitglieder Menzl und Has zu erwirken.

130 Im Text ist hier fälschlich die Responsennummer mit 130 angegeben. Unter der korrupten Nummer ist das Responsum bei Grätz (a. a. O. S. 264), E. H. Weiß (a. a. O. S. 262) und Horowitz (ZGJČ I, S. 234) angeführt und ist auch dort in 133 zu berichtigen.

131 Grätz (a. a. O.) bezieht diese Worte auf Bruna und schließt daraus, daß er von Brünn nach Regensburg „nach vielen Wanderungen" (?) über Prag gegangen ist. Grätz hat hier zwei Sachen übersehen. Erstens, daß die Frage wegen der Kühe mit der anormalen Rippenzahl an Bruna in *Regensburg* ergangen ist (das Responsum beginnt: „Ich bin gefragt worden in Regensburg"), die Ankunft in Prag aber, auch wenn sie sich auf Bruna beziehen sollte, müßte nach dem Sinne der Worte: „Und als ich nach Prag kam" *nach* der getroffenen Entscheidung in der besagten Frage geschehen sein, d. h. Bruna wäre von Regensburg nach Prag gekommen und nicht von Brünn nach Prag auf dem Wege nach Regensburg. Zweitens merkte er nicht, daß die Nachschrift nicht von Bruna, sondern von seinem Sohne unterzeichnet ist, mithin beziehen sich höchstwahrscheinlich auch die Worte von der Ankunft in Prag auf den Sohn, der als Rabbiner in Prag fungierte. Denselben Fehler wie Grätz begeht auch Steinschneider, der von der Übersiedlung Brunas nach Regensburg sagt: „wohin er wohl über Prag ging" (a. a. O. S. 26). In der Tat aber besitzen wir keinen Beweis dafür, daß Bruna aus Brünn nach Regensburg auf dem Umweg über Prag zog.

132 Steinschneider (a. a. O. S. 25) vermutet hier Trebitsch, d. h. Jakob aus Trebitsch.

133 „Zur Zeit" — so übersetzt nach Text Saloniki (Text Stettin hier ohne Sinn).

133a Unter den großen Rabbinern ist vielleicht auch R. Elia gemeint; in diesem Falle wäre er zur Zeit der Mitteilung des Jakob Trebitsch bereits verstorben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

134 So daß es auf dieselbe Zahl der Rippen herauskommt

135 Im Text משה, das ist aber eine Korruptel von מנשה, denn der Sohn Brunas hieß nicht Mose, sondern Manasse (s. Rpps. Josef Kolon Nr. 170 und Freimann Nr. 97). Demgemäß ist bei Horowitz (a. a. O.) zu berichtigen. Daß er die Tatsache, daß der Sohn Brunas rabbinische Funktionen in Prag ausübte, bezweifelt, ist unberechtigt, da dies deutlich aus den Worten: „Und ebenso haben *wir* es mehrmals hier in Prag gestattet" hervorgeht, wenigstens in bezug auf das Schächten nnd die Speisegesetze (vgl. a. E. H. Weiß, a. a. O.).

136 In Erfurt. Wahrscheinlich der dortige Rabbiner.

137 Erstgeborenem. Hier handelt es sich um ein erstgeborenes Kalb. Nach dem jüdischen Gesetz gehört das Erstgeborene vom Vieh dem Kohen, der es aber nicht schlachten darf, solange es keinen körperlichen Defekt bekommen hat. Ist dem Erstgeborenen von einem Juden, der das Gesetz kennt, ein Leibesfehler beigebracht worden, ohne daß dieser im Jähzorn gehandelt hat, so daß der Verdacht besteht, daß der Leibesfehler absichtlich gemacht worden ist, so darf das Tier trotz des erhaltenen Defekts nicht genossen werden.

138 Im Text sind die Namen der Rabbiner z. T. verstümmelt und wir haben die betreffenden Namen berichtigt. R. Lipman ist, wie Grätz (VIII, Note 5) richtig annimmt, Lipmann Mühlhausen aus Prag, die anderen waren Grätz unbekannt. S. über diese bei Wiener (MGWJ. 1868, S. 392) und Freimann (Nr. 5, 64 und 95). Daß diese vier großen Rabbiner sich gleichzeitig mit dieser Sache befaßt haben, rührt davon her, daß sie gerade zu jener Zeit in Erfurt versammelt waren, um Verordnungen für das Gesamtjudentum auszuarbeiten.

139 Daraus, daß man diese Frage an den in Erfurt weilenden R. Nathan geschickt hat, ist zu schließen, daß auch dieser Fall in die Zeit der Rabbinersynode in Erfurt fällt, an der nach dem Bericht Isserleins (Pes. Rp. Nr. 24) auch R. Nathan von Eger teilnahm. Diese beiden Responsen (Nr. 162 und 168) bilden also, einander ergänzend, eine zweite Quelle, und zwar eine vollständigere, als die obenangeführte bei Isserlein, über die Teilnehmer der Rabbinersynode in Erfurt. Dadurch gewinnen die beiden rituellen Fälle, der mit dem Bechor in Erfurt und der mit den Gänsehäuten in Eger, einen historischen Wert, der für Böhmen darin besteht, daß wir aus ihnen erfahren, daß zwei große Rabbiner Böhmens an der genannten Synode (nach Grätz zw. 1400 bis 1410, nach Wiener, a. a. O., zw. 1420 bis 1430) teilgenommen haben.

140 Wie an anderer Stelle des Responsums angegeben ist, hat sich der Mann von der Frau scheiden lassen. Die Intervention Brunas und der anderen Rabbiner wird wohl nur bezweckt haben, den Verdacht von den verleumdeten Männern zu beseitigen, wie auch die Frau zu bestrafen.

141 Daraus geht hervor, daß es sich hier um Sternberg in Böhmen handelt und nicht um Sternberg bei Olmütz, wie Steinschneider (das.) vermutet, da Mähren nicht zum Gebiete R. Elias gehörte. S. a. über diese Stadt Freimann, S. XXI, A. 71.

142 Gemeint ist der Herr, an den das Schreiben gerichtet ist, dessen Name aber im Responsum ausgelassen ist.

143 So daß die Ehe nicht geschieden werden mußte.

144 So daß sie nicht als Ehebrecherin anzusehen ist.

145 Abschn. XI, Mischna 12.

146 Als Bruna sich mit diesem Falle beschäftigte, wohne er bereits in Regensburg, wohin man an ihn eine diesbezügliche Anfrage geschickt haben wird. Dies beweisen zwei Stellen in diesem Responsum, wo Jakob Weil als verstorben erwähnt wird, und wir wissen, daß Bruna noch bei Lebzeiten Weils bereits Rabbiner in Regensburg war. Das geht aus Rp. Nr. 4 hervor, wo Bruna schreibt: „Es war ein Fall in Regensburg... Jedoch habe ich nach Erfurt an den Gaon Israels R. Jakob, G. m. i. b., [eine Anfrage] gesandt". Weil war nämlich zuletzt Rabbiner in Erfurt (s. „Rabbin. Geschichtsquellen" I, S. 40).

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

147 Dem Worte „unserer" ist zu entenehmen, daß R. Perez eine Zeitlang in Wiener-Neustadt wohnte. Eine vorangehende Stelle im Responsum: „hier in Neustadt" zeigt, daß dieses Schreiben in Neustadt abgefaßt ist. Gestorben ist er aber nicht dort, wie aus LJ. II, S. 85, Zeile 13, hervorgeht.

148 Es waren die jüngeren Talmudgelehrten R. Elieser, R. Jusmann Kohen (K. Z.) und R. Jäklin, die in Neustadt, wo der Rabbiner R. Meisterlein einer Jeschiba vorstand, eine eigene Jeschiba eröffneten und zugleich die Absicht zeigten, ihm in der Ausübung rabbinischer Funktionen Konkurrenz zu machen. Dadurch entstand ein Streit in der Gemeinde. R. Perez ergreift hier die Partei R. Meisterleins.

149 Das heißt, nach R. Nathan und den anderen Großen.

150 Sieh über ihn A. 192.

151 Bezieht sich auf den Streit der Rabbiner David Töwel Sprinz und David Vrank in Nürnberg, in den Bruna eingegriffen hat.

152 Wann kam Bruna nach Regensburg?

Grätz (a. a. O.) behauptet, daß die Übersiedlung Brunas aus Brünn nach Regensburg im Jahre 1454 geschehen ist, und zwar als Folge der in diesem Jahre erfolgten Austreibung der Juden aus Brünn. Aus Rp. Nr. 131 geht aber klar hervor, daß Bruna bereits 1449 in Regensburg wohnte. Denn Isserlein schreibt dort an die Schlichter, die 1449 in der Gemeinde Eger geschlichtet haben (s. A. 114), in Sachen ihres Streites mit den Gemeindemitgliedern Menzlein und Has: „Und es sind Eure (beider Parteien) Darlegungen an meinen Freund R. Israel nach *Regensburg* geschickt worden". Mithin ist die Annahme Grätzs hinfällig. Wir können aber noch weiter gehen und nachweisen, daß Bruna spätestens 1447 bereits in Regensburg Rabbiner war. Das ergibt sich aus der Zusammenstellung des oben (das.) angeführten Responsums Isserleins (Pes. Nr. 223) betreffs der Frau des verschollenen Juden Leml mit Rp. Nr. 216 unseres Autors. Das betreffende Responsum bei Isserlein, das an Bruna gerichtet ist, beginnt: „Inbetreff der Frau Meidl (bei Bruna Meirl), der Frau von Leml (bei Bruna Lebl) teile ich Dir mit, daß es bald zwei Jahre sind, daß man an mich hierher geschickt hat, ich möchte ihre Lösung (vom verschollenen Manne) herausfinden und sie zur Wiederverheiratung freigeben ... Auch wollte ich überhaupt nicht über Freigabe nachdenken, da ich *kurz vor jenem Zeitpunkt die Frau aus Plauen* (d. h. die Frau des ermordeten Susslein, des Bruders von Lasen aus Plauen; s. *2*), wegen welcher Du mich angegangen bist, ich möge ihr die Wiederverheiratung gestatten, freigegeben hatte ... und befürchtete ich, wir würden in den Ruf kommen, ein Beth Din des ewigen Gestattens zu sein"... Da die Zeugenaussagen in dieser Agunasache, wie aus dem Responsum Bruna Nr. 217, wo diese Aussagen mit Datum angeführt sind, zu sehen ist, in den Monaten Adar (ungefähr Feber), bzw. Nissan (ungefähr März) des Jahres r. s. l. = 207 nach der Zeitrechnung (s. A. 114) = 1447 n. Chr. gemacht worden waren, so ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die diesbezügliche Anfrage an Isserlein ebenfalls im Jahre 1447 ergangen ist. Nun sagt Isserlein in seinem oben angeführten Responsum, daß er kurz vor dem Zeitpunkt des Empfanges dieser Anfrage die Frau aus Plauen, wegen welcher Bruna ihm geschrieben hatte, freigegeben, also ebenfalls im Jahre 1447. Es gilt also festzustellen, wo Bruna wohnte, als er die Sache der Frau aus Plauen vor Isserlein brachte. Und das geht aus Rp. Nr. 216 bei Bruna, das diese Sache behandelt, hervor. Denn Bruna erzählt uns dort, daß er an den jüdischen Zeugen Josefa eine Frage *in Gegenwart von R. Binjamin Kohen* gestellt hat. Dieser Binjamin Kohen aber war ein Regensburger Einwohner und Mitglied des Richterkollegiums Brunas dort (s. A. 91). Ferner erzählt uns Bruna in demselben Responsum, daß auch R. Amschel (sein Rivale in Regensburg) in die Sache eingegriffen hat. Aus diesen Mitteilungen Brunas geht also zur Evidenz hervor, daß er, als er sich mit der Angelegenheit der Frau aus Plauen beschäftigte, *also spätestens 1447 (wahrscheinlich aber schon 1446) in Regensburg als Rabbiner domizilierte und einem Beth Din vorstand.* E. H. Weiß (a. a. O. S. 262) will ebenfalls Bruna noch 1454 in Brünn wissen,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

und zwar folgert er es aus Rp. Nr. 195 (in Wirklichkeit 194), das eine Anfrage enthält, die R. Jakob Levi aus Znaim an Bruna geschickt hat, was, wie aus dem Inhalt des Responsums hervorgeht, im Jahre 1454 geschehen ist. Da die Anfrage aus Znaim in Mähren kam, schließt Weiß daraus, daß Bruna zu jener Zeit noch in Mähren, d. h. in Brünn wohnte. Diese Schlußfolgerung ist aber falsch, denn wir wissen (s. Einleitung, Biographie), daß Bruna auch in Regensburg wohnend Anfragen aus Mähren und Böhmen erhielt.

Bruna gibt hier den Grund an, weshalb er nach Regensburg zog. Wahrscheinlich war die Verheiratung nach dort auch die Ursache seines Abganges von Brünn. Carmoly (s. Freimann, Nr. 82) meint allerdings, daß Bruna aus dem Grunde Brünn verlassen hätte, weil R. Gedel aus Orenburg (oder Odenburg, bei Wiener-Neustadt, s. LJ. II, S. 62; vgl. a. Berliner, MGWJ. 1869, S. 316, A. 3) dorthin kam, um sich dort als Rabbiner zu betätigen (s. Pes. Rp. Nr. 128). Diese Meinung ist aber kaum akzeptabel. Denn erstens spricht das betreffende Responsum Isserleins nur davon, daß R. Gedel sich in Brünn niederlassen *wollte*, ob er es auch getan hat, wissen wir nicht; zweitens ist es wenig wahrscheinlich, daß Bruna, der bereits in Brünn einen großen, über die Grenzen Mährens reichenden Ruf besaß (s. Biographie) und kein nachgiebiger Mensch war (s. Fall Salmoni in Rpps. Josef Kolon, Nr. 169 und 170), vor einem neuangekommenen Gelehrten, den Platz geräumt haben wird. Die Frage E. H. Weißens (a. a. O. S. 259, A. 7), warum Bruna hier nicht erwähnt, daß die Austreibung der Juden aus Brünn die Ursache seines Wegzuges von dort war, ist durch unsere Feststellung, daß Bruna lange vor der Austreibung nach Regensburg kam, erledigt.

153 Im Text hier: Lemberk (Lemberg), gemeint ist aber nicht Lemberg, die Hauptstadt Ostgaliziens, wie Steinschneider (das.) irrtümlich annimmt, die im Mittelalter den Namen Lamberg oder Lamburg (auch Löwenburg) in terra Russia (Rot-Reußen, s. o. A. 16) führte und in einem Responsum des 15. Jahrhunderts (Rpps. Josef Kolon Nr. 184) unter dem Namen Lambert (auch Lanbert) im Lande „Russia" geht, sondern *Löwenberg* in Schlesien, das in den mittelalterlichen Urkunden Lamberg und Lemberg genannt wird (s. S. Cassel, Art. „Juden" bei Ersch und Gruber, 27, S. 130, A. 41; vgl. auch Berliner, HB., 1872, S. 39). Es ist auch aus dem Grunde einleuchtend, daß es sich hier um Löwenberg i. Schl. handelt, daß das Responsum unten von „Zeugen aus der Gemeinde Prislau" (= Breslau und nicht Przemysl, wie Steinschneider vermutet) spricht, die der Tat zugesehen haben, und da ist es näherliegend, daß der Tatort sich in der Nähe von Breslau befand, also in Schlesien, als im heutigen Lemberg in Galizien, das von Breslau weit entfernt ist. Auch Brann (a. a. O., Anhang III, S. LXI, VIII, 5) bemerkt zu diesem Responsum: „Daß hier von Löwenberg und nicht von Lemberg in Galizien die Rede sei, ist klar."

153a Mittelhochdeutsch: Kiule = Keule. S. Lexer, mhd. Handwörterbuch.

154 Hier in der Bedeutung: frommer Sinn.

154a Hinzugefügt nach Text Saloniki.

155 Sanhedrin 78a.

156 S. 3. B. Mose 24, 17.

157 Jes. 1, 15.

158 D. h. Bewußtlosigkeit, s. 1. B. Mose 19, 33.

159 Elasar b. Jehuda aus Worms, geb. 1160 in Mainz, Verfasser des bekannten Buches „Rokeach" (weshalb auch „Elasar Rokeach" genannt) über Gottesfurcht und Buße u. a. m.

160 Jehuda b. Samuel, genannt „der Fromme" (Chassid), aus Regensburg, Verfasser des bekannten „Buches der Frommen" (Sefer Chassidim), Lehrer des obigen R. Elasar.

161 Unter der „Ferne" ist hier Regensburg gemeint. Die Kosten eines Boten in eine weit entfernte Stadt waren zu jener Zeit ziemlich groß (S. Rpps. Jakob Levi, Ausg. Hanau, Bl. 50, 3) und nur für Wohlhabende (wie Simcha einer gewesen zu sein scheint, s. u.) erschwinglich.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

162 Es scheint uns, daß es diese Worte sind, die im Text hier fehlen.

163 Die Löwenberg nächste Stadt, wo große Gelehrte wohnten. Die näheren Breslau und Schweidnitz werden wohl zur Zeit dieser Begebenheit nicht mehr Sitz großer Rabbiner gewesen sein.

164 In Anlehnung an 2. B. Könige 9, 11 (gemeint: seinen Charakter).

165 Posen war, wie es scheint, der erste Ort auf dem Wege der Wanderung Simchas in der Fremde, so daß die dortigen Gelehrten ihn vor sich hatten und sein Wesen näher bestimmen konnten.

166 Psalmverse, die zu Beginn des Maariw-Gebets gesagt werden und mit den Worten: „Und Er, der Barmherzige, vergibt die Schuld" beginnen.

167 So am Sabbat, Fest-, Halbfest- und anderen bestimmten Tagen im Jahre.

168 Sprüche 3, 6.

169 Aus diesem Ausdruck ist zu schließen, daß der Autor sein im Jahre 1453 abgefaßtes Schreiben (s. u. A. 175) nicht aus dem Prag nahen Brünn, sondern aus dem *ferneren* Regensburg sendet. Auch das wäre als ein Beweis gegen die Annahme von Grätz und Weiß, daß Bruna erst 1454 Brünn verlassen habe, anzuführen, wenn wir nicht noch viel zwingendere Beweise dagegen hätten (s. A. 152).

170 Gemeint ist R. Elia.

171 Im übertragenen Sinne nach dem Talmud (Aboda Sara 50ᵇ) — Gelehrter, Sohn eines Gelehrten. Dem ist zu entnehmen, daß auch der Vater R. Elias ein großer Talmudgelehrter war. Die Übersetzung von נגר ובר נגר des Textes durch Horowitz (a. a. O. S. 231) mit „Zerhauer, Sohn des Zerhauers" ist sehr merkwürdig.

172 D. h. die übrigen Gelehrten und sonstige angesehene Gemeindemitglieder. Im Talmud (Chullin 92ᵃ) werden im übertragenen Sinne die Gelehrten Traubenkämme und die vermögenden Bürger, die sie unterstützen, Blätter genannt, weil sie die Gelehrten vor Hunger bewahren, wie die Blätter die Weintrauben vor Unwetter schützen. Die Worte „Traubenkämme und Blätter" stehen im Text vor „Zimmermann, Sohn des Zimmermanns"; wir haben diese Ausdrücke umplaziert, da „Zimmermann" usw. sich auf, „hervorragenden Rabbiner" bezieht.

172a Ob mit „er" R. Elia oder jeder reiche Mann in der Gemeinde gemeint ist, ist schwer zu bestimmen.

173 Gemeint ist darunter die Judenschaft.

174 Im Text: מדינה, das in der talmudisch-rabbinischen Literatur Land, Provinz oder auch Großstadt bedeuten kann (vgl. „Seder ha-Get" von Juda Menz, Nr. 107; s. a. Baba Bathra 21ᵇ, Kommentar d. R. Gerschom). Hier ist je nach dem Sinne mit Provinz beziehungsweise Land übersetzt.

175 Hier sind jene furchtbaren Judenverfolgungen in Schlesien gemeint, welche der von Papst Nikolaus V. zur Bekämpfung der „Häresie" nach Deutschland entsandte Franziskanermönch Johann Capistrano, genannt „die Geißel der Hebräer", im Jahre 1453 veranstaltete. In Breslau, Liegnitz und Schweidnitz sind damals viele Juden, angeblicher Hostienschändung angeklagt, verbrannt und ermordet worden. Es ist also anzunehmen, daß dieses Responsum im genannten Jahre abgefaßt ist.

176 Baba Bathra 7ᵇ.

177 Unter „diesen falschen Anschuldigungen" sind, wenigstens in der Hauptsache, Beschuldigungen der Hostienschändung zu verstehen, die von Schlesien nach Böhmen unter dem Einfluß Capistranos übergegriffen haben werden.

178 Gemeint ist R. Elia, der, wie daraus zu ersehen ist, bereits 1453 (s. A. 175) als Führer der Judenschaft des ganzen Landes Böhmen galt.

179 Diese Anordnung von einem provisorischen Darlehen und einem endgültigen Beitrag nach späterem Ausgleich, zeugt von der Eiligkeit der Sache und der unmittelbaren Nähe der Gefahr, so daß es keine Zeit blieb, um zuerst eine Einschätzung der Steuerzahler vorzunehmen. Aus dieser Anordnung ist auch ersichtlich, daß es sich hier um eine Abgabe je nach Vermögen handelt und nicht um eine Kopfsteuer, wie Brann (a. a. O., S. 140) behauptet. Auch ist Branns Meinung, daß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

der Ertrag der Steuer für die jüdischen Flüchtlinge aus Schlesien verwendet werden sollte, unzutreffend. Denn im ganzen Responsum werden diese Flüchtlinge mit keinem Worte erwähnt. Der Zweck der Umlage geht übrigens klar aus dem Responsum hervor.

180 Abot, II, 12.

181 Diese Rpp. kommen hier vor Rp. Nr. 277, weil in letzterem die hier behandelte Angelegenheit vom umstrittenen Hause zur Sprache kommt, und ist es daher notwendig, daß der Leser früher über sie unterrichtet wird.

182 R. Leiser (Elieser) Passau in Prag, der Rivale des R. Elia. S. über ihn unten A. 201.

183 Auch hier mußte die Reihenfolge der 3 Rpp. des Stückes im Texte geändert werden, da Nr. 278 die Antwort auf Nr. 279 und 280 enthält.

184 Diesees Schreiben ist an R. Perez gerichtet, wie aus dem Schreiben des letzteren an R. Leiser in Nr. 277 zu sehen ist. Dort sagt R. Perez bezüglich des Hauses: „Du hattest mir Dein Urteil geschickt", womit zweifellos dieses Schreiben gemeint ist. Dort weiter sagt er noch: „... wie ich Dir im vorigen Jahre geschrieben habe, daß Du Dein Urteil zusammen mit meinem Schreiben ... an unsere Lehrer in Neustadt schickst oder an ... R. I. Bruna ..." Wahrscheinlich sind die beiden Urteile nicht nach Neustadt, sondern an Bruna zwecks Entscheidung geschickt worden, und auf diese Weise erklärt es sich, wieso diese Schreiben in die vorliegende Responsensammlung gekommen sind.

185 S. u. die Angabe Davids, daß R. N. von den Eigentümern des Hauses zum Bevollmächtigten eingesetzt worden wäre.

186 Die folgenden Worte des Textes: „ und ihr (so nach Text Saloniki) Vater, dieser obengenannte Josef" sind in der Übersetzung ausgelassen, da sie eine überflüssige Wiederholung sind.

187 Damit ist wahrscheinlich gemeint, daß er Geld in Prag für die Jeschiba des R. Nathan in Eger sammelte. „Sammler" — so übersetzt nach dem Text Saloniki, während in unserem Text das Wort fehlerhaft wiedergegeben und schwer zu deuten ist.

188 R. Nathan zog nach Jerusalem (wahrscheinlich im Jahre 1430, als die Juden aus Eger ausgetrieben wurden; s. A. 123) und ist dort begraben (Pes. Rp. Nr. 161; LJ. I, S. 9.).

189 Nach dem talmudischen Gesetz genügt zur Ersitzung eines Grundstücks eine ununterbrochene dreijährige Dauer der Nutznießung, ohne daß Einspruch dagegen erhoben worden ist.

190 Gemeint sind die Hussitenkriege. Mit seiner Einwendung will Juda sagen, daß er wegen der großen Entfernung sowie Einstellung des privaten Verkehrs infolge des Krieges seinen Protest nach Prag nicht gelangen lassen konnte.

191 Vorangehend sind entsprechende Stellen aus den älteren Autoritäten zitiert.

192 R. Perez, ein Verwandter R. Elias von Prag (s. u. Rp. Nr. 277), war, wie es scheint, eine rabbinische Autorität, dessen Namen auch in Böhmen und Mähren bekannt war. Denn außer der Angelegenheit des Hauses in Prag, die vor ihn gebracht wurde, wendete sich an ihn in einer Sache auch die Gemeinde von Brünn (s. o. *9:* Rp. Nr. 86). Wo er Rabbiner war, wissen wir nicht. Wir wissen aber, daß er eine Zeitlang im Rheinland lebte (Weil Nr. 113), in Wiener-Neustadt wohnte (s. o. *16:* Rp. Nr. 227, A. 147) und daß er in einer Gemeinde (wo er Rabbiner war?) mit angesehenen Gemeindemitgliedern im hartnäckigen Streite lag (obiges Rp. Nr. 86). Er war leicht erregbar und führte eine scharfe Sprache in seinen Streitbriefen, auch eilfertig im Gebrauche der Waffe des Bannes (s. o. *4:* Rp. Nr. 58), war aber im Grunde ein guter Mensch. Denn Isserlein bezeugt ihm nach seinem Tode, daß er „viel Gutes getan hat" (LJ. II, S. 85). S. ferner über ihn bei Freimann Nr. 116. Wie hoch er wegen seiner Gelehrsamkeit von Jakob Weil und Isserlein geschätzt wurde, zeigen die an ihn gerichteten Responsen des ersteren (Nr. 19, 78, 79, 113 und obiges Nr. 86), sowie die Tatsache, daß Isserlein bei seinem Ableben einen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

feierlichen Trauerakt in der Jeschiba veranstaltet hat (LJ. a. a. O.). Wo er gestorben ist, ist ebenso wie sein Geburtsort unbekannt; jedenfalls ist er nicht in Neustadt gestorben, da Isserlein, der zu jener Zeit dort wohnte, erst nachträglich von seinem Tode erfahren hat. Dagegen läßt sich sein Todesjahr ungefähr bestimmen. Es liegt zwischen 1457, in welchem Jahre er sein Rundschreiben anläßlich des Rabbinerstreites in Prag (s. *21:* Rp. Nr. 277 und dazu A. 229) abgefaßt hat, und 1460, dem Todesjahr Isserleins.

Die Annahme Löwensteins (Gesch. d. Juden am Bodensee und Umgebung, I, S. 113), daß unser R. Perez mit dem in dem am Anfang der Rpps. Salomo Lurias abgedruckten genealogischen Verzeichnis erwähnten R. Perez aus Kostnitz (Konstanz), dem Sohne des R. Salomo aus Speyer und Bruder der talmudgelehrten Rabbinersfrau Miriam, identisch sei, hat wenig für sich. Denn diese Rabbinersfrau war nach der Darstellung von Epstein („Mischpachat Luria", S. 9—18), die den Behauptungen anderer Autoren vorzuziehen ist, die Urgroßmutter (und vielleicht Ur-Urgroßmutter) des Rabbiners R. Ahron Luria, der zur Zeit der Binger Rabbinersynode (nach Grätz 1455—57) bereits anerkannte Autorität (s. Grätz VIII, Note 5), also mindestens 40 Jahre alt war. R. Perez, der 1457 sein außerordentlich energisches obengenanntes Rundschreiben ergehen ließ, dürfte zu diesem Zeitpunkt höchstens 80 Jahre gezählt haben. Es ergibt sich hiermit zwischen ihm und seinem jüngeren Zeitgenossen R. Ahron ein Altersunterschied von höchstens 40 Jahren. Und dabei soll er der Bruder von dessen Ur- bzw. Ur-Urgroßmutter gewesen sein?

193 Das Responsum ist das Antwortschreiben R. Perez's an R. Leiser Passau (s. A. 184). Daß unter „Taku" Tachau zu verstehen ist, vermutet Steinschneider (a. a. O.). Allerdings finden wir bei Isserlein (Pes. Rp. Nr. 161) für Tachau den Namen „Tachwa".

194 Zum Verständnis dieser Worte sei hier bemerkt, daß das talmudische Gesetz von der Ersitzung eines Grunstückes (s. A. 189), wonach ein Einspruch, der nach drei Jahren des Besitzes erhoben wird, ungültig ist, nur dann anwendbar ist, wenn der Einspruch aus demselben oder aus einem Lande kommt, mit dem normaler Verkehr besteht; ist aber der Verkehr zwischen den betreffenden Ländern unterbrochen oder mangelhaft, wie zwischen Judäa und Galiläa zur Zeit des Talmud, so daß die Übermittlung des Protestes unmöglich oder erschwert ist, so ist das Gesetz der Ersitzung nicht wirksam, d. h. der Einspruch aus einem dieser Länder in das andere ist nicht an die Zeit von drei Jahren gebunden.

195 Unter „Gänse" sind hier die Hussiten (hus im Tschechischen = Gans) gemeint (die Juden hüteten sich wahrscheinlich davor, den Namen „Hussiten" auszusprechen, weil sie von den Katholischen der Sympathien für die ersteren beschuldigt und deshalb verfolgt wurden; sie wendeten daher Umschreibungen dieses Namens an), die auch in der damaligen rabbinischen Literatur „Bne Chuschim" (in Anlehnung an 1. B. Mose 46, 23) genannt werden (so von Maharil, Minhagim, Ausg. Offenbach, Bl. 51a wie im handschriftlichen Anhang bei Luzzato in Halichoth Kedem, S. 80 und 83).

196 „Parsaot" des Textes bedeuten eigentlich Parasangen = persischen Meilen. Hier sind aber deutsche Meilen gemeint, wie sie im mittelalterlichen Deutschen Reich gemessen wurden (1 Meile = 7,5 km).

197 D. h. nach der Abreise des R. Nathan Eger nach Palästina.

198 Der in Thüringen war (s. o. Nr. 280) und Bekannte in Prag hatte. — Das zweite „Ketabim" im Texte hier ist als überflüssig zu streichen.

199 Terfeis, im Texte „Techwisch", zu lesen: Terwis (wie im Rp. Nr. 221). Daraus ist zu ersehen, daß die Reise von Böhmen nach Palästina damals über Italien ging.

200 Wiener-Neustadt. Unter den „Lehrern" sind R. Isserlein und neben ihm R. Meisterlein und R. Jona, der Sohn des R. Schalom, gemeint.

201 Der Talmudgelehrte R. Elieser aus Passau, auch — wahrscheinlich wegen seiner polnischen Herkunft — Leiser Polak genannt (s. o. *4:* Rp. Nr. 58), ließ sich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

in Prag nieder und begann rabbinische Funktionen auszuüben. Er war der Schüler Brunas (s. u. Rp. Nr. 281). Daß er auch Schüler Jakob Weils war, wie Freimann (S. XXI, A. 69) behauptet, geht aus Rp. Nr. 126 nicht deutlich hervor.

Der Zeitpunkt seiner Ankunft in Prag läßt sich auf folgende Weise bestimmen. Im vorliegenden Schreiben, das 1457 abgefaßt ist (s. A. 229), sagt R. Perez: „Und es sind schon über *zwei Jahre* her, daß diese Deine Sünde (die Konkurrenz gegen R. Elia) begonnen hat, während er an vorangehender Stelle Passau vorwirft, daß er *bald* nach seiner Ankunft in Prag angefangen hat „übermütig zu werden". Aus diesen beiden Stellen geht hervor, daß der Streit zwischen R. Elia und R. Leiser im Jahre 1455 ausgebrochen und daß letzterer im selben Jahre oder frühestens 1454 nach Prag gekommen ist.

202 S. über ihn Michael, „Or Hachajim" Nr. 354, Freimann (Nr. 16) und H. Horowitz (EJ. VI, Sp. 504/5). Die Behauptung Horowitzs, daß er in Prag geboren sei, entbehrt jeder Grundlage. Dagegen spricht aber die Tatsache, daß R. Perez nicht geltend macht, daß R. Elia den großen Vorzug vor R. Leiser habe, ein geborener Prager zu sein. Wäre das der Fall, so hätte R. Perez gewiß darüber nicht geschwiegen. Von seinen Familienverhältnissen wissen wir nur, daß seine zweite Frau Reyna geheißen hat (s. Rpps. Mose Menz, Nr. 75) und daß ein Schwager von ihm mit Namen Mose in Regensburg wohnte und ein erbitterter Gegner Brunas war (s. o. *4* und *5*). Wann er in Prag Rabbiner geworden ist, wissen wir nicht, wir können aber nachweisen, daß er spätestens 1446 bereits Prager Rabbiner war. Das geht aus folgender Zusammenstellung von Responsen in Pes. von Isserlein hervor. Im oben (A. 152) zitierten Responsum Pes. Nr. 223 sagt Isserlein, daß er *kurz vor* dem Eintreffen der Anfrage über die Aguna Meidl, von der wir wissen, daß sie vor Ostern 1447 an Isserlein geschickt worden ist, sich mit der an ihn ergangenen Anfrage über die Prager Aguna Esther, die Frau des verschollenen David Kuntel, beschäftigt hat. Demnach dürfen wir annehmen, daß der Fall David Kuntel sich spätestens 1446 ereignet hat. Die Zeugenaussagen aber in dieser Sache sind an R. Elia nach Prag geschickt, beziehungsweise vor seinem dortigen Beth Din gemacht worden (Pes. Rpp. Nr. 218 und 219). Mithin war R. Elia 1446 bereits Hauptrabbiner in Prag und stand dem dortigen Beth Din vor. Auch als Haupt der Jeschiba dürfte er bereits 1446 fungiert haben, denn R. Perez sagt von ihm im vorliegenden Schreiben, also 1457: „denn es sind schon *viele Jahre her*, daß der Lehrstuhl des Rabbiners (R. Elia) obenan steht." Da er 1476 noch in Amt und Würden in Prag war, wie aus den „Minhagim" des Eisik Tyrnau (Ausg. Prag, Bl. 36^b, § 44 d. Glossen) zu ersehen ist, so hat er das Prager Rabbinat mindestens 30 Jahre inne. In der Rpps. „Chacham Zewi" (Nr. 129) wird er R. Elia Prag genannt.

R. Elia gehörte zu den großen, nach dem Tode Jakob Weils und Isserleins zu den größten rabbinischen Autoritäten seiner Zeit im Deutschen Reich und zeichnete sich besonders durch seinen außerordentlichen Scharfsinn und dialektische Kunst aus. Isserlein nennt ihn an einer Stelle (Pes. Rp. Nr. 220): „Korb voll Pfeffer" (d. h. scharfen Verstandes). Vgl. auch Bruna Rp. Nr. 102, Anfang. Wie hoch er (und Bruna) von Isserlein eingeschätzt wurden, ist noch aus LJ. II, S. 38, zu ersehen. Meir Padua nennt ihn (Rpps. Nr. 35) „*Gaon* R. Elia" und bezeichnet ihn als „starken Baum" (d. h. mächtig großen Gelehrten). Mose Menz (Rpps. Nr. 30 und 75) tituliert ihn „Haupt des Exils". Trotz seiner vielfachen gelehrten Korrespondenz mit den anderen Autoritäten seiner Zeit, hinterließ er keine Responsen (vielleicht aber sind sie verlorengegangen). Einem Responsum Isserleins (Pes. Rp. Nr. 161) entnehmen wir, daß er eine Schrift „Seder" (סדר) geschrieben hat. Es ist wahrscheinlich ein „Seder ha-Get", Vorschriften für die Ehescheidung enthaltend. Wenn aber Freimann (a. a. O.) behauptet, daß er Glossen zu den „Turim" des Jakob b. Ascher verfaßt habe, so verwechselt er ihn mit dem späteren Prager Rabbiner R. Abraham b. Abigedor, der am 7. Oktober 1542 starb und auf dem alten Friedhof begraben ist (s. Liebens „Gal Ed", Nr. 121). Dieser eben war es, der Glossen zu den „Turim", und zwar ausführlichere nur zu Tur Orach Chajim

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

(gedr. Prag u. Augsburg 1540) verfaßte. Im dort beigedruckten Briefe des Druckers an R. Jakob b. Baruch nennt ersterer ausdrücklich *R. Abraham* von Prag als Verfasser. S. a. Titelblatt d. Prager Ausgabe, abgebildet in „Die Juden in Prag" Ende (zur Abhandlung S. H. Liebens).

Der großen Gelehrsamkeit und großen Frömmigkeit R. Elias (nach Rp. Nr. 170 des Josef Kolon, zählt ihn Bruna zu den „Frommen der Welt"; vgl. auch LJ. I, S. 142) sowie seinem Rabbinerberuf entspricht aber nicht sein Charakter, der, wie es scheint, von der Geldgier beherrscht war. Sogar verschiedene Rabbiner, darunter auch Bruna, beschwerten sich über ihn bei Isserlein, weshalb dieser ihn scharf rügte (s. Pes. Rp. Nr. 64), auch Isserlein selber führt über ihn Klage (ebenda Rp. Nr. 68). Er war wahrscheinlich reich (s. o. *19*) und trieb Geschäfte, was die Ursache seiner häufigen Abwesenheit von Prag (s. u. Text) gewesen sein dürfte.

202a So übersetzt nach Text Saloniki, wo ירוח steht.

203 Der „Morenu"-Titel wurde von dem großen Rabbiner Meir Vulda (Fulda), auch Meir ha-Levi genannt, der aus dem Rheinland stammte und in Wien lehrte (zweite Hälfte des 14. Jahrunderts), als eigentliche venia docendi für kenntnisreiche Rabbiner eingeführt, der bestätigte, daß sie zur Ausübung eines rabbinischen Lehramtes befähigt sind. Nur solche Rabbiner durften mit „morenu horaw rabbi" (= unser Lehrer, der Rabbiner, Rabbi) zur Thora aufgerufen werden. David Gans bringt (Zemach David I, z. J. 187) im Namen des R. Sinai b. Bezalel (Bruder des hohen R. Löw) folgende Erklärung für die Einführung dieser Einrichtung unter den deutschen Juden. Es hätten sich zu jener Zeit viele Privatgelehrte mit der Erteilung von Scheidebriefen und Vornahme von Trauungen befaßt, die in die Feinheiten der betreffenden Vorschriften nicht eingeweiht waren (vgl. „Rabbinische Geschichtsquellen" I, S. 43 f., Rp. Nr. 85). Und so sei diese „Morenu"-Approbation eingeführt worden, um ein Kennzeichen zu geben, daß wer für diesen Titel nicht approbiert ist, das Recht nicht besitze, Trauungen und Ehescheidungen vorzunehmen. Vgl. LJ. II, S. 38, wo der Inhalt einer solchen „Morenu"-Approbation, erteilt von Isserlein an Isaak Levi aus Regensburg, wiedergegeben ist. S. dazu Güdemann I, S. 241 ff. und III, S. 31 f.

204 Demnach scheint es, daß Passau die „Morenu"-Approbation (s. vorige Anm.) nicht besessen hat.

205 Nach talmudischem Gesetz hat eine Witwe, die ihre „Kethuba" an die hinterbliebenen Waisen ihres Mannes zur Zahlung präsentiert, zuerst den Eid abzulegen, daß sie bei Lebzeiten des Mannes nichts von ihm gestohlen oder versteckt, sowie daß dieser ihr nichts auf Rechnung des „Kethuba"-Betrages ausgezahlt hat (s. Elieser b. Nathan, Eben ha-Eser, Ausg. Prag, Bl. 36, 3; s. a. „Jam schel Schelomo." von Salomo Luria, Ausg. Stettin, Gittin, Bl. 26, Nr. 34).

206 In der damaligen Lehrweise des Talmud auf den Jeschiboth hat es zwei Systeme gegeben, die auf besondere Zeitabschnitte verteilt waren: ein einfaches und ein kompliziertes. Ersteres bestand in der einfachen Texterklärung nach dem „Perusch" (Kommentar, d. i. der Raschi-Kommentar; vgl. LJ. II, S. 59 oben und Mose Menz Rp. Nr. 77). Der Zeitabschnitt, in welchem nach diesem System gelernt wurde, hieß daher „die Zeit des Perusch". Das zweite System bildete das höhere Talmudstudium, wobei — außer dem Raschi-Kommentar — in erster Linie die „Tossafot" („Zusätze", tiefgründige und scharfsinnige Diskussionen und Erörterungen zum Talmud enthaltend, ein Werk von über vierzig Gelehrten des 12. und 13. Jahrhunderts, hauptsächlich französischen, aber auch deutschen, darunter auch *böhmischen*) durchgegangen wurden, worauf dann die Behandlung des Lehrstoffes in tieferer Analyse und mit scharfsinnigen Kombinationen nach allen Regeln der rabbinisch-dialektischen Kunst (Pilpul) folgte. Der Zeitabschnitt, in welchem diese Art der Bearbeitung des Stoffes geübt wurde, nannte man „die Zeit der Tossafot", da die Vorträge ihr Charakteristisches im Durchnehmen der Tossafot hatten (s. Güdemann III, S. 79; vgl. a. Grätz VIII, S. 209). Dieses zweifache Lehrsystem, das in Deutschland (Weil Rp. Nr. 164), Österreich (Pes. Rp. Nr. 237, LJ. II, S. 39) und Italien (Josef Kolon Rp. Nr. 170) verbreitet war,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

war demnach auch in Böhmen üblich. Nach dem zwischen R. Elia und R. Leiser getroffenen Abkommen war es also letzterem nur gestattet, zur Zeit der einfachen Auslegung des Talmudtextes vor nicht mehr als fünf Bachurim halachischen Lehrstoff vorzutragen.

207 D. h. daß derjenige, der den Vertrag bricht, ein Verbot (issur) übertritt und dem Banne verfällt.

208 Durch: 1. Ausübung der höheren rabbinischen Funktionen, 2. unbeschränktes Abhalten von Lehrvorträgen, 3. Aneignung des Rabbinertitels.

209 Gemeint ist, daß R. Leiser Trauungen vornimmt und die Gebühren dafür bekommt, welche R. Elia zufallen sollten.

210 Der entsprechende hebräische Ausdruck ist im Texte ausgelassen.

211 Die Aufrufe zur Thora, genannt „Mizwot" (auch „Alijot"), wurden — wie es heute noch Brauch in den orthodoxen Synagogen ist — vor dem Vorlesen der Thora an den Meistbietenden verkauft und der Erlös für die Armenpflege verwendet. Der Sinn der Worte ist folgender: nach altem Brauch wird nach dem Bräutigam der Rabbiner aufgerufen, und dieser Aufruf wird nicht verkauft, ungeachtet dessen, daß durch den Ausfall des Verkaufes ein Schaden für die Armenpflege entsteht. Der hebräische Ausdruck für „ungeachtet", wodurch erst die letzten zwei Worte einen Sinn bekommen, ist im Texte ausgelassen.

212 Derjenige Vorsteher (Gabbai) der Synagoge, der bei der Thoravorlesung bei der Thora steht, dem Vorleser den Text zeigt und bestimmt, wer aufzurufen ist (S. J. Elbogen, Jüd. Lexikon, IV/2, S. 340 f.; vgl. LJ. I, S. 30; vgl. a. Rpps. Mose Menz, Nr. 6).

213 S. o. *10* und dazu A. 97.

214 In Prag, s. o. *20*.

215 Daraus ist zu ersehen, daß R. Leiser die Familie Seriach zum Verlassen des Hauses gezwungen hat.

216 Erlaubnis zum Schlachten; s. A. 137.

217 In Anlehnung an Sprüche 7, 26. Gemeint ist, daß nicht viele durch seine verfehlten Entscheidungen zu Schaden kommen.

218 S. u. A. 250.

219 Hier zeigt R. Perez sein großes Mißtrauen gegen R. Leiser, indem er ihn verdächtigt, er könnte bei Abschrift seiner Erwiderung Änderungen im Texte zu eigenen Gunsten vornehmen. Ein so weitgehendes Mißtrauen ist für die Meinung, die R. P. von R. L. hatte, charakteristisch.

220 Vgl. o. A. 184.

221 Der hebräische Ausdruck für dieses Wort fehlt im Text.

222 Passau war ja Schüler Brunas; s. A. 201.

223 Eine solche Abmachung, wenn sie wirklich erfolgt ist, ist merkwürdig. Wie aber aus der Annahme R. Perezs zu ersehen ist, sind solche Abmachungen unter den Rabbinern jener Zeit vorgekommen.

224 Eigentlich Fürst, hier im Sinne: Gelehrter (in Anlehnung an Hiob 33, 33) angewendet, ein Titel, der aus der gaonäischen Zeit stammt, wo er Jeschiba-Vorstehern beigelegt wurde.

225 Das entsprechende Wort im Texte ist verstümmelt, und ist hier zu lesen: כחי, wie in der nächstfolgenden Zeile des Textes.

226 Korrigiert nach Ps. 18, 31.

227 Wenn auch hier selbstverständlich Erez Israel (Palästina) und nicht Böhmen, das im Mittelalter von den Juden ebenfalls „das Land Kanaan" genannt wurde (s. „Rabbin. Geschichtsquellen" I, S. 53, A. 23) gemeint ist, so enthält doch dieser Ausdruck eine Anspielung auf das Land Böhmen in der Weise, daß hier gewünscht wird, daß die frommen Juden Böhmens in das wirkliche, verheißene Land Kanaan kommen mögen.

228 Nach Ps. 22, 7.

229 Der Zeitpunkt, wann R. Perez dieses Rundschreiben abgefaßt hat, läßt sich durch folgende Zusammenstellung bestimmen. Das Rp. Nr. 59 (s. o. *5*), bestehend aus einem Schreiben Isserleins an R. Elia, das, wie wir nachgewiesen haben

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

(s. A. 82), im Jahre 1458 geschrieben ist, enthält den Satz: „Allerdings habe ich an m. h. r. i. (= R. Israel = Bruna) andere Gründe geschrieben, aus welcher sie (die Bürgen in der Schifra-Angelegenheit; s. o. *3:* Rp. Nr. 57) von der Zahlung zu befreien seien." Das betreffende Schreiben Isserleins an Bruna ist von letzterem in Rp. Nr. 58 (s. o. *4*) wiedergegeben. Da aus dem weiteren Inhalt des Schreibens Isserleins an R. Elia von Nr. *59* ersichtlich ist, daß die Erörterung Isserleins über die Haftbarkeit der genannten Bürgen kurz vor der Abfassung des Schreibens von Nr. 59 geschrieben worden ist, so ergibt sich, daß das Schreiben an Bruna von Nr. 58, das diese Erörterung enthält, ebenfalls vom Jahre 1458 datiert. In diesem Schreiben von Nr. 58 spricht aber Isserlein auch von den „harten und bitteren Worten", die R. Perez an „R. Leiser Polak" (Passau) gerichtet hat, womit zweifellos das vorliegende Rundschreiben gemeint ist, sowie gleichzeitig davon, daß er, Isserlein, den Sinn des Textes des Abkommens zwischen R. Elia und R. Leiser ihnen erklärt habe. Das Rundschreiben R. Perezs muß also nicht lange vor dem Schreiben Isserleins an Bruna abgefaßt worden sein, d. h. vor dem Jahre 1458, zumal im Schreiben R. Perezs das Eingreifen Isserleins in den Prager Rabbinerstreit bereits erwähnt wird. Wir können daher nicht fehlgehen, wenn wir die Abfassung des vorliegenden Rundschreibens auf das Jahr 1457 (frühestens) ansetzen.

230 Gott wird auch Schalom (Friede) genannt (in Anlehnung an Richter 6, 21).

231 Allegorische Auslegungen von Bibelstellen.

232 Fehlt der Name. Über den Titel Alluf s. A. 224.

233 Gemeint ist wahrscheinlich die Äußerung Isserleins zu dieser Angelegenheit in seinem in Rp. Nr. 58 (o. *4*) wiedergegebenen Schreiben an Bruna.

234 Dieses Wort, das im Text fehlt, ist hier einzuschieben.

235 Ohne den Titel „Rabbi", also geringschätzend.

236 S. über ihn A. 5.

237 Er war nämlich der Hauptlehrer Brunas.

238 Wie dem zu entnehmen ist, stellten damals unter den Talmudgelehrten Lehrer und Schüler gleichsam eine kontinuierliche geistige Kette dar, wie die Familie eine leibliche bildet, so daß nach der Auffassung Brunas im Falle, daß Passau durch den Bann entehrt wird, nicht nur er, Bruna, als sein unmittelbarer Lehrer in seiner Ehre getroffen, sondern auch die Ehre von Brunas Hauptlehrer in Mitleidenschaft gezogen sein würde.

239 Fehlt der Name, der aber kein anderer ist als Isserlein, wie auch aus dem weiteren unten hervorgeht. Und die Meinung ist die, daß die Ehre Isserleins durch die Nichtbefolgung seines Rates an Passau verletzt sein würde.

240 Nach Prediger 7, 18.

241 D. h. Ausstellung von Qualifikationszeugnissen für das Schächten und Fleischbeschau.

242 S. A. 205.

243 Hier fehlen Worte im Text, vielleicht die hebräischen Worte für: „daß Du handeln wirst."

244 Nach 4. B. Mose 6, 24—26.

245 Wie daraus zu ersehen ist, war diesem Schreiben ein Exemplar des Rundschreibens R. Perezs (Rp. Nr. 277) beigelegt.

246 W. s., R. Elia überragt Passau weit an Gelehrsamkeit.

247 S. Rp. Nr. 277.

248 Um was für Zeugnis es sich hier handelt, ist leider nicht angegeben. Es ist aber ersichtlich, daß dieses Zeugnis im Interesse R. Elias war und zuungunsten R. Leisers.

249 Ob die betreffende Zeugenaussage mit dem Rabbinerstreit im Zusammenhang steht, ist hier nicht gesagt.

250 Hebräisch נחש = den zusammengezogenen Initialen der Benennungen der dreierlei Arten des Bannes: ḥiduj (der kleine Bann), ḥerem (der große Bann) und šchamta (Fluch, Anathema), zusammen = n. ch. sch. Unter Schlange sind also hier alle drei Arten des Bannes (der dreifache Bann) gemeint. Auch in mehreren vorangehenden Stellen wird dieser dreifache Bann mit n. ch. sch. (נח״ש) bezeichnet.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sage und Geschichte

Von Samuel Steinherz

—

Auf dem alten jüdischen Friedhof in Prag steht unter den Tausenden von Grabsteinen aus dem 15. bis 18. Jahrhundert ein Stein aus dem Jahre 1592, der Mardochai Kohen und seinem Sohne Bezalel gewidmet ist.[a]) Mardochai war Buchdrucker gewesen, ebenso wie sein Vater, seine Brüder, seine Söhne und seine Enkel. Es ist die unter dem Namen Gersoniden bekannte Buchdruckerfamilie. Der Vater Mardochais, Gerson ben Salomon Kohen, hatte um 1512 eine Druckerei für hebräische Bücher in Prag eingerichtet,[1] 1527 hatte er von König Ferdinand I. das ausschließliche Privileg für den Druck hebräischer Bücher in Prag erhalten und seitdem blieb die Familie bis in das 17. Jahrhundert diesem Berufe treu. Mardochai, der in der Werkstatt seines Vaters von Jugend auf tätig gewesen war, wird fast durch sechzig Jahre als Drucker hebräischer Bücher in Prag genannt.[2] Als er hochbetagt um das Jahr 1591[2a] aus dem Leben geschieden und an der Seite seines vorher verstorbenen Sohnes Bezalel bestattet worden war, ließ Salomo, wahrscheinlich der einzige von den fünf Söhnen Mardochais, der den Vater überlebte,[3] auf dem Grabe der beiden im Jahre 1592 ein Denkmal aufstellen: eine mächtige Steinplatte, völlig schmucklos,[4] mit einer Doppelinschrift, rechts für Mardochai, links für Bezalel. Die Mardochai gewidmete Inschrift lautet in deutscher Übersetzung: „Hier liegt ein Gerechter, Oberhaupt und Vorsteher; er beugte öfters Austreibungen vor, gab sein Leben preis, zog nach Rom und *ließ durch den Papst den Kaiser seines Eides entbinden.*"[5] Diese Worte gehen weit über die Lobsprüche hinaus, die bei Grabinschriften üblich sind. In lapidarer Kürze schildern sie Mardochai als einen Mann, der Erstaunliches geleistet hat. Er, ein Jude von Prag, hat auf das Haupt der Christenheit eingewirkt, er hat den Papst dazu bestimmt, den Kaiser seines Eides zu entbinden. Welcher Papst und welcher Kaiser sind hier gemeint? Das Rätsel hat Salomo selbst gelöst, denn der Grabstein mit der merkwürdigen Inschrift war nicht das einzige Monument, das er seinem Vater errichtet hat.

Im selben Jahre 1592, in welchem der Grabstein aufgestellt wurde, hatte der Gelehrte David Gans, der seit vielen Jahren in Prag lebte, sein Geschichtswerk „Zemach David", eine Weltchronik in hebräischer

[a]) Den Herren Bibliothekar Dr. T. Jakobovits, Prof. Dr. S. H. Lieben und Dr. B. Suler danke ich wärmstens für vielfache Unterstützung bei der Abfassung dieser Schrift.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Sprache, vollendet[6] und Salomo zum Drucke übergeben.[7] Es war ein Buch, wie es die Juden noch nicht gehabt hatten, belehrend und unterhaltend und der Autor konnte auf einen großen Kreis von Lesern rechnen. Dieses Buch benützte Salomo, um die Verdienste seines Vaters Mardochai aller Welt zu verkünden. Als er das Manuskript durchsah, fesselte eine Stelle seine Aufmerksamkeit. Es war der kurze Bericht über die Vertreibung der Juden aus Böhmen von 1559.[8] „Im Jahre 1559", heißt es in der deutschen Übersetzung der betreffenden Stelle, „ging der Zorn aus von dem Kaiser Ferdinand über alle Juden, die hier in der Stadt Prag wohnten, daß alle Juden aus seinem Reiche vertrieben werden und es blieb wirklich keiner im ganzen Königreich Böhmen, nur hier in Prag blieben für kurze Zeit zwölf Familienhäupter. Aber es dauerte nicht lange, so erbarmte sich der Kaiser der Juden und begnadigte sie und rief sie wieder zurück, daß sie zu ihrem Besitze zurückkehrten und hier sicher wohnten bis zu diesem Tage." Hier, sagte sich Salomo, hätte der Autor von Mardochai sprechen müssen, von seiner Reise nach Rom und von dem Gelübde des Kaisers, das der Papst auf Bitten Mardochais aufgehoben habe. Davon war in der Chronik kein Wort zu finden. Das wollte Salomo nicht hingehen lassen. Deshalb setzte er beim Druck der Chronik neben die oben angeführte Stelle am Rande eine Anmerkung, die in deutscher Übersetzung lautet: „Es spricht der Drucker Salomo, Sohn seines Herrn Vaters, R. Mardochai Katz[b]) (K z) s. A., genannt Mardochai Zemach: Es ist längst an allen Toren unserer Volksgemeinschaft die Intervention bekannt und die große Rettungstat, die mein Herr Vater s. A. in Sachen der Austreibung vollzogen hat, indem er an der Spitze der Fürsprecher bei dem Kaiser, den Herzögen und den hohen Würdenträgern gestanden und so weit gegangen war, daß er sich der Lebensgefahr ausgesetzt hatte und durch Italien bis nach Rom gereist war, worauf er Schreiben des Wohlwollens vom Papste an den Kaiser brachte, den er von seinem Gelübde entbunden hat, und daß durch Gottes Gnade seine Worte Früchte brachten, so daß der Kaiser ihm gehorchte und sein Erbarmen über uns erregt wurde, denn er war ein gnädiger König und er gedachte unser. Und es sind große Dinge geschehen, über die es sich lang und breit schreiben ließe, nur daß ich nicht ausführlich sein wollte."

Man sieht gleich, die Anmerkung Salomos befaßt sich mit denselben Vorgängen wie die Inschrift auf dem Grabsteine Mardochais. Sie ist eine Art Kommentar zur Inschrift; sie erklärt und ergänzt den Satz „er (Mardochai) ließ durch den Papst den Kaiser seines Eides entbinden." Jetzt erfahren wir, welcher Papst und welcher Kaiser gemeint sind. Da Salomo die Anmerkung im „Zemach David" neben den Passus über die

b) Abkürzung von kohen zedek.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Vertreibung der Juden aus Böhmen im Jahre 1559 gestellt hat, zeigt er, daß seine Anmerkung sich auf diese Vertreibung, nicht etwa auf eine frühere[9] bezieht. Daraus geht hervor, daß Kaiser Ferdinand I. gemeint ist und andererseits, daß der Papst, der Ferdinand I. seines Eides entbunden haben soll, nur Pius IV. sein kann.[10] Die Anmerkung sagt uns auch, um welchen Eid des Kaisers es sich handelt und wie der Papst den Kaiser von dem Eide löste. Der Eid Ferdinands I. habe der Vertreibung der Juden gegolten und die Lösung von diesem Eide sei durch ein wohlwollendes Schreiben des Papstes an den Kaiser erfolgt, das Mardochai diesem überbrachte. Um ein solches Schreiben zu erwirken, war Mardochai unter Lebensgefahr nach Rom gereist. Von dieser Reise sprechen die Inschrift und die Anmerkung. Aber nur die letztere sagt ausdrücklich, daß das Schreiben des Papstes die gewünschte Wirkung gehabt und der Kaiser sich wieder der Juden angenommen habe. Die Inschrift auf dem Grabsteine gibt nicht an, wer sie verfaßt hat, aber es ist nicht zu zweifeln, daß es derselbe ist, der sich in der Anmerkung als Autor nennt: es ist Salomo, der Sohn Mardochais, also ein Mann, der mit der handelnden Person aufs engste verbunden ist und der, wie er selbst sagt, „über große und wichtige Dinge" jener Zeit viel schreiben könnte, der also aufs Beste unterrichtet war. Das soll die Glaubwürdigkeit der Erzählung Salomos über allen Zweifel erheben.

Ist das auch wirklich der Fall gewesen? Sind Anmerkung und Inschrift auch von den Geschichtsforschern als zuverlässige Quellen anerkannt worden? Es verdient Beachtung, daß der erste der sich mit unseren Quellen befaßte, *Zuns*, sie mit einigem Mißtrauen betrachtete. Er selbst hat in seiner 1844 erschienenen Schrift „Die Gersoniden"[11] eine deutsche Übersetzung der Grabinschrift veröffentlicht, er hat jedoch diese Quelle nicht für vollkommen glaubwürdig gehalten, denn in seiner Schilderung der Schicksale Mardochais geht er über den wichtigsten Teil der Inschrift und auch der Anmerkung hinweg, nämlich über den Satz, daß der Kaiser geschworen habe, die Juden zu vertreiben und Mardochai durch den Papst die Lösung des Kaisers von diesem Eide bewirkt habe. Er entnimmt den beiden Quellen nur, daß Mardochai (1561) nach Rom gereist sei, „um die Fürsprache des milden Papstes Pius IV. anzuflehen" und den wirksamen päpstlichen Schreiben an den Kaiser, die er vermittelt habe, sei bald die Zurückberufung der (vertriebenen) Juden gefolgt. Also kein Wort von einem Eid des Kaisers.

Die Schrift von Zuns hat *Hock* für seinen ausführlichen Kommentar zur Inschrift auf dem Grabsteine Mardochais[12] sorgfältig benützt und ihr manches entnommen. Aber in einem Punkte wich er von ihr ab: in der Beurteilung des geschichtlichen Wertes der Inschrift und der Anmerkung Salomos. Was diese beiden Quellen über den Eid oder das

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gelübde[13] Ferdinands I., über die Reise Mardochais nach Rom und über seine erfolgreiche Tätigkeit dort aussagen, hält er für unbedingt glaubwürdig und will an ihnen nicht deuteln. Er erzählt, daß in den Jahren 1559—1561 alle Juden mit Ausnahme von zwölf Familien aus Böhmen ausgewiesen wurden und daß es Mardochai gelungen sei, ihre Zurückberufung zu erwirken. „Um ein diesfälliges Gelübde Seiner Majestät des Kaisers Ferdinand I. zu lösen", sagt Hock, „war er bis nach Rom gegangen, und es gelang ihm dort von dem humanen und edlen Papst Pius IV. die Lösung seines Gelübdes zu erwirken. Im Frühling 1562 kehrten die Juden nach Prag zurück."

Der Ansicht Hocks hat sich *Graetz*[14] angeschlossen. Er hält es zwar für unsicher, ob Kaiser Ferdinand I. den Eid, die Juden zu vertreiben, wirklich geschworen, oder ihn nur als Vorwand gebraucht habe, um Fürsprachen für die bereits ausgewiesenen Juden abzulehnen. Aber die Reise Mardochais nach Rom, seine Verhandlung mit Papst Pius IV. und die Lösung des Kaisers von seinem Eid wird von Graetz in gleicher Weise dargestellt, wie wir es bei Hock gefunden haben. Der Ausgang des ganzen Unternehmens wird jedoch von Graetz anders geschildert, als von Hock und von Zuns. Während diese beiden, in Übereinstimmung mit der Anmerkung Salomos uns erzählen, daß Ferdinand I. die Juden wieder zurückberufen habe, wird von Graetz angegeben, daß Ferdinand I. durch die Lösung von seinem Eide sein Gewissen erleichtert gefühlt habe. Sein Sohn Maximilian II. (später Kaiser) habe ganz besonders die Juden von Prag in Schutz genommen, und das Ausweisungsdekret sei später rückgängig gemacht worden. Diese unklare[15] Darstellung ist daraus zu erklären, daß Graetz hier nicht der Anmerkung Salomos, sondern den Angaben einer dritten Quelle,[16] von welcher später noch die Rede sein wird, gefolgt ist.

Gegen Graetz wandte sich Gerson *Wolf* in einem kleinen 1885 erschienenen Aufsatze „Die Vertreibung der Juden aus Böhmen 1561".[17] Er hatte in einem amtlichen Schriftstücke (Votum der Wiener Hofkammer) vom Jahre 1673 die Bemerkung gelesen, daß Kaiser Ferdinand I. im Jahre 1559 wegen eines in Prag gedruckten gotteslästerlichen Buches die Juden aus Böhmen vertrieben, sie aber später auf Intervention von Rom wieder angenommen habe. Jetzt war, so meinte Wolf, der wirkliche Grund für die Vertreibung der Juden aufgedeckt. „Ob Kaiser Ferdinand", sagt Wolf, „diesbezüglich einen Eid abgelegt habe, wissen wir nicht, aber es scheint uns mehr eine Sage zu sein, wie solches auch irrtümlich von der Kaiserin Maria Theresia berichtet wird." Was die Reise Mardochais nach Rom betreffe, so sei an ihr nicht zu zweifeln. Dort mag er „bei der Kongregation des Indexes (!) die Harmlosigkeit des wahrscheinlich bei ihm gedruckten Buches nachgewiesen haben."

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Schließlich erklärt Wolf die Behauptung des Schriftstückes von 1673, daß die römische Intervention Ferdinand I. bestimmt habe, die Juden wiederum zu dulden, sei abzulehnen. Weder Ferdinand I. noch Kaiserin Maria Theresia seien geneigt gewesen, in inneren Staatsangelegenheiten einer fremden Macht Einsprache zu gestatten. Die Entdeckung, die Wolf gemacht hat, ist durch das Werk von Bondy Dworský als wertlos erwiesen worden.[18] Die hier veröffentlichten Akten zeigen, daß die Vertreibung der Juden aus Böhmen 1559 nicht wegen eines angeblichen gotteslästerlichen Buches, sondern aus anderen Gründen erfolgt ist und weiters, daß von einem solchen Buche der Juden nirgends ein Wort zu finden ist. Wenn also dieses angebliche Buch nicht die Ursache ihrer Vertreibung gewesen ist, so wird auch die Annahme Wolfs, daß Mardochai wegen dieses Buches nach Rom gereist sei, hinfällig. Fällt damit auch seine Vermutung, daß der Eid des Kaisers, von dem die Grabinschrift und die Anmerkung Salomos erzählen, eine Sage sei? Nein; für eine solche Vermutung führt Wolf die Analogie an, daß auch von Maria Theresia das Gleiche (nämlich, daß sie einen Eid geschworen habe, die Juden zu vertreiben) irrtümlich behauptet worden sei.

In der „Weltgeschichte des jüdischen Volkes" von *Dubnow* wird im 6. Bande (1927) auch unser Thema berührt.[19] Ebenso wie Graetz versucht auch er die Angaben der Grabinschrift und der Anmerkung Salomos mit einer dritten Quelle zu verbinden. „Wie eine jüdische zeitgenössische Quelle bezeugt", sagt Dubnow, „erklärte Kaiser Ferdinand I., daß er den Juden keinen weiteren Aufschub gewähren könne, da er längst das Gelübde abgelegt habe, das Land von den Ungläubigen zu befreien (1561)." Und einige Zeilen später wird erzählt, Mardochai Zemach, der Vertreter der Prager Judengemeinde, „soll sich der ebenerwähnten Quelle[20] zufolge, nach Rom begeben haben, um den Kaiser von seinem Gelübde entbinden zu lassen. Papst Pius IV. *soll* dann auch der Bitte des Vertreters der Prager Gemeinde stattgegeben haben, worauf der fromme Kaiser darauf einging, den Juden die Aufenthaltsgenehmigung auch weiterhin zu verlängern." Soviel man dieser Darstellung entnehmen kann, hält Dubnow die Angaben der Grabinschrift und der Anmerkung über die Tätigkeit Mardochais in Rom und die Lösung des Kaisers vom Eide für zweifelhaft, wie aus dem wiederholt gebrauchten Worte „soll" hervorgeht. Aber die Nachricht, daß der Kaiser nach der Lösung von dem Eide sich wiederum der Juden angenommen habe, wie Salomo in der Anmerkung berichtet, hält Dubnow für glaubwürdig.

Als letzten in der Reihe habe ich mich selbst zu nennen. In einem vor vier Jahren gehaltenen Vortrage, der unter dem Titel „Mardochai Kohens Reise nach Rom" abgedruckt[21] wurde, ist in der Hauptsache das gleiche Thema wie in der vorliegenden Schrift behandelt. Aber ich muß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

heute bekennen, daß ich nicht mehr alles, was ich in dem Vortrage gesagt habe, aufrecht halten kann. Durch Akten, die mir später zur Hand gekommen sind, ist ein Teil meiner Darstellung als unrichtig erwiesen worden. Dazu kam noch, daß ich bei einer Revision des kleinen Aufsatzes vereinzelte Fehler feststellen konnte.[21a] Diese Fehler sollen durch die vorliegende Schrift beseitigt werden. Die Untersuchung ist jetzt auf einer breiteren Grundlage durchgeführt und die jüdischen Chroniken des XVI. Jahrhunderts, die sich mit unserem Thema befassen, sind einbezogen worden. Damit ist der Anlaß und der Zweck der vorliegenden Schrift dargelegt.

*

Die Frage, ob die Grabinschrift und die Anmerkung im Zemach David glaubwürdige Geschichtsquellen sind, wäre rasch beantwortet, wenn wir ein Dokument, das in der Anmerkung genannt wird, mit unseren beiden Quellen vergleichen könnten. Salomo sagt, der Papst (Pius IV.) habe in einem wohlwollenden Schreiben den Kaiser (Ferdinand I.) seines Gelübdes entbunden. Dieses Dokument wäre eine glänzende Bestätigung der Grabinschrift und der Anmerkung. Wenn es vorgelegt werden kann, ist jeder Zweifel ausgeschlossen, daß Ferdinand I. sich durch einen Eid oder ein Gelübde verpflichtet hat, die Juden zu vertreiben usw. Da Salomo berichtet, sein Vater Mardochai habe den Brief des Papstes dem Kaiser überbracht, so werden wir dieses Dokument zuerst dort suchen, wo die Akten über die Regierung Ferdinands I. aufbewahrt sind: im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien. Hier finden sich in der Tat Briefe Pius IV. an Ferdinand I. und zwar nicht weniger als 29 Stücke.[22] Manche von ihnen sind durch ihren Inhalt wichtig, andere, wie etwa Beglaubigungsschreiben von päpstlichen Gesandten u. ä. sind von geringem Belange. Suchen wir in dieser Sammlung von Schreiben Pius IV. an Ferdinand I. das genannte Dokument, so suchen wir vergebens. Ein Schreiben solchen Inhalts ist im Haus-, Hof- und Staatsarchiv nicht vorhanden. Aber auch ein Schreiben dieses Papstes an Ferdinand I., das die Vertreibung der Juden aus Böhmen zum Gegenstand hätte oder sie auch nur erwähnen würde, fehlt in dem genannten Archiv und ebenso in anderen Archiven, welche Akten über die Ausweisung der Juden aus Böhmen von 1559 enthalten (Archiv des Ministeriums des Innern in Prag und Archiv des Nationalmuseums in Prag). Die Nachforschungen nach dem erwähnten Dokument müssen aber auch in anderer Richtung durchgeführt werden. Da es sich um ein Schreiben des Papstes Pius IV. handelt, könnte das Konzept oder eine Abschrift dieses Schreibens im Vatikanischen Archiv in Rom, das die Registratur des päpstlichen Sekretariats und der päpstlichen Kanzlei enthält, sich befinden. In Wirklichkeit ist jedoch in Rom

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

weder das Konzept noch eine Abschrift davon vorhanden. Und ebensowenig wie in Wien findet sich in Rom irgend ein Schreiben Pius IV. an Ferdinand I., das sich auf die Vertreibung der Juden aus Böhmen bezieht. Ein einziges Schriftstück des vatikanischen Archivs zeigt uns das Eingreifen Pius IV. in die Angelegenheit der böhmischen Juden. Es ist ein Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Borromeo an den päpstlichen Nuntius am kaiserlichen Hofe, Bischof Delfino vom 21. August 1563. Dieses Schreiben an den Nuntius wird unten erörtert werden. Es zeigt sich also, daß systematische Nachforschungen in dem habsburgischen Hausarchiv in Wien, dem päpstlichen Archiv in Rom, sowie in anderen Archiven, die in Betracht kommen, erfolglos geblieben sind. Das von Salomo erwähnte Dokument, mit welchem Papst Pius IV. den Kaiser seines Eides entbunden haben soll, war nirgends zu finden und damit ist uns auch der stärkste Beweis, daß die Angaben der Grabinschrift und der Anmerkung auf Wahrheit beruhen, entzogen.

Suchen wir in anderen Geschichtsquellen nach einem solchen Beweis, so werden wir uns zuerst an die hebräischen Quellen wenden, denn die Tat Mardochais, seine Rettung der Juden, so sagt Salomo in der Anmerkung, sei unter den jüdischen Volksgenossen („an den Toren unserer Volksgemeinschaft") längst bekannt. Sehen wir nun, ob die hebräischen Chroniken jener Zeit, die über die Vertreibung der Juden aus Böhmen unter Ferdinand I. berichten, auch ihre Rettung durch Mardochai erwähnen. Die Zahl der Chroniken, die für unsere Zwecke in Betracht kommen, ist sehr klein. Es sind ihrer nur drei. Die erste ist die Chronik „Emek Habacha",[23] in welcher die Leiden und Bedrückungen, welchen die Juden anderthalb Jahrtausende ausgesetzt waren, in Kürze geschildert werden. Der Verfasser Josef ha Kohen, der in Italien lebte, hat den ersten Teil seiner Chronik, der bis 1563 reicht, im gleichen Jahre abgeschlossen. Es geht daraus hervor, daß die Nachrichten der letzten Jahre, z. B. von 1559—1563, bald nach den Ereignissen, von denen sie berichten, niedergeschrieben sind. In diesem ersten Teil der Chronik finden sich auch Nachrichten[24] über die Vertreibung der Juden aus Böhmen 1559, über die Feuersbrunst, die das Ghetto in Prag am 22. Juni desselben Jahres verheerte und über die Plünderung des Ghettos durch den Pöbel der Stadt, schließlich über die Beschlagnahme aller hebräischer Bücher in Prag auf Betreiben eines getauften Juden (Jehuda aus Udine[25]). Diese Nachrichten dürften durch die Juden in Prag den jüdischen Gemeinden in Italien ebenso wie in anderen Ländern zugekommen sein. Die Berichte sind in der Hauptsache zutreffend[26] und ihre Anordnung in der Chronik ist chronologisch richtig. Hervorzuheben ist, daß der letzte Bericht der von der Rückgabe der beschlagnahmten hebräischen Bücher spricht, sich auf Vorgänge der Jahre 1560 und 1561[27] bezieht. Weitere

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nachrichten über die Juden von Böhmen finden sich in diesem Teil der Chronik nicht. Es geht schon aus der kurzen Inhaltsangabe, die oben mitgeteilt ist, hervor, daß hier weder von dem Eide des Kaisers Ferdinand I. noch von der Rettung der böhmischen Juden durch Mardochai etwas zu finden ist. Sicherlich hätte der Verfasser solche merkwürdige Nachrichten seinen Lesern nicht vorenthalten, wenn er von ihnen gehört hätte. Es ergibt sich also, daß im ersten Teil der Chronik „Emek Habacha" verschiedene aus guten Quellen geschöpfte Nachrichten über die Juden von Böhmen aus den Jahren 1559—1561 sich finden, aber nichts über den Eid des Kaisers und über Mardochai Kohen.

Die zweite Chronik, die über die Vertreibung der böhmischen Juden von 1559 berichtet, ist „Zemach David". Es ist bereits bemerkt worden, daß der Verfasser dieser Chronik *David Gans* sie im Jahre 1592 abgeschlossen und veröffentlicht hat. Da er seit vielen Jahren, etwa seit 1564[28] in Prag lebte, müßte sein Werk, so sollte man meinen, mehr über die Ausweisung der Juden durch Ferdinand I. enthalten als die Chronik des Josef ha Kohen, der in Italien gelebt hat. In Wirklichkeit teilt jedoch David Gans nur wenig über die Ereignisse jener Zeit mit und seine Mitteilungen beziehen sich auf die gleichen Themen, die in der Chronik Emek Habacha bereits behandelt wurden, nämlich die Vertreibung der Juden 1559, den Brand im Ghetto und die Beschlagnahme der hebräischen Bücher. Die Erklärung dürfte darin zu suchen sein, daß Gans die Chronik Emek Habacha gekannt und neben anderen Schriften als Quelle für sein eigenes Buch verwendet hat.[29] Was er dort über die genannten drei Punkte gefunden hat, hat er jedoch nicht einfach kopiert, sondern er hat Änderungen vorgenommen, durch Umstellung einzelner Absätze,[30] Auslassung einzelner Stellen und Einfügung neuer Sätze, Korrekturen von Zahlen — so viele Änderungen, daß es nicht leicht ist, die Vorlage, die er benützt hat, zu erkennen. In „Emek Habacha" las er, daß die Feuersbrunst im Ghetto von dem Pöbel von Prag dazu benützt wurde, um in die Judenhäuser einzudringen und zu plündern, daß einige jüdische Frauen vom Pöbel ins Feuer geworfen wurden und daß Erzherzog Ferdinand die Plünderer vertrieben habe. Davon übernahm Gans nicht ein Wort. Weiters hatte er in seiner Vorlage gefunden, daß die Beschlagnahme der hebräischen Bücher auf Anstiften eines nichtswürdigen Menschen, eines getauften Juden (Jehuda aus Udine) erfolgt sei. Das hat Gans ebenfalls übergangen. Dafür hat er die Angaben seiner Vorlage über die Vertreibung von 1559 durch einen Satz erweitert, nämlich, daß Kaiser Ferdinand kurz danach (nach der Vertreibung der Juden) sich wieder ihrer erbarmt und sie zurückgerufen habe. Alle diese Änderungen gehen auf denselben Grund zurück. Gans war ein vorsichtiger, vielleicht sogar ein übervorsichtiger Mann, er wollte weder sich noch sein

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Buch gefährden. Er schwieg über die Plünderung des Ghettos, weil er fürchtete, Anstoß zu erregen und er hütete sich von einem getauften Juden zu sagen, daß er ein nichtswürdiger Mensch sei. Solche Worte konnte Josef ha Kohen gebrauchen, der seine Chronik nicht veröffentlicht hatte – sie wurde nur in einzelnen Abschriften verbreitet – aber Gans wollte sein Buch drucken lassen und da er sich selbst gegen Denunziationen und sein Buch gegen Konfiskation schützen wollte, hielt er es für besser, über den getauften Juden zu schweigen. Aber warum fügte er den Satz von dem barmherzigen Kaiser Ferdinand, der die Juden zurückberufen habe, ein? Dieser Satz steht mit der historischen Wahrheit im stärksten Widerspruch. Wußte Gans das nicht? Damit kommen wir zum Ausgangspunkt zurück, zur Frage, wie David Gans in seiner Chronik über den oft erwähnten Eid des Kaisers und über die Tätigkeit von Mardochai Kohen in Rom sich äußerte. Die Frage ist gleich zu Beginn unserer Untersuchung beantwortet worden. Gans hat über beides geschwiegen und deshalb hat Salomo, der die Chronik von Gans druckte, seine Anmerkung dem Text beigefügt. Kann man aus dem Umstande, daß in der Chronik von David Gans sich über den Eid des Kaisers und über die Tätigkeit von Mardochai Kohen in Rom kein Wort findet, schließen, daß er von dem einen und dem anderen nicht erfahren hat, so wie das bei Josef ha Kohen der Fall war? Wenn man die früher erwähnten Änderungen, die Gans an der Darstellung von „Emek Habacha" vorgenommen hat, in Betracht zieht, so wird die Antwort lauten: Gans kann alles, was die Anmerkung Salomos enthält, gewußt und doch nichts davon in seine Chronik aufgenommen haben. Man kann noch weiter gehen und sagen, die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er über die Tätigkeit Mardochai Kohens unterrichtet war, und zwar durch Salomo. Denn es liegt nahe, anzunehmen, daß Salomo sich bemüht hatte, David Gans zu bewegen, die entsprechende Korrektur an seinem Texte vorzunehmen und daß er erst dann, als dieser sich weigerte, die Anmerkung hinzufügte. Ob Gans sich geweigert hat, dem Wunsche Salomos zu entsprechen, weil er seiner Erzählung nicht recht traute, oder weil er es für bedenklich hielt, über Ferdinand I. zu schreiben, daß er geschworen habe, die Juden zu vertreiben und daß es ein Jude gewesen sei, der mit Hilfe des Papstes den Kaiser wieder versöhnlich gestimmt habe – diese Frage ist nicht zu entscheiden.

Merkwürdige Nachrichten über das Verhalten Ferdinands I. gegen die Juden enthält die dritte Chronik. Sie ist ebenso wie „Emek Habacha" in Italien geschrieben und ihr Verfasser bezeichnet sie in der Vorrede ausdrücklich als Fortsetzung[31] der genannten Chronik. Aber sie enthält nicht nur eine Fortsetzung dieses Werkes, und zwar bis zum Jahre 1605, sondern sie bringt auch Nachträge und Ergänzungen[32] zu demselben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Wer der Verfasser dieser Chronik gewesen ist, läßt sich nicht ermitteln. In der Vorrede nennt er sich „Corrector"; was darunter gemeint ist, ist dunkel. In der Chronik erzählt er, daß er im Jahre 1597 mit seiner Frau Rachel, seinen Söhnen und Töchtern aus Lodi in Oberitalien, wo er wohnte, auswandern mußte.[33] Wann er mit seinen Aufzeichnungen, die er in seiner Chronik vereinigte, begonnen hat, ist unbekannt. Die oben erwähnten Nachträge und Ergänzungen zu „Emek Habacha" gehen bis auf die Abdankung Karls V. und die Krönung Ferdinands I. zum Kaiser (1556—1558) zurück. Bei einem dieser Nachträge läßt sich der Beweis erbringen, daß er lange nach dem Ereignis, über welches er berichtet, geschrieben worden ist. Der Verfasser schildert die furchtbaren Wirkungen des Erdbebens, von dem die Stadt Ferrara im Jahre 1570 heimgesucht worden war und beruft sich dabei auf die Beschreibung dieses Erdbebens in dem Buche „kol elohim" des Asaria de Rossi seligen Andenkens. Da Asaria de Rossi im Jahre 1578 gestorben ist, kann die Schilderung des Erdbebens in unserer Chronik erst nach diesem Jahre verfaßt worden sein. Es spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß auch die Nachträge zu den Jahren 1556—1575 ebenfalls nach dem Jahre 1578 entstanden sind.[34] Einer dieser Nachträge, es ist der II., ist für unsere Untersuchung von besonderem Werte. Er befaßt sich, wie oben bereits erwähnt worden ist, mit dem Verhalten Ferdinands I. gegen die Juden. Die ganze Stelle wird unten in deutscher Übersetzung wiedergegeben werden. Hier genüge die Angabe, daß in dieser Erzählung wiederholt und so deutlich als möglich davon gesprochen wird, daß Kaiser Ferdinand I. einen Eid geleistet habe, die Juden zu vertreiben; weiters erzählt der Verfasser, daß diese eine Gesandtschaft nach Rom geschickt hätten und daß Papst Pius IV. ihren Bitten stattgegeben und den Kaiser seines Eides entbunden habe. Das erschien Graetz und Dubnow als eine, wenn auch nur teilweise Bestätigung der Grabinschrift und der Anmerkung im Zemach David und sie haben deshalb die Angaben unserer Chronik mit diesen beiden Quellen zu kombinieren versucht. Der Bericht in unserer Chronik unterscheidet sich jedoch in zwei Punkten von der Grabinschrift und der Anmerkung. Erstens wird in der Chronik Mardochai Kohen gar nicht genannt, zweitens war nach ihrer Darstellung das Eingreifen des Papstes erfolglos. Ferdinand sei, trotzdem ihn der Papst von dem Eide gelöst hatte, ein Feind der Juden geblieben, „und er hielt seine Hand noch immer (gegen sie) erhoben".

Das Ergebnis ist also: Die drei Chroniken, Emek Habacha, Zemach David und die Chronik des sogenannten Correctors enthalten über die Tätigkeit Mardochai Kohens in Rom nichts.

Andere hebräische Geschichtsquellen, aus welchen für unsere Untersuchung etwas zu gewinnen wäre, sind nicht mehr vorhanden.[35] Einige

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

von böhmischen Juden herrührende Dokumente aus den Jahren 1559, 1561 und 1563 sind uns erhalten geblieben.[36] Sie unterrichten uns über einzelne Vorgänge aus jener Zeit, aber die Zahl dieser Dokumente ist so klein, daß wir über die Schicksale der böhmischen Juden nur wenig erfahren. Es ist eine glückliche Fügung, daß uns anderes, nicht von Juden herrührendes Material über diesen Gegenstand in reichem Maße erhalten geblieben ist. Es sind Briefe Ferdinands I. an seinen Sohn Erzherzog Ferdinand, Statthalter in Böhmen, und Berichte des Erzherzogs an seinen Vater, Patente über die Ausweisung der Juden und über verschiedene Termine für ihren Abzug usw. Diese Dokumente, die zum großen Teil in dem Werke von Bondy Dworský veröffentlicht sind, geben uns über die Ausweisung der Juden aus Böhmen (1557—1564) vollen Aufschluß.

Hier sei nur in Kürze das Wichtigste hervorgehoben. Die Ausweisung der Juden aus Böhmen war von Ferdinand I. mit Patent vom 27. August 1557 angeordnet worden. Diese Verfügung war von ihm nicht aus eigenem Antriebe, sondern über Vorschlag seines Sohnes, des Erzherzogs Ferdinand, getroffen worden. Dieser Vorschlag entsprach ganz der Politik, die Ferdinand I. seit einigen Jahren verfolgte: durch eine Reihe von Aktionen, die Juden aus allen seinen Ländern zu entfernen.[37] Deshalb stimmte er dem Antrage seines Sohnes zu. In dem erwähnten Patent vom 27. August 1557 war den in Böhmen wohnhaften Juden noch eine Frist von einem Jahre zugebilligt: nach Ablauf des Jahres war ihnen der weitere Aufenthalt in Böhmen bei Androhung von Strafe verboten, aber auch der Aufenthalt in den übrigen Ländern des böhmischen Reiches (Mähren, Schlesien, Lausitz). Es war ihnen zugesichert, daß sie mit ihrem ganzen Vermögen, unter königlichem Geleite, frei und sicher abziehen könnten. Während der Frist von einem Jahre sollten sie ihre Häuser und Grundstücke verkaufen und die Forderungen, die sie an Christen hätten, eintreiben. Diese Bestimmung hatte ungeahnte Folgen. Die Schuldner der Juden kamen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nach, andererseits wollte Ferdinand von dem Versprechen, daß die Juden bei ihrem Abzuge ihr ganzes Vermögen mitnehmen könnten, nicht zurücktreten. Diese beiden Umstände erklären es, daß Ferdinand die Vertreibung der Juden aus Böhmen bis zu seinem Tode nicht vollständig durchführen konnte. Immer wieder bewilligte er ihnen kürzere oder längere Fristen, damit sie von ihren Schuldnern Bezahlung erhalten könnten. Dazu kam, daß hochstehende Persönlichkeiten sich beim Kaiser für die Juden verwendeten: in erster Linie Erzherzog Ferdinand, derselbe Mann, der den Anstoß zur Ausweisung der Juden gegeben hatte, sein älterer Bruder Maximilian II. und neben ihnen einer der einflußreichsten Männer aus der Umgebung des Papstes Pius IV., der Kardinal-Kämmerer Santa Fiore. Er war es, der die päpstlichen Nuntien am Hofe Ferdinands, die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Bischöfe Hosius und Delfino zu Interventionen für die böhmischen Juden bestimmte. Wenn auch alle diese Interventionen Ferdinand nicht dazu bewegen konnten, das Ausweisungspatent von 1557 zu widerrufen, so haben sie doch dazu beigetragen, daß er, wie erwähnt, den Termin für den Abzug der Juden bald für kürzere, bald für längere Zeit hinausschob.

Zum ersten Male gab Ferdinand 1558 nach, indem er den Juden, die am 27. August hätten abziehen sollen, gestattete, bis Georgi (23. April) 1559 zu bleiben. An diesem Tage mußte allerdings der größte Teil der böhmischen Juden das Land verlassen, nur eine kleine Zahl durfte in Böhmen zurückbleiben,[38] auch sie sollten zu Georgi 1560 abziehen. Da trat eine Wendung ein. Der Hofprediger Ferdinands I., Bischof Urban von Gurk, glaubte, die zurückgebliebenen Juden zum Christentum bekehren zu können und erreichte es, daß der Kaiser ihnen (am 23. April 1560) den weiteren Aufenthalt in Böhmen durch ein volles Jahr zum Zwecke der Bekehrung gestattete.[39] Diese Vergünstigung wurde bald den bereits ausgewanderten Juden bekannt und eine erhebliche Zahl von ihnen kehrte wieder nach Böhmen zurück. Der Gedanke, zum Christentum überzutreten, lag ihnen völlig fern, dasselbe gilt von den in Böhmen zurückgebliebenen und so kam es, daß die den Juden bewilligte Frist zu Ende ging, ohne daß die Bekehrungsaktion auch nur den geringsten Erfolg gehabt hätte. Im Sommer 1561 wurde ein neuer Versuch gemacht[40] und den Juden zu diesem Zwecke eine weitere Frist von Georgi bis Michaelis (23. April bis 29. September 1561) bewilligt. Die Juden in Prag wurden dem stärksten Druck unterworfen, sie mußten selbst Bekehrungspredigten beiwohnen und nicht genug daran, sie mußten auch ihre Knaben zu den Jesuiten schicken, damit sie von diesen in der christlichen Lehre unterrichtet würden. Aber die Juden blieben auch jetzt ihrem Glauben treu; nur drei von ihnen nahmen die Taufe. Die Bekehrungsaktion war damit gescheitert und Ferdinand I. hat eine Wiederholung nicht zugelassen. Der Gewissenszwang, dem die Juden in dieser Zeit unterworfen waren, hatte zur Folge, daß viele, die im abgelaufenen Jahre zurückgekehrt waren, wiederum das Land verließen. Die zurückgebliebenen Juden suchte Ferdinand im Winter 1561 auf 1562 aus Böhmen zu entfernen. Ein Teil von ihnen war noch nicht von ihren Schuldnern bezahlt worden und Ferdinand bemühte sich, die säumigen Schuldner zur Zahlung an die Juden zu bestimmen, damit diese „keine Ausrede" mehr hätten. Das gelang ihm jedoch nur zum Teil und ebenso konnte er die andere Gruppe der Juden, die keine Außenstände hatten, trotz aller Strafandrohungen nur zum Teil zur Auswanderung zwingen. Der Winter 1561/62 war die schwerste Zeit, die die Juden damals in Böhmen durchzumachen hatten. Der Fürsprache Maximilians II. gelang es, den Kaiser zu bewegen, am 1. Februar allen Juden, die sich

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

noch in Böhmen aufhielten, eine Frist bis 1. Mai zu bewilligen. Als diese Frist abgelaufen war und die Juden noch immer im Lande blieben, ergingen neuerlich drohende Erlässe Ferdinands und eine Anzahl wanderte aus. Aber die Juden, die nachweisen konnten, daß ihre Forderungen noch nicht bezahlt worden waren, weiters Kranke und Greise blieben zurück. Ihnen gestattete Ferdinand über den Sommer zu bleiben und schließlich, als er nach einjährigem Aufenthalte Böhmen verließ, bewilligte er am 2. Oktober 1562 allen Juden, die sich noch im Lande aufhielten, eine weitere Frist bis Georgi 1563. Das geschah aus dem bereits früher angegebenen Grund: die Juden waren von ihren Schuldnern noch nicht völlig bezahlt worden. Noch vor Ablauf dieser Frist wandten sich die Juden an Maximilian II. und baten ihn um Hilfe. Auf seine Fürsprache kam es zu einer neuerlichen Verlängerung der Frist, aber nur zu einer sehr kurzen, da Ferdinand mit den Juden einmal zu Ende kommen wollte. Es wiederholte sich der gleiche Vorgang wie früher: neuerliche flehentliche Bitten der Juden bei Maximilian II. und Erzherzog Ferdinand und Fürsprache derselben. Ferdinand hatte schon die letzte Fristverlängerung sehr ungern bewilligt und jetzt nach wenigen Wochen sollte er eine zweite bewilligen! Er überwand sich soweit, daß er die Fürsprachen seiner Söhne nicht ablehnte, den Juden wurde wiederum eine Frist bis Bartholomäi (24. August) gewährt, aber das sollte das letzte Mal sein. Ferdinand schrieb am 24. Mai seinen beiden Söhnen, sie möchten ihn mit weiteren Fürsprachen für die Juden verschonen. Diese Rüge nahm sich Maximilian II. zu Herzen, er hat für die Juden bei seinem Vater nicht mehr interveniert und Erzherzog Ferdinand scheint anfänglich seinem Beispiel gefolgt zu sein. Die Lage der Juden war jetzt höchst ungünstig geworden. Sie suchten überall Hilfe zu erlangen, ein einziger Mann gewährte sie ihnen. Es war der Kardinal-Kämmerer Santa Fiore in Rom. Er setzte sich mit dem Kardinal-Staatssekretär Borromeo in Verbindung und wußte ihn zu bewegen, am 14. Juli dem Nuntius in Wien zu schreiben, daß er dem Ersuchen des Kardinal-Kämmerer entspreche und sich für die Juden beim Kaiser verwende. Über den Erfolg dieses Schrittes ist nichts bekannt. Wir sehen nur, daß die Juden ihre Anstrengungen verdoppelten und im nächsten Monat (August 1563) „auf verschiedenen Wegen" so dringende Bitten bei Papst Pius IV. vorbrachten, daß dieser am 21. August 1563 dem Nuntius Delfino den Auftrag erteilte, in vorsichtigen Worten Kaiser Ferdinand I. die weitere Duldung der Juden zu empfehlen. Bevor jedoch dieser Auftrag dem Nuntius zukam,[41] war schon von anderer Seite mit Erfolg bei Ferdinand interveniert worden. Die Juden in Prag hatten Erzherzog Ferdinand eine Bittschrift überreicht und um eine weitere Frist gebeten, weil sie noch immer nicht die Bezahlung ihrer Forderungen hätten erlangen können, und zwar

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

deshalb, weil viele, darunter auch ihre Schuldner, wegen der herrschenden Pest das Land Böhmen verlassen hätten.[42] Es ist oben erwähnt worden, daß auch Erzherzog Ferdinand eine weitere Intervention für die Juden von seinem Vater verboten worden war. Es ist hervorzuheben, daß der Erzherzog sich jetzt über dieses Verbot hinwegsetzte und daß Ferdinand sich wirklich bewegen ließ, am 27. August den Juden eine weitere Frist von acht Monaten, nämlich bis Georgi 1564 zu gewähren. Noch war diese Frist nicht abgelaufen und Erzherzog Ferdinand trat neuerlich (6. März 1564[43]) dafür ein, den Juden eine weitere zu bewilligen. Noch immer waren sie nicht von allen ihren Schuldnern bezahlt worden. Der Kaiser war damals krank, vielleicht hängt es damit zusammen, daß auch diese Intervention des Erzherzogs Erfolg hatte. Ferdinand gestattete am 16. April den Juden, noch weiter in Böhmen zu bleiben, und zwar bis Martini (11. November) 1564. Noch bevor dieser Tag herangekommen war, war Ferdinand gestorben (25. Juli 1564). Sein Nachfolger Maximilian II. hat den Juden vorerst gestattet, bis zur Zeit seiner Ankunft in Böhmen im Lande zu bleiben und schließlich durch das Privileg vom 4. April 1567 die von Ferdinand I. verfügte Ausweisung rückgängig gemacht, indem er ihnen erlaubte, unter bestimmten Bedingungen weiterhin in Böhmen zu wohnen.

Man sieht, in dieser aus den Akten geschöpften Darstellung ist ein Eid Ferdinands gar nicht erwähnt und ebenso wenig ist über die Tätigkeit Mardochai Kohens in Rom etwas zu finden.[44] Damit ist der Kreis geschlossen. Alle Geschichtsquellen, die für unsere Untersuchung in Betracht kommen, mögen sie von Juden oder Nichtjuden herrühren, seien es Chroniken oder Akten, haben wir kennen gelernt. Es hat sich gezeigt, daß sie in betreff der beiden Punkte (Eid des Kaisers und Tätigkeit Mardochais) nicht übereinstimmen. Die eine Gruppe – es ist die Grabinschrift, die Anmerkung im Zemach David und die Chronik des sogenannten Correctors – behauptet, Kaiser Ferdinand I. habe sich eidlich verpflichtet, die Juden zu vertreiben und von diesem Eide sei er durch Papst Pius IV. gelöst worden. Die andere Gruppe – es sind die jüdischen Chroniken Emek Habacha und Zemach David, weiters die vielen Dokumente aus den Jahren 1557–1564 – wissen von dem Eid und seiner Aufhebung nichts. Etwas anders ist das Verhältnis der Quellen zum zweiten Punkte, der Tätigkeit Mardochais. Nur die Grabinschrift und die Anmerkung erzählen von ihr, in den anderen Quellen ist darüber nichts zu finden. Diese Verschiedenheit zeigt sich auch in anderer Richtung. Die Quellen, welche vom Eide Ferdinands erzählen, gehören in das vorletzte und letzte Jahrzehnt[45] des XVI. Jahrhunderts. Dagegen sind der erste Teil der Chronik Emek Habacha und die früher erwähnten Dokumente fast gleichzeitig mit den Ereignissen, von denen sie erzählen, geschrieben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Mit anderen Worten: die Quellen, welche von dem Eid erzählen, sind zwei oder drei Jahrzehnte später als die anderen, welche von dem Eide nichts wissen, entstanden. In einem solchen Falle ist die Folgerung naheliegend, daß den älteren Geschichtsquellen mehr Glaubwürdigkeit zukomme als den jüngeren. Die Wahrscheinlichkeit, daß den Quellen, die über den Eid des Kaisers schweigen, eher zu glauben ist als den anderen, welche von diesem erzählen, wird zur Gewißheit, wenn wir aus der großen Zahl der gleichzeitigen Dokumente eine bestimmte Gruppe herausheben.

*

Es ist früher erwähnt worden, daß die Juden in Böhmen in ihrem Kampfe gegen die Ausweisung nicht allein gestanden sind, daß Persönlichkeiten von Rang und Bedeutung sich ihrer angenommen haben und als Fürsprecher für sie beim Kaiser aufgetreten sind. Der Eifrigste unter ihnen war Erzherzog Ferdinand. Er hat von 1558[46] an bis zum Jahre 1564 für sie bei seinem Vater interveniert. Von seinen die Juden betreffenden Berichten aus dieser Zeit sind nur einige auf uns gekommen; von anderen wissen wir aus den Antwortschreiben Ferdinands I., die in größerer Zahl erhalten sind. Aus diesen Schreiben sind einige Stellen hervorzuheben. Am 21. März 1559 schrieb Ferdinand an seinen Sohn, er habe sein Schreiben mit der Fürbitte für die Juden, daß ihnen gestattet werde, über den festgesetzten Termin (Georgi 1559) noch ein ganzes oder halbes Jahr im Lande zu bleiben, erhalten, müsse jedoch diesen Vorschlag ablehnen. Der Erzherzog werde sich erinnern, „aus was beweglichen und genuegsamen Ursachen wir uns aigentlich resolvirt die Juden in unsrer Cron Behaim und derselben incorporirten Lendern weiter keins Wegs zu gedulden". Im gleichen Sinne ließ Ferdinand I. ihm am 18. Jänner 1560 schreiben, als der Erzherzog wiederum sich für die Juden verwendet hatte. Klar und jeden Zweifel ausschließend ist ein Schreiben vom 23. Februar 1561: Die neuerliche Fürbitte des Erzherzogs für die Juden wird abgelehnt unter Hinweis darauf, „daß wir uns aus steter und zeitiger Vorbetrachtung einmal ganz und gar entschlossen, bei unsern ausgangnen Generale der Juden-Ausschaffung halber und darüber erfolgten letzten Erstreckung, . . . zu verharrn und sie ferner und weiter weder auf unser Wohlgefallen noch mit Benennung einichen Termins nit zu gedulden." Sein Verhalten in Sachen der Juden erklärte Ferdinand I. in einem Schreiben an den Erzherzog vom 12. Mai 1561 kurz und bündig: „das so wir uns einmal entschlossen, wollen wir entlichen gehalten haben." Schließlich sei noch ein Schreiben Ferdinands an den Erzherzog vom 24. Mai 1563 erwähnt. Es heißt darin, Ferdinand habe den Juden noch eine Frist, und zwar bis Bartholomäi 1563 bewilligt. Der Erzherzog

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

möge ihn mit weiteren Fürbitten für die Juden verschonen: „den wir (sind) enntlichen entschlossen sy lenger khains Wegs in unser Cron Beheim zu gedulden."[47] In diesen Schreiben werden von Ferdinand zweierlei Gründe für die Ausweisung der Juden angeführt: zuerst, daß Ferdinand diese Verfügung „aus beweglichen und genuegsamen Ursachen", die dem Erzherzog bekannt seien, getroffen habe und später: wozu er (Ferdinand I.) sich entschlossen habe, das wolle er halten. Andere Motive für die Abschaffung der Juden sind von Ferdinand seinem Sohne nicht mitgeteilt worden. Wenn also Ferdinand sich durch einen Eid oder ein Gelübde verpflichtet hätte, die Juden aus seinen Ländern zu vertreiben, wie es die früher erwähnten Quellen berichten, so hätte er das seinem Sohne verschwiegen.[47a] Andererseits zeigt sich, daß Erzherzog Ferdinand auch von niemandem anderen etwas über einen Eid des Kaisers erfahren hat. Denn wäre dies der Fall gewesen, so hätte der Erzherzog, der ein ebenso frommer Katholik wie sein Vater war, ihn nicht durch seine Fürbitten für die Juden in Gewissenskonflikte gebracht. Noch am 6. März 1564, zu einer Zeit, als Ferdinand I. bereits erkrankt war, hat der Erzherzog seinen Vater um eine weitere Frist für die Juden gebeten. Das hätte er sicherlich nicht getan, wenn er von einem Eide Ferdinands etwas gehört hätte.

Das Gleiche läßt sich von König Maximilian II. sagen. Er hat in den Jahren 1560, 1562 und 1563 für die Juden interveniert. Auch ihm hat Ferdinand I. von einer eidlichen Verpflichtung, die Juden zu vertreiben, nichts mitgeteilt.

Die päpstlichen Nuntien am Hofe Ferdinands I., Bischof Hosius und sein Nachfolger Bischof Delfino wußten ebenfalls nichts. Hosius hatte im März 1561 eine Unterredung mit Ferdinand. Er suchte den Kaiser zu bewegen, die Juden ebenso wie früher in Böhmen zu dulden oder ihnen wenigstens eine weitere Frist von einem Jahre zu bewilligen. Ferdinand lehnte beides ab und als Hosius ihm sagte, es sei doch besser, die Juden zum Christentum zu bekehren als sie zu vertreiben und das sei nur möglich, wenn sie noch weiter im Lande bleiben könnten, antwortete der Kaiser, die Juden seien hartnäckig und verstockt.[48] Aber daß er sich durch einen Eid gebunden hätte, die Juden zu vertreiben, sagte er dem Nuntius nicht. Auch Nuntius Delfino hatte davon nichts gehört. Das ersieht man aus seinem an den Kardinal-Staatssekretär Borromeo gerichteten Schreiben vom 20. Oktober 1561,[49] in welchem sich auch ein Passus über die Ausweisung der Juden aus Böhmen findet. Zu dem gleichen Ergebnis führt ein Schreiben Delfinos an Maximilian II. vom 15. April 1562 (siehe oben). Für die böhmischen Juden war auch der Kardinal-Kämmerer Santa Fiore, der sich „protettore generale di tutti gli ebrei" nennt, eingetreten. Er hat in einem Briefe an Maximi-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lian II. vom 8. März 1560 sich für die weitere Duldung der Juden in Böhmen verwendet und im Juli 1563 den Kardinal-Staatssekretär Borromeo bestimmt, in diesem Sinne an Nuntius Delfino zu schreiben, wie aus der Weisung vom 14. Juli an diesen hervorgeht. Das Schreiben an Maximilian II. vom 8. März 1560 ist uns noch erhalten und ebenso die Weisung an den Nuntius vom 14. Juli 1563. Aus beiden geht klar hervor, daß der Kardinal-Kämmerer von dem Eid oder Gelübde des Kaisers ebenso wenig wußte wie die päpstlichen Nuntien in Wien. Auch Papst Pius IV. war nicht besser unterrichtet. Er ließ am 21. August 1563 an Nuntius Delfino schreiben, beim Kaiser entsprechende Schritte zu tun, damit er gegen die Juden Milde walten lasse. Hier wäre die beste Gelegenheit gewesen, von dem Eide Ferdinands zu sprechen, aber das geschah nicht, gewiß nur deshalb, weil der Papst nichts davon wußte.

Aber nicht nur die Söhne des Kaisers, die päpstlichen Nuntien, der Kardinal-Kämmerer, sowie der Papst selbst haben von diesem Eide nichts erfahren. Auch der kaiserliche Sekretär Niclas Walter wußte davon nichts. Er erzählt in einem hübschen Briefe vom 7. April 1563, den er an seinen Amtskollegen Kaspar von Lindeg, den Sekretär Maximilians II. richtete, daß er dem Kaiser ein Schreiben Maximilians II. vorgelegt habe. Als er dem Kaiser mitteilte, das Schreiben sei eine Fürbitte für die Juden, sei der Kaiser in hellen Zorn geraten und habe kein Wort von dem Schreiben hören wollen. Nur mit Mühe sei es ihm gelungen, den Kaiser zu bewegen, sich dieses vorlesen zu lassen. Von einem Eid des Kaisers schreibt der Sekretär nichts. Man sieht daraus, daß Ferdinand, den die neue Fürbitte für die Juden aufs heftigste erregt hatte, sich auch jetzt kein Wort von einem Eide entschlüpfen ließ. Wenn der Sekretär, der seinen kaiserlichen Herrn täglich aus nächster Nähe beobachten konnte, von dem Eide nichts erfahren hat, so werden wir annehmen können, daß auch sonst niemand aus der Umgebung des Kaisers etwas davon gehört hat.

Nun könnte man einwenden, das alles sei kein zwingender Beweis gegen den Eid. Ferdinand könnte doch geschworen oder ein Gelübde getan haben, die Juden zu vertreiben, ohne seinen Söhnen oder den päpstlichen Nuntien oder seinem Sekretär usw. etwas davon mitzuteilen. Das ist gewiß möglich, aber wie wäre es dann zu erklären, daß die Juden von Prag und unter ihnen Mardochai Kohen von dem Geheimnis, das der Kaiser so streng gehütet hätte, erfahren haben? Sollte er gerade ihnen mitgeteilt haben, was er den anderen verschwieg? Eine solche Annahme wäre so töricht, daß sie keiner Widerlegung bedarf.

Eine andere Lösung des Problems drängt sich gebieterisch auf: Ferdinand hat von dem Eid (Gelübde) geschwiegen, weil er selbst davon nichts wußte, weil er keinen solchen Eid geschworen hatte. Nun wird es klar, warum in dem Briefwechsel zwischen Ferdinand und seinem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sohne in Prag und in den anderen Dokumenten der Jahre 1557—1564 der Eid niemals erwähnt wird und warum Nachforschungen nach einem päpstlichen Schreiben in Betreff dieses Eides in den Archiven von Wien und Rom erfolglos geblieben sind.[50]

Die Grabinschrift und die Anmerkung im Zemach David behaupten jedoch, daß Mardochai nach Rom gereist sei, um die Lösung des Kaisers von dem Eide zu erwirken. Fällt nun auch die Reise Mardochais nach Rom weg? Es liegt kein Grund vor, in diesem Punkte den beiden Quellen zu mißtrauen. Mardochai kann nach Rom gereist sein, auch wenn es keinen Eid des Kaisers gegeben hat. Die Reise kann zu einem anderen Zwecke unternommen worden sein und dieser Zweck ist schon in der Schrift von Zuns angegeben worden. Mardochai könnte nach Rom gereist sein, um den Papst um Hilfe für die Juden zu bitten. Zuns und ihm folgend spätere Forscher haben angenommen, daß die Reise Mardochais im Jahre 1561 erfolgt sei. Den wirksamen päpstlichen Schreiben an den Kaiser, die er vermittelte, sagt Zuns, sei bald die Zurückberufung der vertriebenen Juden gefolgt. Hock hat sogar geglaubt, diese Zurückberufung noch genauer ansetzen zu können, nämlich zum Frühjahr 1562. Das ist falsch, von einer Zurückberufung der bereits ausgewanderten Juden im Jahre 1562 oder später kann nicht die Rede sein. Aber wie steht es mit der Angabe von Zuns, daß die Reise Mardochais in das Jahr 1561 zu setzen sei? In den Akten des Jahres 1561 findet sich nichts, was diese Behauptung unterstützen könnte. Dagegen geht aus einem Dokument des Jahres 1562 hervor, daß im März oder Anfang April Nuntius Delfino, sei es von Kardinal-Staatssekretär Borromeo oder vom Kardinal-Kämmerer Santa Fiore beauftragt worden ist, die Juden dem Kaiser zu empfehlen.[51] Das ist sicherlich nur auf Bitten der böhmischen Juden geschehen und solche Bitten könnte Mardochai in Rom vorgebracht haben. Er könnte also in den ersten Monaten des Jahres 1562 die Reise nach Rom unternommen haben. Es ist jedoch ebenso gut möglich, daß Mardochai im Sommer 1563 nach Rom gereist ist, denn im August dieses Jahres haben die böhmischen Juden den Papst in der eindringlichsten Weise um Hilfe gebeten, wie aus der früher erwähnten Weisung von Borromeo an Nuntius Delfino vom 21. August hervorgeht. Da die Grabinschrift und die Anmerkung im Zemach David nur von *einer* Reise Mardochais nach Rom sprechen, muß es dahin gestellt bleiben, ob diese Reise 1562 oder 1563 unternommen worden ist.

In der Anmerkung im Zemach David wird erzählt, daß Mardochai das päpstliche Schreiben, mit welchem der Kaiser von seinem Eide gelöst worden sei, diesem überbracht habe und daß dieses Schreiben die Wendung herbeigeführt und der Kaiser sich wieder der Juden erbarmt habe. Ein solches Schreiben des Papstes Pius IV. ist niemals erlassen worden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

und es hat auch die römische Intervention weder 1562 noch 1563 den Kaiser bestimmt, sich wieder der Juden anzunehmen.

Das Ergebnis ist also: der Satz der Grabinschrift „Er (M.) ließ durch den Papst den Kaiser seines Eides entbinden" steht mit der geschichtlichen Wahrheit in Widerspruch und muß preisgegeben werden. Dasselbe gilt von dem Kommentar zu diesem Satz in der Anmerkung im Zemach David.

—

Die Feststellung, daß der oft erwähnte Satz der Grabinschrift und der größte Teil der Anmerkung im Zemach David der geschichtlichen Wahrheit nicht entsprechen, führt zu einem neuen Problem. Wie ist es zu erklären, daß in der Grabinschrift die Aufhebung des Eides Ferdinands I. als ein Werk Mardochais hervorgehoben wird, da es doch keinen solchen Eid gegeben hat? War das eine Erfindung Salomos? Eine solche Frage birgt in sich schon die Antwort: nein. Es ist (bei Juden und Nichtjuden) niemals üblich gewesen, Tote durch Erfindungen zu ehren. Der Satz: „De mortuis nil nisi bene" hat oft in Grabinschriften zu Übertreibungen geführt, aber doch nicht zu einem reinen Spiel der Phantasie, zur Erfindung. Wenn also Salomo in der Grabinschrift die Aufhebung des Eides als eine Tat seines Vaters rühmte, so müssen wir annehmen, daß er von ihrer Wahrheit überzeugt war. Und wenn Salomo in der Anmerkung im Zemach David behauptet, sein Vater Mardochai habe die Juden gerettet und das sei unter ihnen bekannt, so werden wir auch hier annehmen müssen, daß er nicht den geringsten Zweifel daran gehabt hat, daß Kaiser Ferdinand I. wirklich geschworen habe, die Juden zu vertreiben, daß Mardochai die Aufhebung dieses Eides erwirkt habe und daß dies eine bekannte Tatsache sei. Wiederum kommen wir zur Frage: wie ist dies alles zu erklären, wie konnte Salomo etwas als das Verdienst seines Vaters rühmen, was sich nie ereignet hatte? Wir müßten viel mehr über Salomo und Mardochai wissen als bisher bekannt ist,[52] um eine solche Frage mit einiger Sicherheit zu beantworten. Wir müssen uns daher mit Vermutungen behelfen. Sie gehen von der Tatsache aus, daß die Grabinschrift und die Anmerkung aus dem Jahre 1592 stammen. Mehr als 30 Jahre waren vergangen, seit Ferdinand I. die Ausweisung der Juden aus Böhmen verfügt hatte. Von den Opfern dieser Verfügung, von den jüdischen Männern und Frauen aus der Zeit Ferdinands I. dürften die meisten bereits verstorben gewesen sein, als der Grabstein Mardochais aufgestellt wurde. Das Durchschnittsalter der Menschen war in jener Zeit geringer als heute. Ein neues Geschlecht war herangewachsen. Was wußte es von den Ereignissen, die vor einem Menschenalter ihren Vorfahren so viel Leid gebracht hatten? Eine jüdische Geschichtsquelle, die schon früher erwähnt worden ist, gibt uns Auskunft. Es ist der Nach-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

trag II. in der Chronik des sogenannten Correctors, d. i. in der Fortsetzung der Chronik Emek Habacha. Die Stelle lautet in deutscher Übersetzung:[53]

„Der Kaiser Ferdinand (I.) wollte alle Juden, die sich in Böhmen, in Prag wie in den übrigen Städten seines Reiches befanden, vertreiben, und hatte dies bereits eidlich gelobt, und als sich die Juden deshalb zu ihm begaben und bei ihm eine Fürbitte thaten, und auch die Bewohner von Prag ihn fußfällig baten, ihnen dies nicht zu leide zu thun, da die Juden dieses Land bereits vor der Zerstörung des Tempels bewohnt hätten, fuhr er sie hart an und wollte ihnen kein Gehör schenken, denn er sagte, daß er dies bereits eidlich gelobt hätte. Hierauf schickten die Juden an den Papst Pius (IV.), damit dieser irgend ein Motiv ausfindig machen möchte, ihn seines Gelübdes und seines Eides zu entbinden, was derselbe auch that. Trotz dessen legte sich sein Zorn nicht, und er hielt seine Hand noch immer erhoben.

Seine Söhne jedoch waren gnädige Regenten, leisteten den Juden Beistand und sprachen zu denselben: Fürchtet euch nicht, bleibet im Lande, treibet darin Geschäfte und werdet (brauchbare) Männer, dann könnt ihr sicher im Lande weilen. Als der Kaiser Ferdinand alt geworden war und auf dem Siechbette lag, leitete sein Sohn Maximilian die Geschäfte seines Hauses und sprach schon damals über die Bewohner seines Landes, welche nach seinem Bescheide aus und einzogen, Recht. Als Ferdinand über die Juden Erkundigungen einholte, erwiderte er: die Juden haben bereits einen kaiserlichen Bescheid erhalten und das Land verlassen; es ist von ihnen niemand mehr daselbst übrig geblieben. Hierauf dankte jener Gott, starb und ward eingethan zu seinen Ahnen."

Wer die einzelnen Angaben dieser Erzählung prüft, wird bemerken, daß Wahres und Falsches, Glaubwürdiges und Unglaubwürdiges miteinander abwechseln. Es ist glaubwürdig, daß Ferdinand Gesandte der böhmischen Juden, als sie ihn (um weitere Duldung) baten, mit harten Worten abgewiesen hat, aber es ist unglaubwürdig und geradezu unsinnig, daß die Einwohner von Prag Ferdinand fußfällig gebeten hätten, die Juden nicht zu vertreiben, weil sie schon vor der Zerstörung des Tempels in Böhmen gewohnt hätten.[54] Es ist zutreffend, daß die Söhne des Kaisers (gemeint sind Maximilian II. und Erzherzog Ferdinand) sich den Juden gnädig erwiesen (indem sie jeweils als Fürsprecher für sie beim Kaiser erschienen), aber es ist falsch, daß sie die Juden, welche der Kaiser vertreiben wollte, ermuntert hätten, im Lande zu bleiben.[55] Es ist eine tolle Phantasie, daß Maximilian II. seinen todkranken Vater gröblich hintergangen hätte, um die Juden zu schützen, aber es ist wahr, daß Ferdinand I. im Frühjahr 1564, also wenige Monate vor seinem Tode, Maximilian II. die Leitung der Staatsgeschäfte übertragen hatte.[56] Dieses seltsame Gemisch von Wahrheit und Dichtung zeigt sich auch in den Angaben,

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

die für unsere Untersuchung am wichtigsten sind: es ist wahr, daß Ferdinand I. (in den Jahren 1557 und 1558) die Juden aus allen Ländern (des böhmischen Reiches) vertreiben wollte,[57] aber es ist falsch, daß er dies eidlich gelobt hätte; es ist glaubwürdig, daß die Juden eine Gesandtschaft zu Papst Pius IV. geschickt haben, aber es ist falsch, daß sie den Papst gebeten hätten, den Kaiser seines Eides zu entbinden.

Einzelne Angaben in unserer Erzählung lassen keinen Zweifel zu, daß sie in Böhmen entstanden ist.[58] Von böhmischen Juden hat sie der Verfasser der Chronik, der sogenannte Corrector, sei es direkt, sei es indirekt erhalten. Da unserer Erzählung noch einige Sätze über die Regierung Maximilians II. angeschlossen sind, ergibt sich, daß sie nach dem Tode dieses Herrschers, also nach 1576 aufgezeichnet worden ist. Sie gehört in die achtziger oder neunziger Jahre des XVI. Jahrhunderts[59] und sie zeigt uns, was die böhmischen Juden über die Ausweisung, die einst Ferdinand I. über ihre Väter verhängt hatte, noch in Erinnerung hatten. Sie wußten nicht mehr, aus welchen Gründen die Ausweisung erfolgt war, sie wußten nicht mehr, welche große Bedeutung die Darlehensgeschäfte der Juden im Verlaufe der Ausweisung gehabt hatten; nur die Personen, die damals auf die Geschicke der Juden Einfluß geübt hatten, waren ihnen im Gedächtnis geblieben: Ferdinand I. als Feind der Juden, Papst Pius IV., der sich ihrer erbarmt hatte, und die Söhne des Kaisers, ganz besonders Maximilian II., die den Juden geholfen hatten. Die Kenntnis der geschichtlichen Ereignisse und ihres Zusammenhanges war verschwunden, an ihre Stelle waren Sagen und Anekdoten getreten. In der Chronik Zemach David findet sich von diesen Sagen und Anekdoten nichts, aber das beweist noch nicht, daß der Autor dieser Chronik, David Gans, sie nicht gekannt hätte.[60]

Hat sie auch Salomo gekannt? Eine solche Vermutung kann man nicht ausschließen und sie würde erklären, daß die Grabinschrift und die Anmerkung im Zemach David vom Eide Ferdinands I. und von der Aufhebung dieses Eides durch Papst Pius IV. sprechen. Aber die Erzählung in der Chronik des sogenannten Correctors nennt Mardochai Kohen gar nicht und sie weicht auch, wie bereits früher erwähnt worden ist, in einem anderen Punkte von der Anmerkung Salomos ab. Sie sagt, Ferdinand I. sei ein Feind der Juden geblieben, trotzdem Papst Pius IV. ihn seines Eides entbunden habe. Dagegen behauptet Salomo in der Anmerkung, das Schreiben des Papstes, das den Eid aufgehoben habe, habe den Kaiser bestimmt, sich wieder der Juden zu erbarmen. Salomo muß also seine Behauptung, Mardochai sei der Retter der Juden gewesen, aus einer anderen Quelle geschöpft haben. Aus welcher wissen wir nicht.[61] Es ist eines der vielen Probleme in der Geschichte, das wir – mangels zuverlässiger Nachrichten – nicht lösen können.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ANMERKUNGEN.

[1] *Lieben*, der hebräische Buchdruck in Prag im 16. Jahrhundert. (Die Juden von Prag, Festschrift der Loge Praga 1927), S. 91ff. Einen Nachtrag hiezu hat Jaroslav Rokycana im Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Čechoslovakischen Republik V, S. 439, veröffentlicht.

[2] Er wird zuerst in einem Drucke (2. Teil des Machsor) von 1529 genannt, dann in verschiedenen Drucken bis 1540 und nach einer Pause von neun Jahren wiederum in Drucken von 1549 bis 1587. Siehe *Lieben* a. a. O., S. 95ff.

[2a] Das Todesjahr Mardochais wird verschieden angegeben. Zuns (siehe Anmerkung 11) sagt „um das Jahr 1591"; Hock (Gal-Ed, S. 23) gibt das Jahr 1591 an, dagegen Lieben, a. a. O., S. 98 das Jahr 1592. Die verschiedenen Angaben dürften darauf zurückgehen, daß David Gans in der Chronik Zemach David, die 1592 gedruckt wurde, Mardochai Zemach (= Mardochai Kohen) als verstorben bezeichnet. (Vgl. Anmerkung 52), während auf dem Grabsteine Mardochais das Jahr 352 der kleinen Zählung (= 1592) angegeben ist. (Vgl. Anmerkung 5).

[3] Von den fünf Söhnen Mardochais (Pesach, Bezalel, Gerson Israel, Salomo und Samuel) ist Salomo allein in den Jahren 1592–94 nachweisbar.

[4] Eine Abbildung findet sich bei L. Jeřabek, der alte Prager Judenfriedhof, S. 24.

[5] Der hebräische Text der beiden Inschriften ist gedruckt in Gal-Ed (Grabinschriften des Prager israelitischen alten Friedhofs mit biographischen Notizen, herausgegeben von Koppelmann Lieben) Prag 1856, S. 10, Nr. 25. Die Überschrift lautet in deutscher Übersetzung: „Denkmal der Gelehrten des angesehenen Mardochai und seines Sohnes Bezalel, der Kohanim, Friede mit ihnen. Ihre Seele sei eingebunden im Bunde des Lebens." Rechts steht die Mardochai gewidmete Inschrift. Die oben gedruckte deutsche Übersetzung ist Zuns, Gesammelte Schriften 3, S. 198, entnommen. Die Bezalel gewidmete Inschrift lautet in deutscher Übersetzung: „An seine Stelle trat sein Sohn, ein Frommer und Gerechter. Er war ein wahrhaftiger Richter, er jagte dem Frieden nach, durch Drucke machte er sich um die Gesamtheit verdient. Ihre Ruhe im Schatten Gottes im Jahre 352 der kleinen Zählung." Da Bezalel bereits 1590 gestorben war (vgl. Lieben a. a. O., S. 98) dürften die Worte „an seine (Mardochais) Stelle trat sein Sohn" damit zu erklären sein, daß Mardochai sich in den letzten Jahren von den Geschäften zurückgezogen hatte.

[6] Er erwähnt in der Chronik noch die Einnahme von Bihač durch die Türken, die am 19. Juni 1592 erfolgt war. Die Nachricht von diesem Ereignisse dürfte im Juli dieses Jahres in Prag eingetroffen sein.

[7] Die erste Ausgabe des Zemach David (1592) nennt als Drucker Salomo und seinen Neffen Moses.

[8] Erste Ausgabe I., fol. 62b ad a. 319 (= 1559).

[9] Eine Ausweisung der Juden aus Böhmen war schon 1541 erfolgt, was von David Gans im Zemach David I, fol. 62a, ad a. 301 (= 1541) berichtet wird.

[10] Sein Vorgänger Paul IV. starb am 18. August 1559. Er haßte die Juden und hat sie, soweit sie im Kirchenstaate seiner unmittelbaren Gewalt unterstanden, schwer gedemütigt und bedrückt.

[11] Zuerst veröffentlicht 1844 in Geigers „Wissenschaftliche Zeitschrift für jüdische Theologie" 5, S. 35ff., und dann wiederholt in den Gesammelten Schriften von Zuns 3, S. 191ff.

[12] Gal-Ed, S. 20–23.

[13] Beide Worte werden nebeneinander gebraucht.

[14] Geschichte der Juden 9, (Leipzig 1866), S. 388f.

[15] Es ist nicht zu ersehen, was es für die Juden bedeutete, daß Ferdinand I. sein Gewissen erleichtert fühlte.

[16] Emek Habacha, fortgesetzt durch den sogenannten Corrector, deutsche Übersetzung von Wiener, S. 111.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[17] Brandeis illustrierter israelitischer Volkskalender für das Jahr der Welt 5646. Fünfter Jahrgang, S. 81 ff.

[18] Man kann aus dem Votum der Hofkammer von 1673 (vgl. G. Wolf „Die Juden in der Leopoldstadt", Wien 1864, S. 106 und Pribram „Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien" 1, S. 257, ersehen, daß damals die Räte dieser Behörde die Ursachen der vor einem Jahrhundert erfolgten Vertreibung der Juden aus Böhmen nicht mehr kannten. Aber dieses Ergebnis ist für unser Thema belanglos. Die Erzählung von dem angeblich gotteslästerlichen Buche dürfte darauf zurückgehen, daß im Jahre 1560 den Juden von Böhmen alle hebräischen Bücher abgenommen wurden, um festzustellen, ob sie Lästerungen der katholischen Religion enthielten.

[19] Band 6, S. 228. Dubnow konnte als Erster das Quellenwerk von Bondy Dworský, das 1906 erschienen war, benützen. Den früher genannten Forschern (Zuns, Hock, Graetz und Wolf), deren Schriften in den Jahren 1844—85 veröffentlicht worden sind, stand nur ein geringes Quellenmaterial zur Verfügung.

[20] Diese Angabe ist falsch. Die „ebenerwähnte Quelle", auf die sich Dubnow bezieht, ist dieselbe, aus welcher der vorhergehende Satz stammt, daß Kaiser Ferdinand erklärt habe, er habe das Gelübde abgelegt, das Land von den Juden (nicht von den „Ungläubigen", wie Dubnow sagt) zu befreien. Diese Quelle ist der sogenannte Corrector, der Fortsetzer des Emek Habacha. In dieser Quelle wird jedoch Mardochai gar nicht genannt und sie berichtet auch nicht, daß der Kaiser nach Lösung von dem Gelübde den Juden die Bewilligung zum weiteren Aufenthalte erteilt habe. Diese Nachricht findet sich nur in der Anmerkung im Zemach David.

[21] B'nai B'rith, Monatsblätter der Großloge für den Čechoslovakischen Staat, 1934, Jännerheft, S. 5—12.

[21a] Ich muß hier meines bereits verstorbenen Freundes Dr. Ludwig Singer in Dankbarkeit gedenken, der mich gleich nach Erscheinen des Heftes auf einen Fehler aufmerksam gemacht hat.

[22] Aus der Zeit von 1560, Februar 3 bis 1563, September 12. Es sind 21 von Sekretären geschriebene Breven und 8 Handschreiben des Papstes.

[23] Emek Habacha des R. Josef ha Kohen aus dem Hebräischen ins Deutsche übertragen von Dr. M. Wiener, Leipzig 1858.

[24] Ebenda, S. 100—101.

[25] Vgl. Diamant, Paulus Weidner von Billerburg (1525—1585) S. A. aus den Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Stadt Wien. Band 13/14, S. 6.

[26] Aber die Angabe, daß die Zahl der Familien, die nach der Ausweisung von 1559 für kurze Zeit in Prag bleiben durften, 200 betragen habe, stimmt mit den amtlichen Dokumenten nicht überein.

[27] Bondy Dworský 1, Nr. 619, 622.

[28] Hock in Gal-Ed, S. 10.

[29] Im Zemach David I, 53b, ad a. 856 (= 1096) beruft sich David Gans auf die Chronik des R. Joseph ha Cohen, in welcher die Verfolgung der Juden in diesem Jahre ausführlich geschildert sei. Gemeint ist die Stelle in Emek Habacha (Übersetzung von Wiener, S. 9 ff.). Auch das Kapitel in Zemach David I, 62a, ad a. 301, über die Vertreibung der Juden aus Böhmen durch Ferdinand I. im Jahre 1541 zeigt sehr deutlich, daß Emek Habacha, S. 83, ad a. 302, als Vorlage gedient hatte.

[30] In Emek Habacha wird dem wirklichen Verlaufe entsprechend zuerst die Vertreibung von 1559 (die mit Georgi dieses Jahres begann), dann der Brand im Ghetto (am 22. Juni 1559) und schließlich die Beschlagnahme der hebräischen Bücher und ihre Rückgabe (1560—1561) erzählt. Im Zemach David wird dagegen zuerst die Beschlagnahme der hebräischen Bücher, dann der Brand im Ghetto und schließlich die Vertreibung der Juden erzählt.

[31] Emek Habacha (Deutsche Übersetzung von Wiener), S. 111.

[32] Ebenda, S. 111—123 zu den Jahren 1556 bis 1575. Wiener sagt in dem Vorworte S. XII, daß der Corrector „nur im Besitze der ersten Bearbeitung"

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

der Chronik Emek Habacha war. Das soll wohl heißen, daß der Corrector nur den ersten, bis zum Jahre 1563 reichenden Teil der Chronik Emek Habacha besaß. Ich weiß nicht, worauf sich diese Behauptung Wieners stützt.

[33] Ebenda, S. 135.

[34] Vgl. die unten folgenden Bemerkungen über Nachtrag II.

[35] Hock hat in Gal-Ed, S. 21, darauf hingewiesen, daß Mardochai im Frühjahr 1558 tätig gewesen ist, „um das Damoklesschwert der Verbannung, das über den Juden Prags wie ganz Böhmens hing, von ihnen abzuwenden." Diese Angabe ist aus dem Responsum Nr. 12 des Moses Isserl geschöpft, welches das Urteil im Rechtstreit zwischen Mardochai Kohen und seinem Schwiegersohn enthält. In diesem vom 16. Siwan 318 (= 2. Juni 1558) datierten Schriftstück wird unter anderem erzählt, daß Mardochai zu einer Verhandlung in diesem Rechtsstreit in Krakau nicht erschienen sei und um einen neuen Termin zu Lag Baomer (18. April 1558) gebeten habe, weil er, wie dies auch von der Gemeinde in Prag bezeugt wurde, in Sachen der Austreibung tätig war. Nun erfahren wir aus einem Schreiben Ferdinands I. an Erzherzog Ferdinand vom 24. Mai 1558 (Bondy Dworský 1, Nr. 588), daß ihm zahlreiche Fürbitten für die Juden zugegangen seien. Solche Interventionen sind selbstverständlich auf Bitten der Juden erfolgt, welche Briefe oder Gesandte an die betreffenden Persönlichkeiten oder an die jüdischen Gemeinden im Ausland schickten. Auf diese Tätigkeit dürfte sich das oben erwähnte Aktenstück beziehen. Es ist eine, wenn auch nur teilweise Bestätigung der Anmerkung im Zemach David in welcher gesagt wird, daß Mardochai an der Spitze der Fürsprecher bei dem Kaiser, Herzögen, usw. gestanden sei. Die Tätigkeit Mardochais im Frühjahr 1558 hat mit dem Thema unserer Untersuchung nichts zu tun, denn von einer Reise Mardochais nach Rom in dieser Zeit kann nicht die Rede sein, da damals Paul IV., ein Feind der Juden, Papst gewesen ist.

[36] Schreiben des jüdischen Arztes Salomo an den Obersten Kanzler Joachim von Neuhaus (undatiert, zu 1559 gehörig), veröffentlicht von Rachmuth im Jahrbuch der Ges. f. Gesch. d. Juden in der Čechoslovakischen Republik, Bd. 5, S. 61; Bittschriften der Juden von Prag, gerichtet an Erzherzog Ferdinand (undatiert, zu 1561 September gehörig, Bondy Dworský 2, Nr. 1299), an Maximilian II. und dessen Gemahlin Maria (undatiert, zu 1563 April gehörig, ebenda 1, Nr. 657 und 2, Nr. 1304); Dankschreiben der Juden an den Prager Erzbischof Anton Brus (undatiert, zu 1563 gehörig, ebenda 1, Nr. 655).

[37] Der Ausweisung der Juden aus Böhmen ging eine gleiche Verfügung betreffend die Juden in den österreichischen Ländern voraus und eine Ausweisung der Juden aus Mähren und Schlesien sollte folgen. 1558 sind von Ferdinand I. Verhandlungen mit den Ständen dieser beiden Länder über Ausweisung der Juden begonnen worden, aber sie ist damals weder in dem einen noch in dem anderen Lande erfolgt. Die Angabe von Wolf („Zur Geschichte der Juden in Schlesien" in Geigers Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 4, 183), daß Kaiser Ferdinand I. im Jahre 1558 die Juden aus dem ganzen Lande Schlesien „vertrieben" habe, dieses Mandat jedoch nicht zur Geltung gekommen sei, ist falsch. Das gleiche gilt von der Angabe Peterkas, Rechtsgeschichte der böhmischen Länder 2, 112, betreffs der sogenannten Nebenmandate von 1559.

[38] Es waren die sogenannten Prokuratoren (Bevollmächtigte), welche die Juden in Prag und in den einzelnen Kreisen des Landes aus ihrer Mitte gewählt hatten, um die Geschäfte der auswandernden Juden (Einziehung der Forderungen, Verkauf der Häuser und Grundstücke) abzuwickeln, weiters die von den Prokuratoren in Prag als unentbehrlich bezeichneten Personen (Pförtner, Wächter, Schulmeister, Kantor, etc.), endlich Kranke und Greise.

[39] Dagegen mußten sich die Juden verpflichten, alle hebräischen Bücher zum Zwecke einer genauen Prüfung derselben abzuliefern, weiters in ihren Synagogen zu verkünden, daß jeder von ihnen, alt oder jung, Mann oder Frau, christliche Predigten anhören könne, ohne den Bann oder andere Behinderung fürchten zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

müssen und daß jeder von ihnen ungehindert, ohne Enterbung und Verfolgung, zur christlichen Religion übertreten könne.

[40] Der Urheber dieser zweiten Bekehrungsaktion war ein getaufter Jude, derselbe Mann, der in der Chronik Emek Habacha genannt wird: Jehuda aus Udine oder, wie er nach der Taufe hieß, Paulus Weidner. Über ihn vgl. Diamant a. a. O., Weidner hat in Prag Bekehrungspredigten gehalten. Eine dieser Predigten ist von ihm veröffentlicht worden.

[41] Briefe von Rom nach Wien waren damals in der Regel vierzehn Tage und noch mehr unterwegs, bis sie dem Adressaten zukamen. Vgl. Sickel, Zur Geschichte des Concils von Trient, S. 81. Zahlreiche Notizen über die Beförderung der Briefe von Rom nach Wien und umgekehrt finden sich in den von mir herausgegebenen Nuntiaturberichten aus Deutschland, II. Abteilung, Band 1 und 3, welche die Angabe von Sickel bestätigen. Meine Annahme (in der Schrift Mardochai Kohens Reise nach Rom, S. 10 und 12), daß Mardochai Kohen die Weisung an Nuntius Delfino vom 21. August 1563 in drei Tagen von Rom nach Wien gebracht habe, ist daher ganz falsch. Aber auch für eine Beförderung in sechs Tagen (mittels Kurier) läßt sich nur ein einziges Beispiel anführen. (Nuntiaturberichte a. a. O., Bd. 2, S. 1/2.)

[42] Schreiben des Kaisers an Erzherzog Ferdinand vom 27. August 1563 und an die von ihm (dem Kaiser) bestellten Kommissäre in betreffs der Judenschulden vom 28. August 1563. Durch diese beiden, noch ungedruckten, Schreiben wird die Verfügung des Kaisers vom 27. August (Bewilligung einer Frist bis Georgi) vollständig aufgeklärt. Es kann daher nicht mehr angenommen werden, daß die Weisung an Nuntius Delfino vom 21. August den Kaiser bewogen hätte, den Juden den weiteren Aufenthalt im Lande bis Georgi zu gestatten.

[43] Dieses Schreiben ist von G. Wolf mit der Datierung 6. März 1561 veröffentlicht worden. Diese Datierung ist falsch. Das Stück gehört zu 1564, wie man aus einem Amtsregister, das gegenwärtig im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag sich befindet, ersehen kann. Das gleiche gilt von einem zweiten Schreiben des Erzherzog Ferdinand, das ebenfalls von G. Wolf veröffentlicht worden ist. Es ist das Schreiben vom 13. Oktober 1564. Daß es nicht an Ferdinand I. sondern an Maximilian II. gerichtet ist, hätte G. Wolf schon aus dem Inhalte des Schreibens ersehen können.

[44] In einem Aktenstücke vom 29. November 1561, es ist ein Befehl Ferdinands I. an einige Schuldner der Juden, diesen die geschuldeten Beträge zu zahlen, ist unter anderen eingetragen: Item Kryštofovi z Gendorfu, aby Matesovi puchtrukerovi židu 20 tolských zaplatil. (Bondy Dworský 1, Nr. 632.) Ob dieser jüdische Buchdrucker Mates mit Mardochai identisch ist, ist unsicher, denn Mardochai wird in anderen tschechischen Aktenstücken „Markvart" genannt, 1545 September 1 (Bondy Dworský 2, Nr. 1275) und 1579 Dezember 9 (ebenda, 2 Nr. 792). Die Unklarheit wird noch vermehrt durch ein anderes Stück von 1545 Februar 28, in welchem ein jüdischer Buchhändler Marek in Prag (Marek žid knihař z Prahy) genannt wird (Bondy Dworský 1, Nr. 501).

[45] Der Nachtrag II in der Chronik des sogenannten Correctors ist in den achtziger oder neunziger Jahren des 16. Jahrhunderts entstanden, die Grabinschrift und die Anmerkung im Zemach David gehören dem Jahre 1592 an. Im gleichen Jahre ist die Chronik Zemach David veröffentlicht worden, welche jedoch der anderen Gruppe (Quellen, die über den Eid schweigen) zugehört.

[46] Schreiben des Erzherzog Ferdinand an Ferdinand I. von 1558 Juni 11 (ungedruckt).

[47] Die Schreiben von 1560 Jänner 18, 1561 Mai 12 und 1563 Mai 24 sind noch ungedruckt.

[47a] Die Worte „aus was beweglichen und genuegsamen Ursachen" im Schreiben vom 21. März 1559 schließen schon wegen des Plurals eine Berufung auf den Eid aus. Gemeint sind aller Wahrscheinlichkeit nach die Gründe, die Erzherzog Ferdinand in seinem Gutachten vom 25. Mai 1557 (Bondy Dworský 1, Nr. 579) aufgezählt hatte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[48] Hosius an Santa Fiore, 1561 März 18; vgl. Nuntiaturberichte aus Deutschland II, 3, 366, Note 5.

[49] Ungedruckt.

[50] Siehe oben S. 176.

[51] „Questi infelici Hebbrei" schrieb Nuntius Delfino am 15. April 1562 an Maximilian II., „se raccomandano a Vostra Serenita, et io per novo ordine venutomi da Roma convegno raccomandarli ancho a la Maestà Ces." Nuntiaturberichte aus Deutschland II, 3, 366, Note 6. Ich habe dort bemerkt, daß die hier erwähnte Weisung an Delfino nicht erhalten sei, d. h. sie ist in das Amtsregister der Weisungen nicht eingetragen. Aber das ist kein zwingender Beweis, daß eine solche Weisung Borromeos an Delfino nicht ergangen sei; denn es sind nicht alle an Delfino erlassene Weisungen in diesem Register eingetragen; vgl. Nuntiaturberichte a. a. O., S. XIV. Es ist jedoch möglich, daß in dem vorstehenden Schreiben Delfinos an Maximilian II. unter „ordine venutomi da Roma" nicht eine Weisung Borromeos gemeint ist, sondern ein Auftrag von jemandem anderen in Rom. In letzterem Falle wäre an den Kardinal-Kämmerer Santa Fiore zu denken. Ein analoger Fall ist aus dem Schreiben des Nuntius Hosius an Santa Fiore vom 18. März 1561 (Nuntiaturberichte a. a. O., S. 366, Note 5) ersichtlich.

[52] Wie alt Salomo gewesen ist, als sein Vater Mardochai 1562 oder 1563 die Reise nach Rom unternahm, läßt sich nicht feststellen. Er wird zuerst 1569 in Verbindung mit seinen vier Brüdern: Pesach, Bezalel, Gerson Israel und Samuel in einem Werke genannt, das Mardochai mit seinen fünf Söhnen druckte (vgl. Lieben a. a. O., S. 97). Aus Urkunden von 1598 und 1600 (Bondy Dworský 2, Nr. 930 und 960) geht hervor, daß Salomo vier Söhne hatte: Philipp, Moses, Benjamin und Herman, von welchen drei verheiratet waren. Aus einer Urkunde vom 13. Jänner 1599 (Bondy Dworský 2, Nr. 945) ergibt sich, daß Salomo damals bereits verstorben war. Aber erst am 7. Dezember 1600 erfolgte die Erbteilung zwischen den drei Söhnen (Bondy Dworský 2, Nr. 960), Philipp war bereits vor dem 21. Mai 1599 gestorben. Salomo war noch im Jahre 1598, also ein Jahr vor seinem Tode, eine neue Ehe eingegangen und zwar mit Frumet, wie man aus der Anweisung einer Morgengabe von 800 Gulden an diese ersieht.

Über Mardochai findet sich eine Bemerkung in der Chronik Zemach David. Es heißt dort, Mardochai Zemach seligen Andenkens sei der älteste Mann von Prag und sehr wahrheitsgetreu gewesen (Bondy Dworský 2, Nr. 1207). Mehr erfahren wir über seine Persönlichkeit nicht und es ist völlig unbekannt, ob er über seine Erlebnisse während der Zeit der Ausweisung seinen Söhnen irgend welche Mitteilungen gemacht hat.

[53] Sie ist der Ausgabe der Chronik Emek Habacha von M. Wiener entnommen (S. 111/12).

[54] In Wirklichkeit haben Bürgermeister und Räte der drei Prager Städte, welche über die bevorstehende Ausweisung der Juden aus Böhmen unterrichtet waren, diese Maßregel begrüßt. Vgl. das Schreiben der drei Prager Städte an Erzherzog Ferdinand vom 22. Juli 1557 (Bondy Dworský 1, Nr. 581). Vielleicht ist in unserer Erzählung aber doch ein Körnchen Wahrheit zu finden. Auf dem Landtage, der in Prag im Oktober 1561 gehalten wurde, wurde von den beiden Ständen der Herren und Ritter beschlossen, für die weitere Duldung der Juden bei Kaiser Ferdinand I. einzutreten, da die Zahl der Juden recht klein sei und sie auf ein Privileg des Königs Wladislav II. sich berufen, wonach sie aus Böhmen niemals vertrieben werden sollten (a. a. O. 1, Nr. 629). Gemeint ist das Privileg Wladislavs II. vom 10. März 1510 (a. a. O. 1, Nr. 338). Es waren also nicht die Einwohner von Prag, sondern der hohe und niedere Adel (der auf seinen Herrschaften Schutzjuden angesiedelt hatte und von ihnen Einkünfte bezog). Es ist auch keine Rede davon, daß die Adeligen den Kaiser fußfällig gebeten hätten und sie haben auch ihre Fürbitte für die Juden ganz anders begründet als unsere Erzählung sagt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

55 Über das Verhältnis Maximilians II. und Erzherzog Ferdinands zu ihrem Vater geben die Biographien des Erzherzogs von Hirn und Maximilians II. von Bibl Aufschluß.

56 Vgl. den Bericht des Nuntius Delfino vom 26. April 1564 (Nuntiaturberichte aus Deutschland II, 4, Nr. 22.

57 Vgl. Anmerkung 37.

58 Ich meine die Nachricht über die Einwohner von Prag und über die Söhne des Kaisers. Es ist auch in Betracht zu ziehen, daß unsere Erzählung (mit dem Anhange über Maximilian II.) und das Kapitel über Mardochai Meisel, S. 141/42, die einzigen in der Chronik des sogenannten Correctors sind, die von böhmischen Juden handeln.

59 Der terminus a quo ist das Jahr 1576 (Tod Maximilians II.) und der terminus ad quem das Jahr 1605, mit dem die Chronik abschließt. Vielleicht läßt sich der Umstand, daß unsere Erzählung von der Anmerkung im Zemach David nicht beeinflußt ist, als Argument dafür anführen, daß sie vor der Veröffentlichung dieser Chronik, also vor 1592, entstanden ist.

60 Vgl. oben S. 178.

61 Die Erklärung, daß die Darstellung Salomos auf Mitteilungen seines Vaters Mardochai zurückgeht, scheint die einfachste zu sein. Aber gegen eine solche Annahme erheben sich schwere Bedenken. Wenn Mardochai vor seiner Reise nach Rom wirklich geglaubt haben sollte, der Kaiser habe sich durch einen Eid verpflichtet, die Juden zu vertreiben, so müßte er doch in Rom selbst eines Besseren belehrt worden sein. Sollte er wirklich die Geschichte von dem Eid und seiner Aufhebung seinem Sohne Salomo erzählt haben, so müßten wir annehmen, daß dies zu einer Zeit geschehen sei, als sein Erinnerungsvermögen infolge seines hohen Alters schon stark beeinträchtigt war. Wir haben jedoch nicht den geringsten Anhaltspunkt für eine solche Hypothese. David Gans sagt von Mardochai, daß er sehr wahrheitsliebend gewesen sei. Aber mit dieser Bemerkung können wir nichts anfangen, sie ist kein Argument für oder gegen die Annahme, daß Salomo von seinem Vater Mardochai gehört hätte, was er in der Anmerkung erzählt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zur Geschichte der Juden in Teltsch

Von Dr. Michael Rachmuth

—

Über die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Teltsch (Mähren), die noch im Jahre 1921 93 Seelen zählte,[1] ist mit Ausnahme von einigen wenigen kurzen Notizen in der Geschichte der Stadt und Herrschaft Teltsch von Beringer und Janoušek bisher nichts veröffentlicht worden.

Und doch bietet uns auch die Geschichte dieser kleinen jüdischen Gemeinde Geschehnisse von allgemeinem Interesse. So z. B. die sonst selten zu findende Tatsache, daß sich die Stadt im Jahre 1650 von ihrem Grundherren Wilhelm Grafen Slawata die Festsetzung eines Numerus clausus von bloß drei jüdischen Familien durch die Verpflichtung erkaufte, daß sie für alle Zukunft eine Judensteuer (Židoplat) per 30 fl. in zwei Halbjahrsraten an die gräfliche Rente abführen werde. Auch der Prozeß gegen die im Jahre 1667 des betrügerischen Bankerotts angeklagten Brüder Josef und Moses Hesky ist nicht ohne allgemeines Interesse, da hier ein Fall obrigkeitlicher Justiz gegen bankerotte Juden, wenn die Gläubiger Christen waren, vorgeführt wird.

Schließlich wird uns hier auch gezeigt, daß die christlichen Handelsleute nicht nur, wie dies in allen Städten Böhmens und Mährens der Fall war, gegen die Konkurrenz der jüdischen Händler immer wieder bei den obrigkeitlichen und staatlichen Behörden Beschwerde führten, sondern auch darüber, daß die letzteren in ihren Läden (wie in einem modernen Warenhause) eine größere Anzahl verschiedener Warengattungen feilbieten. Interessant sind auch die Gründe, welche die Teltscher Juden dafür anführen, daß der jüdische Händler sich nicht wie der christliche in seinem Handel auf eine einzige Warengattung spezialisiere.

Als Quellen für diese Studie wurden ein im Neuhauser czernin'schen Archiv, sign. VAJ erliegender Aktenfaszikel, sowie auch die Aktenfaszikel, sign. J 207 und T 67, des Mährischen Landesarchivs benützt.

—

Zu den Besitzungen der Herren von Neuhaus, die nach dem Aussterben der männlichen Sprossen dieses Geschlechtes (24. Jänner 1604) an Wilhelm Slawata von Chlum und Koschumberg übergingen, gehörte auch die Teltscher Herrschaft mit dem Städtchen Teltsch in Mähren, wo schon im 16. Jahrhundert Juden wohnhaft waren. Über die erste Ansiedlung von Juden in diesem Städtchen besitzen wir keine Nachrichten. Die Behauptung Fleschs,[2] daß die Teltscher jüdische Gemeinde

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schon nach der ersten Vertreibung der Juden aus Wien im Jahre 1426 gegründet worden wäre, kann, da er für diese Behauptung keine Quellen angibt, nicht auf ihre Richtigkeit geprüft werden. Um das Jahr 1570 wohnte in Teltsch ein Jude namens Isak[3] und im Jahre 1580 wohnte daselbst laut Eintragung in den Teltscher Stadtbüchern der Jude Veitl im eigenen Hause, welches am Teltscher Ringplatz in der Nähe der Heiligengeist-Kirche lag, von dem er einen jährlichen Zins von zwei Groschen an die Herrschaft entrichtete.[4] Dieses Haus gehörte im Jahre 1654 dem Juden Šimerle, der einen jährlichen Zins von fünf Groschen an die Herrschaft entrichtete.[5] Der Teltscher Jude Salomon lieferte im Jahre 1590—1596 Spezereiwaren für das Teltscher Schloß. Er lebte noch im Jahre 1615 in Teltsch.[6]

Im Jahre 1618 wohnten in Teltsch drei jüdische Familien in einem jüdischen Hause. Im Jahre 1624 kam eine vierte jüdische Familie hiezu. Es war dies der Prager Ezechiel Hesky, der mit Erlaubnis der Grundherrschaft von dem Teltscher Bürger Vít Čížovský ein in der Gasse hinter der Herrschaftsküche gelegenes Haus um den Preis von 130 Schock kaufte, von welchem Kaufschilling er 25 Schock sogleich erlegte, den Restbetrag vom Jahre 1625 an in Jahresraten per 6 Schock abzahlte. Diese beiden Häuser blieben in jüdischen Händen bis zum Jahre 1727, wo dieselben, da sie in der Nähe der Spitalskirche des Heiligen Geistes lagen, auf Grund des kaiserlichen Patentes vom Jahre 1727 von der Obrigkeit enteignet, indem den Juden andere zwei Häuser in der Gasse hinter den Fleischbänken eingeräumt wurden, welche Gasse von nun an die Judengasse genannt wurde.[7]

Während des Dreißigjährigen Krieges verließen die Juden aus irgendeinem unbekannten Grunde die Stadt Teltsch, die beiden jüdischen Häuser standen unbewohnt und befanden sich bald im baufälligen Zustande. Gegen Kriegsende erteilte Adam Paul Graf Slawata, der statt seines nunmehr in Wien wohnenden Vaters Wilhelm die Slawataschen Güter verwaltete, den Brüdern Josef und Moses Hesky, wahrscheinlich Verwandten des Ezechiel Hesky, die Erlaubnis, das Haus des letzteren zu kaufen, es neu aufzubauen und sich in demselben niederzulassen. Dafür verpflichteten sie sich, außer allen anderen Steuern und Abgaben das volle Schutzgeld im Betrage von 25 fl. 40 kr., welches früher die Teltscher jüdische Gemeinde an die Herrschaft abführte, für alle Zukunft aus eigenen Mitteln zu entrichten.

In den folgenden Jahren wurde noch einigen jüdischen Familien die Niederlassung in Teltsch bewilligt, was Bürgermeister und Rat um das Jahr 1650 veranlaßte, sich in einer Bittschrift an den in Wien weilenden Grafen Wilhelm Slawata über die Vermehrung der Juden in Teltsch zu beschweren und um die Festsetzung eines Numerus clausus für dieselben

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

zu bitten. Um den Grafen für die Erfüllung ihrer Bitte zu gewinnen, erklärten sie sich bereit, als Ersatz für den Entgang des von den Juden entrichteten Schutzgeldes für ewige Zeiten einen entsprechenden Betrag alljährlich an die gräfliche Rente zu entrichten. Die Teltscher Juden suchten die ihnen drohende Gefahr durch die Überreichung mehrerer Bittschriften an den Grafen sowie auch durch Gewinnung von einflußreichen Persönlichkeiten, die für sie beim Grafen intervenieren sollten, abzuwenden. Der Graf zögerte mit der Entscheidung. Schließlich übermittelte er die Beschwerdeschrift des Teltscher Stadtrates seinem Neuhauser Oberhauptmann mit einem in čechischer Sprache geschriebenen Begleitschreiben de dato: Wien 7. Dezember 1650 folgenden Inhaltes: Er sende ihm die Beschwerdeschrift des Bürgermeisters und des Rates der ganzen Teltscher Stadtgemeinde. Da er viele von ihnen angeführte Gründe als triftig und beachtenswert finde, habe er auch gleich einen Entschluß darüber gefaßt, wieviel jüdische Familien in Teltsch und in wieviel Häusern geduldet werden sollten. Da jedoch die Teltscher Juden immerfort mit Bitten an ihn herangetreten, und auch verschiedene Persönlichkeiten geistlichen und weltlichen Standes bei ihm Fürsprache für dieselben eingebracht haben, habe er mit der Durchführung seiner Resolution gewartet bis er über die in dem letztens in Brünn abgehaltenen Landtag in Betreff der Juden gefaßten Beschlüsse Gewißheit erlangt haben werde.

Nun finde er, daß auf diesem Landtage ein Gesetz beantragt wurde, auf Grund dessen der Kaiser die Verordnung erlassen möge, daß Juden in allen Herrschaften und Städten mit Ausnahme derjenigen, wo sie schon vor dem 1. Jänner 1618 gewohnt haben, ohne besondere kaiserliche Bewilligung nicht geduldet und zum Schutze der kaiserlichen Regalien zur Pachtung von Mauten und anderen Immobilien unter strenger Strafe nicht zugelassen werden dürfen. Und da laut Angabe des Teltscher Amtes im Jahre 1618 in Teltsch nur drei Juden wohnten, so wolle und werde er, gehorsam dem Willens des Kaisers und dem Landtagbeschlusse, sowohl in der Stadt Teltsch als auch in seiner ganzen Teltscher Herrschaft jetzt und in aller Zukunft nicht mehr als drei jüdische Familien dulden.

Der Oberhauptmann möge diese Resolution dem Teltscher Hauptmann übermitteln mit dem Auftrage, die Teltscher Juden ins Schloß zu rufen und ihnen in Gegenwart der Teltscher städtischen Behörde die gräfliche Resolution zur Kenntnis zu bringen, damit sie sich darnach verhalten sollen. Doch erweise er den Juden, die die Stadt Teltsch werden verlassen müssen, die Gnade, daß er ihnen hierzu eine Frist von sechs Monaten, d. i. bis zum 1. Juli des künftigen Jahres gewähre. Nach Ablauf dieser Frist dürfe unter strenger Strafe kein überzähliger Jude in der Stadt und Herrschaft Teltsch seinen Wohnsitz haben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Diesem, im Urbarium der Teltscher Grundherrschaft vom Jahre 1654 eingetragenen Briefe ist folgende Nachschrift hinzugefügt: „Nach dem Abzuge der (überzähligen) Juden aus Teltsch habe die Gemeinde dieser Stadt zum Beweise ihrer Schuldigen Dankbarkeit für die so große Wohltat, daß sie von diesen . . .[8] befreit wurden, sich bereit erklärt, an jedem der beiden Zinstermine (St. Galli—16. Oktober und St. Georgi—23. April) für alle Zukunft je 15 mährische Schock an die Teltscher herrschaftliche Rente zu entrichten, welche Abgabe „Judensteuer (Židoplat) genannt wird".[9] Nachdem Ende Juni 1651 die überzähligen Familien die Stadt Teltsch verlassen hatten, wohnten daselbst nur noch drei jüdische Familien und zwar die Brüder Moses und Josef Hesky und ein Jude namens Salomon.

Der jüdische Numerus clausus wurde jedoch von den Nachfolgern des Grafen Wilhelm Slawata nicht eingehalten. Schon im Jahre 1657 wurde vom Teltscher Stadtrat auf Befürwortung des Hauptmannes der Teltscher Grundherrschaft einer Schwester des Teltscher Juden Salomon die Erlaubnis erteilt, mit ihrem angetrauten Ehegemahl Adam im Hause ihres Bruders in Teltsch zu wohnen und ihren Handel gleich den anderen Teltscher Juden zu betreiben. „Für diese Wohltat und erwiesene Gnade" verpflichtete sich Adam einen halbjährigen Zins per 4 Schock an die Stadt zu entrichten.[10]

Im Jahre 1659 bestätigte Graf Ferdinand Wilhelm Slawata der Stadt Teltsch die ihr vom Grafen Wilhelm Slawata verliehenen Privilegien, darunter ganz besonders den jüdischen Numerus clausus, indem er dem städtischen Amte aufs strengste verbot, einem Juden das Wohnrecht zu verleihen, ihm eine Wohnung zu vermieten oder Häuser zu verkaufen." Trotzdem wurden in den folgenden Jahrzehnten noch folgende vier jüdische Familien zur Niederlassung in Teltsch zugelassen: 1. Mandl Hesky; 2. Hersch Mandl; 3. Isak; 4. Samuel Joachim, so daß im Jahre 1670 in Teltsch sechs jüdische Familien wohnten. Gegen diese, den Numerus clausus überschreitende Vermehrung der jüdischen Einwohner in der Stadt protestierten Bürgermeister und Rat in mehreren Eingaben an den Grafen Ferdinand Wilhelm Slawata, der am 27. Juli 1670 ein Dekret in čechischer Sprache folgenden Inhaltes erließ: Da trotz den, sowohl von mir als auch von meinen Vorfahren erlassenen Dekreten die Juden sich vermehren, indem sie ohne mein Wissen sich in der Stadt niederlassen, habe ich, um in dieser Angelegenheit in der Zukunft nicht mehr belästigt zu werden, für gut befunden, meinen Willen kundzugeben, wieviel Juden von nun an in meiner Stadt Teltsch geduldet werden sollen.

Weshalb ich kraft dieser Urkunde alle bisher sowohl von mir als auch von meinen Vorfahren in dieser Sache erlassenen Dekrete annuliere und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

für die Zukunft verordne, daß in meiner Stadt Teltsch nicht mehr als vier Juden mit ihren Frauen und unverheirateten Kindern, und zwar zwei im obern und zwei im unteren Hause und ein fünfter Jude als Lehrer (rector) für ihre Kinder geduldet werden solle. Denjenigen Juden aber, die gegenwärtig über diese Zahl in der Stadt wohnen, erlaube ich aus besonderer Gnade, bis zu ihrem Tode hier zu bleiben. Nach dieser Verordnung wird sich sowohl der gegenwärtige, als jeder zukünftige Hauptmann wie auch mein Teltscher Amt zu richten haben, nämlich daß sie unter Verlust meiner Gnade keinen Juden über diese Zahl aufnehmen dürfen.

Auf Grund dieses Dekretes wurden von den sechs jüdischen Familien die Brüder Josef und Moses Hesky, Mandl Hesky und Herschl Mandl als Schutzjuden anerkannt, während die überzähligen Isak und Samuel Joachim nur als Fremde lebenslänglich in Teltsch geduldet wurden.

Im folgenden Jahre gab Graf Ferdinand Wilhelm Slawata mittels Dekret de dato Prag, den 28. Feber 1671 dem „inständigen Anflehen und Bitten" der Teltscher Juden statt, indem er ihnen die Erlaubnis erteilte, „einen Kantor, jedoch soviel möglich ledig und unverheiratet, in mangelung aber dessen auch einen verheuratheten gegen Entrichtung eines jährlichen Zinses von 2 mähr. Schock zu halten". Als solcher wurde Josef Mandl angestellt, der ein baufälliges, der Teltscher Stadtgemeinde gehöriges Haus mit Erlaubnis des städtischen Magistrats in wohnfähigen Zustand brachte und darin wohnte.

Doch schon nach dem Tode des Grafen Ferdinand Wilhelm setzte sich dessen Bruder und Nachfolger Johann Joachim über den Numerus clausus hinweg, indem er im Jahre 1675 dem künftigen Schwiegersohne des Teltscher Schutzjuden Moses Hesky, namens Salomon, mit Zustimmung des Teltscher Magistrats die Erlaubnis zur Niederlassung in Teltsch unter folgenden Bedingungen erteilte: Daß dieser jährlich 5 Schock an die Herrschaft und 2 Schock an die Stadt pünktlich entrichten, bei seinem Schwiegervater wohnen solle und „der Bürgerschaft in ihrer bürgerlichen Nahrung keinen Eintrag tue", daß schließlich diese Gnade keinen Präzedenzfall bilden und „kein Jude mehr ein solchen Ansuchen unter was Pretext es seye" zu stellen sich unterstehe. Er habe diesem Schutzjuden, so erklärt der Graf in seinem Dekrete, nur ausnahmsweise diese Gnade erwiesen, weil es ihm (dem Grafen) bekannt sei, daß sein verstorbener Bruder diesem Juden wegen einer besonderen Dienstleistung „eine auf dieses Begehren hinzielende Gnade" zu erweisen versprochen habe.

Doch trotz dem in diesem Dekrete erlassenen Verbote, wagte es in den folgenden Jahren Moises Veitl, der Schwiegersohn des Teltscher Schutzjuden Mandl Hesky, dem Grafen eine Bittschrift zu überreichen,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

worin er um die Erlaubnis bat, sich in Teltsch niederzulassen und die geschäftliche Tätigkeit, welche bisher sein Schwiegervater ausübte, fortzusetzen und der Graf gab diesem Ansuchen statt, da weder der Teltscher Magistrat, noch der Sohn des Mandl Hesky dagegen eine Einwendung erhoben haben. Doch mit der Bedingung, daß der Bittsteller an Schutzgeld statt der angebotenen 4 Schock 6 Schock jährlich der Herrschaft und 4 Schock der Stadt statt der angebotenen 2 Schock entrichten solle. „Und wird diese Gnade", so schließt auch dieses gräfliche Dekret, „künftig zu keiner Consequenz zu ziehen und anzuwenden sein". Nach wenigen Jahren jedoch erteilte der Graf auf Ansuchen der Brüder Josef und Moses Hesky, die wegen ihres hohen Alters in der alleinigen Fortführung ihrer Geschäfte gehindert waren, ihren verheirateten Söhnen Markus und Israel die Erlaubnis, sich in Teltsch niederzulassen, damit sie ihren Eltern in ihrem Handel behilflich sein können.

Die wirtschaftliche Berufstätigkeit der Juden in Teltsch war im 17. und 18. Jahrhundert hauptsächlich der Handel. Der Jude Salomon betrieb, wie wir oben gesehen haben, den Handel mit Spezereiwaren.[11] Die Brüder Josef und Moses Hesky verkauften in ihrem Hause Spezerei-, Schnitt- und Kurzwaren, außerdem führten sie einen engros-Handel mit Tuchen, Seidenwaren, Federn und Wolle. Andere betrieben den Hausierhandel, indem sie verschiedene Gegenstände des Hausbedarfs in den Dörfern der Teltscher Umgebung verkauften, und für den Erlös Landesprodukte, wie Wolle, Federn, Häute usw. kauften. Doch gab es in Teltsch keinen einzigen Juden, der sich mit Darlehensgeschäften befaßt hätte. Die Teltscher Juden betrieben ihren Handel teilweise mit von Christen auf hohe Zinsen geliehenem Gelde und kreditierten Waren.[12]

Die Steuern und Abgaben waren natürlich auch für die Juden in Teltsch äußerst drückend. Außer der auf die Teltscher Judengemeinde entfallenden Quote der von den Juden Mährens an den Fiskus abzuführenden Kontribution, deren Höhe unbekannt ist, zahlten sie noch Schutzgelder der grundherrlichen Obrigkeit und eine Abgabe an die Stadt. Für die Erlaubnis einen Kantor oder Lehrer zu halten, mußten sie 2 mähr. Schock jährlich an die Obrigkeit entrichten. Am drückendsten waren für die Teltscher Juden die Pflicht der jüdischen Gemeinde, die im Teltscher Schlosse gewebte Leinwand, sowie auch ein Quantum von Leinsamen von der Herrschaft zu einem festgesetzten Preise zu übernehmen und außerhalb der Teltscher Herrschaft zu „versilbern". Der Verkauf dieser Waren, besonders der Leinwand, war oft sehr schwierig und mit empfindlichem Verluste verbunden. Es gelang ihnen schließlich, sich (ca. 1660) von der Pflicht der Abnahme der Leinwand durch die Verpflichtung los-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zukaufen, für alle Zukunft einen jährlichen Leinwandzins per 50 fl. in zwei Halbjahresraten an die Obrigkeit zu entrichten.[13] Die Abnahme der Leinsamen scheint jedoch für sie nicht so drückend gewesen zu sein, da sie ihre Ablösung nicht angestrebt haben. So schuldete die jüdische Gemeinde im Jahre 1687 als Rest für Leinsamen der Teltscher Herrschaft 4 fl. 30 kr. und 1689 31 fl[14].

Im Jahre 1691 wohnten in der Stadt bereits zehn, mit Zurechnung des Kantors Josef Mandl elf jüdische Familien. Es ist daher begreiflich, daß die Teltscher christlichen Handelsleute, die mit ihren Beschwerden bei dem Grafen Johann Joachim keinen Erfolg hatten, nach dessen Tode bei seinem Nachfolger Franz Leopold Wilhelm Slawata mit Berufung auf den Numerus clausus gegen die Vermehrung der Juden in Teltsch Beschwerde führten. Der Graf beauftragte hierauf den Teltscher Magistrat, ihm einen Bericht vorzulegen, von wem den Teltscher Juden das Wohnrecht in der Stadt verliehen wurde. Aus der „Relation" des Teltscher Magistrats vom 21. Dezember 1690 und den beigeschlossenen Abschriften der, die Aufnahme der Teltscher Juden betreffenden Dekrete ersehen wir, daß von den elf jüdischen Familien vier in dem oberen, am Stadttore gelegenen jüdischen Hause wohnten, drei Familien wohnten in dem zweiten „unter den jüdisch Läden" gelegenen Hause, eine Familie wohnte mit dem Kantor in dem von diesem erbauten Hause und zwei Familien wohnten als Mieter in christlichen Häusern.

Doch noch ehe der Graf irgend welche Maßnahmen gegen die, den Numerus clausus überschreitenden Juden treffen konnte, starb er als letzter männlicher Sprosse des gräflichen Geschlechtes Slawata am 20. Jänner 1691. Die Teltscher Herrschaft fiel dem Grafen Franz Anton Lichtenstein als Erbe zu, der mit der Stadt dadurch in einen Konflikt geriet, daß er sich über die der Stadt von den Herren von Neuhaus und den Grafen Slawata verliehenen Privilegien hinwegsetzte und auch den jüdischen Numerus clausus nicht beachtete, indem er noch einige jüdischen Familien das Wohnrecht in der Stadt erteilte. Besonders wehrte sich die Stadt gegen das Bestreben des grundherrlichen Hauptmannes, die Teltscher Juden der städtischen Jurisdiktion zu entziehen. Der Magistrat überreichte an den Kaiser Beschwerden gegen den Grafen wegen Mißachtung ihrer Rechte und Privilegien. Schließlich kam im Jahre 1711 zwischen der Stadt und dem Grafen ein Ausgleich zustande, demzufolge die Jurisdiktion über die Juden derart geregelt wurde, daß dieselben als Kläger der obrigkeitlichen, als Geklagte der städtischen Jurisdiktion unterworfen wurden.[14a] Als neuer Numerus clausus wurde für die Stadt die Zahl von sechs jüdischen Familien festgesetzt.

*

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Ein Beispiel obrigkeitlichen Justizverfahrens im 17. Jahrhundert gegen insolvent gewordene Juden, wenn die Gläubiger Christen waren, bietet uns der Prozeß gegen die Brüder Josef und Moses Hesky, die im Jahre 1676 mit einem Passivum von über 6000 fl. die Zahlungen einstellten. Zahlungseinstellungen und Bankrotterklärungen waren in damaliger Zeit auch unter den christlichen Kaufleuten eine häufige Erscheinung. So schreibt Werner Sombart: „Der betrügerische Bankerott muß für die Leute des 17. und 18. Jahrhunderts ein ganz besonders häufiges und schwer zu lösendes Problem gebildet haben. Immerfort hören wir Klagen über sein häufiges Vorkommen."[15] Während jedoch bei christlichen Bankrotteuren immerhin ein Unterschied zwischen betrügerischem und unverschuldetem Bankrott gemacht wurde, wurde jeder insolvent gewordene Jude von vorn herein als betrügerischer Bankrotteur betrachtet und dementsprechend behandelt. Ein Beispiel des Prozeßverfahrens gegen des betrügerischen Bankrotts beschuldigte Juden mit allen entsetzlichen, gegen dieselben im Gerichtsverfahren angewendeten Grausamkeiten, bietet uns die vom jüdischen Historiker Jost veröffentlichte Schrift: „Eine Familien-Megilla aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts."[16] Es wird hier das Prozeßverfahren gegen die Schwäger des Prager Oberrabbiners David Oppenheimer, den königlichen Oberfaktor Isak Behrens, und dessen Bruder Gumpel geschildert, die in Hannover ein ansehnliches Geschäft betrieben und im Jahre 1721 des betrügerischen Bankrotts beschuldigt, in Haft genommen wurden. Man verdächdigte sie der Beiseiteschaffung von Geldern und Effekten, sowie auch der Ausfertigung fingierter Zessionen, weshalb sie einer äußerst grausamen Tortur unterzogen wurden, ohne jedoch das Geständnis irgend einer Schuld von ihnen erpressen zu können. Erst nach fünfjähriger, von Qualen und Leiden erfüllter Haft wurden sie von allen Instanzen freigesprochen, worauf sie mit zerrütteter Gesundheit und von jedem Besitz entblößt auswanderten.

Auch die Brüder Hesky in Teltsch wurden des betrügerischen Bankrottes, namentlich der Beiseiteschaffung von Waren beschuldigt, doch muß das gerichtliche Verfahren, welches im Auftrage und nach genauer Vorschrift des Grafen Slawata gegen dieselben durchgeführt wurde, trotz mancher harter Worte, die derselbe in seinen Erlässen und Briefen gegen die jüdischen Schuldner gebrauchte, als milde, ja für die damalige Zeit fast als human bezeichnet werden. Dieser Prozeß wirft auch ein helles Licht auf die geschäftlichen und finanziellen Beziehungen der Teltscher Juden zu den Teltscher und Neuhauser Christen, mit deren Geld und Warenkredit sie ihren Handel betrieben.

Die Brüder Josef und Moses Hesky, die in Teltsch – was damals ein seltener Fall war – das Bürgerrecht besaßen,[17] galten in dieser Stadt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und in ihrer Umgebung als reiche Juden. Außer einem gemeinschaftlichen Laden, worin sie Leder, Seide, Schnitt-, Kurz- und Spezereiwaren feilboten, betrieben sie auch noch einen engros-Handel mit Tuch und Seidenwaren und waren regelmäßige Besucher der Linzer Jahrmärkte, wo sie Seiden- und verschiedene „Cramwaren" für ihr Geschäft einkauften. So oft Graf Ferdinand Wilhelm Slawata in Geldverlegenheit war, halfen sie ihm mit Darlehen aus. Am 15. März 1667 liehen sie ihm auf einen Schuldschein 300 fl. rh. und am 18. Feber 1669 quittierte er dem Moses Hesky über den Empfang von 1000 fl. als Darlehen.[18] In Teltsch zweifelte niemand an ihrer Kreditfähigkeit. Kein Wunder, daß nicht nur der Teltscher Dekan, sondern auch der Hauptmann der Teltscher Grundherrschaft ihnen für die damalige Zeit nicht geringe Beträge als Darlehen gaben, ja, daß letzterer sogar für dieselben bei Neuhauser Tuchmachern und Kaufleuten intervenierte, damit sie denselben Waren auf Kredit liefern.

Im Jahre 1677 gerieten die Brüder Hesky mit einem Passivum von 6127 fl. in den Konkurs. Als Hauptgläubiger meldete sich:

1. Der Teltscher Dekan mit einer Forderung von 650 fl., welche Forderung dadurch, daß der Dekan eine Schuld des Pfarrers von Urbanov an die Brüder Hesky im Betrage von 50 fl. trotz dem Proteste der letzteren eigenmächtig sich auszahlen ließ, sich auf 600 fl. ermäßigte.

2. Der Hauptmann der Teltscher Herrschaft mit einer Forderung von 900 fl., welche durch den Besitz eines Ringes als Pfand im Werte von 238 fl. 20 kr. und durch Rückzahlungen im Baren und mit aus dem Laden gelieferten Waren im Werte von 100 fl. sich auf 566 fl. 40 kr. ermäßigte.

3. Der Teltscher Grundbesitzer Adam Tučikovsky mit einer Forderung von 500 fl., die seine zweite Frau im Witwenstande den Brüdern als Darlehen gegeben hatte.

4. Der Neuhauser Kaufmann und Ratsherr Johann Svoboda (der sich auch „Johann Frey" unterschrieb) mit einer Forderung von 549 fl. 51 kr. Über die Entstehung dieser Schuld gibt er in einer Eingabe an den Grafen Slawata folgendes an: Vor einigen Jahren erhielt er einen Brief von dem Teltscher Hauptmann des Inhaltes, er möge auf dem Linzer Jahrmarkte bei Linzer Kaufleuten die Garantie für den Brüdern Hesky auf Kredit zu liefernde Waren übernehmen. Er, der Hauptmann, werde „als Obrigkeit" dafür sorgen, daß die Juden die Beträge für die kreditierten Waren zum vereinbarten Termine pünktlich bezahlen. Svoboda ließ ihnen hierauf von Linzer Kaufleuten Jahre hindurch Waren auf Kredit gegen seine Garantie ausfolgen, die sie immer pünktlich bezahlten. Doch im Jahre 1677 stellten sie die Zahlungen ein, weshalb Svoboda auf dem Linzer Bartolomäus-Jahrmarkte auf Veranlassung der Linzer Gläubi-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ger wegen einer für die Brüder Hesky garantierten Schuld von 549 fl. 51 kr. in Haft genommen wurde. Um die Freiheit zu erlangen, war er gezwungen, 274 fl. gleich zu erlegen und sich schriftlich zu verpflichten, den Rest von 275 fl. 51 kr. am kommenden Osterfeste zu begleichen.

5. Der Neuhauser Kaufmann Hanus Hammer mit einer Forderung von 200 fl., für welchen Betrag er bei Linzer Kaufleuten die Garantie für die Juden übernommen hatte, weswegen auch er am Bartolomäus-Jahrmarkte in Linz auf Antrag der Gläubiger in den Arrest gesetzt worden war.

6. Paul Lausecker, Geschäftsführer der Neuhauser Tuchmacherwitwe Dorothea Reichel, mit einer Forderung von 221 fl. für 17 Stück Tuche, welche er den Brüdern Hesky gegen ein von diesen hinterlegtes Pfand von 17 Karton Seide geliefert hatte, welches Pfand jedoch Lausecker auf Intervention des Teltscher Hauptmanns, der erklärte, er werde schon dafür sorgen, daß die Juden die Schuld pünktlich bezahlen, diesen zurückgegeben hatte.

7. Der Neuhauser Tuchmacher Prokop Runde mit einer Forderung von 362 fl. 9½ kr. und zwar 278 fl. für den Juden auf Kredit gelieferte Tuche und 84 fl. 9½ kr. für von Linzer Kaufleuten den Juden kreditierte Waren, für welche er die Garantie übernommen hatte.

Der Teltscher Hauptmann zog es vor, mit den jüdischen Schuldnern einen Sonderausgleich abzuschließen, demzufolge diese sich verpflichteten, den geschuldeten Betrag in Halbjahresraten von 20 fl. abzuzahlen. Die übrigen Gläubiger jedoch wandten sich mit einer Eingabe an den Grafen Johann Joachim Slawata mit der Bitte, die Juden zur Bezahlung ihrer Schulden zu zwingen. Aber auch die Brüder Hesky baten den Grafen in einer Eingabe entweder um die Gewährung eines Moratoriums oder die Anordnung zu treffen, daß sie ihre Schulden auf „leidliche Termine" nach und nach begleichen dürfen. Dem Grafen lag sehr daran, daß seine christlichen Untertanen durch die jüdische Insolvenz nicht zu Schaden kommen, anderseits wollte er auch die beiden Juden, welche den größten Teil der von der Teltscher Judengemeinde zu entrichtenden Abgaben zahlten, schonen und solvent erhalten. Nach der Einholung eines Gutachtens vom Teltscher Magistrat, welches im Aktenfaszikel nicht enthalten ist, faßte er den Entschluß, daß diese Angelegenheit durch einen gütlichen Vergleich derart geordnet werden solle, daß die Juden den Gläubigern zwar die geschuldeten Beträge voll und ungekürzt bezahlen sollen, doch nur in entsprechenden Halbjahresraten, deren Höhe Gläubiger und Schuldner vereinbaren sollen. Er erließ daher ein „Offenes General Decret" de dato Neuhaus den 21. Oktober 1677, worin er über den Modus der Schuldenbegleichung von seiten der Brüder Hesky folgendes anordnete:

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

1. Diejenigen Schulden, die mit Wissen des Hauptmannes aus Darlehen im baren Gelde entstanden sind, von welchen „kein übermäßiger Wucher genommen worden", oder aus „außer der Handelschaft und ohne Gewinn" auf Kredit gegebenen Waren (damit sind die von den Neuhauser Gläubigern garantierten Linzer Warenkredite gemeint), sollen in erster Reihe bezahlt werden.

2. Die Schulden, welche aus kreditierten Waren im Handelsverkehr (in trafico) stammen, in welchen die Gläubiger bereits „einen merklichen Nutzen genossen" haben, sollen in zweiter Reihe in Erwägung gezogen werden, und sofern diese Kredite mit Wissen des Hauptmannes gegeben worden sind, soll die Bezahlung „auf leidliche Termine" (Ratenzahlungen) erfolgen.

3. Jene Schulden jedoch, welche „privatim ohne meines und meines Hauptmannes Wissenschaft entstanden" sind, sollen in letzter Reihe berücksichtigt werden, da vermöge der Landesordnung des Markgraftums Mähren den Untertanen verboten sei, jemandem ein fünf Schock übersteigendes Darlehen „unter Verlust des ganzen" zu geben, weshalb diese Gläubiger keine Assistenz genießen sollen.

4. Es soll eine, aus dem Teltscher Magistrat und zwei obrigkeitlichen „Wirtschaftsoffizieren" bestehende Kommission gebildet werden, welche die Gläubiger und Schuldner auf einen, vom Teltscher Hauptmann zu bestimmenden Tag vorladen solle, um über den Modus der Schuldenbegleichung zu verhandeln.

5. Damit einerseits die jüdischen Schuldner nicht durch den Zwang, auch nur einem einzigen Gläubiger den vollen Betrag auf einmal zu bezahlen, zugrunde gerichtet werden, anderseits aber der Graf nicht abermals mit dieser Angelegenheit belästigt werde, sollen solche Terminzahlungen vereinbart werden, bei welchen die Juden bestehen können und voraussichtlich keine weiteren Differenzen sich ergeben werden.

6. Sollten jedoch die Juden gar zu kleine Terminzahlungen anbieten, daß voraussichtlich weder sie selbst, noch die Gläubiger die volle Bezahlung der Schulden erleben dürften, so sollen auch ihre Kinder und Nachkommen, und falls diese aussterben sollten, auch deren Blutsverwandte den Rest der Schulden bezahlen müssen, wozu sich die Schuldner dem Teltscher Magistrate mündlich und schriftlich zu verpflichten haben werden.[19]

7. Um künftighin seine Untertanen vor Schaden zu bewahren, verbiete er nicht nur allen seinen Bürgern, und Untertanen, den Juden „einen Heller weiter zu borgen", sondern auch seinen Beamten eine Bewilligung hierzu zu erteilen, oder gar bei jemanden für ein Darlehen an die Juden zu intervenieren und zwar „unter meiner hohen Ungnade und Verlust aller obrigkeitlichen Hilfe und Schutzes".

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Sollte nach diesen Vorschriften ein gütlicher Vergleich zustande kommen, die Juden jedoch denselben nicht einhalten, so behalte der Graf sich vor, dieselben „als Grundherr mit gebührender Obrigkeitlichen Strafe wie billig und der Rechten gemäß zu belegen".

Dieses Generaldekret wurde dem Teltscher Hauptmann mit einem Begleitschreiben des Grafen übermittelt, worin dieser seinen Willen kundgibt, daß die Juden zur Bezahlung der Schulden „auf alle Weise" angehalten werden sollen, da er es nicht dulden könne, daß seine christlichen Untertanen durch die Juden zu Schaden kommen. Lieber wolle er dieselben aus Neuhaus, Teltsch und seinen übrigen Herrschaften „verjagen" lassen. Doch solle man mit ihnen derart verfahren, daß sie „dabey bestehen können". In einem Postscriptum fügt er hiezu: Er würde es gerne sehen, daß diese Angelegenheit derart geregelt werde, daß „die Christen befriedigt werden und die Juden auch nicht gleich etwa ins Verderben geraten möchten".

Gleichzeitig übermittelte der Neuhauser Hauptmann im Auftrage des Grafen dem Teltscher Magistrat eine, in čechischer Sprache verfaßte „Information" über das Verfahren, welches von der Kommission bei der Verhandlung beobachtet werden solle.[20] Diese enthält elf Punkte, von denen der erste lautet: Vor allem soll den jüdischen Schuldnern in scharfer und nachdrücklicher Weise ihr waghalsiges und leichtsinniges betrügerisches Vorgehen vorgehalten werden, daß sie, trotzdem sie sich bereits ihrer Zahlungsunfähigkeit bewußt waren, nicht nur den Hauptmann selbst um sein eigenes Vermögen betrogen, sondern es auch versucht haben, ihn durch zudringliches Bitten zu Fürsprachen und Interventionen zu veranlassen, um auch andere ehrliche Leute um so leichter hinters Licht führen zu können, welches Vorgehen schon allein genügen würde, um die Juden nicht nur mit Leibeszüchtigungen, sondern sogar mit dem Tode zu bestrafen. Die Punkte 2, 3, 5, 8 und 9 sind identisch mit dem Inhalte der Punkte 1, 2, 3 und 6 des Generaldekretes. Die übrigen Artikel enthalten noch folgende Vorschriften: Es sollen die Gläubiger sowie auch diejenigen Teltscher Juden, die durch keinerlei Interessengemeinschaft mit den Schuldnern verbunden und mit ihnen keine besondere Freundschaft pflegen, verhört und befragt werden, ob ihnen nicht bekannt sei, daß die Schuldner Waren oder andere Vermögensobjekte zu außerhalb der Stadt Teltsch wohnenden Verwandten verschleppt haben, um sie den Gläubigern zu entziehen, damit man in diesem Falle gegen dieselben mit größter Strenge vorgehen könnte.

Für die Ratenzahlungen sollen fünf Termine festgesetzt werden, damit jedem Gläubiger zu einem anderen Termine eine Zahlung geleistet werden und die Juden um so leichter ihren Verpflichtungen nachkommen können. Denn was sie bei der Vergleichsverhandlung vor der Kommission

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

zu zahlen sich verpflichten werden, das werden sie genau halten müssen; dafür haben sämtliche Teltscher Juden die Garantie zu übernehmen, die, falls die Schuldner abermals die Zahlungen einstellen sollten, für diese ohne Anrufung des Gerichtes die weiteren Raten zu bezahlen verpflichtet sein werden.

Sollten jedoch die Schuldner geringfügige Ratenzahlungen (potupné terminy) anbieten, so sollen sie durch Drohungen mit wirklicher Arretierung zu Zugeständnissen bewogen werden, was in jeder möglichen Weise versucht werden solle. Es sei der Wille des Grafen, daß die Wohnung der Schuldner durchsucht und ein Inventar aller hier oder bei wem immer gefundenen Vermögensobjekte derselben gemacht werden; dies solle jedoch erst dann geschehen, wenn nichts anderes die Schuldner zu einem gütlichen Vergleiche würde bewegen können.

Repressalien gegen die Juden zu unternehmen, sei laut besonderer Anordnung des Grafen streng verboten und dürfen solche nicht geduldet werden. Wer jedoch „aus eigener Willkür" zu Ausschreitungen gegen die Juden sich hinreißen lassen sollte, dem werde keine weitere Assistenz gewährt werden dürfen. Jeder (Gläubiger) habe sich ohne Ausnahme der Anordnung der Kommission zu fügen, gegen welche er „wenn er hiezu einen wesentlichen Grund haben sollte" an die Obrigkeit zu appellieren befugt sein werde.

Schließlich sollen die Kommissäre besonders darauf bedacht sein, daß bei der Kommissionellen Verhandlung alles ruhig, bedachtsam, freundlich und gerecht, ohne Haß, ohne Mißbrauch (bez naduživosti) und Interesse durchgeführt werde, so daß die eine, wie die andere Partei bestehen könne. Doch solle auf die Christen mehr Rücksicht genommen werden als auf die Juden, die von Natur aus Lügner und Betrüger sind. Zugleich soll der amtierende Richter beauftragt werden, daß er, falls Teltscher Bürger den Juden Geld schuldig sein sollten, dieselben mit aller Strenge zur Bezahlung desselben anhalten und nötigenfalls gerichtlich einzutreiben bestrebt sein solle.

Am 8. November fand im Teltscher Rathause die Vergleichsverhandlung vor der aus dem gesamten Teltscher Magistrat, dem obrigkeitlichen Burggrafen und Kastenschreiber (písař obecní) gebildeten Kommission statt. Aus den Aussagen der Brüder Hesky erfahren wir, was als selbstverständlich angenommen werden konnte, daß die Gläubiger nicht aus purer Humanität für die Juden die Garantie bei den Linzer Kaufleuten übernommen, bzw. denselben Gelddarlehen gegeben haben. Svoboda erhielt für die Garantie an jeden der beiden Linzer Jahrmärkte je vier bis sechs Reichstaler (ca. 16 bis 24 fl.) und dazu auch manche Geschenke, was in Anbetracht dessen, daß Svoboda der Meinung war, daß mit der Garantie für ihn kein Risiko verbunden sei, weil ihm der Teltscher Haupt-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mann versprochen hatte, für die Bezahlung der Schulden zu sorgen, eine nicht geringe Provision darstellt. Der Frau Tučikovský zahlten sie 8% Zinsen, außerdem mußten sie ihr die Wolle zum doppelten Marktpreise abnehmen und ihr Waren aus ihrem Laden unter dem Einkaufspreis liefern, wenn sie das Geld zum Fälligkeitstermine nicht zurückzahlen, sondern weiter behalten wollten.[21]

Die Brüder Hesky sagten weiter aus, daß die Neuhauser Tuchmacher wie auch die Linzer Kaufleute die ihnen kreditierten Waren zu einem übermäßig hohen Preise lieferten, weshalb sie an denselben große Verluste erlitten. So haben sie bei den von der Witwe Reichel abgenommenen Tuchen einen Reichstaler per Stück verloren. Bei den ihnen von Prokop Runde gelieferten Tuchen und Zeugen haben sie mehr verloren, als die ganze Schuld an denselben ausmacht. So haben sie 48 Stück Zeuge, die er ihnen zu 18 fl. berechnet, zu 10, ja manche Stücke sogar zu 5 fl. verkaufen müssen. Und da sie von Runde Jahre hindurch alljährlich Tuche und Zeuge im Werte von 500 bis 600 fl. rh. abnahmen, so sei ihr Bankrott erklärlich.[22]

Auf die Frage, in welcher Weise sie den Gläubigern die Schulden bezahlen wollen, boten sie dem Svoboda halbjährige Zahlungen per 20 fl., dem Lausecker und dem Hammer solche per 5 fl., dem Runde per 8 fl. und dem Tučikovský per 10 fl. (die sie dann auf 12 fl. erhöhten), welches Angebot von den Gläubigern als unannehmbar zurückgewiesen wurde. Die Juden erklärten jedoch, daß sie sich zu höheren Zahlungen nicht verflichten können, da sie, wie sie überzeugt seien, dieselben zu bezahlen nicht in der Lage sein werden.

Hierauf erklärte Tučikovsky, er habe erfahren, daß die Schuldner in Brtnice bei ihren Glaubensgenossen ein beiseite geschafftes Lager haben, was diese bestritten. Der Teltscher Winkelschreiber Vogel gibt als Zeuge an: Als er dem Teltscher Juden Mendel in dessen Wohnung ein „Supplikat" schrieb, sagte ihm dieser, er wisse wohl, wo die Brüder Hesky ein Lager beiseite geschaffter Waren haben. Mendel mit Vogel konfrontiert, leugnet, diese Äußerung getan zu haben, doch Vogel beharrt bei seiner Aussage. Nur mit dem Teltscher Dekan kommt ein Vergleich zustande, wonach die Schuldner sich zu halbjährigen Zahlungen von 15 fl. verpflichteten.

Die kommissionelle Verhandlung blieb also fast ergebnislos, wovon der Graf durch die Übermittlung des von der Kommission unterfertigten Protokolls und eines Berichtes vom Teltscher Magistrat verständigt wurde. Das negative Ergebnis erregte den Unwillen des Grafen und er faßte den Entschluß, nunmehr durch strengere Maßnahmen von den Juden die volle Bezahlung der Schulden an sämtliche Gläubiger zu erzwingen. Doch erfahren wir über den weiteren Verlauf des gerichtlichen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Verfahrens gegen die Schuldner nur Weniges aus drei Auszügen von Briefen des Grafen an seinen Teltscher Oberhauptmann. In einem dieser Briefe vom 28. November gibt er seinen Willen kund, daß alle Gläubiger nacheinander, zuerst aber die Neuhauser Svoboda, Lausecker und Runde, von den Juden befriedigt werden müssen, „und sollten sie alle zu Teltsch ins Verterben gerathen, wie dan nun jetzt einer vor (für) den anderen haften soll". Die Haftbarmachung einer ganzen jüdischen Gemeinde für die Schulden eines Mitgliedes derselben an den Grundherrn war wohl in damaliger Zeit eine häufige Erscheinung. Hatte doch der Freiherr Johann Czernin der Ältere im Jahre 1642 die Prager jüdische Gemeinde für einen Betrag haftbar gemacht, den ihm ein Prager jüdischer Fleischhauer für geliefertes Schlachtvieh schuldig blieb.[23] Doch die Haftbarmachung der ganzen Gemeinde für die Privatschulden eines Juden an die Untertanen des Grundherrn dürfte wohl auch in damaliger Zeit ein seltener Fall gewesen sein.

In einem weiteren Briefe vom 1. Dezember schreibt der Graf, es wäre ihm lieber gewesen, wenn die Angelegenheit in der Weise geregelt worden wäre, wie er es dem Teltscher Magistrate für die Kommission angeordnet habe. Doch da die jüdischen Schuldner die Kommission „illudiert" und nur ihren Vorteil gewahrt wissen wollen, so sei es höchst unbillig ihnen jetzt irgend welche Begünstigungen zu gewähren, sie müssen vielmehr jetzt gezwungen werden, „vom ersten bis zum letzten Schuldner nacheinander" zu befriedigen. Er habe daher seinen Neuhauser Hauptmann, der als gewesener Teltscher Hauptmann die Vermögensverhältnisse der Teltscher Juden kenne, beauftragt, „mit und neben" dem Tetscher Hauptmann, die Bezahlung der Schulden durch die Juden zu betreiben. „Und bin auch schon entschlossen, alles was sie haben weg nehmen und also sie völlig weg jagen zu lassen, nicht zweifelnd, wann sie meinen Ernst sehen werden, sie sich anders bequemen werden". In seinem dritten Briefe vom 8. Dezember schreibt der Graf, er sei mit dem Vorschlage, daß die Brüder Hesky nach Neuhaus gestellt und ihnen „größere Schörpfe (Schärfe) gezeuget werde" zufrieden. Er wäre bereit, wenn die Juden alle Gläubiger befriedigen wollten, ihnen den 50 fl. jährlich betragenden Leinwandzins „auf einige Zeit" zu erlassen.

Doch vorläufig blieben die Brüder Hesky in Teltsch, ob noch immer auf freiem Fuße, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Am 14. Dezember wurde von dem Teltscher Hauptmann mit Zuziehung des Judenrichters ein Inventar aller Vermögensobjekte der Schuldner, mit Ausnahme der Wohnungseinrichtung aufgenommen und am 15. Dezember ein Verzeichnis der Forderungen und Außenstände derselben innerhalb und außerhalb der Stadt Teltsch. Die Aktiven betrugen: An Waren 580 fl. 44 kr. (vgl. Beilage III), das Haus an der Stadtmauer im Werte von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

1100 fl. Außenstände bei Pirnitzer und Trebitscher Juden 350 fl., in der Stadt Teltsch 306 fl., in der Teltscher Umgebung 250 fl., bei vier Tuchmachern in Triesch 37 fl. und bei Tuchmachern in Iglau 120 fl., zusammen 2743 fl. Außerdem uneinbringliche Forderungen bei einem geflüchteten Tuchmacher in Triesch 37 fl. und bei Iglauer „teils verstorbenen, teils geflüchteten, teils Soldaten gewordenen Tuchmacher" 500 fl. Diese beiden Verzeichnisse wurden von der Kommission und den Brüdern Hesky unterschrieben.

Schließlich mußten die Brüder Hesky in der Synagoge in Gegenwart der „Kommissarien" folgenden Manifestationseid ablegen: Das schwören wir bei den lebendigen Gott, der Himmel und Erden beschaffen hat, bey die heyl. Zehn Gebot, die er durch unsern Rabiner Moyses auf Berg Sinay gegeben hat, ohne aller Listigkeit und ohne Schalykeit, seonderlein mit rechtsmäßiger Wahrheit und mit Wissenheit die Gedanken Gottes der (sic) allmächtigen und seinen himmlischen Gericht, und mit Wissenheit die Gedanken des löb. Gericht auf Erden, daß wir gantz und gar nichts mehr haben in unserem Vermögen, es seye im baaren Geldt od. im Silber od. Goldt od. sonsten verkäuflichen Waaren, daß Goldt daraus zu schatzen were, oder daß wir haben etwas vergraben unter d. Erden, es seye nun hier in unsern Hausß od. anderst wo, od. daß wir hätten auf zu heben gegeben, od. daß das unsere Weiber und Kinder hetten anderen Leiten geben od. hetten was verschenkt auf solicher Weiß, daß unß sollen wirderrumben, wiederkehrt werden, nach der Eidschwur soliches wie darauf schwören, bey die oben bemealdt Eyd Schwur, daß soliches alles nicht durch uns in Keinerley Weiß geschehen ist und unser Vermögen ist nicht mehr sondern alles was die erscheinte Verzeichnuß außweisen thuet. Wofehrn aber daß wir zwee Brüder sollten Gott bchiet falsche Verzeichnuß geben haben od. dieses bemeldte Eid Schwur gegen Gott allmächtigen haben gethan mit Listen und Schalykeit od. Falschikeit sondern an das jenige, daß wür haben den Grafen Czernin sein Termin zu erlegen, (auch außgenommen ihre silberne Becher, eins im Versatz p. 15 fr. daß and. beym Hauß und in allen bey 50 fr. Wert, mehr oder weniger, nicht eigentlich wißen können). Sonsten soll Gott d. allmächtige geben, daß wir sollen gestraft werden von Gott, daß die 98 Eidfluchung, daß in d. hayl. Schriften Gottes geschrieben ist, auf unß kommen, daß gebe Gott all mächtige, Amen.[24]

Über den weiteren Verlauf des Gerichtsverfahrens schweigen die Akten. Jedenfalls muß ein Ausgleich zustande gekommen und die Gläubiger nach und nach befriedigt worden sein, da, wie wir oben gesehen haben,[25] die Brüder Hesky im Jahre 1690 im hohen Alter stehend, von ihren Söhnen Israel und Marek unterstützt, ihre Geschäfte in Teltsch betrieben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Im Jahre 1760 lebten in Teltsch acht jüdische Familien, unter denen die Brüder Herschl und Jakob Isak, die sich als „Vorsteher der Teltscher Judengemeinde" unterschrieben, die wohlhabendsten waren. Da Herschl bereits im hohen Alter stand, führte sein Sohn Salomon Herschl, der zwar verheiratet war, aber noch keine Schutznummer in Teltsch hatte, mit Bewilligung der Obrigkeit für seinen Vater den Handel mit Wolle, Tuchen, Leder usw. Doch in diesem Jahre errichtete er auch einen offenen Laden mit Spezerei- und Farbwaren, worin er regen Zuspruch hatte.

Das veranlaßte die beiden christlichen Spezereihändler Johann C. Müller und Martin Lustig dazu, eine Beschwerdeschrift bei dem Teltscher „Local-Gewerbs-Vorsteher", dem Riemermeister Andreas Cammerer, einzubringen, worin sie gegen den Betrieb des Spezerei- und Farbwarenhandels in einem offenen Laden durch den Juden aus folgenden Gründen protestierten. 1. Salomon sei in Teltsch „unansässig" er sei daher nicht berechtigt, in Teltsch einen Handel zu treiben. 2. Ohne Bewilligung der K. K. Repräsentanz und Kammer dürfe niemand einen Handel oder ein Gewerbe ausüben, eine solche Bewilligung sei jedoch weder dem Salomon, noch seinem Vater Herschel jemals erteilt worden. 3. Eine kaiserliche Verordnung lautet ausdrücklich, daß in Ortschaften, wo irgend ein Gewerbe von einem Christen ausgeübt wird, ein Jude dieses Gewerbe nur für seine Glaubensgenossen betreiben dürfe.[26] Da aber in Teltsch nur acht jüdische Familien leben, so würde Salomon Herschl, um seine Familie ernähren zu können, gezwungen sein, seine Waren bei den Christen der Stadt und Umgebung abzusetzen, was zum Ruine der Beschwerdeführer führen würde. Sie bitten daher, der Vorsteher möge den Juden den Spezereiwarenhandel „durch die obrigkeitliche oder magistrale Assistenz" als „ein widerrechtlich unbefugten Handel" einstellen.

Am 17. März 1760 forderte der Gewerbevorsteher den Herschel Isak, den Vater des Salomon, auf, sich darüber zu äußern, mit welchem Rechte er sich anmaße, den Spezerei- und Farbwarenhandel zu betreiben. Ob und welche Antwort Herschel dem Gewerbevorsteher erteilt hatte, ist aus den Akten nicht ersichtlich. In den folgenden Tagen übermittelte der letztere im Einverständnis mit dem obrigkeitlichen Wirtschaftsoberdirektor dem Salomon Herschel ein schriftliches Verbot des Spezerei- und Farbwarenhandels. Gegen dieses Verbot beschwerte sich Salomon in einer Eingabe an die „K. K. Landes-Gewerb und Fabrikenamts-Inspektion der Markgrafschaft Mähren" und nach einigen Tagen beschwerten sich auch die Brüder Herschel und Jakob Isak mündlich bei dem Iglauer Vize-Kreishauptmann v. Brettschneider, der in amtlicher Angelegenheit nach Teltsch gekommen war, über den obrigkeitlichen Wirtschaftsoberdirektor, von dem, wie sie glaubten, die Initiative zur Erlassung dieses

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Handelsverbotes ausging. Dieser vom Vize-Kreishauptmann zur Rede gestellt, erklärte, er habe mit der Sache nichts zu tun gehabt und schob die ganze Schuld auf den Local-Gewerbevorsteher. Zugleich sah er sich bemüßigt, in einem Berichte an den Iglauer Kreishauptmann vom 29. März 1760 anzuzeigen, „wessen sich der hiesige Stadt Teltscher Gewerbe-Vorsteher A. Cammerer unterstehet" indem er eine schriftliche Klage von den beiden christlichen Gewürzhändlern gegen den Schutzjuden Herschel Isak angenommen, sie dem letzteren mit dem Vermerk „von amtswegen" zur Rechtfertigung zugestellt und ihm schließlich den Spezerei- und Farbwarenhandel verboten habe. Zur Überreichung der Klagschrift, so führt der Bericht fort, wurden die christlichen Spezereihändler „aus purem Neid" gegen den Juden veranlaßt, der in dem, für seinen Vater geführten Handel regen Zuspruch und Absatz habe, weil er die Ware zu einem billigeren Preise abgebe. Dabei sei zu bemerken, daß schon die Vorfahren des Sal. Herschel vor mehr als 90 Jahren Spezerei und Farbwaren an den Teltscher Jahr- und Wochenmärkten vor ihrem Hause am Ringplatze verkauften, während die christlichen Spezereihändler sich erst vor wenigen Jahren in Teltsch niedergelassen haben. Er sei daher der Meinung, daß es notwendig sei, „diese Juden zu schützen, damit sie in ihrer Nahrung nicht gehembt werden möchten, zu diesem ist ja weltkundig, daß die Juden in ganz Markgrafschaft Mähren mit dergleichen Specerey Waaren zu handeln berechtiget seyndt und warumben ihnen ein solches allhier nicht gestattet werden sollte."

Der Kreishauptmann übergab die Akten dieser Streitsache dem Iglauer „Manufakturen-Amts-Kreis-Subalterno" Gottfried Schöps zur weiteren Amtshandlung. Da jedoch dieser kurz und bündig, ohne Angabe von Gründen, erklärte, daß der Teltscher Local-Gewerbevorsteher dem Teltscher Juden mit Recht den Spezereihandel verboten habe, und dieses Verbot genehmigte, übermittelte der Kreishauptmann die Akten am 10. April der Königl. Repräsentanz und Kammer in Brünn zur Entscheidung, welche dieselben am 18. April dem Subdelegierten des Consessus Commercialis zur gutächtlichen Äußerung weiter gab.

In seinem, am 28. April der Repräsentanz und Kammer präsentierten Gutachten erklärte der Subdelegierte: das in der Klage der christlichen Gewürzhändler angeführte Argument, daß laut Bestimmung der jüdischen Handwerksordnung in Orten, wo Christen ein bestimmtes Gewerbe betreiben, ein Jude dasselbe Gewerbe nur für seine Glaubensgenossen ausüben dürfe, sei hinfällig, da es sich in diesem Streitfalle nicht um einen Handwerks-, sondern um einen Handelsbetrieb handle, der den Juden in der zitierten kaiserlichen Verordnung in keinem Falle verboten wird. Er sei daher der Meinung, daß der Iglauer Subalterno zur Berichterstattung aufgefordert werden solle, mit welchem Rechte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dem Juden der Spezereiwarenhandel verboten wurde und aus welchen Gründen er das Verbot genehmigt habe. Bis zur Austragung dieses Streitfalles solle jedoch dem Juden der Spezereihandel „unbeirret gestattet werden". Zugleich solle der Teltscher Local-Gewerbevorsteher vom Manufakturen-Amte angewiesen werden, in Zukunft etwaige ihm überreichte „in das Commerciale einschlagende" Beschwerden dem Iglauer Kreissubalterno zur Erledigung einzusenden „am allerwenigsten aber in dergleichen Commerciale Differenzen decidendo fürgehen solle".

Am 24. Juli übermittelte der Iglauer Kreis-Subalterno dem königl. Gewerbe- und Manufakturenamte in Brünn den von ihm abgeforderten ausführlichen Bericht, in dem er zunächst einleitend bemerkte, daß der Teltscher Wirtschaftsoberdirektor mit Unrecht die ganze Schuld an dem erlassenen Verbote des Spezereiwarenhandels auf den Teltscher Local-Gewerbevorsteher schiebe, trotzdem dasselbe nicht ohne seine ausdrückliche Zustimmung erlassen worden war. Doch müsse der letztere die Schuld auf sich ruhen lassen, da er es nicht wagen dürfe, gegen den Oberdirektor aufzutreten, weil ihm dann die Riemerarbeiten, die er seit vielen Jahren für die Herrschaft ausführe, entzogen und er in seiner „Nahrung" geschädigt werden würde. Zur Sache übergehend führt der Bericht für die Berechtigung des erlassenen Verbotes folgende Gründe an:

1. Man müsse zwischen dem „offenen und ständigen" Spezereiwarenhandel in offenen Läden, wie er von den Christen „als bürgerliche Nahrung" betrieben wird, wozu sie sich durch „Lehr- und Dienstjahre" das Recht erwerben müssen, und dem Verkaufe von Spezereiwaren auf den Wochen und Jahrmärkten, wie er von den Juden ausgeübt wird, unterscheiden. Würde man den Juden auch das Recht zum Betriebe des öffentlichen, beständigen Handels in offenen Läden einräumen, dann würde der christliche Kaufmann vor dem jüdischen Händler nichts voraus haben, im Gegenteil, er wäre dadurch, daß er, um das Recht auf diesen Handel zu erwerben, eine „Lehr- und Dienstzeit" absolvieren muß, dem Juden gegenüber im Nachteil.

2. Wenn der Jude Salomon in seiner Bittschrift sich darauf berufe, daß schon sein Großvater vor 40 Jahren Spezereiwaren auf den Wochen- und Jahrmärkten zu verkaufen berechtigt war, so sei es fraglich, ob dieses Recht, das an bestimmte Personen zu verleihen nur dem Landesfürsten zustehe, erblich auf die Nachkommen übertragen werde.

3. In dem, von Salomon in seinem Bittgesuch zitierten kais. Privilegium vom 30. August 1708 wird den Juden Mährens nur „der freie Handel mit allerhand ohne Betrug fabricierte Waren" demnach nur mit Manufakturwaren, von naturprodukten jedoch nur mit Leder und Wolle bewilligt, während „in dem gleichen Receß der Handel mit Baumöl

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und derley Sorten als Specerey Waaren und conestibilia denen Juden zu handeln expresse verboten wird."

4. Die Kaiserin Maria Terezia habe am 29. Mai 1747 den Iglauer Handelsleuten ein „Privilegium speciale" verliehen, welches dem Juden den Spezerei- und Farbenwarenhandel im ganzen Iglauer Kreise „außer den Jahrmarkten" verbietet.

5. Das Wiener Manufakturenamt habe am 16. Jänner und im Nachtragspatent vom 20. Oktober 1751 ausdrücklich verordnet, daß die inländischen „Trafic- und Fabrique-Gewerbs Leute in ihren Hergebrachten Innungs Privilegien und Freiheiten keineswegs beeinträchtigt, sondern vielmehr von der hohen Landesstelle kräftigst geschützet werden".

Er sei daher der Meinung, daß der Jude Salomon mit seinem Gesuche abgewiesen werden müsse, und dies um so mehr, als sonst, wenn den Juden, die in Mähren ohnehin „den stärksten Handel führen", auch noch der offene und beständige Spezereiwarenhandel gestattet werden möchte, den Christen „das letzte wenige" das sie noch vor den Juden voraus haben, genommen werden würde, ja sie wären dann „selbst schlechter als ein Jud conditioniret", weil den Juden, welche „die Zoll- und Mauthverwaltung durch ihre Ränke zu überlisten verstehen, die Waren billiger verkaufen können und dadurch die christlichen Specereihändler zugrunde richten würden".

Diesen Bericht übermittelte das Gewerbe und Fabrikenamt am 6. September der Repräsentanz und Kammer mit dem Gutachten, daß das Amt die in dem Berichte angeführten Argumente des Iglauer Kreis-Subalterno als stichhältig und beachtenswert erachte, weshalb es den Antrag stelle, daß dem Iglauer Kreishauptmann der Auftrag erteilt werden möge, in Gemeinschaft mit dem Iglauer Kreis-Subalterno gründlich zu untersuchen, ob „die Teltscher Juden Herschel und Jacob Isak zum Nachtheil der Teltscher christlichen Handelsleute ein offenes beständiges Gewölbe auf die Specereihandlung zu halten berechtiget" und ob die Privilegien des Iglauer christlichen Handelsstandes auf diesen Fall anzuwenden wären. Zu dieser Untersuchung sollen sowohl die Teltscher christlichen Handelsleute und die dortigen Juden, als auch vertreter des Inglauer Handelsstandes geladen werden, „die ihre Gründe und Beweise vorzutragen hätten". Nachdem auch der Subdelegierte des Consessus Commercialis in seinem Gutachten vom 16. Dezember sich mit dem Antrag des Manufakturenamtes einverstanden erklärte, wurde am 16. Jänner 1761 der Iglauer Kreishauptmann von diesem Amte beauftragt, die Untersuchung vorzunehmen und „über den erhobenen Befund der Sache einen umständlichen gutachtlichen Bericht zu erstatten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Über die am 26. März in Teltsch vom Iglauer Kreishauptmann vorgenommene Untersuchung, wozu auch noch der obrigkeitl. Wirtschafts-Oberdirektor, einige Delegierte des Stadtrats und der Local-Gewerbeinspektor zugezogen wurden, erstattete der Iglauer Kreishauptmann folgenden Bericht: Der christliche Spezereihändler Müller bringt vor: Er habe „die Handlschaft" ordentlich erlernt und betreibe den Spezereihandel in Teltsch seit 20 Jahren, dasselbe gälte auch vom Krämer Lustig, der schon vor dem Jahre 1753, wo er sich in Teltsch niederließ, diesen Handel betrieben hatte. Sie wären beide imstande, die Stadt und ihre Umgebung mit Spezerei- und Farbwaren hinlänglich zu versorgen, wenn den jüdischen Brüdern der beständige Handel mit diesen Waren, welchen sie zum Schaden der christlichen Handelsleute „um sehr geringen Preis dahingeben", eingestellt werden würde.

Die Brüder Herschl und Jakob Isak antworteten auf die Frage, mit welchem Rechte sie sich anmaßen, „einen offenen und beständigen" Spezerei- und Farbenhandel zu treiben, sie besitzen zwar keine, ihnen persönlich hiezu erteilte Bewilligung, doch beriefen sie sich auf das, den Juden Mährens verliehene Universal-Privilegium, vom 13. Mai 1723, laut dessen §§ 6 und 8 der Judenschaft „ihr Gewerb und Nahrung ohne männiglichen Eintrag oder Hindernis" zu treiben berechtigt seien, wie denn auch die Juden von Nikolsburg, Trebitsch, Triesch, Austerlitz und anderen größeren Städten auch den Spezereihandel ungehindert treiben. Was das Iglauer Privilegium betrifft, wonach den Juden außer auf den Jahrmärkten der Spezereiwarenhandel verboten sei, so seien sie der Meinung, daß sich dasselbe nicht auf den ganzen Iglauer Kreis, sondern nur auf den zur Stadt Iglau gehörenden Bezirk, und auch da nur auf fremde und einheimische „Pinkeljuden" beziehe, die keinen seßhaften Handel treiben und keine „Toleranzgelder" zahlen, keineswegs aber auf „possessionierte und unter der Contribution stehende" Juden.

Als Beweis dessen weisen sie darauf hin, daß ihr Vater und sie selbst bereits über 40 Jahre lang den Spezerei- und Farbwarenhandel in Teltsch unbeanstandet getrieben haben, wie dies der anwesende Wirtschafts-Oberdirektor bezeugen könne. Dieser bestätigte auch die Angabe der beiden Juden, doch mit der Bemerkung, daß über eine etwaige den Juden erteilte Befugnis zu diesem Handel bei der Obrigkeit keine schriftliche Urkunde erliege. Der Kreishauptmann schließt seinen Bericht mit der Erklärung, er sei dafür, daß den Juden auf Grund des dem Iglauer Handelsstande verliehenen kaiserl. Patents „der beständige Warenverkauf in einem offenen Laden" verboten werden müsse; ob ihnen jedoch trotz dem Universal-Privilegium vom Jahre 1723 der Verkauf dieser Waren auch auf den Wochen- und Jahrmärkten verboten werden solle, das überlasse er „weiterer hocherleuchten Ansicht und Decision".

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Dieser Bericht wurde am 1. Dezember 1761 dem Subdelegierten des Consessus Commercialis zur gutachtlichen Äußerung überwiesen, welcher in seinem, am 2. Mai der Repräsentanz und Kammer präsentierten Gutachten ausführte: Dem, dem Iglauer Handelstande verliehenen kaiserlichen Privilegium, das nicht nur für den Iglauer Bezirk, sondern für den ganzen Iglauer Kreis Geltung habe, können die beiden Teltscher Juden kein besonderes Privilegium gegenüberstellen, welches ihnen die Berechtigung zum Betriebe des Spezerei- und Farbwarenhandels verliehen hätte. Das Privilegium vom Jahre 1723, worauf sich diese Juden berufen, gelte nur für Orte, wo es keine christlichen Händler gibt, und nur für solche Waren, welche die christlichen Handelsleute nicht führen (eine willkürliche Auslegung dieses Privilegiums, das ganz allgemein, ohne jede Einschränkung lautet). — Da aber in Teltsch zwei christliche Handelsleute den Spezereiwarenhandel betreiben, so sei den beiden Teltscher Juden der beständige Handel in einem offenen Laden zu verbieten. Doch sei ihnen der Verkauf von Spezereiwaren auf den Jahrmärkten auch in Teltsch zu erlauben, nicht aber auch auf den Wochenmärkten, weil, da die Leute gewohnt sind, sich die Eßwaren auf den Wochenmärkten einzukaufen, der Verkauf auf diesen Märkten als beständiger Handel zu betrachten sei, wozu nur die christlichen Handelsleute berechtigt seien.

Auf Grund dieses Gutachtens traf die Repräsentanz und Kammer ihre Entscheidung vom 10. Mai 1762, welche den Teltscher Juden den Verkauf von Spezerei- und Farbwaren in einem offenen Laden, wie auch auf den Wochenmärkten in Teltsch verbot, ihnen jedoch den Verkauf dieser Waren auf dem Teltscher Jahrmarkte und in Orten, wo keine christlichen Spezereihändler sich befinden, erlaubte.

Gegen dieses Handelsverbot protestierten die Brüder Herschl und Jacob Isak in einer der Repräsentanz und Kammer überreichten Bittschrift (präs. am 26. Juni), worin sie zunächst anführen: Sie seien in Teltsch Besitzer von zwei, von ihren Ahnen „von undenkliche Zeiten" rechtmäßig erworbenen Häusern, in denen sie wie ihre Vorfahren „beständig und ungehindert den Handel mit Spezereiwaren betrieben haben. Dieser Handel kann ihnen, da sie in Teltsch als Schutzjuden ansässig, begütert und in ungestörtem Besitze der Berechtigung zum Handelsbetriebe seien (die in Teltsch recipiret und possessioniret und in quieta possesione velquasi seien) aus folgenden Gründen nicht verboten werden: Den Juden sei in allen Orten, wo sie als Schutzjuden wohnberechtigt seien, „von allerhöchsten Orte" zu allen Zeiten der freie Handel gestattet worden, wofür ihnen drückende Steuern und Abgaben auferlegt wurden. Diese betragen gegenwärtig für die Juden Mährens 82.800 fl. jährlich, wozu die in Teltsch wohnenden acht jüdischen Familien jährlich 245 fl.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

beitragen müssen. Da aber die Juden bekanntermaßen weder Grund und Boden, noch andere fruktifizierbare Immobilien besitzen dürfen, so sei ja der Handel die einzige Erwerbsquelle sowohl für ihren Lebensunterhalt, als auch für die Bestreitung der ihnen auferlegten Steuern und Abgaben. Es sei daher selbstverständlich, daß die mährischen Juden die enorme Kontribution aufzubringen nicht in der Lage sein würden, wenn sie in ihrem freien Handel gehindert werden würden.

Dasselbe gilt natürlich auch für die Teltscher Juden, die außer der an den Fiskus abzuführenden Kontribution von 245 fl. auch noch an Schutzgeld an die Grundherrschaft alljährlich 50 fl. und an die Stadt für jede Familie 7 fl., was zusammen 56 fl. beträgt, entrichten müssen. Und da die meisten Familien der Teltscher Judenschaft „lauter arme und Betteljuden" seien, so daß sie (die beiden Beschwerdeführer) die Abgaben für sämtliche acht Familien bestreiten müssen, so würden sie, wenn ihr Handelsbetrieb auf die Jahrmärkte eingeschränkt werden würde, all diese Steuern und Abgaben in keiner Weise entrichten können.

Zur Widerlegung der, vom Consessus Commercialis in seinem Gutachten angeführten Argumente führen sie weiter aus: Daß der den mährischen Juden durch die kaiserliche Privilegien erlaubte Handel nicht nur für die Jahrmärkte Geltung haben könne, gehe daraus hervor, daß zum Handel auf Jahrmärkten kein besonderes Privilegium erforderlich sei, da dieser Handel jedem freistehe „er sey Christ oder Jud ohne Rücksicht darauf, ob er ansässig und Contribuent sey oder nicht". Auch der Umstand, daß sie (die Beschwerdeführer) von ihrem Spezereiwarenhandel eine jährliche Abgabe an das kaiserl. Manufakturenamt zu entrichten gezwungen werden, welche Abgabe nur von denjenigen, die beständigen Handel treiben, nicht aber auch von jenen, die ihren Handel nur auf den Jahrmärkten ausüben, eingehoben wird, sei ein Beweis dafür, daß „sowie die ganze Judenschaft in Mähren, also auch uns in Teltsch recipirten und possessionirten Juden das ganze Jahr hindurch Handel zu betreiben Rechten zustehe".

Aber auch die Behauptung des Consessus Commercialis daß das kaiserliche Privilegium vom Jahre 1723 nur für solche Orte Geltung habe, wo keine christlichen Kaufleute vorhanden seien, oder nur für solche Waren, die von christlichen Händlern nicht geführt werden, sei irrtümlich, da diese Einschränkung nur für jüdische Handwerker Geltung habe, die ihr Handwerk in solchen Orten, wo Christen dasselbe Handwerk ausüben, bloß für die jüdischen Einwohner dieser Orte ausüben dürfen. Hingegen sei aus der „für die jüdische Professionisten und Handelsleute emanierte Handwerkordnung Art 4to und 5to" vom Jahre 1753 klar zu ersehen, daß „den jüdischen Handelsleuten auch in Orten, wo christliche Kaufleute vorhanden sind, ohngehindert (der

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Handel) mit Juden und Christen verstattet werde, wovon nur allein die königl. Städte ausgenommen und in welchen wir lediglich zu Jahrmarktszeit und N. B. an denen Wochenmärkten den Handl frey zu exerciren berechtigt seyen."

Es sei daher unbegreiflich, wie ihnen wegen der beiden Teltscher christlichen Spezereiwarenhändler, von denen einer (Martin Lustig) „kein gelernter Kaufmann, sondern ein (gewesener) herrschaftlicher Livré Bedienter ist", der freie Handel verboten werden könne. Dann müßte ja sämtlichen Juden in den Städten Mährens, wie in Nikolsburg, Trebisch usw. der freie Handel eingestellt, bzw. nur auf die Jahrmärkte eingeschränkt werden, weil auch in allen diesen Städten christliche Kaufleute vorhanden seien, denen durch den freien Handel der dortigen Juden Abbruch geschehen müsse. Was aber den Juden in allen anderen Städten erlaubt sei, könne den Juden in Teltsch nicht verboten werden.

Die Teltscher christlichen Spezereiwarenhändler haben übrigens kein Recht, sich über Beeinträchtigung in ihrem Handel von Seiten der Juden zu beschweren, vielmehr haben sie (die Beschwerdeführer) als die ältesten Teltscher Spezereiwarenhändler allen Grund, sich über die ihnen entstandene Konkurrenz von Seiten der erst vor Jahren in Teltsch sich etablierten christlichen Händler, besonders des Martin Lustig, der kein gelernter Kaufmann sei, zu beschweren, wie auch gegen den Teltscher Localgewerbevorsteher, der den Handelsbetrieb des letzteren dulde, obwohl „vermöge der Zunftarticuln und Patenten einen ohngelernten und uncorporirten" Handel und Gewerbe zu treiben verboten sei und „zur Abstellung derley Störern" der Localgewerbevorsteher verpflichtet sei.

Es liege daher klar zu Tage, daß ihnen der beständige Spezereiwarenhandel nicht verboten werden dürfe, weshalb sie die Repräsentanz und Kammer bitten, dieselbe möge sie in den ihnen wie der gesamten Judenschaft vom Kaiser verliehenen „Freiheiten Recht und Gerechtigkeiten" schützen. Für den Fall jedoch, daß dies wider ihr Erwarten nicht geschehen sollte, behalten sie sich „den Recurs bey allerhöchster Stelle" vor. Diese Bittschrift wurde am 26. Juni von der königl. Repräsentanz und Kammer dem Iglauer Kreishauptmann mit dem Auftrage übermittelt, diese Streitsache, in welcher die Beschwerdeführenden Juden neue Tatsache und Umstände vorbringen, durch Vernehmung der Teltscher grundherrlichen Obrigkeit und der Teltscher christlichen Handelsleute einer neuen gründlichen Untersuchung zu unterziehen und zuverlässig zu ermitteln, wer von den streitenden Parteien, ob die christlichen oder jüdischen Händler, den Spezereiwarenhandel früher und seit welcher Zeit begonnen haben, und welchen Betrag die Juden als Schutzgeld und an Gewerbsbeitrag für diesen Handel entrichten, und darüber einen gutachtlichen Bericht zu erstatten. Bis dahin aber mit der Durch-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

führung der Verordnung vom 10. Mai bis auf weitere Anordnung zu warten.

Diese Untersuchung wurde am 19. Juli von dem Iglauer Kreishauptmann, der sich zu diesem Zwecke nach Teltsch begab, in Anwesenheit von obrigkeitlichen Beamten, einer städtischen Ratsdeputation und der streitenden Parteien durchgeführt. Als Ergebnis derselben wurden laut Bericht des Kreishauptmanns vom 25. Juli folgende Tatsachen festgestellt: In den beiden, im Jahre 1622, bzw. 1624 in jüdischen Besitz übergangenen Häusern trieben die ersten Besitzer, die Vorfahren der Brüder Herschel und Jakob Isak, Handel mit verschiedenen Waren. Laut Aussage der Stadtdeputierten hätte „schon des Herschel Isaks Groß Vater sich auf den Specerey und Farben Handl verlegt und solchen ohne von jemand gehindert zu werden, fortgetrieben, wie solches ein ohngefähr 80 jähriger städtischer Bürger namens Mathias Zelischka bestätigt, welcher als ein Tuchmacher zu seinen Handwerk das benöthigte Farben Material von besagten Juden auf den Lohn für die ihnen Juden verfertigte Tücher eingehandelt."

Laut Aussage der Juden hätten ihre Vorfahren seit dem Jahre 1675, sie selbst seit 40 Jahren mit Spezerei und Farbenwaren in Teltsch gehandelt, mithin „noch vor der Existirung deren jetzigen christlichen Handelsleute", da Johann Müller erst vor ungefähr 20 Jahren als Handelsmann und Martin Lustig vor 12 Jahren als Fragner in Teltsch sich niedergelassen und den Spezereiwarenhandel begonnen haben. Zwar behauptet Johann Müller, daß die Juden vor seiner Etablierung in Teltsch keine Spezerei- und Farbwaren verkauft haben, da er sich in diesem Falle nicht in Teltsch niedergelassen hätte, doch bestätigen die obrigkeitlichen Beamten die Tatsache, daß schon vor mehr als 40 Jahren Kaffee, Zucker und andere Spezereiwaren für den herrschaftlichen Bedarf von den Juden geliefert wurden, wie dies auch noch heute der Fall sei.

Die Ratsdeputierten erklärten auch, daß „die Stadt Teltsch" gegen den Spezereihandel der Juden umsoweniger etwas einzuwenden habe, als sie die Existenz von mehreren Spezereihändlern als vorteilhaft für die Stadtbewohner erachte, da sie besser und billiger bedient werden. Schließlich wird amtlich bestätigt, daß die Brüder an Schutzgeld der Obrigkeit 50 fl. und der Stadt 14 fl. als „Gewerbs Beitrag 1 fl. 36 kr. und an jüdischen Contributionali" 245 fl. für die ganze jüdische Gemeinde jährlich entrichten.

Dieser Bericht wurde von der königl. Repräsentanz und Kammer dem Consessus Commercialis zur gutachtlichen Äußerung übermittelt, dessen Gutachten vom 14. August dahin lautete, daß durch die gründliche Untersuchung des Kreishauptmannes die Sachlage in einem neuen Lichte erscheine. Der Subdelegierte hätte in seinem ersten Gutachten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sicherlich nicht das Verbot des jüdischen Spezereiwarenhandels beantragt, wenn die Angelegenheit schon damals, wie jetzt, durch eine gründliche Untersuchung klargestellt worden wäre. Er müsse daher seine frühere Meinung ändern und den Antrag stellen, daß den Teltscher Juden der weitere Spezerei- und Farbwarenhandel umsomehr zu erlauben sei, als dieselben diesen Handel früher als die christlichen Handelsleute geführt haben, so daß jene eher Grund haben, sich über die Benachteiligung in ihrem Handel durch die christlichen Händler zu beschweren, wozu noch komme, daß die beiden Juden die unter der Teltscher Judenschaft die größte Kontribution zahlen, geschützt werden müssen, damit sie „durch Schmälerung ihres Handels und Wandels nicht außer Contributionsfähigen Stand gesetzet werden."

Auf Grund dieses Gutachtens traf die königl. Repräsentanz und Kammer am 3. September die Entscheidung, daß den Teltscher Juden infolge der durch die gründliche Untersuchung zu Tage gekommenen Umstände der Fortbetrieb ihres Spezerei- und Farbwarenhandels „für beständig" gestattet werden solle.

Wie oberwähnt, hatten die städtischen Ratsdelegierten, sicherlich im Einverständnis mit dem gesamten Stadtrate und dem Bürgermeister, die Erklärung abgegeben, daß die Stadt gegen den Spezereiwarenhandel der Teltscher Juden nichts einzuwenden habe, weil die Stadtbewohner von der jüdischen Konkurrenz Nutzen ziehe, indem sie die Ware billiger einkaufen könne. Doch schon nach wenigen Tagen trat aus unbekannter Ursache eine Änderung in der Gesinnung des Stadtrates ein, der in einer Eingabe an die königl. Repräsentanz und Kammer (präs. 10. September) gegen deren letzte Entscheidung protestierte, indem er erklärte, daß die Gründe, weshalb die königl. Repräsentanz ihre Entscheidung vom 10. Mai 1762 abgeändert und den Teltscher Juden den Fortbetrieb ihres Spezerei- und Farbwarenhandels erlaubt habe, hinfällig sei, da „laut Eintragung im Urbarium" die Juden von den ehemaligen Grundherren, den Grafen Slawata, mit der ausdrücklichen Bedingung in Teltsch aufgenommen wurden, daß sie „der städtischen Christenheit in ihrer bürgerlichen Nahrung keinen Eintrag machen". Die Juden seien jedoch nicht in der Lage, den Beweis zu erbringen, daß ihnen seit dieser Zeit jemals die Erlaubnis zum Betriebe des Spezereihandels erteilt worden wäre. Im weiteren führen sie Beschwerde über die Vermehrung der Juden in Teltsch. Sie weisen darauf hin, daß schon im Jahre 1759 zu dem von der neuen Obrigkeit für die Juden festgesetzten Numerus clauses von sechs Familien ausnahmsweise eine siebente jüdische Familie, nämlich der Schwiegersohn des Teltscher Schutzjuden Salomon Mandl, das Niederlassungsrecht von der Obrigkeit und dem Stadtrate erteilt worden wäre. Bei der letzten „Fassionierung" jedoch habe die Teltscher Judenschaft

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

„die Vermessenheit gehabt, bei der Landesstelle neun jüdische Familien anzumelden, weil sie außer der bereits überzähligen siebenten Familie noch zwei weitere Familien in die Stadt einzuschleichen beabsichtigte, von denen die achte Familie in der Person des Salomon Herschel, der „ohne consens incognito" geheiratet hat, bereits zugewachsen sei, während die neunte Familie im Begriffe sei, sich mit Bewilligung der Obrigkeit in der Stadt niederzulassen. Es sei dies der Schneider Abraham Stiasny, des Teltscher Schutzjuden Salomon Jakobs drittletzter Sohn, der, da er von seiner Arbeit für die in Teltsch nur in geringer Zahl wohnende Glaubensgenossen seinen Lebensunterhalt nicht werde bestreiten können, auch für die christlichen Stadtbewohner zu arbeiten genötigt sein werde, wodurch den 24 in der Stadt wohnenden christlichen Schneidermeistern, die wegen ihrer großen Zahl nur unzureichende Arbeit finden können, eine empfindliche Konkurrenz entstehen werde.

Die königliche Repräsentanz möge daher dem Salomon Herschel das am 10. Mai erlassene Verbot des Spezereihandels erneuern und veranlassen, daß „die jüdische Vermehrung durch eine so falsch und hinterlistig eingelassene Fassion abgestellt" und „alles in status quo conserviret werden möchte".

Diese Bittschrift wurde von der königl. Repräsentanz und Kammer am 13. September dem Iglauer Kreishauptmann mit dem Auftrage übermittelt, den zweiten Punkt der Beschwerde, betreffend die Vermehrung der Juden in Teltsch einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen.

In seinem Berichte vom 11. Oktober bestätigte der Kreishauptmann die Vermehrung der Juden in Teltsch um weitere zwei Familien, deren Aufnahme durch die Obrigkeit aus folgendem Grunde erfolgte: Die Teltscher jüdische Gemeinde hatte, so lange sie nur sechs Familien zählte, an Schutzgeld einen Pauschalbetrag von 50 fl. jährlich an die Herrschaft entrichtet. Nach der Vermehrung derselben um die siebente und achte Familie verlangte die Obrigkeit eine entsprechende Erhöhung des Schutzgeldes, während die Gemeinde diese Erhöhung mit der Begründung ablehnten, daß das Schutzgeld per 50 fl. für die gesamte Teltscher Judenschaft ohne Rücksicht auf die Zahl der Familien „veraccordirt" worden wäre. Schließlich erklärte sich die Obrigkeit bereit, der neunten Familie das Wohnrecht in Teltsch zu verleihen, wofür die Judenschaft ein besonderes Schutzgeld für die überzähligen drei Familien zu entrichten sich bereit erklärte.

In der von dem Landesgubernium am 19. Oktober 1762 getroffenen Entscheidung wurde das Ansuchen des Teltscher Magistrats, das Verbot des Spezerei- und Farbwarenhandels für die Teltscher Juden zu erneuern, abgewiesen. „Hingegen habe es bei der anno 1650 pro loco Teltsch con-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

scribierten Anzahl der jüdischen Familien allerdings sein Bewenden und so lange sich diese Zahl durch Absterben nicht vermindern, auch die Vermehrung deren jüdischen Familien zum Nachteil der dasigen christlichen Gemeinde nicht zugelassen werde könnte", worüber das Kreisamt „selbst zu vigiliren hätte".

Dieser Entscheidung zufolge durfte die neunte jüdische Familie sich nicht mehr in Teltsch niederlassen, während die überzähligen zwei jüdischen Familien bis zu deren „Absterben" in der Stadt bleiben durften.

*

Samulen Herschl durfte nunmehr seinen Spezerei- und Farbwarenhandel für seinen Vater Herschel Isak ungehindert in einem offenen Laden betreiben, der mit den Jahren einen erfreulichen Aufschwung nahm. Das veranlaßte im Jahre 1768 einen zweiten Teltscher Juden, die Eröffnung eines Spezereiwarenhandels in seinem Hause vorzubereiten, was zu einer neuen Beschwerde der Teltscher christlichen Spezereiwarenhändler führte. Der Teltscher Schutzjude Wolf Baruch Teltscher hatte den Tabakverlag des Iglauer Kreises in Pacht genommen, weshalb er sich beständig in Iglau aufhielt, während er als Teltscher Schutzjude auch fernerhin die Schutzgelder an die Obrigkeit und die Stadt entrichtete. Den Tabakverschleiß in Teltsch überließ er seinem Schwiegersohne Abraham Jakob, der als Tabakverleger auch als überzähliger Jude in der Stadt zu wohnen berechtigt war. Der Aufschwung, den der Spezereiwarenhandel des Salomon Herschl genommen hatte, bewog den Abraham Jakob zu dem Entschlusse, sich einen solchen Handel in seiner Wohnung einzurichten. Gegen diese neue Konkurrenz überreichten die christlichen Spezereiwarenhändler eine Beschwerdeschrift an das Iglauer Gewerbe-Kreisinspektorat, in dessen Auftrage am 26. Oktober 1768 der Teltscher Stadtrichter in Begleitung von drei Magistratspersonen im Hause des Tabakverlegers erschienen und, obwohl er den Spezereihandel noch nicht eröffnet hatte, die vorgefundenen Spezereiwaren „unter Amtssperre" nahm.

Gegen diese Amtshandlung beschwerte sich Wolf Teltscher, der Schwiegervater des Abraham Jakob, im Namen der gesamten jüdischen Gemeinde in einer Eingabe an das Landesgubernium, worin er unter anderem anführte: Der Iglauer Gewerbe-Inspektor begründet die Berechtigung der Beschlagnahme der Spezereiwaren seines Schwiegersohnes damit, daß dieser kein „gelernter Kaufmann" sei. Dieser Grund sei jedoch ganz hinfällig, da bekanntlich von den 6000 jüdischen Familien Mährens sich mindestens 5000 von ihrem Handel ernähren. Und trotzdem kein einziger von ihnen ein ausgelernter Kaufmann sei, verkaufen sie ihre Waren auch in Orten, wo christlich gelernte Kaufleute ihren Wohn-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sitz haben in offenen Läden sowohl in der Judenstadt, als auch „auf freyen Christenmarkt". Mit welchem Rechte will die Stadt Teltsch einem in dieser Stadt wohnenden Juden aus dem einzigen Grunde, daß er kein gelernter Kaufmann sei, den Handelsbetrieb in seiner Behausung verbieten? Lautet doch der 6. Punkt des von Kaiser Karl VI. den Juden verliehenen Privilegiums vom 13. Mai 1733 ausdrücklich, daß der Jude seinen Handel „wie nicht minder in Gewölbs Nahrung wie bis hero in unserem Königreich und Landen ohne männiglichen Eintrag oder Hinderung führen und treiben solle". Das Landesgubernium möge daher, „um die arme Teltscher Gemeinde in contributionsfähigen Stand (zu) erhalten", dieselbe nicht nur „in ihren wenigen Handl und Wandl gleich die gesamten Mährischen Juden Gemeinden" schützen, sondern auch verordnen, daß die „mit Gewalt abgenommenen Specereywaren zurückgestellt werden mögen".

Dieser Bittschrift wurde am 26. September 1769 vom Landesgubernium dem K. K. Consessus Commercialis zur Untersuchung des Tatbestandes und gutachtlicher Berichterstattung abgetreten. Mit der Untersuchung wurde von dieser Behörde der Iglauer Gewerbe-Kreisinspektor Franz Xaver Münster betraut, welcher dieselbe am 12. Februar 1770 im städtischen Rathaus in Teltsch in Gegenwart des Bürgermeisters und dreier Ratsherren, sowie auch des Teltscher „Gewerbe-Local-Beamten" vornahm, wobei die streitenden Parteien einvernommen und deren Aussagen zu Protokoll genommen wurden. Die christlichen Händler Müller und Ingrisch erklärten, der Schwiegersohn des Wolf Baruch sei nur zur Führung des Teltscher Tabakverlages in der Stadt aufgenommen worden, von welchem früher drei Christen gelebt haben. Er habe daher als alleiniger Tabakverleger sein hinlängliches Auskommen, während für die Versorgung des Publikums mit Spezereiwaren die beiden christlichen Händler und der „von dem Landesgubernium der Stadt aufgedrängte" jüdische Händler Salomon Herschl vollkommen genügen. Ein zweiter jüdischer Spezereihändler würde den Ruin der beiden christlichen herbeiführen, weil die Juden aus verschiedenen Gründen die Ware „um einige Kreuzer billiger als die Christen verkaufen können", weshalb „alles ihnen Juden zulaufen und die Christen sitzen lassen".

Wolf Baruch erklärte jedoch, seinem Schwiegersohne müsse das Recht eingeräumt werden, neben dem Tabakverlag auch mit anderen Waren Handel zu treiben, weil der Tabakverlag zeitlich beschränkt sei, so daß sein Schwiegersohn, falls die Pacht des Tabakverlages aus irgend welchem Grunde nicht mehr erneuert werden sollte, ohne jeden Erwerb dastehen würde. Hierauf erwiderten die Ratsdelegierten: Wolf Baruch habe ja, bevor er den Tabakverlag in Iglau übernommen, „mit Juchten, Safian, Leder, Wolle und Garn all in grosso" Handel getrieben. Diesen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Handel könnte Abraham Jakob, obwohl er allein von dem Tabakverschleiße leben könnte, ungehindert weiter treiben. Sie wären auch nicht dagegen, daß demselben die beschlagnahmten Waren zurückgegeben werden, doch mit der Bedingung, daß er dieselben nicht in Teltsch, sondern außerhalb der Stadt verkaufen dürfe. Dagegen machte Wolf Baruch die Einwendung, daß mit dem Wollhandel „nicht mehr aufzukommen sey", seitdem die Tuchlieferungen an die Armee durch die errichtete k. k. Militärökonomiekommission erfolge, da für die Tuche kein Absatz mehr vorhanden sei. Zum Schlusse beanstandeten die Stadtdelegierten, daß Wolf Baruch seine Beschwerde im Namen der gesamten Teltscher jüdischen Gemeinde eingebracht habe, da, wenn man die Teltscher Juden „individualiter" befragen würde, drei bis vier Familien, die arm und nicht mit Wolf Baruch verwandt sind, von dieser Beschwerde würden nichts wissen wollen, sie würden im Gegenteil gegen denselben Beschwerde führen, daß er „ohngeachtet sie nur arme Pinkelträger, die ganze Freundschaft des Wolf Baruch aber vermögliche Leute wären, sie in Contributionale mit ihnen gleichgehalten seyen".

Dieses Protokoll übermittelte der Iglauer Gewerbe-Kreisinspektor am 1. April 1770 dem Consessus Commercialis unter Beischluß eines ausführlichen Gutachtens, worin er unter anderem ausführte: Aus den von der Teltscher städtischen Ratsdeputierten und der Handelsbrüderschaft vorgebrachten Gründen sei es sehr zu bedauern, daß dem ehemaligen jüdischen Kleinhändler Salomon Herschl, dessen Ansuchen um die Bewilligung zum Betriebe eines Spezerei- und Farbwarenhandels am 2. Mai 1762 von dem Landesgubernium abgewiesen worden war, „auf einseitiges Remonstrieren des Herrn Kreis Hauptmann" die Bewilligung wieder erteilt wurde. Seitdem habe Herschl „seine Handlung, wie ich selbst gesehen, nicht allein mit Spezerey, Farb Waren, Tuch, Boy (Pai = grobes Tuch), Seidenbänder, Spitzen, Knöpfe, Sammet, Borden (Borten) sehr hoch gebracht, sondern auch sogar auf allerley Leder-Gattungen und sogar schon Eisen und die Stockfischwässerei ausgedehnt, andurch aber der eine christliche Kaufmann Franz Müller, weilen die Stadt solche drei Handelsleute nicht nähren kann, zu Grund gerichtet", nachdem schon durch den Tabaktrafikanten Abraham Jakob drei andere Christen, die vom Tabakhandel gut gelebt haben, „außer Nahrung und Contributionsstand gesetzt worden".

Da aber dem Abraham Jakob das Wohnrecht in Teltsch nur „pro interim" nämlich für die Zeit der Abwesenheit Wolf Baruchs, um in dessen Hause dessen Geschäft zu führen, verliehen wurde, und da niemand einem anderen Rechte übertragen könne, die er selbst nicht besitze, Wolf Baruch jedoch früher nur mit Leder, Juchten, Safian, Wolle und Garn Handel trieb, so sei er (der Subdelegierte) der Meinung, daß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dem Abraham Jakob bloß der Handel mit denjenigen Waren erlaubt werden möge, mit denen früher sein Schwiegervater in seinem Hause Handel getrieben hatte, und dies nur so lange, als dieser diesen Handel nicht wieder in Teltsch in eigener Person zu führen beginnen werde; doch müsse ihn der Spezereiwarenhandel „unter Confiscationsstrafe" verboten werden. Die beschlagnahmten Waren könnten ihm mit der Bedingung zurückgegeben werden, daß er dieselben entweder für den eigenen Gebrauch aufbewahre, oder dem Salomon Herschl käuflich überlassen solle". Das Gutachten schließt mit den Worten: Es sei entsetzlich zu hören und zu sehen, wie die Juden sich allerorten vermehren und ausbreiten und die christlichen Kontribuenten niederdrücken und zugrunderichten. Es werde endlich notwendig sein, diesem Übel vorzubeugen und vor allem es nicht zuzulassen, daß die Juden nach Belieben den Handel mit einer Warengattung aufgeben und mit einer anderen zu handeln beginnen, noch weniger, daß sie außer dem Verkaufe einer ihnen zum Handel bewilligten Ware auch noch andere in beliebiger Zahl in ihren Handel einschließen und denselben überall, wo sie wollen, treiben. Diesem Übel könnte durch die Einführung von patentmäßigen Lizenzscheinen für den Handelsbetrieb abgeholfen werden.

Der Consessus Commercialis übermittelte diesen Bericht dem Landesgubernium mit der Bemerkung, daß er den Vorschlag des Subdelegierten gutheiße, worauf das Landesgubernium am 18. Juni dem Subdelegierten seine Entscheidung zur Weiterbeförderung an den Iglauer Kommerzial-Kreisinspektor übermittelte, wonach Abraham Jakob die beschlagnahmten Spezereiwaren, die ihm zurückerstattet werden sollen, binnen vier Wochen „bei ansonst erfolgter Confiscation" den in Teltsch berechtigten Spezereiwarenhändlern zu veräußern habe, für die Zukunft jedoch sich des Spezereiwarenhandels „unter gleicher Confiscationsstrafe" zu enthalten habe.

*

Wie oben aus dem Berichte des Iglauer Gewerbe-Kreisinspektors zu ersehen war, hatte Salomon Herschl seinen Handelsbetrieb, den er unter der Firma „Salomon Herschl und Companie" führte, bedeutend erweitert, indem er in seinem Laden außer Spezerei- und Farbwaren auch Schnittwaren, Eisen, Leder, Tuche, Samt, Seidenbänder, Spitzen, Knöpfe, Borten und gedörrte Stockfische verkaufte, ohne daß jemand dagegen Verwahrung eingelegt hatte. Als jedoch im Jahre 1768 die Absicht des Tabakverlegers Abraham Jakob, auch den Spezereiwarenhandel zu beginnen, in der Stadt bekannt wurde, protestierten nicht nur die christlichen Spezereiwarenhändler, gegen die ihnen drohende neue Konkurrenz, sondern auch die übrigen Teltscher Kauf- und Handelsleute

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

legten beim Magistrate Verwahrung ein gegen den erweiterten Handel des Salomon Herschl, der nur den Spezerei- und Farbwarenhandel zu treiben berechtigt wäre, und verlangten, daß ihm der Handel mit allen anderen Waren verboten werden möchte.

Im März dieses Jahres wurde ihm daher ein Dekret des städtischen Magistrats zugestellt, mittelst welchem ihm außer dem Spezerei- und Farbwarenhandel der Verkauf aller anderen Waren verboten wurde.

Gegen dieses Verbot protestierte Herschl in einer Eingabe an das Brünner Landesgubernium, worin er unter anderem ausführte: Man müsse einen Unterschied machen zwischen christlichen und jüdischen Handelsleuten. Die jüdischen können sich nicht auf den Handel mit einer einzigen Warengattung spezialisieren, wie es die christlichen tun, die den Handel mit einer einzigen Warengattung gründlich erlernt haben und dazu noch verschiedene Immobilien, wie Häuser, Äcker, Obst- und Weingärten besitzen, so daß sie, wenn der Handel aus irgend einem Grunde ins Stocken geraten sei und ihnen wenig oder keinen Gewinn abwirft, doch hinreichende Einkünfte von Ihrem Besitz an Immobilien haben. Der Jude hingegen sei nur auf den Handel angewiesen, von welchem er fast unerschwingliche Steuern und Abgaben entrichten müsse. Würde man seinen Handel auf eine einzige Warengattung beschränken, so würde er, der den Handel nicht so gründlich wie der christliche Handelsmann erlernt habe, und daher der Gefahr des Mißlingens seines Unternehmens mehr als jener ausgesetzt sei, wenn der Handel mit der einzigen Warengattung ins Stocken geraten sollte, ganz ohne Gewinn und Einnahmen dastehen. Wie sollte er dann seinen Unterhalt bestreiten und die Kontribution zu entrichten in der Lage sein? Der Jude muß in seinem Handel mehr als der Christ dem Orte und den Umständen sich anpassen und daher mit einigen Warengattungen Handel treiben, damit er, wenn er bei der einen Ware einen Verlust erleide, sich durch den Gewinn bei einer anderen entschädigen könne. Er (der Beschwerdeführer) sei daher durch die erfolgte Beschränkung seines Handels auf die Spezerei- und Farbwaren in seiner wirtschaftlichen Existenz bedroht und es drohe ihm die Gefahr, „bald aus dem contributionsfähigen Stand" zu geraten. Er bitte daher, das Landesgubernium möge die Aufhebung der von der Stadt für ihn erlassenen Handelsbeschränkung veranlassen.

Diese Beschwerdeschrift wurde im Auftrage des Landesguberniums am 26. März 1768 von dem Consessus Commercialis dem Iglauer Kreisamte mit dem Auftrage übermittelt, den Sachverhalt mit Zuziehung des Iglauer Kommerzial-Kreisinspektors gründlich zu untersuchen und über den Befund einen gutächtlichen Bericht zu erstatten. Den Teltscher Stadtrat jedoch, der sich „in einer in das Commerciale allein einschlagenden Sache gemischt habe" wegen dieser „unerlaubten Anmaßung"

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zurecht zu weisen und zu belehren, daß „ein Magistrat oder Stadtrat in denen Commercial-Anliegenden nicht einen Schritt willkürlich wagen oder hierin falls eine Entscheidung schöpfen soll".

Schon am 27. April erstattete der Iglauer Kreishauptmann folgenden Bericht über das Ergebnis der vorgenommenen Untersuchung: Der Stadtrat erklärte, daß das Handelsverbot auf Veranlassung des Teltscher „Commercial-Localbeamten" erlassen worden sei, und zwar aus folgenden Gründen: Die Teltscher Eisen- und Geschmeidehändler haben beim letzteren eine Beschwerde gegen Herschl vorgebracht, daß er zu ihrem großen Nachteile auch verschiedene Eisen und „in den Geschmeidehandel einschlagende Waren sowie auch Leder zum Schaden der bürgerlichen Lederer verkaufe. Auch die Teltscher Knopfmacher führten bei ihm Beschwerde darüber, daß Herschl nicht nur „gedrehte Seide und Kammelhaar verschiedener Farbe, sondern auch allerhand Sorten dergleichen Knöpfe führe" und sie derart schädige, daß sie nicht einmal ihr tägliches Brot verdienen und die Stadt zu verlassen sich bemüßigt sehen. Ja, Herschl habe sich sogar unterfangen, mit getrockneten Stockfischen, womit sich die bürgerlichen „Häcklerweiber" zu ernähren pflegen, zu handeln indem er dieselben wässere und Stückweise verkaufe.

All das habe den Kommerzial-Lokalbeamten bewogen, das Handelsverbot zu erlassen.

Herschl erklärte jedoch, daß er nur solches Eisen verkaufe, das von den Teltscher Eisenhändlern nicht geführt werde. Die Teltscher Nagelschmiede, die das für ihr Gewerbe erforderliche Eisen bei den Teltscher Eisenhändlern nicht bekommen konnten, waren gezwungen, dasselbe von auswärts zu beziehen, was für sie oft mit Nachteilen verbunden war, da sie dringende Aufträge in Ermangelung des erforderlichen Eisens nicht ausführen konnten. Sie seien daher an ihn mit dem Ersuchen herangetreten, ihnen das Eisen zu liefern, was er seit zwei Jahren auch tue, indem er ihnen dasselbe zu billigen Preisen und zuweilen auf Kredit liefere. Ein vorgelegtes „Attest" der beiden Teltscher Nagelschmiede bestätigen diese Angaben. Was den Lederhandel betreffe, so sei es wohl richtig, daß er Pfundleder aus Wien und Krems einführe, doch verkaufe er dasselbe nicht en detail, sondern nur ganze Häute an auswärtige Schuhmacher. Auch betreffs des Verkaufes von Knöpfen könne von einer Beeinträchtigung der christlichen Knopfmacher keine Rede sein, da er bereits über 15 Jahre mit „solchen kurzen Waren" gehandelt hat und niemals deswegen von den Knopfmachern eine Beschwerde gegen ihn erhoben wurde. Der seit kurzer Zeit in Teltsch wohnende Knopfmacher habe „aus purem Neid" Beschwerde geführt und den Kommerzial-Localbeamten gegen ihn aufgehetzt. Dagegen habe letzterer dem Teltscher bürgerlichen Nadler ohne Bedenken erlaubt, einen Laden mit

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Kurzwaren zu eröffnen, wodurch ihm (dem Herschl) eine empfindliche Konkurrenz entstanden sei. Was schließlich den Verkauf von Stockfischen betreffe, so sei er der Meinung, daß dieser dem Spezereihändler zustehe.

Der der Untersuchung beiwohnende Iglauer Kommerzial-Kreisinspektor äußerte seine Meinung dahin, daß dem Juden zwar die Lieferung des Eisens an die Nagelschmiede auch weiterhin erlaubt sein müsse, da dasselbe nicht „zum Handel, sondern nur auf gegebene Commission herbeigeschaffet wurde". Hingegen müsse ihm der Verkauf von Pfundleder, gedrehter Seide, Kamelhaaren und Knöpfen verboten werden, „da die Juden gemeiniglich mit wenigen den Anfang machen, successive aber, da ihnen hierin conniviret wird, sie allzeit weiter greifen und endlich gar eine Gewohnheit daraus machen". Er sei der Meinung, so schließt der Kreishauptmann seinen Bericht, daß, wenn den Teltscher Juden der Handel mit Kurzwaren, der den Juden in allen anderen Orten ohne Bedenken erlaubt wird, verboten werden sollte, sie nicht in der Lage sein werden, ihren Lebennsunterhalt zu finden und die Steuern und Abgaben, die ihnen ohnehin schon unerschwinglich seien, zu entrichten. Ja, es sei zu befürchten, daß, wenn den Juden, die jetzt mit ihrem Handel „fast alle zu Boden liegen" keine ergiebige Hilfe zuteil werden würde, ganze jüdische Gemeinden zu Grunde gehen und infolge dessen die Landesfürstliche Kontribution rapid, ohne jede Hoffnung auf eine baldige Erholung, sinken werde, weil auch die wenigen Juden, die noch etwas in Vermögen haben, und den ärmeren jüdischen Händlern kleinere Beträge zur Bestreitung ihres Handels leihen, zu Schaden kämen, wodurch sie in ihrem Kredite geschmälert und in den Bankrott getrieben werden würden.[27]

Dieser Bericht wurde von dem Landesgubernium am 4. Mai dem Subdelegierten des Consessus Commercialis mit dem Auftrage übermittelt, durch den Iglauer Kommerzial-Kreisinspektor eine neue Untersuchung dieses Streitfalles zu veranlassen, da, wie aus dem Bericht zu ersehen sei, weder die Teltscher bürgerlichen Eisenhändler einvernommen und befragt wurden, ob die Nagelschmiede tatsächlich bei ihnen das für ihr Handwerk erforderliche Eisen nicht bekommen konnten, noch auch die Frage, mit welchem Rechte dem Teltscher Nadler der Kurzwarenhandel gestattet wurde, untersucht und geklärt wurde.

Über das Ergebnis der neuen, von dem Teltscher „Localbeamten" im Auftrage des Iglauer Kommerzial-Kreisinspektors in Teltsch vorgenommenen Untersuchung, erstattete der letztere am 12. Dezember dem Consessus Commercialis einen ausführlichen, für Herschl ungünstigen Bericht, in dem ausgeführt wird: Die Behauptung des Juden Herschl, daß die Nagelschmiede bei den Teltscher Eisenhändlern das erforderliche

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Eisen nicht bekommen konnten, beruhe nicht auf Wahrheit. Die Nagelschmiede haben ihren Bedarf an Eisen seit zwei Jahren nur aus dem Grunde sich von Herschl liefern lassen, weil die christlichen Eisenhändler, welche ihnen bis dahin das Eisen geliefert, die ihnen geschuldeten Beträge „mit vielen Verdruß von diesen Meistern habe eintreiben müssen". Das von Herschl vorgelegte Attest der Nagelschmiede habe er von diesen durch List erschlichen, da sie, die nur wenig deutsch verstehen, das ihnen vorgelegte deutsch geschriebene Schriftstück ohne dessen Inhalt zu kennen unterschrieben haben. Dem Nadelmeister wurde der Verkauf von Kurzwaren in einem offenen Laden auf Grund der Verordnung der königl. Repräsentanz vom 9. Jänner 1758 gestattet wonach die Nadelmeister mit Rücksicht darauf, daß ihr Handwerk ihnen einen nur sehr geringen, für ihren Lebensunterhalt nicht hinreichenden Nutzen abwirft, auch Kurzwaren verkaufen dürfen.

Herschl habe übrigens überhaupt kein Recht, sich über die Konkurrenz des Nadelmeisters zu beschweren, da ihm mittelst Gubernialdekretes nur der Handel mit Spezerei- und Farbwaren erlaubt worden war. Durch seinen „imposanten Handel" habe er den Spezereihändler Karl Müller bereits zugrunde gerichtet, welches Schicksal auch die christlichen Lederer und Knopfmacher erleiden werden. Einer der letzteren habe bereits wegen der jüdischen Konkurrenz Teltsch verlassen und nach Neuhaus übersiedeln müssen, und die beiden Lederer haben zum wiederholten Male Klagen über Herschl eingebracht, daß er Leder für die Schuster der Stadt und deren Umgebung auch en detail ausschneide. Sie seien daher nicht mehr in der Lage, Gesellen und Lehrlinge zu halten, und werden bald gezwungen sein, ihr Gewerbe auch aus dem Grunde aufzugeben, weil die hausierenden Juden alle Rohhäute aufkaufen, welche sie (die Lederer) von denselben zu höheren Preisen kaufen und ihnen den Nutzen überlassen müssen. Er sei daher der Meinung, daß dem Juden Herschl der Handel mit Leder, Eisen, Geschmeide, Kurz- und Knopfwaren sowie auch mit Stockfischen „auf das schärfste" verboten werden müsse.

Der Consessus Commercialis übermittelte diesen Bericht dem Landesgubernium mit der Bemerkung, daß er sich dem Antrage des Iglauer Kommerzial-Kreisinspektors anschließe und der Ansicht sei, daß dem Juden Herschl der Verkauf der obengenannten Waren „sub confiscatione der betretenen Waren" zu untersagen und ihn auf den von seinen Vorfahren betriebenen und von ihm bis nun fortgeführten Schnitt, Spezerei-, Farb- und Materialwarenhandel, von dem er ein hinlängliches Auskommen habe, zu verweisen.[28]

Am 22. Jänner 1771 übermittelte das Landesgubernium dem Consessus Commercialis zur Weiterbeförderung an das Iglauer Kreisamt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ein Dekret, wonach dem Salomon Herschl fortan nur der Handel mit Spezerei-, Farb- und anderen Materialwaren zu verkaufen erlaubt sei. Hingegen sei ihm der Handel mit allen anderen Waren, also auch mit Schnittwaren, auf welche laut Antrag des Consessus Commercialis das Verbot sich nicht erstrecken sollte, verboten. Dessen Vorräte an Leder, Eisen etc. müssen ihm jedoch die Teltscher bürgerlichen Handelsleute gegen bare Bezahlung abnehmen.

Wie wir oben gesehen haben, wurde der Iglauer Kreistabakverleger Wolf Baruch Teltscher mit seinem Rekurse gegen das von Teltscher Stadtrat erlassene Verbot des Spezereiwarenhandels, den dessen Schwiegersohn Abraham Jakob eröffnen wollte, vom Landesgubernium abgewiesen.[29] Nach seinem Tode versuchte dessen Sohn Michael Baruch Teltscher, der mit Leder, Wolle, Juchten, Safian und Garn handelte, die behördliche Bewilligung zur Eröffnung eines Ladens mit Spezerei- und Schnittwaren in seinem Hause zu erlangen. Seine diesbezügliche, gegen Ende des Jahres 1775 dem Landesgubernium überreichte Bittschrift wurde auf dem Instanzenwege dem Teltscher Stadtrat zur Erstattung einer „umständlichen Aüßerung" übermittelt. Dieser sprach sich entschieden für die Abweisung des Ansuchens aus, da die Stadtbevölkerung durch die Eröffnung eines neuen jüdischen Spezereiwarenhandels keinen Nutzen haben würde, weil die Juden zwar billiger, aber schlechtere und verdorbene Waren verkaufen, hingegen würden die christlichen Händler sicherlich durch die neue jüdische Konkurrenz „bis zum Boden darniedergedrückt werden". Der Iglauer Kreishauptmann beantragte daher in seinem Gutachten vom 11. Mai 1776, daß Michael Teltscher, „mit seinen übertriebenen Bitten glatterdings ab- und auf seinen ehehin sehr beträchlichen und in vielerley Hauptsorten bestehenden Handel gerechtest angewiesen werden".

Doch die Entscheidung des Landesguberniums vom 25. Mai lautete: „Dem Iglauer K. K. Hauptmann hierauf in Antwort anzufügen: Nachdem Ihre K. K. Maytt. erst jüngsthin denen Juden die freye Handelsausübung jede (?) keine Einschränkung allergnädigst angeordnet, weilen diese sonst sich nicht zu ernähren vermöchten, so hätte der Herr Hauptmann dem suppliciренden Juden Michael Teltscher die Errichtung des ansuchenden Cram Ladens auf Spezerei- und Schnittwaren nächst seinem eigenen Haus ohne weiterem zu gestatten". Von dieser Entscheidung unangenehm überrascht nahm der Stadtrat seine Zuflucht zur Teltscher grundherrlichen Obrigkeit, die er in einer Eingabe (präs. am 16. August) bat, bei dem Landesgubernium den Widerruf des Dekretes vom 25. Mai zu erwirken. Merkwürdigerweise gab diesmal die Obrigkeit, welche sonst, wie überall, ihre Schutzjuden gegen die Übergriffe

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

der Stadtbehörde in Schutz zu nehmen pflegte, dem Ansuchen des Stadtrates statt. Im Auftrage der Gräfin Marie Johanna Lichtenstein überreichte der Herrschafts-Oberdirektor eine Bittschrift an das Landesgubernium, worin er ausführte: Dem alten Herkommen gemäß müsse jeder Jude bei seiner Aufnahme in Teltsch angeben, durch welche Berufstätigkeit er seinen Lebensunterhalt zu erwerben gedenke. Wolf Teltscher hätte den Handel mit Leder, Wolle, Juchten, Safian und Garn angegeben, den er bis zu seinem Lebensende gemeinschaftlich mit seinem Sohne betrieben und bis zum heutigen Tage von Michael Teltscher betätigt werde. Dieser habe den Spezerei- und Schnittwarenhandel nicht erlernt und da jeder Christ nur einen erlernten Handel betreiben dürfe, so müsse diese Gesetzesbestimmung sich „gleichermaßen auf die Juden extendiren". In Teltsch befassen sich bereits zwei Christen und ein Jude mit dem Spezereiwarenhandel, die sich davon nur kümmerlich ernähren und daher durch die Konkurrenz eines vierten Händlers „verderben müßten". Dem Michael Teltscher möge daher die erteilte Erlaubnis zum Spezerei- und Schnittwarenhandel widerrufen werden.

Das Landesgubernium gab diesem Ansuchen statt und widerrief mittels Erlaß de dato 9. September 1776 die dem Michael Teltscher erteilte Bewilligung.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ANMERKUNGEN

[1] Vgl. Th. Haase, Statistische Betrachtungen über die jüdische Bevölkerung Mährens ... in dem Sammelwerk: Die Juden und jüdischen Gemeinden in Mähren ..., S. 593.

[2] Flesch, Die Einwanderung der Juden in Mähren im Sammelwerk die Juden und Judengemeinden in Mähren ..., Brünn 1929, S. 4.

[3] Vgl. Rachmuth, Die Juden in Neuhaus, Teil 1, im Hist. Jahrb. III, 1931, S. 186.

[4] Vgl. Beringer-Janoušek, Města a panství Teltsch, S. 62f.

[5] Slawatisch-Teltscher Herrschafts-Urbarium vom Jahre 1654, S. 1, im Neuhauser černin'schen Archiv: Šimerle Žid dává J. M. Pánu 5 gr. Auroku.

[6] Quittungen im Neuhauser czernin'schen Archiv, sign. V AJ. Im Teltscher städtischen Museum sign. I 195 ist ein von dem Juden Salamon und dessen Frau Káča im Jahre 1615 ausgefertigter Schuldbrief aufbewahrt.

[7] Akt im Mährischen Landesarchiv sign. J 207.

[8] Im Texte heißt es: „že jsou jednou těch Zhoubův zbaveni." Was unter dem Worte „Zhoubův" zu verstehen ist, ist mir unbekannt. Vielleicht soll es zhoubcův = der Schädlinge heißen.

[9] Vgl. Beilage I.

[10] Auszug aus den Teltscher städtischen Büchern im Mährischen Landesarchiv, sign. J 207.

[11] Vgl. oben S. 200.

[12] Vlg. unten, S. 206ff.

[13] Die Juden zu Teltsch geben wegen erhaltener obrigkeitlicher Gnad, daß Sie jezo nicht mehr wie vorhero die hiesige genädig herrschafts Leinwanth annehmen noch versilbern dörfen für den Termin St. Galli gegenwärtig Jahres 25 fr. („Contributions Monats Zettel der Herrschaft Teltsch", für Oktober 1686, im Neuhauser czernin'schen Archiv, sign. VI R.

[14] Ibidem.

[14a] Beringer-Janoušek l. c., S. 81.

[15] W. Sombart, Die Juden und das Wirtschaftsleben, München und Leipzig 1922, S. 153.

[16] Im Jahrbuch für die Geschichte der Juden und des Judentums, Leipzig 1861.

[17] Auf einem von der Obrigkeit angefertigten und unterfertigten Inventar der Vermögensobjekte der Brüder Hesky (Vgl. Beilage III), also auf einer ämtlichen Urkunde unterschrieben sie sich: „Josef und Moyses beede Hesky, Juden und Burger in Teltsch."

[18] Quittung pro ein Tausend Gulden reinisch, die ich von dem Teltscher Juden Moyses Hesky baar alhier empfangen und denselben hinwiederumb aus meinen Renten zu Teltsch erstattet werden sollen.

So geschehen Prag den 18. February 1669. Ferdinand W. Gr. Slawata.

[19] Dafern aber obermelte eingeschuldigte Fallanten etwan gar zu kleine Termin der nach Zahlung begehreten, durch welche weder die Creditores ihre völlige Summen, weder die Juden die Auszahlung erleben khönnten, auf welches sie ihrer angebohrner List und Gewohnheit des Betrügens zielen dörften: So verordne hiemit — diesen Fundt gleich zu vernichten —, daß nit allein die Principal Schuldner, sondern auch ihre Khinder und Nachkhömblinge zu Bezahlung dießer Schulden verbunden seyn sollten. Ja damit alle erdenkliche Gefahr einigens Verlusts davon abgeleinet werde, so sollen — da wider verhoffen die Schuldner Nachkhomen untergehen sollten — die übrigen der Schuldner bluths Verwandte- und quocumque modo befreundte dafür, und dieses zu einen Exempel und khünftigen Abscheu denen obbenanten Creditoren und ihren Erben, oder wehme Sy ihre Schulden cediren und entzwischen abtreten möchten, gerecht stehen, die Terminen vor die andern, und dieses sich alsobald vor meinem Teltscherischen Magistrat Mündlich und schriftlich verbinden und verpflichten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[20] Vgl. Beilage II.

[21] Židé na to odpověděli: 1. že interesse, co p. manželka jeho p. Adama Tučikovského na vdovské stolici seděla, každoročné po 8 fr. z 100 fr. dával. 2. Vlnu od ní že v tuplovaných penězích brával. 3. Krámské věci a zboží že jí laciněji než-li je sám měl pro příčinu tu samou, aby toliko jemu summa pěněžitá sečkává a zanechána byla, pouštěti musil, a tím způsobem do dluhů přišel.

[22] Moyžíš Žid odpověděl, že na suknech a cajku větší škodu nežli tento dluh vynáší vzali, a dokládá, že jest posledně bylo cajky 48 kusů, který bral od p. Procopa Runde po 18 fr. a zase jej po fr. 10 a některý po 5 fr. prodával ... přednášejíce příčinu, že majíce mezi sebou od několika let handl, on Žid každoročně od p. Procopa Runde vzal za 5 a 6 set Rejnských sukna a tedy do fallementu přisel.

[23] Vgl. Rachmuth, Zur Wirtschaftsgeschichte der Prager Juden im Hist. Jahrb. V, S. 11.

[24] Dieser Text ist die gleichzeitig verfertigte Transskription des in jüdisch-deutscher Sprache verfaßten, und in hebräischer Kurrentschrift geschriebenen Originaltextes des Offenbarungseides mit der Überschrift: Forme juramenti wie es die Teltscher Juden in Gegenwart dazu verordneter Commissarien in ihrer Schuel abgelegt. Der in Klammer gesetzte Abschnitt fehlt im Originaltexte. Vgl. Beilage IV.

[25] Vgl. S. 204.

[26] Es handelt sich hier um die von Maria Theresia am 20. Feber 1753 erlassene Handwerksordnung, deren Bestimmungen jedoch nur das jüdische Handwerk, nicht aber den jüdischen Handel betreffen. Vgl. B. Heilig, die Vorläufer der mährischen Konfektionsindustrie, im Hist. Jahrb. III, S. 373f. Vgl. auch unten S. 221.

[27] Wann allenfalls der so kleine Handel mit denen kurzen Waaren, welcher doch in andern Ortschaften, wo jüdische Familien existiren, ohnbedenklich gestattet wird, ihnen Teltscher Juden eingestellt bleiben sollte, dieselbe ohnmöglich leben, viel weniger die onera publica, mit welchen es ohnedieß schwer hergehet, praestiren können, und in soferne die Judenschaften in ihren sonst geführten Handel und Wandel, mit welchem sie dermalen fast alle zu Boden liegen, keine ergiebige Aushilf überkommeten, so stehet zu beförchten, daß ganze Gemeinden verderben, infolglichen auch das allerhöchste landesfürstliche Contributionale auf einmal sinken und keine Erholung mehr zu hoffen sein würde, wovon die Beweise zahlreich zu erproben wären, maßen diejenigen, so noch etwas in Vermögen haben durch ihre Schuldnere fast wöchentlich zu 2, 3, 4 auch 6 und mehr hundert Gulden verliehen, welches endlichen auch ihren Credit schmälert und selbst den Weg, bancrot zu werden bahnet.

[28] Von Seiten dieses Kaiser-königlichen Consessus commercialis siehet man sich nun bey so beschaffenen Umständen bemüssiget, den Antrag des Iglauer Commercion Creis Inspectoris um so mehr als es uns um die Erhaltung deren Teltscher Nadler, Knöpfmacher, Lederer und Handelsleuten zu thun ist, sondern auch das Incorporations-Patent selbsten ausmesse, daß die jüdischen Gewerbsleute denen christlichen in der Nahrung keinen Eintrag machen sollen, beyzufallen, und dahero bey Einem hochlöblich-Kais. königlichen Landes Gouverno dahin pflichtschuldigst einzutreten, womit Höchselbtes gnädig geruhen möchte, dem Juden Salomon Herschl den Leder-, Eisen- Geschmeid-, kurzen- und fertigen Knopf-Waaren-Handel, dann das Stockfischwässern, mittels des Iglauer königl. Creis-Amts auf das schärfste sub confiscatione der betreffenden Waaren zu untersagen und ihn auf den von seinen Vorfahren betrieben wordenen, von ihme aber bis nun zu beträchtlich fortgeführten Schnitt-Specerey-Farb- und anderer Material-Waaren-Handel, weilen er hiervon hinlänglich und sehr ausgiebige Nahrung hat, auf alle Zeit verweisen, der daselbst christlichen Handels- und Gewerbs Stand hingegen für dieses Judens sträflichen Eingriffen und Bedrückungen für das künftige gerechtest geschützet werden möchten.

[29] Vgl. oben S. 229.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

BEILAGE I (Zu Seite 201)

Wilhelm Graf Slawata verordnet im Jahre 1650 für die Stadt Teltsch einen Numerus clausus von drei jüdischen Familien.

Vylem Hrabě Slawata Vladař domu Hradeckého urozený pane Vrchní Hejtmane věrný milý.

Posílám Vám stížnou Supplicati P. Purkmistra, Rady celé Obce Telče v příčině Židův, předkládaji že v též jich žádosti mnoho podstatné příčiny jakž dále z té jejich supplicati vyrozumíte. Ačkoliv já jsem se na jistý způsob resolviroval kolikby jich a v kolika domých při témž městě Telči trpíno býti u zůstávati mělo — ale když tíž Židé dále ustavičně při mně supplikovali a od rozličných osob duchovních i světských přímluvy ke mně sobě způsobili, čekal jsem další mou resolutí až bych jistotu dostal, jakový Artikul a na jaký způsob z strany Židův při posledním sněmě v Brně držaném snesen a navržen bude. A nacházím těmito nový týž artikul navržen jest, totiž J. M. C. a královská tímto sněmovním snesením všem obyvatelům to na konec zbraňovati a zastavovati ráčí, aby Židé na žádných jiných panstvích neb městech, krom kde před prvním dnem měsíce January 1618 bydleli bez obzvláštního nejmilostivějšího císařského povolení, a to pro obhájení královských Regálí trpíni nemají v pronájmy mýta a jinších nemohovotých věcí pod přísnou a neproměnitelnou pokutou připuštěni nebyly. A poněvadž vedle zprávy úřadu telečského leta 1618 v městě Telči toliko 3 Židé, totiž Šimele Žid starý sám třetí, byli a se vynacházeli, Já vedle takového J. M. C. krále a pána mého nejmilostivějšího a vedle takového sněmovního artikule chci se poslušně zachovati a jak v městě mém Telči tak na všech témž panství mým i na časy budoucí mimo tři Židy mužského i ženského pohlaví trpěti nechci a nebudu.

Skrze což také tak horlivé žádosti Telečských zadost sestane a Vy tuto mou dokonalou Resoluti vůli a nařízení Hejtmanu Teleckému odešlete zanechajíce při sobě copii a ji při jiných pamětech v kanceláři zámecké na Hradci schovati dejte a témuž Hejtmann Telečskému napište, aby povolajíc před sebe na zámek všechny Židy obojího pohlavý starý i mladý při přítomnosti úřadu telečského resoluti mou v tomte psaní obsaženou v známosti uvedl, aby vedle ni se zachovati hleděli. Kterýmž tuto milost činím a k vystěhování jich a jinám obrácení termíny půl leta až do prvného dne měsíce July nejprv příštího jim dávám. Po vyjíti téhož terminu, aby žádný Žid obojího pohlavý v městě a na témž panství mém Telečském se nacházel pod přísným ode mne proti ním trestáním.

Vedle čehož budou se věděti, jak spraviti a zachovati. S tím Milost Boží s námi.

Datum v městě Vídni dne 7. Decemb. 1650.

Z tau příčinu po vystěhování Židův ven z města Telče obec téhož města aby zjevně dokázali za tak veliké dobrodiní svou povinnou vděčnost, že jsou jednou těch zhoubzův (zhoubcův?) zbaveni, uvolili se do duchodův telečských při každém úroku začna od S. Havla 1651 na budoucí a věčné časy po 15 kop. mor. odvozovati a to sluje Židoplat 15 kop.

—

BEILAGE II (Zu Seite 210)

Informace pro úřad miesta Telče jak při Commissi Židovské pokračovati mají.

Předně má se jím ostře horlivě předložiti jejich opovážlivá lehkomyslná ošemetnost, že věda již o svém Fallamentu a že dáleji obstáti moci nebudou, netoliko Hejtmana samého v jeho vlastní jmění podvézti, nýbrž aby pro snadnější

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

oslepení jinších poctivých lidi, od něho přímluvy a interventi a ustavičným nabíhaním k tomu přinutiti se pokusili, což samé, aby nic jinšího nebylo, postačuje, že Židy netoliko na těle, ale i na samom hrdle trestati.

Za druhé, mají se pilně examinirovati komu věřitelův jaký zisk dali, od koho hotové peníze, od koho zboží vzali, tak aby se podle tohto všeho s rozdílem náležitym v Commissi a v dělání terminův pracovati a pokračovati mohlo.

Za třetí, mezi vsemi věřiteli má se jmíti přední ohled dle obzvláštního nejposledňejšího dekretu J. V. H. Ex. na p. Jana Svobodu, sousedu a radního města Hradce, a na p. Pavla Lansekera, písařího handlovního urozené paní Doroty Reichlové vdovy, a to z příčiny, že při jejich dluhů interventi a dovolení Hejtmana versíruje, které u Markrabství Moravském podle zřízení zemského při všech dluzích, jenž se mezi poddanými činí donuceně potřebné jest, a za druhé také z toho ohledu, že pan Svoboda pro ně Židy v Linci arrest podstoupiti a za ně platiti musil. Druhý pak pan Pavel maje dobrý Pfand v ruce takový z ruky na přimluvu hejtmana pustil a nyní své paní nápodobně (?) za toho býti musí.

Za čtvrté: Mají se jak pp. Creditores tak i Židé ostatní Telčští, jenž s těmi dlužníky interessirování aneb jim hrubě blízce spříznění nejsou, každá stránka zvlášť examinírovati, zdali jim povědomo není, mají-li ti dlužnící a fallanti kde jaké zboží neb skrité prostředky na straně v jinších městech a u jinších svých přátel, kteréby na újmu creditorův chtěli zatajiti a po straně s nim handlovati, neb kdyby se to vynalezlo a prokazovalo, mohlo by se na židy tauženi nastoupiti.

Za páté: Terminy k placení mají se tak prostředkovati, aby věřitelové ještě za tohoto světa, a sice podle decretu J. V. Hr. Exell. P. Svoboda a P. Pavel Lanseker co nejdřív možné, ostatní pak tak, jak kdo velkou škodu v svém dluhu nese, a jak toho kdo hrubě potřeben jest k zaplacení přišli, a podle tohoto ohledu a spitování terminy pro jednoho každého se zdělali, tak aby při tom ten rozdíl mezi tím, kdo jich ve své půjčce dobře užil a mezi tím, kdo jich ničímž neužil, pilně observirován, a tento poslední přednímu v terminech předcházel, to jest vetších terminů užil.

Za šesté: Kdyby Židé zadlužili dokonce nějaké potupné terminy offerirovali, tehdy mají k tomu s pohružkami i na oko s skutečným šatlavním arrestem bejti disponirováni a všechny možné způsoby s nimi probirováni býti, ano posledně jest vlastní milostivá vůle J. V. Hr. Excell., aby se i jejich příbytky visitirovaly a všechno jmění, kde by se koliv zde v městě neb u koho vynašlo, inventirovalo, ale to teprve kdyby nic jineho nepomáhalo k nějakému mírnějšímu porovnání.

Za sedmé: Co se dotejče času terminův k placení, ty mají svůj začátek vziti od příštího jarmarku S. Pavla a potom při veliké noci, S. Bartolomaji, S. Jakubu, S. Simonisi a Judovi, své rozdělení jmíti, tak aby každému věřiteli při jiném terminu něco dáti přišlo a oni Židé tudy snáželi svému slibu zadosti učiniti mohli, nebo co nyní svolí to tak neporušitelně zdržeti musí, a mají pro prvnější toho ubezpečení všichni Židé Telčští v tom za ně cavirovati a pravi bejti, kdyby oni včem dále fallirovali, a to beze všeho zastání.

Za osmé: Kdyby Židé dlužníci nechtěli se po žádném způsobu než k nějakým malým terminům podrobiti, kterých by snad ani oni, ani věřitelové životně nevyčkali, tehdy mají bejt jejich děti a krevní přátelé nejbližší k tomu tak zavázání jako oni sami, a dokud jeden z toho plemene lehkomyslného živ bude, za všecky druhy platití a všem při této kommissi liquidirovaným věřitelům z toho právi býti i jejich dědicům.

Za deváté: Kdyby se při Commissi nějací věřitelové našli, kteří těm Židům co uvěřili neb půjčili bez vědomí vrchnosti i hejtmana a při milostivé vrchnosti se posavad neliquidírovali, ti mají bejti nejposléze po všech jiných do considerati vzali bejti.

Za desáté: Represalia proti Židům se z obzvláštní milostivé vůle J. V. Hr. Ex. všecky zapovídají, a nemají bejti připuštěny. Kdyby pak v tom sám od sebe vejtržnosti učinil, nemá vzíti dalšího zastání neb pomoci, nýbrž má jeden každý věřitel bez rozdílu na uznání commissi přestati, proti kteréž bude-li i míti podstatnu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

příčinu může vždycky appelirovati k vrchnosti.

Posledně: Mají kommissaři na to se nejvíce vynasnažiti, aby vše bylo pokojně rozšafně, přátelsky a spravedlivě bez zášti, bez naduživosti a beze všeho interesse při té kommissi jednáno, tak aby jedna i druhá stránka mohla bejti zachována, však vždycky větší ohledu na křesťany než na Židy, kteří od přírození lháři a podvodníci jsou, jmíti a ve všem co nejvíc možné při contextu decretu generálního J. V. Hr. Excell. se držeti. A když se to tak jakýmkoliv způsobem porovná, tehdy toho všeho ponížená relati J. V. Hr. Ex. od úřadu se učiniti má.

Přitom má se též p. rychtaři ložnímu přísně zaporučiti, aby pokudž kdo Židům z sousedův teleckých dlužen jest, takového k placení se vší ostrostí přidržeti a ty dluhy, kde by potřeby bylo právně dobejvati se příčinil, neb to nápodobně vlastní milostivá vůle J. V. Hr. Excell. jest a skutečně i v tom naplnění býti má.

—

BEILAGE III (Zu Seite 213)

Specification Auff Beffelich Ihro Hoch Gräff. Ex. Unserer Gnäd obrigkeit, durch den Herrn alhieschen Haubtmann Und geschwornen Juden Richter:

		fl.	x
120	Ellen Borschet (= Barchent), ein Ellen P. 18 thut	49	30
135	Ellen Khiemet (?) und Balameth (?) die Elle P. 20	45	—
7	Stuck Mesulan (= Muselin), ein Stück zu 36 Ellen, Ellen P. 10 x.	35	—
3	Ellen schwartzen Damaschket, die Ellen P. 2 Fr. 30 x.	7	30
15	Ellen Seydene Kapetzhel (?), die Elle P. 1 Fr. 15 x.	18	45
2	Ellen ½ Schwartzen gewaserten Dafet die Elle P. 2 Fr.	5	—
20	Ellen Nevenherrn (?) Zeig die Elle P. 30 x.	10	—
5	Ellen Braten (= breiten) Kameloth (?), die Elle P. 1 Fr. 15 x.	6	15
40	Loth allerley geferbte Seyde dß Loth P. 24 x.	16	—
48	Schwartze Seyden, dß Loth P. 18 x.	14	24
3	Flet seyden dß P. 3 Fr.	9	—
3	Pfund Flet seyden dß Pfund P. 3 Fr.	9	—
1	Pfund Dirkischen Korn	3	—
4	Stück Schlesische Leimet (Leinwand?) P.	10	—
7	Baar (= Paar) Hamburger Strümpf, dß Baar P. 1 Fr. 30	10	30
1	Baar rote Weis Ber (?) Baumwullenstrumpf P.	1	30
3	Baar Sommer Weiberstrümpf	2	—
500	Tutzet Seydene Knopf dß Tutzet P. 4 x.	33	20
3	Stück Beytel Tuch für die Müller P.	10	—
	Halbseydene und Seydene Kellesch (?) Bandt und Harras Bemetel (Bändl?), Judenschnier brate und schmale, und Seydene Spitzen P.	30	—
27	Baar halbe Sommer Strümpf dß Baar P. 30 x.	21	—
100	Stück weiße Zwirn P.	5	—
1	Stück Flor P.	7	—
	Unterschiedliche Brate, Mittlere, Schmale Seyden Bant	60	—
25	Pfund Pfeffer dß Pfund P. 30 x.	17	30
10	Pfund Imber (Ingber) P.	3	—
10	Pfund Kleine Weinberle	4	—
17	Pfund Reiß	2	—
2	Pfund Indich (Indigo?)	4	—
10	Pfund Lorber	2	—
10	Pfund Schwevel	1	30
2	Pfund Nagele	3	—
1	Pfund Bliet (Blüten)	6	—
8	Pfund Loth Lant Saffrian	7	—

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

		fl.	x.
50	Pfund Allaun	7	30
50	Pfund Kalles (?)	20	—
50	Pfund Roth	9	—
20	Pfund Weinstein	2	—
2	Rieß Schreibpapier	4	—
2	Pfund Kaffee	3	—
	Mire (?), Opant (?), Kalken	3	—
	Zuckerkandl und Kochel Zucker	2	—
5	Stuck seydene Runde Schnier Stuck P. 2 Fr.	2	(?)
12	Stuck Schnier, ein stuck P. 3 Fr..	36	—
50	Pfund Unterschietliche Pfedern	15	—
50	Pfund Wulle	15	—

Summa 580 fl. 44 x.

Unßer Hauß Nechst gegen Thor haben wür Erkaufft Brantschatzung Von allhierschen Ersamb. Magistrat P 100 Mehr (Mährische) Th(aler)
Wür können nicht wissen Bey gleichen, waß wür ver Bewet (verbaut) haben, aber dieseel. Frau Mutter Ihro H. G. Ex. haben Unß dafür in Baaren gelt 1100 fl gleich abführen, Wür aber nicht Verkauffen mögen: Und wann wür hetten Verkauffen wollen, so hette Sie Unß gewißlich umb 200 od 300 fl noch mehr zu gegeben: zu wehn Sie soliches kauffen wollen, Ist uns Unbewußt.

Josep und Moyses Beede Hesky Juden
Und Burger in Teltsch.

Das die bemelte Juden dieses ihr Vermögen, mit beygelegten Eidt begreftiget, bezeigen wür Unterschriebene mit unserer handt Unterschrifft undt beygetrukhter Petschaft so geschen

Teltsch den 14. Xber 1677.

Gregor Karl Frantz
Vogl bierschreiber
Georg Ferd Towara
Kastenschreiber

Jan Wanoch
Purgkmístr Miesta Teltsche
Ondřej Šimon Žiška
Rychtář Ložní města Telče
Lukaš František Želyska
Písař Raddny Města Telče

—

BEILAGE IV (Zu Seite 214)

Manifestationseid der Brüder Josef und Moses Hesky.

דא שויער איך בייא דעם לעבענדיגן גאט, דער הימל אונט ערד גישאפן אין, בייא חייליגח צעהן גיבאט, דיא מיר דארף אינזירן רבינר מאזוש אויך בערג סיני גיגעבן האט אן (ohne) אלי ליסטיקיט אוך אן שלקהויט זונדרליין מיט רעכט מבסיגי וואהרהיט אוך, מיט ווישן הייט דיא גדנקן גאט, דר אלמעכטיגר אינ, זיינם הימלשקי גריבט אוך, מיט ווישן הייט דיא דר גידנקן דעט ליבליכי גריכט איך ד ערדין, דז מיר גאר ניקם מער האבן אין אונזרי פרמעגין עם זויא נוא אן בארין געלט אדער אן זילבר אדר גאלד אדר זונשט פרקויפליכי ויאר דז געלט דרויז צו שאצן ויער, אדר דז מיר האבין עטיואז פר גראבן אונטר דר ערדן עם זויא נוא הירר אן אינזרין הויז אדר אנדרשטוא אדר דז מיר הטון אויך שהיבן געבן אנדרי לייטן אדר העטין עש אינזרי וויבר אדער קינדר געבן אדר דז זיא הטטן וואז אנדר לייטן געבן אדר העטין עטוראז פר שענקט אויך זאלטיר וויין דז אינם זאלט ווידר הרום (wiederum) ווידר קערט ורערדן נאך דער אויד שוואר, זאלכט ווער אלהיער דרויך שויערן בויא דיא איינן בימעלדיטי אויד שוואר דז זעלכים אלש ניט דרך אינש אן קוינר לייא ווייש גישפחין איז, אין אונזר פר מעגין איז ניט מער וינדר אלו וואס דיא ערשיינטע פר צויכניש איז ווישן טיט ויואי פערן (wofern) אבר דז מיר צוייא בריידר זאלטן גאט פרצייא פלשי פרצייכנש גבן האבן אדר דיוש בימעלדיטי אויד קיגן (gegen) גאט דעם אלמעכטיגן האבן גשטאן מיט ליבטן אינ שלקהויט אדר בלשקייט (Falschkeit?) זונדרהייט אן דעש ינגיגע דיון (das) מיר האבן דעם גראסי טשערינן זוין טערמין צו פרלענגן. זאנשטן זעלט גאט דיר אלמעכטיגי גבן דז מיר זאלן גישטראפט ורערדן פון גאטש דז דיא אבט אינ, ניינציג אויד פלוכונג וא אין דיר הויליגי שריפט גאטש גישריבן אז אויך אינש קימן דאט גבב דיר אלמעכטיגי אמן.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Ein Beitrag zur Kenntnis der Judensiedlungen in Böhmen in den Jahren 1650 und 1674

Von Dr. Josef Hrásky

Ins Deutsche übertragen von Oberfinanzrat i. R. Dr. jur. et phil. Friedrich Karl Pick

Bis zum Ausgang der Zwanzigerjahre des 17. Jahrhunderts wurde der Frage der Siedlungsweise und Population der Juden seitens der Behörden keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Wenn wir von einigen zufällig erhalten gebliebenen Berichten über die Zahl der Juden in den Städten, resp. Herrschaften absehen, wurde die erste amtliche Gesamtkonskription der in Böhmen lebenden Juden, soweit dies wenigstens bekannt ist, erst im Jahre 1618 vorgenommen. Diese Aufzeichnung kann jedoch nicht als eine tatsächliche Konskription im heutigen Sinne des Wortes bezeichnet werden, da sie weder Geschlecht, noch Alter und Namen der Juden anführte, sondern nur verzeichnete, wieviel Personen und Judenfamilien in dem betreffenden Kreise lebten.[1] Diese Zählung, welche offenbar aus fiskalischen Gründen angeordnet worden war, um den Gesamtstand der kontributionszahlungsfähigen Juden in Böhmen festzustellen, geschah nach dem dreißigjährigen Kriege, als die antisemitische Stimmung auch in den amtlichen Wiener Kreisen trotz häufiger und eindringlicher Mahnungen der böhmischen Kammer ihren Höhepunkt, mit dem Aufkommen der Reduktionsbestrebungen erreichte, die auf dem böhmischen Landtag vom Jahre 1650 zum ersten Male deutlich in die Erscheinung traten.

Die hohe und im Laufe des Dreißigjährigen Krieges ständig wachsende Steuerpflichtigkeit der böhmischen Judenheit, die auf einer offenbar übertriebenen Einschätzung der kontributionspflichtigen Juden beruhte — man schätzte sie in Böhmen auf 14.000 Seelen — gab nicht nur Veranlassung zu einem Proteste der Juden (1635) gegen diese Schätzung, sondern bildete auch den direkten Anstoß zu Anordnungen der Statthalter, daß eine detaillierte Konskription der jüdischen Bevölkerung in Böhmen, insbesondere aber im Prager Ghetto, und zwar nach Alter und Geschlecht, vorgenommen werde. Im Oktober des Jahres 1635 trugen die Statthalter einer eigenen dreigliedrigen Kommission mit dem Altstädter Richter an der Spitze, auf, eine Zählung der Juden in Prag zu veranstalten; zur Durchführung dieses weitgesteckten Programmes kam es — wenigstens in Prag — erst über einen neuerlichen Befehl der Statthalter im Jahre 1638.[2] Aus einem vereinzelten Berichte des Neu-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

bidschower Magistrates ist jedoch zu ersehen, daß über Befehl der Statthalter auch die Städte in Böhmen eine genaue Aufzeichnung der sich in den Städten aufhaltenden jüdischen Bevölkerung abzugeben hatten (1638).[3] Es läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, ob diese Anordnung überall, bzw. ob sie überhaupt durchgeführt wurde; sehr wahrscheinlich ist jedoch, daß der Einfall der Schweden nach Böhmen (1639) deren Durchführung auf unbestimmte Zeit hinausschob. Erst im Jahre 1646, und zwar zu einer Zeit, als die Habsburgische Macht durch den neuen Schwedeneinfall bis in ihre Grundfesten erschüttert schien, erließen die Statthalter einen neuerlichen Befehl, wonach die Städte (wohl nur die königlichen und Leibgedingstädte) einen genauen Bericht über die Anzahl der daselbst wohnhaften Juden erstatten sollten. Diese Anordnung — der nahezu vollständige Mangel an Berichten würde wenigstens dafür sprechen — wurde offensichtlich in der Mehrzahl der Städte nicht durchgeführt; er ist aber auch nicht in Vergessenheit geraten.

Der Westfälische Frieden und die vollständige Änderung der politischen Gesamtsituation brachten zwar für die wirtschaftlich und an Volkszahl erschöpften böhmischen Länder die notwendige Atempause mit sich, gleichzeitig aber widmete man dem jüdischen Problem in Böhmen erhöhte Aufmerksamkeit. Bereits am 2. April 1650 forderte Kaiser Ferdinand III. die Statthalter auf, zu erheben, wieviel Juden sich zur Zeit in Böhmen aufhalten, in welchen Städten und Ortschaften sie ihren Wohnsitz haben, und, wo sie im Jahre 1618 ansässig gewesen waren; zugleich sollten sie ihm bekanntgeben, ob tatsächlich „die Judenschaft in unserem Erb-Königreich Böhemb von Tag zu Tag mehr zu- und sehr überhandt nehme". Dieses Reskript, besonders aber ein neuer, an die Statthalter am 10. Mai 1650 in Laxenburg erlassener Befehl, waren bereits ein Zeichen des durchgreifenderen nachweißenbergischen gegenreformatorischen Antisemitismus in Böhmen und Vorboten des künftigen Landtagsbeschlusses... „Wie uns berichtet wird, ...zum Zweiten: daß die Juden in der Stadt und in ihren Häusern Christen weiblichen und männlichen Geschlechtes zu verschiedentlichen häuslichen Diensten verwenden; drittens: daß sie angeblich da und dort innerhalb der Kreise Mauten, Zoll, wie auch allerlei Wirtschaft in Pacht und sonstwie halten und daß sie dies alles ohne Unterschied und Behinderung betreiben. Und da aus derlei Gewohnheiten und Gestattungen nicht geringe Ungehörigkeiten, schädliche jüdische Bevorteilungen und mit der Zeit auch Vermischungen mit christlichem Blut zu folgen pflegen und in einem wie im anderen Falle solches nicht ohne Beeinträchtigung des Glaubens und des christlichen Namens geschehen kann, aus dieser Ursache heraus also belieben wir Euch gnädigst anzubefehlen, daß Ihr Euch in dem einem wie in dem anderen Punkte gehörig informieret, auf welche Art solchem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Unfug gesteuert und die Dawiderhandelnden bestraft werden sollen, wie auch, welches Recht oder Privilegium die Stände unseres Königreiches Böhmen zur Aufnahme und Haltung von Juden auf ihren Gründen ohne unsere Bewilligung für sich in Anspruch nehmen, über dies alles uns hinreichenden Bericht zu geben nicht unterlassen sollen..."

Der Inhalt beider Reskripte brachte ersichtlich die Anschauung des Wiener Hofes und des Kaisers zum Ausdruck, welch letzterer der damaligen allgemeinen judenfeindlichen Strömung unterlag, die sich bemühte, und zwar auf Kosten der Erhöhung der Staatseinnahmen, ein weiteres Eindringen der Juden nach Böhmen zu verhindern und ihre Zahl auf den Stand vom Jahre 1618 zu reduzieren.

Aus den Akten, die sich über diese in breitem Maße gedachte Aktion bruchstückweise erhalten haben, läßt sich wenigstens ein annäherndes Bild darüber gewinnen, wie die Statthalter sich zu den obenerwähnten Reskripten verhielten, und was für einen Erfolg ihr Einschreiten hatte. Bereits am 16. April 1650 ordneten die Statthalter dem Heinrich Kustoš von Zubří, Lipky und Neustudenetz, Unterkämmerer der königlichen Leibgedingstädte in Böhmen an, daß er erheben solle, was an den verbreiteten Nachrichten über das Anwachsen der Zahl der Juden in Böhmen Wahres sei, und daß er ihnen einen verläßlichen Bericht darüber zugleich mit einem Verzeichnis aller in den seiner Verwaltung anvertrauten Städten wohnenden Juden einsenden solle. Am 6. Mai 1650 sandte Kustoš von Zubří in alle Leibgedingstädte, das ist nach Neubidschow, Königinhof, Königgrätz, Chrudim, Jaroměř, Mělník, Hohenmaut, Polička und Trautenau zugleich mit einer Abschrift des Befehles der Statthalter einen Fragebogen aus, den die Städte wahrheitsgemäß und sobald als möglich beantworten und ihm einsenden sollten, und zwar wieviel Juden in der Stadt wohnten, wie ihre Zahl gegenüber dem Stande vom Jahre 1646 angewachsen wäre, und schließlich, ob sich die Juden in der Stadt angekauft hätten oder dort nur zur Miete wohnten.

Die Magistrate führten die Konskription in der damals üblichen Weise durch; der ihnen zugestellte Befehl wurde den vor den Stadtrat geladenen jüdischen Ältesten vorgelesen und ihnen aufgetragen, ihn wahrheitsgemäß und tunlichst bald zu beantworten und dem Magistrate ein detailliertes Verzeichnis der in der Stadt lebenden jüdischen Bevölkerung vorzulegen.

Die Berichte der Magistrate der königlichen Leibgedingstädte und die sorgfältig ausgeführten Verzeichnisse, die sich zum Glück erhalten haben, geben einen vollständigen Überblick über den Stand der Juden in den Leibgedingstädten im Jahre 1650. Außer den Namen, der Anzahl und dem Alter der Juden sind besonders wertvoll die uns erhalten gebliebenen Relationen, welche die Denkweise des Magistrates, und wohl auch die der gesamten Bürgerschaft erkennen lassen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Neubidschow[4]

Bei der ersten, auf Befehl der Prager Statthalter im Jahre 1638 durchgeführten Zählung der Juden wurden im Bidschower Ghetto 86 erwachsene Personen und Kinder gezählt, die in elf Judenhäusern wohnten; in den folgenden Jahren sank deren Zahl erheblich, so daß acht Jahre später, im Jahre 1646, nach den von den Kreishauptleuten Adam Rodovský von Hustiřan und Dietrich Myška von Žlunitz und auf Radíkowitz erstatteten Berichten im Ghetto bloß sieben Haushaltungsvorstände und deren 30 Angehörige (Gattinnen und Kinder beiderlei Geschlechtes), wohnten. „Und diese", führt die Konskription der Bidschower Juden im Jahre 1650 an, „verstreuten sich, da damals ein feindlicher Inkurs in diesen Kreis und selbst bis in die Stadt Neubidschow erfolgte, dahin und dorthin und manche von ihnen starben in den benachbarten Orten." Nach der Vertreibung der Schweden aus Böhmen kehrten die Juden wieder in ihre Häuser in der Stadt zurück, von denen jedoch nur sechs bewohnbar waren, denn „die anderen Häuschen waren bei jenen Soldateneinfällen dem Ruin anheimgefallen." Die Entwicklung des Neubidschower Ghettos, dem die nachweißenbergische Zeit trotz aller Reduktionsbemühungen ein kräftiges Aufblühen gebracht hatte, wurde zu Beginn der Vierzigerjahre des 17. Jahrhunderts plötzlich aufgehalten, was sich in der starken Abnahme der Population bei den Juden, deren Zahl im Jahre 1646 gegenüber dem Stande vom Jahre 1638 um nahezu 57 Prozent sank, bemerkbar machte. Allein dieser Abgang, der einzig und allein dem Schwedeneinfall und den damit verbundenen Folgen zuzuschreiben ist, wurde zum größten Teil bis zum Jahre 1650 wettgemacht, einmal durch die Rückkehr der Judenfamilien in die Stadt und weiter auch dadurch, daß die Juden untereinander Frühheiraten abschlossen, und daß die Populationsfähigkeit der jüdischen Rasse größer war als die der Christen. Ein Verzeichnis vom Jahre 1650 führt im Bidschower Ghetto außer sechs Wohnhäusern noch eine Schule samt einem Häuschen an, in dem der Kirchendiener wohnte, und ein Spital, in welchem die jüdischen Kinder unterrichtet wurden. In dem Verzeichnisse sind 73 Juden beiderlei Geschlechtes angeführt, unter denen sich 16 Wirtschaftsführende (Ansässige) und 35 Personen unter 17 Jahren befanden. (Beilage I.)

Königinhof

Laut des dem Kustoš vom Magistrate eingesendeten Berichtes war in der betreffenden Zeit und auch sonst in früheren Zeiten in der Stadt „niemand von diesem Geschlechte ansässig", und hielt sich auch zur Zeit dort nicht auf.[5]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Königgrätz

Trotzdem sich die Zuschrift des Stadtrates nicht erhalten hat, gibt die sorgfältig vorgenommene Spezifikation eine anschauliche Übersicht über die Bewegung der jüdischen Bevölkerung von Königgrätz in den Jahren 1646–1650. Dem Kustoš wurde nämlich zugleich mit einer im Jahre 1650 vorgenommenen Konskription ein Verzeichnis der in der Stadt im Jahre 1646 wohnhaften Juden zugesendet, in welchem Namen, Alter und zuweilen auch der Beruf der Juden angeführt erscheint. Eine wertvolle Ergänzung des Verzeichnisses vom Jahre 1646 bilden die beigefügten Anmerkungen, in denen angegeben ist, wer wo in dem betreffenden Jahre starb, sich verheiratete, eventuell, in welche Stadt er übersiedelte. Durch eine Vergleichung der beiden Verzeichnisse läßt sich sicherstellen, daß in Königgrätz im Jahre 1650 nur 42 Juden wohnten, somit ihre Zahl gegenüber dem Stande vom Jahre 1646 um zehn Personen gesunken war. Ursache dieser natürlichen Reduktion war die unverhältnismäßig große Kleinkindersterblichkeit, die offenbar mit den Drangsalen der letzten zwei Jahre des dreißigjährigen Krieges zusammenhing. Es ist sicherlich auffallend, daß unter den 12 in den Jahren 1646–1650 verstorbenen Personen acht unter zwölf Jahre alte Kinder waren. Und diese, man kann sagen, Kriegsabnahme wurde durch den natürlichen Zuwachs nicht aufgewogen, denn in den letzten vier Jahren waren in Königgrätz nur drei Kinder geboren worden.

Aus der Konskription ist weiters ersichtlich, daß die Juden sich in Königgrätz nicht angekauft hatten, sondern in Christenhäusern zur Miete wohnten. Die Abnahme der Juden im Jahre 1650 kam auch in ihrem Wohnungswechsel zum Ausdruck. Im Jahre 1646 wohnten sie in drei Häusern, die sie zur Gänze gemietet hatten (im Jahre 1650 nur in zwei Häusern), und bei zwei Bürgern in Miete (im Jahre 1650 bei drei Bürgern).[6] (Beilage II.)

Chrudim

Nach einem von Abraham Hypen (Ipen) dem Stadtrate abgegebenen Einbekenntnisse lebten in Chrudim lediglich zwei jüdische Familien (im Ganzen 13 Personen), die aber nicht in der Stadt angekauft waren, sondern in zwei Christenhäusern im sogenannten Pachower Viertel, zur Miete wohnten.[7] (Beilage III.)

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Jaroměř

In seiner Relation vom 11. Mai 1650 gab der Stadtrat dem Kustoš bekannt, daß „...über Menschengedenken hinaus niemals Juden in der Stadt Jaroměř an der Elbe gewohnt haben und nicht geduldet wurden, und bisher keinerlei Wohnsitz in noch bei der Stadt haben"; der Bericht erinnert weiter daran, daß im Jahre 1625, als in Prag die Pest ausbrach, einzig und allein, und das nur auf Zeit, zwei Prager Juden namens Markus Mendl und Jakob Lébl, aufgenommen wurden, die aber, sobald die Pestplage vorübergegangen war, aus Jaroměř wegzogen; sie kehrten zwar nicht mehr nach Prag zurück, wo sie sich angekauft hatten und ihre Häuser besaßen, sondern übersiedelten mit ihren Familien nach Nachod; von dort aus pflegten sie mit ihren Söhnen auf die Wochen- und Jahrmärkte nach Jaroměř zu fahren, wo sie ihre Waren auslegten, was der Magistrat in seinem Berichte als „schwindlerische Kramläden" bezeichnet, „jedoch gegen eine bestimmte Zahlung an die Gemeinderenten, und zwar ohne Hindernis, indem sie sonst keine Nachbarlasten zu erdulden hatten". Nach Beendigung des Marktes kehrten sie wieder nach Nachod zurück. Die Jaroměřer hatten, wie aus der Relation hervorgeht, nicht im Sinne, den genannten Juden den Besuch der Märkte und die Art ihres Handelsbetriebes, wodurch sich die christlichen Handelsleute und Handwerker als fühlbar verkürzt erachteten, zu belassen, und sie bemühten sich darum, ihnen den Zutritt zu den Märkten unmöglich zu machen. Allein die Juden beriefen sich gegenüber dem Verbote des Magistrates auf die ihnen vom Kaiser bestätigten Privilegien, nach denen, „wie sie sich das auslegen", den Juden auch in den Städten, wo sie nicht ansässig sind, gestattet sei, frei und ohne jegliche Behinderung, ausgenommen die Ansiedlung, ihren Handel zu treiben.[8] Der Magistrat legte, damit es „von künftigen Klagen unserer Nachbarn und sonstigen Ungelegenheiten sein Abkommen finde", dem Kustoš und den Statthaltern den Vorschlag zur Entscheidung vor, ob es nicht von Vorteil wäre, allen Juden das Handeltreiben in den Städten auf Wochen- und Jahrmärkten zu verbieten.

Melnik

Der Stadtrat betonte in seiner Zuschrift, „daß soweit unser und der ältesten Leute Gedächtnis reiche und vielleicht seit die Stadt besteht, niemals irgendeine Judenschaft sich bei uns befand und bisher nicht geduldet wurde, noch geduldet wird." In der Relation wird jedoch bemerkt, daß den Juden, die aus den umliegenden Orten, aus Prag und Raudnitz zu den Wochen- und Jahrmärkten kämen, gestattet sei, „nach ihrer Art Handel" zu treiben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Hohenmaut

war bis in die Mitte der Vierzigerjahre des 17. Jahrhunderts von Juden frei. Erst im Jahre 1645 wurden über Beschluß beider Stadträte, jedoch nur eine Zeit lang, zwei Juden aus der Stadt Luže mit ihren Familien, die beim Einfall der Kriegsparteien nach Luže um ihr ganzes Vermögen gekommen waren; in die Stadt aufgenommen. Aber schon im Jahre 1649 übersiedelte der Jude Isak mit drei Kindern und einem (offenbar Bediensteten) zwölfjährigen Knaben nach Luže, so daß im Jahre 1650 in Hohenmaut nur eine fünfköpfige Familie wohnhaft war. (Beilage IV.)

Polička

gab erst am 29. Mai 1650 dem Kustoš bekannt, „daß sich sowohl nach dem Gedächtnisse unserer Vorfahren, als nach unserem eigenen Gedenken zu keiner Zeit irgendwelche Juden in der Stadt und bei der Gemeinde ansässig befunden haben und auch bis jetzt nicht befinden." Die Poličkaer bemerken weiter, daß es gemäß ihren, ihnen von den böhmischen Königen und römischen Kaisern gegebenen und nunmehr neuerlich bestätigten Privilegien den Juden nicht nur nicht gestattet sei, sich in der Stadt anzusiedeln, ja nicht einmal, sich dort aufzuhalten.

Trautenau

Obwohl die Juden nach dem Einbekenntnisse des Magistrates in der Stadt, ähnlich wie die christlichen Kaufleute, auf den Wochen- und Jahrmärkten frei Handel treiben konnten, so war ihnen vom Stadtrat doch nicht gestattet, sich in der Stadt anzukaufen, noch auch, sich dort zeitweise aufzuhalten, sodaß bis dahin kein Jude in der Stadt gewohnt hatte noch zur Zeit dort wohnte.

Kustoš von Zubří, der schließlich aus allen Leibgedingstädten die Relationen und detaillierten Konsignationen über die Juden erhalten hatte, sandte sie den Statthaltern zugleich mit einem Berichte zu, in welchem er sich entschuldigte, daß die Verspätung nicht von ihm, sondern von den Städten verschuldet sei, die ihm die Verzeichnisse nicht rechtzeitig übersendet hätten, und er bemerkt dazu... „deswegen sie auch von mir gueten Verweis bekommen".

Aus den erhalten gebliebenen Relationen geht hervor, daß die Nachrichten über die erhöhte Zahl der Juden nach dem dreißigjährigen Kriege sowie ihr Eindringen und ihre Niederlassung in Orten, in denen sie früher nicht gewohnt hatten — wenigstens, soweit es die Leibgedingstädte in

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Böhmen betrifft – übertrieben waren. Bloß in Neubidschow war gegenüber dem Stande vom Jahre 1646 eine gewisse Zunahme zu verzeichnen, die jedoch nicht einmal den Stand vom Jahre 1638 erreichte. In allen übrigen Leibgedingstädten mit Ausnahme von Hohenmaut, wo lediglich aus Mitleid und Menschenfreundlichkeit zwei jüdische Familien aufgenommen worden waren, ist eine starke judenfeindliche Stimmung zu beobachten (namentlich in Jaroměř und Polička), was sich insbesondere bei den christlichen Kaufleuten und Handwerkern kundgab, die sich, somit hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen, gegen das Eindringen jüdischer Elemente in ihre Gewerbe verwahrten, da sie sich dadurch in ihren durch Zunftvorschriften gebundenen Unternehmungen benachteiligt fühlten.

Die Konskription der Juden in den Leibgedingstädten, die eine unmittelbare Folge des Reskriptes vom 2. April 1650 war, bildete nur eine teilweise Realisierung des Programmes, das auf Grund einer breitangelegten Aktion auf die Reduktion und die vollständige wirtschaftliche Schwächung der Juden in Böhmen abzielte. Ihre eigene Aktion, nämlich eine Übersicht über die Anzahl und den Rechtszustand der jüdischen Bevölkerung Böhmens, die gemäß des kais. Reskriptes vom 10. Mai 1650 durchgeführt werden sollte, ordneten die Statthalter am 28. Mai 1650 an, es wurde den Kreishauptleuten aller Kreise anbefohlen, sobald als möglich Bericht zu erstatten, in welchen Städten und Ortschaften sich zur Zeit Juden aufhalten, ob sie irgendwelche Mauten oder Zölle, event. Wirtschaften in Pacht haben, und ob irgendwelche Christen in ihren Diensten stehen. Auch sollten die Hauptleute gleichzeitig zuverlässig ermitteln, was für Rechte für sich jene Herrschaften in Anspruch nehmen, auf deren Gütern Juden zwar wohnen, ohne jedoch vom Kaiser die Aufenthaltsbewilligung erhalten zu haben. Da die Hauptleute die verlangten Relationen nicht rechtzeitig einsendeten, erließen die Statthalter einen neuerlichen, strengeren Befehl, in welchem sie eindringlich ermahnten, die angeordneten Erhebungen ohne jedweden Verzug durchzuführen. Die Hauptleute sollten, gleichfalls nach dem Wortlaute des Befehles, dafür Sorge tragen, daß die Juden ihre Geschäfte und Handelsbetriebe, sofern sie allerdings dafür Privilegien besäßen, frei und ohne Unbill fortführen könnten, denn es waren nach Prag Nachrichten durchgedrungen, wonach „an manchen Orten den betreffenden Juden von Seiten des gemeinen Volkes große Ungelegenheiten und Widerwärtigkeiten zugefügt worden sein sollten, so daß sie fast gar nicht ihre Wohnungen verlassen dürften". Die Relationen, welche die Kreishauptleute auf diese Urgenz hin nach Prag einsandten, haben sich aber, soweit bekannt ist, bis auf unbedeutende Bruchstücke, nicht erhalten. Aus zwei weiteren Statthalterverordnungen kann entnommen werden, daß diese

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
UB
DFG

Aktion, die zum Zwecke hatte, einen vollständigen Überblick über die Stärke und Siedlungsweise der Juden in Böhmen zu geben, so rasch als möglich beendet werden sollte, und zwar wie es scheint, bis zur Session des böhmischen Landtags im Jahre 1650, der Richtlinien ausarbeiten und das weitere Vorgehen der amtlichen Kreise gegen die Juden festsetzen sollte. Da jedoch die Hauptleute des Bechyner, Kaurimer, Leitmeritzer, Elbogener, Pilsener und Schlaner Kreises die verlangten Berichte nicht rechtzeitig ablieferten, verordneten ihnen die Statthalter, daß sie dies alsbald zu tun hätten, da diese Spezifikation notwendig gebraucht würde; es wurde ausdrücklich erinnert, daß die einzusendenden Berichte genau sein sollen und jede Frage von Grund auf zu beantworten sei. Tatsächlich erstatteten denn auch im Laufe des November alle Kreise ihre Berichte, bloß die Beamten der Raudnitzer und Schlaner Herrschaft weigerten sich, es zu tun, da sie dazu nicht die ausdrückliche Genehmigung ihrer Obrigkeit besäßen. Die Statthalter ordneten deshalb den Hauptleuten des Schlaner Kreises an, daß die Beamten der genannten Herrschaften binnen acht Tagen die ausführliche Spezifikation einsenden und für den Fall der Nichtbefolgung sich auf der böhmischen Kanzlei in Prag einfinden sollten, um sich dort persönlich zu verantworten.

Wie schon oben bemerkt, haben sich von dem ganzen umfangreichen und für die Geschichte der Juden in Böhmen sehr wertvollen Material, soweit bekannt, nur einige Relationen erhalten, die manche interessante Einzelheiten darbieten.

Böhmisch-Leipa

gab dem Hauptmann Hennig Tluksa Bradlecký von Metschkau, dem Verwalter von Neuschloß und Böhmisch-Leipa, bekannt, daß sich unter der früheren Herrschaft (der Herren von Wartenberg) ein Jude[9] in der Stadt ohne Bewilligung angesiedelt habe, der es verstanden habe, sich die Gunst der Obrigkeit derart zu erwerben, daß sie es zuließ, daß noch mehr Juden in die Stadt zuwanderten, die in der Vorstadt wohnten, wo ihnen im Jahre 1650 elf Häuser gehörten. Im Laufe der Zeit und mit Wissen der Obrigkeit begannen die Juden sich nach dem Berichte des Magistrates die Häuser nach ihrer Art einzuteilen und sich in den Handel und die bürgerlichen Gewerbe einzumischen, wodurch die armen christlichen Handwerker in ihren Unternehmungen erheblich geschädigt wurden; zudem kam es zwischen Christen und Juden zu ständigen Streitigkeiten und Reibereien, denn die Juden hausierten an Sonntagen und geweihten Feiertagen, da die Christen ihre Läden geschlossen halten mußten, heimlich in der Stadt und auf den Dörfern, trieben ihre Außenstände ein und lenkten so die Christen vom Kirchenbesuche ab. Die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Relation betonte weiter, daß die Juden mit Worten,[10] Handlungen und durch ihre Tätigkeit die katholische Kirche schmähen. Die Frage, ob die dortigen jüdischen Familien nicht zur Bedienung christliche Dienstboten verwenden und ob die Juden nicht irgendwelche Zölle, Mauten oder Wirtschaften in Pacht haben, beantwortete der Stadtrat negativ. Er verlangte aber, daß den Juden strenge verboten werde, zur Zeit des Gottesdienstes Handel zu treiben, denn die Christen würden so von der Erfüllung ihrer Pflichten abgelenkt.

Auscha

Der den Statthaltern eingesendeten Relation des Stadtrates ist auch die Antwort der jüdischen Ältesten beigeschlossen, die sie erst am 9. August, und das erst über wiederholte Urgenz des Magistrates, vorgelegt hatten. Nach diesem Einbekenntnisse hatten die Juden keine Zölle, Mauten noch Wirtschaften in Pacht und beschäftigten auch in ihren Diensten kein christliches Gesinde; sie konnten aber nicht verläßlich ausweisen, wann ihre Vorfahren sich in der Stadt niedergelassen hatten,[11] denn alle ihre Freiheiten, ausgenommen die Privilegien, die sie bei den jüdischen Ältesten in Prag in Verwahrung hatten, waren mit den übrigen Schriftdenkmälern während des dreißigjährigen Krieges vernichtet worden; sie behaupteten jedoch, daß sie in Auscha schon lange wohnen, denn nicht einmal eine 93-jährige, in Auscha gebürtige Jüdin konnte über den Zuzug der Juden in die Stadt nähere Angaben machen.

Diesen unvollständigen Bericht der jüdischen Ältesten, der namentlich keine befriedigende Aufklärung darüber gab, zu welcher Zeit die Juden in die Stadt zugezogen waren und was für Privilegien sie von ihren Obrigkeiten erhalten hatten, suchte der Stadtrat aus den erhalten gebliebenen Abschriften der Auschaer Privilegien zu ergänzen; in diesen ist jedoch, trotzdem — wie ausdrücklich betont wird — darin alle Privilegien und Freiheiten der Auschaer und Liebeschitzer Herrschaft, der Stadt Auscha und aller lokalen Gewerkschaften aufgezeichnet sind, auch nicht die geringste Erwähnung von Juden und deren Freiheiten enthalten. Daraus deduzierte der Stadtrat, daß die Juden niemals von den früheren Obrigkeiten die Bewilligung zum Aufenthalte in der Stadt erhalten hätten, sondern daß sie dort seit Menschengedenken nur geduldet gewesen seien, denn, „wenn die Auschaer Juden etwas dero gleichen aufzuweisen hätten, sie längst nach ihren Gebrauch allen Trutz anerboten". Gewiß ist es bezeichnend, daß weder die Juden noch der Magistrat der letzten, den Juden ihrer Obrigkeiten von den Rektoren des Prager und Leitmeritzer Jesuitenkollegiums am 9. August 1649 gegebenen Ordnung, deren Bestimmungen nach Jarschel bis in das Jahr 1848 in Geltung waren, Erwähnung taten.[12]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Teplitz (Schönau)

Ähnlich wie in Auscha konnten auch in Teplitz die Juden nicht nachweisen, wann und unter welcher Obrigkeit sie die Erlaubnis zur Ansiedlung in der Stadt erhalten hatten, denn alle ihre Freiheiten und Memorialien waren nach ihrer Erklärung, die auch vom Stadtrate bestätigt wurde, während des dreißigjährigen Krieges vernichtet worden. Als dieser Bericht der jüdischen Ältesten dem Hauptmann der Teplitzer Herrschaft, Heinrich Kaiser von Nildheim, bekanntgegeben wurde, ordnete er dem Stadtrate an, in den städtischen Büchern und Akten alle auf den Aufenthalt der Juden in der Stadt bezüglichen Aufzeichnungen herauszusuchen. Nach dem Abschlusse der Erhebungen gab der Stadtrat dem Hauptmann bekannt, daß nicht möglich gewesen sei, zu ermitteln, wann und unter welcher Obrigkeit die Juden in die Stadt gekommen seien, denn alle städtischen Privilegien und Schriften seien zur Zeit des dreißigjährigen Krieges entweder vernichtet oder ausgeraubt worden. Sie bemerkten jedoch, daß sich in den Akten nur eine tschechische Aufzeichnung vom 24. April 1582 erhalten habe, laut welcher den Juden in einer Versammlung des gesamten Rates unter dem Bürgermeister Mathias Franck und im Beisein der jüdischen Ältesten Elias, Josef und Jakob Drflasch ein Stück Garten hinter dem Stadttor verkauft worden sei, das den Juden mehr als hundert Jahre zur Begräbnisstätte gedient habe. Zum Ankaufe des Gartens, den die Juden seit undenklichen Zeiten benützt hätten, sei es über eigenes Ersuchen der Juden gekommen, die ihr Nutzungsrecht auf ewige Zeiten in den Stadtbüchern bestätigt haben wollten. Mit einem Beschlusse des Stadtrates sei festgesetzt worden, daß die Juden und ihre Nachkommen das Recht haben sollten, diesen Garten auf ewige Zeiten so zu benützen, als ob er ihr Eigentum wäre, und zwar gegen einen Jahreszins von vier Schock Meißener Groschen, die am Tage des heil. Georg an die Gemeinde abzuführen waren. Der Stadtrat verpflichtete sich in einem Schriftstück, daß den Juden in der Benützung des Gartens weder von Seiten des Magistrates, noch anderer Leute irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden dürften, und daß er ihnen niemals weggenommen werden dürfe, ausgenommen den Fall, daß sie den pflichtigen Zins nicht gehörig abführen würden. Falls aber jemals Juden aus Teplitz wegübersiedeln und nach einiger Zeit sich wieder in der Stadt ansiedeln sollten, könne der Garten wieder wie früher verwendet werden, allerdings nur, wenn alle ausständigen Zinse so bezahlt würden, als ob jene die Stadt niemals verlassen hätten.

In Übereinstimmung mit dem Wortlaute der erwähnten Schrift meldete der Stadtrat dem Hauptmann, daß die Juden in Teplitz zwar länger als 168 Jahre leben, daß aber in früheren Zeiten deren unverhältnis-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mäßig weniger in der Stadt gelebt hätten und daß sie sich niemals – wogegen sie heftig protestierten – gegen die Privilegien in die Geschäfte der christlichen Gewerbe und Handwerke in einem solchen Maße und auf die Art wie in der gegenwärtigen Zeit eingemischt hätten.

Der Teplitzer Hauptmann gab sodann gemäß der ihm vom Magistrat eingesendeten Relation den Statthaltern bekannt, daß mittels der Stadtbücher unzweifelhaft festgestellt worden sei, daß die Juden, auch wenn sie dies nicht durch ihre Privilegien nachweisen könnten, in Teplitz über 100 Jahre leben; gegenwärtig hätten sie jedoch keinerlei Zölle, Mauten oder Wirtschaften in Pacht und beschäftigten auch in ihren Haushalten keine christlichen Dienstboten, außer einigen armen Leuten, die ihnen an den Sabbaten die Lichter anzünden. Die Aufnahme christlicher Personen zur Bedienung in den jüdischen Haushalten und als Dienstboten hänge einmal innig zusammen mit den starren und streng eingehaltenen religiösen Vorschriften, die den Juden untersagen, an Samstagen und Feiertagen auch nur die leichteste Arbeit zu verrichten, andererseits, wie gleichzeitige Quellen dick unterstrichen, mit einer gewissen Unlust bei ihnen zu schwereren physischen Leistungen.

Leider sind uns, soviel wenigstens bekannt geworden ist, nicht mehr Nachrichten über die Siedlungen und die Population der Juden in Böhmen im Jahre 1650 erhalten geblieben. Aus diesen wenigen, zufällig auf uns überkommenen Berichten kann nicht sicher festgestellt werden, ob sich die Zahl der Juden so erhöht hat, wie die amtlichen Berichte voraussetzten, und ebensowenig lassen sich diese Angaben systematisch vergleichen, resp. ergänzen mit der ersten amtlichen, unter der Überschrift „Verzeichnung der Untertanen im Jahre 1651" bekannten Konskription der Bevölkerung in Böhmen, in der verschiedentlich auch der Stand der Juden in einzelnen Orten in Böhmen erfaßt ist.

Die den Statthaltern übermittelten Relationen der Kreishauptleute wurden sodann zur Grundlage für die weitere Behandlung der Judenfrage auf dem Ende Oktober 1650 nach Prag einberufenen Landtage, auf welchem zum ersten Male seit 50 Jahren gegen die Juden strenger eingeschritten wurde. In einer Entschließung des Landtages wurde nämlich bestimmt, daß alle Juden binnen vier Monaten aus den Orten, wo sie nicht vor dem 1. Oktober 1618 ansässig gewesen waren, ausgetrieben werden sollten, allerdings mit Ausnahme derjenigen, die vom Kaiser die Aufenthaltsbewilligung erhalten hatten, und es wurde verboten, „umso weniger sodann ihnen irgendwelche Verwaltungen, Haltung und Pacht von Zöllen, Mauten oder Grundstücken anzuvertrauen und zuzulassen," und zwar unter einer bestimmten und nicht der Nachsicht unterliegenden Geldbuße. Den Juden wurde auch verboten, christliches Dienstpersonal zu halten; eine Übertretung und Nichteinhaltung dieses

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Verbotes sollte gemäß dem Landtagsbeschlusse mit Geldstrafe oder Haft, im Falle, daß sich dies wiederholen sollte, mit dem Einbrennen eines Schandmales und Vertreibung aus dem Lande bestraft werden.

*

Die Entschließung des böhmischen Landtages vom Jahre 1650 brachte nicht nur das tatsächliche Vorhandensein der judenfeindlichen Stimmung in den Regierungskreisen in Böhmen klar zum Ausdruck, sondern auch die Absicht, eine Reduktion der Juden bis auf den Stand vom Jahre 1618 durchzuführen. Mit diesem Reduktionsprogramm stand in engstem Zusammenhang auch eine Kontrolle der zahlreichen jüdischen Immigration aus den Nachbarländern, namentlich aus Polen und Rußland, denn die beabsichtigte Reduktion konnte nicht mit Erfolg durchgeführt werden, wenn dem Zuzug fremder Juden nicht gesteuert wurde. Gegen diese jüdischen Zuwanderer machte sich ein offensichtlicher Widerstand nicht nur von Seiten der Behörden, sondern bei den Juden selbst bemerkbar, die sich durch diese zahlreiche Invasion zumeist unbemittelter Juden in ihren Geschäften umsomehr benachteiligt fühlten, als die fremden Juden in der Regel die pflichtgemäße Kontribution nicht bezahlten. Die amtlichen Kreise wiederum befürchteten, daß die Juden aus den östlichen Ländern, insbesondere aus Polen, unter denen sich Sieche und Kranke befanden, ansteckende Krankheiten, besonders die Pest, in das Land einschleppen könnten. Die Verordnungen, die erlassen wurden, um diesen unliebsamen Zuzug fremder Juden nach Böhmen hintanzuhalten oder wenigstens einzudämmen, wurden nicht konsequent oder überhaupt nicht durchgeführt, wie aus den bruchstückweise erhaltenen Verzeichnungen der Juden aus den Jahren 1674 und 1675 entnommen werden kann.[13]

Diese Judenimmigration gab den Anstoß dazu, daß die Statthalter allen Kreishauptleuten auftrugen, ein Verzeichnis (eine Liste) aller in den ihrer Verwaltung unterstehenden Kreisen sich aufhaltenden Juden in die Wege zu leiten, wobei eindringlich darauf aufmerksam gemacht wurde, daß verzeichnet werden solle, welche Juden aus den Nachbarländern, namentlich aus Polen, nach Böhmen zugezogen waren und nicht nur keine Kontribution zahlen, sondern nicht einmal eine bestimmte Beschäftigung haben. Die Hauptleute sollten gleichzeitig ein Patent publizieren, mit welchem strenge verboten wurde, fremde oder aus Prag ausgewiesene Juden aufzunehmen oder zu beherbergen. Von dieser Aktion haben sich, soweit festgestellt werden konnte,[14] nur die Verzeichnisse aus dem Berauner (Moldau-) Kreise, dem Tschaslauer, Elbogener und Rakonitzer Kreise erhalten; sie sind nicht alle gleich sorgfältig ausgeführt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

(vgl. Beilage 5–10). Nach diesen Konskriptionen hielten sich im Berauner Kreise über 249 Personen beiderlei Geschlechtes auf; trotzdem diese Verzeichnung auf der ganzen Herrschaft sehr detailliert durchgeführt wurde, ist doch die Anzahl der Juden in den Dörfern Skryšow und Hradištko nicht aufgenommen. Dagegen nahmen die Hauptleute des Tschaslauer Kreises die Konskription nicht genau nach der Anordnung vor, sondern begnügten sich mit dem Berichte des jüdischen Ältesten von Polna, Jakob Juda, der vermerkt hatte, wieviel Juden im Tschaslauer Kreise keine bestimmte Beschäftigung haben und keine Kontribution zahlen.

Aus den auf uns gekommenen Relationen ließe sich schließen, daß die zugezogenen fremden Juden sich größtenteils ansässig machten, allerdings, sofern sie nicht in den Dienst der reicheren Judenfamilien der Stadt in auswärtigen Orten traten, wo ihnen bald obrigkeitlicher Schutz zuteil wurde.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN

[1] Archiv des Min. d. Innern. Verzeichnis der Juden im Prachiner Kreis im J. 1618 (Abschrift).

[2] Dr. Jaroslav Prokeš: Der Antisemitismus der Behörden und das Prager Ghetto in nachweißenbergischer Zeit. Jahrb. d. G. f. Gesch. d. Juden in der Čechosl. Rep., Jahrg. I, Prag 1929.

[3] Arch. Min. d. I., NM, I 7/8 unter dieser Signatur sind jetzt, sofern ich nicht anders zitiere, die Akten zu diesem Beitrag hinterlegt.

[4] Dr. Jaroslav Prokeš: Das Ghetto zu Neu-Bidschow und die sog. Sekte der Bidschower Israeliten um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts. Jahrbuch G. f. G. d. J. i. d. Čsl. Rep.; Jahrg. VIII, Prag 1936.

[5] Dr. Václav Pešák: Die Judensteuer in Böhmen in den Jahren 1527—1529. Jahrb. VII, Prag 1935. Die Behauptung des Stadtrats in Königinhof würde dafür sprechen, daß sich die im Buche Bondy-Dvorský: Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien, Teil I, Z. 324, angedruckte Nachricht, die Dr. Pešák in seiner Arbeit mit Reserve übernommen hat, auf den Juden Moses bezog, der in irgendeinem Nachbarorte und nicht in Königinhof wohnte.

[6] A. Min. Inn. SM, R 109/45, Königgrätzer Gebiet Nr. 24; ergänzt nach „Verzeichnung der Untertanen vom J. 1651".

[7] A. Min. Inn. SM R 109/45 Chrudimer Gebiet Nr. 99, Abraham Ipen wohnte im Hause des Daniel Ešín, der Jude Jelínek im Hause des Fleischhauers Andreas Slivka.

[8] Die Juden beriefen sich dabei offenbar auf die ihnen von Ferdinand II. im J. 1623 und 1627 verliehenen Privilegien.

[9] Dr. Josef Bergl: Der Judenmord in B.-Leipa am 9. Dezember 1744. Die erste Nachricht über den Aufenthalt von Juden in Böhm.-Leipa stammt bereits aus dem J. 1562.

[10] „. . . jetzo eine Jüdin unser Gebet ein Hundgebet genennt . . ."

[11] Josef Jarschel: Geschichte der Stadt Auscha; Auscha 1922. Die älteste Aufzeichnung über den Aufenthalt von Juden in Auscha ist aus dem J. 1523.

[12] Diese, ihrem Inhalte nach sehr interessante und charakteristische Ordnung, die dem Auschaer Stadtrat intimiert wurde und in 18 Punkten alle Rechte und Pflichten der Auschaer Juden in sich schloß, ist in dem Jarschelschen Buche abgedruckt. Vgl. Anmerkung Nr. 11:

1. In der Stadt konnten, wie unter den früheren Herrschaften, lediglich acht Judenfamilien wohnen, die der obrigkeitlichen Gerichtsbarkeit unterlagen; erst nach dem Ableben einer Familie (eines Ehepaares) kann eine neue Ehe geschlossen werden;

2. der Obrigkeit konnte alljährlich die vorgeschriebene Abgabe entrichtet werden;

3. die jüdischen Ältesten konnten sich ihren Rabbiner wählen, dessen Wahl erst dann rechtsgültig war, wenn sie von der Obrigkeit genehmigt worden war;

4. an Sonn- und geweihten Feiertagen sollten die Juden weder in der Stadt noch in den Dörfern Handel treiben;

5. war ihnen untersagt, in christlichen Häusern zu wohnen; falls solche jedoch zur Zeit in ihrem Besitze sein sollten, könnten sie sie an Christen verkaufen und ihre während des Krieges zerstörten Häuser wieder aufbauen; sollte aber dennoch jemandem von ihnen gestattet sein, in christlichen Häusern zu wohnen, dann sollten sie verpflichtet sein, die gleiche Kontribution wie die Christen zu bezahlen;

6. ihre Wohnungen sollten sie rein halten, um die Christen nicht durch Gestank und allerlei Unrat zu belästigen;

7. waren sie verpflichtet, an die Gemeinde für 100 fl. 8 fl. Kontribution zu bezahlen, worin die verschiedenen Geschenke und Gewürze nicht inbegriffen sind;

8. an Wochenmärkten konnten sie ihre Kramläden erst in der dritten Reihe hinter den Christen auslegen, und zwar einzig und allein an einer gemeinsamen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Stelle, nicht einzelweis dort, wo sie etwa selbst wollten; von jedem Markte waren sie verpflichtet, für den Platz an die Gemeindekasse 3 kr., dem Gerichtsboten sodann 1 kr. abzuführen; desgleichen war ihnen nicht gestattet, außer den Wochenmärkten in der Stadt oder den Vororten Vieh zu schlachten, sondern lediglich in ihren Häusern;

9. konnten sie binnen vierzehn Tagen nicht mehr als ein Stück Rindvieh oder vier kleine schlachten, jedoch nur nach vorhergehender Beschau des lebenden Tieres durch eine von der Behörde dazu bestimmte Person; ebenso war ihnen nicht gestattet, auf den Dörfern an Feiertagen, bei Taufen und Kirchweihfesten Vieh zu schlachten;

10. war ihnen nicht erlaubt, mit Tuch und Wolle zu handeln und auch für fremde Juden durften sie dort nicht Lager dieser Art halten;

11. den Zoll sollten sie genau nach dem Ortstarif abführen; konnte ihnen aber nachgewiesen werden, oder wurden sie dabei betroffen, daß sie sich listigerweise der Zahlung zu entziehen versuchten, sollten sie bestraft und ihr Eigentum beschlagnahmt werden;

12. jeder fremde Jude sollte, wo immer er sich in der Stadt einquartierte, an die Gemeinde an Zoll 2 Meißener Groschen, wenn er in der Stadt übernachtete, 3 kleine Groschen abführen; ohne Bewilligung des Richters durfte kein Jude in der Stadt länger als drei Tage verbleiben und war verpflichtet, für jeden Tag nach früherer Gepflogenheit 3 kleine Groschen zu bezahlen;

13. den Juden war nicht gestattet, mit irgendwelchem alten Eisen zu handeln;

14. durften sie von den Christen keine nichtüblichen oder ungesetzlichen Zinsen eintreiben;

15. durften sie keinerlei gestohlene Ware kaufen, u. zw. unter der Strafe des Eigentumsverlustes;

16. war ihnen der Ankauf von Wein verboten; wenn ihnen jedoch Wein anstatt Geld auf Zins gegeben wurde, durften sie ihn auf den obrigkeitlichen Gründen nicht nach Fuder und Seidel verkaufen, sondern konnten ihn nur Fremden in Fässern und Halbfässern überlassen;

17. durften sie auf obrigkeitlichen Gründen weder Rohhäute, noch diverse Pelzwaren aufkaufen, noch solche Häute mit Hilfe der Dorf- oder städtischen Fleischhauer für sich behalten;

18. sollten sie ihrer Herrschaft gehorsam sein, sich gegen den Stadtrat ehrerbietig verhalten und durften dessen Anordnungen nicht widerstreben.

[13] Arch. M. d. J. SM, J 7/18.

[14] Dieser Beitrag wird allerdings mit der Zeit noch vertieft und ergänzt werden müssen, und zwar auf Grund weiterer Berichte, die verschiedentlich auf einzelne Signaturen verstreut sind, wohin sie irrtümlicherweise oder zufällig eingereiht wurden, so daß sie bis jetzt unserer Evidenz entgangen sind.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Neubidschow

Konskription der im dortigen Ghetto wohnhaften Juden, durchgeführt vom Bidschower Magistrat am 12. Mai 1650

Namen:	Alter:
Im ersten Hause wohnen:	
1. *Simon Kaufmann* . .	—
2. seine Gattin	—
Im zweiten Hause wohnen:	
3. *Samuel* Jud	—
4. Gattin	—
5. Sohn	11 Jahre
6. zweiter Sohn	8 „
7. Tochter	17 „
8. *Simon*, Mieter, Musikant	—
9. seine Gattin	—
Im dritten Hause:	
10. *Pinkas* Jud	—
11. Gattin	—
12. Sohn	9 Jahre
13. Tochter	6 „
14. zweite Tochter . . .	2 „
15. *Salomon*	—
16. Gattin	—
17. Tochter	6 Jahre
18. Sohn	3 „
19. zweiter Sohn	18 Wochen
20. *Jakob Kozel*, Jud . .	—
21. Gattin	—
22. Sohn	9 Jahre
23. Tochter	3 „
24. Sohn	2 „
25. Tochter	½ „
26. *Jakob Košer*, Jud . .	—
27. Gattin	—
28. Tochter	12 Jahre
29. Sohn	8 „
30. Tochter	3 „
Im vierten Hause:	
31. *Vilím*, Jud	—
32. Gattin	—
33. Tochter	17 Jahre
35. Sohn	—
36. *Bulíček*, Jud	—
37. Gattin	—
38. Tochter	8 Jahre
39. Tochter	4 „
40. Sohn	2 „
Im fünften Hause:	
41. *Abraham Kozel* . . .	—
42. Gattin	—
43. Sohn	14 Jahre
44. Sohn	6 „
45. Tochter	4 „
46. Tochter	2 „
47./48. Totengräber	—
49./50. deren Ehefrauen . .	—
51. Tochter	1 Jahr
Im sechsten Hause:	
52. *Salomon*, Jud	—
53. Gattin	—
54. Tochter	16 Jahre
55. Sohn (verheiratet) . .	—
56. Gattin	—
57. Tochter	2 Jahre
58. Tochter	1 Jahr
In der Hütte bei der Schule:	
59. *Markus*, Jud	—
60. Gattin	—
61. Sohn (verheiratet) . .	—
62. Gattin	—
63. Sohn	3 Jahre
64. Tochter	1 Jahr
65. eine einzelstehende Frau	—
66. Tochter	3 Jahre
67. Sohn	1 Jahr
Im Spital:	
68. Rektor (verheiratet), wohnt dort zeitweise .	—
69. Gattin	—
70. Sohn	13 Wochen
71./72. Bettlerinnen (Witwen)	—
73. Bettler	—

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Königgrätz

Konskription der im Jahre 1646 in Königgrätz wohnhaften Juden

Namen	Alter	Anmerkung
David Tachovský . . .	40 Jahre	
Ester, dessen Gattin .	30 Jahre	starb im Jahre 1648
Anna, Tochter. . . .	14 Jahre	
Ludmila	12 Jahre	Zwillinge, Katharina starb im Jahre 1650
Katharina	12 Jahre	
Dorothea	8 Jahre	
Salome	5 Jahre	
Alena	3 Jahre	
Samuel, Sohn	Säugling	
Adam, Student . . .	über 20 J.	ging im selben Jahre nach Reichenau ab
Köchin	über 20 J.	
Diener	20 Jahre	
Waise nach Regina. .	12 Jahre	
Wolf Šick	40 Jahre	starb im Jahre 1646
Regina, dessen Frau .	30 Jahre	wohnt in Jungbunzlau
Anna, die Mutter von Wolf Schick. . . .	80 Jahre	starb in Prag im Jahre 1648
Löbl, Sohn	20 Jahre	verheiratet und wohnt in Prag
Jakob, Sohn	10 Jahre	
Markus, Sohn	8 Jahre	starb in Jungbunzlau
Abraham, Sohn . . .	6 Jahre	starb in Jungbunzlau im Jahre 1649
Katharina, Tochter .	Säugling	starb in Königgrätz im Jahre 1647
Köchin	40 Jahre	übersiedelte im Jahre 1646 nach Jungbunzlau
deren Tochter . . .	10 Jahre	übersiedelte gleichzeitig mit der Mutter nach Jungbunzlau
Diener	16 Jahre	starb im Jahre 1647
Kindermädchen . . .	17 Jahre	heiratete im Jahre 1647 nach Leitomischl
Löbl, Jud	33 Jahre	
Johanna, seine Gattin	30 Jahre	
Löbl, Sohn	9 Jahre	studiert derzeit in Prag
Lidmila, Tochter . .	8 Jahre	
Salome, Tochter . .	5 Jahre	starb im Jahre 1649
Baruch, Sohn	6 Jahre	starb im Jahre 1647
Isak, Sohn	1½ Jahre	
Köchin	30 Jahre	
Diener	16 Jahre	
Adam, Sohn des David .	24 Jahre	
Eva, seine Gattin . .	18 Jahre	
Tobias, Sohn	2 Jahre	
Dorothea, Tochter . .	Säugling	
Köchin	16 Jahre	heiratete im Jahre 1648 ins Städtchen [Luže
Enoch Šick	20 Jahre	
Marianne, Gattin . .	17 Jahre	
Abraham, Sohn . . .	Säugling	starb im Jahre 1646
Köchin	25 Jahre	
Peter Perecz, Verwandter	20 Jahre	starb im Jahre 1646
seine Frau	18 Jahre	

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Namen	Alter	Anmerkung
Katharina, Tochter .	Säugling	
Kindermädchen . . .	12 Jahre	heiratete im Jahre 1648
David, Kantor.	40 Jahre	zog mit Frau und Kindern nach [Třebechowitz weg
Lidmila, seine Frau .	30 Jahre	
Tochter	11 Jahre	
Sohn	Säugling	
Isak, Koscherer	50 Jahre	

Spezifikation der im Jahre 1650 in Königgrätz wohnhaften Juden

Namen	Alter	Anmerkung
David Tachovský, Rabbiner, Witwer . .	44 Jahre	wohnt in der Stadt von seinem 26. J. an
Veit, der Mann seiner Tochter	20 Jahre	wohnt in der Stadt von seinem 3. J. an
Anna, seine Frau . .	18 Jahre	
Israel, Sohn	Säugling	
Lidmila, Tochter des David	16 Jahre	
Dorothea	12 Jahre	
Salome	9 Jahre	
Alena	7 Jahre	
Samuel, Sohn	5 Jahre	
Regina, Waise . . .	16 Jahre	
Köchin	30 Jahre	
Diener	20 Jahre	
Adam, Sohn des David .	28 Jahre	wohnt in der Stadt von seinem 25. J. an
Eva, seine Frau . . .	22 Jahre	
Tobias, Sohn	6 Jahre	
Dorothea, Tochter . .	4 Jahre	
Samuel, Sohn	1½ Jahre	
Markus, Waise . . .	10 Jahre	
Löbl Bon	37 Jahre	wohnt in der Stadt von seinem 26. J. an
Johanna, seine Frau .	34 Jahre	
Löbl, Sohn	13 Jahre	lebte derzeit in Prag
Lidmila, Tochter . .	12 Jahre	
Isak, Sohn	6 Jahre	
Markus, Sohn	1½ Jahre	
Köchin	30 Jahre	war aber zur Konskriptionszeit nicht [mehr bei ihnen
Markus, Diener . . .	15 Jahre	
Enoch Šick	24 Jahre	ist in der Stadt geboren
Marianne, seine Frau .	21 Jahre	
Jakob, Bruder des Enoch	14 Jahre	
Wolf, Sohn	2 Jahre	
Lidmila, Köchin . .	40 Jahre	
Wenzel, Diener . . .	17 Jahre	
Lebl, ein verwandter armer Jude, der sich unter ihnen ernährt	20 Jahre	lebt in der Stadt von seinem 4. Jahre an
Anna, seine Frau . .	22 Jahre	

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Namen	Alter	Anmerkung
Katharina, Tochter .	5 Jahre	
Jakob, Sohn	Säugling	
Bernhard, Kantor . . .	26 Jahre	lebt in der Stadt von seinem 4. Jahre an, ist aber nicht ständig in Königgrätz
Eva, seine Frau . . .	22 Jahre	
Löbl, Sohn	7 Jahre	
Salome, Tochter . .	4 Jahre	
Jakob Koscherer	54 Jahre	
Anna, Tochter . . .	15 Jahre	lebt aber nicht ständig bei ihm

BEILAGE III (Zu Seite 247)

Chrudim

Verzeichnis der im Jahre 1650 in der Stadt wohnhaften Juden

Abraham Ipen
Anna, seine Frau . . . —
Jelínek, Sohn . . . . . 15 Jahre
Isak, Sohn . . . . . 8 Jahre
Reina, Tochter . . . . 14 Jahre
Esther, Tochter . . . . 11 Jahre
Katharina, Tochter . . 9 Jahre
Czyrly, Tochter . . . . 4 Jahre

Markus Jelínek,
Schwiegersohn des Abraham Ipen
Varuna, seine Frau . . —
Jakob, Sohn . . . . . 3 Jahre
Reine, Tochter . . . . . 1 Jahr

BEILAGE IV (Zu Seite 249)

Hohenmaut

Im Sommer 1645 wurden, um ihr Leben vor den Kriegsparteien zu schützen, auf ihr demütiges Ansuchen und nur zeitweilig zwei Juden als Bewohner der Stadt Hohenmaut aufgenommen, und zwar sind dies:

Jakob Abraham, Koliner Jude
Lidmila, seine Frau . . . —
Abraham, Sohn . . . . . 8 Jahre
Rebekka, Tochter . . . . 9 Woch.
Ein bedienender Knabe . 11 Jahre

In den Jahren 1645—1650 starben ihm zwei kleine Kinder.

Isak übersiedelte im Jahre 1649 in das Städtchen Luže, mit drei kleinen Kindern und dem, damals zwölfjährigen Knaben; seine Frau starb in Hohenmaut.

BEILAGE V (Zu Seite 255)

Moldau-Kreis

Berauner Gebiet

Liste der gesamten auf den unten angeführten Herrschaften, Gütern und an anderen Orten wohnhaften Judenschaft, wie folgt:

Wotitzer Herrschaft

Marktgemeinde Wotitz:

Natan Simon, Steuereinnehmer
Rosina, Gattin
Simon, Sohn
Philipp, Sohn
Marianne, Tochter

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Elias Backhofen, dessen Schwiegersohn
Salomena, seine Frau
Philipp, Sohn
Löbl Sohn des Nathan
Esther, seine Frau
Mayger, Sohn
Markus Moses
Elise, Gattin
Moses, Sohn
Anna, Tochter
Herschel Sohn des Moses
Salomena, Gattin
Moses, Sohn
David, Sohn
Löbl, Sohn
Dorothea, Tochter
Judith, Tochter
Magdalena, Tochter
Rosina, Witwe nach dem Juden David
Markus, Sohn
Michael Kominek
Magdalena, Gattin
Simon Kominek, dessen Sohn
Regina, seine Frau
Benesch, Sohn
Veit, Sohn
Lidmila, Tochter
Joachim Kominek, auch ein Sohn
Justina, Gattin
Lidmila, Tochter
Löbl, Sohn des Aron
Fagelle, seine Frau
Josef Slepička
Rosina, seine Frau
Lazar, Sohn
Wolf, Sohn
Jakob, Sohn
Samuel ,Sohn
Judith, Tochter
David Slepička
Esther, seine Frau
Šlaumerle Kominek
Susanna, Gattin
Hermann, Sohn
Feischel, Sohn
Jakob, Sohn
Moses, Sohn
Jsak, Sohn
Josef, Sohn
Aron Koželuh
Magdalena, Gattin
Berl, Sohn
Simon, Sohn
Moses, Sohn
Magdalena, Tochter
Regina, Tochter

Dorothea Löbl, Witwe
Joachim, Sohn
Patschilka, Tochter
David Kostelecký
Magdalena, Gattin
Jakob, Sohn
Adam, Sohn
Eva, Tochter
Dorothea, Tochter
Magdalena, Tochter
Josef Heÿsek
Lidmila, Gattin
Feischel, Sohn
Herschel, Sohn
Jakob, Sohn
Esther, Tochter
Josef Polák, hier seit dem 20. Jahre
Lidmila, Gattin
Esther, Gattin
Salomena, Tochter
Herschel, Sohn des Aron
Dorothea, Gattin
Salomena, Tochter
Esther, Tochter
Samuel Levit
Lidmila, Gattin
Feischel, Sohn
Löbl, Sohn
Herschel, Sohn
Wolf, Sohn
Schmeil Kominek
Lidmila, Gattin
Lazar Löbls Sohn, Gerber
Magdalena, Gattin
Jakob, Sohn
Adam, Sohn
Löbl, Sohn
Agnes, Tochter
Salomon Gerber, Witwer
Markus, Sohn
Veit, Sohn
Moses, Pferdehändler und Handeljud
Lidmila, Gattin
Jakob Levit
Susanna, Gattin
Auf dem Gut und Markt Amschelberg (Ger.-Bez. Seltschan)
Löbl Jud
Helene, Gattin
Markus Jÿlburg, Glaser
Rachel, Gattin
Benesch Jud
Rosina, Gattin
Ein Sohn
Joachim, Gerber
Helena, Gattin

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Samuel Smajs
Helene, Gattin
vier Söhne
eine Tochter
Samuel Joachim
Sara, Gattin
vier Töchter
Joachim Schestak
Sara, Gattin
zwei Söhne
eine Tochter
Joachim Nathan
Anna, Gattin
zwei Söhne
Šťastný, Fleischhauer
Anna, Gattin
ein Sohn
eine Tochter
Isak Levit
Eva, Gattin
ein Sohn
eine Tochter
Markus, Gerber
Magdalena, Gattin
ein Sohn
Bernhard Levit
Sara, Gattin
ein Sohn
Aron Schmajl
Anna, Gattin
eine Tochter
Isak Bělovský
Sara, Gattin
Isak Prager
Magdalena, Gattin
Salomon, Jud
Judith, Gattin
ein Sohn
Jakob, Rabbiner
Anna, Gattin
zwei Söhne
zwei Töchter
Esther, Witwe
ein Sohn
drei Töchter

Gut Leschany und Markt Netwořitz (Ger.-Bez. Neweklau)

Markus, Gerber
seine Gattin
ein Bedienter

Herrschaft Tloskau Markt Neweklau

Löbl Jud
Alena, Gattin
Markus, Sohn
Justina, Tochter
Adam Polák, Jud
Salomena, Gattin
Josef dessen Schwiegersohn
Regina, Gattin
Lidmila, Tochter
Anna, Tochter

Gut Zahrádka (Ger.-Bez. Neweklau)

Philipp Pepř
Marianne, Gattin
Moses, Sohn
Anton, Sohn
Jakob, Sohn
Lazar, Sohn
Elise, Tochter
Abraham, dessen Schwiegersohn
Magdalena, Gattin
Veronika, Tochter
Rosina, Tochter
Samuel Pepř
Salomena, Gattin
Salomena, Tochter
Berl, Schwiegersohn des Pepř
Salomena, Gattin
Anna, Tochter
Isak, Kantor, Pole

Gut Jetřichowitz (Ger.-Bez. Sedletz)

Kalma Jud
Gattin
drei Söhne
vier Töchter
Moses Jud
Gattin
zwei Töchter
eine Bedienerin

Gut Jablonná (Ger.-Bez. Neweklau)

Kaspar Ezechiel
Gattin
drei Kinder

Nalžowitz (Ger.-Bez. Seltschan)

Josef Jud
Gattin
fünf Söhne
eine Tochter

Gut Skrischau (Ger.-Bez. Seltschan)

Nach dem Einbekenntnisse des Richters wohnt dort nur ein Jude mit Frau und Kindern.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Städtchen Kamaik a. M. (G.-B. Sellschan)

Samuel Jud
Dorothea, Gattin
Nathan, Sohn
Josef, Sohn
Jakob, Sohn
Markus, Sohn
Isak, Bruder des Samuel
Anna, Tochter des Samuel
Judith, Tochter
Jakob, Bediener
Anna, Bedienerin

Gut Hradiště (heute Hradištko) (Ger.-Bez. Eule)

es halten sich dort zwei Juden mit Frauen und Kindern auf, die (angeblich) in den Kreis gehören.

Dorf Mlekowitz (Ger.-Bez. Neweklau)

Herschel Glaser
Anna, Gattin
Löbl, Sohn
Margarethe, Tochter
Magdalena
Isak, dessen Schwiegersohn
Esther, Gattin

BEILAGE VI (Zu Seite 255)

Tschaslauer Kreis.

Spezifikation der Juden, die keine bestimmte Beschäftigung haben und auch keine Kontribution zahlen.

Löbl, der aus Mähren kam und jetzt sich in Tisa (G.-B. Habern) aufhält.
Joachim Polák, wohnt in Habern.
Wolf Tschebenitz, Prager Jud, wohnt in Onschau (G.-B. Unter-Kralowitz).
Markus lebt im Dorf Třebeschitz, G.-B. Kuttenberg.

BEILAGE VII (Zu Seite 256)

Elbogener Kreis.

Hroznětín (s. o. Karlovy Vary).

Zu gehorsamb schuldigster Folge des Hochlöbl. königl. Elbögnerischen umbegeschickten Kreispatents seindt auf Anordnung des fürstl. Sächs. Haubtmanns zu Schlackenwerth Herrn Jacob Ottens durch ambtstragenden Bürgermeister Geörg Friedl, Richter Mathes Schmidt und geschwornen Stattschreiber Geörg Philipp Masanek die Judenschaft alhier zu Liechtenstadt von Haus zu Haus beschriben und aufgesezet worden, wie folget:

Hausangesessene:

1. *Moysses David*			
	Teyla, Weib		
3 Söhn	Joseph	32	Jahr alt
	Salomon	22	„ „
	Davidl in der Frembde auf der Schul	18	„ „
1 Tochter	Ziperl	20	„ „

Dienstgesindl:

	Jacob von Prag	15	Jahr alt
	Eva	21	„ „
2. *Samuel Löb*			
	Ziperl, Weib		
3 Söhn	Selkl } in der Frembde	30	Jahr alt
	Seligman }	23	„ „
	Abraham	13	„ „

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

3. *Isac Kalmus*

Rifka, Weib

4 Söhn
- Jacob zu Prag . . . . . 15 Jahr alt
- Süsl . . . . . 9 „ „
- Framl . . . . . 7 „ „
- Mennl . . . . . 5 „ „

2 Töchter
- Hanna . . . . . 17 „ „
- Rösl . . . . . 2 „ „

4. *Wolf Oser*

Meÿla, Weib

3 Söhn
- Joachim . . . . . 14 Jahr alt
- Jacob . . . . . 5 „ „
- Calmus . . . . . 1 „ „

2 Töchter
- Besl . . . . . 15 „ „
- Sela . . . . . 8 „ „

5. *David Salomon*

Reitzl, Weib

3 Töchter
- Breünl . . . . . 20 Jahr alt
- Tayla . . . . . 16 „ „
- Sarl . . . . . 11 „ „

6. *Löbl Schlama*

Bluma, Weib

Bela, Tochter . . . . . 6 Wochen

Dienstgesindl:

Fradl . . . . . 15 Jahr alt

7. *Bürschl Schlama*

Lea, Weib

3 Söhn
- David in Polen . . . . . 15 Jahr alt
- Itzigl . . . . . 8 „ „
- Schlama . . . . . 4 „ „

Breünl, Tochter . . . . . 6 „ „

8. *Salomon Nattan*

Hannele, Weib

Davidl, Sohn . . . . . 14 Jahr alt

3 Töchter
- Fegela . . . . . 9 „ „
- Esterl . . . . . 7 „ „
- Brochele . . . . . 4 „ „

9. *Selke Abrahamb*

Hannele, Weib

3 Söhn
- Jacob . . . . . 10 Jahr alt
- Salomon . . . . . 7 „ „
- Bendet . . . . . 3 „ „

2 Töchter
- Rösl . . . . . 8 „ „
- Elkela . . . . . 1 „ „

Dienstgesindl:

Bonela von Dörrmaul . . . . . 15 Jahr alt

11. *Moyses Kalma*

Hindela, Weib

Schlama, Sohn . . . . . 6 Jahr alt

Calma, Sohn . . . . . 6 Wochen

Bela, Tochter . . . . . 3 Jahr alt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Dienstgesindl:

Nenella . . . . . 18 Jahr alt

12. *Eÿsig Levi*
Rifka, Weib
Hannschl, Sohn . . . . . 13 Jahr alt

13. *Schlama Levi*, Wittiber
Hanschl, Sohn . . . . . 19 Jahr alt
Davidl, Sohn . . . . . 12 „ „
Israel, Sohn . . . . . 10 „ „
Margin, Tochter . . . . . 17 „ „
Breünl, Tochter . . . . . 13 „ „
Sarl, Tochter . . . . . 6 „ „

Dienstgesindl:

Reitzl, ein Weib aus Hungarn
Elkela von Pibana aus Böhmen . . . . . 17 Jahr alt

14. *Abraham Aaron*
Dina, Weib
Löserl, Sohn . . . . . 14 Jahr alt
Schlamele, Sohn . . . . . 6 „ „
Fradele, Tochter . . . . . 12 „ „
Edela, Tochter . . . . . 9 „ „
Bela, Tochter . . . . . 4 „ „
Rösl, Tochter . . . . . 1 „ „

Dienstgesindl:

Berl aus Österreich . . . . . 23 Jahr alt
Hannele . . . . . 15 „ „

15. *Jacobs Aaron* Erben
Löser, Sohn . . . . . 19 Jahr alt
Prochele, Tochter . . . . . 17 „ „

Dienstgesindl:

Scheüe von Prag . . . . . 17 Jahr alt
Libela von Tachau . . . . . 15 „ „

16. *Aaron Moÿses*
Minkela, Weib
Moÿses, Sohn in Diensten zu Falkenau . . . . . 26 Jahr alt
3 Töchter { Besl . . . . . 14 „ „
Rösl . . . . . 5 „ „
Rikela . . . . . 3 „ „

17. *Joachim Mayer*
Güttel, Weib
Meÿerl, Sohn . . . . . 7 Jahr alt
Salomon, Sohn . . . . . 2 „ „
Fegela, Tochter . . . . . 5 „ „

Dienstgesindl:

Berla Neustättl . . . . . 18 Jahr alt

18. *Abraham Veit*
Rifka, Weib
Edela, Tochter . . . . . 15 Jahr alt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

19. *Möyses Präger*
Mattela, Weib
Abraham, Sohn zu Prag . . . . . 15 Jahr alt
Jacob, Sohn . . . . . 13 „ „
Hannele, Tochter zu Plan . . . . . 18 „ „
Sarl, Rochter . . . . . 12 „ „
Lea, Tochter . . . . . 6 „ „
Hindela, Tochter . . . . . 1 „ „

Hausgenossen:

1. *Moÿses Davids*, Sohn — *Abraham* Moÿses
Sara, Weib
Davidl, Sohn . . . . . 3 Jahr alt
2. *Isak Kalma*, Mutter — Güttl, Wittib
3. *Veit* von Petschau
Sara, Weib
Löbl, Sohn . . . . . 16 Jahr alt
Güttl, Tochter . . . . . 12 „ „
4. *David Salomons* Aÿdman — *Joachim Lederer*
Esterl, Weib
Marina, Tochter . . . . . 1 Jahr alt
5. *Meÿer Moÿses*, Schulmeister
Rachel, Weib
Framele, Sohn . . . . . 6 Jahr alt
6. *Moÿses Davids* Aÿden — *Isak Lazarus*
Esterl, Weib
Sarl, Tochter . . . . . 3 Jahr alt
Margin, Tochter . . . . . 1½ „ „

Dienstgesindl:

Bayerl von Dörrmaul . . . . . 14 Jahr alt
7. *Eÿssigs Levi* Aÿden — *Schlama Leml*
Margin, Weib
8. *Jochim Zallels* hinterlassene Tochter, Edela, ein Weiss . . . 20 Jahr alt
9. *Wolf*, Wittiber
10. *Hitzl* von Wien, Wittib
Rösl, Töchter . . . . . 16 Jahr alt
11. *Simon Aufspitz* aus Mähren
Ella, Weib
Aberle, Sohn . . . . . 18 Jahr alt
Margin, Tochter . . . . . 16 „ „
12. *Veit Abrahams* Sohn — *Abraham Veit*
Dina, Weib
Schmuel, Sohn . . . . . 6 Jahr alt
Sarl, Tochter . . . . . 12 „ „
Güttl, Tochter . . . . . 9 „ „
Rösl, Tochter . . . . . 4 „ „
Edela, Tochter . . . . . 1 „ „
13. *Bendets*, nachgelassene Wittib Rösl
14. *Moÿses Pragers* Aÿden — *Samuel Moyses*
Sprinzel, Weib
Hannela, Tochter . . . . . ¾ Jahr alt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Summa der Angesessenen:

17 Vätter, 16 Mütter, 34 Söhn, 33 Töchter.

Dienstgesindl:

3 Mannspersohnen, 9 Weibspersohnen.

Hausgenossen:

10 Vätter, 12 Mütter, 5 Söhn, 12 Töchter.

Dienstgesindl:

1 Weibspersohn.

Summa: 152 Seelen.

Urkundlich solches unser heraufgetruktes gemeinen Städleins Insiegl und gewöhnliche Rathsunterschrift Lichtenstadt am 1. decembris Anno 1674.

L. S. N. N Bürgermeister, Richter und Rath hieselbst etc.

BEILAGE VIII (Zu Seite 256)

Herrschaften Königsberg a. Eger (Ger.-Bez. Falkenau a. Eger).

Moses Schij,
Jacob Josef.

BEILAGE IX (Zu Seite 256)

Petschau a. Tepl.

Specification.

Wieviel Jueden in dem, im Elbögner Creÿs ligunden zur Herschaft Petschau gehörigen Städl Petschau, sowohl Mann- als Weibspersohnen, item deren Khindern und wie sie mit Nahmen heißen, sich zur Zeit befinden als:

Nathon Samuel sambt sein Weib Hennl und 2 Söhn Veit und Johl, item Nathons Mutter Lea;

Veit Löw und sein Weib Sprinz, wie auch drei Khinder, nahmens Lewl, Rösl und Dietl, so dann Veiten Löw Schwester Polna;

Schmeyer mit 2 Söhn Joseph und Antschl;

Hirsch und sein Weib Vögerle, deren 3 Kinder Michl, Lipman und Ranl;

Simon Ascher mit sein Weib Elcker und 2 Söhn Moÿsis, Isackh und ein Tochter Elster,

Moÿsis, sein Weib Frombl mit 5 Khindern Säml, Löw, Sprinz, Edl und Benedict;

Samuel sein Weib Lipisch und ein Khind nahmens Löw,

Maÿer sein Weib Edl und ein Khind Gerssl,

Rubin sein Weib Ester mit 4 Söhn Moÿsis, Piniamen Michl und Veit,

Lesr, sein Weib Sarl und sein Mutter Rösl.

Das sich der Zeit nit mehrers noch weniger befinden, thue ich hiemith attestirn.

Actum Petschau den 22 Februaris Anno 1675.

L. S. Johann Augustin; v. Stowasser, Hauptman alda.

BEILAGE X (Zu Seite 256)

Rakonitzer Kreis.

Gut: Hokau (Ger.-Bez. Jechnitz).

Moses Tábor, wohnt in der Branntweinbrennerei ungefähr 5 Jahre; Hirschl, sein Sohn.

Dorf *Zderaz*: Moses *Samuel Backh* aus Prag; wohnt im Dorfe ein ½ Jahr.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Dorf *Oráčov: Hirschl Peiller* wohnt in der Gemeinde 5 Jahre;
Dorf *Vlkov: Jacob Schneuder*, 1½ Jahre.

Gut Chřitsch.

Kožlany (Ger.-Bez. Kralowitz): *Joachim* mit Gattin Jeanne und 6 Kindern, der das Gerber-, Fleischer- und Krämergewerbe betreibt; bei ihm wohnen sein kranker Bruder mit Gattin Lida und zwei Kindern und der Kantor Herschel; er hat einen Lehrjungen namens Moses.

Chřitsch, Dorf: Dort wohnt der Jude Markus mit Gattin Rosina und einem Lehrjungen Herschel, der das Fleischer- und Krämergewerbe betreibt.

Gut Kraschau:

Kozojedy (Ger.-Bez. Kralowitz): *Löbl Abraham* mit Gattin Magdalena und Kindern, der dort mit Bewilligung der Obrigkeit wohnt; *Joachim Gost*, 19 Jahre alt, unterrichtet die Kinder des Löbl; *Moses*, 16 Jahre alt, Dienstjunge, der den „Šmejd" (Abfall) austrägt.

Eva, die Schwester des Moses, ein achtzehn Jahre altes Dienstmädchen.

Pürglitz:

Bratronitz: Moses Kolínský aus Kolin;
Althütten: Alexander aus Miletin;
Kněževes: Löbl aus Jungbunzlau;
Pürglitz: Isak aus Březnitz;
Kruschowitz: Pinkis Schnürmacher aus Prag;
Neustraschitz: Lazar Taussik, in Prag geboren.

Woleschna und Povltschin (Gut), (Ger.-Gez. Rakonitz):

Israel Jindra, 31 Jahre alt, wohnt im Dorf Woleschna, wohin er aus Rußland zugezogen war;

Joachim Israel, zog aus Mähren hierher ins Dorf Chrašťan vor 12 Jahren;

Aron Herschl, wohnt im Dorf Swojetin 3 Jahre, kam vor 12 Jahren aus Polen nach Böhmen.

Petrowitz (Ger.-Bez. Rakonitz):

Petrowitz: Jakob Cöppl, übersiedelte vor 25 Jahren aus Wilna in Polen in den Rakonitzer Kreis; in Petrowitz wohnt er unter Schutz seit 8 Jahren;

Jakob Jonas wohnt im Dorf mit dem Sohn Zacharias seit 15 Jahren unter Schutz, ist angeblich in Trebnitz in Mähren geboren (Ich glaube, daß das Land nicht richtig angegeben ist; es soll offenbar heißen Preußisch-Schlesien).

Dorf Schanow: Isak Abraham, geboren in Turbin in Polen, hält sich seit 17 Jahren in Böhmen auf und steht schon viele Jahre unter Petrowitzer Schutz.

Skřiwan (Ger.-Bez. Pürglitz):

Adam Tausig, geboren in Rakonitz;

Israel Jakob, wohnt über 16 Jahre in Rakonitz und ist aus Libeschitz (?) in Mähren gebürtig.

Zhoř (Gut):

Israel David nach Böhmen aus Krakau in Polen zugezogen; hat drei Söhne und drei Töchter, die ein in Prag geborener Kantor unterrichtet; außerdem wohnt bei ihm noch ein Dienstjunge Herschel aus Prag.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Brandkatastrophe in Nachod und die Austreibung der Juden aus Böhm.-Skalitz (1663—1705)

Von Dr. Tobias Jakobovits

Die Judengemeinde in Nachod zählt zu den vier ältesten jüdischen Landgemeinden Böhmens.[1] Bereits zu Beginn des 14. Jahrhunderts dürften hier Juden gelebt haben. Die erste Eintragung eines Juden in den Nachoder Stadtbüchern stammt aus dem Jahre 1455, wobei es sich um einen Hauskauf des Juden Ruben handelt.[2] Wenn wir auch über die Häuserkäufe der Nachoder Juden im 16. und 17. Jahrhundert durch bereits erfolgte Publikationen unterrichtet sind,[3] wollen wir sie doch, soweit sie die wichtigsten Einrichtungen der Nachoder Judengemeinde betreffen, kennenlernen. Die Zahl der Juden nahm daselbst im 16. Jahrhundert stark zu, so daß sie bereits im Jahre 1547 eine eigene Schule, eine Synagoge aus Holz und einen Kantor hatten, der auch die Kinder unterrichtete. Im Jahre 1596 verkaufte der Jude Salomon Čampa dem Johann Vodička ein Haus mit einem Garten, woselbst die alte Judenschul gestanden ist.[4] Vorher, am 29. Jänner 1596, hatte der Jude Isak und seine Frau Anna der Nachoder Judenschaft einen Teil seines Gartens zur Erbauung einer neuen Synagoge aus Stein verkauft. Diese Synagoge bildete den Stolz der Nachoder Juden und jeder von ihnen war nach Kräften bemüht, ihr ein Geschenk zu weihen: sei es eine Thorarolle, ein Thoramäntelchen, einen teuren Vorhang für den Thoraschrank oder eine goldgestickte Decke, einen kostbaren Silberschmuck für die Thora oder einen silbernen Weinbecher.

Die Nachoder Judengemeinde besaß auch einen eigenen jüdischen Friedhof, der im Jahre 1550 zuerst erwähnt wird.[5] Dort hatten sie auch ein Haus mit zwei Zimmern; in dem einen wohnte der Totengräber, das andere war für die Unterbringung der fremden Juden bestimmt, die sich vorübergehend in Nachod aufhielten. Wenn es in einem Aktenstücke des Schloßarchives vom Jahre 1630 heißt,[6] daß die Nachoder Judenältesten von Wenzel Schamscha „ein Stück zur Aufrichtung ihres Kirchhofes" gekauft haben, so kann darunter nur dessen Erweiterung gemeint sein, wie sie auch im Jahre 1661 eine solche vornahmen. Seit 1592 besaßen die Nachoder Juden auch ein rituelles Bad. Somit hatten Nachoder Juden bereits gegen Ende des 16. Jahrhunderts alle religiösen Institutionen, die zum Wesen einer Judengemeinde gehörten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Als Ernährungsquelle diente den Nachoder Juden hauptsächlich der Handel, der sich jedoch nicht auf Nachod und dessen Umgebung beschränkte; er erstreckte sich auch auf das Ausland, namentlich auf Polen und auf die deutschen Handelszentren Breslau, Nürnberg und Leipzig. Im 16., teilweise auch im 17. Jahrhundert gab es noch einige jüdische Handwerker, wie Glaser, Riemer, Schwertfeger, Fleischer. Auch ein Arzt und Buchdrucker werden erwähnt.

Ursprünglich lebten die Juden zerstreut in der Stadt unter den Christen und begannen sich erst im Laufe des 16. Jahrhunderts in einer Gasse an der Stadtmauer zu konzentrieren, der späteren „Judengasse". Außer der Auswanderung anläßlich der teilweise durchgeführten Austreibung der Juden aus Böhmen im Jahre 1542, hatten die Nachoder Juden keine behördlich verfügte Vertreibung zu erleiden. Die verhältnismäßige Gleichstellung der Nachoder Juden in älterer Zeit ist aus der Bezeichnung „soused" (Nachbar) zu erschließen, die bei Erwähnung jedes Juden in den Grundbüchern der Stadt vorangesetzt wurde.

Die Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges haben auch die Nachoder Juden stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Juden erwarben zwar im Laufe des Krieges einige leerstehende Bürgerhäuser, ihr Handel aber litt sehr stark. Ihre Anzahl, die 1618 etwa 250 Personen betrug, war nach einer Zählung vom 14. April 1648 auf 133 Personen gesunken.[8] 1648 besaßen sie zwölf Häuser und sechs jüdische Familien lebten in fünf christlichen Häusern. Die nach Beendigung des Krieges in ganz Böhmen überhandnehmende judenfeindliche Strömung bewirkte auch in Nachod eine Änderung im bisherigen Verhalten der Christen gegen die Juden. Der bekannte Feldherr Fürst Octavio Piccolomini, dem im Jahre 1634 die Nachoder Herrschaft zufiel, erhöhte den Juden das ihm zu entrichtende Schutzgeld, das bis zum Jahre 1648 jährlich zehn Reichsthaler betragen hatte, auf 100 Gulden. Eine weitere Erhöhung dieses Schutzgeldes erfolgte nach dem Tode des genannten Fürsten im Jahre 1656 durch den Herrschaftsinspektor Sebastian de Lutiano auf 125 fl. jährlich. Schwerer wog jedoch eine Verordnung des Fürsten, die er im Jahre 1652 gemeinsam mit dem Stadtrat erließ: daß kein Jude mehr außerhalb der „Judengasse" wohnen dürfe. Innerhalb 14 Tagen mußten die Juden die in den übrigen Stadtteilen bewohnten Häuser räumen. Der Besitzstand der Juden betrug nachher insgesamt 16 Häuser.

Wieweit es nach dem Kriege den Nachoder Juden erlaubt war, ein Handwerk auszuüben, geht aus einem Gesuche des Jakob Judt an die Herrschaft hervor.[9] Er sei jung verheiratet, führt er darin an, hätte das Schneiderhandwerk erlernt und bitte um die Erlaubnis, sein Handwerk ausüben zu dürfen. Er gebe die Versicherung ab, der christlichen Schneiderzeche keinen Eintrag zu tun, sondern ausschließlich für die jüdische

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Kundschaft zu arbeiten. Nach dem Handwerksprivileg, das Kaiser Ferdinand III. den Juden Böhmens am 8. April 1648 erteilt hat, wäre die Beschränkung des Handwerkes auf die jüdische Kundschaft überflüssig gewesen; es zeigt jedoch, wie wenig sich einige Stadtmagistrate und Herrschaften um die den Juden gewährten Rechte kümmerten.

Die Zahl der Nachoder Juden nahm nach dem Dreißigjährigen Kriege rapid zu, ebenso nahm auch ihr weitverzweigter Handel einen raschen Aufschwung. Besonders große Handelsgeschäfte betrieb der Nachoder Jude Elias Pressnitz (Bresnitz) mit Mesulan-(Halbleinen) Ware. Zwanzig Jahre hindurch kaufte er Mesulan um 3000 fl. jährlich, zu 7½ fl. das Schock Ellen, von einem christlichen Kaufmann von Glotz, von anderen christlichen und jüdischen Kaufleuten wieder um viele tausende Gulden jährlich. Elias Bresnitz erlitt jedoch große geschäftliche Verluste, so daß er in Zahlungsschwierigkeiten geriet. Von Glotz schuldete er 4000 fl., den anderen Kaufleuten insgesamt 3000 fl. Bresnitz sah sich am 28. Feber 1662 genötigt, beim Kaiser um Gewährung eines Moratoriums einzureichen.[10] Wegen großer Geschäftsverluste und „wegen der aufgebürdeten Kontributions- und anderen Zahlungen", schrieb er an den Kaiser, könne er seine Schulden nicht begleichen. Um nicht ganz in Ruin gestürzt zu werden, bitte er, von ihm eine Abschlagszahlung von 100 fl. jährlich anzunehmen. Kaiser Leopold I. erläßt am 15. April 1662 an die Statthalter ein Dekret ergehen, sich über die Beschaffenheit der Dinge zu informieren und das ihnen richtig Erscheinende zu veranlassen. Die Statthalter beauftragen demgemäß am 31. Mai 1662 die Hauptleute des Königgrätzer Kreises, die Kreditoren zu vernehmen und darüber einen Bericht zu erstatten. Die Nachforschungen der Kreishauptleute fielen zugunsten von Bresnitz aus, so daß ihm die Statthalter, laut ihrem Dekrete vom 7. Juni 1662, das Moratorium bewilligten. Tragischer für ihn endete jedoch die Brandkatastrophe, von der wir im folgenden berichten.

I. Die Brandkatastrophe.

Plötzlich und unerwartet brach über die gesamte Bevölkerung der Stadt Nachod ein ungeheueres Unglück herein. Donnerstag den 17. Mai 1663 entstand im Hause des Elias Bresnitz ein Feuer, das rasch um sich griff. Die Flammen schlugen auf die benachbarten Häuser der Juden über, die wieder die Häuser der übrigen Stadt ansteckten, so daß in wenigen Augenblicken die ganze Stadt ein einziges Feuermeer bildete und in einer Stunde fast alles in Schutt und Asche legte. Das Feuer verbreitete sich mit einer solchen Geschwindigkeit, daß in der Judengasse 16 Personen, zumeist Frauen und Kinder, ein Opfer der Flammen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

wurden und nur als verkohlte Leichen geborgen werden konnten. Die Synagoge mit den darin befindlichen zwei Thorarollen, prachtvollen Paramenten und kostbaren Geräten aus Silber und Gold, 128 Häuser der Stadt, darunter alle Judenhäuser, und eine Kirche brannten vollständig nieder. Nur Bruchstücke der Habseligkeiten und drei Thorarollen konnten unter Lebensgefahr gerettet werden. Fünf Juden, die ihr Vermögen zu retten versuchten, erlitten in einem Keller so schwere Brandwunden, daß zwei von ihnen nach einer Woche ihren Wunden erlagen. Bei und nach dem Feuer spielten sich erschütternde Szenen ab; wie wahnsinnig liefen die jüdischen Mütter einher und suchten ihre verlorenen Kinder, während die umherirrenden Kinder ihre Mütter suchten. Wie gewaltig die Feuerglut gewesen sein muß, geht schon daraus hervor, daß selbst die Kirchenglocken zerschmolzen.

Bei Ausbruch des Brandes war der größte Teil der jüdischen Männer Nachods, darunter auch Elias Bresnitz, auf dem Jahrmarkte in Jaroměř. Als sie nach Hause kamen, fanden sie nur noch eine Unglücksstätte vor, die mit einer gegen die Juden aufgebrachte Menge erfüllt war. Elias Bresnitz, bei dem der Brand ausgebrochen war, wurde der Brandstiftung beschuldigt und zur Verantwortung gezogen. Vergeblich versuchte er nachzuweisen, daß seine Feinde in seiner Abwesenheit aus Rache das Feuer in seinem Hause gelegt hätten. Die Beteuerung seiner Unschuld, sein Klagen und Jammern konnte ihn nicht vor einem tieferschütternden Ungemach retten. Sein Sohn Zewi Hirsch, noch jung an Jahren, der beim Feuerausbruch zu Hause war, wurde wegen Brandstiftung zum Tode verurteilt und öffentlich hingerichtet.[11] Der Haß der christlichen Bevölkerung richtete sich jedoch gegen alle Juden, die sie für die hereingebrochene Katastrophe verantwortlich machten, so daß diese das Ärgste befürchteten und es für ratsam hielten, aus Nachod zu fliehen und bei den Bewohnern der umliegenden Ortschaften Zuflucht zu suchen.

Eine Schilderung dieser großen Brandkatastrophe gibt uns ein bis jetzt erhaltenes Seelen- und Bußgebet, das für die Opfer des Brandes bis in die neueste Zeit in der Nachoder Synagoge verrichtet wurde. Der Inhalt dieses hebräischen Seelengebetes,[12] ein Dokument der Zeit, lautet in der Übersetzung:

Gott der Erbarmungsvolle, der in den Höhen thront, er gedenke in Barmherzigkeit der Heiligen, die nackt gefunden wurden, der Frommen und Vollkommenen, die ihr Leben geopfert haben zur Heiligung seines Namens, dieser Geliebten und Sanften. Am Donnerstag im Monate Ijar, den zehnten des Monates, entstand eine Feuersbrunst in der Stadt Nachod, in unserer heiligen Gemeinde, im Jahre fünftausend vierhundertundzwanzig[13] der Schöpfung. Da ging vom Himmel das

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Verhängnis nieder und die Stadt wurde in einer Stunde vollständig eingeäschert. Wegen unserer Sünden und Vergehen brannte die Synagoge, unser Gotteshaus, nieder. Es entstand ein großes Geschrei: unser Bethaus ist vernichtet, das Haus unserer Pracht ist zerstört worden! es war so, als wäre der heilige Tempel in unseren Tagen zu Grunde gegangen. Laßt Herz und Hände erheben zu Gott im Himmel, ob der heiligen Kleider, die verbrannt wurden, und der heiligen Geräte aus Silber und Gold, derengleichen an Schönheit es in unserem ganzen Lande nicht gab. Gefallen ist die Krone von unserem Haupte. Wehe uns, daß wir gesündigt haben. Darüber ist unser Herz siech geworden, daß alle unsere Häuser niederbrannten, Häuser, die in Flammen standen, einhundertachtundzwanzig an Zahl. Eine Beute sind wir geworden und finden keine Ruhestätte. Die Mütter suchen und fragen, wo sind unsere Kinder und die Kinder fragten, wo sind unsere Mütter. Darüber weinen wir und von unseren Augen fließen Tränen, daß zwei Thorarollen vernichtet wurden, während drei andere nackt und bloß gerettet werden konnten. Darüber erschauert jeder und bricht in Klage, Weinen und Wehgeschrei aus, daß über uns dieser Fluch gekommen ist: Sechzehn Menschenkinder sind es, Kinder und Frauen, die ihr Leben geopfert haben zur Heiligung seines Namens. Glühende Kohlen brannten in ihnen und sie starben eines unnatürlichen und schweren Todes, sie hauchten ihre Seele aus in Heiligkeit und Reinheit. Ich gedenke ihrer mit Namen: die edle Frau Breindl mit ihren sechs Kindern, die edle Frau Tischel, die edle Frau Sarah aus Reichenau, die edle Frau Rösel mit der Tochter des Paltiel, ihrer Enkelin, und mit anderen Kindern, der Herr David, der Levite und die erwachsene Jungfrau, die Braut. Gar sehr bestürzt war unsere Seele, in einem gemeinsamen Grabe sind alle bestattet worden. Schwarz war ihr Fleisch und ihre Haut, verkohlt ihr Antlitz. Wehe uns, daß wir dieses Leid sehen mußten, es schrieen die Mütter mit herzzerreißender Stimme: mein Kind, wo bist du? Sie erkannte es nicht, da es durch die Feuersglut verkohlt war. Sie rannten und flohen in das Haus neben dem Tore, dort sah man ein großes Leid. Fünf Personen waren im Keller versteckt und verborgen, zwei Männer und drei Frauen. Weil sie nicht lassen wollten ihre Habe und ihr Vermögen, stieg Dampf und Rauch in ihre Kehle. Drei von ihnen wurden gerettet, doch zwei starben acht Tage darauf. Der eine war der Gelehrte R. Jehuda, Sohn des R. Elijakum, ein gottesfürchtiger Mann, und die andere war die edle Frau Rele, deren Tugenden in der ganzen Gemeinde gelobt wurden. Ihnen gesellt sich der Heilige (Märtyrer) und Reine, der Jüngling Zewi (Hirsch), der Levite, Sohn des Elijahu, des Leviten, der standhaft blieb und sein Leben opferte für die Heiligung des göttlichen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Namens. Er ist verurteilt worden zu zwei unnatürlichen und schweren Todesarten. Als er zur Richtstätte geführt wurde, leuchtete sein Antlitz, wie der Glanz der göttlichen Majestät. Und er hat sich mit Liebe der von der himmlischen Gewalt auferlegten Prüfung unterworfen. Er hielt beim Worte „Echad" so lange an, bis er seine Seele in Reinheit aushauchte.[14] Sein Verdienst stehe uns bei. Wehe uns, daß wir dieses Leid mitansehen mußten. Führe uns bald zurück nach Zion, in unsere Stadt, wie einstmals. Schaue, Ewiger, auf unser Elend, denn vielfach sind unsere Schmerzen. Du hast uns gestraft mit den Leiden der Eltern an den Kindern. Möchte uns der Heilige, gelobt sei er, Zeichen und Wunder erweisen. Wir waren Zeugen auch dieser mannigfachen Leiden, nämlich als das Feuer bei den Juden in unseren Straßen ausbrach, und wir, damit die Nichtjuden uns nicht ins Feuer werfen, unsere ganze Habe zurücklassen und unsere Leiber durch Flucht aus der Stadt retten mußten. Die Wohltaten Gottes sind aber nicht zu Ende, rette unseren Rest vor den Völkern, du bist ja der Ewige, so oft wir dich anrufen. Sage, genug! zu unseren Leiden, und unser Herz erfreue sich in Bälde. Und sende uns den Messias, bald in unseren Tagen. Amen. (Vergleiche den beiliegenden hebräischen Text.)

Brände von solchem Ausmaße waren in früheren Jahrhunderten keine Seltenheit.[15] Sie entstanden oft durch eine kleine Unvorsichtigkeit und fanden bei den zumeist aus Holz gebauten Häusern reichliche Nahrung. Zumeist wurde auch eine Person ausfindig gemacht, die der Brandstiftung beschuldigt wurde und dann, wie in unserem Falle, für den Schaden mit dem Tode zu büßen hatte. Bei unserem Brande war die Sachlage jedoch viel schwieriger, weil eben alle Juden für den unverschuldeten Schaden verantwortlich gemacht wurden. Davon zeugt eine noch heute erhaltene Inschrift auf einer der zwei Glocken, die sich im Turme der St.-Lorenz-Kirche auf dem Ring zu Nachod befinden und von der Fürstin Maria Benigna Piccolomini, geborenen Herzogin von Sachsen, Engern und Westphalen, nach dem Brande vom Jahre 1663 gespendet wurden. Auf der einen steht:[16]

„Anno 1663 die 17. Maji omnis spiritus laudet dominum Halleluja."

Auf der anderen steht:

„Ich schmelzte als die Stadt Nachod im Feuer verbrand,
Welches von der lossen Rott der Juden her entstand,
Daß ich nun kann zu Gottes Ehre wieder klingen,
Ließ mich in diesen Stand eine Fürstin wiederbringen."

Darunter befindet sich das fürstlich Piccolominische Wappen mit der Inschrift: „Maria Benigna verwittibte Fürstin Piccolomini de Arragona, geborene Herzogin zu Sachsen."

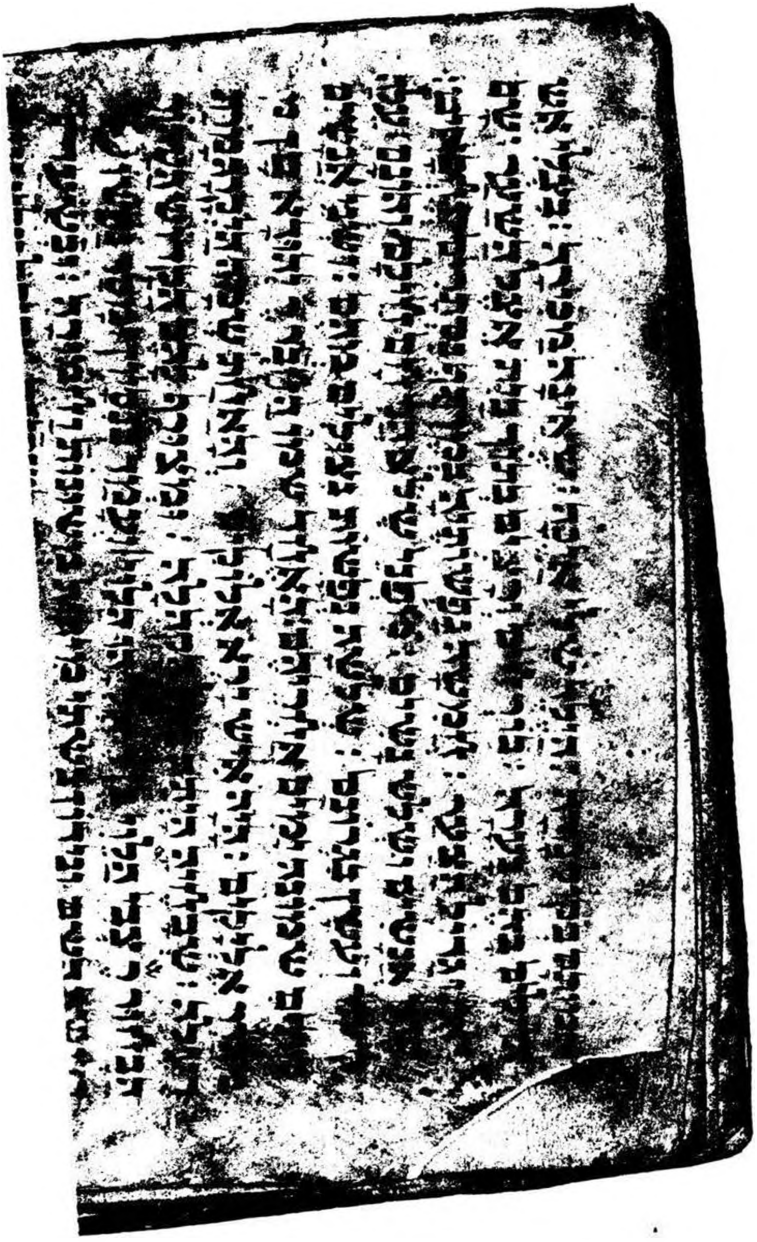
Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG



Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG



Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

II. Die Rückkehr und die Bedingungen für den Aufbau.

Als die Juden aus Nachod flüchten mußten, fanden sie zunächst Unterkunft in Böhmisch-Skalitz, Dobruška und anderen Ortschaften. Über Anordnung der Fürstin Maria Benigna Piccolomini wurden die Juden in Böhm.-Skalitz, das zur Herrschaft Nachod gehörte, vorerst in den christlichen Häusern untergebracht. Die hierher geflüchteten Juden siedelten sich dauernd an; dies sollte sich für sie später als verhängnisvoll erweisen. Von den übrigen Zufluchtsstätten kehrten die Juden jedoch, als sich der Sturm der Entrüstung etwas gelegt hatte, wieder nach Nachod zurück. Sie mieteten sich in Notwohnungen bei den Christen ein und versuchten bald von der Administratorin der Nachoder Herrschaft, der Fürstin Maria Benigna Piccolomini, der jungen Witwe nach dem Feldherrn Octavio Piccolomini,[17] die Erlaubnis zu erwirken, in Nachod ihr bisheriges Wohnungsrecht zu erhalten, ihre Häuser wieder aufzubauen und ihre Handelsgeschäfte wie ehedem wieder betreiben zu dürfen.

Die Fürstin hatte allen Grund, dem Ansuchen der Juden nachzukommen, da die Herrschaft durch Schutzgeld, Mietzins, Perdon, Absatz ihrer Waren u. a. großen Nutzen von den Juden zog. Wenn sie sich dennoch vorerst gegen die wiederholten Bitten der Juden ablehnend verhielt, so geschah dies nur über Drängen der Nachoder Stadtbehörden, die gerne die völlige Vertreibung der Juden aus Nachod gesehen hätten. Die Nachoder Stadträte gingen da konform mit den Verordneten anderer Städte (Teplitz i. J. 1652, Tabor i. J. 1662, Pardubitz i. J. 1663,[18]) die ihre Juden zu vertreiben versuchten. Vorstellungen bei Kaiser Leopold I. bewirkten jedoch einen kaiserl. Auftrag an die Fürstin, die Juden in ihren Wohnrechten nicht zu verkürzen. Diese der Fürstin nicht unwillkommene Anordnung des Kaisers führte zu Verhandlungen zwischen der Herrschaft und den Juden. Die Fürstin hatte den Juden ihr Entgegenkommen bereits in Böhm.-Skalitz bewiesen und ließ ihnen gleich von dem bisher bezahlten jährlichen Schutzgeld 25 fl. nach. Die Verhandlungen zogen sich jedoch wegen der ständigen Einwände der Stadträte über ein Jahr hin. Der Entwurf zu dem Vertrage, der alle Pflichten und Rechte der Juden enthielt, wurde am 1. Oktober 1664 endlich fertiggestellt und sollte in Form eines Reverses von den Vertretern der Juden unterschrieben werden. Als die Fürstin den Vertrag dem Stadtrat zur Begutachtung vorlegte, hatte dieser soviel neue Bedingungen hinzugefügt, daß ein ganz neuer Vertrag ausgearbeitet werden mußte. Der Revers, der am 10. Oktober 1664 von den Juden unterfertigt wurde, enthält eine Einleitung und elf Punkte.

Die Einleitung gibt uns einen Überblick über die langwierigen Verhandlungen mit der Fürstin wegen des Wiederaufbaues der jüdischen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Häuser und der Weiterführung ihrer Geschäfte. Die Fürstin versichert die Juden ihres Schutzes und erlaubt ihnen, eine Synagoge und zehn Häuser an derselben Stelle aufzubauen, wo sie ehedem gestanden waren. Die Juden verpflichteten sich dagegen durch ihre Unterschriften, die im Reverse aufgezählten Bedingungen treu einzuhalten. Es waren folgende:

1. Außer den zehn bewilligten Häusern und der Synagoge ohne Bewilligung der Fürstin oder deren Erben keine weiteren zu bauen. Jedes dieser Häuser dürfe nicht aus einer größeren Anzahl von kleinen Zimmern, um darin etwa mehr jüdische Familien unterbringen zu können, sondern nur aus zwei Zimmern bestehen. Die Häuser müßten aus Steinen gebaut und mit Rauchfängen aus Ziegeln versehen sein, damit jede Feuergefahr gebannt sei.

2. Die fürstliche Herrschaft erhält für den zugesicherten Schutz 100 fl. rhein. jährlich. Dieses Schutzgeld sei in zwei Raten, zu St. Veit, 50 fl. und zu St. Martin ebenfalls 50 fl. zu entrichten.

3. Waren und Lebensmittel, wie Leinen, Schafswolle, Milch, Geflügel u. a., seien bei der fürstlichen Herrschaft zu kaufen, ebenso der in der fürstlichen Brennerei erzeugte Branntwein. Das dafür zu entrichtende Geld sei ohne Verzug abzuführen.

4. Der Bürgerschaft und den in Nachod wohnenden übrigen Christen sei die gebührende Ehre zu erweisen und mit ihnen dürften keine Streitigkeiten angefangen werden.

5. Die Häuser und Wohnstätte seien stets rein und sauber zu halten und sie müßten den Christen bei Herbeischaffung des Wassers für den Hausbedarf und bei der Wegschaffung der Abfälle behilflich sein.

6. Den in der Stadt Nachod und in deren Umgebung befindlichen Handwerkern dürften sie keinen Eintrag tun, noch irgendwie behinderlich sein.

7. Alle sich ergebenden Rechtsstritte, die von christlicher oder jüdischer Seite gegen Nachoder Juden zur Austragung gelangen sollten, seien dem fürstlichen Richter vorzulegen. Ihm seien die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und seine Rechtssprechung sei als rechtsgültig anzuerkennen.

8. Gleich den christlichen Einwohnern hätten sie alle Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Wie jene seien auch sie verpflichtet, im Notfalle die Stadtwache bei den Toren zu versehen und die rechtmäßigen Kontributionen, Zinsen und Zahlungen pünktlich abzustatten.

9. Elias Bresnitz, bei dem die Feuersbrunst entstanden sei, und seine Erben dürften sie niemals in ihre Gemeinde aufnehmen, noch ihm bei Erbauung oder beim Kaufe einer Wohnung behilflich sein.

10. Die Interessen der fürstlichen Herrschaft hätten sie stets nach Möglichkeit zu fördern und ihren Befehlen jede Gehorsamkeit zu erweisen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

11. Im Falle der Nichteinhaltung der vorangegangenen Verpflichtungen, würde der Fürstin oder deren Nachkommen das Recht zustehen, den Juden ihre Häuser zu nehmen, ihnen ihren Handel zu verbieten und mit ihnen nach eigenem Gutdünken zu verfahren.

Der Revers wurde mit dem Stadtsiegel versehen und von folgenden Vorstehern der Nachoder Judengemeinde hebräisch unterschrieben: Michael Levita Kosinka,[19] Jacob Feischel, Faltin Hirschl, Samuel Lazar, Moyses Jacob Goldschmidt und Jacob Faltin.[20] (Vergleiche Beilage I.)

Die in diesem Reverse enthaltenen Verpflichtungen brachte die Nachoder Juden in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von der Herrschaft, da sie von dieser alle Produkte, soweit sie bei der Herrschaft zu haben waren, beziehen mußten. Selbst die den Juden nach dem Landesgesetze erlaubte Ausübung eines Handwerkes war ihnen verboten. Vor dem Brande besaßen die Nachoder Juden 16 Häuser, in denen sich soviel Wohnungen befanden, daß darin fast 250 Personen Unterkunft gefunden hatten. In Zukunft sollten ihnen nur 10 Einfamilienhäuser zu zwei Zimmern zur Verfügung stehen. Wohin die übrigen etwa 25 jüdischen Familien untergebracht werden sollten, bereitete scheinbar der Fürstin keine Sorge. Die Juden waren glücklich, wieder eine Rechtsgrundlage für ihren Aufenthalt in Nachod zu haben und vertrauten auf die Zukunft.

Bevor wir mit der Darstellung der weiteren Ereignisse beim Wiederaufbau der Judengasse fortfahren, wollen wir uns den finanziellen Verhältnissen der Nachoder Judenschaft zuwenden.

III. Die finanzielle Lage.

Es kann einerseits als Glück angesehen werden, daß ein großer Teil der Nachoder Juden während des Brandunglückes auf dem Jahrmarkte in Jaroměř war. Die mitgenommenen Waren blieben dadurch vom Feuer verschont und die Juden standen doch nicht ganz mittellos da. Bald nach ihrer Rückkehr gingen sie wieder ihren Geschäften nach, viele von ihnen waren jedoch durch die beim Brande erlittenen Verluste in der Weiterführung ihres Handels so geschwächt, daß sie außerstande waren, ihre Schulden zu bezahlen. Andererseits fiel es auch den Kreditoren schwer, in der Zeit der Not auf die Bezahlung der Schulden zu verzichten. Marx Taschitz, Nachoder Jude, wandte sich an den Kaiser, damit er ihm zur Bezahlung seiner ausstehenden Schulden verhelfe. Über Auftrag des Kaisers trugen die Statthalter den Hauptleuten des Königgrätzer Kreises am 28. Juni 1663 auf, ihm hierbei behilflich zu sein. Veit (Feischel Jakob), „abgebrannter Jud zu Nachod", bat wieder die Statthalter, ihm ein Moratorium von 3 Jahren zur Bezahlung seiner

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Schulden zu gewähren, „bis er sich erholt haben wird", was ihm die Statthalter auch im Dekrete vom 12. Juli bewilligten. Diese Bittgesuche standen nicht vereinzelt da.

Haben die mißlichen finanziellen Verhältnisse zu Schwierigkeiten unter den Juden in Nachod geführt, so waren jene noch weit größer, als die jüdische Landeskontribution erstattet werden sollte. Die Nachoder Juden hatten zu dieser 53 fl. jährlich beigetragen, erklärten sich aber nach dem Brande außerstande, diese Summe weiterhin zu leisten. Trotz wiederholten Ansuchens gewährten ihnen die Ältesten der Landesjudenschaft keinen Nachlaß, drängten vielmehr auf volle Bezahlung. Ein Bittgesuch an die Statthalter hatte den Erfolg, daß diese in einem Dekret vom 14. März 1664 an die Königgrätzer Kreishauptleute verfügten, die Nachoder Juden diesfalls wegen des erlittenen Brandschadens zu schützen, wie dies in ähnlichen Fällen bei Christen und Juden üblich sei.[21] Die Nachoder Juden seien drei Jahre hindurch von der Entrichtung jeder Kontribution zu befreien. Das auf sie entfallende Kontributionsquantum sei auf die übrige Judenschaft Böhmens zu übertragen. Mit dieser Entscheidung war aber weder die böhm. Kammer, noch die jüdischen Landesältesten einverstanden, sie reduzierten jedoch die jährliche Kontributionsleistung von 53 fl. auf 18 fl. Die Nachoder Juden erklärten, auch diese Summe nicht bezahlen zu können; darin wurden sie auch von ihrer Schutzherrin, der Herzogin zu Amalfi, unterstützt.

Die böhm. Kammer trat am 20. November 1665 energisch für die restlose Bezahlung der auf ein Drittel verminderten Kontributionssumme ein. Die Nachoder Juden, schrieb sie, seien beim Brande nicht zu Hause, sondern auf dem Jahrmarkte in Jaroměř gewesen, wodurch sie den größten Teil ihres Geschäftsvermögens gerettet hätten. Mit dem gelösten Gelde hätten sie dann viel größere Geschäfte betrieben, als jemals zuvor. Sie stünden gegenwärtig in solchem Kredite, daß sie sich gegen diese Kontributionsleistung nicht beschweren dürften. Die Stellungsnahme der böhm. Kammer veranlaßte die Statthalter, die Kreishauptleute zu beauftragen, die Nachoder Juden vor sich zu laden, ihnen die Einwände der jüdischen Landesältesten vorzuhalten und einen Vergleich anzustreben. Bei den Verhandlungen zeigte sich, wie sehr die Unterstützung der Herzogin zu Amalfi die Nachoder Juden in der Ablehnung jeder Kontributionszahlung bestärkte. Die ganze Angelegenheit mußte daher dem Obersteueramt in Prag zur Begutachtung überwiesen werden.

Am 3. März 1666 erstattete das Obersteueramt den Statthaltern den gewünschten Bericht. Nach einem Rückblick über die bereits unternommenen Schritte schlägt das Steueramt vor, die böhm. Kammer möge eine gemeinsame Besprechung der Nachoder Juden und der jüdi-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

schen Landesältesten bei den Kreishauptleuten zum Zwecke eines Ausgleichs in der Steuerangelegenheit anregen, da die Herzogin zu Amalfi einen Ausgleich der beiden jüdischen Korporationen wünsche, sich aber gegen jeden Zwang zur Bezahlung des reduzierten Betrages stelle. Sollte aber die böhm. Kammer auf die restlose Bezahlung des Betrages bestehen, müßte dazu erst die Herzogin zu Amalfi als die Schutzobrigkeit gewonnen werden. Bei einer Ablehnung der Herzogin, solle es ihr überlassen bleiben, die Beitragsleistung nach eigenem Gutdünken zu vermindern und dann sei mit ihrer Einwilligung unverzüglich die Aufteilung dieses Betrages auf die Nachoder Juden vorzunehmen. Sollten sich aber die Nachoder Juden gegen jede Beitragsleistung stellen, sei die Fürstin für ein strenges Einschreiten zu gewinnen. Die Nachoder Juden ließen es jedoch nicht bis zum Äußersten kommen.

Wie schwer es für die Ältesten der Nachoder Judengemeinde war, die nunmehr übernommene Kontribution und die übrigen Beiträge aufzubringen, geht aus einem Gesuche des bereits erwähnten Nachoder Juden Veit hervor, das er an die Statthalter richtete. Er beschwert sich gegen die Judenältesten, die „zugleich seine Kläger und Richter" seien, weil sie ihm soviel aufbürden, daß er in „äußersten Ruin gestürzt" werde. Die Statthalter beauftragen am 20. Feber 1668 die Hauptleute des Königgrätzer Kreises, beide Parteien vorzuladen und sie in Güte zu vergleichen. Sollte dies erfolglos sein, schreiben sie, „In Ansehung aber dessen, weilen es Jude mit Juden betrifft, an ihre erste Instanz, nämlich an die Ältesten der Prager Juden verweisen und daß Supplikant nicht mit weiterer Exekution übereilt werde".

Obwohl die Landjuden Böhmens seit etwa einem Jahrzehnt eine eigene Organisation in der „Landesjudenschaft" hatten, galten doch noch, wie aus der zitierten Zuschrift der Statthalter zu ersehen ist, die Prager Judenältesten als die erste Instanz in der Rechtssprechung für die Juden ganz Böhmens.

IV. Der Wiederaufbau.

Bald nach der Erlaubniserteilung schritten die Juden zum Aufbau der Häuser; da ihnen jedoch nicht genügend Geldmittel zur Verfügung standen, zog sich der Bau jahrelang hin. Bis zum Juni 1667 hatten sie erst sieben Häuser und die Synagoge erbaut.[22] Zacharias Lazar, der als „Liber und Münzmeister"[23] nach Breslau übersiedelte, machte von seinem Baurecht keinen Gebrauch, während zwei andere Nachoder Juden mit dem Baue noch nicht begonnen hatten. Einige Juden, die keine Baubewilligung hatten, wandten sich daher an die Fürstin, um die Erlaubnis zum Baue eines Hauses. Der Stadtrat befürchtete jedoch, es könnten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mehr als die bewilligte Anzahl erbaut werden und ersuchte die Fürstin, den Juden keineswegs mehr als die zehn Häuser zu erlauben. Dementsprechend lehnte die Fürstin die Bittgesuche der Juden ab, namentlich das des Jacob Kalme. An Stelle des Zacharias Lazar bauten die Ältesten der Judengemeinde ein Gemeindehaus, worin sich auch die Wohnungen für den Rabbiner und den Kantor befanden.

In der Befürchtung, die Juden könnten einmal die leergebliebenen Baustellen in der Judengasse für Neubauten verwenden, ersuchte der Stadtrat am 20. Juni 1667 die Fürstin, diese freien Bauplätze der Stadtgemeinde zu überlassen, um daselbst „Nachbarn und Handwerksleuten" anzusiedeln. Als die Fürstin dies ablehnte, versuchte der Stadtrat die Juden durch Aufbürdung neuer Pflichten in ihrem Baue zu behindern. Die Juden mußten sich in einem Revers vom 10. Oktober 1667 der Fürstin gegenüber verpflichten, „daß sie alles, was das Stadtrecht vorschreibt, ferner auch die ihnen neuauferlegten Pflichten, erfüllen werden". Nach Übernahme dieser Verpflichtungen schrieb die Fürstin am 17. Oktober 1667 an den Bürgermeister und Rat der Stadt Nachod, „daß sie der Judenschaft beim Baue der ihr bewilligten 10 Häuser und einer jüdischen Kirche keine Hindernisse in den Weg legen sollen". Kurz darauf, am 11. November 1667, beklagt sich der Stadtrat bei der Fürstin, die Juden würden ihm kein Gehorsam leisten und sich seinen Anordnungen widersetzen. Gleichzeitig bittet der Stadtrat, dem Juden Herschl die leergebliebene Baustelle nach Elias Bresnitz nicht zu überlassen.

Genau so wie während des Baues wohnten auch nach Fertigstellung der 10 Judenhäuser viele Juden in Christenhäusern gegen Bezahlung hoher Mietzinse. Außerdem zogen dauernd fremde Juden nach Nachod, so daß ohne jeden Konsens viel mehr Juden in Nachod lebten, als ursprünglich vorgesehen war. Die Fürstin sah mit Unwillen den Zuwachs der Juden aus der Fremde und befürchtete einen starken Zuzug der jüdischen Exulanten aus Wien und Niederösterreich, so daß in Nachod noch mehr Juden als vor der Feuersbrunst sein würden. Am 13. Feber und am 8. März 1670 ließ sie daher durch den Fürsten-Richter in der Nachoder Synagoge amtlich publizieren, daß sie den Entschluß gefaßt habe, alle ohne fürstlichen Konsens in Nachod und in Böhmisch-Skalitz sich aufhaltende Juden abzuschaffen. Die Nachoder und Skalitzer Juden flehten und baten unaufhörlich die Fürstin, alle gegenwärtig in beiden Städten wohnhaften Juden zu dulden und für Gegenleistungen in Schutz zu nehmen. Nachdem sich auch „vornehme" Fürsprecher für die Juden eingesetzt hatten, ließ sich die Fürstin herbei, mit den Juden abermals in Unterhandlungen zu treten, die am 8. April 1670 zum Abschluß gelangten. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Juden größere finanzielle Opfer zu bringen hatten und wirtschaftlich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

noch mehr von der Herrschaft abhängig sein sollten. Anderseits verpflichtete sich die Fürstin als Administratorin der Nachoder Herrschaft, auf den leeren Baustellen der ehemaligen Judenhäuser, die für die Herrschaft reserviert blieben, auf eigene Kosten einige Häuser, jedes zu zwei Zimmern für die Juden zu erbauen. Juden, die bisher in jüdischen und christlichen Häusern untergebracht waren, sollten gegen Entrichtung eines jährlichen Zinses an das fürstliche Rentamt darin als Mieter wohnen.

Wie im Jahre 1664 hatten auch diesmal die Nachoder Juden die vereinbarten Bedingungen in Form eines Reverses niedergeschrieben. Diese zeigen eine starke Erweiterung und Vermehrung ihrer bisherigen Verpflichtungen. Der Revers, der das Datum vom 22. April 1670 trägt, besteht aus einer großen Einleitung mit einer ausführlichen Darstellung aller Ereignisse, die zum Zustandekommen dieses Vertrages geführt haben, sowie aus 16 Punkten, die in vielem von den früheren abweichen. Am Schlusse dieses Schriftstückes sind die Namen aller Juden verzeichnet, die zu dieser Zeit in Nachod und in Böhmisch-Skalitz gewohnt haben.[24] Die 16 Punkte enthalten folgende Verpflichtungen der Nachoder Juden:

1. In jedem der bewilligten und bereits erbauten 10 Judenhäuser dürften die darin befindlichen zwei Zimmer nicht vermehrt und nur von einheimischen aber von keinen fremden Juden bewohnt werden. Gegen jede Feuergefahr seien sie zu schützen. Von den anderen Judenhäusern, welche die Obrigkeit bauen lassen werde, hätten die darin wohnenden Juden, außer den auf sie entfallenden allgemeinen Geldleistungen, einen von der Herrschaft noch festzusetzenden Mietzins zu bezahlen, von dem drei Teile dem fürstlichen Rentamte und ein Teil der Stadtgemeinde Nachod zufallen werde.

2. Ohne Wissen und Einwilligung der fürstl. Obrigkeit seien, außer den gegenwärtig in den Städten Nachod und Skalitz sich befindenden, in der Beilage mit Namen aufgezählte Juden, keine fremden Juden aufzunehmen, selbst wenn es sich um Verwandte handeln sollte. Ebenso dürften ohne behördliche Bewilligung keine einheimische, noch fremde jüdische Hochzeiten stattfinden.

3. Ohne Wissen der fürstl. Obrigkeit seien keine Wahlen der Judenältesten, der Tempelvorsteher und anderer Gemeindeämter vorzunehmen. Die Wahlen müßten nach Genehmigung der hierzu tauglichen Personen in Gegenwart des Hauptmannes abgehalten werden.

4. Außer dem bisherigen Schutzgelde von 100 fl. für die 10 Judenfamilien, sei für den Schutz der übrigen Juden, die Mietzinse nicht inbegriffen, noch 150 fl. zusammen 250 fl. jährlich in das herrschaftliche Rentamt zu bezahlen. Die Bezahlung habe in zwei Terminen, zu St. Johann und St. Martin, zu erfolgen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

5. Sie seien verpflichtet, von der Herrschaft Waren und Lebensmittel, wie Leinwand, Schafwolle, Butter, Käse, Geflügel u. a., soweit es ihnen nur möglich sein werde, abzunehmen, diese zu verkaufen und das dafür eingenommene Geld ins fürstl. Rentamt rechtzeitig abzuführen.

6. Die von der fürstlichen Obrigkeit etwa gewünschte Einwechslung von Münzen, oder Vorstreckung einer Geldsumme gegen terminweise Rückzahlung, hätten sie nach Kräften durchzuführen und ihr nachzukommen.

7. Ohne Erlaubnis der Obrigkeit und ohne Wissen des Hauptmannes dürften sie keinen Koscher-Wein abladen und ausschenken, sondern hätten sich mit dem von der Obrigkeit erzeugten Bier zu begnügen. Ebenso sollten sie ausschließlich den ihnen von der Obrigkeit zugewiesenen Branntwein verwenden und niemals fremden Branntwein gebrauchen. Jede Übertretung dieser Vorschrift würde mit einer Strafe von 3 Dukaten ans fürstl. Rentamt geahndet werden.

8. Der Bürgerschaft von Nachod und den daselbst wohnenden Christen sollten sie alle Ehre und Respekt erweisen, sich ihnen in nichts vorziehen und mit ihnen keine Streitigkeiten anfangen.

9. Die 10 Juden- und die neuen obrigkeitlichen Häuser seien stets rein und sauber zu halten. In den Häusern und auf der Gasse dürfte kein Schmutz angerichtet werden, die Gruben für den Abfall müßten immer offen bleiben und sie hätten den Christen bei der Einfuhr des Wassers in die Stadt für den Hausbedarf und bei der Abfuhr der Abfälle außerhalb der Stadt behilflich zu sein.

10. Den christlichen Handwerkern dürften sie keinen Eintrag tun. Der Einkauf von allerhand Viktualien auf den herrschaftlichen Dörfern zum Zwecke des Verkaufes auf dem Nachoder Wochenmarkte, wodurch dieser sehr geschwächt worden sei, bleibe ihnen fernab ganz verboten.

11. Bei jedem Rechtsstreit, den ein Christ oder Jude gegen Juden der Obrigkeit vorlegen und diese ihn dem fürstlichen Richter der Stadt Nachod überweisen sollte, sollten sie sich der richterlichen Erkenntnis ganz unterwerfen. Sollte ein Jude ein Vergehen oder Verbrechen begehen, sei die Obrigkeit befugt, ihn hiefür zu bestrafen. Bei Verhängung einer Geldstrafe falle die eine Hälfte dem fürstl. Rentamte, die andere Hälfte der Kassa der Judengemeinde zu. Es solle ein in der Synagoge in Eid genommener Jude als Deputierter ernannt werden, der über alle bei den Juden sich ereignenden Fälle der Obrigkeit einen Bericht zu erstatten und stets die Verbindung zwischen den Behörden und der Judengemeinde aufrecht zu erhalten hätte.

12. Gleich allen anderen Einwohnern sollten sie alle Verpflichtungen, nötigenfalls auch die Wacht bei den Stadttoren, oder Kontributions-, Zinsen- und andere Zahlungen, erfüllen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

13. Elias Bresnitz[24a] und seine Nachkommen seien von Nachod und von Skalitz für ewig ausgeschlossen.

14. Den Nutzen der Obrigkeit hätten sie nach Möglichkeit zu fördern und ihren Befehlen stets gehorsamst nachzukommen.

15. Diejenigen Juden, die mit behördlichem Konsens eines der 10 Häuser erbaut hätten, gegenwärtig jedoch darin nicht wohnen, weil sie sich anderswo im Lande aufhielten und dort gute Geschäfte betrieben, ihr Haus jedoch gegen Zahlung eines großen Mietzinses anderen Juden überlassen hätten, sollten aufgefordert werden, entweder nach Nachod zurückzukehren und daselbst ihren dauernden Wohnsitz einzunehmen, oder ihr Haus gegen Zurückerstattung der Baukosten der Obrigkeit zur Verfügung zu stellen, die dann damit nach ihrem Willen disponieren würde.

16. Bei Nichteinhaltung der in diesem Reverse übernommenen Obliegenheiten seien die Fürstin und ihre Nachkommen berechtigt, ihnen Stadt und Häuser zu verbieten, ihnen den Handel zu untersagen und mit ihnen frei zu verfügen, wogegen sie kein Rechtsmittel zu ergreifen befugt wären.

Der Revers wurde von den Vertretern der Nachoder Judenschaft hebräisch unterschrieben und mit dem Siegel der Stadt versehen. Als Anhang zum Reverse folgt eine „Consignation derer in und bei der Stadt Nachod, wie auch im Städtchen Skalitz zu verbleiben verwilligten Juden". Diese Konsignation zählt in Nachod 40 Familien mit 188 jüdischen Personen und in Böhm.-Skalitz 11 Familien mit 44 jüdischen Personen auf. Insgesamt lebten im Jahre 1670 in den beiden Städten 232 Personen. — (Vergleiche Beilage II.)[25]

Ihrem Versprechen gemäß hat die Fürstin tatsächlich in den folgenden Jahren fünf neue Häuser für die Juden erbauen lassen. Im Laufe der nächsten Jahrzehnte wurde den Nachoder Juden gestattet, ihre Häuser durch Umbau zu vergrößern und zu erweitern, ja sogar drei neue Judenhäuser zu errichten, so daß den Juden zu Beginn des 18. Jahrhunderts bereits 18 Häuser zur Verfügung standen. In der Nachoder Judenkonsignation vom 1. März 1724 steht hierüber folgender Vermerk:[26] „Die obspezifierten jüdischen Eheleute besitzen in der Stadt Nachod 13 bürgerliche, dann 5 herrschaftliche Häuser, sammt einem Betstübel, nebst Synagog in der Stadt, außer der Stadt aber einen jüdischen Begräbnisort nebst einer dabei befindlicher Chaluppa."

Die Anzahl der Nachoder Juden war in den darauffolgenden Jahren stets im Steigen begriffen. Die Zunahme erfolgte nicht allein durch die natürliche Vermehrung, sondern auch durch Einheirat ortsfremder Juden, die allerdings mit behördlicher Genehmigung erfolgten. Welche Schwierigkeiten jedoch die Unterbringung dieser stets zunehmenden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Familien in die Judenhäuser bereitete, ergibt sich aus den Protokollen über die Besitzänderungen der Nachoder Juden, wie sie im „Kontraktenbuch vom Jahre 1615" (Grundbuch der Stadt Nachod Nr. 1, im böhm. Landesarchiv in Prag) verzeichnet sind. In Nachod gab es nicht allein „Teilhäuser", wie dies auch in Prag allgemein üblich war, sondern sogar „Teilstuben". Mochten in Nachod noch soviel Zweige einer Familie wohnen, so fanden sie doch möglichst in einem Hause Unterkunft. Da jedoch jeder von ihnen der Besitzer seiner eigenen Wohnung, die er von den Eltern ererbt hatte, sein wollte, so wurden eben die Zimmer halbiert und auch grundbücherlich eingetragen. Dieser Vorgang kann in Nachod bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts verfolgt werden.

Die Nachoder Judenschaft konnte sich nach 1670 in verhältnismäßiger Ruhe weiter entfalten. Das übernommene Schutzgeld, wie den Mietzins für die herrschaftlichen Häuser führten sie pünktlich ab. Außerdem hatten sie gleich allen anderen Bürgern für ihre bürgerlichen Häuser Zinsen in der Höhe von 3 fl. 22 kr. jährlich in 2 Terminen zu bezahlen. Eine Liste der Judenfamilien, die in den sogenannten bürgerlichen Häusern wohnten und diese Zinsen im Jahre 1680 abführten, erliegt im Schloßarchiv (vergleiche Beilage III). Aus diesem Verzeichnis ist zu ersehen, daß es unter den Nachoder Juden auch Handwerker, wie Glaser, Schuhmacher, Goldschmiede, Schneider gegeben hat. Allerdings dürfte sich ihre Tätigkeit mehr auf die jüdische Kundschaft beschränkt haben.

Wie fast alle adeligen Häuser jener Zeit hatten auch die Piccolominis eigene „Hofjuden" zur Durchführung ihrer Geschäfte, die von der Herrschaft mit besonderen Privilegien ausgestattet waren. Die Fürstin Maria Benigna Piccolomini ersucht am 26. Juli 1675 den Bürgermeister und den Rat der Stadt Nachod, „daß sie die von ihr begnadigte Hofjüdin Eva schützen sollen".[27] Gleichzeitig erteilte die Fürstin „der Hofjüdin Eva das Recht, in Nachod Handel (Wein, Bier etc.) zu treiben und ihrem Sohn, das Schneiderhandwerk daselbst zu betreiben". Die Fürstin hat dieses Privileg der Hofjüdin Eva als Belohnung für die ihr 24 Jahre hindurch geleisteten treuen Dienste erteilt. Sie durfte koscheren (rituellen) Wein, herrschaftliches Bier und alle anderen Lebensmittel frei verkaufen. Ihr Sohn durfte sein Schneiderhandwerk nur innerhalb der Judenschaft ausüben und durfte sich keinen Gesellen halten, er konnte aber im Bedarfsfalle die christlichen Zechmeister ersuchen, ihm einige Gesellen zur Verfügung zu stellen. Allerdings haben sich dagegen die christlichen Kaufleute und Zechmeister bei der Fürstin beschwert. Die Fürstin ließ sich aber durch diese Beschwerden in ihrem gefaßten Beschlusse nicht beeinflussen.

Zum großen Teile lebten die Nachoder Juden weiterhin vom Handel, den einige in ganz großem Ausmaße betrieben. Paltiel (Paltin) Sohn des

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Herschl hat es durch seinen weitverzweigten Handel zu großem Reichtum und Ansehen gebracht. Er wurde zum Primator der Nachoder Judenschaft, welches Ehrenamt er viele Jahre inne hatte, und in den achtziger Jahren sogar zum Delegierten der böhm. Landesjudenschaft gewählt. Durch seine ausgebreiteten und großangelegten Geschäfte hatte er auch viele Prozesse zu führen, so daß sein Name in dieser Verbindung sehr häufig in den Akten und in den Stadtbüchern zu finden ist. Großen Handel betrieb auch Isak Zachrias Schulsinger, ein Sohn des nach Breslau übergesiedelten Münzmeister Zacharias Lazar und der Gitele. Er war zunächst Kantor und Beglaubigter der Nachoder Judengemeinde, wurde aber auch dann ihr Ältester. Zu den Großkaufleuten gehörte auch Jonas Feischl, der häufig zur Leipziger Messe fuhr und 1709 Primator der Judengemeinde war.

V. Die Rabbiner.

Die Nachoder Judengemeinde hatte, wie alle größeren Gemeinden Böhmens, einen eigenen Rabbiner. Am 23. Dezember 1656 ersuchten die Judenältesten die fürstl. Herrschaft um die Erlaubnis, einen Rabbiner aufnehmen zu dürfen. Wann die Herrschaft dem Wunsche der Ältesten entsprochen hat, ist uns nicht bekannt. In der Konsignation vom Jahre 1670 wird „Salomon der alte Rabin" genannt, der somit der erste Rabbiner in Nachod gewesen sein dürfte. Nach dessen Tode wurde der berühmte Prager Talmudgelehrte Jecheskel Sohn des Isak Kindeles zum Rabbiner der Nachoder Judengemeinde gewählt. Jecheskel Kindeles ist, wie er in der Vorrede zu seinem 1695 in Prag erschienenen Werke „Mareh Jecheskel Katon" ausführt, im Jänner 1680 wegen der stark um sich greifenden Pestseuche aus Nachod nach Dimokur geflüchtet, wo er sich im Hause eines Christen ein Jahr lang aufhielt und ein großes Werk von 200 Bogen verfaßte. Er kehrte dann nicht nach Nachod zurück, sondern begab sich nach Prag und wirkte dort als Oberjurist des Prager Rabbinatskollegiums. Während seiner jahrelangen Wirksamkeit in Nachod hat er sich die Anerkennung und die Zuneigung aller Gemeindemitglieder erworben, so daß er am 10. September 1687 in einer Versammlung der Ältesten, der Tempelvorsteher und der Vornehmen der Gemeinde abermals zum Nachoder Rabbiner gewählt wurde.

Nach dem erhaltenen Aufnahmsscheine war es, nebst der selbstverständlichen Pflicht eines Rabbiners, das religiöse Verhalten der Mitglieder zu überwachen und religionsgesetzliche Fragen zu entscheiden, ferner seine Aufgabe, der Gemeinde Recht zu sprechen und ihr in Predigten und in Vorträgen die religiösen, ethischen und moralischen Grundsätze des Judentums beizubringen. Gleichzeitig hatte er auch das

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Amt eines „Beglaubigten" (Schriftführers) zu versehen, der alle privatrechtlichen Dokumente auszufertigen und sie als Vertrauensmann der Gemeinde zu unterfertigen hatte. Als Entlohnung für seine Amtstätigkeit erhielt er: wöchentlich 1 Gulden rhein. ordentliches Gehalt, das Ehrenrecht, jeden Samstag als dritter (schelischi) zur Thora aufgerufen zu werden, zwei Drittel von der Gebühr für seine Rechtssprechung und die üblichen Akzidentien von den Trauungen. Für die Ausfertigung eines Dokuments erhält er zwei Drittel und der Tempeldiener ein Drittel der Gebühr. Eine Naturalwohnung im obersten Stockwerke des Gemeindehauses, wie er sie bereits ehedem innehatte, wurde ihm zugesichert.

Die Aufnahme erfolgte auf zwei Jahre, vom 8. Oktober 1687 bis zum 15. Oktober 1689. Wenn ein Viertel Jahr vor Ablauf dieser Frist keine Kündigung erfolgen sollte, läuft der Vertrag automatisch zwei Jahre weiter. Der Aufnahmsschein wurde von 18 Personen unterschrieben. (Vergleiche Beilage IV.)

Die Tätigkeit des Rabbiners Jecheskel Kindeles fand allgemeine Würdigung, so daß der Vertrag nicht gekündigt, sondern automatisch weiter in Kraft blieb. Durch die große Brandkatastrophe des Prager Ghettos vom 21. Juni 1689 wurde Kindeles, wie er in der erwähnten Vorrede angibt, stark in Mitleidenschaft gezogen. Zwei große Häuser, Bücher und andere Gegenstände wären ihm dabei verbrannt. Bald wurde er von einem neuen Unglück verfolgt. Im Jahre 1690 verlor er seine Rabbinerstelle in Nachod. Viele Umstände dürften dabei mitgewirkt haben. Jecheskel Kindeles war ein gutsituierter Mann, der auf die Nebengebühren in seinem Amte nicht angewiesen war und sich sicherlich auch hierin stets großzügig gezeigt haben wird. Anders war es nach dem Verluste seines Vermögens beim Prager Schadenfeuer; da benötigte er dringend die Akzidentien und das andere Nebeneinkommen und gelangte dadurch in einen Konflikt mit den Parteien, hauptsächlich aber mit dem Nachoder Fürsten-Richter. Dieser hatte durch seine Rechtssprechung und Dokumentenausfertigung viel Nutzen von der Nachoder Juden gezogen, jetzt wollte der Rabbiner aber möglichst alles selbst erledigen. Der Wechsel in der Nachoder Herrschaft im Jahre 1690, durch die Übernahme der Herrschaftsrechte durch Lorenz Fürst Piccolomini, Herzog von Amalfi, der gegen die Juden voreingenommen war, dürfte dabei auch eine Rolle gespielt haben. Der Richter versuchte, den Rabbiner um seine Akzidentien zu bringen und als dieser anläßlich der Hochzeit des Zodek Teplitz seine ihm zugesicherten Akzidentien verlangte, nahm der Richter den Rabbiner vor, um an ihn in ganz ungebührender Weise einige Fragen bezüglich seines Einkommens zu stellen, die der Rabbiner nicht beantwortete. Der Nachoder Richter ging daraufhin in den Tempel und erklärte vor der versammelten Gemeinde,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

daß der Rabbiner seines Amtes enthoben sei. Worauf der Rabbiner ausrief: „Der Ewige hats gegeben, der Ewige hats genommen."

Aus einer Eingabe,[29] die Kindeles nach seiner Amtsenthebung an den fürstl. Herrn richtete, ist zu ersehen, welche Fragen der Richter an ihn gestellt hatte. Sie betrafen sein festes und sein Nebeneinkommen in Nachod, wie sein Einkommen als Prager Oberjurist. Nach der schriftlichen Beantwortung dieser Fragen, wäre er seit 1690 kein Oberjurist mehr, wie dies auch aus der Vorrede zu seinem Werke ersichtlich ist. Kindeles beklagt sich beim Fürsten über das unverantwortliche und rohe Benehmen des Richters, der sich in jüdische Rechtsangelegenheiten und Zeremonien einmenge, ihm seine Akzidentien wegnehme, selbst seine ausstehenden Schulden eingezogen und ihn handgreiflich bedroht hätte. Er bittet dann den Fürsten, sich seiner, seiner Frau und seiner Kinder zu erbarmen und ihn in seinem Rabbineramte, das er stets zur Zufriedenheit geführt hätte, zu belassen. Diesem Gesuche wurde jedoch nicht stattgegeben. Auf dem alten Friedhofe zu Nachod befindet sich auch das Grabmal seines Nachfolgers.

Die Grabschrift lautet: Mittwoch, den 9. Kislev 456 nach der kleinen Zahl (16. November 1695). Der Gelehrte der Rabbiner Menachem Mendel, Vater des Gerichtskollegiums hier in der heiligen Gemeinde Nachod, Sohn des Gelehrten R. Chaim R. Isserls s. A. aus Prag.

Da über die Rabbiner, die in Nachod gewirkt haben, nichts bekannt ist, wollen wir sie hier aufzählen, soweit wir sie aus den Akten und Grabschriften feststellen konnten.[30]

4. „Joachim Israel, Rabbiner in der Stadt Nachod"[31] unterschreibt sich der Nachfolger des R. Menachem Mendel Isserles am 21. Oktober 1707 und am 3. November 1709.

5. „Ich Moyses Löbl Sohn Aron von Steinitz, Rabbiner der Juden Gemeinde in Nachod"[32] lautet die Unterschrift des nächsten Rabbiners unter einem Heiratsvertrag vom 9. November 1711.

6. R. Isachar Bär approbiert im Jahre 1724 in Nachod das Werk „Toldot Jakob" von Jakob Eilenburg (Fürth 1726).[33]

7. Rabbiner Moses Spira[34] wirkte viele Jahre in Nachod. Pessel, Tochter des Salomon Levi, Frau des R. Moses Spira starb am 27. Tebeth 507 (10. Jänner 1747) in Nachod.[35] Seine zweite Frau Rifka und sein Sohn Chaim werden im Nachoder Synagogenbuch vom Jahre 1761 öfter erwähnt.

8. Rabbiner Moises Marcus[36] unterschreibt am 22. Tamus 5519 (18. Juli 1759) bis zum 31. Oktober 1772 als Nachoder Rabbiner. Am 13. Juli 1773 wird er als verstorben angeführt. Er dürfte mit dem Nachoder Rabbiner Moses Blumenau,[37] auch Moses Magid genannt, identisch sein.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

9. R. Josua Selig Spira unterschreibt sich 1780 als Nachoder Kreisrabbiner.[38]

10. R. Tobias Löbl (ha-Levi) aus Hořitz [39]war von 1784 bis nach 1791 Nachoder Kreisrabbiner. Seine Mutter Sara war die Tochter des Nachoder Rabbiners Moses Blumenau.[40] Er ist der Verfasser des Werkes „Berure ha-Midoth" (Prag 1807). Bei der Herausgabe seines Werkes war er Rabbiner in Meseritz (Mähren).

11. R. Jecheskel Schlesinger, Sohn des Samuel ha-Levi aus Glogau, Verfasser des Werkes „Mareh Jecheskel" (Prag 1822), unterschreibt vom Jahre 1794–1799 als Kreisrabbiner in Nachod.[41] 1821 starb er als Rabbiner in Jungbunzlau.[42]

12. R. Aron Löbl ha-Kohen Garfunkel unterzeichnet sich 1802 und 1804 als Nachoder Kreisrabbiner.[43] Er dürfte eine ganze Reihe von Jahren daselbst gewirkt haben.

13. R. Jesaja Sohn des mährischen Landesrabbiners R. Mordechai Beneth.[44] Seine Frau Gitel war die Tochter des R. Elasar Löw, genannt Schemen Rokeach. Wie lange er in Nachod Rabbiner war, ist nicht bekannt, er dürfte jedoch nur kurze Zeit das Rabbineramt in Nachod versehen haben. Von Nachod kam er nach Misslitz[45] (Mähren) und dann nach Nagy-Kállo, wo er am 7. Dezember 1865 starb.

14. R. Ascher Rosenfeld, Sohn des Pinkas genannt Seligmann Sulzbach aus Fürth, war von 1827–1849 Kreisrabbiner in Nachod. Er starb am 12. Tischri (28. September) 1849 nach 22jähriger Amtstätigkeit.[46] Seine Frau Esther war die Tochter des Isak Rudolf in Kolin (starb 1852).

15. Dr. Jonas Elias Sohn des Isak Wiesner aus Nachod war nach seiner Grabschrift vom 13. Ijar (14. Mai) 1889 vierzig Jahre Kreisrabbiner in Nachod. Er ist Verfasser vieler Werke.[47]

In den letzten fünfzig Jahren wirkten folgende Rabbiner in Nachod: Dr. Hirsch Goitein, kam von da nach Kopenhagen. Dr. Heinrich Brody, später Oberrabbiner in Prag, jetzt wissenschaftlicher Leiter des Schocken-Institutes in Jerusalem. Dr. Gustav Sicher, jetzt Rabbiner in Prag-Weinberge. Phil. Hugo Stransky, gegenwärtig Oberrabbiner in Žilina (Slowakei). Zurzeit ist Dr. Erich Kurzweil Nachoder Rabbiner.

Die Nachoder jüdische Gemeinde kann sich rühmen, sehr bedeutende und weitberühmte Männer als ihre Rabbiner gehabt zu haben.

VI. Die Austreibung der Juden aus Böhm.-Skalitz.

Nach dem Brande begab sich, wie bereits früher erwähnt, eine ganze Anzahl der Nachoder Juden nach Böhm.-Skalitz. Über Empfehlung der Fürstin Maria Benigna Piccolomini fanden sie in einzelnen christlichen Häusern in der Stadt und in der Umgebung Unterkunft. Als sich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

herausstellte, daß der Aufenthalt der Juden dauernd sein sollte, schritt der Bischof von Königgrätz, Herr von Tallenberg, gegen das Zusammenleben der Christen mit den Juden ein. Er befürchtete eine Beeinflussung der Christen durch den jüdischen Glauben, was leicht zu Übertritten führen könnte, und wollte den Aufenthalt der Juden bei den Christen durchaus nicht dulden, worin er auch vom Ortspfarrer stark unterstützt wurde. Die Nachoder fürstliche Herrschaft ließ daher zwei neue Häuser zur Unterbringung der Juden bauen, die dafür verpflichtet waren eine jährliche Miete ins fürstliche Rentamt zu bezahlen. Gemäß der Judenkonskription vom Jahre 1670 haben in Böhm.-Skalitz insgesamt 44 jüdische Personen gewohnt. Diese Zahl dürfte im Laufe der Zeit etwas angestiegen sein.

Die Juden haben sich in Böhm.-Skalitz unter dem fürstlich Piccolominischen Schutze sicher gefühlt und begannen sich ihre religiösen Institutionen aufzurichten. Mit Bewilligung der Herrschaft bauten sie sich eine Synagoge für 150 fl. und im Jahre 1680 führten sie Verhandlungen mit dem Bürgermeister und dem Rat der Stadt Skalitz wegen Ankaufs eines Grundstückes zur Errichtung eines jüdischen Friedhofes. Nachdem sie hiezu eine schriftliche Erlaubnis von der Nachoder Herrschaft erbracht und die gesamte Bürgerschaft ihr Einverständnis damit erklärt hatte, wurde der Vertrag am 10. November 1680 abgeschlossen und grundbücherlich eingetragen. Im Namen aller Skalitzer Juden kauften demnach Simon Isak, Markus Jonas, Isak Ziperle, Thobias Abraham, Salomon Baltil, Salomon Jonas, Isak Jacob, Faltin Stieglitz und Markus Löbl vom Skalitzer Stadtrat ein Stück Gemeindegrund „ob dem mittleren Bergl von der Stadt gelegen" im Ausmaße von 40 Ellen Länge und 34 Ellen Breite „zur Begrabung ihrer toten Körper". Es wurde ihnen das Recht zugestanden, auch jüdische Leichen aus der Fremde zu beerdigen und beim Friedhof ein Haus für den Totengräber zu bauen. Der Friedhof müßte „mit Brettern oder Buntwerk" umzäumt werden, damit das Vieh keinen Schaden anrichte. Der Kaufpreis betrug 50 Schock Meissen, davon hatten sie 10 Schock Meissen gleich beim Kontraktabschluß erlegt, von den restlichen 40 sollten sie jährlich sechs Schock Meissen, zu St. Georgi drei und zu St. Galli auch drei, entrichten. Überdies waren als Verzinsung 20 meissner Groschen jährlich zu bezahlen. Eine Abschrift von dieser grundbücherlichen Eintragung wurde den Juden am 20. November 1690 ausgehändigt, nachdem der Kaufpreis für den Friedhof bereits voll erlegt worden war. Die Zinsen im Betrage von 20 m. Gr. sollten jedoch weiter bezahlt werden, wofür die Judenältesten Markus David Moyses Jakob und Jacob Graetz,[47a] sowie der Kirchenvater (Tempelvorsteher) Zodek Kalme Bürgschaft leisten mußten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Am 16. Juli 1703 wurde ihnen, nach Entrichtung von zwei Schock Meissen, gestattet, beim Friedhof eine „Chaluppe" im Flächenausmaße von 8 mal 17 Ellen zu erbauen. Die jährliche Zinsenleistung sollte nunmehr „für ewig" statt 20 m. Gr. 30 betragen, womit sich die Skalitzer Juden einverstanden erklärten.

Wie bereits erwähnt, hatte die Nachoder Herrschaft den Skalitzer Juden zwei Häuser als Wohnstätten erbauen lassen, wofür sie die jährlichen Mieten regelmäßig entrichteten. Im Jahre 1703 ließ Fürst Laurenz Piccolomini de Arragona, Herzog zu Amalfi, den Skalitzer Juden sagen, sie müßten ihm die beiden Häuser für 260 fl. abkaufen, sonst würden sie in Skalitz nicht mehr geduldet werden. Der Preis für die alten, bereits abgenützten Häuser war sicherlich zu hoch gegriffen, dennoch erklärten sich die Juden bereit, die Häuser abzukaufen. Da es für die Juden nicht leicht war, eine so hohe Summe gleich aufzubringen, bezahlten sie dem Fürsten vorerst 100 fl., und versprachen die übrigen 160 fl. zu einem späteren Zeitpunkte abzustatten. Die ihnen gestellte Frist zur Bezahlung der restlichen 160 fl. haben sie jedoch nicht eingehalten. Als sie dann, etwa drei bis vier Wochen verspätet, im Sommer 1704, dem Fürsten die 160 fl. bezahlen wollten, nahm er sie nicht mehr an.

Zu Beginn des Jahres 1705 brach dann plötzlich die Katastrophe über die Skalitzer Juden heran. Fürst Lorenz Piccolomini ließ ihnen verkünden, daß alle Juden bis zu St. Georgi unwiderruflich das Stadtgebiet verlassen müßten, sonst würden sie mit Gewalt hinausgejagt werden. Ein triftiger Grund wurde hiefür nicht angegeben. Diese Botschaft rief bei den Juden eine ungeheure Bestürzung hervor. Sie unternahmen alle nur möglichen Schritte, um den Fürsten zur Zurücknahme des Ausweisungsbefehles zu veranlassen; alle Bitten der Juden, sowie jede Fürsprache bei dem Fürsten war vergeblich. Die Skalitzer Juden wandten sich daher an die Delegierten der böhm. Landesjudenschaft, bei den Staatsbehörden für die Wahrung ihres Rechtes einzutreten.

Isak Chlumnitzky aus Kolin als Primator und Wolf Skolken (Benjamin Wolf Poppers) als Deputierter[48] der Landesjudenschaft unternahmen am 20. März 1705 in einer Zuschrift an die Statthalterei die ersten Schritte für die bedrohten Juden in Skalitz. Die Vertreibung der Skalitzer Juden, führen sie an, würde sich auf die ohnehin schwierige und komplizierte Kontributionsaufteilung katastrophal auswirken. Die Skalitzer Juden hätten bisher ihre Kontribution regelmäßig bezahlt, falle nun dieser Betrag weg, müßte er auf die übrigen Juden Böhmens aufgeteilt werden, was diesen gegenwärtig nicht zuzumuten sei, da sie ohnehin durch die verliehene Perpetuität außerordentliche Zahlungen zu leisten hätten. Die neue Quote würde zerstört werden und ein Chaos müßte entstehen. Aber auch rechtliche und menschliche Gründe sprächen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

für die Weiterbelassung der Juden in Skalitz. Sie besäßen daselbst eine Synagoge, einen Friedhof mit dazugehörigem Hause und hätten auch die beiden herrschaftlichen Häuser bereits bezahlt. Sie seien daher als „ansässige" Juden gemäß der kais. Privilegien in ihrem Wohnrechte zu schützen. In einem Schreiben an die Kreishauptleute vom 31. März 1705 verweisen sie darauf, daß die Juden bereits seit undenklichen Zeiten in Skalitz seien und nicht um ihre Rechte gebracht werden dürften.

Die Statthalter wünschten in ihrem Dekrete vom 31. März 1705 von den Kreishauptleuten eine Klarstellung der jüdischen Angaben: Durch die Austreibung würden die kais. Privilegien verletzt werden, sie hätten seit altersher in Skalitz Güter besessen, Gewerbe betrieben und Kontribution bezahlt. Die Statthalter verlangten nähere Berichte über die verletzten Privilegien, wie über die Zeitdauer des Skalitzer Aufenthaltes der Juden. Die Parteien seien zu vernehmen und die Angelegenheit in Güte beizulegen. Bei Scheiterung der Versöhnung sei ihnen ein Bericht zu erstatten, bishin hätte alles in statu quo zu bleiben.

Lorenz Fürst Piccolomini richtet am 20. Mai 1705 an den Reichsgrafen eine Zuschrift als Antwort auf ein Schreiben, das dieser ihm am 23. April gesandt hat. Die Abschaffung hätte zu St. Georgi stattfinden sollen, er habe sie jedoch bis zur Dreifaltigkeit verschoben, obwohl die Juden dieses Moratorium nicht verdienen. Die Juden hielten sich nicht auf Grund der kais. Privilegien, sondern wegen seines Wohlwollens in Skalitz auf. Vor 1663 habe kein einziger Jude daselbst gelebt, erst infolge des Brandes seien sie aus Gnade und Mitleid seiner Vorfahren da aufgenommen worden. Zuerst hätten sie in Christenhäusern gewohnt, dann habe er für sie zwei Häuser erbauen lassen, wofür sie Zins zahlen, die notwendigen Reparaturen besorgen und schließlich die Häuser abkaufen sollten, was nur teilweise geschehen sei. Vor drei Jahren sei den Juden gesagt worden, sie hätten die Häuser abzukaufen, sonst würden sie nicht weiter geduldet werden. Erst vor einem Jahre hätten sie statt 260 fl. nur 100 fl. bezahlt. In den Nachoder Grundbüchern sei von einem Friedhof und einer Chaluppe nichts verzeichnet und so seien auch alle ihre Angaben falsch. Er lasse sich die Macht und das Recht nicht nehmen, die Juden aus Skalitz abzuschaffen.

Zur Unterstützung seiner Angaben legte der Fürst Bestätigungen vom Nachoder und vom Skalitzer Stadtrat bei, wonach die Juden erst infolge des Brandes nach Skalitz gekommen seien, was auch die Nachoder Judengemeinde in hebräischer und deutscher Sprache bestätigte.[49]

Eine Erwiderung auf die Ausführungen des Fürsten erfolgte am 9. Juli durch die Landesjudenschaft. Wenn auch die Juden nicht direkt durch ein kais. Privileg nach Skalitz gekommen wären, sei doch zu beachten, daß sie dort schon 43 Jahre wohnten und aus Nachod, das der

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

gleichen Herrschaft angehöre, gekommen seien. Ebensowenig wie die Juden aus Nachod könnten sie aus Skalitz von der gegenwärtigen Obrigkeit, die erst seit 16 Jahren die Herrschaft leite, vertrieben werden. Als die Vorfahren des Fürsten die Nachoder Herrschaft übernommen hätten, seien die Juden schon seit vielen Jahrhunderten dort anwesend gewesen. Die Juden seien auch stets als Einheimische angesehen worden, da sie zur Heirat keinen obrigkeitlichen Konsens, wie alle fremden Juden, benötigt hätten, bei Erbauung der zwei Häuser hätten die Skalitzer Juden das verwendete Material und die Handwerker bezahlt, nur die Robotten hätte die fürstliche Herrschaft bereitgestellt. Die Synagoge und der Friedhof sei mit Genehmigung des Fürsten errichtet worden, was natürlich nicht in den Nachoder, wohl aber in den Skalitzer Grundbüchern zu finden sei. Die Abschaffung erfolge, weil die Juden die Frist für die Bezahlung der restlichen 160 fl. um vier Wochen überschritten hätten. Sie erlegten das zurückgewiesene Geld beim jüdischen Branntweinbrenner in Nachod, wo es schon ein Jahr versiegelt liege. Da die Juden dort Grund und Häuser besäßen, hätten sie Possessionsrecht und die Vertreibung wäre gegen die Privilegien. Diese könnte leicht viele Nachahmer finden und sie würde das ganze Kontributionswesen im Königgrätzer Kreise zerrütten. Sie ersuchten daher die Statthalter dahin zu wirken, daß die Juden in Skalitz bei ihren Besitzungen, wo sie bereits 43 Jahre wohnten, bleiben könnten.

Der Fürst, entschlossen, seinen Willen auszuführen, berief sich am 28. Juli 1705 auf den Landtagsbeschluß vom Jahre 1650, wonach die Juden nur in jenen Ortschaften Böhmens geduldet werden müßten, wo sie bereits am 1. Jänner 1618 gewohnt hätten. Böhmisch-Skalitz gehöre nicht dazu.

Ohne weiteren Bescheid von der Statthalterei abzuwarten ließ der Fürst am Freitag den 31. Juli durch seinen Schloßhauptmann Wenzel Leopold Mord den Skalitzer Juden amtlich verkünden, alle Juden hätten am nächsten Sonntag den 2. August bei unvermeidlicher Strafe zu Hause zu bleiben, damit ihnen der Hauptmann den Befehl der Statthalterei kundmachen könne.[50]

Mit Bangen und Zagen erwarteten die Skalitzer Juden die Verlautbarung am Sonntag. Es wurde ihnen zwar kein Statthaltereibefehl, wohl aber der Ausweisungsbefehl des Fürsten verlesen, demnach sie sich innerhalb anderthalb Tagen aus Skalitz „weg- und fortpacken" müßten. Wehmütigen Herzens verließen die Skalitzer Juden „Hals über Kopf" die Stätte, wo sie fast ein halbes Jahrhundert gelebt hatten und wo die Gebeine ihrer Angehörigen ruhten, ohne zu wissen, wohin sie sich wenden sollten. Manche von ihnen fanden bei guten Bauersleuten in den nächstgelegenen Dörfern Unterkunft, viele aber mußten mit ihren Frauen und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kindern im Freien wohnen, da sie keiner aufnehmen wollte. Die Landesjudenschaft bat am 11. August flehentlich die Statthalter, sich der armen Juden zu erbarmen und die Herrschaft zu veranlassen, die Juden wieder in ihre alte Wohnstätte zurückzulassen. Die Statthalterei sandte alle in dieser Angelegenheit eingelaufenen Schriften zur Begutachtung an die Appellationskammer, womit sie genug getan zu haben glaubte.

Die Appellationskammer hat sich in ihrem am 18. September 1705 (präs. 29. Jänner 1706) abgefaßten Gutachten ganz auf die Seite des Fürsten Piccolomini gestellt. Es sei zwar offenkundig, wie sehr das Kontributionswesen durch die Austreibung in Mitleidenschaft gezogen werde, ebenso daß die Skalitzer Juden ihre Aktiv-Schulden von den erkauften Gründen nicht eintreiben könnten, die Juden würden jedoch erst seit 43 Jahren dort wohnen und könnten daher gemäß des Landtagsbeschlusses von 1650 abgeschafft werden. Von Anfang an hätten sie dort nur mit Erlaubnis der Obrigkeit in Christenhäusern gewohnt, die beiden erbauten Häuser seien bis in die letzte Zeit nicht ihr Eigentum gewesen, daher hätten sie kein Possessionsrecht. Die Appellationskammer schließe sich der Ansicht des Fürsten Lorenz Piccolomini an, daß er unter Berufung auf den Landtagsbeschluß von 1650 berechtigt sei, die Juden aus Skalitz abzuschaffen.

Die Delegierten der Landesjudenschaft schildern in ihrer Eingabe vom 29. Jänner 1706 der Statthalterei die entsetzliche Lage der Vertriebenen. „Der miserable Zustand der armen Vertriebenen Skalitzer Juden ist so groß, daß es einen Stein in der Erde erbarmen sollte. Sie halten sich in den herumliegenden Dörfern auf und aus Mitleid des armen Bauersmannes in den Scheunen fast ärger als die Hunde liegen. Kein Wunder, daß sie mit den verlassenen Weibe, und betrübten, hilflosen Kindern vor Hunger, Armut und Notstand, besonders wegen harter Kälte crepieren, sterben und verderben möchten." Die Landesdelegierten hatten noch keine Kenntnis, daß das Los der vertriebenen Juden durch das Urteil der Appellationskammer längst besiegelt war.

Die Statthalterei sanktionierte am 12. Feber 1706 in einem Schreiben an die Königgrätzer Hauptleute die längst erfolgte Austreibung der Juden aus Skalitz, wobei sie sich das Gutachten der Appellationskammer zur Grundlage ihrer Entscheidung nahm.

Die einstige Ansiedlung der Juden in Skalitz, die durch die Austreibung ein so trauriges Ende gefunden hat, ist aus dem Gedächtnisse der Nachwelt ganz entschwunden. Wohin aber die Juden aus Skalitz gekommen sind, kann erst eine spätere Forschung ergründen. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß ein Teil von ihnen bei den Juden in Nachod, mit denen sie die engsten verwandtschaftlichen, geistigen und geschäftlichen Bande verknüpften, Aufnahme gefunden haben.[51]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

Für die vorliegende Darstellung wurde folgendes Archivmaterial benützt: Faszikel n. m. J 7/49 im Archiv des tschechosl. Innenministeriums. Grundbuch der Stadt Nachod Nr. 1 (Kontraktenbuch vom Jahre 1615), Nachoder Synagogenbuch Nr. 13, Kopien der Judenakten, alle im böhm. Landesarchiv in Prag. Die einschlägigen Aktenstücke im Nachoder Schloßarchiv. Dagegen konnte ich in die zahlreichen Akten des Nachoder Stadtarchivs wegen der erfolgten Übersiedlung keine Einsicht nehmen, obwohl mir die Archivarin Frau Prof. Treitnerová freundlichst entgegengekommen ist. Allen Herren Archivbeamten sei hier für ihr bereitwilliges Entgegenkommen der Dank ausgesprochen.

Ein ganz besonderer Dank gebührt *Herrn Max Oberländer, Fabrikanten in Eipel*, durch dessen Familienforschung ich zur Bearbeitung des vorliegenden Themas veranlaßt wurde und zweimal die Reise nach Nachod unternehmen konnte, um die Archivbestände und den alten Judenfriedhof daselbst zu erforschen.

[1] Dies sind Kolin, Raudnitz, Bunzlau, Nachod; sie sind in dem hebräischen Worte KoRBaN enthalten.

[2] Vrgl. J. K. Hraše, Dějiny Náchoda. Díl první. Od nejstarších dob až do bitvy na Bílé hoře. Náchod 1895, S. 569.

[3] Ebenda S. 563–583; Frant. Machát, Židé v Náchodě (Sborník prací historických. K 60. narozeninám Jaroslava Golla vydali jeho žáci, Praha 1906) S. 298 bis 319.

[4] Hraše a. a. O., S. 581; In der Konsignation der Nachoder Juden vom 1. März 1724 (Nr. 18.194 im Schloßarchiv) steht über die Synagoge: „In der Stadt Nachod befindet sich eine aus Holz erbaute Synagoge oder Judenschul, zu welcher Zeit aber solche ihren Anfang eigentlich genommen, ist nicht zu ergründen. Dahingegen aber in den Stadtbüchern bei der Stadt Nachod soviel zu finden, daß a. 1596 ein Jud namens Salomon Czampa ein Haus verkaufet sambt den Garten, wo die alte Juden Schul gestanden, einem Christen benantlich Johann Waniczka. Dahingegen obbesagten Jahre ein Jud namens Isak ein Stück Garten bei seinem Haus in der Gasse denen anderen Nachoder Juden zu Erbauung ihrer Schul oder Synagoge verkaufet hat, woraus erhellet, daß bereits vor 1618 die Juden Synagog zu Nachod erbaut gewesen, ob aber ein solches mit oder ohne allergnädigsten Kais. Consens geschehen, sei hierorts nicht zu ergründen." Die Privilegien seien 1664 verbrannt.

[5] Vrgl. Hraše, S. 582.

[6] Nr. 18.266.

[7] Vrgl. Hraše, S. 583.

[8] Vrgl. Fr. Machát a. a. O., S. 317.

[9] Nr. 1257 im Schloßarchiv.

[10] N. m. J 7/49 im AMI. und Nr. 1258 im Schloßarchiv.

[11] Vergl. das Bußgebet.

[12] Eine Pergamenthandschrift von acht Blättern, die 19 mal 20 Zentimeter groß sind. Sie enthält neben den allgemeinen Gebeten für Sabbat und Festtage, die vom Vorbeter verrichtet werden, und dem Gebete für das Kaiserhaus und dem separaten Gebete für das Nachoder Herrscherhaus, auch ein Seelengebet für die sieben mit Namen benannten Märtyrer, die in Budwitz (Budweis) öffentlich verbrannt wurden. Es sind dies: Bezalel ben Benjamin Katz, Benjamin ben David Katz, Mordechai ben Schelomo Katz, Naftali ben Josef Katz, Jakob ben R. Jitzchok Eilenburg, David ben Chaim und David ben Simon. Außerdem ein Seelengebet für die Verbrannten in Bisawang (?) und für die beiden Verbrannten von Prag. Unter letzteren sind Israel ben Jesaja Zvi Horowitz und sein Schwiegersohn Moses ben Joel gemeint, die am 17. Dezember 1568 durch Verbrennung hingerichtet wurden (vrgl. Gal-Ed Nr. 122). Zuletzt befindet sich das vorliegende

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Seelen- und Bußgebet über den Nachoder Brand. Es ist in einem sehr schlechten Hebräisch abgefaßt und dürfte bald nach dem Brande niedergeschrieben worden sein. In der Einleitung zur zweiten Ausgabe des Werkes „Mareh Jecheskel Katon" von Jecheskel Kindeles, Beregsas 1923, ist dieses Gebet vom Herausgeber Abraham Jehuda Schwarz veröffentlicht worden. Schwarz hat jedoch Worte hinzugefügt, manche wieder weggelassen und die Fehler nur noch vermehrt.

Über den Brand in Nachod dichtete Zebi (Hirsch) b. Josef Miklas, Chassan (Kantor), ein Lied, das in Prag 1663 gedruckt werde (M. Steinschneider, Catalog Bodleinna p. 2755).

[13] Das Wort „drei" fehlt im Texte. Es kann jedoch nur das Jahr 5423 gemeint sein, da der 10. Ijar im Jahre 5420 nicht auf einen Donnerstag, sondern auf einen Mittwoch fiel.

[14] Es wird als höchstes Verdienst eines Sterbenden angesehen, wenn er gleichzeitig mit der Ausrufung des letzten Wortes von Schema Israel, nämlich „echad", seine Seele aushaucht.

[15] Vrgl. Hraše, S. 563 ff.; Zikmund Winter, Požáry a paličové v Čechách. Kulturně historická studie. Zlatá Praha VIII, 40, 474 a n.

[16] Vrgl. Wegweiser durch das Schloß Nachod, siebente Auflage. Nachod 1935, S. 35 f.

[17] Maria Benigna, geboren 1635, heiratete im Jahre 1651 den 52jährigen Octavio Piccolomini. Sie hat, wie aus allen von uns durchgesehenen Akten hervorgeht, als Administratorin von 1656 bis 1690 die Nachoder Herrschaft verwaltet. Sie starb 1701.

[18] Vrgl. T. Jakobovits, Die Judenabzeichen in Böhmen, JGJČ. III (1931), S. 154.

[19] Er wird auch Buchdrucker genannt. Grundbuch Nr. 1, Folie 32.

[20] Er führt den Beinamen Pisska, auch Pissek (starb 1701).

[21] St. m. J 4/7, folio 236 im AMI. Das Obersteueramt berichtet im Jahre 1666, daß die Kontribution der Juden in Schüttenhofen wegen des erlittenen Brandschadens von 16 auf 12 fl. reduziert worden sei.

[22] Die Synagoge wurde aus Holz erbaut. Vrgl. Anmerkung Nr. 4; Die Nachoder Judengemeinde ließ im Jahre 1776 diese Synagoge niederreißen und erbaute eine neue aus Stein. Darüber befindet sich eine grundbücherliche Eintragung vom 14. Feber 1776. Die Judengemeinde ersucht den Bürgermeister und den Rat der Stadt Nachod, ihr zu erlauben, die „bisher in der Judengasse über 100 Jahre gestandene hölzerne, nun aber sehr baufällige Synagoge in demselben Ort und Stelle, auch Raum und Umfang und Höhe (wie es bishero gestanden) von Grund neu, jedoch von Stein aufbauen zu mögen". Sie will die Synagoge bis an die Stadtmauer heranbauen, was zu ihrer Befestigung beitragen würde. Der Stadtrat befaßte sich eingehend mit dieser Eingabe, zog Fachleute heran und nahm einen Lokalaugenschein vor. Das Ansuchen der Juden wurde anerkannt und genehmigt. Die Stadtgemeinde verständigte die Judengemeinde, daß sie ihr zum Baue der Synagoge unentgeltlich das Holz aus den Gemeindewäldern mit freier Zufuhr beistelle, ebenso 15 Klafter Steine aus dem Städtischen Steinbruche, auch gratis jedoch ohne Zufuhr, zur Verfügung stelle.

[23] Grundbuch Nr. 1, folio 95.

[24] Die Abschrift dieses umfangreichen Aktenstückes ließ mir Herr Fabrikant *Max Oberländer* in Eipel durch seinen Prokuristen Herrn *Georg Goldmann* in Hronov besorgen, wofür beiden Herren der Dank ausgesprochen sei.

[24a] Er war einer der fünf Polizeimacher, welche die neue Polizeiordnung für die böhm. Landjudenschaft am 29. Juli 1669 in Kassowitz verfaßten. Daselbst wird er genannt „Raby Elias Nachodt" und unterzeichnet sich: „Elias Sohn Jakob sel. von Bresnitz". (n. m. J 7/70 im A. M. I.).

[25] Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Namen in den verschiedenen Verzeichnissen starke Abweichungen von einander aufweisen und dadurch oft nicht zu identifizieren sind.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[26] Nr. 18.194 im Schloßarchiv.

[27] Kopien von Judenakten im böhm. Landesarchiv; Fr. Machát a. a. O., S. 316, dem die Akten vom Nachoder Stadtarchiv zur Verfügung standen, nennt sie Eva Mojžišová.

[28] Vrgl. Max Freudenthal, Leipziger Messegäste. Frankfurt a. M. 1928, S. 166.

[29] Nr. 1267 im Schloßarchiv.

[30] Wir können natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

[31] Grundbuch Nr. 1, folio 275 und 277.

[32] Ebenda folio 94b.

[33] Vrgl. Leopold Löwenstein, Index Approbationum. Frankfurt a. M. 1923, Nr. 1526a.

[34] Synagogenbuch Nr. 13, folio 12, 16 u. a.

[35] Nr. 89 nach dem Verzeichnis der Grabsteine, das Herr Rabbiner Phil. Hugo Stransky angelegt hat.

[36] Grundbuch Nr. 1, folio 252, 210 und 214.

[37] Er war früher Rabbiner in Kojetein (Mähren). Vrgl. Eleasar Flekeles, Teschuba Mealhaba, Prag 1809, folio 56b; Juden und Judengemeinden Mährens, Brünn 1929, S. 282.

[38] Synagogenbuch Nr. 13, folio 4.

[39] Ebenda folio 109—129; Ca 6, Nr. 8 im Archiv des Nationalmuseums.

[40] Vrgl. die Einleitung zu seinem zitierten Werke.

[41] Synagogenbuch Nr. 13, folio 28b, 32 u. a.

[42] Vrgl. M. Grünwald, Jungbunzlauer Rabbiner (S.-A. aus Jüd. Centralblatt) S. 19.

[43] Synagogenbuch Nr. 13, folio 117b, 127b u. a. Er approbierte im Jahre 1805 ein Machsor in Nachod (Löwenstein a. a. O., Nr. 1972).

[44] Vrgl. Encyclopaedia Judaica, 4. Band, 95; L. Münz, Rabbi Eleazar, genannt Schemen Rokeach. Trier 1895, S. 54.

[45] Vrgl. Juden und Judengemeinden Mährens a. a. O., S. 401.

[46] Laut seiner Grabinschrift.

[47] Er verfaßte: Scholien zum babylonischen Talmud, 3 Teile, Prag 1859—67; Der Bann in seiner geschichtlichen Entwicklung auf dem Boden des Judentums, Leipzig 1864; Gibath Jeruschalajim, Über Wesen, Ursprung und Geschichte des jerusalemischen Talmud, Wien 1871.

[47a] Sein Name ist im Aktenstück hinzugefügt. Er war der Sohn des Prager Oberjuristen und Bunzlauer Kreisrabbiners Lippmann Graetz. Er war ein großer Gelehrter und starb am 9. April 1699.

[48] Deputierter des Königgrätzer Kreises war damals Abraham Bydschov.

[49] Unterschrieben von Valtin Herschel (Paltiel Sohn Hirsch), Maier Sohn Kalme und Isak Zacharias (Schulsinger).

[50] Die Kundmachung lautete: „Denen gesammten Skalitzer Juden wird hiemit Ambts gemäß unter einer unvermeidlichen Strafe anbefohlen, daß sich dieselben auf nächst kommenden Sonntag als übermorgen, id est den 2. August insgesamt zuhause bleiben und versammeln sollen und alsdann den Statthaltereibefehl ihnen von mir publiziert und vorzustellen sein wird, wonach sich dieselben gehorsamst zu richten haben.

So geschehen Nachod, den 31. Juli 1705.

Wenzel Leopold Mord."

[51] In der Nachoder Judenkonsignation vom Jahre 1724 befinden sich auch Namen von einzelnen Skalitzer Juden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

N. m. J 7/49 im AMI.

Revers der Nachoder Judenschaft vom 10. Oktober 1661.

—

Wir Älteste und hier zu Ende insgesamt eigenhändig unterschriebene Juden, verkünden und bekennen hiermit dieses Reverses vor jedermäniglichen, wo solches die Not erfordern sollte. Demnach bei ihrer fürstlichen Gnaden der durchlauchtighochgeborene Fürstin und Frau Frau Maria Benigna Francisca verwitibete Fürstin Piccolomini de Arragona, Herzogin zu Amalfi, geborene Herzogin zu Sachsen, Engern und Westphalen. Als welchen von der Röm. Kais. auch zu Hungarn und Böheimb köngl. Majestät die der allergnädigst aufgetrugen worden, wie nach der schwer erlittenen unglücklichen Feuersbrunst, zu unterschiedlichen malen allergehorsambst angelanget, und damit selbe, dero fürstlichen Gnaden und Schutzes uns fruchtbarlich genießen lassen, wir unsere in der Stadt Nachod gehabte Wohnungen und Häuser wiederum aufbauen, unsern Handl und Wandl, wie vorhero treiben, dadurch unsere Nahrung suchen und bei diesem allen ferner geschützt werden möchten, gnädigst einzuwilligen demütigst gebeten, auch nunmehr die unverdiente hohe fürstl. Gnade (für die wir ewig dankbar zu sein uns demütig schuldigist erkennen), daß uns nicht allein zehn Häuser und eine Synagog oder Judenkirch, in bemelter Stadt Nachod, einen jeden an seinen Ort, wo selbe zuvor gestanden, aufzubauen bewilligt, sondern auch von dem Zins diejenigen durch den Herrn Lutiani seel. erhöhte fünfundzwanzig Gulden rhein. der Feuerbrunst halber nachgelassen worden, erhalten. Daß wir uns Kraft dieses Reverses und unserer Unterschriften bei unserer Treu, Ehr und Glauben aufs Kräftigste obligieren und verbinden, daß wir

Erstens. Die zur Aufbauung der obbemelten zehn Häuser und einer jüdischen Kirche in der Stadt Nachod vergönnte Orter mit demütigster Dankbarkeit willig und gern annehmen und damit vergnüglich zufrieden sein, auch über solche zehn Häuser und eine Kirche nun und nimmer keine Häuser mehr in der Stadt Nachod, ohne gnädigsten Consens ihrer fürstl. Gnaden oder aber des fürstl. Erbens, zu bauen begehren, noch berechtigt sein sollen. Item daß wir keine überflüssige kleine Stübel zur Einsetzung mehrer anderer Juden, sondern nur blos die Notdurft unsere Wohnungen und zwar in jedem Haus nicht mehr als zwei Stuben, mit Steinen, Feuer Mauern erbauen, und selbe mit behutsamen Rauchfängen von Ziegl oder Steinen zu mehrer Vorsichtigkeit wegen des Feuers vermehren lassen wollen und sollen.

Vor anders. Daß wir in die fürstliche Rendten der Herrschaft Nachod für den obrigkeitlichen Schutz, so, wir fruchtbarlich zu geniessen gänzlich verhoffen, jährlich Ein Hundert Gulden rhein. und diese auf zwei unterschiedliche Terminen, als nämlich zu St. Veit 50 und zu St. Martin 50 Gulden rhein. richtig und zur bestimmten Zeit unfehlbar abführen wollen und sollen.

Vors Dritte. Daß wir soviel Mobilien und vivers als Leinet, Milch, Speiß, Geflügel, Schafswolle und anderes, es mag sein, als soviel uns erträglich sein würde, von der Obrigkeit um einen billigen Preis annehmen, wie nicht weniger obrigkeitlichen Brandweines, und sonsten keines fremden uns bedienen, und das Geld für eines und das andere zu gebührender Zeit in die fürstl. Renten bar und richtig liefern wollen und sollen.

Vors Vierte. Daß wir die Bürgerschaft zu Nachod und denen inne wohnenden Christen alle gebührende Ehr geben, ihnen uns mit nichten vorziehen und keine Streitigkeiten Anfänger sein wollen.

Vors Fünfte. Daß wir unsere innehabende Oerter alle Zeit sauber und rein halten, auch auf die in die Stadt zur Haus Notdurft einführende Wässer und Beförderung deren Abfälle, denen Christen eine rechtmäßige und billige Beihilfe zutun schuldig sein sollen und wollen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Vors Sechste. Daß wir denen in und bei der Stadt Nachod sich befindenden Handwerksleuten, wessen Handwerks und Berufs selbe immer sein mögen, keinen Eintrag, noch Eingriff tun, viel weniger auf einerlei Weise verhinderlich sein wollen.

Vors Siebente. Daß wir auf alle ergebende Erforderungen, denenjenigen, es seien Christen oder Juden, welche wider uns in der Stadt Nachod wohnende Juden etwas klageweis oder andere Ursachen halber, anzubringen und zu suchen haben werden, zu dem Fürsten Richter erscheinen, die Klag und Ursach anhören, solche ausführlich beantworten, und uns des bemelten Fürstenrichters (als welcher von der gnädigen Obrigkeit hiezu destiniert) rechtmäßiger Erkenntnis nach unwidersetzlich verhalten wollen und sollen.

Vors Achte. Daß wir alle uns gebührende und zustehende nachbarliche Schuldigkeiten, auch wenn es die Not erfordern sollte, die Stadtwacht bei denen Toren, gleich anderen Nachbarn und Innwohnern zu verrichten, wie nicht weniger die Kontributionen, Zinsen und andere Zahlungen, welche uns rechtmäßig zustehen werden, vermöge unserer Verschreibungen gehörigen Ortes abzustatten und zu entrichten schuldig sein sollen und wollen.

Vors Neunte. Daß wir den vorhin zu Nachod gewesenen Juden Elias Bresnitz, als von welchem die unglückliche Feuersbrunst entstanden, weder dessen Erben oder Erbnehmern (soviel uns zustehen und in unserer Macht sein wird) unter uns nicht annehmen, viel weniger zu Erbau- oder Erkaufung einiger Wohnung kommen lassen, sondern selbe von der Stadt Nachod jetzt und zu allen Zeiten ausgeschlossen haben wollen und sollen.

Vors Zehnte. Daß wir in allen der gnädigen Obrigkeit Nutzen nach Möglichkeit befördern helfen und dero Befehlen demütigen Gehorsam jederzeit zu leisten so willig als schuldig sein wollen und sollen.

Und letztlich. Im Falle wider Verhoffen und Willen diese obspezifizierten Punkte von uns sammt und sonderns nicht also sollten vollzogen oder schuldiger Gehorsam nicht sollte geleistet werden, so geben wir hochgedacht ihrer fürstlichen Gnaden der fürstlichen Wittib, auch der ihnen succedirenden Obrigkeit völlige Gewalt und Macht, uns dero Gnad gänzlich zu benehmen und sowohl die Stadt und unsere Häuser darinnen, als auch allen unseren Handel und Wandel zu verbieten, und nach dero gnädigem Belieben mit uns zu disponieren. Wo wider uns kein gerichtlicher Schutz oder durch Menschenlist erdenkliche Ausflucht vertreten, noch beschirmen können soll.

Daß wir nun dieses alles, wie obsteht, festhalten und vollziehen wollen und sollen, haben wir allesamt diesen Revers in unserer hebräischen Sprach unterschrieben und den gesamten Rat der Stadt Nachod, vor welchem wir dieses alles mündlich ausgesagt und bekennt haben, mit sondern Fleiß erbeten, daß derselbe diesen unseren Revers mit dero Stadtsigel (jedoch ihm und ihren Nachkommen ohne Schaden und Nachteil) zeugnisweise bekräftiget.

So geschehen in der Stadt Nachod den 10. Oktober 1664.

Bemelte Juden sind unterschrieben:
Michael Levita Kosinka
Jakob Feischel
Faltin Hirschl
Samuel Lazar
Moyses Jacob Goldschmidt
Jacob Faltin

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. 18, 269 Judensachen. Schloßarchiv in Nachod.

Consignation
derer in und bei der Stadt Nachod wie auch im Städtl Skalitz zu verbleibenden verwilligten Juden. Näml.

—

In der Stadt Nachod.

Michel Kosincka
Maria, sein Weib
Giettele, Brendele } seine Töchter

Sarele, Tzorele } verwaiste Kinder

Bernhardt, sein Eidem
Rossina, sein Weib
Rossina, seine Tochter

Moyses Benedich, des Kosinkes Schwager
Ester, sein Weib
Lippma, Salomon } seine Söhne
Rele, Giettele } die Töchter
Kosinkes Schwiegermutter Dorotha
Hierschel, sein Eidem
Breynerle, sein Weib

Tzodieg Judt
Lee, sein Weib

Fayschel Jackob
Eva, sein Weib
Jackob, Jonas, Giettele, Gentele, Estera } seine Kinder

Jakob, sein Dienstjung
Rossina, seine Dienstmagd

Issak Lewel, sein Schwager
Riefkele, sein Weib
Jakob, Lebele, Giettele, Rossina } seine Kinder

Hausgenosse Isak Polak
Klariena, sein Weib

Hierschel, sein Sohn
Salomena, seine Mutter

Paltin Hierschel
Pessele, sein Weib
Alexander, sein Sohn
Rossina, Liebe } die Töchter

Moyses, sein Dienstjung
sein Dienst Knecht
Liede, seine Dienstmagd

Im Gemein Haus, Schulklepper Marckus Kuschlietz
Giettele, sein Weib
Hendele, Rieckelle } Töchter

Cantor der die Kinder lehrnet
Liede, sein Weib
Salomon, sein Sohn
Sara, Tochter

Daviedt Schniermacher, der ist zue Solnietz mit seinem Weib und 2 Kinder.

Jackob Ketzel
Anna, sein Weib

Moysses Polak
Anna, sein Weib
Marckus, sein Sohn

Chaske, sein Eidem
Vegele, sein Weib

Salomon der alte Rabin
Catharina, sein Weib
Abrahamb, sein Sohn

Joseph, sein Haus-Genoss
Elesske, sein Weib
Michael, sein Sohn
Ester, die Tochter
Simche

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Fegle, seine Mutter

In des Hierschel Mendelss Hause, welcher zu Skalietz verbleibet.
Jakob Calme
Liebusse, sein Weib
Guttmann
Israel
Eliass
Giettele
Edele
} seine Kinder

Abrahamb Polak, sein Eidem
Estera, sein Weib
Marckus, sein Sohn
Edele, seine Tochter

Abraham Samuel
Salomona, sein (Weib)

Moysis
Samuel
} Kinder

Jackob Pissek
Selte, sein Weib
Joseph
Faltin
Jochem
Giettele
} die Kinder

Jackob Polak, sein Haussgenoss
Sara, sein Weib
Joseph
Lassares
Maria
Tzorat
Edele
Rachele
} die Kinder

Moysses Goltschmiedt
Liebusche, sein Weib
Sein Gesell

Daniel Daschitke
Tzoret, sein Weib
Giettele, seine Mutter

Friedrich Regt
Belle, sein Weib
Hierschel
Jackob
Matele
} die Kinder

Jacob, sein Haussgenoss
Sara, sein Weib
Issak
Benedickt
} die Söhne

Sachariass mit seinem Weib unndt Kind zu Breslau ist und in seinem Hauss verbleibet:
Issak, sein Sohn
Estera, sein Weib
Freydl, die Tochter

Jackob Dierfleisch
Edele, sein Weib
Guttmann, sein Sohn

Hierschel Stiglietz
Issrael, sein Sohn

Jackob Brandays
Anna, sein Weib
Gerschon, sein Sohn

Isak Hirschel
Rossina, sein Weib
Jackob, sein Sohn
Matele, seine Tochter
Schendele
Relle
} Töchter

Isak Hantschel
Maria, sein Weib
Nathan, sein Sohn
Lassar
Hierschel
Issack
Schendele
Miencke

Moyssis, sein Eidem
Beyle, sein Weib

Giettele Wittib
Eliass, ihr Sohn
Roschelle, ihre Tochter

Liepme
Chaye, sein Weib
Issak, sein Sohn
Frometel
Matele
} die Töchter

Freydt Wittib
Channa, Tochter
Edele

Samuel, sein Hausgenoss
Sara, sein Weib
Label
Aron
} Söhne

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Lebel Khugler
Vegele, sein Weib
Faltin
Selig
Joseph
Giettele } die Kinder
Rayne
Rayle

Benedig
Elieschka, sein Weib
Jochem
Jackob
Ester } die Kinder
Rehle
Matelle

Marckus Mendl

Beynel, sein Weib
Mendele
Hierschel
Dienne
Siesselle
Tzorelle
Katharina, seine Mutter

Jackob Samuel
Rachelle, sein Weib
Antzel, sein Sohn
Sara
Elkele } Töchter

Joseph Blasher
Sara, sein Weib
Zeülle, Tochter } verbleiben anitzo zue Tscherniney.

Im Städtl Skalietz.

Hierschel Mendl
Eva, sein Weib
Jackob
Issrael } die Söhne

Lebesch Hierschel
Ester
Mandel } Töchter
Apolena, Dienst-Magdt

Marek Herschel
Rossina, sein Weib
Katel, seine Tochter

Salomon Baltyl
Sussana, sein Weib
Salomena, seine Tochter
Rossina nach dem Jonass
Faltin, ihr Sohn
Salomon, ihr Sohn

Tobias Abrahamb, Eidem
Ludemilla, sein Weib
Estera, Tochter
Thobias, Sohn

Isac Czypele
Ludemilla, sein Weib
Ludemilla
Ligella
Regina
Siemeon } Kinder
Joachimb

Joseph Bidschowsky
Simeon, sein Sohn
Daniel
Salomea } seine Kinder
Rossina

Abrahamb Polack, sein Eidem
Susanna, sein Weib

Jackob von Pardubitz
Anna, sein Weib

Salomon Tschamp
Dorothea, sein Weib
Abrahamb
Johanna } die Kinder
Katharina Wittib
Jacob Rabon
Eliehsca, sein Weib

Drum der in undt bei der Stadt Nachodt, wie auch im Städtl Skalietz sich befindenden Judenschaft

232 Personen.

Dattum Schloß Nachodt
den 22. Aprillis 1670.

—

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

BEILAGE III (Zu Seite 286)

Nr. 18.070 im Nachoder Schloßarchiv.

Verzeichnis der Juden, die die Zinsen für das Jahr 1680 abgeführt haben.

Reyjstřík na který židé úroků za rok 1680 Svato-Girského, tež Svato-Havelského a za Rok 1681 rok. Svato-Girského, již trojiho maji odvésti.

Bernart Freindt	Samuel Prager
Markus Polak	Löbl Khugler
Josef Brlijtšek (durchstrichen)	Bereel Schaurář, Schuhmacher
Jakob Faltin zeť	Béliczka vdova
Tobias Bydžovsky	Abraham Polak, Halmesa zeť
Abraham Salomon	Moyses Polak starý
Isak Joseffu zeť	Jakob Holm
Josef Sklenář	Benedikt Polak
Isak Herschl (durchstrichen)	Daniel jeho zeť
Markus (S)cholem	Joachim Měster
Kateřina Kralová	Eliass Herschel
Lebel Herschl	Jakob Gütel
Herschel Stieglitz (durchstrichen)	Jakob Bytschovsky
Schiche (Simche) Fradlu syn	Czodek Jakob
Abraham Eberle	Isak Byžovsky
Aron Pissku zeť	Czodiková tchyně
Joseff Pissku syn	Fradl vdova
Staraou Czyperle	Moysiš Schulkleppr

BEILAGE IV (Zu Seite 288)

Nr. 1662 im Nachoder Schloßarchiv.

(Aufnahme R. Jecheskel Kindeles zum Rabbiner in Nachod.)

In Versammlung und Zusammenkunft der Judenältesten und Kassier, auch der Kirchenväter mit Zuziehung der völlig Gemeinde Judenschaft in Nachod, haben sie untereinander ausgeredet und votiert und ein jeder unter ihnen seine Meinung vorgeschlagen, so ist bei ihnen samentlich einhelliglich verblieben, sich ein Rabbiner zu setzen und aufzunehmen, der Gemeinde Recht zu adjudizieren und ihnen zu unterweisen, wie sie sich verhalten, — tun und lassen mögen. Und so dann haben sie sammentlich als einer einhellig geschlossen und einer dem anderen zuwillen eingetroffen, daß sie der jüdischen Zeremonien Gebrauch möchten und sich zu setzen und aufzunehmen zum Rabbiner den R. Jchaska Kindels, als einer unter denen Prager jüdischen Oberjuristen. Der gemelte Chaska, zu vorhero viele Jahre lang unser Rabbiner gewesen und ist uns wohl annehmlich gewesen und hat jener zu Recht beständig adjudicieret und keinem nichts zu Liebe geleistet. Sodann ist bei gemelten Aeltesten mit Zuziehung der völligen Gemeinde einhelliglich verblieben und geschlossen worden, denselben zu unserem Rabbiner zu setzen und aufzunehmen noch auf zwei Jahre lang von Neumond Cheschwan 448 bis zum Neumond Cheschwan 450 der jüdischen kleinen Jahrzahl nach, das ist von 9. Oktober 1687 bis wierum 15. Oktober 1689 in allen nachfolgender gestalten. Derselbe soll sein ordinari Besoldung haben, wochentlich zu 1 Gulden rh., auch soll er jährlich jeden Sonnabend der dritte aufgehen zum Segen der zehn Gebote, als es der Brauch ist bei allen anderen jüdischen Gemeinden. Ebenso soll ihm zwei Teil Sentenz

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Gelder, worin er adjudicieren würde, gebühren, soll auch haben das gebräuchliche Ehehimmel Geld.

Item ist er für einen Glaubwürdigen unter der Gemeinde auf und angenommen worden, daß derselbe alle die in unserer Gemeinde vorfallenden Staares schreiben und unterschreiben solle. Und der Schreiblohn und vom Mantelgriff Aufnehmung soll ihm zwei Teil und dem Schuldiener 1/3 gehörig sein. Auch diejenigen Gelder, welche dem Schreiber bei einer Hochzeit vom Bräutigam gebühren, sollen ebenfalls obgesagter maßen verstanden werden. Auch soll ihm zugehörig sein die Wohnung in denen Juden Aeltesten Haus in obristen Gaaden, allwo gemelter R. Chaska zu vorhero darinnen gewohnet.

Und im Falle, daß inner (halb) diejenigen zwei Jahren der gemelte Rabbiner uns weiter nicht mehr anstehen möchte, sodann sollen wir Endesunterschriebene schuldig sein, ihm solches zu intimieren und anzuzeigen. Und imfall, daß wir ihm solches nicht anzeigen und dartun möchten durch zweien zweien ¼ Jahr zuvor, vor Endigung gemelten zweier Jahre, daß wir ihn nimmer mehr verlangeten, sodann soll er bei uns noch auf zwei nacheinander laufenden Jahren weiter ein Rabbiner verbleiben in allem obgedachter gestalten. Und also soll es immer und ewig verbleiben, wann seine Intimation geschieht. Dies alles haben wir Endesunterschriebene auf uns empfangen mit allen starken Kräften als wie alle Rabbiner Staares unter sammentlichen Juden observiert wurde. So geschehen am Mittwoch den 3. des Monats Tischri 448 der jüdischen kleinen Zahl, d. i. 8. Oktober (10. September) 1687.

Saget: Paltiel Sohn Zewi Levita
Vatter (Valtin?) Sohn Jakob Mosche sel.
Isak wird genannt Eisik Sohn Juda Löb von Bihe (Bidžov)
Vatter (Valtin?) Sohn Ascher wird genannt Anschel sel.
Ephraim Sohn Zewi sel. von Nachod
Aaron Sohn Zewi?
Mordechai Sohn Israel
Moyses Sacerdot sel.
Elias Sohn Zewi Hirsch Levi sel.?
Abraham Sohn Jehuda wird genannt Löb
Saget: Isaac Sohn R. Sorach Levita, Cantor in Nachod
Joachimb Sohn R. Löb Cantor sel.
Guttmann Goldschmidt Sohn Kalmus Nachod
Hirsch Sohn Salomon Cantor sel.
Mayer Sohn Klonimos Kalmus Nachod
Salomon Sohn Abraham Moyses sel.
Jakob Sohn Moyses Abraham Sacerdoth sel.
Nachum Sohn Baruch wird genannt Bendet.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Megillath Samuel

Von S. H. Lieben

—

Einleitung

I.

Es ist dem Einzelnen wie der Gemeinschaft vom Religionsgesetze geboten, der ihnen erwiesenen Wunder und Zeichen dankbar zu gedenken.[1] Daß diese Erinnerung sich nicht nur auf Wunder und Zeichen beziehen soll, daß die Dankespflicht viel weiter geht, erfahren wir aus dem Epilog, den Chaim Boskowitz seinem Pentateuchkommentar Tozeoth Chajim beifügte.[2] Chaim Boskowitz als Sohn eines Vaters aus Boskowitz in Jerusalem geboren, kehrte als gereifter Mann nach der mährischen Heimat seines Vaters zurück, wo er mehrere Jahre verlebte, um dann nach einem längeren Aufenthalt in Amsterdam sich endgültig in seiner Geburtsstadt Jerusalem niederzulassen; er ist also ein Mann, der überall herumgekommen ist, die Bräuche aller Länder kennt. Nun sagt er in diesem Epiloge: „Allgemein bekannt ist der Brauch, daß, wenn jemand den Bau seines Hauses glücklich beendet, er sich darob so freut, die Vollendung erlebt zu haben, daß er diesen Tag zur Erinnerung bestimmt für die spätesten Geschlechter und den Tag der Vollendung des Baues zu einem alljährlichen Tage des Gastmahls und der Freude festsetzt, zu einem Familienfeste". Und wenn auch jetzt dieser Brauch ziemlich unbekannt ist, so ist wohl kein Zweifel darüber, daß er bestanden, ein beredter Zeuge für die Stärke des Gefühls der Dankbarkeit für etwas Gutes. Und dieses wohl weit über die religiöse Vorschrift hinausgehende dankbare Gedenken hat auch mancherlei Spuren in der jüdischen Literatur zurückgelassen. Gar zahlreich sind die privaten Fest- und Gedenktage, die einzelne Familien dem Wunsche ihrer Ahnen gemäß zur Erinnerung an der Ahnen glückliche, oft wunderbare Errettung aus Not und Todesgefahr feiern. Und diese Tage wurden zumeist, dem einzigen ungebundenen lustigen Feste analog, Purim genannt, ihre Stiftungsurkunde, dementsprechend Megilla, ja oft sogar in Rollenform, wie das Urbild, die Estherrolle, geschrieben. In folgendem seien nun diese Festtage Purim und Megilloth, soweit sie sich auf Prag und Böhmen beziehen, angeführt und soweit sie schon veröffentlicht sind, ganz kurz, die übrigen etwas ausführlicher besprochen, um dann die dem Inhalt und Umfange nach zu den bedeutenderen gehörende Megillath-Samuel ganz wiederzugeben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

II.

Familienfeste und Megilloth, soweit sie sich auf Prag und Böhmen beziehen.

1. Vorhangpurim (Firhengpurim).[3]

Im Jahre 1623 wurden dem Fürsten Dietrichstein kostbare Vorhänge gestohlen. Auf die Verlautbarung in den Synagogen brachte sie der Käufer dem Schamesch der Meiselsynagoge Chanoch Altschul[4] in seiner Eigenschaft als Notär (schamesch neeman), der sie dem Eigentümer zurückstellte, sich aber weigerte, dem Befehl des Statthalters zu folgen und den Käufer zu nennen. Dadurch geriet er in schwere Lebensgefahr, aus der er nur gegen ein Lösegeld von 10.000 Gulden befreit wurde. Zur Erinnerung schrieb er seine Erlebnisse in Form einer Megilla, und setzte darin den Tag seiner Befreiung, den 22. Tewes für seine Nachkommen als Purim fest.

2. Tossafot Jomtob Purim (Megillath Eba).[5]

Der Purim am 1. Adar eingesetzt 1630 von R. Jomtob Lipman Heller, dem Verfasser des Tossafosjomtob anläßlich seiner endgültigen Rehabilitierung.[6]

3. Megillath Ofen.[7]

Isak, Sohn des Prager Oberjuristen R. Salman R. Moschels Schulhof des Leviten,[8] geriet bei der Belagerung Ofens 1686 in andauernde Lebensgefahr, aus der er auf schier wunderbare Weise gerettet wurde. Zur Erinnerung daran bestimmte er den 13. Elul für seine Nachkommen als Fasttag, den 14. Elul als Festtag, an dem die Geschichte seiner Errettung aus der von ihm geschriebenen Megilla gelesen werden sollte.

4. Megilla der Familie Basch Edels.[8a]

Josua Edels hatte sein Geschäft, einen Bierausschank, an der Ecke der Rawgasse (Rowsgässel, Rabbinergasse), er wollte sein Haus, das nur ein Stockwerk hatte, um zwei Stockwerke erhöhen. Der Baumeister stellte ihn nicht zufrieden. Es kam zu Streitigkeiten. Edels hatte einen Bleikrug, auf dessen Boden ein Heiligenbild war; dies gab den Anlaß zu einer von einem Juden veranlaßten Denunziation. Dieser Jude, namens Jokl, war ursprünglich bei Edels angestellt gewesen, hatte dann aber selbständig in der Nähe einen Bierausschank eröffnet. Die Geistlichkeit und der Baumeister — der diese Denunziation tatkräftig unterstützt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

hatte – bestanden auf strenger Bestrafung Edels. Edels sollte ins Gefängnis geworfen werden; sein Schwager Nathan Kuh ging mit ihm zu dem Kaiserrichter und wollte sich für ihn verbürgen. Da fragte ihn der Richter, wie heißt du?, er antwortete Nathan Krava und der Richter sagte, du sollst nicht mehr Krava heißen, sondern Ochs, da du dich für Edels, der sein Leben verwirkt hat, verbürgst und also dein eigenes Leben verwirkst. Darauf lief Kuh erschreckt davon und lehnte die Bürgschaft ab, er gab dann aber einen Wechsel, den Edels binnen 4 Wochen zu zahlen hatte im Betrage von 1000 fl. dem Richter. Sollte Edels nicht rechtzeitig zahlen, so müßte er ins Gefängnis. Am Neumond Schewat – dem Verfallstage – konnte Edels nicht zahlen und wurde sofort gefangengenommen. Da nahm sich seiner Moses Geizvogel, den er selbst einmal aus Lebensgefahr gerettet, an und verwendete sich beim Kammerpräsidenten Grafen Berka, bei dem er großen Einfluß hatte, zu Gunsten Edels. Graf Berka verlangte schriftlich vom Kaiserrichter die Freilassung Edels, der sie verweigerte. Geizvogel ging nochmals zum Grafen Berka, der aber bei einem hohen Fürsten eingeladen war, Geizvogel ging auch in das Palais dieses Fürsten und läutete solange, bis der Glockenstrang abriß; er kam dann vor und berichtete. Graf Berka erzürnte und gab ihm nochmals einen Brief an den Kaiserrichter mit, in dem es hieß: Entlasse den Juden sofort, andernfalls bist du morgen nicht mehr Richter. Geizvogel kam zum Altstädter Rathaus, dieses war geschlossen; doch da kamen gerade Soldaten in die Stadt, es war finster und es regnete. Die Soldaten hatten kein Nachtquartier, da schlugen sie einfach die Tore des Rathauses ein, um dort zu übernachten. Mit den Soldaten gelangte Geizvogel ins Rathaus und zeigte dem Richter das neuerliche Schreiben Graf Berkas; aus Angst um sein Amt entließ er sofort den Edels mit einer Ermahnung und so kam er in der Nacht des 7. Schewat wieder in seine Wohnung. Nach einigen Tagen kam Geizvogel mit Edels zum Grafen Berka, um ihm zu danken, und brachte ihm ein Dutzend Früchte, genannt Zitronen, und einen Hut Zucker als Zeichen ihrer Dankbarkeit mit.

Einige Zeit hernach verunglückte der Baumeister, der Feind Edels, und verarmte ganz und stand als Bettler auf der Straße, wo Edels jeden Freitag vorbeiging um Fische zu kaufen; Edels gab ihm stets ein Gröschel. Der Bettler sah dies als Verhöhnung an und beschwerte sich beim Gerichte der Altstadt, welches dann Edels verbot, durch diese Gasse zu gehen, solange der Bettler dort stehe.

Zur Erinnerung an seine Errettung verfügte R. Josua Edels, daß seine Nachkommen am Neumonde des Schewat nur Erbsen und Heringe zum Mittagmahle essen dürfen, am 7. Schewat aber einen Purim halten und Gott preisen sollen ob seiner großen Gnade. Die Begebenheit hatte sich zugetragen im Jahre 406 (1646).

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

5. *Megillath Samuel 1704.*

6. *Megilla der Familie Jampels.*[9]

Der Inhalt der Megilla ist folgender: Am 23. Ijar 476 (Mai 1716) standen Hirsch Selig Jampels[10] und sein Genosse (Kompagnon?) Jakob ben Mendel Rofe[11] am Tandelmarkte; sie wurden in das Wirtshaus „Zu den 3 Lilien" gerufen, wo sie von zwei namentlich angeführten Christen einen Rock ehrlich um 1 fl. 45 x. kauften. Nach drei Wochen kauften sie von denselben Leuten ein rotes, mit Gold garniertes Kleid ehrlich um 19 fl., an dem sie 30 xr. und 9 Lot Silber um 10 fl., woran sie 29 xr. verdienten. Am Sabbat, dem 21. Tamus wurden die beiden Verkäufer in die Schachtelei (Gefängnis) der Altstadt gebracht, wo sie aussagten, die Juden hätten die von ihnen gestohlenen Sachen gekauft, obwohl sie gewußt hätten, daß sie aus einem Diebstahl herrühren. In der Nacht darauf wurden Jampels und Rofe aus dem Bette heraus verhaftet, in den Kerker geworfen und trotzdem sie bei den mehrfachen Verhören nicht gestanden, nach siebenwöchigem Kerker zum Galgen verurteilt. Darauf reisten Jampels Frau Mirjam und Rofes Mutter nach Wien, wo sie mit „viel Stadlonus" (Fürsprache Einflußreicher) die Gnade erwirkten, daß die Todesstrafe in dreijährige gemeine Arbeit umgewandelt wurde. Am Freitag, dem 18. Tewes 481 (Januar 1721) wurden sie völlig frei; diesen Tag bestimmte Jampels als Festtag für seine Nachkommen, den 17. Tewes als Fasttag.

7. *Povidelpurim.*[12]

Im Laden des David Brandeis in Jungbunzlau kaufte im Jahre 1731 ein christliches Mädchen Povidel (Pflaumenmus). Ihr Vater, ein Buchbinder, starb, nachdem er davon gegessen hatte und man behauptete, auch die übrigen Familienmitglieder seien nach dem Genusse der Povidel erkrankt. Darauf wurden Brandeis und seine Frau verhaftet und erst in Freiheit gesetzt, als sich herausgestellt hatte, daß der Buchbinder eines natürlichen Todes gestorben sei. Brandeis schrieb dann eine Megilla mit dem Titel „schir hamaaloth ledavid", in der er seinen Nachkommen befahl, den 10. Adar als Tag seiner Freilassung alljährlich festlich zu begehen und an ihm diese Megilla zu lesen.

8. *Megilla der Familie Brod.*[13]

Am Montag dem 16. Siwan 5492 (9. Juni 1732) wurde der Schuster Löbl fälschlich beschuldigt, einen christlichen Knaben mißhandelt zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main UB DFG

haben. Der Pöbel begann den Tandelmarkt zu plündern und nur durch das Eingreifen Karl VI. wurden weitere Ausschreitungen verhütet. Löbl Schneider aber wurde verhaftet, in Ketten gelegt und in ein unterirdisches Verließ des Altstädter Gefängnisses geworfen. Erst über Intervention des R. Baruch Austerlitz wurde er am 23. Siwan – an seinem Geburtstage – entlassen. Er ließ darum eine Megilla schreiben, in welcher er den 16. Siwan für alle seine Nachkommen als Fasttag, den 23. Siwan aber als Festtag festsetzte.

9. Igereth Machalath I.[14]

Anläßlich des Abzuges der Franzosen am 6. Teweth 503 (2. Januar 1743) wurde dieser Teil zur Erinnerung geschrieben und der Tag als Festtag bestimmt.

10. Igereth Machalath III.[15]

Der Verfasser dieses „Igereth Bikoreth" genannten Teiles von Igereth Machalath, Bezalel Brandeis setzt zur Erinnerung an seine Errettung bei dem Judenmassakre vom 21. und 22. Kislew 505 (27. und 28. November 1744) den 21. Kislew für seine Nachkommen als Fasttag, den 26. Kislew als Festtag ein.

11. Die Aufzeichnungen des Chaim Lipmann in Böhm.-Leipa.[16]

Anläßlich des großen Judenmassakres in Böhm.-Leipa am 4. Tewes 5505 (9. Dezember 1744) setzt Chaim Lipmann außer dem 4. Tewes als Fasttag, den 5. Tewes als Freudenfest für alle seine Nachkommen ein, der 4. Tewes wird von der jüdischen Gemeinde Böhm.-Leipa noch jetzt als Erinnerungstag begangen.

11a. Megilla der Familie Teller—Hutter—Sticklechhandler.[16a]

In der Nacht des Sabbat, des 6. Adar II 5510 (1750) stürzte ein Haus in der „Goldenen Gasse" des Prager Ghetto ein. Dem Einsturze fielen Abraham Kaz Koref, Isak Weisels, das Mädchen Jitel, Tochter des Gutkind und ein einjähriges Kind Isak Weisels zum Opfer. Außer diesen Toten gab es noch eine Reihe von Verletzten. Sorel, die Tochter Sudel (Sundel?) Tellers, Frau des Jakob Hutter Sticklechhandler wurde auf wunderbare Weise gerettet, in dem das Bett, in dem sie lag, in den Resten der Mauern hängen blieb. Zur Erinnerung daran wurde der 6. Adar als Fasttag für die Familie bestimmt, während am darauffolgen-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

den Abend ein Freudenfest gefeiert und diese Megilla verlesen werden sollte. Das Ereignis hat auch der Chronist in meinem „Handschriftliches zur Geschichte der Juden in Prag II", S. 33, geschildert.

12. Megillath Wekele.[17]

Dem R. Isak Leb Schulhof wurden im Jahre 5524 (1764) 350 fl. gestohlen; der Verdacht fiel auf die Köchin Rechele Lasch. Diese behauptete nach dreiwöchiger Gefangenschaft, sie habe das Geld der Wekele, der Gattin des Salkind Schmelkes[18] gegeben. Diese wird verhaftet und verhört. Nach langer Zeit stellt sich eine Christin, die zufällig nach Wekele gefragt und gehört hat, unter welchen Umständen sie verhaftet worden sei, als Zeugin zur Verfügung. Sie erinnert sich nämlich von der Köchin Rechele gehört zu haben, daß Wekele, als Rechele mit ihrer Tochter, die einen unsittlichen Lebenswandel führte, an ihrem Laden vorbeigegangen sei, ausgerufen habe: „Man sollte dich und deine Kinder verbrennen, ihr Hurengesindel". Rechele habe hinzugefügt, das müsse sie ihr heimzahlen, sie wolle ihr Leben daran wagen. Daraufhin wurde Rechele zum Tode verurteilt und sollte am 5. Adar geköpft werden. Über Verwendung von Wekeles Verwandten wurde sie zu drei Jahren gemeiner Arbeit begnadigt, hernach sollte sie des Landes verwiesen werden. Sie wurde auch wirklich nach Ablauf der dreijährigen Arbeitszeit ausgewiesen, wurde aber bald hernach samt ihrer Tochter wegen eines anderen Verbrechens in Nikolsburg mit dem Tode bestraft. Wekele ließ diese Begebenheiten niederschreiben und setzte den 9. Adar – den Tag ihrer endgültigen Befreiung für ihre Nachkommen als Festtag ein.

13. Megilla aus Golčjenikau.[18a]

Am 12. Ijar 577 (Mai 1817) um Mitternacht stürzte in der Wohnung des Simon Meir und seiner Frau Rina der Ofen und ein Stück der Mauer ein und fielen auf das Bett, wo ihr kleines Kind schlief. Drei Stunden dauerte es, bevor die Steine und der Schutt weggeräumt werden konnten und die Eltern hatten jede Hoffnung begraben, das Kind lebendig zu finden. Um so größer war ihre Freude, als das Kind völlig unversehrt geblieben war; aus Dankbarkeit wurde diese Megilla geschrieben.

14. Megillath Schüttenhofen.[18b]

Jakob, Sohn des gelehrten Salomon Zucker aus Schüttenhofen, beschreibt die Judenunruhen in Schüttenhofen am 25. Adar 620 (12. März 1860), bei denen die Ortsbehörden machtlos der Plünderung der meisten

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

jüdischen Geschäfte gegenüberstanden, bis aus Pisek herangezogenes Militär wieder Ordnung schuf. Der 25. Adar wurde für die künftigen Geschlechter als Gedenk- und Freudentag festgesetzt.[18a]

III.

Formales zur Megillath Samuel.

Charakteristik der Hauptpersönlichkeiten.

Die Handschrift der Magillath Samuel stammt aus der Bibliothek Carmolys, mit der sie an die Stadtbibliothek zu Frankfurt a. Main kam. Dr. A. Freimann veröffentlichte sie in den Schriften des Mekize nirdamim im Sammelbande des Jahres 1899 mit einer umfassenden Einleitung und zahlreichen Anmerkungen, die bei der vorliegenden erstmaligen Übersetzung weitgehend benützt wurden. Wie Freimann beweist, ist die Niederschrift vor 1720 erfolgt, wahrscheinlich von dem Verwandten des Helden der Megilla, des Primus[19] Samuel Taussig,[20] dem in der Megilla mehrfach erwähnten Chaim Taussig, der den Primus auch auf seinen Reisen begleitete. Für seine Autorschaft spricht vor allem die anspruchslose bescheidene Art, in der von ihm gesprochen wird, ohne jegliches Epitheton ornans, das sonst bei den zahlreichen angeführten Personen niemals fehlt.

Die Hauptperson der Megilla ist, wie schon erwähnt, Samuel Taussig, auch Samuel Saxl Taussig genannt. Samuel Taussig war der Sohn des Primus Isak Taussig,[21] der lange Zeit bis zu seinem Tode 1691 an der Spitze der Prager Judengemeinde stand, dem die Grabschrift unter vielem anderem nachrühmt, daß er sein Leben für die Gemeinschaft gewagt habe (Hock, Familien Prags, S. 142a), nicht minder gerühmt wurde seine Mutter Muskat, die in ihrem Hause ein Lehr- und Bethaus gründete; sie starb 1719 (Galed Nr. 146). Auch sein Großvater, Isaks Vater, Meir Tausig, nahm in der Prager Judenstadt eine bedeutende Stellung ein (Hock, ibid. 140b i. a. 429). Samuel Taussig übernahm nach dem Tode seines Vaters das Amt des Primus und verwaltete es mit außerordentlicher Hingebung und Geschick; auch die Erfolge blieben nicht aus. So gelang es ihm, wesentliche Steuererleichterungen für die Prager Juden zu erreichen, er erhielt auch einen Teil der Meiselschen Grundstücke vom Fiskus zurück und brachte die lange Zeit verschollenen, kostbaren, von Mordechai Meisel gewidmeten Paramente[22] der Meiselsynagoge zustande. Besonders verdient machte er sich um die Ausschmückung und die Wiedereröffnung der fast seit dem Brande von 1689 geschlossen gebliebenen Altschul.[23] Er erneuerte die von Meisl errichtete Mikwa, versah die Judenstadt mit neuen Toren und erreichte es

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

auch, daß das Verbot des Abhaltens von Deraschot (Vorträgen) an Sabbaten und Festtagen in den Synagogen wieder aufgehoben wurde. Und diesem Manne, der in seiner Opferwilligkeit nicht viele seinesgleichen hatte, erstand ein Widerpart in einem unbedeutenden ehrgeizigen Menschen namens Ris, der den Umstand, daß er in Prag angesehene Verwandte besaß und sich der Protektion des Königs von Preußen erfreute, dazu ausnützen wollte, unbedingt ein Amt, eine Würde in der Prager Judengemeinde zu erlangen. Hatte er sich schon als Darschan (Vortragender, Prediger) so unmöglich gemacht, daß ihn die Zuhörer erst verlachten, dann aber ganz wegblieben, so wollte er später um jeden Preis in den Vorstand der Gemeinde gelangen, ja es sollte seinetwegen die Zahl der fünf „Eltisten" um einen vermehrt werden. Und tatsächlich enthalten die Akten des Min. d. Innern gar manche Notiz über unseren Ris, so unter Sign. N. M. P. 17/1, ein Hofdekret vom 4. Mai 1700, in dem mitgeteilt wird, daß der churfürstlich Brandenburgische Anwalt im Namen seines hohen Prinzipalen den Juden Aron Rieß als des churfürstlichen Hofjudens Coppel Rießens Sohn recommendirt habe, mit dem Ersuchen, damit durch unsere Vermittlung demselben der Platz eines Judenältesten bei der bevorstehenden Wahl zu Prag angedeyhen möchte. In einem Akte d. d. 1. XI. 1704 wird berichtet, daß Aron Rieß wegen ex diversis capitibus wider ihn angestrengten Inquisition nach Brandenburg entwichen ist. Im Stadtarchiv, Liber decr. 762, S. 148, ist sogar ein Erlaß Leopold I. vom 12. VII. 1703 eingetragen, in dem Ahron Rieß, Juden ober Eltisten zue Prag, der sich wider die ihn verfolgende Judenschaft beschwerdt, Schutz gewährt werden soll. Das ist das Charakterbild des Mannes, dem es durch seine verbrecherischen Mittel gelang, den unantastbaren, von der ganzen Judenheit geschätzten Primus von Prag in schwerste Lebensgefahr zu bringen; doch lassen wir die Megillath Samuel, diesen Tatsachenbericht sprechen:

IV.

Text der Megillath Samuel.

Titelblatt: Megilat Samuel, der Primus von Prag. In dieser wird erzählt, die Wunder die Gott gelobt sei er in der Fülle seiner Barmherzigkeit und Gnade, dem Haupte dem Führer und Parnas, dem berühmten Stadlan[24] k. h. r. r.[25] Samuel Tausk, Rosch hakohol und Primus der heiligen Gemeinde Prag und der Gesamtheit Israels im Jahre 464 (1704) getan hat, wie er von Schekerbilbul errettet worden ist. Der Heilige, gelobt sei Er, soll weiter ganz Israel retten und unseren Erlöser senden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Es war in der heiligen Gemeinde Prag ein gewisser Mann, das Haupt, der Führer, khrr Samuel Sohn des hrr Isak, R. Israels aus der Familie Tausk und derselbe Mann war ein gottesfürchtiger Mann. Gott, gelobt sei Er, gab ihm Gunst in den Augen unseres Herrn, des Kaisers s. E. w. e. er war geachtet und sehr angesehen in der Stadt Prag und in anderen Ländern und wegen seiner Frömmigkeit und Ehrlichkeit war er Rosch hakohol und Primus der heiligen Gemeinde Prag. Er war ein großer Stadlan, ging auch gar häufig nach der Residenz Wien um bei dem königlichen Hofe sich zu verwenden wegen der gesamten Judenheit in der heiligen Gemeinde Prag, daß ihnen Gnade und Barmherzigkeit geschehe. Er hat auch durch viele Arbeit und Intervention erreicht, daß alle die von dem vornehmen R. Mordechai Meisel sel. And. stammenden Grundstücke, Plätze (Synagogen?) und ganz besonders die mit Gold, Silber und viel Perlen gestickten heiligen Gewänder Perochoth und Mäntelchen wiederum an unsere Gemeinde frei ausgehändigt wurden. So hat auch der vornehme R. Samuel weiters erreicht

1. daß der von dem vornehmen R. Mordechai Meisel vor vielen Jahren gebaute Badhof der über 40 Jahre verödet und tatsächlich zu einem Orte für Misthaufen geworden war, wieder ausgeräumt und mit einem schönen wunderlichen Bau versehen wurde und von zwei Seiten zu diesem Badhof ein großer Platz mit zwei neuen noch niemals gewesenen Toren wieder neu hergerichtet wurde.

2. Hat sich verlaufen durch entartete Juden, daß man lange Zeit nicht dürfen darschenen,[26] wie es Sitte von alter Zeit her gewesen, alle Sabbate und Feiertage und die Kinder Israel unterweisen ihr Gesetz und Recht nach der Lehre Moses, also hat der vornehme R. Samuel durch die Gnade unseres Herrn des Kaisers s. E. w. e. erwirkt, daß man alle Sabbate und Feiertage darschenen dürfe, wie seit je her.

3. hat er bewirkt, daß man die Judengassen wieder mit Toren versehen und abgeschlossen hat.

4. hat pflegen zu sein in Prag die Übung, wenn Juden ihre Steuern schuldig gewesen sind und haben sie nicht zur Zeit abgeführt, daß man hat ... getan und den Tandelmark gesperrt, den Ort ... Verdienst haben, und auch Soldaten in die Häuser gelegt. So er ... alle Jahre Auslagen zu Tausenden und Zehntausenden aufgegangen und darüber ihre Steuern an unseren Herrn den Kaiser s. E. w. e. keinmal haben bezahlen können. So hat der erwähnte R. Samuel von unserem Herrn dem gnädigen Kaiser s. E. w. e. es geschrieben und besiegelt gebracht, daß dergleichen Zwangsmittel weiter nicht gebraucht werden sollen, sondern nur solche, daß die Juden keine Ausgaben damit haben, damit diese Ausgaben zu Steuer genommen werden können, die Steuern zu bezahlen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

5. Im Jahre 453 d. kl. Z. hat man müssen so große Steuern geben, daß nimmer möglich gewesen ist, sie auszustehen und irgendwoher zu nehmen. So hat R. Samuel erwirkt, daß unser gnädiger Herr, der Kaiser s. E. w. e. uns Gnade erwiesen hat und den Juden aus seinem eigenen Rentamt hat 22.000 leihen lassen, die Steuern im königlichen Obersteueramt damit zu bezahlen. Und solche 22.000 sollen die Juden jährlich mit geringen Terminen im Rentamt bezahlen, daß man auch bis dato daran bezahlen tut.

6. Sind immerzu über die Steuersumme große Streitigkeiten gewesen, daß viele Leute haben das Steuerjoch von sich abgeladen und anderen auferlegt. Damit aber jeder Steuern geben soll nach seinem Können und Vermögen, damit jeder es soll aushalten können, hat R. Samuel sich darum bemüht und es zu Wege gebracht bei unserem Herrn dem Kaiser s. E. w. e., daß der Sekum (die Steuersumme) aufgelassen worden ist, sondern jeder soll sein Perdon vom Handel und Gewinn geben. Und dazu sind 12 Mann von den Vorstehern bestimmt worden, diesen Perdon einzunehmen und alle Steuern und Ausgaben der Gemeinde davon zu zahlen, wodurch alle Streitigkeit gestillt worden ist und, jedermann ist mit dieser guten Einrichtung zufrieden, weil der heiligen Gemeinde dadurch große Ausgaben erspart werden. Man muß auch wissen, daß im Jahre 463 wie unser Herr der Kaiser s. E. w. e. die Stadt Landau von dem Könige von Frankreich erobert und eingenommen hat,[27] sich bei der kaiserlichen Armee ein Jude aus Polen namens Salomo Weisskopf aufgehalten und mit seiner List sich bei einem hohen Minister bekannt gemacht hat, nachher kam dieser Weisskopf nach Prag zwar mit zerrissenen Kleidern, hat sich aber dennoch den Ruf gemacht, daß er beim kaiserlichen Hof und bei hohen Fürstlichkeiten persona grata sei, er habe einen Brief von einer vornehmen hohen Fürstlichkeit zu Handen unseres Herrn des Königs Josephus s. E. w. e. bei sich. Dieser Brief sei mit dem Siegel des erwähnten Ministers versiegelt und er hat deswegen bei den Herren der Statthalterei i. E. w. e. angehalten und begehrt, man soll ihm von kaiserlichen Geldern zur Beihilfe seiner Reiseunkosten, da er notwendig nach Wien reisen muß, mitgeben, weil an dem Brief sehr viel gelegen sei.

Die Herren der Statthalterei i. E. w. e. haben ihn mit ihr großer Weisheit verbeschieden, daß, wenn die Sache so wahr ist, so wollen sie selbst diesen Brief durch eine eigene Stafette an unseren Herrn den König s. E. w. e. nach Wien schicken, weil aber der Salomo Weisskopf darauf nicht eingehen wollte, haben sie sein Verlangen und Begehren abgeschlagen. Wie aber der gute Weisskopf gesehen hat, daß seine Absicht ihm fehlgeschlagen, so hat er sich an die Gemeindevorsteher von Prag herangemacht und von obgemeldeten R. Samuel Tausk verlangt,

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

daß er ihn auf Kosten der Gemeinde nach Wien mitnehme, da aber R. Samuel und die anderen Vorsteher gehört hatten, daß ihn die Herren von der Statthalterei i. E. w. e. schon abgewiesen haben, so ist er eben auch nicht gehört worden. So war nun der berühmte Weisskopf voller Zorn und schwur hoch und teuer, an R. Samuel Rache zu tun. Hierauf ging er allein nach Wien und verschaffte sich bei einigen Ministern Zutritt. Zu dieser Zeit war in Prag ein ungescheiter Hochprahler und ehrvergessener Jude namens R. Aron Ris,[28] welcher voll unbeschreiblicher Eigensinnigkeit angestiftet hat, was gegen Gtt g. s. E. und die ehrbare Welt nicht zu verantworten gewesen, wie er auch wirklich einige Mal auf Befehl der Behörden i. E. w. e. in Haft genommen und große Geldstrafen hat geben müssen. Und als er in einer solchen schlechten Lage gerne Mittel gesucht, sich wiederum an die Behörde i. E. w. e. heranzumachen, so hat er Vorteil gesucht und vornehme Juden unschuldigerweise ins Gefängnis und in große Geldstrafen gebracht im Jahre 452 d. kl. Z. Wenn es seinem scharf gezielten falschen Anbringen nach fortgegangen wäre, wer weiß, was für einen üblen Ausschlag es hätte nehmen können, doch aus Gnade und Barmherzigkeit unseres gnädigen Herrn, des Kaisers s. E. w. e. ist es zu Geld ausgegangen.[29] Nachdem diese Strafgelder eingekommen waren, hat sich Ris eine Sanierung suchen wollen und bei den Behörden gebeten und verlangt, weil die Strafgelder auf sein Anbringen eingekommen sind, so hätte er hoffentlich einen guten Lohn verdient, aber anstatt Geld, verlangt er in unserer Gemeinde Darschan zu sein. Nun haben zwar die Behörden i. E. w. e. ihm sein Begehren verwilligen wollen, die Gemeindevorsteher aber haben der Behörde i. E. w. e. einen richtigen Einwand gemacht, weil unser Herr der Kaiser vielmal allergnädigst mitgegeben hat, man soll eine solche Person, die zu ein Darschen tauglich ist zuerst aufnehmen und dann konfirmieren lassen, aus Ursach, daß die Behörde nicht weiß die jüdisch Sermoni, wer befähigt und geeignet ist zu ein Darschen, also der bekannte Ris derzu keiniswegs tauglich ist. Endlich aber der Ris so lange lamentiert und heftig gearbeitet bis er mit großen Vorteilhaftigkeiten sich hat durchgeschlagen und ins Darschonus ein gedrungen, aber nicht lange Bestand gehabt, da der Olam[30] je länger desto mehr ihn während er seine närrische Deraschoth hielt ausspottete und auslachte und kein Mensch dazuging.

Im Jahre 461 d. kl. Z. hat man in unsere Gemeinde Prag alle Aemter wie üblich neu besetzt, sind die vornehmen Gemeindevorsteher d. G. l. zusammengekommen im Versammlungshause und einen Beschluß gefaßt, nachdem der bemeldte Ris sich gegen Gtt und Menschen in Größe und Ehre eindrängen will, wozu er nicht geeignet ist, gegen ihn bei unserem gnädigem Herrn dem Kaiser s. E. w. e. einzukommen. Im

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Monate Adar 462 bringt R. Samuel Tausk ein Befehl von unserem Herrn dem Kaiser s. E. w. e., daß man den Ris von dem Darschonus abschaffen und absetzen soll, und einen anderen würdigen und geeigneten an seiner Stelle zum Darschan aufnehmen soll. Wie nun der Ris die Befehle vernommen hat, nahm er behende seine Flucht in sein Vaterland nach Berlin und dort vom König von Preußen s. E. w. e. und Herzog von Brandenburg an unseren Herrn den Kaiser s. E. w. e. eine Recomandation ausgewirkt und erhalten dahingehend, daß er zu den sonst gewöhnlichen fünf Vorstehern als sechster Rosch hakohol zugesetzt werden soll.[31]

Darüber haben sich die Gemeindevorsteher sehr entsetzt und sich unterredet von dieser bösen Tat, die sich der Ris vornimmt, daß er wider so viele allergnädigst ergangenen Rescriptionen auch wider so viele alte Tekanoth sich widersetzt, daß es nicht zu verschmerzen und nicht zu dulden wäre, daß endlich Gott, gelobt sei Er, ein Tag geschickt hat, daß er sein Parnes hachodos[32] manchmal aus Unverstand und manchmal aus Trotz den Gerechten ungerecht und den Ungerechten gerecht machen wollen und auch sogar in Rechtssachen viel Grobheiten und Fehler begangen, worüber die Vorsteher gezwungen gewesen mehrmalen Beratungen abzuhalten und zu beschließen, solches alles nicht allein bei unserem gnädigen Herrn dem Kaiser sondern auch dem Könige von Preußen und Herzog von Brandenburg, bei dem er doch allezeit Bekanntschaft zu suchen vermeint, bekannt machen zu müssen, und die Risschen Fälschungen anzuzeigen. So ist den Vorstehern, d. G. l., beigefallen, daß in Berlin eine gewisse vornehme Frau, Ester,[33] die Tochter R. Samuels R. Jekels aus Prag, die Witwe des berühmten Vorstehers R. Juda Berlin sel. And. wohne, diese Frau mit ihrem Sohn dem berühmten Vorsteher R. Isak und ihre anderen Kinder und Brüder sind als Hofjuden bei dem König von Preußen sehr beliebt. So haben die Vorsteher den angesehenen R. Abraham Sohn des R. Dawid Ginspurg[34] aus Prag zu dieser angesehenen Frau nach Berlin geschickt, damit er ihr zu Herzen rede und von Risens Taten erzähle, die nicht möglich wäre zu dulden, weil es der heiligen Gemeinde sehr zu Schaden ist. Wie R. Abraham Ginspurg nach Berlin gekommen ist, tat ihm die vornehme Frau großen Kowed an mit guten Worten, im Essen und Trinken, er hat ihm aber weder Essen noch Trinken geschmeckt, bis er zuvor alles, was ihm von den Vorstehern aufgetragen worden ist, erzählt hat. Als die vornehme Frau seine Rede vernommen, gab sie zur Antwort, sie wollte um Gottes g. s. E. willen und der heiligen Gemeinde willen in dieser Angelegenheit bei dem König von Preußen s. E. w. e. interveniren.

Und sie ging gleich zu dem König von Preußen s. E. w. e. und brachte mit Bitten und Weinen ihr Ansuchen vor, darauf hat der König an seinen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Wiener Gesandten einen gnädigsten Befehl ergehen lassen, welcher gelautet, daß weil er von dem Ris seine Stückel und bösen Taten nichts gewußt hat, sondern er allererst davon erfahren, alsdann soll der Gesandte sich nicht mehr des Risen annehmen.

Nachdem der Ris gespürt hat, daß der preußische König und der Gesandte ihm nicht mehr zugetan ist, hat er sich gefürchtet, er möchte hier in Prag wegen seiner bösen Taten und begangenen Schwindeleien ins Gefängnis kommen, so macht er sich am Erew Jom Kipur heimlicherweise aus Prag in die Residenz Wien auf und kehrt ein auf den Peter Friedhof bei R. Ber Tabor, der damals dort ein Garkoch war, und bleibt dort über ganz Sukos unter anderem Gesindel und fremde Leute, unter welchen der gemeldete Salomon Weisskopf sich eben auch aufgehalten hat. So erzählt R. Aron Ris dem Weisskopf, was ihm zugekommen ist, und wie der preußische König an seinen Abgesandten einen Befehl wider ihn gegeben hätte und dieses Böse wäre ihm alles widerfahren durch R. Samuel Tausk seine Beschwerde. Darauf antwortet ihm Weisskopf, so wie R. Samuel Euch getan hat, hat er mir ebenso getan, wie ich bin zu Prag gewesen, mir nicht wollen die Spesen nach Wien geben lassen. Und da sagt einer zum anderen, weil jetzt große Kämpfe zwischen unserem Herrn dem Kaiser s. E. w. e. und dem französischen Könige sind, so wollen wir angeben beim kaiserlichen Hofstaate, daß R. Samuel insgeheim durch gewisse bestellte Leute aus Frankreich gegen unseren Herrn den Kaiser durch Briefe korrespondieren täte.

Gleich in derselbigen Zeit war in Venedig ein Jude aus der heiligen Gemeinde Metz namens Salomo, Sohn des vornehmen R. Naftali Herz halevi gefangen gewesen, weil er dem Vernehmen nach mit dem französischen König Briefe gewechselt haben sollte. So haben sich die zwei Bösewichte Ris und Weisskopf entschlossen und haben gefälschte Briefe im Namen einiger in Lothringen Elsas und Schweiz unter dem französischen Könige sitzender Juden an R. Samuel Tausk stilisiert und vorteilhaftig zugeschrieben und von R. Samuel verlangt er solle sich bei dem kaiserlichen Hof verwenden, daß der gefangene R. Salomo aus Venedig frei werden könne, und mit Niedertracht in die Briefe die Begründung geschrieben, nämlich vielleicht, wenn der R. Salomo halevi nicht möchte frei werden, werde er offenbaren, was er auf R. Samuel Tausk wisse. Auf diesen Brief haben sie zum Schein einen Überzug gemacht an Salomo Weisskopf, auf den Überzug geschrieben, daß er, Weisskopf, den inliegenden Brief unverzüglich an R. Samuel Tausk einhändigen soll, damit R. Samuel Tausk sein und des gefangenen erwähnten R. Salomo halevi Leben retten könnte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Und das ist die Abschrift von den erwähnten falschen Briefen, die der Ris und Weisskopf geschrieben haben:

1. Zu Handen mein geliebten Bekannten Schelomo. Ist mir ein Wunder, daß Ihr mir so lange nicht schreibt, bitte Euch diesen eingeschlossenen Brief einzuhändigen an den Primus von Prag, er heißt R. Samuel Tausk Sachs. Selbige ist stets in Wien und ihr könnt auch sehen, was mein Vetter Salomo Gerson von Henigau an Euch schreibt, ich bitte Euch sich die Sachen, was in dem Brief steht, von dem Primus sich lassen rekomandirt sein, denn es ist eine große Sache. Ihr sollt Euch aber wohl vorsehen mit den Brief von dem erwähnten Salomo Gerson von Henigau, daß er nicht offenbart wird, weil sie aus dem Elsass kommen, Ihr seid klug genug, werdet wissen Euch vorzusehen, weiter hab ich keine Zeit, muß alsogleich auf den Markt Salden. Dies die Worte Leb Turnach. Turnach, den 22. Oktobris 1703. Empfangen den 18. Novembris 1703.

2. Ich wünsch Euch Fried und alles Gute, mein geliebter Freund Salomo. Berichte Euch, daß wir sind noch Alle Gott Dank bei guter Gesundheit, erhoffen desgleichen von Euch, wird Euch nicht ermangeln bis 100 Jahr. Inmittels diesen ist uns ein Wunder, daß meine Tochter Jachetl, welche sich sehr sorgen tut, daß solange von Euch nichts gehört hat, wir hoffen, daß Ihr wiederum bald zu uns kommen werdet oder in die Schweiz. Unterdessen bitte sehr, daß Ihr sollt so gut sein und diesen eingeschlossenen Brief, welcher gehört an den R. Samuel Primus von Prag, welcher sich stets in Wien einfindet, selbigen Brief einzuhändigen und wann Ihr in der Sache auch behilflich sein könnt, also bitte, daß Ihr nicht sparen solit, und sich wohl vorsehen, daß Ihr Gott behüt nicht in groß Unglück kommt in Wien, weil diese Schriften aus dem Elsass kommen und, daß nicht soll so gehen, Gott behüte, wie es gegangen ist mein Schwager Abraham von Henigau, welcher ist aufgehangen worden in Leipenburg. Ihr seid genug verständig und klug, daß Ihr Euch schon wohl vorsehen könnt. Josef von Preisach läßt Euch grüßen. Ich bitte Euch Ihr sollt reden mit Feiwel Munk, welcher in Preisach geliefert hat, selbiger ist dem Josef schuldig etliche Tausend und er ist heute in Wien, daß er sollte die Gelder übermachen nach Basel zum Kaufmann Hausmann oder Drg. Weiter bitt Euch nochmahlen diesen vorgemeldeten Brief abzuliefern nur ganz heimlich und allein, ich will Euch wieder einmal bedienen.

Dies die Worte Gerschons aus Festung Henegau bei der Stadt Basel. Die Hauptsache hab ich vergessen. Vor 14 Tagen bin ich gewesen in Straßburg, ist dort gewesen ein Christ, ein Vornehmer von Schwabischen Hall, selbige droht Euch, wann er Euch bekommt, so will er Euch totstechen, darum nehmt Euch in Acht. Meine Frau und Kinderlech lassen Euch grüßen, meine Tochter Jachetl laßt Euch grüßen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Festung Henigau bei Basel, 24. Oktobris 1703 d. kl. Z. Empfangen 18. Novembris 1703 d. kl. Z. in Wien. Überschrift.

Über diesen und die zwei beiliegende Brief ist ein Couvert gewesen und wie folgt. Diesen Brief zu bestellen an den Juden Salomo in der Leopoldstadt bei den golden Tobin oder in dem Logement von Graf Trautmannsdorf, Botschafter in der Schweiz.

3. Friede zu meinem lieben R. Samuel Sachsel Primus von Prag. Ich hoffe, daß mich mkth wird excusieren, daß ich ihn mit alle meine Schreiben bemühen tue, denn die Zeit bringts mit, wie ich m. k. th. weiter ausführlich schreiben werde. Weil wir in unserem Land gehört haben, nämlich im Lande Elsus, daß Gott soll sich derbarmen, daß der Jude Salomo Levi von Metz ist in Weltschland gefangen bei den deutschen Soldaten, und es zu besorgen ist, daß, Gott behüte, wenn dieser Salomo Levi sollt Kommen auf eine Tortur, er schwätzen tät, was er weiß, daß sonder Zweifel m. k. th. in großer Gefahr sein wird, wie sich m. k. th. wohl einbilden kann, dem Klugen genügt dies. Und wie Kinder Israel Erbarmen haben einer mit dem Andern und jeder Mensch seinen Genossen von so einem Tode errettet und dazu einen Mann wie diesen, welcher von vornehmen Leuten ist, und gar hoch ästimiert bei meinem Herrn dem König und bei seinen Ministern, und auch daß m. k. th. viel von ihm gehabt. Und wann schon viel Tausend kosten wird, also ein Brunnen, aus dem man Wasser trinkt, in den soll man keinen Stein hineinwerfen, dieses nicht zu achten und nichts vermeiden sollt, um Gutes zu tun, denn es ist einer von seine Diener hier in Henegau gewesen, er heißt Hilel, der ist auch mit Salomo Halevi bei m. k. th. im Haus gewesen zu Prag und auch in der Stadt Wien. Dieser Diener hat mir gesagt, daß m. k. th. gefaßt ist, in Wien alles zu richten, es sei, was es will. Darum hoffen wir, daß m. k. th. wird sich von alle seine Sachen absondern und wird sich der vorgemeldeten Sache annehmen, um bei den kaiserlichen Hof dieses zu richten, den Salomo Levi bei seinem Leben zu erhalten. Unser Landesrabbiner[35] von Elsaß, welche ist ein Bruder des genannten Salomo Levi, hat wollen Euch schreiben, ist aber krank vor großen Sorgen, aber die Frau unseres Landesrabbiners hat geschrieben an ihre Schwester die Witwe des verstorbenen Leb Lipstadt von Wien,[36] diese Briefe sind geschickt worden nach Prag an einen guten Freund, welcher mit m. k. th. verwandt ist. Genug für den Klugen. Bitte nochmalen m. k. th. die Sach sich zu recomandiren, und die gemeldete Person frei zu machen, wie man kann. Zwar m. k. th. ist verständig und klug, der Herr kann sich wohl einbilden, daß wenn Gott behüte dieser erwähnte Levi von Metz auf schwere Tortur kommen möchte, daß sonder Zweifel, genug für den Klugen. Wir haben hier in Hengau Brief von Prag, genug für den Klugen. Sonder Zweifel weiß es m. k. th. auch, über Feld darf

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

man nicht viel schreiben, ich schreibe m. k. th. alles kurz. Hüt er sich und nehm er sich in Acht, daß selbige gemeldete Person in Acht genommen wird, und ihm zu helfen, wie möglich ist. Welcher Mensch klug sein will, muß sehen auf das Ende einer Sache, ich bitte m. k. th. um eine Antwort.

Dies die Worte Salomo Gersons aus der Festung Henegau bei Basel. Der Diener von Salomo Halevi sein Namen ist Hilel, welcher mit den Salomo Levi vor ein Jahr in Winter ist bei m. k. th. in Haus gewesen, laßt m. k. th. grüßen. Überschrift.

An den Juden Samuel Sachsel, Primator von der Hauptstadt Prag. Untergroßem Banne, den Brief kein fremder Mensch zu lesen in der Residenzstadt Wien. Henegau 22. Oktobris 1703. Empfangen 18. Novembris 1703.

Diese sein die lügenhaftige Brief, was der bemelte R. Ahron Ris und Salomo Weisskopf in der Suka (Laubhütte) wider den vornehmen R. Samuel Tausk zusammen gesponnen und ausgedacht haben die Briefe zusammen versiegelt und darüber ein apart Überzug gemacht und die Überzugschrift darauf gestellt, an den Wirten in der Leopoldstadt in dem golden Tobin Haus und inwendig in dem Couvert geschrieben und gebeten, daß der Wirt die eingeschlossenen Briefe dem erwähnten Weisskopf einhändigen solle und diesen Pack Briefe durch einen Christenjungen dem Wirten geschickt, dem sie befahlen und mitgaben, es dem erwähnten Wirte unfehlbar einzuhändigen und zu sagen, daß es ihm von einem vornehmen Offizier gegeben worden sei, um es dem Wirte einzuhändigen. Wie nun der Junge diese Briefe dem Wirte gebracht und der Wirt bei der Öffnung die jüdische Schrift gesehen, warf er die Briefe zornig wieder dem Überbringer zurück und sagte, ich mag mit jüdische Briefe nichts zu tun haben. Der Junge brachte darauf die Briefe wiederum dem Ris und Weisskopf zurück.

Wie die gesehen haben, daß ihre Absicht auf diese Art nicht gelungen war, haben sie sich anders entschlossen und ein neues Couvert gemacht an Ihro Excellenz Herrn Graf Trautmannsdorf, Botschafter in der Schweiz und die Briefe wieder durch den Christenjungen gedachtem Herrn Grafen ins Haus geschickt. Sobald der Graf den Brief eröffnete und darinnen jüdische Briefe gefunden, welche an Weisskopf, der bei dem Grafen bekannt war, gelautet haben, ließ er ihn rufen und händigte ihm die Briefe ein.

Wie auch der Salomo Weisskopf heimtückisch angab, daß R. Samuel Tausk in Frankreich korrespondiert und dazu mit den erwähnten lügenhaften ausgetrachteten falschen Brief das Licht geben wollte und die falschen Briefe dem hochgedachten Herrn Grafen vorgelesen hat, damit diese hohe Persönlichkeit sie weiter an unseren gnädigen Herrn den Kaiser s. E. w. e. und an unseren Herrn den König Josefus offenbaren

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

soll, und dadurch R. Samuel Taussig schnell und ungesäumt einzuspinnen gesucht hat. So ist auch der erwähnte Graf zu Ihro Excellenz Herrn Herrn Graf zu Lomburg[37] gefahren und ihm die Sache vorgetragen, diese hohen Herrschaften zeigten es auch sofort unserem Herrn dem Kaiser Josefus an. Aber Gott g. s. E., der allezeit dem Gerechten beisteht, hat solches Übel verhütet, indem unser Herr der Kaiser s. E. w. e. und sein Sohn unser Herr der König Josefus s. E. w. e. ob weitberühmte Mildherzigkeit, Barmherzigkeit und Gnad allergnädigst anbefohlen, die Sache von Grund vorher zu erläutern. Das soll Gott g. s. E. zum Guten gedenken unserem allerdurchlauchtigsten und großmächtigsten Herrn dem Kaiser und seinem Sohne, unserem Herrn dem Könige Josefus und seine Barmherzigkeit soll ihm beistehen immer und ewig, Amen.

Im Monate Cheschwan 464 d. kl. Z. ist R. Samuel Tausk nach der mit den Vorstehern und anderen Führern der Gemeinde gehaltenen Beratung und Beschluß an den kaiserlichen Hof nach der Residenzstadt Wien abgeschickt worden, um allergnädigste Konfirmierung der alten Privilegien unserer heil. Gemeinde Prag wie auch der ganzen Provinz Böhmen zu erwirken und auch wegen der Altschul samt den dazugehörigen Häusern, welche ca. zwölf Jahre versiegelt und verschlossen gewesen, auch ganz verwüstet gestanden, so daß tatsächlich Vögel darin ihre Nester gebaut haben, zu solliciren und zu supliciren. Und er nahm mit sich seinen Verwandten Chajim Sohn des R. Abraham R. Fauwer Tausk,[38] daß er ihn unterwegs und an Ort und Stelle treu bediene. Im Monate Kislew 464 d. kl. Z. hat R. Samuel Gottlob erwirkt, daß unser Herr, der Kaiser s. E. w. e. auf ein Pergament mit zierlicher Schrift mit eigenhändiger Unterschrift und kaiserlichem Siegel unsere erwähnten Privilegien allergnädigst bestätigt und erteilt hat, auch hat er an die Herren Statthalter i. E. w. e. einen gnädigen Befehl erlassen die Juden bei diesen erhaltenen Privilegien gnädigst zu schützen und Hand halten und ebenso einen allergnädigsten Befehl ergehen lassen und anbefohlen, daß die Juden die Altschul mit dem ganzen Zerkel Gassen und Häuser, was dazu gehört, wiederum aufbauen, eröffnen und genießen sollen. Gleich wie nun von selbst billig erfordert auch unsere Untertänigkeit unserem Herrn dem Kaiser mit der ganzen Familie und Haus Österreich einen solchen dicken und hohen Wunsch zu geben, auch alleruntertänigst wünschen tun, daß Gott g. s. E. ihn in alle seine Werke beglücken, schützen und schirmen soll, daß er allezeit seine Feinde besiegen und überwinden soll, Amen! Nachdem wie R. Samuel diese gute Werke mit Gottes Hilfe zu Ende gebracht hatte und beabsichtigte wieder nachhause nach Prag zu reisen, zur selben Zeit gieng der Weisskopf zu oben erwähnten hohen Herrschaften und fragte, was es denn bedeutet, das man auf sein Anbringen R. Samuel so ledig läßt und nicht bestraft. Und

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

dabei verlangt er, wenn an diesem Zweifel wäre, was er angebracht hat, so soll ihn Ihre Excellenz Herr Graf Lamburg titul sein Stallmeister nach Prag mitgeben, so werde man zu Prag klar finden, daß sein Anbringen wahr ist, so hat auch titul Herr Graf Lamburg seinen Stallmeister mit dem Weisskopf nach Prag geschickt und sie reisten von Wien ab am 1. Tage Chanuka und kamen in Prag an am Dienstag, den 3. Tewes. Unterdessen hat der Ris zu Wien das Feuer angefacht, R. Samuel ins Gefängnis zu bringen. In der Nacht des 5. Tewes, wie der Marquis Obil[39] Stadtkommandant titul zu unserem gnädigen Herrn dem Kaiser gekommen ist um die Parole die die Soldaten jede Nacht wie üblich als Zeichen wissen müssen, hat unser gnädiger Herr der Kaiser in höchsteigener Person diesem Stadtkommandanten befohlen, R. Samuel Tausk mit R. Abraham b. Meir[40] Austerlitz, von den Wiener Exulanten aus der heiligen Gemeinde Metz, welcher bisweilen in Wien sich aufgehalten, gefangen nehmen zu lassen, was der Stadtkommandant wieder dem Herrn Wachtmeister Leutnant anbefohlen hat.

Denselbigen Donnerstag Vortag kam der Herr Wachtmeister Leutnant allein in die Herberg zu R. Samuel und fragt ihn und die Hausleut, wer der R. Abraham von Metz ist, und der R. Abraham war damals nicht daheim anzutreffen. R. Samuel aber hat nicht einmal gedacht, daß das Suchen auf ihn auch gedacht ist, weil er bei sich wohl gewußt, daß er ein reiner Mann ist, nichts Übles gemeint oder begangen hat. Und wie nun der Tag anbricht, daß R. Samuel mit dem angesehenen Bachur Hirsch, dem Sohn des vornehmen R. Elieser aus Wien, welcher damals in Eisenstadt gelernt hat und wegen der Kriegsunruhen sich nach Wien begeben, in Schul das Morgengebet verrichten wollte, so gieng der Wachtmeisterleutnant nach, und, wie sie in die Haustür kommen sind, ist eine bewaffnete Bereitschaft da gestanden, ein Korporal mit vier Soldaten und der Wachtmeisterleutnant sagt zu R. Samuel, er soll mit ihm gehen ins Gefängnis und, damit der erwähnte Bachur dem R. Abraham Metz nichts sagen soll, haben sie ihm mit ins Gefängnis genommen, und niemand in Wien hat etwas davon gewußt, bis der Wachtmeister einige Stunden später wieder in die Herberge gekommen ist und verlangt, man soll ihm alle Schriften geben von dem verhafteten R. Samuel Tausk. Und in derselbigen Herberge war auch eine mächtige, vornehme Frau namens Ester,[41] die Tochter des R. Leb halevi aus der Familie Horwitz, die Frau des vornehmen R. Leb Rosenburg, eine Tochter unserer Gemeinde d. G. l., welche mit verschiedenen Waren nach Wien handelt und bei Adeligen und ihren Frauen zu versilbern pflegt. Wie sie die Gefangennahme von R. Samuel von dem Wachtmeisterleutnant erfahren hat, erschrak sie gar sehr und fragt ihn warum und auf Grund welchen Befehls er R. Samuel gefangen genommen hat, der Wachtmeisterleutnant hat ihr nichts sagen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wollen, endlich auf ihr starkes Lamentieren und Bitten sagt er ihr, daß es auf Befehl des Stadtkommandanten Obiille[39] geschehen sei, darauf hat die Ester dem Wachtmeisterleutnant alle Schriften R. Samuels gegeben mit Ausnahme sein Kastel, worin etliche Tausend Taler Geld gewesen und die Altschul und Privilegien, das hat sie nicht geben wollen und Bürgschaft dafür getan.

Inzwischen ist der R. Abraham Metz auch ins Gefängnis gekommen und der Bachur Hirsch hingegen frei geworden. So setzte man R. Samuel Tausk in eim kleines Zimmer ins Gefängnis am Markt Peterhof auf der Hauptwache, das vollkommen abgesperrt war, selbst die Fenster, die eiserne Gitter gehabt haben, waren mit eisernen Laden verschlossen und vor ihn ins Gefängnis wurde ein Soldat mit bloßem Schwert gestellt, um Wache zu sein und man wollte niemand, nicht einmal die Frau Ester zu ihm hineinlassen, und den erwähnten R. Abraham hat man in ein besonderes Gefängnis zu den Soldaten gegeben, da lief der erwähnte Chajim Tausk zu dem berühmten vornehmen R. Mendel Oppenheim[42] und schreit und weint und erzählt ihm, wie es mit R. Samuel Tausk hergeht und erbittet, daß er zu dem erwähnten Marquis Ochil gehe und ihn fußfällig bitte, daß er ihm sagen solle, was R. Samuel gesündigt hat und, warum er gefangen genommen.

So gieng auch R. Mendel wie auch Frau Ester zu erwähntem Marquis Ochil und bitten ihn, er sollte sie die Sache wissen lassen, der Marquis aber antwortete, er wisse weiter nicht warum, sondern es war ihm von unserem Herrn dem Kaiser, wie er gestern in der Nacht die gewöhnliche Parole abzuholen gegangen, allergnädigst anbefohlen worden, aber die Ursache weiß er nicht. So bittet die Frau Ester nochmal, er sollte ihr erlauben, in das Gefängnis zu R. Samuel zu gehen, damit ihn da trösten könnte, daß er sich das Leid nicht zu Herzen nehmen solle und bittet auch, daß er erlauben soll, daß der Chajim Tausk soll dürfen ins Gefängnis Essen bringen, weil kein anderer als ein Jude das Essen bringen muß, der Marquis hat ihre Bitten erlaubt unter der Bedingung, daß sie nicht laschon hakodesch, sondern deutsch mit ihm reden soll, damit der Wächter die Rede verstehe. So gieng Frau Ester ins Gefängnis zu R. Samuel, und R. Samuel bat sie, sie möge seinetwillen zu ihren bekannten Fürstlichkeiten gehen und von ihnen zu erfahren suchen, warum er verhaftet worden, was seine Schuld und Verfehlung sei.

Am Freitag den 6. Tewes hat die Frau Ester erfahren, daß R. Samuel angegeben worden sei bei unserem Herrn dem Kaiser, daß er hätte korrespondiert und Briefe gewechselt mit Frankreich. Darauf gieng sie gleich zu titul. Ihro Excellenz Herrn Herrn Grafen Kinsky Kanzler,[43] weil derselbe R. Samuel gar wohlbekannt und all seine Tage nichts Übles von ihm erfahren, dieser Adelige ist an sich ein sehr kluger und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

weiser Mann und weiß wohl, daß um unserer vieler Sünden willen bei uns Juden einer dem anderen keine „Größe" vergönnt, und einer den anderen erniedrigt mit Lügen und Verleumdungen. Und sie gieng auch zu Ihro Excellenz der verwittweten Frau Gräfin von Martinicek[44] und zu Ihre Excellenz die verwitwete Frau Gräfin von Weissenwolf und zu Ihre Excellenz die verwittwete Frau Gräfin von Türheim und weinte vor ihnen bitterlich und bat, sie sollten bei unserem gnädigen Herrn, dem Kaiser eine hochansehnliche Fürbitte tun, damit R. Samuel im Gericht gehört werden soll, weil das nicht so ist, sondern er sich in der Sache ganz gerecht weiß. Die Herren und Frauen vom Adel haben der Frau Ester zur Antwort gegeben, man solle ein Memorial an unseren Herrn den Kaiser verfertigen, und dies ihr Begehren bei unserem Herrn dem Kaiser untertänigst ansuchen und sie wollten auch Gutes darbei tun, aber ein Teil der Adeligen haben das falsche Anbringen geglaubt und die Frau Esther gewarnt, daß sie in diesen Sachen nicht reden und sich nicht einmischen soll, damit sie dadurch nicht auch einbüßen sollte. Da ging die Frau Esther wieder zu R. Samuel ins Gefängnis und erzählte ihm die Reden der Herren und Damen vom Adel, da hat R. Samuel befohlen, weil der Graf Wrbi[45] Apellations-Rat von Prag jetzt allhin in Wien ist, soll man sehen, durch ihn ein Stafette nach Prag zu schicken und sein Schekerbilbul bekannt zu machen. So schreibt Chajim Tausk einen ausführlichen Brief an den vornehmen R. Abraham, Sohn des vornehmen R. Libermann Lasch[46] Tob hakohol, wie es mit R. Samuel steht und verlangt um Gottes willen mit klugen und weisen Männern eine Beratung zu halten und zwei vornehme angeschene Leute in Stadlonus[24] zu schicken nach Wien, damit man R. Samuel nebich kann retten von solchen lügenhaften Beschuldigungen und solchen Brief schickte der gnädige Graf Wrbi mit einer Stafette nach Prag. Am Sonntag, den 8. Tewes sind die Briefe in Prag angekommen und wie der vornehme R. Abraham Lasch den Brief eröffnet und gelesen, ist er fürchterlich erschrocken und gieng gleich zu dem Vorsteher dem vornehmen gelehrten Rabbiner Chajim Todros[47] und las ihm die böse Nachricht vor, wie der Rabbiner R. Chajim das hörte, schrie er bitterlich und sagt, weh geschrien, das Schekerbilbul betrifft nicht R. Samuel allein, sondern alle Juden, wo immer sie zerstreut sind. So hat der Rabbiner R. Chaim mit R. Abraham Lasch Rat gehalten und sagen, Gott g. s. E. wird bei und mit uns sein, da er ein Gerechten nicht verläßt und schicken gleich und lassen mehr kluge und weise Männer und Freunde des R. Samuel zusammenberufen, Rat zu halten und zwar den Vorsteher, den vornehmen R. Jakob Jeruschalmi,[48] den vornehmen R. Leb Karpels,[49] den vornehmen R. Leser Wiener,[50] den vornehmen R. Leb Wiener[51] und R. Gumprecht Leitmeritz[52] Procurator, ist von ihnen beschlossen worden,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

weil wir vernommen, daß ein Jude mit Namen Salomo Weisskopf mit noch ein gewissen Herrn schon etliche Tage allhier in Prag sind und trachten, falsche Zeugnisse wider R. Samuel aufzubringen und man hat ihn an vielen gewissen Orten gespürt mit der Frau des R. Aron Ris, so müssen wir notwendig nachfragen und erfahren ihr Tun und Lassen und ihre Worte, weil er sich auch öffentlich gerühmt hat, auf der Gassen und Märkten, daß man bald hören wird, wie es mit R. Samuel Tausk ergehen wird, und wie er ihm bezahlen wird, der Salomo Weisskopf war in der Herberg bei dem blinden Selig Duschenens,[53] so ging R. Hirsch[54] Sohn des erwähnten Rabbiners R. Chajim R. T. mit Klugheit hinein zu dem blinden Selig Duschenes und gab sich dem Salomo Weisskopf nicht zu erkennen und stellte sich so, wie wenn er ein Feind wäre von R. Samuel Tausk und nahm den Weisskopf mit sich in sein Haus, da giengen die vornehmen R. Abraham Lasch und R. Leser und R. Gumprecht Leitmeritz, die Taten des Weisskopf ausforschen. Sie fragten ihn, was sein Verlangen ist und warum er sich gerühmt hat wider R. Samuel Tausk unschuldigerweise zu handeln, da gab er ihnen zur Antwort, es sei wahr und er sei in einer großen Gefahr und ich weiß alles und hab alles in meine Händ, wie der Töpfer den Lehm, und es sei nicht mehr lange dazu, daß R. Samuel in eine große Festung geschickt werde, wo kein Jude ist, Schanzen zu arbeiten, und werde lange Jahre sitzen und nicht wissen warum, und werde schreien und niemand werde ihn hören. Jedoch gebt mir 1000 Gulden, so will ich meine wider ihn geführte böse Gedanken wieder zum guten Gedanken umwenden. Da die drei Vornehmen gemerkt haben, daß er dem R. Samuel das Scheckerbilbul zu seinem eigenen Vorteil und Nutzen gemacht hat und sich dadurch zu bereichern gesinnt ist, antworteten sie ihm mit großer Klugheit, sie hätten nicht die Macht, etwas allein zu tun, ohne Wissen der Vorsteher und Führer der Gemeinde, sie wollen sich heute mit den Vorstehern und morgen ihm die Antwort außerhalb der Judenstadt sagen. Unterdessen war die Frau des Aron Ris dies gewahr geworden, so lauft sie gleich zu dem Herrn Stallmeister, welcher mit Weisskopf von Ihro Excellenz Graf Lamberg titul hieher geschickt worden und sagt ihm, daß Weisskopf alle seine Geheimnisse verraten hätte und daß man ihn mit Geld bestochen habe, und dadurch wär all sein Werk und Mühe vergebens. Wie der Stallmeister von der guten Frau des Aron Ris dies vernommen, ließ er gleich den Salomo Weisskopf zu sich berufen, verschließt ihn in einem abgesonderten Zimmer und läßt ferner niemand zu ihm. Darauf haben die Vorsteher nach Wien geschickt den vornehmen R. Ahron Katz Reiterls[55] und den gelehrten R. Salomo, den Bruder des R. Samuel Tausk und den angesehenen R. Hirsch Sohn des Rabbiners R. Chaim R. Todros zu sehen, was zu tun wäre und auch einen besonderen Boten nach der

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

heiligen Gemeinde Kelin (Kolin[56]) geschickt zu dem gelehrten hochangesehenen R. Baruch Austerlitz dem Schwiegersohn des R. Samuel Tausk und ihm die Sache mitgeteilt, daß er dringend herkommen solle, um der Beratung beizuwohnen wegen sein Schwär[56a] R. Samuel Tausk. Wie nun aber Salomo Weisskopf und der Stallmeister gehört haben, daß die Leute nach Wien gereist sind, so reisten sie geschwind nach und machten in Wien Anstalt, daß man die Abgesandten auch verhaften soll, wie aber die Abgesandten dieses erfahren haben, nehmen sie ihren Weg nach der heiligen Gemeinde Schaffa, die Grenze von Mähren und Österreich und stellen die Wiener Reise ein.

Am Mittwoch dem 11. Tewes ist der Rabb. R. Baruch in Prag angekommen und es ist ihm erzählt worden, wie es hier geht, da hat er glücklich nachgeforscht um zu erfahren, wer mit Aron Ris Weib zu dem Stallmeister und Salomo Weisskopf gegangen ist, da hat sich ereignet, daß einer gesagt hat, er habe gesehen, R. Modl[57] aus Berlin, der Schwiegersohn des vornehmen R. Leb Karpels,[58] Tob hakohol, welche mit R. Aron Ris verwandt ist, sei mit der Frau des Aron Ris in diese Sache zu dem Weisskopf gegangen. Nun gieng der vornehme Vorsteher R. Jakob Jeruschalmi und der vornehme R. Leser Wiener zu dem erwähnten R. Model und redeten ihm stark zu, was er sich denkt, warum dies getan und nicht denkt an Gott g. s. E. und verläßt sein Schwärs guten Freund, und den Ratschlägen von solch losem Gesindel beisteht. Und für allemal wissen wir wohl, daß Du mit ihnen interessirt bist, wenn Du aber an Gott g. s. E. willst denken, sag nur was diese falsche Anstalt und Schekerbilbul ist. So sagt der R. Model, es ist wahr, ich bin mit ihnen interessiert, ich bin auch gewesen mit dem Weib des Aron Ris und hab gesehen, daß sie dem Herrn Stallmeister eine ansehnliche Gansleber geschenkt hat und ich habe von dem Stallmeister gehört, wie er gesagt hat, daß unterschiedliche Briefe auf R. Samuel gefunden worden sind und er deswegen gewiß wird eine Gefahr leiden müssen. Am Freitag den 13. Tewes schickte der Rabbiner R. Baruch eine Stafette an die Frau Ester nach Wien und ließ ihr wissen, was der R. Model ausgesagt hat, wie falsche Briefe auf den Schwär R. Samuel ausgetrachtet worden, da ging die Ester und ließ den Brief, den ihr der Rabb. R. Baruch geschrieben, auf Deutsch abschreiben und zeigt den Brief bei allen vornehmen Beamten, was der Weisskopf für böse Werke in Prag gestiftet hat und ließ sich ein Memorial und Supplikation an unseren gnädigen Herrn den Kaiser s. E. w e. verfertigen und übergab dieses Memorial eigenhändig dem Kaiser s. E. w. e., ging auch zu Ihro Excellenz Graf Lamberg und zeigte ihm den Brief und erzählte dabei, welche bösen Taten der Salomo Weisskopf in Prag begangen hat, da nun Graf Lamberg gesehen, daß die Rede der Frau Ester wahr sei, und das falsche Anbringen des

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Weisskopf richtig, und er auch von Prag nichts gebracht, was sein falsches Anbringen hätte bekräftigen können, so befahl er den Weisskopf in der Rumorhauptwache gefangen setzen zu lassen. Durch die Gnade Gottes g. s. E. haben viele vornehme Herren und Damen für R. Samuel zum Guten sich verwendet, so daß unser gnädiger Herr, der Kaiser, große Gelehrte, Angesehene und Einsichtige, die Recht, Wahrheit und Gerechtigkeit lieben, in eine Kommission gegeben, um den Rechtsfall nach ihre Weisheit auszuforschen, ob das falsche Anbringen gegen R. Samuel wahr ist. Und dies sind die Herren Komissari, welchen die Sache von unserem gnädigen Herrn, dem Kaiser zu erläutern allergnädigst aufgetragen worden. der erste Ihro Excellenz Graf Kinsky Kanzler, titul mit sein Kanzlei Secretari titul Herr Bechingi, und I. E. Graf Perzileni[59] Hof Kanzler titul mit sein Kanzleisekretär Herr Quarient[60] titul und Ihro Gnaden Kriegssekretär Kampmiller[61] und es war darum aus der Krigskanzlei ein Komissari dazu gegeben worden, indem auch R. Samuel durch Soldaten gefangen genommen worden ist.

Am Sabbat dem 14. Tewes sind abermals Briefe von Chajim Tausk im Namen R. Samuel nach Prag gekommen, welche gelautet haben, man solle zu Hilfe schicken den gelehrten vornehmen R. Meir Kadisch[62] Rosch hakohol und den angesehenen R. Selig Singer,[63] Ikar hakohol und seinen Eidam den Rabbiner R. Baruch Austerlitz, und sie reisten nach Wien.

Wie sie unterwegs zur Stadt Neuhaus kommen, kommen ihnen dort Leute von Wien entgegen, die ihnen sagten, daß die ersten Abgesandten, nämlich R. Aron Katz, R. Salomo Tauske und R. Hirsch R. Chajim R. T. in Wien gefangen genommen worden seien, worüber sie sich entsetzten und hart erschraken, wie sie aber hernach hörten, daß es Lüge sei, und die ersten Abgesandten nicht nach Wien sondern nur bis Schaffa gereist sein, um dort den Ausschlag zu vernehmen, da reist der Rabbiner R. Baruch Austerlitz und R. Selig Singer auch bis Schaffa, und der vornehme R. Meir Kadisch wartet in der Stadt Neuhaus auf Ordre, was ihm der Rabb. R. Baruch von Schaffa schreiben wird, wohin er sich lenken soll. Wie nun der Rabb. Baruch und R. Selig nach Schaffa kommen, finden sie dort die ersten drei Abgesandten, die schon einen Brief Chajim Tausk's im Namen R. Samuels in Händen hatten, sie sollten nach Nikolspurg reisen und dort einige Tage verbleiben und weitere Ordre von Chaim Tausk erwarten, da hat R. Baruch gleich eine Stafette nach Neuhaus geschickt und dies R. Meir Kadisch mitgeteilt, worauf R. Meir Kadisch ungesäumt nach Wien gereist ist. Die ersten drei Abgesandten aber mitsammt dem Rabb. R. Baruch und R. Selig Singer reisen nach Nikolsburg, von wo R. Selig Singer sofort nach Wien reist, jedoch die ersten drei Abgesandten und der Rabb. R. Baruch bleiben dort um Ordre

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

von R. Samuel durch Chajim zu hören. Am Freitag, den 20. Tewes kommt der Diener der hochschätzbaren Frau Ester Rosenberg nach Nikolspurg mit der Post und bringt die Ordre von R. Samuel, daß es nicht gut sei, daß alle insgesamt nach Wien kommen, sondern nur sein Bruder Salomo und sein Eidam R. Baruch Austerlitz. Am Sabbatausgang d. 22. Tewes hat sich R. Aron Katz und R. Hirsch R. Ch. R. T.[63a] wieder zurück nachhause nach Prag begeben, und Sonntag darauf ist R. Salomo und der Rabb. R. Baruch Austerlitz mit der Post zu Leben und Frieden nach Wien gereist. Der vornehme R. Meir Kadisch ist zwar am Montag d. 23. Tewes unbehelligt nach Wien gekommen, wie aber R. Salomo und der Rabb. R. Baruch am selben Tage zur ersten Wache beim Tor gekommen sind und in die Stadt wollten, hat sie die Wache angehalten und gefangen genommen, wegen der Veranstaltung, die dazu getroffen worden war, die erwähnten drei Abgesandten zu verhaften.

R. Salomo und R. Baruch ließen ihre Verhaftung der erwähnten Frau Esther Rosenberg mitteilen, und diese lauft gleich von einer hohen Behörde zur andern und erwirkt, daß der Rabbiner R. Baruch, weil er unter den ersten drei Abgesandten nicht mitgemeldet war, sofort freigeworden ist, und R. Salomo, welcher zu den ersten Dreien gehört, ist beim Herrn Wachtmeister-Leutnant gefangen geblieben. R. Meir Kadisch und der Rabb. R. Baruch und die Frau Esther laufen zu den allergnädigsten von unserem Herrn dem Kaiser s. E. w. e. deputirten Komissarien und bitten sie fußfällig unter Tränen, sie möchten zusammentreten und die Sache gründlich untersuchen, um dadurch der Wahrheit auf den Grund zu kommen. So gab Gott g. s. E. ihnen Seligkeit in den Augen der gnädigen Kommission, daß sie Mittwoch d. 25. Tewes abends im Hause Ihro Excell. Herrn Herrn Graf Kinsky fleißig zusammentreten. Die Herren der Kommission titul, ließen R. Samuel aus dem Gefängnis zu sich berufen und R. Samuel bewies lauter und klar, daß er sein Tag nie den R. Samuel halevi zu Prag gesehen, sondern daß er sich mit in der Stadt Znaim getroffen habe, von wo R. Samuel seinen Weg nach Wien genommen, R. Salomo halewi aber sich nach Prag begeben habe. R. Samuel bat die Herren der Kommission, nachdem die Wahrheit klar erwiesen sei, und es nur ein falsches Anbringen sei, die gnädigen Herren Komissari möchten gnädig geruhen und belieben den Aron Ris auch gefangen nehmen zu lassen, weil er mit dem erwähnten Weisskopf gemeinsam den falschen Schluß gegen ihn erdichtet habe, und wenn er auch in Haft komme, wird er dies hoffentlich bekennen und die liebe Wahrheit desto besser an den Tag und ans Licht kommen. So haben die Herren der Komission das gehorsamste Bitten und Begehren von R. Samuel für gut befunden und gleich hochgnädig befohlen, daß man

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

den Ris allsogleich verhaften soll, und man hat den Aron Ris die ganze Nacht allerorten gesucht, aber nicht gefunden, weil er sich heimlich versteckt und verborgen hat, jedoch am selben Mittwoch, den 26. Tewes in der Nacht hat man ihn gefunden und, wie ihn die Wache ergreift um ihn gefangen zu nehmen, wirft er aus seinem Aermel geschwind zwei Briefe heraus und verbrennt sie vor den Augen der Wache zu Asche, die anderen Schriften, die er bei sich gehabt, nahmen sie ihm weg und führten ihn ins Gefängnis ins Stockhaus. Die Briefschaften des R. Samuel hat man nach Prag geschickt zu Handen Ihro Excellenz Herrn Herrn Appellationspräsidenten titul, sie dem gnädigen Herrn Grafen Herbenstein, Appellationsrat titel zu geben, welcher Schrift und Sprache der Juden sehr gut kennt, und der daraus selbst den Inhalt wird ersehen können, dadurch wird man wissen, ob die erwähnte angegebene Korrespondenz R. Samuel Tausk's wahr oder nicht wahr sei. Nun war zur selben Zeit die Stadt Passau[64] erobert und eingenommen worden und auch das Schloß Oberhaus von . . . zu Hilfe dem König in Frankreich, da war ein großer Tummel beim ganzen kaiserlichen Hof, so daß die hohen Minister sich tatsächlich nicht Zeit nehmen konnten den Speichel aus dem Mund zu werfen, geschweige denn sich mit jüdischen Angelegenheiten zu beschäftigen. Nur durch großes Anlaufen und Bitten, das der vornehme R. Meir Kadisch Rosch hakohol d. G. l. und der Rabbiner R. Baruch halewi gebraucht haben bei den Herren Komissari, wie auch daß der große berühmte Gaon R. Dawid Oppenheim[64a] der Rabbiner unserer Gemeinde Prag sehr gedrängt und inständigst gebeten hat seinen Mechutan, den großen Gaon, den Rabbiner, den berühmten Stadlan, den Stolz der Genration R. Simson Wertheim,[64b] daß er in dieser Angelegenheit zu Herrn Grafen Perzilini, Hofkanzler titul gehen möchte, hat sich dieser Gaon R. Simson angelegen sein lassen und gleich gegangen und um Gottes willen gebeten, daß er eiligst alles tun soll, die Rechtssache des R. Samuel zu erläutern und zu erklären. Darauf sind die Herren der Komission am Montag, dem Neumond Schebat wieder zum zweitenmale zusammengetreten, so hat der Rabb. R. Baruch untertänig gebeten, weil sein Schwär R. Samuel in die Stadt Wien bei allen hohen Beamten in gutem Ruf wohl bekannt ist, daß man ihn nicht durch die Stadt mit Soldaten führen soll, denn es wäre ihm eine große Schande. Die Bitte des Rabb. R. Baruch ist bewilligt und anbefohlen, daß der Wachtmeisterleutnant in einem gedeckten Wagen mit R. Samuel zu der Komission fahren soll. Aber Salomo Weißkopf wird öffentlich mit Schimpf und Schande mit vielen Soldaten zu der Komission geführt, die Komission läßt den Weißkopf zuerst vor sich und examiniert ihn über zwei Stunden lang mit großer Klugheit. Ihre Fragen und seine Antworten darauf wissen wir noch heute nicht, nur dem Vernehmen nach, hat er sich allein verredet, so daß die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Herren Komissari sein falsches Anbringen mit großer Klugheit gleich vermerkt haben. Darnach haben sie R. Samuel examinieren wollen, aber da hat gerade unsere durchlauchtigste allergnädigste Kaiserin um Ihro Excellenz Graf Kinsky, den Rektor dieser Komission geschickt, so giengen die Herren Komissari auseinander und man führte R. Samuel wieder unexaminiert ins Gefängnis. Donnerstag 4. Schewat wurde zum 3male in der Sache Komission gehalten und abermals erwähnten Salomo Weißkopf zuerst vernommen und etwa eine halbe Stunde lang examiniert, nach ihm hat man R. Samuel einvernommen, und die Komission hat ihm die falschen Briefe vorgezeigt, er soll darüber Red und Antwort geben. Wie R. Samuel den falschen Brief zu lesen anfangt und darin findet, daß sich R. Salomo halevi zu Prag bei ihm im Haus aufgehalten haben sollte, so hebt R. Samuel aus großen Unrechtleiden mit heller Stimme zu schreien und zu weinen an und sagt, ich mag schon weiter nicht lesen, sondern wenn nur der eine Punkt wahr ist, daß Salomo halewi sich in mein Haus befunden, oder ich zur selben Zeit in Prag gewesen bin, geb ich mich selbst schuldig und will von Herzen gerne leiden. Da hat die Komission R. Samuel zu Herzen geredet, weil der Weißkopf ein armer Mann ist und nicht zu zehren hat, daß er ihm sollte im Gefängnis sein Unterhalt geben, das hat R. Samuel den Herren Komissari zu Ehren eingewilligt ihn alle Tag mit 10 Kr. zu verpflegen. Dieses Mal wurde R. Samuel und sein Bruder R. Salomo von der Komission frei und losgesprochen worden gegen Bürgen, unter der Bedingung, daß er sich, wenn man ihn wieder verlange, stellen müsse und dabei dem titul. Herrn Secretari Bechinge anbefohlen worden, diese Examinierung wie auch den darüber gemachten Schluß zu Papier zu bringen und unserem Herrn dem Kaiser einzureichen, sein höchst geltende Approbation allergnädigst dazu zu geben. Weil aber Herr Secretari Bechinge damals mit viel kaiserlichen Geschäften beladen gewesen ist, war die Sache verhindert worden und nicht verfertigen können bis allererst den 12. Schewat hat Ihre Excell. Herr Graf Kinsky s. E. w. e. den Aufsatz mit völliger Komissions-Unterschrift unserem Herrn dem Kaiser s. E. w. e. eingehändigt und weil unser Herr der Kaiser s. E. w. e. den R. Samuel bei diesem falschen Anbringen für rein und recht befunden, so hat er sofort mit dem Schluß der Komission übereingestimmt.

Donnerstag den 18. Schewat hat unser Herr der Kaiser den Aufsatz der Komission wieder dem Grafen Kinsky eingehändigt, gleich darauf schickte Graf Kinsky zu Herrn Secretari Bechinge, er solle die Bürgschafts-Urkunde zu Papier bringen und die Bürgen darauf unterschreiben lassen, dieser setzte die Bürgschaftsurkunde auf und schickte um den Rabb. R. Baruch und gab ihm die Bürgschaftsurkunde, daß er sie unterschreiben lassen sollte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sie wurde unterschrieben von R. Samuel Tausk selbst und von R. Meir Kadisch, und R. Salomo dem Bruder des R. Samuel und von dem Rabb. R. Baruch Austerlitz, von der Frau Esther Rosenberg, von R. Juda Schick und R. Selig Singer. Nach dieser erfolgten Bürgschaft ist die Sache an Herrn Kampmiller, Kriegssekretari geschickt worden, daß er weiter an Titul Kommandanten Marquis Obiz einen schriftlichen Befehl ergehen lasse, R. Samuel und seinen Bruder Salomo frei zu lassen. Aber Herr Secretari Kampmiller hat dieses ohne Vorwissen Ihro Durchlaucht Prinz Abieni Kriegspräsident titul s. E.w. e. nicht tun wollen, weil R. Samuel durch das Gericht der Soldaten ins Gefängnis gekommen ist und schickte diese schriftliche Entlassung zu hochgedachtem Titul Herrn Prinzen zum Überlesen. Dieser Prinz aber wollte solches nicht ausfertigen lassen, wenn ihm die Kommission nicht zuvor den ganzen Verlauf von Anfang bis Ende schriftlich gebe, wie dies dann geschehen, war der Prinz einverständig und in der Nacht von Sonntag auf Montag, den 21. Schewat war R. Samuel und sein Bruder R. Salomo aus dem Gefängnisse freigeworden, so schickte R. Samuel mit einem eigenen Kurier den Bräutigam Selke, Sohn des R. Simon Bendiner nach Prag und schreibt die gute Botschaft, daß er frei geworden ist und wie der Bräutigam Selki Mittwoch den 24. Schewat nach Prag gekommen ist, war große Freude und Jubel, in der ganzen Gemeinde. An diesem Mittwoch den 24. Schewat ist der Rabbiner R. Baruch und R. Schalom (!) der Bruder R. Samuels von Wien nach Prag abgereist, so hat R. Samuel mit ihnen über die Sachen des Scheker-Bilbul geredet, nachdem er nur gegen Bürgschaft frei ist, so müsse man notwendig dahin arbeiten, den Behörden klar zu zeigen, daß es ein Schekerbilbul ist. Also befiehlt R. Samuel seinem Bruder und Eidam mit den Vorstehern in der heiligen Gemeinde Prag zu reden und sie zu bitten, sie sollen R. Meir ben R. Jekutiel hakohen Essrogimbrenger,[65] welcher ein gescheiter und weitgereister Mann ist, und sprachenkundig und Weg und Steg kennt, nach der Stadt Basel, die in der Nähe von Frankreich liegt, schicken und andre benachbarte Gemeinden, um die Leute, welche die falschen Briefe geschrieben haben sollen, in die Stadt Basel zitieren zu lassen und sie alldort im Gericht unter Eid abhören lassen, und vom erwähnten Gericht geschrieben und besiegelt bringen soll, wie sie unter Eid sagen werden, ob sie solche Briefe ja oder nicht geschrieben haben. Nach dieser Unterredung, da nun der Rabb. R. Baruch und R. Salomo abreisen wollen, kommt gleich nach Wien den guten Aron Ris sein Weib mit ihrem Sohn dem Bachur Simon um zu vernehmen, wie es mit ihrem guten Mann bestellt ist, aber der Rabb. R. Baruch und R. Salomo sind abgereist und kommen in der heiligen Gemeinde Prag an am Freitag den 26. Schewat und trugen den Vorstehern die Rede von R. Samuel vor, die Vorsteher waren mit diesem

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Plan einverstanden und Donnerstag, den 9. Adar I. ist erwähnter Meir Essroger abgeschickt worden. Unterdes gieng R. Samuel zu allen Fürstlichkeiten und besonders zu der ihm verordneten hohen Kommission um ihnen seinen untertänigsten Dank billigkeitsgemäß abzustatten und gebeten sie sollen Anweisung geben, in der Angelegenheit weiter nachzuforschen, damit seine Gerechtigkeit an den Tag gebracht werden könnte und hat seinen Weg nach der heiligen Gemeinde Prag nehmen und ist gleich am Fasten Ester zur Purimfreude wohlbehalten nach Prag gekommen.

In der Gemeinde war unbeschreibliche Purimfreude, man pries und dankte Gott g. s. E. für das große Wunder, das R. Samuel und der ganzen Gemeinde der Kinder Israel geschehen ist. Ende des Monats Adar scheni kam Meir Essroger wieder zurück und bringt geschrieben und besiegelt vom Herrscher, dem Landvogt aus der Stadt Basel, daß dieselben Juden von Turnach und Hennegau haben einen Eid abgelegt, daß das eitel falsche Briefe sind und sie bis heute keine Andeutung und auch nur Hinweis haben und daß sie R. Samuel Tausk nicht einmal kennen, und daß dieses hinter ihrem Rücken auf ihr Schlag[66] geschrieben worden, welches Lüge und falsch ist und aus dem falschen Brief was Leb Turnich am 24. Oktobris an Salomo Weisskopf geschrieben haben soll, das klare Licht hervorgeht, indem in selbigem Brief steht, daß er Leb Turnich hat nicht viel Zeit zu schreiben, weil er notwendig auf Soldum, auf den Markt reisen muß, in dieser Zeit ist in Soldum überhaupt kein Markt. Nun, wie Meir Essroger dies geschrieben und besiegelt gebracht hat, reist Sonntag am Neumond Nissan R. Samuel mit Meir Essroger wieder nach Wien und nahmen die Briefe von Basel mit sich und übergaben die Briefe an die Kommission i. E. w. E. R. Samuel verlangt und bittet, weil er durch die Briefe seine Gerechtigkeit klar erweist, man sollte sowohl ihn als auch seine Bürgen absolvieren. Es hat sich aber etliche Tage verzogen, ehe sich die Herren der Komission i. E. w. e. zu diesen Briefen aus Basel erklärt haben. R. Samuel ist gleich in der ersten Nacht Pessach wegen seine ausgestandenen Leiden Angst und Schrecken vom Fieber, nicht bei Euch, stark angegriffen worden und etliche Wochen sehr krank gewesen und während seiner Krankheit bringt dem guten Ris sein Weib eine Bürgschaftsurkunde über eine gewaltige Summe für ihren Mann, so daß er mit R. Abraham Austerlitz, welcher mit R. Samuel zusammen gefangen genommen worden war, am Sabbatausgange am Neumonde Ijar aus dem Gefängnisse entlassen wurde. Wie nun R. Samuel wieder gesund geworden ist, hat er wieder bei der hohen Komission stark gebeten und lamentiert, man solle ihn und seine Bürgen absolvieren und dabei die falschen Zeugen hingegen mit einer wohlverdienten Strafe belegen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

So hat unser Herr, der Kaiser s. E. w. e. Juni 1704 der bürgerl. Zeitr. das ist am Schebuotfeste 464 d. kl. Z. an die Herren der Statthalterei einen allergnädigsten Befehl ergehen lassen, daß R. Samuel und seine Bürgen wirklich absolviert sind, daß er ganz rein und gerecht ist, und alle auf ihn angebrachten Sachen falsch befunden worden sind, daß dessentwegen die Statthalter den gnädigen Befehl in allen Synagogen sollen öffentlich publizieren lassen. Er hat auch an die Herren der Appellation einen besonderen allergnädigsten Befehl ergehen lassen, daß sie wider Aron Ris auf seine sowohl gegen R. Samuel Tausk als auch in Sachen des Rechts mutwillige begangene Fälschungen strenges Gericht tun sollen, und den bei der Rumor Hauptwache gesessenen Salomo Weiskopf hat man dem Stadtgericht in Wien übergeben, daß sie ihn auf sein falsches Anbringen gegen R. Samuel sein verdientes Urteil machen sollen und daß R. Samuel ihm seinen obengemeldeten Unterhalt täglich 10 Kr. nicht weiter zu geben braucht. Diese kaiserlichen Befehle sind nach R. Samuels Ankunft in Prag auf Befehl der Statthalterei i. E. w. e. 26. Juni, d. i. der 24. Siwan am Sabbat darauf in allen Synagogen publicirt worden. Dann hat R. Samuel, nachdem die Altschul durch sein Eintreten eröffnet geworden, diese ausputzen und ausweißen und mit schönen Malereien malen lassen, daß wirklich ein Heiligtum im Kleinen geworden ist und mit den Vorstehern durch das Los alle Stätt[66a] ausgeteilt und am Vorabend des Sabbat, des 15. Menachem, mit Freude und Jubel mit vielen Chasonim und Musikanten eingeweiht und den Sabbat darinnen empfangen; am nächsten Tage dem Sabbat Nachmu hielt der große berühmte Gaon R. Dawid Oppenheim s. L. l., der Rabbiner unserer Gemeinde eine wunderbare Derascha darin. Bei dieser Gelegenheit sind seitens der Großen der Gemeinde viele Gelübde und Spenden zugunsten des Hauses gefallen und Gott g. s. E. Lob und Dank gegeben worden über all das Gute, das er seinem Knechte Samuel und seinem Volke Israel getan.

In dieser Zeit hat Ihro Excell. Hof-Kanzler gnädig anbefohlen dem Rumor-Hauptmann den erwähnten Ris mit seinem Weibe zu suchen und sie aus der Stadt zu führen, daß sie sich nicht mehr in der Residenzstadt Wien finden lassen, wie aber der Ris von diesem Befehl erfahren, hat er sich heimlich aus Wien herausgemacht und seinen Weg nach Berlin in sein Vaterland genommen, wo er noch ist. Weil er sich selbst im Unrecht weiß, so traut er sich nicht von dort wegzureisen, aber sein gutes Weib ist gleich mit Rumorknechten aus der Stadt geführt worden. Und während das Stadtgericht in Wien die Sache des Salomo Weisskopf untersucht hat, so ist u. u. v. S. w. am Dienstag den 11. Ijar 465 d. kl. Z., d. i. der 1. Mai 1705 der gew. Zeitrechnung uns unsere Krone von unserem Haupte gefallen, das unser allergnädigster Kaiser Leopoldus

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

von dieser Welt das Zeitliche gesegnet, genommen und seine heil. Seele wiederum zu Gott, dem Allerhöchsten gewendet, da war unter sein ganzen Gebiet unter allen Leuten von Großen bis Kleinsten ein großer Kummer, Trauer und Klage. Gott der Allerhöchste soll ihm bei denen vor ihm gewesenen Kaisern die ewige Ruhe geben, nach sein zeitlich Gesegnis ist sein Sohn der König Josephus mit Weisheit, Wissen und Einsicht sein Nachfolger, Gott g. s. E. soll ihm sein Weg tun und lassen glücklich sein zu langen guten Tagen, daß Er Erfolge habe wohin er sich wende, und möge alle seine Feinde fallen lassen unter die Ballen seiner Füße Amen! Am 9. Ab 465 d. kl. Z., d. i. Juli 1705 nach der bürgerl. Zeitrechnung ist der Salomo Weisskopf Prozeß eben zu Ende gegangen und hat vom Gericht ein strenges Urteil bekommen, daß er auf drei Jahre im Stadtgraben in der Residenzstadt Wien in Eisen und Band arbeiten soll, ihm das Land Österreich auf ewig verwiesen sein soll. Nach diesem glücklichen Ablauf hat R. Samuel Tausk mit all seinen Hausleuten und Freunden und allen die ihm anhiengen, auf sich genommen alljährlich zu fasten am 21. Schewat von jetzt ab in Ewigkeit, daß er gottlob wieder wohlbehalten frei geworden und jedesmal Lösegeld für seine Person zu geben und allemal zu dieser Zeit in derselbigen Nacht Purim zu machen, sich zu erfreuen an Essen und Trinken und mit großer Freude und vor allem über einen Becher Weins Gott zu loben und zu danken für das große Wunder, was Gott g. s. E. in seiner Barmherzigkeit und Gnade getan hat dem R. Samuel und dem ganzen Haus Israel gerettet vom Tode zum Leben, daß ist billig Gott g. s. E. zu loben und auch öffentlich wissen zu machen der ganzen Welt die große Gnade unseres Herrn des Kaisers s. E. w. e., der Jedem bei seinem Rechte sein allergnädigsten höchsten Schutzflügel ausbreitet und ist auch deswegen die Megila dem Olam zu Nachricht und jedem zu Gutem dem Exempel in öffentlichen Druck ausgegangen,[67] damit ein Jeder für unseren allergnädigsten Kaiser beten soll, daß er Nachkommen sehe und lange lebe in seiner Regierung über seinem Reiche bis ewig und daß für Zion der Erlöser komme Amen.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ANMERKUNGEN

[1] Schulchan Aruch Orach Chajim cap. 318.

[2] In der Erstausgabe Amsterdam 1764; in den späteren Ausgaben stark verkürzt.

[3] Veröffentlicht von Dr. Alexander Kisch in Grätz Jubelschrift S. 49.

[4] Chanoch Altschul, Verfasser des Moralbuches „Brantspiegel", starb, 69 Jahre alt im Jahre 1633. Vgl. Galed Nr. 106.

[5] Mehrfach ediert, auch in deutscher Übersetzung, zuletzt von Guido Kisch in J. G. J. Č. I, S. 421 f., daselbst auch Bibliographie.

[6] Die von Steinschneider in „Purim und Parodie" S. 473 angeführten Purim am 1. Adar, die von Familie Perutz in Rakonitz und Familie Popper in Prag noch gefeiert werden, dürften mit dem Tossafosjomtofpurim, der bis in die jüngste Zeit von zahlreichen Verwandten gefeiert wurde, identisch sein.

[7] Megillat Ofen — nicht zu verwechseln und Megillas Buda, die nur indirekte Beziehung zu Ofen hat — erschien eingeleitet und erläutert von D. Kaufmann, Trier 1895.

[8] Isak Schulhof machte auch noch den Brand Prag 1689 mit, bei dem seine Eltern den Tod fanden (Galed Nr. 59, Lieben, Prager Brandkatastrophen S. 4); er wurde später Nachfolger seines Vaters als Oberjurist, starb 1733 (Hock, Fam. Prags).

[8a] Rollenform in Privatbesitz. Abschrift aus dem Jahre 1832. Der Schreiber Mahrem Sohn des Samuel Sohn des Mahrem Sohn des Mordechai Sohn des Leb Enkels des Helden der Megilla Josua hat eben so wie sein Vater eine Abschrift dieser Megilla angefertigt und leitet sie mit der Schilderung einer Reihe von Begebenheiten seiner Zeit ein. Vgl. Hock, Fam. Prags, 11a i. a. 424, ibid 11b i. a. 444 ib 59 i. a. 462.

[9] Handschrift in Rollenform, dem Prager jüdischen Museum geschenkt von Oberprokurist H. Grünfeld, der sich zum Verwandtenkreis dieser Familie zählt.

[10] Hock, Fam. Prags, 162 b. Nr. 970, 970b.

[11] ibidem 268b i. a. 511, 347 i. a. 547.

[12] veröffentlicht von Grünwald im Berliner Magazin XV; nicht zu verwechseln mit dem in Bamberg gefeierten Zwetschgentaanith.

[13] Veröffentlicht von Dr. T. Jakobovits im Věstník žid. obce náb. v Praze vom 25. II. 1937, nach einem Manuskript der Prager jüd. Gemeindebibliothek in Rollenform.

[14] J. G. J. Č. II, S. 321 f.

[15] ibid. S. 381 f.

[16] ibid. S. 281 f.

[16a] diese Megilla in Buchform wurde von der Bibliothek der jüdischen Gemeinde Prag während der Drucklegung dieser Arbeit erworben.

[17] Handschrift in Rollenform (aber in jüdischdeutschen Schriftzeichen); Privatbesitz.

[18] Salkind Schmelkes, Vorsteher der Großenhofsynagoge, der sich um den Wiederaufbau der 1754 niedergebrannten Synagoge sehr verdient gemacht hat, er starb 1767 (Hock, Fam. Prags, 369 i. a.)

[18a] Besitz des jüd. Museums.

[18b] Privatbesitz Rollenform.

[18c] Der sogenannte „Pilsner Purim", der in Prag gefeiert wurde, hat keine historische Bedeutung. Es wurde von den Prager Kaufleuten nämlich der richtige Purim, wenn sie ihn wegen des oft gleichzeitigen Pilsner Marktes, nicht im Familienkreise feiern konnten, nach ihrer Rückkehr vom Pilsner Markte nochmals gefeiert als „Pilsner Purim".

[19] Primus ist die im jüdischen Schrifttum — wohl auch seinerzeit im Leben gebrauchte Bezeichnung für Primator, seltener findet sich Primas.

[20] Ich benütze die Form des Namens Taussig, weil sie auch in der Literatur

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gebräuchlich ist; in der Megillas Samuel ist die alte Form Tausk (Tauski) gebraucht, die auch bis in den Beginn des 19. Jahrh. die übliche war.

21 Über Isak Taussig vgl. Hock im Jüd. Centralblatt III, S. 97.

22 Durch den Umstand, daß sie verschollen waren, entgingen diese Paramente dem Brande von 1689, worauf, wenn ich nicht irre, schon A. Kisch aufmerksam gemacht hat.

23 Die Altschul war bald nach dem Brande von 1689 wiederaufgebaut, kurz darauf auf Betreiben der Geistlichkeit wieder gesperrt worden. Erst R. Sam. Taussig gelang es die Erlaubnis zur Wiedereröffnung zu erlangen,, allerdings mußten die der Geistkirche gegenüber gelegenen Westfenster vermauert und ein Beitrag von 400 fl. zum Baue der Kirchenmauern gegeben werden. (Lieben, Brandkatastrophen, S. 8.)

24 Stadlan = Fürsprache bei Behörden und Fürsten.

25 k. h. r. r., h. r. r., m. k. th., die üblichen Titulaturen, näheres in meiner Megillat Juchasin S. 6. Die Fulogien: „seine (ihre) Ehre werde erhöht", „die Gerechten mögen leben", gebe ich abgekürzt wieder: s. E. w. e.; d. G. l.

26 „darschenen", Reden halten mit Bezug auf religiöse Vorträge erbaulichen und belehrenden Inhalts. Derascha der Vertrag, Darschan, der Vortragende.

27 Landau wurde im September 1703 zum zweiten Male erobert.

28 Ris war, wie aus dem Folgenden hervorgeht, in Berlin geboren.

29 d. h. die Angezeigten waren froh, daß sie mit Geldstrafen davonkamen.

30 Das Publikum.

31 Siehe den vorangehenden Abschnitt.

32 Monatshalteramt. Die Ältesten wechselten jeden Monat ab. Der Fungierende hieß Monatshalter.

33 Tochter Samuel Jekels oder Schulhofs aus Prag; Gattin des Jost Liebmann in Berlin.

34 Hock a. a. O., S. 66. Abraham Ginzburg starb 1718; die Grabschrift bezeichnet ihn als klugen Mann und Ratgeber, Gelehrten, Gemeindeältesten und Vorsteher der Klaussynagoge.

35 Samuel halevi war 1702 Landesrabbiner von Elsaß.

36 Löb Lippstadt aus Wien, auch Gomperz genannt, starb am 6. April 1703 in Wien. Vgl. Wachstein, Inschriften des alten Judenfriedhofes in Wien II, Nr. 699.

37 Generaladjutant Graf Lamberg.

38 Chajim Tausk, von dem im vorangegangenen Abschnitte als dem Schreiber der Megilla die Rede ist, starb Ende 1732 als Chasan der Zigainersynagoge. Hock a. a. O., S. 145.

39 Stadtkommandant Ferdinand Marchese degli Obizzi.

40 Freimann vermutet in Abraham den Sohn des Gemeindeschreibers Meir Austerlitz in Berlin, der die Responsen David Oppenheims kopiert hat.

41 Soll wohl heißen Rosenberg.

42 Mendl Oppenheimer, vgl. Kaufmann Samson Wertheimer, S. 47.

43 Graf Wenzel Norbert Kinsky, Oberstkanzler.

44 Gräfin von Martinik.

45 Appellationsrat Johann Josef Wrtby.

46 Libermann Lasch starb 492, Hock a. a. O., 193b.

47 Chaim Todros, nach seiner Abstammung von Marannen auch Mesia genannt, war Rabbiner und Gemeindevorsteher. Die Grabschrift rühmt ihm nach, daß er überaus eifrig und groß in der Thora war; er starb in hohem Alter 1709 (Galed Nr. 83; Hock a. a. O., S. 137); Megillat juchaßin (in meiner Edition S. 13) erzählt, daß er Rabbiner in der Pinkasschul war, und nach seiner Mutter Judith, die eine Enkelin des R. Sinai, Bruders des hohen Rabbi Löw, auch Judemsch genannt wurde.

48 R. Jakob Jeruschalmi (Hock a. a. O., 173) war durch 24 Jahre Gemeindevorsteher in Prag, Enkel des R. Jakob, auf dessen Grabstein in Prag steht: der Gaon Jakob, der Fürst der Thora. (Megillat Juchaßin ed. Lieben, S. 11).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[49] R. Leb Karpeles, Gemeindeältester, starb 1725 (Hock a. a. O., 332).

[50] R. Leser Wiener oder Wien, Gemeindevorsteher, „das Haupt der Redner", starb 1719 (Hock a. a. O., 111a).

[51] R. Leb Wiener dürfte identisch sein mit dem gelehrten Juda Leb Wien, Sohn des Rabbinatsbeisitzers Esriel aus Wien (Hock a. a. O., 1106; Kaufmann, letzte Vertreibung, S. 189, Anm. 5).

[52] R. Gumprecht Leitmeritz Procurator, Schreiber (Sekretär) der Prager Ältesten, wird auf dem Grabstein als Stadlan, Procurator und Redner bezeichnet Hock a. a. O., 191). Er starb 1720.

[53] Selig Duschenes starb 1715 (Hock a. a. O., 78).

[54] Hirsch der Sohn von Chaim Todros (Anm. 47) starb 1741 (Hock a. a. O., 137b).

[55] R. Aron Kaz Reiterls, Gemeindevorsteher, starb 1713, er widmete gemeinsam mit seiner Frau Telzele, die ihm 1705 im Tode vorausgegangen war der Altneuschul ein Porauches (Hock a. a. O., 353a).

[56] Baruch ben Salman Austerlitz aus Eisenstadt, der Schwiegersohn des Primators Samuel Tausk, Rabbiner in Kollin, nachmals Prediger in Prag (Kaufmann, die letzte Vertreibung, S. 171).

[56a] Schwär = Schwäher = Schwiegervater.

[57] Model Mordechai Ris, Sohn des Abraham aus Berlin, Enkel des Rabbiners Model Ris, Rabbinatsbeisitzer in Wien und Rabbiner in Schnaittach schenkt, mit seiner Frau Sorel im Jahre 478 (1728) der Altneuschul eine Thorarolle mit Schmuck und ein Thoramäntelchen; er stirbt 488 (Ende 477), Hock a. a. O., 356; Galed 135.

[58] Juda Leb Karpeles, Gemeindeältester, starb 485 (1725), Hock a. a. O., 332a.

[59] Hofkanzler Graf Julius Bucelini.

[60] Quaerient.

[61] Kriegssekretär Zacharias Mariophilius Campmüller.

[62] Meir Kadisch, Gelehrter, Gemeindevorsteher, Schwiegersohn des Přemysler Rabbiners Feiwel Theomim, stirbt 480 (Ende 1719), Hoch a. a. O., 305a.

[63] Selig Singer, Gemeindevorsteher, stirbt 481 (1721), Hock a. a. O., 121b.

[63a] Abkürzung von R. Hirsch, R. Chaim R. Toders (vergl. Anm. [54])

[64] Passau wurde am 11. I. 1704 erobert.

[64a] Über David Oppenheim vgl. Lieben, David Oppenheim.

[64b] Über Simson Wertheim vgl. Kaufmann, Samson Wertheimer und Wachstein a. a. O., II, 767.

[65] Eßrogbrenger, wie aus dem Folgenden hervorgeht, identisch mit Eßroger Frau und Sohn Meir Eßrogers sind bei Hock a. a. O. verzeichnet; da die Eßrogim von weit her gebracht werden mußten, ist es begreiflich, daß Meir Eßroger weltgereist und sprachenkundig war.

[66] Auf ihre Art.

[66a] Stätt ist die Mehrzahl von Stot, das den Sitzplatz in der Synagoge bedeutet.

[67] Zu dieser geplanten Drucklegung ist es nicht gekommen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANHANG

Sonstige jüdische Gedenktage in Prag und Böhmen

1. Der Tag nach dem Schabuothfeste wurde wegen der „Geseras Pauker" in Prag als Buß und Gedenktag gefeiert. Das Rituale für diesen Gedenktag ist enthalten in den Selichot der Prager Altschul. Näheres über diese Verfolgung, über die Zeit, wann sie stattfand, ist nicht bekannt (Lieben, Denkmäler jüdischer Tragödien in „Zelt", S. 242).

2. Der 8. Tag des Pessachfestes zur Erinnerung an den großen Judenpogrom 1389. Am Tage nach dem Feste wird in den Synagogen die historisch bedeutungsvolle Selicha des Augenzeugen R. Abigdor Karo recitiert. Wohl mit Rücksicht auf frühere Verfolgungen, vielleicht auf die „Geseras Pauker" wird diese Verfolgung in den Selichoth nach dem Ritus der Prager Altschul „junke gesera" genannt (Lieben, a. a. O.).

3. Der 2. Adar, zur Erinnerung an den für die Prager Judenstadt glimpflich verlaufenen Einfall des Passauer Kriegsvolks 1611. Ich gebe in Folgendem das Titelblatt des Erstdruckes der Bußgebete für diesen Tag wieder, der den Sachverhalt genau schildert:

„Es geschah im 6. Jahrtausend, im Jahre 5371 (1611) nach Erschaffung der Welt am Dienstag, dem 2. des Monats Adar, da war hier in der heiligen Gemeinde Prag große Bestürzung unter den Fürsten des Landes, wegen des Heeres der Passauer, die gekommen waren, die Stadt zu erobern, es gelang ihnen wohl nicht; aber es wütete an diesem Tage ein heftiger Kampf. Große Verwirrung war unter dem Volke und Israel war in gewaltigem großen Schrecken; Gott aber rettete sie in seiner Barmherzigkeit. Darum haben alle Einwohner der heiligen Gemeinde Prag und der Umgebung es auf sich genommen zu gedenken der Gnade Gottes von Jahr zu Jahr an diesem Tage zur Erinnerung im Tempel Gottes an all das Gute, das er uns vergolten in diesen Zeiten und diese drei Selichoth im Achtzehngebete zu sprechen und an diesem Tage bis Mittag zu fasten und von Gott zu bitten für sein Volk, daß er Gutes uns tue in jeglichem Geschlechte. So sei es sein Wille."

Diese Selichoth hat der große Gaon, der Fürst in Israel, das Haupt der Redner allenthalben, das Haupt der Methibtha (Hochschule) der heiligen Gemeinde Prag, R. Salomo Efraim, der Gerechte lebe, Sohn des gelehrten R. Aron, das Andenken des Gerechten zum Segen, verfaßt mit Zustimmung der Vornehmen, der Häupter und Edlen und Führer der Gemeinde und mit Zustimmung der Fürsten der Gerichtshöfe der heiligen Gemeinde Prag.

Verfaßt hat sie der erwähnte Gaon im Jahre 373 und seinen Namen am Schlusse der ersten Selicha gefertigt. Gedruckt zu Prag im Jahre 373 der kleinen Zählung (1613) unter der Herrschaft Kaiser Mathias. Der Druck begann am Donnerstag dem Neumond Adar und wurde beendet Freitag Neumond Adar.

Drucker: Jakob, Sohn des Gerschon Bak.

Juda, Sohn des Alexander Kohen, genannt Leb Setzer aus Prag.

4. Der 14. Cheschwan dient der Erinnerung, daß der Einzug der Kaiserlichen nach der Schlacht am weißen Berg nach Prag am 10. November 1619 ohne die gefürchteten Exzesse gegen die Juden erfolgte. Dr. A. Kisch hat in seiner bereits vergriffenen Schrift „Die Judenstadt während der Schlacht am weißen Berg" über die Bedeutung dieses Tages, den er auch in die Zahl der „Prager Purim" aufnehmen will, eingehend geschrieben, und die Einleitung der Selichot für diesen Tag zum größten Teil übersetzt. Ich übersetze sie in Folgendem und glaube, daß — nach den Worten der Einleitung — dieser Tag nicht als Purim anzusehen ist.

„Selichoth, die man hier sagt in der heiligen Gemeinde Prag am 14. Cheschwan, verfaßt von dem Gaon, dem Vater des Gerichtshofes und Leiter der Jeschiwa der heiligen Gemeinde Prag, dem Verfasser des Tossafot Jomtob, sein Name ist bekannt in

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Israel und Juda, der große Gaon, R. Jomtob genannt R. Lipmann, sein Licht leuchte.

Wir wollen vorher schreiben, wie die Ereignisse sich zugetragen haben. Es war in den Tagen Mathias, des römischen Kaisers, der herrschte in Deutschland, Ungarn und Böhmen. Im Jahre 378 nach Erschaffung der Welt (1618) zog er von seiner Residenz in der Hauptstadt Prag nach der Stadt Wien; da erhob sich ein Teil der Fürsten und Vornehmen Böhmens, verschworen sich und zogen gegen die feste Burg hier in Prag, wo die vornehmen Beamten des Königs, die an der Spitze der Regierung Böhmens standen, ihren Amtssitz hatten. Sie nahmen drei von ihnen, warfen sie durch das Fenster in die Tiefe und schossen nach ihnen; diese aber wurden gerettet und starben nicht. Als die Aufständischen einsahen, daß sie bei ihrem Könige, dem Kaiser in üblen Geruch gekommen waren, da setzten sie dreißig Vornehme als Beamte ein und sammelten ein zahlreiches Heer; auch der Kaiser sammelte sein Heer und so herrschte ein heftiger Krieg zwischen ihnen.

Als im Jahre 379 (1619) Kaiser Mathias gestorben und an seiner statt Ferdinandus der Sohn seines Oheims, des Herzogs Karolus zum Kaiser gewählt worden war, den die Böhmen und Ungarn noch zu seinen Lebzeiten zu ihrem Könige gesalbt hatten, damit er nach dem Tode Kaiser Mathias herrsche, da empörten sie sich auch gegen diesen und ernannten zu ihrem Könige, den Pfalzgrafen Friedrich, einen der Kurfürsten und krönten ihn und seine Frau, die Tochter des englischen Königs hier zu Prag im Cheschwan 380 (November 1619). Dieser kämpfte mit Kaiser Ferdinandus und das kaiserliche Heer verfolgte ihn und sein Heer, so daß am Freitag, dem 10. Cheschwan 381 (6. XI. 1620) Bestürzung in der ganzen Stadt herrschte, da es hieß, das kaiserliche Heer sei schon nur eine Meile von Prag entfernt. Am Donnerstag, dem 12. Cheschwan bei Tagesanbruch kam es zum Kampfe und viele Juden mußten an den Wällen und Gräben — Schanzen genannt — arbeiten. Der Kampf am weißen Berge — der vor Prag liegt — wurde heftiger, bis gegen Abend die Kaiserlichen die Oberhand gewannen und die Böhmen schwer schlugen gegen 10.000 Mann, die übrigen flohen ins Gebirge durch die Weinberge, die rings um die Stadt waren und sie verfolgten sie bis ans Tor. In dieser Nacht floh der Schlaf die Kriegsleute, sie wußten nicht mehr ein und aus, und da sie sich fürchteten auf der Festung zu bleiben, zogen die Soldaten alle mit dem König und der Königin, die sie sich gewählt, in die Altstadt. In derselben Nacht kam das kaiserliche Heer in die Burg und auch die Kleinseite schloß Frieden mit ihnen. Am Montag, dem 13. Cheschwan (9. XI.) zeitlich morgens floh ihr König Friedrich mit seiner Gattin und all ihren Leuten, um sich zu retten, sie flohen aus dem Lande. Diesen ganzen Tag und auch den nächsten Tag, Dienstag, den 14. Cheschwan schlossen die Männer der Altstadt, in deren Mitte wir wohnen, nicht Frieden, auch die Neustadt hatte noch keinen Frieden geschlossen und so waren wir in arger Sorge bis gegen Abend der Frieden verkündet wurde. Und Gott ließ uns Gunst und Gnade finden vor den Befehlshabern des Heeres und sie stellten Wächter in unsere Gassen, denn so hatte es der Kaiser, seine Ehre werde erhöht, Gott, gepriesen sei Er, vergelte ihm seine Güte, jedem Heerführer befohlen, daß keine Hand angelegt werde an einen Juden, weder an seine Person, noch an sein Vermögen, sie sollten vielmehr auf beste Weise geschützt werden. Ungefähr einen Monat lang wurden die „Häuser voll alles Guten" beraubt und ausgeplündert, gegen die Juden erhoben sie aber nicht ihre Hand. Darum wurden alle Worte dieses Schreibens festgesetzt und übernommen von den Weisen Prags, den Häuptern und Führern mit Zustimmung des Vaters des Gerichtshofes, des Gaons R. Jesaia s. g. l., der in das heilige Land gezogen ist, den 14. Tag des Monats Cheschwan zu machen zu einem Tage der Erinnerung an die Wunder Gottes, gelobt sei Er, sie zu erwähnen im Gebet mit Dank, und an diesem Tage Lösegeld für sich zu geben zum Zwecke der Befreiung Gefangener, und zu fasten bis nachmittags, sowohl Männer wie Frauen, denn auch auf diese erstreckte sich das Wunder. Gegen Abend wollen wir uns erheben von unserem Fasten und jubeln und uns freuen seiner Hilfe."

5. 10. Jjar. An diesem Tage wird in Nachod in besonderem Gebete des großen Brandunglückes vom 10. Jjar 5420 (17. Mai 1660) gedacht.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

6. 3. Tamus ist der Gedenktag des großen Brandes der Judenstadt im Jahre 449 (1689). Vgl. Lieben, die Prager Brandkatastrophen.

7. Der 13. Ijar war in Kuttenplan lange Zeit der Erinnerung an den großen Brand im Jahre 1733 gewidmet.

8. Der 21. Kislew, der Tag des blutigen Pogroms im Jahre 1744 in der Prager Judenstadt (vgl. oben S. 5) scheint auch in der Synagoge durch Bußgebete begangen worden zu sein. Ich finde in einer alten Selicha Ausgabe nämlich handschriftlich folgende Selichaordnung verzeichnet. „Plünderung, 21. Kislew, Nr. 4, 10, 12... Pismon Nr. 8."

9. 4. Tewes. Dieser Tag wird zur Erinnerung an das große Judenmassaker am 4. Tewes 5505 (9. XII. 1745) in Leipa als Bußtag gehalten mit eigenen historisch wertvollen Bußgebeten (vgl. oben).

10. 26. Nissan wurde in Prag in eigenem Gebete des Brandes der Judenstadt am 26. Nissan 5514 (17. Mai 1754) gedacht. (Lieben a. a. O.)

11. 24. Jjar der 24. Jjar wird in Jungbunzlau zur Erinnerung an den großen Brand vom 24. Jjar 1854 (28. Mai) mit besonderen Bußgebeten begangen.

12. Unsicher ist ob der von dem Apostaten und Angeber Pesach Peter hervorgerufenen Ermordung von 77 Juden in Prag am 22. August 1400 und der Verbrennung von drei Juden am 11. September dieses Jahres, über die Lipmann Mühlhausen berichtet, an einen eigenen Trauertag gedacht wurde. Jedenfalls ist im Ritus der Altschul das Ereignis in der Pethicha für Mincha des Jom kipur Nr. 136 Ephtecha festgehalten von Abigdor Karo. (Lieben, Denkmäler jüdischer Tragödien.)

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zwei Beiträge zur Geschichte des Frankismus in den böhmischen Ländern

Von Dr. Václav Žáček, deutsch von Dr. Anton Blaschka

—

Einleitung

Die geographische Lage eines Landes bleibt auf die geistige Entwicklung seiner Bewohner nicht ohne Einfluß. Die Lage Böhmens und Mährens, just in der Mitte zwischen dem europäischen Westen und Osten, war stets für Geistesgut aus beiden Richtungen zugänglich, das seine Bewohner willig aufnahmen oder bekämpften, verarbeiteten und im Sinne ihrer eigenen Neigungen und Interessen umgestalteten. Ebenso wie bei der überwiegenden arischen Mehrheit seiner Bewohner von Zeit zu Zeit Gedankenströme aus der näheren und ferneren Nachbarschaft Gehör, ja Übergewicht erlangten, so war dies auch bei der zahlenmäßig ziemlich geringen jüdischen Minderheit in den böhmischen Ländern der Fall. Sie reagierte ebenso empfindlich, ja noch weit empfindlicher auf den geistigen Gärungsprozeß in der Judenschaft, mochte er sich im Osten oder im Westen abspielen. Die Juden blieben bei ihrer rassischen und religiösen Exklusivität, trotz ihrer Zerstreuung über die ganze Welt, stets ein geistig einheitliches Volk, wenngleich ihre ideelle und religiöse Entwicklung manche Zeiten von Krisen und Zweifeln durchgemacht hat. Dieses Bewußtsein der völkischen und geistigen Einheit aller Judenschaft war die Ursache, daß jede geistige, besonders religiöse Schwankung einer bedeutsamen Persönlichkeit sofort die gesamte Judenschaft erschütterte, als ob sie einen unmittelbaren Anstoß erfahren hätte. Am besten kann man diese Empfindlichkeit des jüdischen Geistes an der Intensität ermessen, mit der sich in der Neuzeit bei den Juden der religiöse Mystizismus und das Sektenwesen verbreitete; entsprechend ihrer zentralen Lage blieben die Juden in Böhmen und Mähren davon nicht unberührt. So wurden auch die böhmischen Länder zum Schauplatz eines hartnäckigen und erbitterten Kampfes zwischen der rabbinischen Orthodoxie und den neuerungssüchtigen Irrlehren unterschiedlicher jüdischer Mystiker und Messianisten, welche die bisherige Hegemonie der Rabbiner im religiösen Leben des jüdischen Volkes bedrohten. In dieser Hinsicht war für die böhmischen Länder am wichtigsten das 18. Jahrhundert. Damals drangen hier größtenteils durch polnische Vermittlung die Lehren des Sektierers Sabbatai Zewi und seiner späteren Anhänger ein. Von den letzteren war der bedeutendste Jakob Josef Frank, den sein stürmischer Lebensweg in unmittelbare Berührung mit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

den böhmischen Ländern brachte. Hier wurden seine Lehren von einem Teil der Juden begriffen, von den Verfechtern der offiziellen jüdischen Orthodoxie aber auch energisch bekämpft.

Zweck dieser Arbeit ist nicht, die Grundlagen und die Voraussetzungen des jüdischen Mystizismus im einzelnen darzulegen; ebensowenig ist unsere Absicht, den Lebenslauf der Führer des Sabbatianismus, Sabbatai Zewis und Jakob Josef Franks und ihrer prominenten Bekenner ausführlich zu zeichnen. Wir wollen uns in unserer Erzählung nur auf eine knappe Lebensübersicht der beiden Sektierer und ihrer grundlegenden Lehrmeinungen beschränken. Ausführlicher wollen wir nur jene Zeitläufte behandeln, da ihre Irrlehren in das Gebiet der böhmischen Länder einzudringen begannen, und schildern, wie sie hier aufgenommen wurden und welchen Angriffen und Kämpfen sie hier ausgesetzt waren. Deswegen ist unsere Studie zweiteilig angelegt. Der erste Teil wird eine kurze Übersicht von dem Leben und der Lehre Jakob Josef Franks mit einer eingehenderen Darstellung seines Aufenthaltes in Mähren enthalten, verfaßt auf Grund von neuem und bisher unbenütztem Material. Der zweite Teil wird das Ende von Franks Leben und besonders die Persekution seiner Prager Anhänger durch die Verfechter der herrschenden jüdischen Orthodoxie um das Jahr 1800 umfassen; auch hiezu wurden bisher unbekannte Archivquellen benützt. Unbeachtet bleibt dabei die dogmatische Seite dieser Kämpfe, weil der ideelle und religiöse Inhalt der Frankschen Lehren und der religiösen Grundlagen Sabbatai Zewis einerseits mit der Geschichte der Judenschaft in den böhmischen Ländern nicht zusammenhängt, anderseits aber aus der bisherigen Literatur hinlänglich bekannt ist.[1] Die vorliegende Arbeit wird ihr Augenmerk vor allem den wesentlichen Ereignissen und wirklichen Tatsachen zuwenden, um die bisherigen historischen Kenntnisse über die Verbreitung des Frankismus und seine Propaganda in den böhmischen Ländern zu bereichern. Die Ereignisse sollen treu nach den Quellen geschildert werden, ohne die Absicht, irgendeine der feindlichen Parteien zu begünstigen; scharfe Ausfälle gegen die eine oder andere Partei werden stets nur das Echo der Quellen in ihrem Wortlaut oder in getreuer Umschreibung sein.

I.

JAKOB JOSEF FRANK IN BRÜNN

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde die starke jüdische Minderheit in Polen durch die Lehre Jakob Franks derart stark aufgewiegelt, daß selbst die christliche hohe Geistlichkeit und die weltlichen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Behörden Polens darauf aufmerksam wurden. Jakob Frank ließ damit in Europa eine ältere Irrlehre aufleben, mit der vor mehr als einem Jahrhundert vorher unter den türkischen Juden der Smyrnaer Landsmann Sabbatai Zewi (geb. 1626 zu Smyrna, gest. 1676 zu Dulcigno in Albanien) hervorgetreten war, der Stifter einer mystischen Sekte, die nach ihm als die Sekte der Sabbatianer bezeichnet wird. Sabbatai Zewi war zu seiner Lehre durch eindringliches Studium der jüdischen kabbalistisch-mystischen Schriften gelangt; sie wurden zu einem Großteil entscheidend für seinen Entschluß, sich im Jahre 1648 als Messias zu proklamieren, und für das sturmbewegte Schicksal, das ihm und seinen Anhängern beschieden war. Es war nur die natürliche Folge des Auftretens Sabbatai Zewis, daß ihn die rechtgläubigen Rabbiner mit dem Bannfluch straften und daß er in der Türkei unstet von einem jüdischen Hauptort zum andern wandern mußte (Sabbatai Zewi lebte auch längere Zeit in Jerusalem und in Ägypten). Doch diese Wanderungen waren gleichzeitig Propagandareisen dieses Messias aus eigenem Drange, bis er schließlich im Jahre 1666 feierlich in seine Heimatstadt Smyrna zurückkehren konnte. Das Auftreten Sabbatai Zewis rüttelte das Gewissen der gesamten europäischen Judenschaft auf, namentlich das der türkischen Judenschaft; ihr in der Zeitlage begründeter Hang zu mystischer Grübelei erhielt noch reichliche Nahrung durch die Schreckensnachrichten von Kosakenprogoms gegen die Juden in der Ukraine und in Polen. Unter dem Eindruck dieser Heimsuchungen entwickelte sich unter den polnischen Juden in einer nie dagewesenen Weise der messianische Gedanke, der dann das Geistesleben in den Nachbarländern und besonders in der Türkei beeinflußte, wohin eine Menge Flüchtlinge aus der Ukraine und Polen ihre Zuflucht genommen hatte. So erfuhr die messianische Lehre Sabbatai Zewis neuen, wertvollen Auftrieb. Noch mehr nützte der Sabbatianerpropaganda eine vorübergehende Verfolgung seitens der türkischen Regierung; aus Furcht vor politischen Auswirkungen seiner Lehre hatte sie nämlich den Smyrnaer Messias auf der Festung Abydos an den Dardanellen und an anderen Orten gefangen halten lassen, bis sie ihn veranlaßte, zum Islam überzutreten, um durch sein Beispiel alle türkischen Juden zum Islam zu bekehren. Ein Großteil seiner Anhänger folgte seinem Beispiel und trat äußerlich zum Islam über. Auch bei diesem Schritt war die messianische Überzeugung ausschlaggebend, durch vorübergehende Drangsal infolge des Abfalls wolle der Messias sein Volk von allen Sünden reinigen. Weil aber Sabbatai Zewi auch dann nicht davon abließ, seine mystischen Anschauungen zu verkünden und sich als Messias und Erlöser der Menschheit auszugeben und immer neue Scharen jüdischen Volkes in der Türkei an sich zu ziehen, so wurde er von den türkischen Behörden in das albanische Städtchen Dulcigno deportiert, wo er, von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

seinen Anhängern abgeschnitten, den Rest seines unruhigen Lebens bis zu seinem Tode im Jahre 1676 zubrachte.[1]

Die Lehre, die Sabbatai Zewi mit ziemlichem Erfolge verkündet hatte, wurde nach seinem Tode keineswegs aufgegeben. Einige Zeit setzte seine Tätigkeit der Hauptpropagator des Sabbatismus in Europa, Nathan von Gaza, fort (gest. 1680). Nach ihm warf sich als Haupt der Sabbatianer Abraham Michael Cardoso auf (1630–1706); unabhängig von ihm blieb eine Gruppe treuer Schüler Sabbatai Zewis in Saloniki, an deren Spitze Sabbatai Zewis Schwager Jakob Zewi recte Jakob Keredo und nach ihm dessen Sohn Berachja stand (1695–1740) und die nach dem Vorbild ihres ersten Lehrers, im Bestreben, Verfolgungen von der türkischen Regierung zu vermeiden, zum Schein zum Islam übertraten, ohne dabei ihre kabbalistisch-mystische Anschauung und Überzeugung, Nachfolger des Messias zu sein, aufzugeben. Das kam fast der Ausbildung einer eigenen jüdisch-mohammedanischen Sekte gleich, darin die ursprüngliche Lehre Sabbatai Zewis unter der Überbürdung mit islamischen Formalitäten unterzugehen drohte, wäre sie nicht zu neuem Glanz und verjüngter Stoßkraft erweckt worden durch das Auftreten des polnischen Juden Jakob Frank, der zum letzten großen Künder der Gottheit Sabbatai Zewis, seiner Nachfolger und seiner selbst wurde.

Jakob ben Jehuda Löb Frank (1726–1791) war ein Rabbinerssohn aus Korolówka in Podolien.[2] Hier hatte schon früher die Lehre der Sabbatianer mächtig eingewirkt und tiefe Wurzel geschlagen. Auch Franks Vater Jankiew Lejbowicz war davon nicht unberührt geblieben. Von den rechtgläubigen Rabbinern entlarvt, war er gezwungen worden samt Familie in die Walachei und von da weiter südlich in die Türkei auszuwandern. Während seines Aufenthaltes in der Walachei fristete der junge Jakob Frank sein Leben als Handlungsgehilfe und später als Hausierhändler und verheiratete sich im Jahre 1752 in der Stadt Nikopolis mit einer gewissen Chana, der Tochter eines einheimischen Handelsmannes. In der Türkei hielt er sich am längsten in Saloniki auf.[3] Hier kam er mit den mohammedanischen Sabbatianern in enge Berührung. Frank nahm ihre Lehre an und vollzog nach ihrem Beispiel den formalen Übertritt zum Islam. Damals nahm er auch den Namen Jakob Frank an, unter dem er in der Geschichte bekannt ist.[4] Und in Saloniki verfiel Frank auf den Gedanken, unter der Behauptung, der Nachfolger des verewigten göttlichen Führers der dortigen Sabbatianer Berachja zu sein (daß Berachja schon im Jahre 1740, also etwa zwölf Jahre vor Franks Ankunft in Saloniki gestorben war, verschlug ihm nichts), die Führung der ganzen Sekte an sich zu reißen, und er verlieh dieser Vorspiegelung durch immer kühnere Behauptungen von seiner Gottheit und seiner messianischen Sendung auf Erden stets frischen Nachdruck. Er

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

behauptete, alle seine Vorgänger seien die Metamorphose einer und derselben Messiaspersönlichkeit gewesen. Die Seele des Messias sei nach und nach in der Person des Königs David, des Propheten Elias, Christi und Mohammeds Fleisch geworden, schließlich in der Person von Sabbatai Zewi und dessen Nachfolgern, zu denen sich Frank selbst als letzte Inkarnation des Erlösers zählte. Im Jahre 1755 kehrte er nach Polen zurück[5] und in seinen Predigten und bei den Zusammenkünften der ostpolnischen Juden suchte er unablässig nachzuweisen, er sei der Erbe und Nachfolger Berachjas, berufen, die Juden aus der Verdammnis zu erlösen.

Den Hauptnachdruck legte er darauf, daß in ihm der „heilige König" inkarniert sei, wie er vordem in dem verewigten Sabbatai Zewi Mensch geworden sei, und er ließ sich daher von seinen Anhängern göttliche Ehren erweisen. Seine Anhänger suchten nach der Erkenntnis des wahren Glaubens in den kabbalistischen Schriften und im Sohar, lehnten den Talmud ab und verwarfen im Kampfe mit ihren rabbinischen Gegnern nicht bloß die Ritualvorschriften, sondern auch die Ehegesetze.[6] Den Widerstand gegen die um sich greifende Sekte leiteten die orthodoxen Rabbiner. Wenn sie den Bannfluch gegen die neuen Lehren schleuderten, ging dies nicht ohne blutige Zusammenstöße und Unruhen ab. Dadurch wurde die staatliche und geistliche Administrative des Landes geradezu aufgefordert, in die religiösen Streitfragen der Judenschaft schlichtend einzugreifen. Die Verfolgung von seiten der rechtgläubigen Rabbiner veranlaßte Frank und seine Anhänger, Fühlung mit den Christen zu suchen. Auf die Anregung Franks wandten sich einige seiner Anhänger an den Bischof Dembowski in Kamienec Podolski mit dem Glaubensbekenntnis an die Dreieinigkeit und an die Menschwerdung Gottes und mit dem Ersuchen um Schutz vor den Verfolgungen der Rabbiner. Bischof Dembowski, ein geschworener Feind der Juden, ergriff mit Freuden diese Gelegenheit, um wenigstens einen Teil der Juden für die katholische Religion zu gewinnen. Darum veranstaltete er auch im Jahre 1757 in Kamienec Podolski auf Ersuchen der Frankisten eine große Disputation zwischen den Frankisten und Kontratalmudisten einerseits und den orthodoxen jüdischen Rabbinern und den Talmudisten anderseits. Die Disputation endete nach der Entscheidung des Bischofs mit einem Erfolge der Frankisten, und diese nützten ihn zu einem großaufgemachten öffentlichen Auftreten und zu einer rücksichtslosen Verfolgung ihrer talmudistischen Gegner und zur Vernichtung der talmudistischen Bücher aus.[7] Erst der plötzliche Tod des Bischofs Dembowski setzte dem Treiben der siegreichen Frankisten ein Ende. Ja, jetzt kehrte sich das Blatt um und die bisher verfolgten Rabbiner begannen als Verfolger aufzutreten und den Frankisten die erlittene Unbill heimzuzahlen. Der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

neuen Verfolgungswelle steuerte Frank durch einen neuerlichen Annäherungsversuch an die Christen. Zu Anfang des Jahres 1759 begannen sechs seiner Anhänger mit dem Lemberger Erzbischof Lubienski über die Bedingungen für ihren Übertritt zum katholischen Glauben zu verhandeln. Der Fall von Kamienec Podolski wiederholte sich. Auch Erzbischof Lubienski berief die Anhänger der beiden verfeindeten jüdischen Religionsparteien nach Lemberg zu einer Disputation, die den Auftakt für die feierliche Taufe der Frankisten bilden und ein seltenes Schauspiel für die nichtjüdische Bevölkerung von Lemberg und Umgebung abgeben sollte. Die Disputationen, welche vom 17. Juni bis 10. September 1759 dauerten, brachten jedoch den Frankisten nicht den erwarteten Erfolg. Im Gegenteil, sie gerieten in große Verlegenheit, als nach dem Abschluß die katholische Geistlichkeit sie an die Erfüllung ihres Versprechens mahnte, sich taufen zu lassen. Unter solchen Umständen kam es in Lemberg zu der großen Frankistentaufe: in kurzer Zeit wurden 514 getauft. Frank ließ sich im November des Jahres 1759 zu Warschau taufen; er nahm den neuen Namen Josef an und sein Taufpate war der polnische König August III. Mit Frank wurden auch seine Familienangehörigen getauft.[8] Die katholische Geistlichkeit war aber von der Aufrichtigkeit seiner Konversion nicht überzeugt und ließ ihn sorgfältig überwachen. Und so kann bei dem vorgespiegelten Christentume Franks nicht wundernehmen, daß einige seiner Aussprüche den katholischen Klerus gegen ihn geradezu herausforderten. Besonders seine bombastische Behauptung, er sei Herr über Leben und Tod, und wer an ihn glaube, werde in Ewigkeit nicht sterben, waren danach angetan. War einer seiner Anhänger gestorben, so erklärte das Frank in diesem Sinne, der Verstorbene habe an ihn (nämlich an Frank) nicht fest geglaubt. Durch Äußerungen des Zweifels unter seinen Anhängern, die sich darauf schlechterdings einstellten, wurden die zuständigen kirchlichen und politischen Stellen auf seine Aussprüche aufmerksam. Dies und dann ein ziemlich belangloser Vorfall in Zamość gab den Anstoß zu einem großen kirchenpolitischen Prozeß gegen Frank und dessen Gefolgschaft zu Warschau im Jahre 1760; neben dem Kronkanzler und dem Warschauer Kapitel beteiligten sich daran auch mehrere Bischöfe. Die katholische Geistlichkeit war überzeugt, daß Franks Christentum reine Formsache sei, daß er fortfahre seine messianische Sendung zu predigen und daß das frankistische Dogma von der Dreieinigkeit mit dem scheinbar analogen christlichen Dogma kaum etwas zu tun habe. Frank gelang es nicht, seine Richter von der Aufrichtigkeit seiner Konversion zu überzeugen; er wurde als Ketzer erklärt, nach Czenstochau deportiert und dort zum Zwangsaufenthalt verurteilt, auch ein Teil seiner Anhänger, welcher der Irrlehre ihres göttlichen Lehrers treugeblieben war, wurde ihm dorthin

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

nachgeschickt. Der andere Teil von Franks Bekennern sagte sich von den in Warschau verurteilten frankistischen Irrlehren los und ließ sich neuerdings taufen.

Der Zwangsaufenthalt Franks in Czenstochau währte 13 Jahre. Der eine Teil seiner Anhänger teilte sein Geschick, der andere zog bettelnd durchs Land und verbreitete dabei die Lehre von der messianischen Sendung Franks weiter. Frankistische Emissäre schwärmten bis über die Grenzen des polnischen Staates aus, nach Rußland, wo sie nach der bewährten Methode ihres Meisters über die Vereinigung der Frankisten mit der russischen Kirche verhandelten, nach Mitteleuropa, nach Mähren, nach Böhmen, nach Deutschland usw. Die Gefangensetzung Franks war ebenso wie die seinerzeitige Gefangensetzung Sabbatai Zewis der Verbreitung seiner Lehre eher von Nutzen. Der Glaube an Frank nahm noch mehr zu. Frank verstand es, seinen Anhängern zu erklären, seine Gefangensetzung sei eine Notwendigkeit, und er begründete dies durch den Hinweis auf die Heilige Schrift.

Zur Zeit, da Frank in Czenstochau festgehalten war, kam es zur ersten Teilung Polens. Die brachte eine günstige Wendung zugunsten Franks mit sich. Als im Jahre 1772 Czenstochau vom russischen General Bibikov besetzt wurde, wurde der dort internierte Frank mitsamt seinen Anhängern in Freiheit gesetzt. Nach einem vorübergehenden Aufenthalt in Warschau zu Beginn des Jahres 1773 entschloß sich Frank, Polen zu verlassen und sich zu seinen Anhängern in der westlichen Nachbarschaft, nach Mähren, zu begeben.

Franks Entschluß, sein Wirkungsfeld nach Mähren zu verlegen, war wohl überlegt und gut berechnet. Er wußte, daß seine Lehre in Mähren genug Bekenner zähle, auf die er sich verlassen könne. Mähren, eigentlich die mährische Judenschaft, war schon längere Zeit von den Lehren Sabbatai Zewis ergriffen; sie waren hier keineswegs unbekannt. Die geographische Lage des Landes brachte es mit sich: hier führte einerseits der Weg vom türkisch-europäischen Osten nach dem europäischen Norden und Westen, anderseits strebte hieher die westwärts gerichtete polnisch-jüdische Emigration, die zur Zeit der blutigen Pogroms in Polen und in der Ukraine besonders angewachsen war. Diese Emigration brachte manche geistige Elemente des polnisch-jüdischen Mystizismus mit und öffnete auch dem orthodoxen Judentum die Tür in die böhmischen Länder; in Mähren wurde es namentlich durch die großen Rabbiner repräsentiert, z. B. Mendel Krochmal in Nikolsburg. Wir können daher mit vollem Recht annehmen, daß schon das erste Auftreten Sabbatai Zewis, das in unterschiedlichen europäischen Großstädten so großen Widerhall gefunden hatte (z. B. in Venedig, Livorno, Amsterdam, London, Hamburg u. a.), an den böhmischen Ländern

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nicht spurlos vorüberging und in Mähren wohl mehr Anklang fand als in Böhmen, da Mähren im 18. Jahrhundert mehr größere jüdische Kulturzentren (z. B. Kremsier, Holleschau, Proßnitz, Ung.-Brod, Nikolsburg u. a.) aufwies als Böhmen, wo Prag schier das einzige Kulturzentrum des Judentums bildete. Zugunsten des Sabbatianismus hatten in Mähren auch allerhand Propagatoren viel getan, sei es aus der Türkei oder aus Polen, und mochten sie zum Teil unmittelbar in den böhmischen Ländern wirken oder auf die böhmische und mährische Judenschaft durch ihre Anwesenheit in der näheren Nachbarschaft einwirken. Ihre Tätigkeit und ihre Erfolge sind noch nicht gründlich aufgeklärt, ebensowenig sind alle einheimischen und auswärtigen Propagatoren der sabbatianischen und frankistischen Grundsätze in Böhmen und Mähren bekannt. So können wir bloß voraussetzen, daß nach Mähren das Echo der Propagandakundgebungen und Prophezeiungen drang, die im benachbarten Ungarn Mardochai Mochiach streng im Geiste der Lehren Sabbatai Zewis (ca. 1680) verkündete.

Von den Propagatoren des Sabbatianismus in Mähren kennen wir einen gewissen Moses Meir Kamenker, aus Żolkiew in Galizien stammend, der im Jahre 1725 in Mähren weilte und auch bis Prag kam.[9] Der Hauptzweck seines Aufenthaltes in Mitteleuropa war die Propagierung des Sabbatianismus in Deutschland. Hier holte er sich aber bei den Juden eine energische Abfuhr. Ähnlich erfolglos soll er auch in den böhmischen Ländern abgeschnitten haben. Für uns ist jedoch wichtig, daß er in Mähren zu Proßnitz mit dem dortigen Führer der jüdisch-mystischen Strömung Löbele Proßnitz zusammengetroffen ist. In Mähren hielt sich auch einige Zeit der leidenschaftliche bosnische Propagator des Sabbatianismus Nehemija Chija Chajon auf (1650–1726), der auf seiner Agitationsreisen durch Mitteleuropa auch in Nikolsburg und in Proßnitz predigte; hier wurde er auch mit Löbele Proßnitz bekannt, damals schon das Haupt der mährischen Sabbatianer, deren Mittelpunkt Proßnitz war, deren Anhänger aber über alle größeren Judengemeinden Mährens verstreut waren. Proßnitz war ein religiöser Scharlatan, der vor falschen Wundern nicht zurückschreckte und der seine eigene Theorie verkündete, Gott habe die Weltherrschaft demjenigen anvertraut, der am besten in die Kabbala eingeweiht sei. Ein solcher Mensch sei der Stellvertreter Gottes auf Erden. Der erste dieser Art war Sabbatai Zewi und nach dessen Tode seine Nachfolger, in welche die Seele Sabbatai Zewis eingegangen; unter sie zählte er auch sich selbst und den bekannten Prager gelehrten Rabbiner Jonathan Eibenschütz (1690–1764), dem man Verkehr und Sympathisierung mit den Sabbatianern zur Last legte. Der Proßnitzer Löbele Proßnitz, der sich zum Messias aufgeworfen hatte, legte so den festen Grund für das mährische Sabbatianertum, später

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

erhielt es noch eine Stärkung durch die intensive Propaganda, welche in Mähren die polnischen Frankisten entwickelten. Nur so läßt sich das Wohlwollen begreifen, dessen sich bei den Vorstehern der Proßnitzer Judengemeinde zwei Agenten Franks erfreuten, welche im Jahre 1769 Frank aus Czenstochau nach Mähren ausgesandt hatte und denen in Proßnitz sogar gestattet wurde in der Synagoge zu predigen, allerdings unter der Bedingung, sie müßten sich äußerlich als orthodoxe Juden geben. Ihr öffentliches Auftreten stieß jedoch bei den orthodoxen Angehörigen der Proßnitzer Judengemeinde auf Widerspruch und rief im Proßnitzer Ghetto bedeutende Unruhe hervor.

Aus dieser knappen Übersicht über die Erfolge der sabbatianisch-frankistischen Propaganda in Mähren gewinnen wir die Überzeugung, Frank habe bei der Wahl Mährens zu seinem künftigen Aufenthaltsort entsprechende Kenntnis von den Sympathien eines Teiles der mährischen Judenschaft gehabt und habe hinziehen können mit dem Bewußtsein, zu den Seinen zu gehen. Nach seiner Entlassung aus Czenstochau benützte er seinen kurzen Warschauer Aufenthalt zu Beginn des Jahres 1773 dazu, um sich die Papiere für die Reise nach Mähren zu beschaffen.[10] Weil damals die Lage nach der ersten Teilung Polens noch nicht ganz geklärt und große Teile des Landes noch von österreichischen, russischen und preußischen Soldaten besetzt waren, wandte er sich an die Gesandten dieser drei Okkupationsstaaten in Warschau mit der Bitte um Ausstellung irgendwelcher Passierscheine oder Geleitsbriefe, damit er während der Reise nach Mähren nicht unnötigerweise vom Militär behelligt werde. Alle drei Gesandtschaften entsprachen seiner Bitte und folgten ihm Pässe zur Reise nach Brünn aus.[11] Die Pässe lauteten auch auf sämtliche Mitglieder von Franks Gefolge und auf zwei Wagen, auf denen die nicht unbedeutende Habe Franks verfrachtet werden sollte.

In der bisherigen Literatur über Frank las man stets von einem sehr zahlreichen Gefolge, von dem sich Frank auf seinen Reisen begleiten ließ. Für das Jahr 1773 sind wir darüber sehr ausführlich unterrichtet. Mit Frank trafen in Brünn über Troppau und vielleicht auch über Proßnitz nur 18 Personen an Gefolge ein. Außer Jakob Josef Frank und seiner Tochter Eva gehörte dazu:[12] Magdalena Jeserainow, Kammerzofe, Hanuscha Pawlowska, Kammerzofe, Rosa Michalowa, Wäscherin, Barbora Jesephte, Wäscherin, Jendrusch Dembowski, Sekretär, Matuwisch Neminowski, Casymir Bodinsche, Koch, Josef Neikulnische, in der Küche, Francischek Bodowske, Lehrling in der Küche, Ignatz Cesiraiske, Diener, Elias Haiduk, Johann Holzhacker, Francischek Carluske, Kutscher, Johann Rosenzweig, Ignatz Breitz, Jomk Forish, Francischek Fuhrmann, Kutscher, Jakob Fuhrmann, Kutscher.[13]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Das Datum von Franks Ankunft in Brünn läßt sich nicht auf den Tag genau bestimmen. Es war an irgendeinem Tage vor dem 23. März 1773, da zeigte der Brünner Kreishauptmann Graf Karl Friedrich von Zollern dem mährischen Landesgubernium an, daß in Brünn ein gewisser Neophyt Josef Frank aus Warschau angekommen sei, der sich für einen Handelsmann ausgebe, in Begleitung von seiner Tochter und 17 (!) Bedienten, und daß er sich vorübergehend in Alt-Brünn im Gasthofe „Zum blauen Löwen" einquartiert habe. Bezüglich Franks meldete er namentlich, daß er aus Smyrna stamme, 500 Meilen von Konstantinopel entfernt; in Brünn wolle er von seiner Barschaft leben und beabsichtige nach sechswöchigem Aufenthalt in Brünn auch für acht Tage Wien zu besuchen,[14] dann aber wieder nach Brünn zu längerem Aufenthalte zurückzukehren. Zu diesem Zwecke mietete Frank das Haus des Ignatz Pitsch zu Obrowitz bei Brünn, das er auch bald bezog. Zollern wußte auch, Frank habe sich entschlossen, die Zahl seiner Bediensteten um vier einzuschränken und diese nach Warschau zurückzuschicken. Dieser Entschluß Franks läßt sich am ehesten so erklären, daß er die Absicht hatte, sein Gefolge durch neue Mitglieder aus dem mährischen Milieu zu ergänzen. Dem Kreishauptmann fiel am meisten die große Zahl von Franks Dienerschaft, durchwegs Neophyten, auf, und er getraute sich nicht, samt und sonders die dauernde Aufenthaltsbewilligung zu erteilen. Er erbat sich daher die Entscheidung des Landesguberniums. Die Entscheidung war nicht so einfach, wie es scheinen könnte. Das Gubernium trat die ganze Sache[15] dem mährischen Landes-Militärkommando ab, damit es sich im Sinne der bestehenden Militärvorschriften über Neophyten zu einem ferneren Aufenthalte Franks in Brünn und zur Abreise von vier Mitgliedern seines Gefolges nach Warschau äußere. Das Landes-Militärkommando entschied, Josef Frank sei als Zivilperson anzusehen und infolgedessen sei es Sache der Zivil-Landesverwaltung, über seinen Aufenthalt zu verfügen; übrigens habe es gegen die Rückreise eines Teiles von Franks Dienerschaft nach Warschau, denen der Kreishauptmann sofort die erforderlichen Reisepässe ausgestellt hatte, nichts einzuwenden.[16]

Das mährische Landesgubernium hatte es mit der Erteilung der Aufenthalts- und Bewegungsfreiheit in Brünn für Frank nicht eilig. Es wollte sich vor allem nähere Informationen verschaffen, was für Absichten Frank in Brünn eigentlich verfolge, weshalb er sich gerade hier niedergelassen habe und wovon er leben wolle. Diese Zweifel aufzuklären, fiel dem Kreishauptmanne Zollern zu; den diesbezüglichen Auftrag erhielt er mit Gubernialentscheidung vom 2. April 1773. Zollern vernahm Frank ein, informierte sich über seine Vermögensverhältnisse und über den Zweck seines Aufenthaltes in Brünn. Frank redete ihm ein, er sei Besitzer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

großer Herden von Pferden, Rindvieh und Schafen in Ostpolen im Gebiete 30 Meilen von Czernovitz, handle mit diesem Vieh und wolle es verkaufen. Ferner „gestand" er Zollern, er besitze in der Türkei in der Umgebung von Smyrna Güter und beziehe davon alle drei Jahre bedeutende Einnahmen. Er erklärte, er habe nicht die Absicht, in Brünn eine Handelstätigkeit zu entfalten, und wolle von seinem Gelde leben. Auf die Frage, weshalb er Polen verlassen habe und nach Mähren übersiedelt sei, gab er die Antwort, unter dem Einfluß der gegenwärtigen kriegerischen Ereignisse in Polen gehandelt zu haben. Aus den Erhebungen über die Umstände Jakob Josef Franks ergab sich nichts, was auf sein ungeordnetes Leben hätte schließen lassen.[17] So erteilte denn (am 16. Juni 1773) das mährische Landesgubernium Frank die Zustimmung zu freiem Aufenthalt in Brünn. Das alles geschah zu einer Zeit, als die landesfürstlichen Behörden noch nichts von der stürmischen und ketzerischen Vergangenheit Franks wußten und ihn für einen aufrichtigen Neophyten hielten.

Auf Franks Ketzerei wurde das mährische Landesgubernium aus Wien aufmerksam gemacht. Durch Hofdekret vom 31. Juli 1774 wurde ihm von der vereinigten böhmisch-österreichischen Hofkanzlei das Ergebnis ihrer Informationen über den getauften Juden Jakob Josef Frank bekanntgegeben, der sich nach seiner Entlassung aus Czenstochau in Brünn aufhalte, und das Gubernium wurde ersucht, sein Verhalten zu erkunden und festzustellen, wovon er lebe, ob er irgendwelche Anhänger um sich habe, ob er bemüht sei, unter den mährischen Juden seine Sektiererlehre zu verbreiten usw.[18] Woher die Hofkanzlei ihre Informationen geschöpft hatte, läßt sich nicht ermitteln; am allerwahrscheinlichsten war sie auf Grund einer Anzeige seitens der orthodoxen Rabbiner darauf gekommen, die durch das Auftauchen Franks in Mähren und die umsichgreifende frankistische Propaganda sehr aufgebracht waren. In seiner Antwort vom 4. August 1774 bediente sich das mährische Gubernium der Informationen, die es im Vorjahr vom Brünner Kreishauptmann Zollern erlangt hatte und deren Inhalt wir schon früher erwähnt haben.[19] Interessant ist jedoch die Antwort des mährischen Guberniums in ihrem zweiten Teile. Wir ersehen daraus, daß Frank während der ganzen Zeit seines Brünner Aufenthaltes ziemlich aufmerksam beobachtet worden war und durch sein Verhalten den besten Eindruck gemacht hatte; wie das Gubernium betonte, verhielt er sich „ruhig, friedlich und ordentlich". Tag für Tag besuchte er die katholische Kirche, regelmäßig ging er zur Beicht und zur Kommunion. Er war auch auf die Verbreitung der katholischen Religion bedacht (sic!), für die er einige jüdische Familien gewann, er unterrichtete sie jedoch nicht im neuen Glauben, sondern überantwortete sie stets einem katholischen Geistlichen zur weiteren Aus-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

bildung.[20] Seinen neugeworbenen „katholischen Glaubensgenossen" widmete er große Aufmerksamkeit und Fürsorge. Zum Beispiel: als einmal ein jüdischer Konvertit, der von Frank für den „rechten Glauben" gewonnen worden war und der mit Frank im gleichen Hause wohnte,[21] erkrankt war und sein Gesundheitszustand hoffnungslos zu werden begann, war Frank sehr eifrig um sein Seelenheil besorgt, ließ einen katholischen Geistlichen rufen, der dem Kranken die Beicht abnahm und in der Sterbestunde an seiner Seite weilte. Das war offenbar ein Akt Frankscher Durchtriebenheit, so wollte der selbstherrliche jüdische Messias die landesfürstlichen Behörden über die formalen Frömmigkeitskundgebungen des Handelsmannes und Neophyten Jakob Josef Frank hinwegtäuschen, die ihnen nicht entgangen waren und hinter denen sich, wie die orthodoxen Rabbiner richtig herausgefunden hatten, ganz andere Absichten und Gelüste verbargen. Die letzteren blieben jedoch den Behörden unbekannt und so lautete das amtliche Zeugnis über Frank günstig und schilderte ihn als einen eifrigen Verbreiter der katholischen Religion unter der jüdischen Umwelt.

Selbstverständlich war die Franksche Propaganda, mochte sie schon aufrichtig zum Besten des Katholizismus oder im Interesse der eigenen Frankschen Sektiererlehre betrieben werden, den Verfechtern der jüdischen Orthodoxie in Mähren sehr unangenehm; sie strengten sicher alle Kräfte an, um Franks Tätigkeit zu verhindern und ihn womöglich aus Mähren zu entfernen. Wir haben bereits die Wahrscheinlichkeit in Betracht gezogen, daß aus diesen Kreisen wohl die vereinigte Hofkanzlei in Wien ihre Informationen über die ketzerische Vergangenheit Franks in Polen und über seine Lehre erhalten haben mochte. Von einem zähen Kampfe, der in der jüdischen religiösen Welt in Mähren entbrannt sein muß, über den wir jedoch bisher nicht viel wissen, zeugt eine nicht näher verbürgte Nachricht, selbst der Führer des antifrankistischen Kampfes in den böhmischen Ländern, Eleazar Flekeles, damals Rabbiner zu Kojetein, habe einer alten jüdischen Tradition zufolge Frank in Brünn aufgesucht und ihn gebeten, von seiner abenteuerlichen Verunglimpfung der Juden abzulassen.[22] Aus der Natur der Frankschen Kampfmittel und aus der Art seiner Propaganda werden wir verstehen, daß es Flekeles nicht bloß darum zu tun war, daß Frank mit der Verunglimpfung der Juden aufhöre, sondern vielmehr darum, daß er seine Angriffe gegen die orthodoxen Rabbiner mäßige, denen er das Allerschlimmste zum Vorwurf machte, worauf sie begreiflicherweise nicht die Antwort schuldig blieben.

Die Feindschaft zwischen den jüdischen Rabbinern und Frank blieb dem mährischen Landesgubernium nicht verborgen; es nahm darauf bereits in dem schon zitierten Bericht vom 4. August 1774 Bezug. Die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Spannung ging so weit, daß Frank dem Landesgubernium anonym als gefährlicher Mensch geschildert wurde. Diese Beschuldigung vermochte jedoch das Vertrauen des Landeshauptmannes zu Frank nicht zu erschüttern und er begründete sein Vertrauen mit den Worten: „da die hierinfallige jüdische Angeber die angeführte Gefährlichkeit nur in Wörthern und nicht in der Thätigkeit bezeigen konten und ich hingegen eines anderen überwiessen bin, so habe ich hierauf keine Rücksicht genohmen". Hier gab wiederum das formal tadellose Auftreten Franks und seine zur Schau getragene Frömmigkeit vor den erbitterten und nervösen Anzeigen den Ausschlag, so daß die Behörden, die in das Wesen der Sache keinen Einblick hatten, auf diese Denunziationen keinen besonderen Wert legten.

Den größten Gegner Franks während seines Aufenthaltes in Brünn und überhaupt in den österreichischen Ländern stellte sein ehemaliger Anhänger Jakob Galinski dar. Er stammte aus der ostgalizischen Gemeinde Glina bei Lemberg, wo er ursprünglich auch Rabbiner war. Bald wurde er jedoch zu einem Bekenner von Franks Lehre und im Geiste der religiösen Taktik Franks empfing er im November 1758 mit der Mehrzahl der Frankschen Anhänger in Lemberg die Taufe. Gelegentlich der Geldsammlung, die damals in Lemberg zugunsten Franks veranstaltet wurde, widmete ihm Galinski 280 Dukaten. Galinski folgte dem Frank nach Czenstochau nach, doch dort kam es zu einer Wendung in ihrem gegenseitigen Verhältnis, Galinski war noch Zeuge des Todes und der Bestattung von Franks Frau und des gegen alle Sitten und die Natur gerichteten Verhaltens ihres Gatten. Da sah Galinski seinen Irrtum ein, schlug sich zu Franks Gegnern und reiste von Czenstochau nach Warschau ab. Für das Auftreten Galinskis gegen Frank waren auch die Verhältnisse in seiner eigenen Familie bestimmend. Die Gattin Galinskis, die aus einer Familie stammte, die den religiösen Grundsätzen Franks blind ergeben war, trug die Unentschlossenheit und den Wankelmut ihres Gatten schwer. In dem Bewußtsein ihrer Pflicht als Gattin machte sie ihn aber doch auf die ihm drohende Gefahr aufmerksam, der „heilige Herr", wie Frank allgemein unter seinen Verehrern hieß, habe den Auftrag gegeben, alle Schismatiker, also auch ihn, zu töten.[23] Galinski rettete sich durch Flucht. Er nahm seine Zuflucht nach den österreichischen Ländern, wohin durch ein unverhofftes Zusammentreffen von Umständen auch Frank kam. Die Feindschaft der beiden Männer übertrug sich so nach Wien und nach Brünn. Mehr Verbitterung und Haß lag auf Seiten Galinskis, der schwer daran trug, daß seine Frau Frank treu geblieben war und mit ihm in Brünn als Mitglied seines Kreises lebte. Daher trat etwa im August oder September des Jahres 1776 Galinski mit einer großen Klage gegen Frank auf, die er unmittelbar an die vereinigte böhmisch-öster-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

reichische Hofkanzlei sandte. Darin gab er eine knappe Übersicht der ketzerischen Tätigkeit Franks in Polen, von seiner Verurteilung, seiner Internierung in Czenstochau, seinem Aufenthalte in Mähren und von seiner Propaganda. Er beschuldigte den Neophyten Josef Frank wegen Verhöhnung der katholischen Religion, wegen Verkündigung gefährlicher Lehren und beantragte seine persönliche Konfrontation mit ihm, um dabei Frank zu überweisen. Er vergaß hiebei nicht, von Frank die Zurückgabe von 1000 Dukaten zu verlangen.[24]

Die vereinigte Hofkanzlei stellte jedoch am 13. September 1776 Galinski seine Anklageschrift zurück. Sie faßte die Eingabe als Mahnungsklage auf 1000 Dukaten auf und wies ihn daher an, sich mit seinen Ansprüchen an die zuständige Behörde in Mähren zu wenden, in deren Amtssprengel sich Frank aufhielt. Galinski kam der Weisung nach und legte noch im September 1776 die gleiche Anklageschrift dem mährischen Landesgubernium vor,[25] indem er neuerdings auf Konfrontation mit Frank und den Mitgliedern seines Kreises drängte, um sie der in der Schrift niedergelegten Straftaten zu überweisen. Doch auch dieser Schritt Galinskis blieb erfolglos. Das mährische Gubernium nahm zwar sein Gesuch an, weigerte sich jedoch darüber selbständig zu entscheiden, weil es sich nicht für berufen hielt über eine Sache zu entscheiden, zu der ihm die erforderlichen Vorakten fehlten (die befanden sich in Warschau, wie Galinski in seiner Eingabe wiederholt bemerkte), dann auch aus dem Grunde, weil es von dem Gegenteil der von einem seiner früheren Anhänger gegen Frank erhobenen Anschuldigungen überzeugt war und keine Beweise hatte, daß Frank in Brünn irgendeine jüdische Sekte propagierte. Das Gubernium trat daher die Angelegenheit wieder der vereinigten Hofkanzlei ab. Schon diese Saumseligkeit und Zurückhaltung der führenden amtlichen Stellen in der Frage einer Konfrontation Galinskis mit Frank läßt ziemlich klar erkennen, daß die damaligen österreichischen Behörden gegen die Klage Galinskis eingenommen waren und auf Seiten Franks standen, dessen zur Schau getragenen Frömmigkeitsbezeigungen sie Glauben schenkten. Das völlige Fehlschlagen des Galinskischen Angriffes gegen Frank wird daher nicht wundernehmen. Mit Hofdekret vom 25. Oktober 1776 wurde dem mährischen Landesgubernium lediglich empfohlen, die Tätigkeit Jakob Franks zu überwachen, da er von dem Denunzianten Galinski wegen jüdischer Sektenumtriebe beschuldigt worden, und über das Ergebnis zu berichten. Bezüglich der geforderten 1000 Dukaten aber wurde Galinski an die zuständige Gerichtsstelle verwiesen. Frank war als Sieger hervorgegangen. Dadurch erhält die Behauptung der bisherigen Historiker des Frankismus, Frank habe in den Wiener Regierungskreisen eine glänzende Position gehabt, die noch durch die Gunst des jungen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Mitregenten Maria Theresias, Josef, gestärkt worden sei, eine Stütze.

Die Anklageschrift Galinskis, die bei der österreichischen Zentralbehörde unter den Tisch fiel, ist jedoch eine wichtige Quelle, die über die Lebensweise Franks in Brünn Licht verbreitet. Das von Galinski gezeichnete Bild sticht naturgemäß von der Schilderung aus der Feder der Brünner Gubernialbeamten ab; diese glaubten, Frank lebe von dem Ertrage seiner Güter in Polen und in der Türkei, und sahen nicht oder wollten nicht sehen, wie Frank die Mitglieder seines Gefolges militärisch organisierte, wie er sie uniformierte und eine militärische Disziplin unter ihnen einführte. Galinski verrät, daß Frank in Brünn von Kutschern, Stallknechten, Husaren, Ulanen und anderen Mitgliedern seines zahlreichen Gefolges beiderlei Geschlechtes umgeben war, durchwegs getauften Juden. Alle vierzehn Tage kamen zu Frank Männer und Frauen vom Lande mit Geld, Pferden und anderen Geschenken. Alle gehörten seiner Sekte an. Sie küßten Frank die Füße. In Brünn verblieben sie gewöhnlich einige Tage und dann kehrten sie wieder in ihre Heimat zurück, um die nächsten vierzehn Tage von neuen Verehrern Franks abgelöst zu werden, die wieder neue Gaben und Geld brachten. Das war die wirkliche Lebensweise Franks und die wahre Quelle seiner Einnahmen; so lauten auch die Berichte aus späteren, glaubwürdigen böhmischen Quellen, auf die wir später noch zurückkommen werden. Und es ist seltsam, wie die Brünner Stellen dies alles übersehen konnten, was an Franks Hofe vorging, wo immer neue fremde Besucher erschienen, und daß sie sich keine Gedanken über die kostspielige Lebenshaltung machten, durch die Frank in Brünn alle Welt verblüffte.

Die kargen Nachrichten Galinskis über das Treiben an Franks Hofe in Brünn finden sich reicher ausgeführt in dem bekannten Werke von Beer (Bd. II, S. 324), dessen Autor sehr gut unterrichtet war. Nach Beer wuchs angeblich Franks Gefolge auf einige hundert Personen an, durchwegs junge und schöne Männer und Frauen. Beer weiß auch von großen Geldsendungen, die Frank unter bewaffneter Bedeckung von seinen Anhängern in der Fremde und namentlich in Polen zugeschickt wurden. Seine Auffahrten in die Stadt oder zum Gottesdienst waren höchst prunkvoll und standen an Glanz und Zahl des Geleites den Aufzügen von Souveränen kaum nach.[26]

Seinen Brünner Aufenthalt, den wir hier fragmentarisch geschildert haben, brach Frank im Jahre 1786 ab und übersiedelte mit seinem Gefolge weiter gegen Westen in die rheinländische Stadt Offenbach bei Frankfurt am Main, wo er das dortige Schloß erwarb und die in Brünn angenommene Lebensweise fortsetzte. In Offenbach beginnt der letzte Akt in der Geschichte des Frankismus; diese Phase übte durch ihre er-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

neuerte Propaganda und ihre Auswirkungen besonders machtvoll auf die religiöse Entwicklung der böhmischen und namentlich der Prager Judenschaft ein und rief hier eine tiefgehende innere Krise hervor.

II.

DIE FRANKISTEN IN PRAG UND IHRE VERFOLGUNG UM DAS JAHR 1800

Offenbach wurde zum letzten Mittelpunkt des Frankismus in Europa. Hier vervollkommnete Frank sein Herrschersystem, beendete die militärische Organisation seines Gefolges und fuhr energisch fort von seinen Gläubigen Geld und Gaben einzutreiben. Als ihn im Jahre 1791 der Tod ereilte, war jedoch der frankistischen Propaganda in Europa dadurch keineswegs das Ende bereitet. Franks Erbe trat seine Tochter Eva an. Sie beherrschte ihre Gefolgschaft in Offenbach und die Anhänger der väterlichen Lehre mit der gleichen absolutistischen Strenge und Rücksichtslosigkeit weiter, forderte von den Frankisten die gleichen Ehrungen, die sie einst ihrem Vater erwiesen hatten, und verlangte Beiträge in Geld und Gaben zur Führung eines fürstlichen Hofes in Offenbach. Offenbach blieb ein Mekka frommer frankistischer Pilger, die hinwallten, um der Tochter ihres Messias ihre Huldigung zu erweisen und ihr unter Umständen ihr letztes Gut als Gabe darzubringen. Unter den vielen Offenbachpilgern stellten die Mehrheit die polnischen Juden, sie kamen aber auch aus anderen Teilen Mitteleuropas, auch Juden aus den böhmischen Ländern fehlten nicht, namentlich nicht aus Prag. Ihre Pilgerfahrten nach Offenbach bildeten den zeitlichen Abschluß in der Vergangenheit des böhmischen Frankismus und wir wollen ihn jetzt etwas näher betrachten, allerdings müssen wir vorher die frühere Entwicklung der frankistischen Propaganda in Böhmen und besonders in Prag kurz überschauen.

Analog zu den Verhältnissen in Mähren können wir annehmen, daß bereits im 17. Jahrhundert die messianische Lehre Sabbatai Zewis, die durch seine Propheten in ganz Mitteleuropa verkündet wurde, auch bis zur böhmischen Judenschaft drang. Einer dieser großen Verkünder des Sabbatianismus war der uns bereits bekannte bosnische Landsmann Nehemia Chajon, der Verfasser zahlreicher religiöser Werke, der im Jahre 1711 oder etwas später auf seinen Fahrten auch nach Prag kam. Er hat hier sogar gepredigt und seine Zuhörer durch seine Rednergabe mächtig in Bann geschlagen, mehr aber noch durch seine mystischen Anschauungen. Am merkwürdigsten war seine Behauptung, er verkehre

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mit dem Propheten Elias, er vermöge auf die Gottheit einzuwirken, sich ihm zu offenbaren, er vermöge Tote aufzuwecken und neue Welten zu erschaffen.

Diese und ähnliche Lehren, die er vortrug, fanden in Prag aufmerksames Gehör und bei manchen Juden auch Glauben. Nach Graetz[1] währte Chajons Aufenthalt in Prag fast ein ganzes Jahr. Chajon soll hier für seine Lehre und seine sabbatianischen Grundsätze recht viel Anhänger gewonnen haben, wenngleich seine Anwesenheit und seine Lehren unter den Prager Juden auch bedeutenden Widerstand fanden. Damals lernte Chajon auch der spätere große Prager jüdische Gelehrte Jonathan Eibeschütz kennen und Chajon weihte ihn in die kabbalistische Literatur ein. Der Widerstand und die Feindschaft der Prager Juden gegen den sektiererischen Chajon trat einige Jahre später in den Zwanzigerjahren des 18. Jahrhunderts augenfällig in Erscheinung, als Chajon, im Bestreben, die Führung der sabbatianischen Bewegung an sich zu reißen, neuerdings Europa bereiste und hier agitierte. Diesmal wurde ihm jedoch der Zutritt in die Prager Judenstadt verwehrt; Chajon mußte außerhalb der Stadt bleiben und es kam ihm nur die Freundschaft mit Jonathan Eibeschütz und dessen Frau zugute, die ihn vor der Stadt mit Nahrung versorgten.[2]

Das war beiläufig zu der Zeit, als die Prager Judengemeinde durch die sabbatianische Propaganda von polnischer Seite aufgewühlt wurde, nämlich durch den Prager Aufenthalt von Moses Meir Kamenker aus Żolkiew im Jahre 1725. Sein Agitationsversuch in Prag schloß mit einem Fiasko, ebenso wie in Frankfurt am Main, Altona und Amsterdam, wo überall der Bettelrabbiner aus Żolkiew bemüht war, seine sabbatianischen Grundsätze zu verkünden. Wichtig war jedoch, daß er sich in Prag mit dem jungen Jonathan Eibeschütz befreundete, der gewissen kabbalistischen Lehrmeinungen recht zugetan war und des geheimen Sabbatianismus beschuldigt wurde. Der Verdacht gegen Eibeschütz wurde noch durch den Umstand verstärkt, daß man wußte, er verkehre auch mit Löbele Proßnitz, der ebenso wie Kamenker Eibeschütz für eine neue Verkörperung des Geistes Sabbatai Zewis hielt. Die Stimmung gegen Eibeschütz war ziemlich feindselig, in Prag war sein Erzfeind sogar David Oppenheim, ja es schien, er werde der Verdammungsstrafe nicht entgehen.[3] Um die Gefahr abzuwenden, schloß er sich dem Verdammungsspruche an, der am 16. September 1726 über alle Sabbatianer und ihre Gesinnungsgenossen verkündet wurde. Es war dies die erste Verdammung des Sabbatianismus in Prag, ausgesprochen von einem Manne, der im Verdachte stand, mit der verdammten Irrlehre zu sympathisieren.[4] Der Verdacht verfolgte aber Eibeschütz weiter während seines Aufenthaltes in der Fremde, in Frankreich und in Deutschland, wo der sonst hoch-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

geschätzte Eibeschütz sich noch manchmal gegen diese bedenklichen Beschuldigungen verteidigen mußte, doch ist es hier nicht notwendig näher darauf einzugehen. Für die Gegner von Jonathan Eibeschütz war es jedenfalls eine gewisse Genugtuung, daß sie ihn gerecht beurteilt hatten, als sich Jonathans Sohn Wolf Eibeschütz in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts öffentlich zum Frankismus bekannte und ein Hauptpropagator desselben wurde.

Unter den Hauptgegnern des Sabbatianismus und Frankismus in Böhmen ist der bekannteste der gelehrte Prager Rabbiner Ezechiel Landau (1720–1793); er hatte das sabbatianische Sektentum schon vor Franks Auftreten während seines Aufenthaltes in Podolien kennen gelernt, wo er in der Ortschaft Jampol Rabbiner war. Landau trat wiederholt gegen das Sektenunwesen auf, hatte Anteil an den Streitigkeiten um Jonathan Eibeschütz und später als Rabbiner in Prag war er das Haupt des Vernichtungskampfes gegen die Frankisten, für den er sich fähige und erfolgreiche Nachfolger erzog. Besonders trat er der frankistischen Propaganda in Böhmen zur Zeit der Frankschen Gefangenschaft zu Czenstochau entgegen, als die Tätigkeit der Emissäre des polnisch-jüdischen Messias intensiv auch auf Böhmen und besonders auf Prag herübergriff. Hier hielt sich aller Wachsamkeit und Verwünschung der Rabbiner zum Trotz eine Gruppe von Frank-Verehrern, von denen einzelne mitunter zu Frank und dessen schöner Tochter Eva nach Brünn und später nach Offenbach reisten, um ihnen Geld und andere reiche Geschenke zu bringen. Ezechiel Landau war beständig auf der Hut, um jeden Versuch einer intensiveren frankistischen Propaganda in Prag zurückzuschlagen. Ein letzter solcher erfolgreicher Eingriff glückte ihm noch ein Jahr vor seinem Tode, d. h. im Jahre 1792, als durch die Denunziation eines Juden, um den sich die Frankisten bemüht hatten, einige Geheimnisse der Prager Frankisten enthüllt worden waren. Ezechiel Landau machte von seiner Amtsgewalt Gebrauch, berief alle ihm bekannten wirklichen oder beschuldigten Prager Frankisten zu sich und sprach ihnen scharf ins Gewissen. Sie bestritten jedoch ihre Zugehörigkeit zur verhaßten Sekte und beteuerten, rechtgläubige Juden zu sein. Landau gab sich scheinbar mit ihrer Erklärung zufrieden, schenkte ihnen aber keinen Glauben. Die Frankisten ahnten es, gingen daher sehr vorsichtig zu Werke und gaben ihre Propaganda auf, um sich nicht den Zorn und die Strafe des weisen und mächtigen Rabbiners zuzuziehen. Erst nach dem Tode Landaus erhoben sie wieder ihr Haupt, da sie von Seiten seiner Nachfolger keinen so entschiedenen Widerstand erwarteten, als ihnen bisher der verstorbene Landau entgegengesetzt hatte. Sie ahnten jedenfalls nicht, daß ihnen in der Person von Landaus Nachfolger, dem Oberjuristen Eleazar Flekeles, ein noch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

energischerer und rücksichtsloserer Gegner erstehen werde, als Landau es gewesen war.[5]

Die wiederaufgenommene Tätigkeit der Prager Frankisten war an ihren häufigeren Reisen nach Offenbach zu erkennen, wohin sie zogen, um Franks Tochter Eva ihre Huldigung darzubringen und ihr ihre Gaben und Geld zum Unterhalte ihres Hofes zu überreichen. Über diese Reisen in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts, die der jüdischen Öffentlichkeit nicht verborgen geblieben sind, sind wir ziemlich gut unterrichtet. Es haben sich uns nämlich darüber mehrere zeitgenössische Nachrichten durchwegs böhmischen Ursprungs erhalten, zum Teil bereits bekannt, zum Teil aber völlig unbekannt. Bisher war die Hauptquelle für die Kenntnis von der Tätigkeit der Prager Frankisten vor dem Jahre 1800 die Edition von Samuel Back unter dem Titel „Aufgefundene Aktenstücke zur Geschichte der Frankisten in Offenbach" (Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums, Jg. 1877). Hier ist namentlich der Text des Protokolles abgedruckt, das am 24. und 25. November 1800 zu Fürth in Bayern mit den jungen Prager Juden Moses und Löw Porges aufgenommen wurde, als sie auf der Flucht aus Offenbach begriffen waren, da ihnen das absolute und rücksichtslose Regime Eva Franks unerträglich war. Das Protokoll enthält recht viel Nachrichten über die Prager Frankisten; ihre Namen allerdings hat Back – um ihre noch lebenden unmittelbaren Nachkommen nicht zu kompromittieren – in der Edition ausgelassen. Die nunmehr schon zugängliche gleichzeitige Abschrift dieses Protokolls gestattet bequem die Ergänzung der in der Backschen Edition leergebliebenen Stellen.[6] Die zweite wichtige Quelle zur Geschichte der Prager Frankisten sind die Erinnerungen des bereits genannten Offenbacher Flüchtlings Moses Porges.[7] Eine dritte, hochwichtige, bisher unbekannte Quelle sind anonyme Anzeigen vom Jahre 1799, die ein unbekannter Frankistengegner, der mit dem Anfangsbuchstaben B. zeichnete, an den Prager Stadthauptmann Grafen Wratislaw richtete, wobei er ihn auf die Gefährlichkeit der Sekte aufmerksam machte und strenge Überwachung derselben, ja Bestrafung ihrer Mitglieder forderte.[8] Diese drei Quellen ergänzen einander gegenseitig, beglaubigen aber auch gegenseitig einerseits die Namen der Prager Frankisten, anderseits ihre Reisen nach Offenbach und die Arten ihrer Propaganda.

In der chronologischen Folge der Ereignisse am ältesten sind die Nachrichten des bisher unbekannten Anonymus B. Er behauptet von sich, Mitglied der Prager Judengemeinde zu sein, die von den Irrlehren Sabbatai Zewis angesteckt sei. Er war ein geschworener Feind dieser Lehren und schreckte nicht vor Unwahrheiten, demagogischer Hetze und Denunziation zurück, um nur ihre Bekenner unmöglich zu machen.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Diese feindselige Rücksichtslosigkeit zeigt sich besonders darin, daß er in einer Zeit allgemeiner Angst vor der französischen Revolution und ihren zersetzenden Ideen den Stadthauptmann zu überzeugen bestrebt ist, die Frankisten und ihre Geheimgesellschaften und Klubs stünden mit den französischen Revolutionären in Verbindung.[9] Von den zur Bekräftigung seiner Behauptung beigebrachten Argumenten ist am bemerkenswertesten die Erwähnung von Franks Parteigänger und Brünner Landsmann Moses Dobruška, ebenfalls einem Neophyten, der auch unter dem neuangenommenen Namen Schönfeld bekannt ist. Dieser soll nach Franks Tode nach Offenbach gekommen sein, um Franks Stelle einzunehmen. Von Offenbach, wo er keinen Erfolg hatte, soll er sich weiter westwärts nach Frankreich gewandt haben, wo er unter dem Namen Moses Frei aufgetreten sei. Er soll sich mit der Tochter des Sekretärs des französischen Revolutionskonventes verheiratet haben und unter Robespierres Schreckensherrschaft hingerichtet worden sein. An dem Beispiel des Moses Dobruška-Schönfeld-Frei wollte der Anonymus B. die Verbindung der geheimen frankistischen Gesellschaften mit der französischen Revolution erweisen, wohl mit der durchsichtigen Tendenz, die Behörden zum allerschärfsten Einschreiten gegen die Beschuldigten zu veranlassen. Und er betonte auch den Einfluß der gleichzeitigen politischen Verhältnisse auf die Gesinnung dieser Sektierer: in den fortgesetzten Kriegen der damaligen Zeit und namentlich in den großen Erfolgen Napoleons, in seiner Eroberung Ägyptens, seiner Besetzung Palästinas und Jerusalems hätten sie eine Art Vorzeichen der nahenden Ankunft des Messias, des Sabbatai Zewi in neuer Person erblickt.

Diese unmöglichen und phantastischen Kombinationen waren jedoch die bloße Einleitung zu der folgenden Beschuldigung gegen die Prager, besser gesagt: die böhmischen Frankisten. Er zählte ihrer an 50 Personen, zusammengefaßt in zwölf Familien.[10] Ihre Häupter waren: Jonas Beer Wehle, Aron Beer Wehle, Löw von Hönigsberg (im Laufe der Darstellung werden wir uns der Namensform Hönig von Hönigsberg bedienen),[11] Philipp Wehle, Jonathan Herz Bondi, Emanuel Herz Bondi, Nathan Kassowitz, Markus Simon Porges, Gabriel Porges, Veit Lichtenberg, Moses Kolin und Salomon Zerkowitz.

Alle unsere Quellen kommen darin überein, daß das Haupt der Prager Frankisten *Jonas Beer Wehle* war, Handelsherr in Prag, in dessen Hause die Prager Frankisten fast tagtäglich zusammenkamen; hier lasen sie ihre religiösen Bücher, zu Wehle führte der erste Weg der heimkehrenden Offenbachpilger. Es war ein Mensch, dessen religiöse Bildung sich bedeutend über den Durchschnitt seiner Zeit erhob. Das allerbeste Zeugnis stellt ihm sein Schwiegersohn und Glaubensgenosse Enoch Löw von Hönigsberg[12] aus, der von ihm erzählt, in der Prager Judenstadt habe

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

er den Ruf eines sehr frommen Menschen, eines großen Theologen und guten Kenners der Kabbala und der gesamten jüdisch-theologischen Literatur gehabt. Hönig schildert, wie sich ihre beiderseitige Freundschaft entwickelte und befestigte, wie sie gegenseitig ihre Meinungen austauschten, wobei der tiefgebildete Hönig dem Wehle vorlas und die philosophischen Schriften erklärte, während ihm Wehle dafür die theologischen Schriften vorlas, die Grundlagen der Kabbala erklärte und viele „rätselhafte" Stellen des Talmud,[13] die religiösen und Ideensysteme der jüdischen Weisen und überhaupt das Wesen der jüdischen Religion erläuterte. Von ihm übernahm Hönig den Haß gegen die Rabbiner; Wehle machte sie für die Unwissenheit, die Geistesarmut, die Beschränktheit und besonders für die seelische und moralische Unterdrückung und den geistigen Tiefstand der damaligen Judenschaft verantwortlich. Seine höheren moralischen Grundsätze war Wehle – wieder nach Hönig – bestrebt auf das praktische Leben anzuwenden, indem er die Liebe zu jedem Nächsten verkündete und den Haß ablehnte. Diese Seite von Wehles Leben beleuchtet Hönig an der Aufnahme, die im Jahre 1800 in Wehles Familie einem alten armen Juden aus Soborten bei Teplitz zuteil wurde. Wir dürfen mit vollem Rechte annehmen, daß es sich hiebei um irgendeinen Frankisten von dort handelt, weil damals die Familie Wehle in Prag schon allgemein als ketzerisch bekannt war. Der alte Jude wurde sehr gastfreundlich empfangen, mit Aufmerksamkeit überhäuft, worin Wehles Tochter Judith, verehelichte Frankl, alle andern Familienmitglieder überbot. Als er erkrankte, wurde ein Arzt an sein Krankenlager gerufen und dann wurde er ins Krankenhaus der Barmherzigen Brüder überführt, wo ihn die Familie Wehle weiter mit Speise, Wäsche und anderem Bedarf bis zu seinem Tode am 21. September 1800 versorgte.[14] Hönig von Hönigsberg war einer von denen, die Jonas Beer Wehle für Franks Lehre gewonnen hatte; es waren ihrer mehr, z. B. Jonas Hofsinger aus Dresden, der Gesellschafter der böhmischen Juden während ihres Aufenthaltes am Hofe zu Offenbach.[15]

Einen Gutteil der Prager Frankisten stellten eigentlich die Angehörigen der großen Familie Wehle, besonders der Familie Jonas Beer Wehles, dessen Tochter und Schwestern bestrebt waren, ihre Gatten für die Religion ihres Vaters und Bruders zu gewinnen. So war dies, wie bereits erwähnt, im Falle Hönigs von Hönigsberg gewesen, des Gatten einer Tochter Wehles. Auch Wehles Tochter Judith, verehelichte Frankl, wurde bereits in solchem Zusammenhange erwähnt. Jonas Wehles Schwester Rosel war mit einem gewissen Simon Eger vermählt und soll bemüht gewesen sein, ihren Gatten für ihre religiösen Grundsätze zu gewinnen; er soll aber widerstrebt haben und sich namentlich geweigert haben, in die gemeinsame Kasse der Prager Frankisten beizutragen. Das

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

führte zur Zerrüttung in Egers Ehe, zur Rückkehr der Gattin und zu einem schleppenden Vermögensstreit zwischen den beiden Ehegatten. Die Verfeindung in der Familie Eger übertrug sich auch auf die Prager Gasse, die anfangs Juli 1799 zum Schauplatz einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen den beiden entzweiten Ehegatten wurde. Der Anonymus B., der von diesen Vorfällen gut wußte, machte darum die Polizei auf Eger aufmerksam, man könne von ihm als ehemaligem Schwager Wehles ziemlich interessante Details über die Zusammensetzung und das Treiben der Prager Frankisten erfahren. Durch den Einfluß seiner zweiten Schwester wirkte Jonas Beer Wehle auf ihren Gatten Markus Simon Porges ein und dessen verwitwete Mutter Malka Porges machte alle möglichen Anstrengungen, um ihren Sohn Wehles unseligem Einfluß zu entziehen. Ihre Bemühungen gingen so weit, daß sie bei den Oberjuristen um Hilfe und Beistand bat, sie möchten ihrem verirrten Sohne ins Gewissen reden. Das Jammern und Klagen der Mutter machten auf den verirrten Sohn denn doch soviel Eindruck, daß er ihr versprach, vier Wochen lang nicht zu den Zusammenkünften zu Wehle zu gehen. Die Angriffslust der Malka Porges gegenüber den Prager Frankisten und Verführern ihres Sohnes riß sie sogar zu Tätlichkeiten gegen sie auf der Gasse hin. — Damit die Behauptung von dem großen Einfluß der Familie Wehle auf die Ausbreitung des Frankismus in Böhmen allseitig begründet sei, muß auch noch irgendein Bruder Jonas Wehles in Jitschin genannt werden, ebenfalls ein Bekenner von Franks Lehre.[16]

Eine zweite Familiengruppe der Prager Frankisten bildeten die *Bondis*. Von ihnen hatte Jonathan Bondi eine Tochter des Arztes Jonas Jeiteles zur Frau. Ihr gegenseitiges Verhältnis war ebenfalls derart, daß es bei unserem ungenannten Angeber die Vermutung erweckte, die verheiratete Tochter des Jaiteles könnte bei der Untersuchung, die er durch seine Anzeige herbeiführen wollte, gegen die Prager Frankisten ein guter Zeuge sein.

Ein anderer Führer der Prager Frankisten war *Gabriel Porges*, der Inhaber einer kleinen Branntweinbrennerei und eines Branntweinhandels in Prag. Sein Name ist dank seinen Söhnen am stärksten mit den Schicksalen des frankistischen Hofes zu Offenbach verknüpft. Gabriel Porges war ein alter Parteigänger der Frankschen Lehre und er erzog seine Kinder von Jugend auf nach den Grundsätzen des Frankismus.[17] Von den übrigen Sektierern nennt der Anonymus B. den Nathan Kassowitz, den Veit Lichtenberg aus Kolin, Moses Kolin und Salomon Zerkowitz; von ihnen wird in anderm Zusammenhange gesprochen werden. Dagegen weiß er nicht, daß in führender Rolle unter den Prager Frankisten *Mendel Gitschin* war, über dessen Zugehörigkeit zur

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sekte die Brüder Porges bei ihrem Verhör zu Fürth im November 1800 vieles ausgesagt haben.

Schon einige Male haben wir die Fahrten der Prager Frankisten nach Offenbach erwähnt, die von fast allen genannten Prager Juden unternommen wurden. Unsere drei wichtigen Quellen bieten uns alle ziemlich verläßliche Nachrichten, um mit Sicherheit den Verlauf dieser Reisen zu schildern und die Teilnehmer zu nennen. An der Spitze der Offenbachpilger stehen die Brüder *Moses* und *Löw Porges*, die sich zu ihrem Wege nach Offenbach nicht bloß aus religiösen Beweggründen entschlossen, sondern auch aus Befürchtung vor der Rekrutierung. Die Erinnerungen des Moses Porges, Neuausgabe von Galber,[18] sind eine einzigartige Quelle zur Kenntnis der Fahrtrichtung, welche die frankistischen Offenbachpilger aus Böhmen einschlugen, zur Kenntnis der gewonnenen Eindrücke. Wir wollen daher bei den persönlichen Erlebnissen des Moses Porges (geb. 1781 zu Prag) etwas verweilen, wie er sie in seinen Erinnerungen geschildert hat, ohne dabei allerdings unsere anderen Quellen aus dem Auge zu lassen.

Unter dem Einfluß der väterlichen Erziehung des Gabriel Porges wurde der junge Moses Porges ein leidenschaftlicher Bekenner der religiösen Grundsätze von Frank und es war seine große Sehnsucht, nach Offenbach in die Umgebung der „göttlichen Eva" zu gelangen. Sein heimliches Verlangen nach Offenbach wurde durch die Angst vor der Rekrutierung vertieft, die sich seit den bekannten josefinischen Reformen auch auf die Juden bezog und im Jahre 1798 plötzlich verlautbart worden war. Das entschied. Vorläufig hielt sich der junge Moses Porges in Prag bei Salomon Brandeis verborgen und gelangte durch Vermittlung des Teplitzer Kaufmanns Katz nach Teplitz. Hier nahm sich seiner ein gewisser alter Jude aus Soborten an,[19] der ihn für zwei Taler über die Grenze nach Sachsen brachte. Die Reise des jungen Porges führte zuerst nach Dresden, wohin er zu Wolf Eibeschütz empfohlen war, dem Sohne des bekannten gelehrten Rabbiners Jonathan Eibeschütz, einem einflußreichen Propagator des Frankismus, dessen Sitz Dresden gewissermaßen eine Durchgangsstation der polnischen Offenbachpilger bildete. Von Dresden ging der junge Porges bis nach Offenbach zu Fuß. Dort angekommen, brachte er der Eva Frank seine 60 Gulden dar, die er während der ganzen Reise sehr ängstlich behütet hatte. Er war von dem Empfang, der ihm zu Offenbach zuteil wurde, entzückt und von der Freundschaft der polnischen Vertrauten Evas: Wolowski, Dembowski, Matuszewski u. a. begeistert.

Während seines Offenbacher Aufenthaltes traf Moses Porges mit einigen Pilgern aus Prag zusammen. Schon im Sommer 1798 kamen drei Söhne Jonas Beer Wehles hin, Abraham, Josef und Akiba,[20] die hier ihre

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Namen auf Josef, Ludwig und Max änderten und einige Zeit verblieben. Mit den Gebrüdern Wehle war auch Moses' jüngerer Bruder Löw Porges gekommen, der bei seinem älteren Bruder in Offenbach blieb und den Vornamen Leopold annahm. Unter den Offenbachpilgern im Herbst 1798 fehlte auch nicht der alte Jonas Beer Wehle, der als Haupt des Prager Frankistenkreises schon ältere Beziehungen zu Offenbach hatte. Franks Kinder sollen ihm aufgetragen haben, in Prag möglichst viele Gesinnungsgenossen für ihre Lehre zu werben. Für den Offenbacher Hof Geld zu sammeln, galt als selbstverständliche Pflicht und wurde nicht erst besonders eingeschärft.

Mit Jonas Wehle kamen im Herbst 1798 in Offenbach auch Aron Beer Wehle und der alte Gabriel Porges an. Beide wurden der Eva Frank vorgestellt und legten ihr ihre Gaben zu Füßen: die reichen Wehles schenkten ihr Gold und Goldgegenstände, der ärmere Gabriel Porges mußte sich damit begnügen, ein Stück Battist zu geben. Diese bescheidene Gabe des alten Proges gab in der Folge Anlaß zu spöttischen Bemerkungen, mit denen die Offenbacher Gefolgschaft die Gebrüder Porges bedachte; so wurden sie veranlaßt, alles, was sie bisher in Offenbach geschen und erlebt hatten, kritisch einzuschätzen. Nach Offenbach kamen auch zwei Söhne Mendel Gitschins und eine seiner Töchter; die mußte angeblich Eva Frank ihre Perlen und ihre überzählige Kleidung darbringen.[21] Gitschins Tochter nahm auch an den seltsamen Zeremonien teil, die am Langen Tage 1800 der älteste Sohn Franks, namens Ruach, leitete.[22]

Die Prager Offenbachbesucher wurden dort ebenso wie die anderen durch Franks Kinder von ihrer prophetischen Macht überzeugt. Besucher, welche die Zukunft erfahren wollten, wurden von Franks Kindern auf die Nacht vertröstet, wo sie sie ihnen im Schlafe enthüllen wollten. Das war der beste Weg, um von den Pilgern Geld zu locken. Einmal mußten die Prager Wehles in ihrem Familienkreise 5000 Gulden auftreiben, die zu Ostern Aron Beer Wehle nach Offenbach mitnahm. Er blieb hier drei Tage und Franks Nachfolger gaben ihm dafür den Segen, so daß er Tränen der Freude vergoß und laut zu Frank betete.

Ein anderer, sehr freigebiger Besucher Offenbachs war *Salomon Zerkowitz* aus Prag, der angeblich wegen seines Sohnes Löw hinfuhr und Eva Frank und ihren Brüdern viel Geld widmete.[23] Das trug sich höchstwahrscheinlich im Jahre 1798 zu, als nach den Erinnerungen des Moses Porges Salomon Zerkowitz die kläglichen Reste seines vordem großen Vermögens nach Offenbach brachte; als er seine Habe Eva übergab, soll er in Tränen ausgebrochen sein.[24] Auch im Sommer 1799 war Zerkowitz in Offenbach, zusammen mit dem Studenten Moses Gresfeld, und wieder übergab er Franks Kindern Geld — diesmal soll es nicht mehr ganz freiwillig geschehen sein. Ähnlich soll Mendel Gitschin gezwungen worden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sein, den Offenbacher Göttern „viel tausend Gulden" auszuliefern. Dasselbe Schicksal soll die uns bereits bekannte Rosel Eger ereilt haben, die ebenfalls erst nach längerer Weigerung und gezwungen ihr Geld hergab.

Im Sommer 1799 erschienen wieder in Offenbach Jonas Beer Wehle und Gabriel Porges mit allen ihren Gesinnungsgenossen. Noch früher, gelegentlich eines der früheren Besuche Jonas Wehles, war in Offenbach auch sein Schwiegersohn Hönig von Hönigsberg und er soll nach Prag fast wahnsinnig und skeptisch zurückgekommen sein; Wehle soll es aber gelungen sein ihn wieder umzustimmen und beim frankistischen Glauben festzuhalten. Die Beispiele für Fahrten von Prager Frankisten nach Offenbach und für die freiwillige oder erzwungene Lieferung von Geld waren sicher zahlreicher, als wir sie hier erfassen konnten.

In Offenbach lernten die Prager Juden Franks Lehre näher kennen und auch die Unterschiede gegenüber dem, was ihnen Jonas Beer Wehle darlegte. Bei einem Teile der Pilger führte diese Erkenntnis zu einer gewissen Ernüchterung und einer kritischen Einschätzung dessen, was sie gehört und gesehen. Das geheimnisvolle Auftreten der Frankschen Kinder, die vorgetäuschten Weissagungen, der Absolutismus der Eva Frank, die Unfreiheit der Mitglieder ihres militärisch organisierten Gefolges, die ständigen Gelderpressungen, um die kostspielige Hofhaltung zu bestreiten, zwangen den Beobachter geradezu, sich darüber seine Gedanken zu machen. Es fehlte nun nicht mehr viel zu der Erkenntnis, daß alles, was in Offenbach geschieht, ein Schwindel ist, ein leichtsinniges Spiel mit dem Gewissen der mystisch und romantisch gestimmten Judenschaft, die ungeduldig auf die Ankunft des Messias wartete, und eine vorsätzliche Ausbeutung ihres blinden Vertrauens. Zu diesem Schlusse gelangten auch die beiden Brüder Porges. Am meisten hatte ihren Glauben erschüttert, daß sie ihren Genossen zur Zielscheibe des Spottes dienen mußten, weil ihr Vater der Eva Frank nur eine kleine Gabe gebracht hatte. Mit Schmerz erkannten sie, daß man in Offenbach reiche Gaben höher einschätze als echte Frömmigkeit. Und doch konnten sie sich lange zu keinem ernstlichen Schritte entschließen, sie arbeiteten weiter an ihren Aufgaben, worunter im Jahre 1800 die größte Aufmerksamkeit das Abschreiben des berüchtigten „roten Flugblattes" beanspruchte; die Vorsteher des Offenbacher Hofes forderten darin die böhmischen, mährischen und polnischen Frankisten auf, dem drohenden Untergang des Judentums, den die europäischen Mächte beschlossen haben sollten, durch ihren Übertritt zum Katholizismus zu steuern.[25] Die Brüder Porges sagten unmittelbar über ihren Anteil an der Vervielfältigung des „roten Flugblattes" aus: „Sie sämmtlich haben jene Briefen, die von die Schenstochoffers aller Orten jüdischer Versammlungen, mit rothe Dinte ge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

schrieben, herum geschickt worden sind, geholfen schreiben und expediren, auf Befehl des Jacob Franks Kinders, sie haben große Mühe damit gehabt, mann sagte, sie hätten großen Gottslohn davon, auch haben sie diese Briefen in Frankfurth, Hanau und andere umliegende Orten, auf der Post legen müssen, damit man nicht bemerken soll, daß sie so viele Briefe aus schreiben."[26] Allmählich erwachte jedoch bei den beiden Porges die Sehnsucht, aus Offenbach zu entkommen und der unsinnigen Disziplin und dem unerträglichen geistigen Drucke der Frankschen Kinder zu entrinnen. Für ihr Komplott gewannen sie noch ihren sächsischen Genossen Jonas Hofsinger, der zum Frankismus von Jonas Wehle verführt worden war, und eine Art Zustimmung der Familie zur Abreise von Offenbach. Die Zustimmung der Familie war vermutlich durch den keimenden Kritizismus im Lager der Prager Frankisten bedingt, von denen die Mehrzahl wohl um den inneren Zwiespalt der Gebrüder Porges wußte. Die Flucht glückte ihnen und sie gelangten glücklich nach Frankfurt am Main. Dann wanderten sie ziellos in Deutschland umher — nach Böhmen wollten sie nicht zurückkehren aus Furcht vor der immer noch drohenden Assentierung zum Heere — bis sie schließlich im November 1800 zu Fürth in Bayern gefaßt, vor einer besonderen Kommission von Rabbinern über ihr Leben in Offenbach verhört und dann aus der Stadt ausgewiesen wurden. Nach Böhmen und in die österreichischen Länder kehrten sie jedoch erst viel später zurück, wenngleich die landesfürstlichen Behörden bereits im Frühjahre 1800 ihre Ankunft nach Drosau im Klattauer Kreise erwarteten.[27]

Soviel wissen wir bisher über die Stärke der Frankschen Anhänger in Prag und über ihre Tätigkeit und namentlich über ihre Reisen nach Offenbach. Was die Frankisten auf dem flachen Lande in Böhmen anlangt, so sind unsere Kenntnisse sehr lückenhaft. Wir haben bereits die Möglichkeit eines Vorkommens von Frankisten in Jitschin erwogen, wo sich ein Bruder des Jonas Wehle aufgehalten haben soll. Ebenso darf man geheime Frankisten zu Soborten bei Teplitz vermuten, da wir von einem Greise hören, der den Moses Porges auf seiner Flucht über die Grenze führt. Es war wohl derselbe Greis, der im Jahre 1800 Gast in der Familie Wehle in Prag war, hier auch gestorben ist und dessen Begräbnis, wie wir noch sehen werden, den Anlaß zu unerhörten Kundgebungen des Prager jüdischen Volkes gegen die frankistischen Parteigänger bot. Die verläßlichsten Nachrichten haben wir über die Frankisten zu Kolin, wo ein zweifellos festgestellter Parteigänger Franks und eifriger Propagator seiner Lehre Veit Lichtenberg war. Seine Enthüllung verdanken wir unserem annoymen Gewährsmann B., der den Lichtenberg in das Verzeichnis seiner Beschuldigten aufnahm. Bei Lichtenberg soll ein Teil der verbotenen Literatur der böhmischen Frankisten versteckt gewesen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

sein. Lichtenberg unterhielt mit Hilfe der jüdischen Fuhrleute regelmäßige Verbindung mit seinen Glaubensgenossen zu Prag.[28] Lichtenberg wurde, wie wir noch an anderm Orte sehen werden, seitens der Ortsrabbiner, die nach dem Vorbild ihrer Prager Kollegen auf das entschiedenste gegen die irrigen und verworfenen Lehren von Frank und Genossen auftraten, scharf verfolgt.

Wenn wir den Versuch wagen, unsere Kenntnisse über die böhmischen Frankisten zusammenzufassen, so können wir dies nur mit dem Vorbehalt einer gewissen Wahrscheinlichkeit tun. Sicher ist, daß ihr Zentrum in Prag lag, wo sich zu ihnen mehrere wohlhabende und auch recht gebildete Familien bekannten (z. B. die Wehles).[29] Auf dem Lande waren die Frankisten nur sporadisch verstreut. In religiöser Beziehung nahmen die böhmischen Frankisten nicht alle Lehrsätze an, sie stellten sich kritisch dazu — wohl unter dem Einfluß ihrer verhältnismäßig höheren Bildung — ja sie widersetzten sich mitunter den Forderungen ihrer Offenbacher Herrscher, namentlich in Geldfragen. Das hauptsächlichste Unterscheidungsmerkmal der böhmischen Frankisten gegenüber den echten Frankschülern war, daß sie trotz ketzerischer Gesinnung formal rechtgläubige Juden blieben, ohne zum Katholizismus überzutreten, wie dies Frank selbst getan hatte und wie dazu das „rote Flugblatt" vom Jahre 1800 aufforderte; sie wurden nicht Neophyten. Und weiter, in den Anschauungen der böhmischen Frankisten findet sich nicht bloß der mystische Einschlag der polnischen Antitalmudisten und Kabbalisten, sondern auch, wie wir noch an dem Beispiele Hönigsbergs und vielleicht auch Wehles sehen werden, Spuren von rationalistischer Religions- und Lebensauffassung, von Widerspruch gegen die religiöse Unduldsamkeit und geistige Vergewaltigung und übermäßige Autorität in Sachen des Gewissens, ganz wie dies im 18. Jahrhundert von den jüdischen Aufklärern in Deutschland mit dem berühmten Moses Mendelssohn an der Spitze gelehrt wurde. Wenn es dann in Böhmen im Jahre 1800 zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der orthodoxen Richtung und den Frankisten kam, so war dies nicht bloß ein Kampf gegen die verdammte Franksche Sektenlehre, sondern auch ein Sturm gegen die nach Böhmen vordringende Aufklärung, doch waren sich dessen die damaligen orthodoxen Rabbiner nicht einmal recht bewußt. Und wir werden nicht fehlen, wenn wir schon hier darauf aufmerksam machen, daß sich zugunsten des verfolgten Frankismus in Prag wieder die anonyme Stimme eines nicht näher bekannten jüdischen Aufklärers vernehmen ließ, der scharf alle Mittel verurteilte, deren sich die Rabbiner in ihrem Kampfe bedienten. Auch das kann einen gewissen Zusammenhang zwischen den Anschauungen der Prager Frankisten und der jüdischen Aufklärung anzeigen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Der Tod Ezechiel Landaus im Jahre 1793 beraubte für eine Reihe von Jahren die Prager Judenschaft einer großen religiösen Autorität, die in der Lage war, den geistigen Wirren in der Prager Judengemeinde auf das wirksamste entgegenzutreten. Der neue erste Oberjurist Michael Bachrach reichte beiweitem nicht an das Format seines großen Vorgängers heran, seine beiden jüngeren Hauptmitarbeiter, die Oberjuristen Eleazar Flekeles und Samuel Landau, waren nicht so weit fortgeschritten, um als Autoritäten zu gelten, wie es solcher nach einem so großen Vorgänger bedurft hätte. Der Achtung der beiden war zunächst auch ihre gegenseitige Feindschaft abträglich, hervorgerufen durch die Rivalität bei der Bewerbung um die Stelle des Oberjuristen nach Ezechiel Landau im Jahre 1793. So kam es, daß das verjüngte Prager Rabbinerkollegium erst einige Jahre nach dem Tode Ezechiel Landaus in dem unterbrochenen Kampfe gegen die frankistische Propaganda fortfahren konnte.

An der Spitze des wiederaufgenommenen Kampfes stand Eleazar Flekeles, ein Prager (geb. 1754), ein Lieblingsschüler Landaus, vorübergehend Rabbiner zu Kojetein in Mähren und schließlich Oberjurist (seit 1793) in Prag.[30] Es war ein für seine Zeit gelehrter Mann, der besonders auf dem Gebiete der jüdischen Theologie allgemein in ganz Europa anerkannt wurde. Und gerade diesen Mann bestimmte das Schicksal, Führer der jüdischen Orthodoxie zu sein im Kampfe gegen die Schismatiker in Böhmen. Flekeles hatte schon in der Kindheit gehört, daß geheime Anhänger des Frankismus in Prag lebten. Von Ezechiel Landau, der den Frankismus aus der Zeit seiner geistlichen Wirksamkeit in Podolien kannte, erlangte er eingehende Informationen über die pseudomessianische Lehre Franks. Unmittelbar lernte er sie kennen während seiner Wirksamkeit als Rabbiner zu Kojetein in Mähren. Von da ist er auch, einer alten Tradition zufolge, zu Frank nach Brünn gefahren und hat – freilich vergeblich – ihn zu bewegen versucht, seine Propaganda aufzugeben. In Prag war er Zeuge von Landaus letztem Einschreiten gegen die Frankisten im Jahre 1792. An diese Aktion knüpfte er einige Jahre später mit noch größerem Eifer und größerer Rücksichtslosigkeit an, als es ein öffentliches Geheimnis wurde, daß die Prager Frankisten nach Offenbach reisten, daß sie ihre Jugend hinschickten und große Summen Geldes. Er knüpfte an die Verfluchung des Sabbatianismus vom Jahre 1726 an und gab öffentlich bekannt, es sei die heilige Pflicht eines jeden Juden, die Parteigänger Sabbatai Zewis und Jakob Franks bis zu ihrer Vernichtung zu verfolgen. Es geschah freilich nicht mit einem Schlage, sondern allmählich in mehreren Predigten, die er im Einvernehmen mit den übrigen Oberjuristen und Religionslehrern hielt, von denen er aufgefordert worden war, öffentlich aufzutreten und auch in ihrem Namen zu sprechen. Zweck der Predigten war, den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

jüdischen Gläubigen die Gefahr und Verkehrtheit der Frankschen Lehre darzulegen. So kamen die berühmten drei Predigten von Flekeles in den Jahren 1798–1800 in der Neuschule, in der Meisl- und in der Klausschule zustande.[31] Ein Teil dieser Predigten erschien im Jahre 1800 gedruckt unter dem Titel „Ahawat Dawid" mit Zustimmung der österreichischen Zensur, ohne Rücksicht darauf, daß einige demagogische Stellen darin geeignet waren, die Ruhe und Ordnung in der Prager Judenstadt zu bedrohen. Diese unerhörte Nachsicht der österreichischen Zensur gegenüber den gedruckten Kundgebungen von Flekeles läßt sich nur aus dem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Flekeles und dem damaligen Prager Zensor in hebraicis P. Karl Fischer erklären. Dieses Verhältnis soll so herzlich gewesen sein, daß Fischer den Flekeles auf drohende Gefahren gegen die Juden und auf Nachstellungen selbst im jüdischen Lager aufmerksam machte und ihm verriet, was die gegnerische Pressepropaganda vorhatte. Für Flekeles hatte Fischer den hochfliegenden Titel „oberster Leiter der jüdischen Religion in Prag und Böhmen". So verstehen wir, daß Fischer die Druckbewilligung für das Schriftchen von Flekeles glatt erteilte.[32]

In seinen Predigten war Flekeles bestrebt, die gläubigen Zuhörer von der Schlechtigkeit, Verkehrtheit und Gefahr der sabbatianischen und frankistischen Lehrmeinungen zu überzeugen. Er ging von der Spielerei dieser Sektierer aus, mit Hilfe von unterschiedlichen Rechenoperationen das Jahr der Erlösung festzustellen. Er warnte jeden gläubigen Juden schon vor dem bloßen Verkehr mit einem Menschen, welcher der Hinneigung zum Sabbatianismus oder Frankismus verdächtig sei. Das Haupterkennungszeichen eines solchen geheimen Sektierers war nach Flekeles der Umstand, wenn sich ein Mensch, der im Talmud nicht sonderlich bewandert ist, angelegentlich mit der Aggada und dem Sohar beschäftigt. Dabei wies Flekeles auf die seinerzeitige Verfluchung des Sabbatianismus im Jahre 1726 und auf seine jüngere Verwünschung des Frankismus hin; beide Anathemen beabsichtigte er im Verein mit dem Rabbinerkollegium im Druck ausgehen zu lassen; wir kommen darauf später noch genauer zurück. Das Allergefährlichste an den Frankisten war nach seiner Darlegung die Heuchelei, die Vorspiegelung, rechtgläubige Juden zu sein, sowie das Bestreben, durch scheinbare Wohltätigkeit und häufigen Synagogenbesuch den Eindruck musterhafter Juden zu erwecken und durch ihr Beispiel Gesinnungsgenossen zu werben. In Wirklichkeit jedoch waren es nach der Beweisführung von Flekeles Leute, die Gott betrügen, Unzucht treiben, ehebrechen usw.

Das wäre etwa in Kürze der Inhalt der Flekelesschen Predigten, die der bisherigen jüdischen Literatur bereits bekannt sind, so daß man sich damit begnügen könnte. Doch müssen wir bei einigen Stellen dieser

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gedruckten Predigten von Flekeles etwas länger verweilen und sie näher ausführen, um im Detail die Flekelessche Kampfesweise kennen zu lernen. und auch deshalb, weil diese Predigten bequem die Waffen zum Gegenangriff lieferten, den im Herbst 1800 die Prager Frankisten durch eine Anzeige Hönigs von Hönigsberg unternahmen. Damals schloß Hönig seiner Eingabe ein Exemplar der Schrift von Flekeles an, in welchem er mit der Feder die aufreizendsten Stellen angestrichen hatte, überdies hatte er auf einem besonderen Bogen eine deutsche Übersetzung beigelegt, damit die Polizei leichter feststellen könne, daß die eigentlichen Unruhestifter unter den Prager Juden die Rabbiner waren und besonders Flekeles, der nach Hönig das unwissende jüdische Volk zu Gewalttätigkeiten gegen scheinbare oder wirkliche Sektierer geradezu aufgehetzt hatte. Eine solche aufreizende Stelle war schon ein Teil der Vorrede zu den Predigten von Flekeles, von Hönigsberg folgendermaßen deutsch wiedergegeben: „Ich warne zwar in alle meine Schriften und Predigten gegen alle Nationen tolerant zu sein, sie und deren Könige und Fürsten in Ehren und Achtung zu halten. Der Grund und die Absicht gegenwärtiger Schrift ist blos zu dem Ziele zu beweisen, daß, da die Anhänger Schabsy alle Religionen verachten, so ist es für jeden Israeliten Schuldigkeit, ja heilige Pflicht, selbe bis zur gänzlichen Ausrottung zu verfolgen, wie der Leser aus der ganzen Schrift von Anfang bis zum Ende ersehen wird." Am Schlusse der Vorrede drohte Flekeles noch: „Wer diese meine gegenwärtige Schrift tadelt oder lächerlich macht, dessen Strafe ist groß, dessen Sünde aufbewahrt, denn schon dadurch, daß jemand diesen Leuten nur eine gute Seite heraussucht, wird sichtbar, daß er selbe unterstütze, und macht sich dadurch selbst verdächtig zu ihrer Gesellschaft zu gehören, wie es am Eingange der Predigt ersichtlich ist." Ähnlich bemühte sich der Autor auch auf der ersten Seite der eigentlichen Predigt nachzuweisen, wer noch so leise an dem Ernste seiner Worte zweifle, sei nicht gegen die Sektierer; ein solcher Mensch sei der Verdammung wert.

Andere solche äußerst aggressive Kundgebungen fand Hönigsberg auf beiden Seiten des Bl. 6, wo Flekeles erläuterte, wie man am besten einen solchen Sektierer von einem rechtgläubigen Juden unterscheide. Nach Hönigsberg hat Flekeles erklärt: „Diejenigen, die nicht im Talmud und allen dessen Erklärungen sehr wohl bewandert und in Sohar und Egodos[33] studieren, dieß, dieß sind die abscheulichen Unreinen!" Ein anderes Zeichen zur Erkennung der Sektierer war: „Wenn vernünftige Männer, die fähig wären den Talmud zu studieren, dieses unterlassen und kabbalistische Schriften lesen; wenn sie sogar die großen Rabinen, die das Zeremonialgesetz und Polemik zum Hauptstudium machen, auslachen, zu ihnen spottweise sagend: Würdet Ihr dadurch etwas von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gott ergründen? Dadurch wollt Ihr den Zweck Gottes erreichen? Dieß sind die Bande der Treulosen! Dieß die Gesellschaft der Götzendiener!" Ähnliche Angaben fand Hönigsberg auch auf Bl. 19 der Flekelesschen Predigten, wo der Autor nachzuweisen bemüht war, auch der sei ein Freund der Sektierer, wer aus Vorsicht von ihnen weder Gutes noch Böses aussage. Der Gipfel der Angriffe und Beschuldigungen findet sich jedoch auf Bl. 27, wo Flekeles die geheimen Prager Frankisten der ekelhaftesten Unflätigkeiten und Vergehen gegen die Natur und die guten Sitten bezichtigte,[34] um dann pathetisch auszurufen: „Weh ihnen und ihren verfluchten, verdammten Seelen! Gehet nur, schauet nur an die abscheulichen Thaten dieser Leute! Alle Tage gehen sie spazieren just in der Abendzeit, zur Stunde, wo die Gemeinde das Abendgebet (Mincha) verrichtet! Und wohin gehen sie? Dorthin vors Thor, wo der Galgen zu stehen pflegte, wo man die Verbrecher hinrichtet, und an andern unreinen und unsaubern Orten und Gäßchen; dort erheben sie sich himmelan, dünken sich wie die Engel hocherhaben, befragen Götzenbilder. O, weh den Ohren, die dieß hören! Weh dem Zeitalter, in dem solches vorgehet!"

In diesem Sinne vorgetragene Predigerworte mußten schlechterdings auf naive jüdische Zuhörer – bei dem damaligen Tiefstande des Judentums im Prager Ghetto die Mehrheit – tiefen Eindruck machen. Sie erzeugten Haß und Abscheu gegen die perversen Sektierer und verleiteten zu öffentlichen Gewalttätigkeiten, Insulten und Gassentumulten. Und die Hönigsche Interpretation der Flekelesschen Worte rief in den Augen des Lesers bei der Polizei den Eindruck hervor, wenn nicht gar die Überzeugung, Flekeles sei ein Aufwiegler des Judenvolkes gegen einzelne Mitglieder der Prager Judengemeinde, mit denen er sich überworfen hatte, und die Hauptschuld an den Unruhen falle auf ihn. Gewiß hatte Flekeles in seinen Predigten niemanden genannt. Das hinderte jedoch nicht, daß die Prager jüdische Gasse auf vertraulichem Wege die Namen der Personen erfuhr, gegen welche die Predigten gerichtet waren und auf welche die obersten Würdenträger der jüdischen Orthodoxie die ganze Wucht der Ungnade schleudern wollten, ohne in ihrem Kampfe so demagogische Mittel zu verschmähen, wie wir sie an einer kleinen Probe mitgeteilt haben. Fanatische Gläubige überlegten auch nicht sonderlich, ob sie die beschuldigten Juden auf der Gasse schmähen, ob sie sie aus den Synagogen stoßen sollten u. dgl.

Die Leidenschaften der fanatisierten Prager jüdischen Gasse gegen die Frankisten wurden aufs höchste aufgepeitscht durch eine neue offizielle Verfluchung des Frankismus, die der Öffentlichkeit von den Oberjuristen Bachrach, Flekeles und Landau durch besondere gedruckte Kundmachungen (Chrus) verlautbart wurde; sie gelangten am Ver-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

söhnungstage 1800 in den Synagogen zur Verlesung und wurden an die Synagogentüren angenagelt oder aufgeklebt. Flekeles hatte schon vorher in seinen Predigten angedeutet, daß eine solche Verfügung geplant sei. Die Aussprecher des Banns gingen sehr vorsichtig zu Werk, als sie öffentlich an die erste Verfluchung des Sabbatianismus in Prag vom Jahre 1726 anknüpften.[35] Sie ließen daher auf ihrer Kundmachung zuerst den Text des Anathems vom Jahre 1726 samt allen Unterschriften der damaligen Rabbiner und der Prager Gemeindevorsteher abdrucken und schlossen erst an zweiter Stelle ihre neue Verfluchung des Frankismus und seiner Anhänger an. Die Verfluchung sprach von einem Schandfleck am Judentum, der sich wieder als Folge der jüdischen Sünden gezeigt habe. Das geistige Gleichgewicht des Judentums sei von einer kleinen Gruppe sündiger Menschen bedroht, einem Verbrechergezücht, das nichtswürdig und verirrt handle, töricht und verwirrt, und irreleite durch die falsche Kabbala und besessen sei vom unreinen Geiste der drei Hirten Sabbatai Zewi, Berachja aus Saloniki und Jakob Frank.[36] Diese drei Bösewichter und Lügner, der ewigen Verdammnis wert, spiegeln allen Völkern und den Bekennern aller Religionen vor, wie rein und heilig sie seien, und haben Natterngezücht in ihren Händen verborgen; sie klügeln eine neue Religion aus, um der Geilheit und der Blutschande beiderlei Geschlechts die Zügel schießen zu lassen, und verkaufen mit berechneter List und Lüge die Söhne und Töchter dieser Leute dem Teufel. Darum haben sich die Oberjuristen entschlossen, daß jeder einzelne von ihnen nach seiner Predigt die Verfluchung des Sabbatianismus vom Jahre 1726 den Gläubigen persönlich verlesen und kundmachen solle, damit sie ein jeder anhöre, sich fürchte und nicht verstockt sei. Für die schriftliche Kundmachung des Bannes war, wie die Oberjuristen erklärten, die Rücksicht auf die Zukunft maßgebend.

Die Gassentumulte in der Prager Judenstadt steigerten sich und erreichten ihren Höhepunkt im September und namentlich im Oktober 1800. Über ihren Verlauf sind wir leider ziemlich lückenhaft unterrichtet.[37] Über das Niveau der gewöhnlichen Belästigungen und Beleidigungen seitens der fanatisierten jüdischen Gasse erheben sich einige drastische Kundgebungen religiöser Unduldsamkeit, deren Verlauf sich einigen zeitgenössischen Berichten, darunter auch solchen von amtlichem Charakter, entnehmen läßt.

Da ist zunächst einmal die Störung beim Begräbnis eines Frankisten in Prag. Es war schon an anderer Stelle die Rede davon, wie sich die Familie des Jonas Wehle eines alten Juden aus Soborten annahm, wie sie in den Tagen seiner schweren Erkrankung für ärztliche Behandlung sorgte, sowohl in ihrem Hause, als auch im Krankenhaus, bis zu seinem am 21. September 1800 erfolgten Tode.[38] Sein Begräbnis – das Datum

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

בעה"י

העתק מכרזו שנדפס בק"ק פראג בשנת תפ"י לפק

כרזו שכביה"ה בירח אב כל עתי כנסיות בית הכנסיות להשתדל לבית קיום התלת נדרי • אבר מי יחסון נגזם לכל מ' לכשכש בתעניו ולבקשי לבנני מכל חטא • ולבקש סליחה ומחילה מה' אלהינו • והזהו הוים הבלבד בתשובה שלימה (כדכתיב לישר קנין) בן בהלו לו במקדש • בהשתו את נדני תלה • ובן אל לבנני להשוב ולסור מה' ואיתיו • למען הנכל תשובו תשר בשנה"ו תשס"ב • ומקללותיו ותהוויים הנלחמים • עכהון הזה • חיים :

לעיני כני עמינו בשם אלהינו נרגל

להיות כי מחמה מתעצו ותרגנו בעבנו • כי קמו התחתיים עלינו • ואבר מכסם ארם נפשו ופרץ • הסלעים נתחבטו • ומקיצים בני ישראל • להלחם בתשובה בתפלה • התעלות מרגים בין ישראל לאחיהם שבשים • כיון אחיהם בני מחיה • אבר הניח יד בתורתו תמה • וקבל עליו דת תבור • ובלך לדולתן ולא יבוד • ולן מבלי שיכר לישראל כזה שהיה אחינו • להיות נתן בו דורי בוגדת • ביאבר בתגלבה מלון בק"ק פפד"ם • מחלתי הלל אחד בשתו מלאך קלאנקיצקי (הוא בודו של יעקב פרענק) בתנים בוגדים שונים • מלאים תחוכים וגחכים בה' ובתורתו • ובכני שחוק תחכמי התור בכין • ויכבירו קול במחנה השבורים • להיות כל חום אחר בשם ישראל יכוכה • מעבדל ומכרם מן החיים הב"ל • היה וכל בניהו וכל בת לבי • המתאכים בשתר אבתיו בני הב"ל • ולא יתנו לבם שום תביבה • לו פושעה וכו' • ולהיות כי לאחרונ"ם מדלוקה בדבר • כן בתביבותיהו סקריבים לו הרחיקים • יהי' חיש לאבר יתרחקה בקול התנים רעים פאלים לה' ישחית בקול חלקלקות לשונם • אבר אמרו לביתם בנגיר ולשונם אשם • לחלות ובריח בתעודי השמים • כלני אבדים אם לחים תחיית • ובדים מקרוב בידם סקר • למען בתשתות תבנים • לחן אחר בני אבהו כלב את אבתיו • כני תקח בוות ואחת זכרו אלהיו • בגל כן מכלן מודע • בבא לאוזיהו להודיע לכל • כי אחונה כרשע הב"ל אבתי בני יו"ט • כיון טובות ובחת מלב לאבים רעים ואבלים לה' • וכל התאחין בו ספר בפ' ובתורתי • ושבול של כל אחיהו בני ישראל להסיר התוכלה לאחת מאתם • ולהביר הרשה מתוכן • בכל הני הרשה בשנתם חלילה • רשי' מחביהם קנים • וחל יבוא עליך בכלל אחיר • כי התנים כלה התחתיות' בשבתי בני יש"ם אחיהם ומקללים התה • בכל אחיהם וקללות הכתובים בתורה • ערוכים יהיו ותרדים ישתו • ויהיו הם אחבה בבניהם • לם לא בשנם עוכה בשנים • ולא יבולו לחזיל משל בה' • ושבו תשובה על הבבר • ובשתבו בכל יום פישראל הבשוב לקלקלתיכם אלה בכאמרים לבשר ס' תורתו • יבשרו הקולים שכרם ס' בשתים • ושובו אל ס' ושבתו את דרכם • ושבשו לשבוב את ס' שבם אחר אבר שתר עקשותו וידלותו • וקח ס' יחל פיכם • ויהלו שליחם כל הברכות שבתורה • אמן פרלא. פק"ו לב"ק

פרנסים ומנהגים בקהלתינו — דרשן ובי"ד מש"ש דקהלתינו

יצחק בן ר"ם לאחיעזר	כה' עכתן בן מרת שפרה שתלב נפש אלה"ה מיכסקין
יחי' בירלם	הה' יצחק בן שה"ר שלמה אלמן אלב"ל מנ"ל דש"ם מנהל שפם תכין
אשתן יחיאל	שמואל בן הגאון שאה"ת מכירוש אלב"ל
יעקב ב"ם	שמואל כהן פלקטים
משה ב"נבנורת	אברהם בן שה"ר אלמן יט פשפל בשרת
יעקב פ"שונוב	הה' מרדכי הלוי אלב"ל בלפלת"ו כירה שתשיר שה"ש יכא ילל בתפלה
משה יוסיף רות"י	
הה' אלכסנדר כ"שמוש	
הה' חיים כ"חריף	
אלכסנדר כ"ישבנורג	
אהרן בער וועלף	

ואתה אבר נשו"ב בחמה נדעת הנשמע כי לפי הנשמע נתפללים אנשים מלוכלכים • ואינם בן מבזין קצר קשים ל פושים מעשים מעבה הכל מעשה תפקומים • מבוהלים ומשומעים • מבוהלים ומדאגים ומקללים אחיהם בני ישראל • בשבת יתר קצת שוגים • בעבי הלבבים המוסגרים • שבתי לבי שודת • ובבכי מתפללים יעקב אבינו • ומשה כרבינו עמוד בפרץ • (אשר לבשים קבל דת כוכרים • לחנם הת"כ כאמרו בחוקותיהם • זולת פרסם ושרשם הם הנשמעים לחוקות הבשמה • אבר בזה מלבו • ובתורה בתגדל אשתחוה בתגבר שבשביהה עד אשר בשמים פנוי של רשעים • ומלבר הנות • ובקשתם • ומשיחה פשה ויתלקטו עליו הבשים רעים וכחושים לאחוזתו הבחוזת) ושלח ידו לאכילת לרעהו שלם • רעים אחשדים על אחיו ועשן בחרון • מתקדשים ומטהרים וביפלו בידם בתן • מרגלי פרשכי פרשי הילולו דת תשה • להתיר שרות לכל איש יהודי • פקלו פקו ורחם • את בניהם את בנותיהם לאשים • בבל הבשכחו נאנו הבהנים ע"ד מ"ם (אחרי אשר שפכו מה שבקילו) אבל אחר תחתנו יבחי בכבוד תפלת שבת • ל' בשרים שבת תקי לבק אחר הדשה דבני כנסיות קדש כל בדרי לשמן ישתמו ירחו ולא יחדיון שד • ובן בשיר פלחית לבוקרן • לאחר אחרון • לבקל עדת ישורון • בתנו אחתכם לאום הבכורים הק"ם שה ק"ק כרלא :

הה' מיכאל בן מוה' אוזיל בבדך אלב"ה — הה' שמואל מנ"ל לבדיל בן הגאון שהבר"י ז"ל אב"ד בק"ק כרלא

הה' אלכסנדר אלב"ה הגאון הבר"י ז"ל אב"ד בק"ק כרלא ז"ל

Vidi Carolus Eichler.

Das Prager Anathem gegen die Frankisten.

Photoatelier des Archivs des Ministeriums des Innern in Prag.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

ist nicht genau bekannt – wurde zu einer skandalösen Demonstration des fanatisierten Volkes gegen den leblosen Leib eines der Ketzerei beschuldigten Menschen. Am Begräbnis nahm dienstlich der Polizeikommissär für die Judenstadt Franz Winkler teil; er berichtete über die Vorfälle aber erst am 10. Oktober 1800, als bereits eine großangelegte Untersuchung über die Ursachen der Prager Judenunruhen im Gange war. Winkler schreibt ausdrücklich, es sei das Begräbnis eines jüdischen Sabbatianers gewesen. Die jüdische Beerdigungsbruderschaft nahm von der Bestattung keine Notiz; es erschien keiner von ihren Vorstehern und auch niemand von den Totengräbern, die sonst den Leichnam auf den Leichenwagen zu heben pflegten. Die Sarglegung und Übertragung in den Wagen vollzogen lediglich die sog. Träger, welche jedoch dabei laut Meh blökten. Als sich ihnen der diensttuende Polizeibeamte näherte, verstummten sie, setzten aber nach seiner Entfernung das Blöken bis zur Abfahrt des Wagens fort. Der Leichenwagen wurde nicht wie sonst von dem Kutscher der Beerdigungsbruderschaft gelenkt, sondern von irgendeinem anderen Menschen. Das Sarggeleit, das sonst jeder jüdischen Leiche erwiesen wurde, wurde diesmal verweigert. Aus diesem Verhalten schloß der Kommissär Winkler, daß alles im voraus von den Vorstehern der Beerdigungsbruderschaft Wolf Zappert und Michl Jurist vorbereitet war und daß dieses Begräbnisinzident im Zusammenhang stand mit den übrigen störenden Vorfällen in der Judenstadt. Ähnlich, freilich in viel grelleren Farben, schilderte der geschworene Feind der Rabbiner Hönig von Hönigsberg den Vorfall. Er hatte sich zwar am Begräbnisse nicht persönlich beteiligt, hatte aber über dessen Verlauf von vielen Leuten gehört, sogar von Feinden, welche kein Hehl daraus machten und ihm alles ins Gesicht sagten. Hönig gibt an, die Leichenwascher hätten diesen Dienst unter allen möglichen Possen und Schändungen verrichtet; der Verstorbene sei von keinem ordentlichen Kutscher gefahren worden; man habe für ihn nicht gebetet; er sei bloß mit etwas wie einem schmutzigen Hemde bekleidet gewesen; die Begleiter des Leichenzuges hätten unterwegs mit Schellen geklingelt; man habe den Leichnam sogar geschlagen usw. Damit die Rabbiner noch mehr belastet würden, gab Hönig in seinem Grimme an, die Rabbiner hätten den Sohn des Verstorbenen am offenen Grabe des Vaters gezwungen, Gott für den Tod seines ketzerischen Vaters zu danken, und hätten ihm verboten, für den Vater zu beten und Trauer zu tragen. – Das sind bereits Anschuldigungen, die der Kampfesstimmung der Zeit entsprangen und deren Richtigkeit sich nur zum Teile beglaubigen läßt. Aber auch so bleibt Hönigs Anzeige ein interessanter Beleg für die damalige Gereiztheit und Gehässigkeit, wie sie sich bezeichnenderweise auch in dem folgenden Falle spiegelt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zur Zeit, da die Gassenexzesse, die Verunglimpfungen und die Unruhen in den Synagogen ihren Höhepunkt erreichten, d. h. am 11. Oktober 1800, schickte der Vorsteher der Prager Judengemeinde Michel Jurist den Gemeindediener Herschman David Lowotitz in die Altneuschule, um in seinem Namen der Vorsteherin der Frauenabteilung in dieser Synagoge auszurichten, sie solle die in der Synagoge anwesenden Frauen zur Ruhe mahnen. In der Synagoge herrschte aber unter den Frauen eine unerhörte Erregung, die sich auf den unschuldigen Lowotitz entlud. Zuerst fuhr ihn die Frau des Oberjuristen Landau an, er solle sich aus der Synagoge scheren, sonst werfe sie ihn hinaus. Als er sich auf den Auftrag des Vorstehers berief, begann sie ihn zu ohrfeigen unter der ausgiebigen Beihilfe ihres Gatten, des Oberjuristen Salomon Landau. Lowotitz mußte davonlaufen. Er brachte dann bei den Vorstehern der Judengemeinde eine Klage ein und verlangte Genugtuung.[39]

Das geschah zu einer Zeit, als die jüdischen Religionstumulte in Prag ihren Höhepunkt erreicht hatten. Damals begnügte man sich nicht mehr damit, die Beschuldigten auf der Gasse anzurufen, sie anzublöken und Böcke, Schöpse u. ä. zu schimpfen, womit die Jugend und die Gassenbuben jeden Beschuldigten auf seinem Gange durch die Gasse traktierten. Das war die übliche Anprangerung, die sich, um mit den Worten Hönigs zu sprechen, 265mal im Jahre ereignete. Einmal begegnete Hönig in der Nähe von Wehles Haus einem bärtigen Juden, der ihm nachrief: „Meschumed, wie komst du in mein Gaß hinein, fuj!" Opfer der Unruhen waren besonders Wehles verheiratete Tochter Judith Frankl, ihre Schwester Rebekka Wiener und ihre Mutter, Jonas Wehles Frau. Am 10. Oktober, zu einer Zeit, als diese drei Frauen in der Altneuschule weilten, hetzte gegen sie ein gewisser Jakob Tritsch alle in der Synagoge anwesenden Frauen dermaßen auf (die Judith Frankl nannte er „eine Mörderin, eine Schöpsin, die ihren Schwager vergiftet hat"), daß sich die verunglimpften Frauen nur durch rasche Flucht den Tätlichkeiten der Opfer von Tritschens Beredsamkeit entziehen konnten. Ein andermal wurde Judith Frankl in der Eisengasse von Sara Hok insultiert, Mörderin gescholten und gewarnt, den Markt zu betreten. Judith kehrte sich nicht daran und so erfüllte sich an ihr auf dem Marktplatz die Drohung der Sara Hok und ihrer Mutter Rosel Tritsch; sie schmähten sie neuerdings öffentlich vor einer großen Menge Frauen und bedrohten sie an Leib und Leben.

Diese Vorgänge riefen die Aufmerksamkeit der Polizeibehörden wach. Sie begannen sich sofort für den wahren Grund zu interessieren und leiteten eine Untersuchung ein, natürlich nicht ohne vorher verschärfte Sicherheitsmaßnahmen getroffen zu haben. Leider wissen wir nichts über den Anfang der Untersuchung, die stets in den Händen der Polizei

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

blieb, welche Etappen sie durchmachte und von wem und wie die Polizei eigentlich auf die Spur der Vorfälle geführt wurde. Sicher wissen wir nur, daß die Untersuchung der Gassenunruhen am 12. Oktober 1800 begann und erst am 29. Oktober beendet wurde und daß das Hauptverdienst um die Wiederherstellung der Ordnung in der Judenstadt bereits am 12. Oktober dem Vertreter des Stadthauptmanns Grafen Chorinsky zufällt. Erst dann wurden die Ursachen der Vorfälle erhoben, doch darüber wissen wir noch weniger. Die Untersuchung wurde vom Polizeikommissär Patzelt geleitet. Er erstattete über den ersten Teil der Untersuchung am 28. Oktober einen Gesamtbericht.[40] Patzelt beschränkte sich zunächst auf die Erhebung der Gassenvorfälle, bei denen Judith Frankl die leidende Heldin gespielt hatte. Er verhörte vor allem den Jakob Tritsch wegen seiner Äußerungen in der Synagoge. Tritsch leugnete und verteidigte sich durch den Hinweis, bei Judith Frankl und Eva Wehle ein ketzerisches Gebet bemerkt zu haben, und er habe darauf die übrigen Frauen bloß aufmerksam gemacht. Der Untersuchungskommissär ließ sich darauf nicht ein und gab ihm zu verstehen, er hätte lieber trachten sollen, sich des ketzerischen Gebetleins zu bemächtigen, um für seine Behauptung, Eva Wehle und Judith Frankl seien Ketzerinnen, einen Beweis zu haben. Er wurde von allen drei beschuldigten Frauen überwiesen und vom Untersuchungskommissär zur Bestrafung mit dreitägigem Arrest und 10 Stockschlägen beantragt. Auch Sara Hok wollte sich durch Leugnen retten, wurde jedoch durch die Aussagen von Judith Frankl und Elisabeth Bunzl überwiesen und zur Bestrafung mit bloß dreitägigem Arrest beantragt, „weil ihre Arreststrafe ihres Säuglings halber nicht füglich mit Fasten und Karbatschenstreichen verschärft werden kann". Bei der Untersuchung des Vorfalles auf dem Marktplatz war es schwer – obwohl viele Frauen die Szene gesehen hatten – mehrere Zeugen gegen Rosel Tritsch aufzutreiben. Die Frauen zogen es vor, zu schweigen, wohl aus Befürchtung vor Bestrafung durch die Rabbiner, daß sie zugunsten von Ketzerinnen ausgesagt hätten. So blieben diese die einzigen Zeuginnen gegen die Beklagte. Die Tritsch wurde zu eintägigem Arrest verurteilt, mit Rücksicht auf ihr höheres Alter verschärft anstelle der Karabatschenstreiche durch leichte Eisen. Eine eintägige Arreststrafe erhielt auch Sara Sobotka, da sie keine Zeugenaussage machen wollte.

Während der Untersuchung wurde der Kommissär Patzelt, wie wir bald sehen werden, vermutlich auch noch aus anderer Quelle über das Wesen der Unruhen informiert und kam zur Überzeugung, es werde notwendig sein, irgendwelche Maßnahmen zum Schutze der Angehörigen der Familie Wehle zu treffen. Er stellte daher den Antrag, den jüdischen Gemeindeältesten die soeben zitierten Urteile gegen die Gassenterroristen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mitzuteilen; die jüdischen Gemeindevorsteher sollten die jüdische Öffentlichkeit vor der Wiederholung ähnlicher Vorfälle warnen und sollten unter Verlust von Amt und Würden für die fernere Ruhe in der Stadt verantwortlich sein. Patzelt ahnte auch den tatsächlichen Hintergrund der Vorfälle, wenn er beantragte, auf das strengste den Oberjuristen anzubefehlen, sich während der ganzen Untersuchung von jeglichen Kundgebungen und Aufwieglungen zu enthalten, falls sie sich nicht der öffentlichen Ruhestörung schuldig machen und eine exemplarische Bestrafung vermeiden wollten. Patzelt war sich bewußt, mit der Untersuchung der Gassenunruhen nur einen kleinen Teil seiner Aufgabe gelöst zu haben, er wußte, daß die schwere Aufgabe noch zu tun bleibe, und ersuchte, die Erhebung der Ursachen für diese Vorfälle wolle noch einem Polizeikommissär übertragen werden. Patzelts Anträge wurden noch am selben Tage von dem Vertreter des Stadthauptmanns Grafen Ignaz Karl Chorinsky genehmigt und es wurde ihm als Mitarbeiter der Polizeikommissär Klehe zugeteilt.

Als Patzelt im Oktober die Prager Judenunruhen untersuchte, war die Polizei nicht einzig und allein auf die Aussagen der Beklagten und der Zeugen angewiesen, sondern sie hatte auch ihr eigenes Material zur Verfügung, das ihr von Ungenannten zukam. Wir haben hier schon viel über den Anonymus B. gesprochen und über seine Anklage gegen die Prager Frankisten vom Jahre 1799, doch fiel von da auf die Hintergründe der Ereignisse das tendenziöse Licht eines geschworenen Feindes der Sektierer. Daher war der Polizei umso willkommener ein neues anonymes Schreiben vom 15. Oktober, das unmittelbar an den Stadthauptmann Grafen Wratislaw oder an dessen Vertreter Grafen Chorinsky gelangte und worin ein unbekannter Schreiber seine Gedanken über die letzten Ereignisse vortrug, die Richtung der Untersuchung bezeichnete und die Mittel andeutete, wie man eine Wiederholung der Vorfälle verhindern könnte.[41] Uns interessiert hier vor allem die Persönlichkeit des unbekannten Schreibers. Entschieden war es kein Mann aus dem Kreise der Prager Rabbiner, denn er weiß viel gegen sie einzuwenden und möchte ihre Macht gern beschränkt wissen. Auch ein Gesinnungsgenosse der Sektierer war es nicht, denn er erklärte ausdrücklich, er wolle sie nicht verteidigen. Er bemühte sich aber, die Prager Frankisten vom menschlichen Standpunkt zu charakterisieren: Es sind Leute aus den vornehmsten Familien des Prager Judentums, von bestem Charakter und Sitten, gebildet, reich, aber einer Chimäre nachjagend, einem Trugbild, dem sie ihr zeitliches Wohl zum Opfer bringen, um dafür nur Spott und Hohn, Hinauswurf aus den Synagogen und Gesellschaften und Verfolgung von Seiten des ungebildeten Volkes zu erfahren; alldies leiden sie eines törichten Sophismus willen. Gegen sie läßt sich nur mit Satire

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und Ironie kämpfen, indem man ihre Torheit lächerlich macht und sie bei derselben läßt; sie würden schon bald selbst erwachen aus ihrer Betäubung und den rechten Weg zur echten Religion finden. Die Verfolgung, der sie nun von allen Seiten ausgesetzt sind und die nach der Weisung der Oberjuristen Flekeles und Landau erfolgt, schreit zum Himmel und bringt jedes fühlende Herz auf. Die Rabbiner habe er im rechten, keineswegs günstigem Lichte kennen gelernt und fügt hinzu, der „beliebte Schriftsteller unseres Volkes" Herr D. Friedländer habe sie in der Monatsschrift „Der Sammler" schon tüchtig gegeißelt.[42] Durch dieses Bekenntnis verrät unser Anonymus, daß er ein Verteidiger der modernen aufgeklärten Richtung unter der Judenschaft ist, die auf die Ausrottung aller im jüdischen Volke verwurzelten Vorurteile und auf die allseitige Annäherung der Juden an das christliche Wirtsvolk hinarbeitet. Dadurch erscheint auch die ungünstige Einstellung des Autors zum religiösen Fanatismus gegeben, den er verurteilt und dessen Urheberschaft er ähnlich wie seine Lehrer in Deutschland den Rabbinern zur Last legt. Er haßt die Prager Rabbiner und verurteilt mit bitteren Worten ihr Vorgehen, mit dem sie in den beiden letzten Jahren auf die frankistische Propaganda geantwortet. Er war, wie er in seinem Schreiben erklärt, während der ganzen Zeit ein unparteiischer Beobachter der Vorgänge und sah, welche Anstrengungen die Rabbiner machten, um einzelne Leute unter dem einfachen Volke als Ketzer zu verschreien, die man im Geiste der rabbinischen Unduldsamkeit ausrotten müsse usw. Ein bedeutender Teil im Schreiben unseres Anonymus ist gegen die Rabbiner und ihren Mißbrauch der Amtsgewalt gerichtet. Als solche erscheint ihm auch die gegenwärtige Persekution der Prager Frankisten. Im Bestreben, die Handlungsweise der Rabbiner unangemessen erscheinen zu lassen, vergleicht er ihr Vorgehen mit der taktvollen Verfügung Ezechiel Landaus gegen die Frankisten zu Beginn der Neunzigerjahre (er selbst schreibt: vor 12 Jahren). Damals habe Landau die verdächtigen Prager Juden kommen lassen, und als er erkannte, daß es sich bei ihnen eher um Dummheit handle, habe er sie ruhig nach Hause geschickt. Die jetzigen Rabbiner überfallen sie aber wie die Wölfe, verfluchen sie (was doch gegen den Geist der unlängst ergangenen kaiserlichen Verordnungen verstoße), stoßen sie aus den Synagogen, lassen gegen sie mit Zustimmung der Zensur ein Pamphlet nach dem andern drucken und verkündigen den Grundsatz, wer mit Ketzern verkehre, sei selbst ein Ketzer. Als gut informierter Zeuge bringt unser aufgeklärter Anonymus dem Stadthauptmann die bekannten Vorfälle bei dem Begräbnis in Erinnerung, die Ausstoßung der verdächtigen Juden aus der Hohen Schule (die Folge sei, daß die Beschuldigten bereits über ein halbes Jahr daheim beten), die bekannten Gewalttätigkeiten von Tritsch und mehreren

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Frauen, die Verprügelung des Lowotitz in der Altneuschule und andere Gewalttaten, die nach hunderten zählen sollen. Dabei ist es nach dem Anonymus eine sehr bedenkliche Erscheinung, daß die Mehrzahl der gebildeten und anständigen Juden, obwohl sie sich bewußt ist, daß hier Gewalt und Unrecht geschieht, sich unentschlossen und passiv verhält; alle schweigen, verweigern Zeugenaussagen, um nur nicht auf die Rabbiner als die Hauptursache der religiösen Gewalttätigkeiten aufmerksam zu machen und um sich nicht ihren Zorn und ihre Verfolgung zuzuziehen. Das nimmt der Anonymus zum Anlaß, mit Nachdruck auf äußerst strenge und gerechte Untersuchung aller Vorfälle zu dringen. Als geeignetestes Mittel, wie man in Zukunft die Wiederholung ähnlicher Erscheinungen verhüten könne, empfiehlt er, den Oberjuristen ihre ausgedehnte Machtbefugnis in religiösen Dingen zu entziehen und dem einfachen Volke in den Synagogen verlesen zu lassen, der Rabbiner sei nur dazu da, Frömmigkeit und Moral zu verkünden, nicht aber Verfolgung.

Die Informationen des aufgeklärten jüdischen Anonymus kamen der Polizei für die weitere Untersuchung sicherlich gelegen, doch wissen wir darüber noch weniger als über die bisherige. Das Ergebnis der bisherigen Erhebungen Patzelts und sein Gutachten boten der Polizei hinreichendes Material, um bei den jüdischen Funktionären unmittelbar einzuschreiten. In der Zuschrift der Stadthauptmannschaft an die jüdischen Gemeindevorsteher vom 31. Oktober 1800[43] wurden ihnen die letzten stürmischen Ereignisse in der Judenstadt zum Vorwurf gemacht, besonders daß sich die Judenvorsteher nicht bemüht hätten sie zu verhindern und daß sie sie der Stadthauptmannschaft nicht zur Anzeige gebracht hätten. Dem Tadel folgte der ernstgemessene Auftrag, die Judenvorsteher hätten alles aufzubieten, um augenblicklich die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, widrigenfalls sie für jede noch so geringe Ausschreitung verantwortlich gemacht, für unfähig erkannt und dem Gubernium würden angezeigt werden. Die Vorsteher hätten namens der Prager Polizei und unter Androhung exemplarischer Bestrafung den Oberjuristen und allen Schulvorstehern aufzutragen, jede Art Aufwiegelung und Hetze gegen einzelne Mitglieder der Judengemeinde unter dem Vorwande der Ketzerei einzustellen, falls sie nicht als Störer der öffentlichen Ruhe und Ordnung angesehen werden wollten. Schließlich wurde den Judenvorstehern auferlegt, binnen 48 Stunden der Stadthauptmannschaft zu berichten, was sie zwecks Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Stadt verfügt hätten.

Den Judenvorstehern blieb nichts anderes übrig als sich nach dem energischen Auftrag der Stadthauptmannschaft zu richten, formal allen Wünschen der Polizei zu entsprechen, um erst später, sobald sich die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aufgeregte Stimmung gelegt hätte, an eine grunsätzliche Verteidigung, bzw. an die Zurückweisung einer so heftigen Anschuldigung zu schreiten. Im Sinne des polizeilichen Auftrages erließen sie am 3. November eine besondere Verordnung für alle Synagogen,[44] derzufolge im Geiste des Polizeibefehles die rasche Wiederherstellung der Ruhe angeordnet und jegliche Zusammenrottung und Schmähung von Leuten untersagt wurde. Die Kundmachung wurde an allen öffentlichen Orten ausgehängt und am Sabbat in allen Synagogen verlesen. In ähnlichem Sinne forderten die Judenvorsteher die Rabbiner und die Schulvorsteher auf und betonten die Drohungen, durch welche die Stadthauptmannschaft bemüht war, ihren Anordnungen größeren Nachdruck zu verleihen. Und erst als sie formal den Wünschen der Polizei entsprochen hatten, faßten sie Mut, gegen den kategorischen Auftrag der Stadthauptmannschaft aufzutreten und sich zu rechtfertigen. Die Antwort der Judenvorsteher, die noch am selben Tage, d. i. am 3. November, abgefaßt wurde, bezieht sich nicht so sehr auf die eigentlichen religiösen Unruhen im Prager Ghetto als vielmehr auf die öffentliche Stellung und auf die Rechte der Judengemeinde und ihrer Bewohnerschaft und stellt einen Protest gegen die übertriebene Verordnung der Polizei dar. Die den Judenvorstehern von der Stadthauptmannschaft gemachten Vorwürfe erklärten diese entschieden für grausam und unverdient und wiesen sie zurück. Vor allem fragten sie, auf Grund welcher Verordnung oder welches Patentes ihnen die Pflichten auferlegt würden, deren Nichterfüllung ihnen vorgeworfen werde; ihnen sei von einer derartigen Verordnung nichts bekannt. „Es bestehet keine wie immer Namen habende Instruction und Verordnung, und leider müssen sich die diesseitigen Gemeindvorsteher schon mehrmal als ein Ball betrachten, der von ohngefähr getrieben wird und den immerwährenden Stößen und Anreibungen ausgesetzt sehet, wie gesagt, bestehet bis zur Stunde keine Amtsinstruction, wonach die Gemeindvorsteher ihr Amt zu handeln oder Pflichten auszuüben angewiesen sind." Mit Erfolg machten sie auf die Widersprüche zwischen den einzelnen Verordnungen aufmerksam. Sie weisen z. B. auf das Gubernialdekret vom 11. Oktober 1798 hin (Zl. 32.153), wodurch den Judenvorstehern verboten wurde, sich in Religionssachen und in Synagogenangelegenheiten einzumischen; dem gegenüber stellten sie das Dekret des Prager Magistrates vom 3. Mai 1798 (Zl. 3807), wo im Gegenteil den Judenvorstehern wieder anbefohlen wird, über das Treiben und die Ordnung in den Synagogen zu wachen. In diesem Chaos hätten es die Judenvorsteher für vernünftig gehalten, sich lediglich nach dem Wortlaut des § 21 des Systemalpatentes vom Jahre 1797 zu richten, aus dem sich jedoch nicht die Pflicht ableiten lasse, deren Verabsäumung ihnen schroff vorgeworfen wurde.[45] Sie beriefen sich auch auf § 55 des Systemalpaten-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

tes, demzufolge die Juden den gleichen politischen Behörden unterworfen sind wie die Christen. Die Vorsteher wollten sich einfach nicht in Sachen einlassen, zu denen sie nicht berechtigt wären. Sie suchten daher nachzuweisen, sie hätten sich korrekt verhalten und die Vorwürfe der Polizei seien nicht gerechtfertigt. Für die Zukunft mögen die Grenzen ihrer Kompetenz genau abgesteckt werden. Erst am Schlusse der Replik zeigten sie an, welche Verfügungen sie zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Ghetto getroffen hatten.

Die Weiterentwicklung der Ereignisse ist sehr schwer zu verfolgen, da die erhaltenen Nachrichten allzu lückenhaft sind. Sicherlich waren die Untersuchungskommissäre aus allen Kräften bestrebt, die wahre Ursache der Unruhen aufzudecken, und sie gingen nicht irre, wenn sie den Hauptschuldtragenden daran unter den Prager Rabbinern suchten. Diese Überzeugung entschied über die Verhaftung der Oberjuristen Flekeles und Landau und über ihre Einkerkerung. Dazu kam es an einem Tage zu Anfang November.[46] Freigelassen wurden sie nach vier Tagen. Sicherlich wurden sie einvernommen, doch sind ihre Aussagen und die Protokolle darüber, die so wichtig wären, vorläufig verschollen. Wir wissen nur soviel, daß Flekeles durch seine Aussagen den damaligen Zensor in hebraicis Fischer sehr belastet hatte, so daß ihn die Polizei an den Unruhen für mitschuldig hielt, da er als Zensor seine Einwilligung zur Drucklegung der aufreizenden Predigten von Flekeles und der Verfluchung der Frankisten nicht hätte geben sollen.

Die Verhaftung der beiden Oberjuristen rief unter der Prager Judenschaft große Erregung hervor und führte zu einer Aktion der Gemeindevorsteher zugunsten ihrer Freilassung. Zuerst ersuchten sie die Polizei (am 12. November), den ersten Oberjuristen Michael Bachrach nicht in Haft zu nehmen und ihn gegebenenfalls auf freiem Fuße einzuvernehmen und sie boten eine Kaution für ihn an. Tags darauf, am 13. November, richteten sie ein besonderes Gesuch an den Oberstburggrafen, daß er die Freilassung der beiden inhaftierten Oberjuristen erwirke und von ihnen die Kaution annehme. Welche Beweggründe über die baldige Freilassung der beiden Oberjuristen entschieden, geht aus unserem Quellenmaterial nicht klar hervor. Wir wissen nicht, ob sie auf Grund der bereits erwähnten Intervention der Judenvorsteher freigelassen wurden oder ob dies auf Grund einer unerwarteten Wendung in der Untersuchung geschah, ob sich die beiden Juristen so ausgezeichnet verteidigten, daß sie freigelassen wurden, oder ob dies auf einen Druck von den obersten Stellen geschah, wo nach dem Erscheinen des bekannten Offenbacher „roten Flugblattes“ und nach den hiedurch hervorgerufenen Unruhen die Stimmung zu Ungunsten des Frankismus umschlug und zum Verbot dieser Lehre führte. Wir wissen bloß, daß die Polizei wei-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

terhin auf der Anklage der Rabbiner bestand, da sie dafür ein neues, wichtiges, wenn auch tendenziöses Argument in der Anzeige erhalten hatte, die am 9. November 1800 dem Untersuchungskommissär Patzelt Löw Enoch Hönig von Hönigsberg zugehen ließ.

Der Angeber Hönig stammte aus einer wohlhabenden Prager Judenfamilie. Er war ein Enkel des Israel Hönig Freiherrn von Hönigsberg (1724–1808), des bekannten Lieferanten für die kaiserliche Armee unter Maria Theresia und seit 1764 Tabakmonopolpächter in allen österreichischen Erblanden, der wegen seiner Verdienste um Handel und Industrie im Jahre 1784 nobilitiert wurde. Schon in der Jugend erwarb er sich eine hohe Bildung, hatte Kenntnis in der Bibel, im Talmud, in der hebräischen Grammatik, im Deutschen und namentlich in der deutschen und jüdischen Literatur. Schon in der Jugend überzeugte er sich, wie er von sich selbst erzählt, von der Beschränktheit und Aufgeblasenheit der Rabbiner. Seine Abneigung gegen sie ähnelt der Einstellung gegen die Rabbiner bei den deutschen Aufklärern der Mendelssohnschen Schule und legt den Verdacht nahe, ob nicht auch Hönig irgendwie von dieser modernen Richtung beeinflußt war. Und in der Tat finden wir in seiner Anklage gegen die Prager Rabbiner, die ein Spiegel von Hönigs Seele ist, einige jüdisch-aufklärerische Reminiszenzen. Hönig war z. B. Leser der Berliner Zeitschrift „Der Sammler", die von dem schon bekannten D. Friedländer herausgegeben wurde, und wußte auch von dessen Polemiken mit Flekeles. Und mehr noch, Hönig kannte die Werke Moses Mendelssohns (1729–1786) und berief sich darauf; nach dessen Vorrede zu „Menasse ben Israel" und nach dessen Schrift „Jerusalem oder über religiöse Macht und Judenthum" (1783) verteidigte er die Gewissensfreiheit und kämpfte gegen die Intoleranz.[47] Er war auch sehr gut informiert über die Tätigkeit der Berliner jüdischen Aufklärer und über ihre publizistische Tätigkeit gegen die Rabbiner. Besonders kannte er die Wirksamkeit und die Anschauungen des Berliner Arztes und Hofrates Markus Hertz (1747–1803), aus dessen Arbeiten er in seiner Anzeige die Abhandlung „An die Herausgeber des hebr. Sammlers über die frühe Beerdigung der Juden" (Sammler 1787) zitiert und von wo er seine Argumente gegen die rabbinische Demagogie bezogen hat. Charakteristisch ist der Satz in der Einleitung seiner Anzeige: „Überhaupt habe ich sehr viel von den schädlichen Einfluß der itzigen jüdischen Geistlichen auf das Volk zu sagen und welche große Hemmung zu ihrer Aufklärung und Bildung und aller nützlichen Anstalten sie sind." Schon diese wenige Bemerkungen Hönigs berechtigen uns dazu, ihn teilweise unter die Zahl der jüdischen Aufklärer in Böhmen einzureihen, die ein Vehikel des Fortschritts und der Modernisierung des Judentums, aber freilich auch die Zielscheibe von Angriffen seitens der Verfechter

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der alten Richtung waren, zu der sich die Mehrzahl der Rabbiner bekannte.

Infolge seiner Verehelichung mit der Tochter des Jonas Wehle, bei dem herzlich-freundschaftlichen Verhältnis zum Schwiegervater und bei den langen religions-philosophischen Gesprächen mit ihm faßte er Sympathien für den Frankismus. Wir können aber nicht mit Bestimmtheit behaupten, daß er ein blinder Bekenner desselben geworden wäre. Und wenn er auch eine Reise nach Offenbach unternahm, so tat er es sicherlich zugleich seinem Schwiegervater zuliebe. Es ist auch bezeichnend, daß sich in seiner ganzen Anklageschrift nicht die leiseste Erwähnung von Sabbatai Zewi und von Frank findet, ebensowenig von deren Anhängern und den Sektierern, und daß er von den Objekten des Hasses der Rabbiner stets in der ersten Person der Mehrzahl spricht (wir, die wir geschmäht werden, usw.).

Hier geht es nicht an, den Inhalt der umfangreichen Anzeige Hönigs im einzelnen zu analysieren; ihr Zweck war, den Untersuchungskommissär zu unterrichten und ihn auf die besonderen Verhältnisse unter dem Judentum hinzuweisen, auf die tatsächliche Reichweite der rabbinischen Kundgebungen und auf die Folgen ihrer moralischen und materiellen Persekution. Hönig warnte den Kommissär besonders davor, das religiöse Leben der Juden nach christlichen Maßstäben zu beurteilen und die Vorfälle in den Synagogen auf die leichte Achsel zu nehmen. Er sucht nachzuweisen, wie unter der auf ihnen lastenden historischen Verachtung die Juden viel mehr als andere Völker an ihrer Religion festhalten, so daß sie ihnen zum Maßstab bei Beurteilung des Menschenwerts und der Menschenwürde geworden ist. Bei den Juden wird demnach der Einzelmensch nicht nach seinen bürgerlichen Tugenden beurteilt, sondern nach seiner Frömmigkeit und nach der Achtung, die er in der Synagoge genießt. Die Frömmigkeit, der gute Ruf in religiöser Beziehung sind für die Juden das Kriterium für die Qualität eines Menschen. Auf dem Rufe eines Menschen in religiöser Hinsicht beruht seine Autorität in der Gesellschaft und seine Existenz. Sobald man aber von einem Menschen zu sagen beginnt, er sei ein Ketzer, dann ist es mit seiner Achtung aus. Seine Stimme hat in bürgerlichen Angelegenheiten kein Gewicht mehr, alles zieht sich von ihm zurück, er ist vereinsamt, darf nicht unterstützt werden. Ist er ein intellektueller Mensch (zur Beurteilung ist diese Bemerkung sehr bedeutungsvoll) und er schreibt ein Buch, so sucht man darin nur Ketzerei. Ein solches Buch darf man nicht lesen, man muß es verbrennen. Hönig bemerkt, er könne viele solche Fälle anführen. Die Anschuldigung wegen Ketzerei zeitigt für den Betroffenen üble wirtschaftliche Folgen, den Verfall von Handel und Gewerbe, die Unmöglichkeit seine Töchter und Söhne zu verheiraten,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Zerrüttung der Ehe,[48] weil auch die jüdische Gattin ihren Mann nach der Achtung einschätzt, die er in der Synagoge genießt. Das Andenken des Verstorbenen ist gleichfalls von seinem guten Rufe im religiösen Leben bedingt, sonst verfolgen ihn Mißachtung und der rabbinische Bann bis ins Grab, was Hönig an dem schändlichen Begräbnis des alten Juden aus Soborten demonstriert.

Im weiteren Teile seiner Anklage beweist Hönig, wie bedenklich es unter solchen Umständen sei, wenn die Achtung eines Menschen von den Rabbinern abhänge, für die Hönig die ärgsten Worte hat, indem er ihnen Unbildung, Dummheit, Gemeinheit, Hinterlist usw. zum Vorwurfe macht. Unter diesen Umständen seien die Rabbiner Herren über die öffentliche Meinung unter den Juden, sie übten auf die Juden einen gleichen Einfluß wie in den Republiken des Altertums die Volksdemagogen, ohne sich dabei um ihre Bildung zu bekümmern und ohne auf die Tatsache Rücksicht zu nehmen, daß neun Zehntel der Juden die Bibel und die hebräischen Gebete nicht verstünden. Dieser beklagenswerte geistige Zustand der Judenschaft ist für Hönig ein Ansporn, die Kläglichkeit der rabbinischen Lehre zu kritisieren und an Details dem Polizeikommissär den Tiefstand der Rabbinerbildung darzutun. Seine Sätze klingen fürwahr seltsam, wenn wir bedenken, daß sie in erster Linie gegen Flekeles gerichtet sind, der damals schon als anerkannte europäische Autorität in religiösen Dingen dastand. Man kann jedoch annehmen, daß es Hönig nicht so sehr um die Kritik der theologischen Kenntnisse der Rabbiner zu tun war, als vielmehr um ein Urteil über das menschliche Niveau der Rabbiner, über ihr menschliches Herz, ähnlich wie dies die deutschen Aufklärer taten. Hönig wies jedoch rücksichtslos nach oder bemühte sich nachzuweisen, daß nur die geringe Bildung der Rabbiner eine von den Hauptursachen für die Verfolgung aller jener sei, die etwas wissen oder etwas können. Alles geschehe aus der Befürchtung, die Rabbiner könnten ihre Macht einbüßen. Hönig spricht geradezu von einer rabbinischen Inquisition. Die Rabbiner entfesselten nach seiner Ansicht mit ihren Predigten die Leidenschaften des einfachen Judenvolkes, das dann die armen Beschuldigten durch die Gassen hetzte, die Rabbiner mißbrauchen die geheiligten Stätten der Synagogen, um Lieblosigkeit und Haß zu predigen, um Menschen zu verfluchen, die, durch die Gassen gehetzt, tausende nicht objektive Richter über sich haben. In der Anklageschrift Hönigs wird stets wiederholt, nur und nur die Rabbiner hätten die letzten Ereignisse im Prager Ghetto auf dem Gewissen, und unter ihnen sei es besonders Flekeles, der durch seine aufreizenden Predigten, Druckschriften und Verwünschungen das Volk aufstachelte und zur Verfolgung der unschuldigen Opfer antrieb, ihr bisher ruhiges Familienleben zerrüttete und ihre Existenzen vernichtete. Wir können hier nicht alle Vorwürfe

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

und rücksichtslosen Angriffe Hönigs gegen die Rabbiner aufzählen. Es mag genügen, wenn wir noch erwähnen, wie er über die schändliche *(sic!)* Ausbildung der Jugend durch die Rabbiner spricht. Nach seiner Darlegung führen sie die Jugend nicht zur Liebe und Achtung gegenüber dem Nächsten, sondern führen sie zum Haß gegenüber Personen, denen sie nicht gewogen sind. Das beweist er an ihrer haßerfüllten Jugenderziehung gegenüber den Sektierern; die Folgen hat Hönig in der eigenen Familie verspürt. Hönig ist überzeugt, nur auf Antrieb der Rabbiner antworte sein dreijähriger Knabe auf die Frage: „Wer ist dein Vater, was ist dein Großvater?" mit den Worten: „Ein Schöps!" Sicherlich eine übertriebene Beschuldigung; wahrscheinlicher ist wohl, daß hier der Einfluß der fanatisierten Gasse spricht, die freilich von den Rabbinern bearbeitet war. Der Zustand der jüdischen Schülerschaft auf dem Gebiete des Wissens ist nach Hönig so schlecht nur durch die Schuld der Rabbiner, die angeblich die Jugend weder lehren, die hebräischen Gebete ins Deutsche zu übersetzen (was eine Hauptforderung der jüdischen Aufklärer war), noch die Psalmen zu erklären. So komme es, daß die jüdische Jugend weder die jüdische Geschichte kenne noch die Propheten noch die jüdische Literatur, und Hönig zweifelt, ob sie überhaupt die fünf Bücher Mosis kenne. Und die Leute, welche das jüdische Volk verelenden, erziehen es nur zum Hasse gegen einen Teil seiner Glaubensgenossen. „Man nehme nur ihre eigene Denkmäler her, nämlich ihre gedruckten Predigten und sonstige Bücher, und übersetze Stellen daraus, man wird staunen über die Roheit und Dummheit ihrer religiösen und moralischen Begriffe."

In einem weiteren Teile schildert Hönig die schon bekannten Methoden rabbinischer Persekution, die Predigten der Rabbiner, besonders jene des Flekeles. Die Rabbiner benennen zwar in ihren Predigten niemanden, aber das Volk erkennt leicht, gegen wen ihre Worte zielen, und inszeniert eine Verfolgung der Beschuldigten. Niemand untersteht sich zu widersprechen und auf die Unmoralität im Vorgehen der Rabbiner hinzuweisen, weil sich alle fürchten, der Grimm der Rabbiner könnte sich auch gegen ihn kehren. Der Gipfel der Schändlichkeit aber sei es, Mißliebige am Versöhnungstag zu verfluchen, wie dies die Oberjuristen im Jahre 1800 getan, anstatt gerade an diesem Tage Liebe und Verzeihen zu predigen. Hönig klärt auch den Polizeikommissär über die Bedeutung des Verfluchens unter den Juden auf und bittet ihn, bei der Untersuchung alle Leiden und Entbehrungen in Betracht zu ziehen, die er und der Kreis seiner Bekannten von den Rabbinern und ihren Werkzeugen erdulden müssen, und gerecht zu urteilen.

In Hönigs Anklageschrift sind auch einige konkrete Beispiele für die Persekution seitens der Rabbiner angeführt, die wir bei der vorher-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gehenden Schilderung übergangen haben, weil wir nicht in der Lage waren, sie durch andere Quellen zu beglaubigen. Nun sollen die interessantesten mitgeteilt werden. Es sind dies vor allem persönliche Erlebnisse Hönigs und die Folgen von Verfolgung, die er an sich verspürt hat. „Was das Verfahren der Oberjuristen für Zerrüttung in unsere häusliche Glückseligkeit und unser Familienglück überhaupt angerichtet haben, dieß vermag meine schwache Feder unmöglich (zu) beschreiben." Und dabei tut er sich an anderer Stelle noch etwas darauf zugute, daß er im Hinblick auf die Achtung seiner Familie und namentlich seines Großvaters, des Regierungsrates, nicht so rücksichtslos verfolgt werden konnte wie seine Freunde. Auch die Mißachtung in der Synagoge hat ihn nicht sonderlich betroffen, da er, um Gott zu loben, ungehindert in das Privatbethaus seines Vaters gehen kann, das seinerzeit seinem Großvater ausnahmsweise gestattet worden ist. Insultationen auf der Gasse ist er jedoch nicht entgangen, ebenso wie auch seiner Familie Angriffe in den rabbinischen Predigten nicht erspart geblieben sind. Er erzählt einen interessanten Vorfall. Eines Tages sei er bei seinen Eltern zu Besuch gewesen und sei nach dem Mittagessen eingeschlafen. Seine jüngeren Brüder aber hätten sehr gelärmt und Hönig im Schlafe gestört und seien darum vom Hauslehrer zur Ruhe gemahnt worden. Von diesem Einschreiten des Hauslehrers hätten jedoch die Rabbiner erfahren und hätten ihm Vorwürfe gemacht, daß er in der Familie einen Menschen in Schutz genommen, der der Ketzerei beschuldigt sei, somit sei er selbst ein Ketzer, und sie hätten den Eltern Hönigs zugesetzt, den Lehrer zu entlassen, ja sie hätten Anstrengungen gemacht, ihn aus dem Hause zu bringen, wo er jenen Winter wohnte. Hönig erwähnt jedoch nicht, was für einen Erfolg dieses Einschreiten der Rabbiner gehabt hat. — Ein anderes Beispiel von Hönig: Der Hauslehrer Abraham Lederers, der auch im Hause der Edel Porges wirkte, habe es einmal gewagt, Hönig in seinem Hause aufzusuchen. Sobald dies die Rabbiner erfahren hätten, hätten sie bei der Porges durchgesetzt, daß sie den Lehrer entließ. — Hönig erwähnt auch die bekannten Insultationen gegen Judith Frankl.

Die Anzeige Hönigs hatte sicherlich Einfluß auf die Auffassung der Prager Polizei und auf ihr Urteil über die vorangegangenen Prager Unruhen, ja sie lieferte eines ihrer Argumente für den Beweis von der Schuld der Rabbiner. Diese Schuld suchte die Polizei in ihrem Gesamtbericht zu begründen, der mit dem Datum vom 15. Jänner 1801 an das böhmische Landesgubernium abgehen sollte. Dieses Bestreben gibt sich schon im ersten zusammenfassenden Absatze des Polizeiberichtes kund: „Aus Gelegenheit mehrerer seit einer geraumen Zeit bei der hierortigen Judenschaft vorgefallener und in bedeutende Thätigkeiten ausgearteten Excessen und der hierüber hierämtlich gepflogenen Untersuchung hat

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

man die sehr unliebsame Erfahrung gemacht, daß die 3 Religions-Vorsteher oder so genanten Oberjuristen der hierortigen Judengemeinde, nahmens Michael Bachrach, Eleazar Flekeles und Samuel Landau, mit äußerst gewagten Mißbrauch ihres Amtes Zwietracht unter ihren Glaubens-Genossen verbreiten und einzelne Glieder nicht allein der Ketzerei und aller nur erdenklichen Schandtaten beschuldigen, sondern es auch jedem Israeliten zu Pflicht auferlegen, diese durch sie selbst auf eine schmähliche Art verrufenen Ketzer auf alle Art zu verfolgen und sie bis aus dem Grunde auszurotten." Die Polizei legte besonderen Nachdruck auf die Ausschreitung bei dem Begräbnis, wo es sich nach ihrer Anschauung nicht um eine Kundgebung von religiösem Eifer, sondern um eine Äußerung der Bosheit und um die Frucht der haßerfüllten Verfolgung der beschuldigten Frankisten durch die Oberjuristen handelte. Die Polizei faßte die bekannten Vorfälle zusammen, machte auf die Predigten von Flekeles aufmerksam, auf die Verfluchung und die Aufreizung des Volkes, sie erwähnte die Anzeige Hönigs und die Ausschreitungen von Tritsch in der Synagoge. Sie betonte auch das Verschulden des Zensors in hebraicis P. Karl Fischer, da er die aufreizenden Predigten von Flekeles freigegeben, obwohl sie von Unverträglichkeit strotzten und gegen den Geist der wahren Toleranz verstießen. Fischer hätte sich die Folgen dieser Predigten beim einfachen jüdischen Volke vor Augen halten sollen. Daher könne man Fischer als mitschuldig an den letzten Ereignissen bezeichnen. Von den Juristen aber sei erwiesen, daß sie sich einer Kriminalübertretung und der Aufwieglung des Volkes schuldig gemacht, wie dies die früheren Untersuchungen ergeben hätten und die Protokolle dartäten (sie haben sich leider nicht erhalten). Diese Behauptung stützte die Polizei durch die uns schon bekannten Beweise aus der Zeit der Unruhen, wobei sie in vielem den Angaben Hönigs zustimmte. Die wahre Sendung der Oberjuristen hätte doch darin bestanden, den irregegangenen Juden mit milden Worten den rechten Weg zu weisen und sie zu überzeugen, nicht aber, sie ihre Macht fühlen zu lassen durch Ausstoßung aus den Synagogen und Antastung ihrer Ehre.[49] Damit hätten sie sich auch des Verbrechens der Ehrabschneidung und der öffentlichen Ruhestörung schuldig gemacht. Der Schluß der Polizeirelation ließ für die Oberjuristen nicht viel Gutes erwarten: „In Rücksicht dessen, daß von Seite der Oberjuristen nicht bloß Inzichten, wohl aber volle Beweise eines verübten Criminal-Verbrechens bei der hierämtlich gepflogenen Untersuchung hergestellt worden, hätten diese sämtlichen drei Oberjuristen zwar nach gesetzlicher Weisung festgehalten und dem hierstädtischen Magistrate zur Amtshandlung übergeben werden sollen, da es jedoch möglich ist, daß Eine Hohe Landesstelle diesfalls eine andere Verfügung treffen und diese Oberjuristen durch Absetzung von ihrer Würde und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gänzliche Außerlandesschaffung für die Zukunft unschädlich machen dürfte, so entstehet man nicht, die sämtlichen hier anschließigen und journalisirten Acten der Hohen Landesstelle zur Beurtheilung und weitern hohen Veranlassung – vorzulegen."

Da trat jedoch eine unverhoffte Wendung ein. Die Polizeirelation vom 15. Jänner 1801 wurde überhaupt nicht expediert[50] und die Oberjuristen blieben auf freiem Fuße. Interessant an der Sache ist, daß – soweit bekannt – in der Registratur des Landesguberniums sich keine einzige Nachricht über die Ereignisse vom Jahre 1800 vorfindet.[51] Die Geschichte bleibt für den Geschichtsforscher unvollendet, ihr Schluß verliert sich ins Unbekannte. Und Vermutungen über die Ursachen anzustellen, ist für den Historiker mißlich. Aus der weiteren Entwicklung sehen wir, daß sich die Stimmung unter der Prager Judenschaft beruhigte, daß die geheimen Frankisten äußerlich in Ruhe gelassen wurden – und so fehlen über ihre weiteren Schicksale Nachrichten.

Ein kleines Gegenstück zu den Prager Verhältnissen finden wir im Jahre 1800 und 1801 in Kolin. Schon aus dem voranstehenden Bericht wissen wir, daß hier der Hauptpropagator des Frankismus Veit Lichtenberg war, der in stetem Verkehr mit seinen Glaubensgenossen in Prag stand. Durch das Verdienst von S. Back[52] sind wir über das freiwillige Verhör eines Koliner frankistischen Juden vom Jahre 1800 unterrichtet. Das Verhör leitete der Koliner Rabbiner Eleazar Kallir im Beisein des gelehrten Nissan Schidlow. Der einvernommene Jude bekannte, in Offenbach gewesen zu sein, er sagte über Franks Religion und Grundsätze aus. Leider gibt uns Backs Edition den Namen dieses einvernommenen Juden nicht an, weil ihn der Herausgeber absichtlich unterdrückt hat. Lichtenberg war es wohl nicht, denn nach seinem reumütigen Bekenntnis hätten wohl die Koliner Rabbiner den Kampf gegen ihn kaum in der Weise fortgesetzt, wie ihn uns der bekannte Sprecher der verfolgten Frankisten Hönig von Hönigsberg geschildert hat.[53] Veit Lichtenberg unterhielt freundschaftliche Beziehungen zu den Prager Frankisten und hatte dafür schwer zu leiden. Die Anschuldigung wegen Ketzerei, welche die Rabbiner gegen ihn erhoben, wurde auch auf seinen Bruder Jakob, einen Kriegsinvaliden, erstreckt und dieser verspürte am meisten die Ungnade der Rabbiner. Als seine Frau am 4. Feber 1801 einem Sohn das Leben schenkte, verweigerten die Koliner Rabbiner ihre Mitwirkung an der Beschneidung und erklärten, es sei das Kind eines Ketzers. Veit Lichtenberg nahm sich des Bruders an und ersuchte Hönig um Intervention. Hönig verfaßte neuerdings eine Anklageschrift an den Prager Stadthauptmann, wiederholte darin seine älteren Argumente gegen die Rabbiner und forderte Genugtuung für diese neue Art religiöser Persekution. Graf Chorinsky bediente sich des Falles, um das Gubernium (am

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

21. Feber 1801) auf die rabbinische Verfolgung der Frankisten aufmerksam zu machen, die von Prag auf das Land übergreife, und trat die Sache dem Landesgubernium zur Entscheidung ab mit dem Bemerken, man wolle sie bei der Gesamtuntersuchung über die jüdischen Unruhen berücksichtigen. Die Vorlage der Koliner Affäre an das Gubernium wählte Graf Chorinsky auch deshalb, weil er sich für die Sache nicht kompetent hielt. Das Gubernium übertrug die Untersuchung der Angelegenheit dem Kaufimer Kreishauptmann und dabei blieb es – wenigstens für den Historiker, wenn er nicht in der Lage ist, Nachrichten über den weiteren Verlauf aufzufinden.

Die Vorfälle des Jahres 1800 bilden die erregteste Zeit in der Geschichte des Frankismus in Böhmen. Dann tritt Ruhe ein. Der Frankismus wurde bald von den österreichischen Behörden verboten. Die Frankisten, welche bei ihrem Glauben verblieben waren, lebten weiter in ihrer besonderen Gedankenwelt. Es ist wahrscheinlich, daß sie sich infolge der Stürme vom Jahre 1800 und wegen des späteren Niederganges des Offenbacher Hofes in ihrem Sektenwesen nicht weiter entwickelten und vielmehr den Einflüssen der deutschen Aufklärung unterlagen, wie sie in unserem Falle durch Hönig von Hönigsberg vorgestellt wird. Auch der gelegentliche Besuch eines Sohnes Franks in Prag im Jahre 1814, der hier als Offizier mit der russischen Armee durchkam, vermochte den religiösen Eifer von ehedem bei den Frankisten nicht aufzufrischen. Frank besuchte in Prag die Bekenner des väterlichen Glaubens, die er aus Offenbach kannte, wurde von ihnen sehr gut aufgenommen und mit einer großen Geldsumme beschenkt.[54] Mehr wußte über die Sache aber nicht einmal der Zeitgenosse und Frankistenfreund P. Beer; mit seinen Worten können wir diese Studie beschließen: „So verschwanden mit dem Schauspieler die Bühnenverzierungen, und die Figuranten und Soufleurs verkrochen sich unter die Coulissen. Nichts desto weniger aber wird diese Komödie noch immer im Kleinen fortgespielt. Noch bis jetzt sind die Anhänger Franks und seiner Vorfahren nicht ganz ausgestorben, und die Werbungen dauern, zwar nicht wie vormals en gros, aber doch en detail noch immer fort, wovon das Hauptdepot in Warschau gegenwärtig sich befindet."[55]

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ANMERKUNGEN

EINLEITUNG

[1] Die Literatur über den sog. Sabbatianismus und Frankismus ist sehr groß. Ihren ersten Teil bilden die polemischen Schriften und Traktate der Verfechter und der Gegner der Lehrmeinungen beider Sektenstifter. Ich will daraus nur die Kampfschrift des Prager Rabbiners *Eleazar Flekeles* „Ahabat Dawid" nennen (Prag 1800), scharf zugespitzt gegen die Prager Frankisten. Die erste historische Bearbeitung einer Geschichte der Frankisten finden wir im Werke des aufgeklärten Juden *Peter Beer*, „Geschichte, Lehren und Meinungen aller bestandenen und noch bestehenden religiösen Sekten der Juden und der Geheimlehre oder Kabbalah" (2 Bände, Brünn 1822, 1823); dem Autor wurde später von H. Graetz eine gewisse tendenziöse Einstellung zugunsten der Frankisten zum Vorwurfe gemacht. Es ist richtig, Beer schreibt über Frank und dessen Anhänger nicht mit jener Gehässigkeit wie Flekeles oder die späteren rabbinischen Historiker mit Graetz an der Spitze (Graetz z. B. tadelt an Beer: „Peter Beer hatte aber auch eine Art Vorliebe für die Frankisten; daher ist seine Schilderung von Frank parteiisch und ziemlich rosenfarbig ausgefallen." — Frank und die Frankisten, S. 3); Beer macht aber nirgends den Versuch, Franks Lehre und dessen Anhänger zu verteidigen. Beers Buch, wiewohl von Graetz ziemlich verurteilt, bleibt auch weiterhin eine erstklassige Quelle zur Geschichte des Frankismus in den böhmischen Ländern, denn Beer kannte die Verhältnisse innerhalb des böhmischen Judentums sehr gut, verkehrte persönlich mit einigen Prager Frankisten und war in ihre Familienverhältnisse eingeweiht. Es ist nur natürlich, daß sich Beer als Zeitgenosse Zurückhaltung auferlegte und es vermied, die Namen der ihm bekannten Frankisten zu verraten. — Unter den Historikern, die Frank und dessen Lehre verteidigen, muß hier wenigstens genannt werden *Schenck-Rinck*, dessen Arbeit „Die Polen in Offenbach" (Frankfurt a. M., 1866) in Romantik und Sensation schwelgt und eine Art Apologie von Frank und dessen Lehre darstellt, ähnlich wie in der Belletrie Franks Gestalt glorifiziert wird als ein Muster von Moral von *August Becker* in dem Roman „Des Rabbi Vermächtnis". An der Spitze der rabbinischen antifrankistischen Historiker steht *H. Graetz* mit seiner Schrift „Frank und die Frankisten. Eine Sekten-Geschichte aus der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts" (Breslau 1868); sie ist polemisch zugespitzt sowohl gegen Schenck-Rinck als auch gegen Beer und schildert Frank und dessen Anhänger als Beispiel moralischer Verkommenheit und Unsittlichkeit. Von weiteren grundlegenden Arbeiten über den Frankismus ist zu nennen besonders *F. H. Skimborowicz*, „Żywot, skon i nauka Józefa Franka" (Warschau 1866), *A. Kraushaar*, „Frank i Frankiści polscy 1726—1816" (Krakau 1895), *S. Dubnov*, der die Ergebnisse seiner Spezialarbeiten (Frank und die Sekte der Christianisierenden; Geschichte des Frankismus) in seiner monumentalen „Weltgeschichte des jüdischen Volkes" zusammengefaßt hat, wo sich im VII. Bande, betitelt „Die Geschichte des jüdischen Volkes in der Neuzeit" (Die zweite Hälfte des XVII. und das XVIII. Jahrhundert, Berlin 1928) viel über den Frankismus und dessen Verbreitung findet. Eine ähnliche Übersicht bietet dem Leser Band 10 und 11 der „Geschichte der Juden" von *Graetz* (Leipzig 1896) und die gute Arbeit von *S. A. Horodezky*, „Mystisch-religiöse Strömungen unter den Juden in Polen im 16. bis 18. Jahrhundert" (Leipzig 1914). In dogmatischer Beziehung hat das Bild des frankistischen Sektenwesens in Polen neu beleuchtet, berichtigt und ergänzt der bekannte polnisch-jüdische Historiker *Majer Balaban* in seinen erschöpfenden „Studien und Quellen zur Geschichte der Frankistischen Bewegung in Polen", erschienen in „Livre d'hommage à la mémoire du Dr. Samuel Poznański" zu Frankfurt a. M.; der Autor polemisiert mit Erfolg mit den älteren Behauptungen von Graetz und Kraushaar und macht ihnen zum Vorwurf, das benützte schriftliche Material nicht voll-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

kommen verarbeitet zu haben. — Die weitere Spezialliteratur, die sich schon mehr auf die Verbreitung des Frankismus in Böhmen bezieht, wird im Verlaufe der Darstellung zitiert werden. -- Bei dieser Gelegenheit ist es mir eine angenehme Pflicht, Herrn Dr. T. Jakobovits, Bibliothekar der Israelitischen Kultusgemeinde in Prag, für die mir gewährte Hilfe bei der Orientierung über die ausgedehnte Literatur zum Thema und für die freundliche Beistellung der nötigen Bücher herzlichsten Dank zu sagen.

I.

JAKOB JOSEF FRANK IN BRÜNN

[1] Der Vollständigkeit halber muß hier auf die noch nicht allzulange erschienene Monographie von *Josef Kastein* „Sabbatai Zewi, der Messias von Ismir" (1930) aufmerksam gemacht werden und auf die mehrfache literarische Bearbeitung des sabbatianischen Motivs: auf *Wassermanns* Roman „Die Juden von Zirndorf" (1897), das Drama von *S. Asch* „Schabbssai Zewi" (1908) und den Roman von *Poljakov* „Sabbatai Zwi" (1926).

[2] Zu dem kurzen Lebensbilde Franks wurde die schon früher zitierte Literatur und die bisher unbekannte Anklageschrift des Neophyten Jakob Galinski benützt, die i. J. 1776 der vereinigten böhmisch-österreichischen Hofkanzlei zuging und sich gegen Frank wendet. Die Angaben dieser Anklageschrift ergänzen unsere bisherigen Kenntnisse über Frank und seine Lehre. Zum Beispiel in der Frage über den Geburtsort Franks. Es bestanden darüber nach Franks eigenen Worten Meinungsverschiedenheiten. Galinski schreibt, Frank stamme aus der podolischen Stadt Kurlupke (sic!); das ist eine phonetisch unrichtige Wiedergabe des Ortsnamens Korolówka. Damit ist ein Argument mehr gegen die Verfechter der Anschauung gewonnen, daß Frank aus dem Dorfe Berezanka stammte. Über Galinski und sein Verhältnis zu Frank soll eingehender im Zusammenhang mit dem eigentlichen Aufenthalte Franks in Brünn gehandelt werden.

[3] Galinski schreibt in seiner Anklageschrift gegen Frank, Frank habe sich nach dem Verlassen der Walachei samt seiner Frau und seinem Töchterchen — es war dies wohl seine später so berühmte Tochter und Erbin Eva — in der Stadt Tzerza in der Türkei niedergelassen. Galinski ist jedoch nicht bekannt, daß Frank damals schon Vater von zwei Knaben war, Josef (geb. 1753) und Jakob (geb. 1755).

[4] Nach Galinski war sein vollständiger Name Chacham Jakob Frank. Der Name Chacham bedeutete nach der Erklärung Galinskis soviel wie Rabbiner oder der Weise, der Name Frank aber war die damals allgemein übliche Bezeichnung für eingewanderte Juden in der Türkei. Vgl. auch *Dubnov*, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Bd. VII, S. 195.

[5] Nach Galinski kehrte Frank i. J. 1757 nach Polen zurück.

[6] Der in der Beilage angeschlossene Text der Anklageschrift Galinskis bringt neue Details über die religiösen Anschauungen Franks, wie er sie in der ersten Zeit seiner sektiererischen Wirksamkeit in Polen verkündete.

[7] Der Inhalt und die Einzelheiten der Disputation zu Kamienec Podolski sind aus der bisherigen Literatur gut bekannt — neuerdings aus der bereits zitierten Arbeit Balabans — und ich halte es darum nicht für angezeigt, hier näher darauf einzugehen.

[8] Unser bisher unbekannter Gewährsmann Galinski weiß über diesen Abschnitt im Leben Franks nur sehr wenig. In seiner Anklageschrift erwähnt er bloß kurz die Intervention des Bischofs Dembowski und äußert sich sehr unbestimmt über die Disputation zu Lemberg, zu der er als Franks Parteigänger auch geladen war, aber er nennt das unrichtige Datum 1758. In Lemberg empfing Galinski gemeinsam mit Frank die Taufe; so schreibt er ausdrücklich in seiner Anklageschrift gegen Frank. Hier hat Galinski offenkundig das Gedächtnis bedenklich im Stiche gelassen. Dafür ist seine weitere Nachricht interessant, daß zugunsten Franks in Lemberg unter seinen Gesinnungsgenossen eine große Geldsumme auf-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gebracht wurde und daß Galinski 280 Dukaten beisteuerte. Erst dann bringt Galinski die Nachricht von der Fahrt Franks nach Warschau und von seiner dortigen Wirksamkeit; doch ist ihm dabei das wichtigste entgangen, nämlich Franks Taufe.

[9] *Dubnov*, Weltgeschichte des jüd. Volkes, VII, S. 193; *Graetz*, Geschichte X, S., 334.

[10] Von da an folgt unsere Erzählung fast ausschließlich dem bisher unbenützten amtlichen Material des mährischen Landesguberniums, Sign. F 123, nun im Landesarchiv zu Brünn. Der Direktion dieses Archives danke ich für die gütige leihweise Übersendung dieses Materials nach Prag.

[11] Von diesen Geleitsbriefen oder Pässen hat sich bloß der Paß des österreichischen und des preußischen Gesandten erhalten, während der russische Paß wohl verloren ist. Der Paß, den die Warschauer österreichische Gesandtschaft am 5. März 1773 ausgestellt hat, lautet auf den Handelsmann Josef Frank, sein achtzehngliedriges Geleit und zwei Wagen und berechtigt dessen Inhaber zur Reise von Warschau nach Brünn; allen österreichischen Behörden und militärischen Stellen wurde darin anbefohlen, Frank an der Weiterreise nach Brünn nicht zu hindern. Ähnlich lautete auch der preußische Paß vom 1. März 1773. Auch darin war die Rede von Franks achtzehnköpfigem Gefolge und von den beiden Wagen.

[12] Die Namen der Mitglieder von Franks Gefolge sind aus der genauen Konsignation bekannt, die der Brünner Kreishauptmann von Zollern am 22. März anläßlich Franks Ankunft in Brünn anlegte und dem mährischen Landesgubernium zusandte. Die Namen im Haupttext unserer Studie sind ihrer Form nach genau nach der Zollernschen Konsignation wiedergegeben.

[13] Fuhrmann soll wohl den Kutscherberuf andeuten. Die so eingetragene Person trug wohl keinen anderen Familiennamen.

[14] Aus der bisherigen Literatur erfahren wir, Frank sei wirklich in Wien gewesen und habe sich da als einflußreicher Neophyt in den Wiener Regierungskreisen große Gunst erworben. Um den Wiener Aufenthalt Franks liegt viel Dunkel ausgebreitet. Meist nimmt man an, Frank sei zuerst nach Wien gefahren. Beers Schilderung (Geschichte, Lehren und Meinungen ..., Bd. II, S. 323—324) ist daran schuld, da ihm zufolge Frank sich i. J. 1778 (die späteren Historiker haben dieses Datum auf 1773 richtiggestellt) mit großer Suite aus vielen Personen beiderlei Geschlechts und zahlreichen Rabbinern nach Wien aufgemacht hat und dort in Saus und Braus lebte, so daß es bei der offiziellen Öffentlichkeit sogar Ärgernis erregte, weil man nicht wußte, wo Frank das Geld für den großen Aufwand hernahm, den er in Wien trieb. Er soll daher polizeilich aus Wien ausgewiesen worden sein und sich erst dann nach Brünn zurückgezogen haben, da er in Mähren zahlreiche Gesinnungsgenossen hatte.

[15] Es hatte es bereits am 26. März 1773 getan.

[16] Aus Brünn kehrten nach Warschau zurück: Johann Rosenzweig, Ignatz Breitz, Janick Forish, Jacob Fuhrmann und Francischek Fuhrmann.

[17] Bericht des Brünner Kreishauptmanns Zollern an das Gubernium dd. 8. Juni 1773.

[18] Das Hofdekret enthielt eine kurze Erwähnung über Franks Sektenumtriebe, seine Taufe und seine messianische Lehre, über sein Verhör durch das Warschauer Konsistorium, seine Internierung und über die Abtretung seines Prozesses nach Rom.

[19] Zollerns Bericht vom 8. Juni 1773.

[20] Der Bericht des mährischen Landesguberniums schilderte diese proselytenmacherische Tätigkeit Franks mit den Worten: „Er hat hierlands eine und andere jüdische Familien bereits zur Erkanntnuß des wahren Glaubens gebracht, doch ermeßt er sich nicht, selbe auch in dem Glauben zu unterrichten, sondern er weiset den überführten Juden der Unterrichtung halber zu dem Pfarrer oder sonst zu einem Ordensgeistlichen an."

[21] Es war wohl irgendein mährisches Mitglied seines Gefolges.

[22] *S. H. Lieben*, Rabbi Eleazar Flekeles (Jahrbuch der Jüd. Lit. Gesellschaft, X, Frankfurt a. M., 1912), S. 18.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

23 Von Franks Absicht, seine Verräter zu vernichten, schreibt auch Graetz (Frank und die Frankisten, S. 68).

24 Die Anklageschrift Galinskis, eine wertvolle und bisher unbekannte Quelle zu Franks Lebensgeschichte, ist in ihrem Wortlaut dieser Studie angeschlossen als *Beilage Nr. I.*

25 Datum praes. 27. September 1776.

26 P. Beer schildert eine solche Ausfahrt (Geschichte, Lehren und Meinungen, II, S. 324) mit den Worten: „Wenn er ausfuhr, welches fast täglich Nachmittags, zur Verrichtung des Gebets außerhalb der Stadt, auf freiem Felde geschah, umgaben seinen mit sehr prächtigen Pferden bespannten kostbaren Wagen zehn bis zwölf vom Golde strotzende, grün und roth nach Ulahnenart gekleidete Reiter mit Picken, an deren Spitzen sich vergoldete Adler, Hirsche oder Sonnen und Monde befanden. Dem Wagen folgte immer ein auf einem prächtigen, mit vielen Schellen behangenen Rosse sitzender Reiter, der einen mit Wasser gefüllten und am Ende mit einer Art von Gießkanne versehenen Schlauch mit sich führte und nach beendigtem Gebete das Wasser auf der Stelle, wo das Gebet verrichtet wurde, auslaufen ließ. Der Zweck dieser Ceremonie ist unbekannt, da sie weder in der jüdischen noch christlichen oder muhametanischen Religion gegründet ist und selbst in dem Sohar keine Spur davon sich auffinden läßt."

II.

DIE FRANKISTEN IN PRAG UND IHRE VERFOLGUNG UM 1800

1 Geschichte der Juden, X, S. 489.

2 An der Neige seines Lebens befreundete sich Chajon mit dem Christentum; sein Sohn ist dazu übergetreten.

3 Mit Kamenkers Aufenthalt in Prag hängt wahrscheinlich die Verbreitung einer geheimen kabbalistischen Handschrift aus Prag zusammen; Graetz (Geschichte der Juden, X, S. 335) schreibt darüber: „Von Prag aus wurde in derselben Zeit eine scheinbar kabbalistische Schrift verbreitet, welche an Blödsinn, Verkehrtheit und Gotteslästerung kaum ihresgleichen haben dürfte; die alleruntlätigsten Dinge werden darin in talmudischen und soharistischen Redewendungen mit der Gottheit in Verbindung gebracht." Der Titel der Schrift war „Wa-abo ha-Jom el ha-Ajim." In Prag wurde damals behauptet, ihr Autor sei gar Jonathan Eibeschütz.

4 Der Text des Anathems ist aus dessen zweiter Publikation im Herbste 1800 bekannt, als unter der Führung von Flekeles in Prag zum zweitenmal die Franksche Lehre verdammt wurde, was den Gläubigen in den Synagogen verlesen und durch öffentliche Anschläge an den Synagogentüren kundgemacht wurde. Bei der Verfluchung des Frankismus beriefen sich Flekeles und dessen Helfer auf die ältere Verfluchung des Sabbatianismus v. J. 1726; darum erscheint auf der Kundmachung an erster Stelle der Text des Anathems v. J. 1726 abgedruckt, und erst dann folgt die neuerliche Verfluchung. Der Text des Anathems v. J. 1726, im Jahre 1800 von dem Prager Verteidiger der Frankisten Hönig von Hönigsberg ins Deutsche übersetzt, lautete:

„Bekandmachung im Jahr 5486 in allen hiesigen Synagogen am Versöhnungstage vor Anfangs der ersten Gebetsformel Kol Nidree, wann es eben die Zeit heischt, daß jeder seine Handlungen untersuche, sein Herz von allem Fehl reinige und Vergebung und Ablaß vom Ewigen seinem Gotte erflehe. Dann soll jener, der etwa in diesem Frewel-Netze (wovon ferners hier gesprochen wird) ganz oder zum Theil verstrickt wäre, bei Vernehmung dieser Fluchrede überdenken, sein Herz von dieser Ketzerei reinigen, das Verflossene mit Ernst bereuen und zu Gott und seiner Lehre sich bekehren, auf daß er von jener harten zeitlichen und ewigen Strafe als von allen hier verhengte Flüche und Verwünschungen gerettet werde.

Vor den Augen unserer Glaubensgenossen!

In Nahmen unseres allmächtigen Gottes!

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Erhöben wir das Panier!

Mit großem Schrecken haben wir die Nachricht vernohmen, daß sich Volks-Verführer aufgemacht, die wie giftige Schlangen und Ottern im Finstern herumschleichen, die Kinder Israel bethören, der zwischen Israel und ihren himlischen Vater Zwietracht anrichtende Verführerei des Schabthaj Zby (zermalmet ward sein Gebein) Glauben beizumessen, welcher an der Mosaischen Religion sich vergriffen, dann die Mahamudanische angenommen und so ohne Rückkehr zu Schanden gegangen, ohne Zweifel ist der in der tiefsten Helle gefahren zur Strafe und Verdammung für und für. Wie man auch in Frankfurt a. M. bei einem, nahmens M. Kamnika (Onkel des Jacob Frank), verschiedene wider Gott und seiner Lehre liegenhaft, lästerliche Schriften gefunden, wo auch die Weisen unseres Zeitalters den Unfug Einhalt gethan, demnach selbe in ebräischer Versammlung verordnet, daß jeder nur genannte Israelit von diesem Religions-Vertauscher S(abbatai) Z(ewi), so wohl als auch von dessen Bundesgenossen und Anhängern abgesondert und entfernt bleiben, jene Rotte hingegen keinesweegs stitzen oder nur im mindesten begünstigen soll etc. etc.

Da wir Endes Gefertigte bedenklich sind, daß nicht in unsern nahen oder entfernten Ländern ein Individuum gebe, welches etwa von dennen laster- und frewelvollen Menschen sich verleuten ließe, jede ihrer Heuchelei nur Gehör gäbe, oder ihre prahlerische Worte traue, daß auch große Weisen Mitglieder des allverderbenden Mannes seien, und so manche Liegen erdichten, Menschen zu verleuten, diesen hinkenden Hirschen, diesen krepirten Hund S(abbatai) Z(ewi) (sein Geist verhauche, sein Nahmen werde vertillget) nachzuwandlen.

Daher diese große lehrreiche Verkündigung, daß der Glaube an den Bösewicht S(abbatai) Z(ewi) grundfalsch, von sindhafte Menschen erlogen, der ihm Glaubende ein Gottesleugner sei. So eben ists große Pflicht, daß jeder Israelit diese Schlinge aus dem Weeg räumen und diese Boßheit möglichst von der Erde hinwegschaffen soll, damit solches Uibel innerhalb unserer Gränze nicht mehr existire und daß Gemengsel von Seegen und Fluch abgethan, dann unsere P(e)ripherie heilig bleibe. Diese an S(abbatai) Z(ewi) Gläubende werden mit allen jenen in der Heiligen Schrift ausgesprochene Flüche und Verwünschungen behaftet, kinderlos sollen sie werden und kinderlos dahinsterben, sie und ihr Saame werde ausgerottet, es seie denn, sie ließen gänzlich ab, büßen fürs Übertrettene und so sich bekehren.

Wir hoffen, daß jeder Israelit, der unsere zur Ehre Gottes redende Stimme vernimt, eifrigst diese Dornen aus Gottes Weinberge reimen, sich aufrichtig bekehren, vereint mit geeinigtem Herzen der Lehre und Furcht Gottes anhängen wird.

Die zum Herrn harren, dessen Kräfte erneuern und die in der Schrift gedachte Segnungen ruhen auf sie. Amen.

Prag 5486 zur Erschaffung der Welt.

Representanten der Gemeinde:
Isaak Lobositz
Joseph Bindels
Simon Jeitteles
Jekel Lichtenstadt
Moises Ginsburg
Jakob Hamburger
Moses Schittenhofen
Ascher Osers
Wolf Fried
Abraham Presburg
Aron B. Wehle

Prediger und Oberjuristen der Gemeinde:
Jonathan Eibeschitz
Isaak Ofen
Samuel Spira
Simcha Popper
Abraham Posselberg
Mandl Bunzel."

Den hebräischen Originaltext des Anathems siehe auf der *photographischen Beilage*. Diese Verfluchung hatte Rabbi Eleazar Flekeles im Sinne, als er in seinen antifrankistischen Predigten der älteren Verurteilung des Sabbatianismus gedachte. Vgl. *Lieben*, Rabbi Eleazar Flekeles, S. 19.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[5] *Lieben*, Flekeles, S. 18.

[6] Das eigentliche Protokoll trägt die Bezeichnung: „Protokoll, aufgenommen vom Rabbinate zu Fürth am 24. und 25. November 1800, entsprechend dem 7. und 8. Kislew 5561 a. m." Es erliegt jetzt im Archiv der Prager israelitischen Kultusgemeinde. Ich danke hier dem Herrn Archivar der Prager israelitischen Kultusgemeinde Dr. S. Adler, daß er es mir bereitwilligst vorgelegt hat.

[7] Auf diese Erinnerungen machte erstmalig Dr. Stein aus Prag aufmerksam, der sie im Familienarchiv der Porges von Portheim zu Wien noch bei Lebzeiten des Moses Porges entdeckte und darüber i. J. 1868 in der Zeitschrift „Achwa" (S. 155—160) berichtete. Neu und kritisch herausgegeben wurden diese Erinnerungen mit einer Einleitung von *N. M. Gelber* unter dem Titel „Die Erinnerungen von Moses Porges über den Frankistenhof in Offenbach" (Historische Schriften d. Jüd. Wissensch. Instituts I, 1929).

[8] Die anonyme Anzeige ist weiter unten abgedruckt als *Beilage II.* — Ihr Original erliegt im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag unter den Akten aus dem Präsidium der Prager Stadthauptmannschaft (PP) v. J. 1800. Den Akt samt den übrigen auf uns gekommenen Schriften über die Prager Frankistenverfolgung v. J. 1800 fand Herr Obersektionsrat Dr. Josef Dostál auf, der sie mir bereitwillig zur Bearbeitung überließ; es gebührt ihm hierfür mein herzlichster Dank.

[9] Der Anonymus irrte sich sehr, wenn er behauptete, Frank habe den Namen Frank erst in Brünn zu gebrauchen angefangen und er sei unter dem Eindruck der französischen Revolution angenommen worden. Ebenso irrig ist die Behauptung des Anonymus, die Anziehungskraft des revolutionären Frankreich habe Frank zur Übersiedlung nach Offenbach bewogen.

[10] Ihr Verzeichnis liegt der Anzeige als besondere Beilage bei.

[11] Höchstwahrscheinlich ist dies Löw Enoch Hönig von Hönigsberg, der spätere unermüdliche Sprecher der antirabbinischen Opposition.

[12] In der Anklageschrift, die am 9. November 1800 Hönig beim Prager Polizeikommissär Patzelt einbrachte, worin er die Rabbiner religiöser Vergewaltigung und Terrors beschuldigte und die Stadthauptmannschaft um Hilfe gegen sie anrief. Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, PP. v. J. 1800.

[13] Schon dieser Ausspruch stellt uns Hönig und Wehle als Anhänger der antitalmudistischen Richtung vor; ein Schößling dieser Richtung war auch der Frankismus.

[14] An diesen Angaben Hönigs und ihrer Glaubwürdigkeit ist kein Anlaß zu zweifeln; sie stammen von einem Manne, der in regem, vertrautem Verkehr mit der Familie Wehle stand, in die er eingeheiratet hatte.

[15] Den Namen dieses Dresdner Wehle-Schülers kennen wir in zwei Versionen. Im Fürther Protokolle mit den Gebrüdern Porges heißt er Jonessen, deutsch Jonas Ewinger, während ihn Moses Porges in seinen Erinnerungen als Jonas Hofsinger bezeichnet.

[16] Der Anonymus B. nennt ihn nicht mit Namen. Im Verzeichnis der Jitschiner Juden v. J. 1799 habe ich jedoch keinen Wehle aufgefunden.

[17] Über die Familienverhältnisse bei Porges vgl. die bereits zitierte Edition der Erinnerungen des Moses Porges von Gelber. Der Verfasser der Erinnerungen (d. i. Moses Porges) spricht auch von einem Aufenthalt Franks in Mähren, aber sehr unbestimmt. So verwechselt er z. B. Franks Aufenthalt in Brünn mit dessen Aufenthalt in Proßnitz, wohin Frank i. J. 1776 gekommen sein soll. Interessant ist auch seine Nachricht, daß im November 1781 Frank vom Kaiser Josef II. und von dem russischen Großfürsten Paul besucht worden sei und daß Josef einige Male mit Eva Frank zusammengetroffen sei. Das Detail bei Graetz (Frank und die Frankisten) über ein vertrauteres Verhältnis zwischen Josef II. und Eva halte ich für unwahrscheinlich.

[18] Ich danke hier dem Herrn Bibliothekar der Prager israelitischen Kultusgemeinde Dr. Tobias Jakobovits für die gütige Vorlesung dieser in hebräischen Schriftzeichen gedruckten Erinnerungen von Porges.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[19] Ist es nicht derselbe Jude, der zwei Jahre später Gast der Familie Wehle zu Prag war?

[20] Der Anonymus B. informierte i. J. 1799 die Polizei auch über die Reise von Wehles Söhnen, doch führte diese über Berlin nach Nancy in Lothringen. Über die Ankunft dreier Geschwister Wehle in Offenbach sagten auch die beiden Porges bei ihrem Novemberverhör zu Fürth i. J. 1800 aus.

[21] *Back*, S. 192.

[22] Bei ihrer Einvernahme zu Fürth am 24. November 1800 sagten dem erhaltenen Protokolle zufolge die beiden Porges aus: „Am unsern Versöhnungstag A. 560, i. e. Anno 1800 hat der Ruach unerlaubte Gesez- und Menschen widrige Dinge begangen, drei Weibspersonen, worunter die Mendel Jitschins Tochter müssen bei ihm mit allerhand Ceremonien und Vorbereitungen vortreten und in seinem Zimmer bleiben. Die drei Jungen haben müssen mit blosen Gewehr vor der Thür Wache stehen, wobei allerley Unzucht und unbeschreibliche böse Dinge verübet worden, mit der Vorgebung, daß ihm prophetischerweise gesagt worden wäre, so zu thun, damit sie von die üble Schicksals des selbige Jahres befreyet seyn werden. Die Tochter des Mendel Jitschins schrieb hernach an ihren Vater, wie äußerst glücklich sie war, daß sie hierzu gewählt worden," *Back*, S. 192.

[23] Über die Praktiken, die mit ihm die Nachfolger Franks trieben, sagten die Gebrüder Porges in Fürth aus: „An unsere Fastnacht gab er wegen Leibesauslösung vieles Geld, so eben an die Ostern wegen das Ostern-Lamm. An Sabbath haben sie ihm sein Bart abgeschnitten, dafür hat er eben viel Geld geben müssen. Alles Gold und Silber, so er dahin gebracht, hat er müssen an die Goldschmiede verkaufen, auch Banco-Zetteln, dann eine Obligation von 2000 fl. so er mitbrachte hat er in Beysein diese 2 Kinder von Gabriel Porges, welche mit ihm gegangen sind, bey Herrn Gundard in Frankfurth versetzen müssen, bey welcher Gelegenheit ihm auch die hiesige Herren Königswarther getroffen und gesprochen haben." *Back*, S. 233.

[24] Von Zerkowitz' Reisen nach Deutschland wußte auch unser Anonymus B. und schrieb darüber in seiner Anzeige.

[25] Den Text dieses „roten Flugblattes", das unter der gesamten europäischen Judenschaft riesige Erregung hervorrief, hat P. Beer im 2. Bande seiner „Geschichte, Lehren und Meinungen ..." auf S. 329 ff. abgedruckt. Nach Graetz ist dieses Flugblatt von Beer selbst ins Deutsche übersetzt worden. Schon diese Behauptung von Graetz genügt für den Nachweis, daß Beer dem damaligen jüdischen Sektenwesen nicht ganz ablehnend gegenüberstand.

[26] *Back*, S. 191.

[27] Darüber sind wir aus dem Einreichungsprotokoll des böhmischen Guberniums unterrichtet. Das eigentliche Aktenmaterial ist jedoch leider verschollen. Im Protokoll lesen wir unter G. Zl. 781 vom 31. Mai 1800 diesen bemerkenswerten ausführlichen Eintrag: „Prager Magistrat zeiget an, daß die jüdischen Gebrüder *Moyses und Juda* (also keineswegs Löw!) *Borges*, zweit- und drittgebohrne Söhne des prager jüdischen Brandweinhändlers Gabriell Lippmann Borges nach Offenbach zu dem dort neu errichteten Klubb oder Gesellschaft, Schapselzwy genannt, ausgewandert sind, und sich dermal, dem sicheren Vernehmen nach, von Offenbach, nebst einigen mitgenommenen Gesellschaftsurkunden entfernt, und nach Drosau im Klattauer Kreise begeben haben. Der Magistrat bittet daher dem Klattauer, und, da auch im elbogener Kreise die Ortschaften Ober- und Unterdrosau liegen, zugleich auch dem elbogener Kreisamte aufzutragen, die Verfügung zu treffen, damit die gedachten jüdischen Gebrüder in Drosau, oder wo sie sich sonst in der dortigen Nachbarschaft etwa aufhalten, aufgesuchet, gehoben und samt allen bei sich habenden Schriften, welche in Beschlag zu nehmen, und zu versiegeln wären, mittels sicheren Schubes an den Magistrat, nach vorläufig mit ihnen aufgenommenen summarischen Verhör über ihre Auswanderung und Geschäfte zu Offenbach und Drosau, befördert werden möchten." Das Präsidium des Landesguberniums forderte den Klattauer und Elbogner Kreishauptmann auf, die beantragten Nach-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

forschungen aufzunehmen. Zuerst antwortete der Elbogener Kreishauptmann (die Antwort langte beim Gubernialpräsidium am 11. Juni 1800 ein, Zl. 851), und zwar negativ. Ebenso verneinend fiel auch etwas später der Bericht des Klattauer Kreishauptmannes aus, in Drosau seien keine Gebrüder Porges aus Prag eingetroffen. — Auch unsere Nachforschungen in der alten Registratur des Prager Magistrates verliefen negativ, so daß wir uns mit der Eintragung im Einreichungsprotokoll des Landespräsidium begnügen müssen.

28 Der Anonymus B. schreibt über diese Verbindung: „Auch gehen alle Wochen von hier nach Kollin mit denen jüdischen Fuhrleuten die Menschen und Waren alle Woche von daher nach Prag, und von Prag nach Kollin führen ein verwahrtes wohlverschlossenes Kästchen mit, welches die hiesige Gesellschaft an einen gewissen Lichtenberg senden."

29 In der Familie Porges war z. B. ein Sohn Doktor der Medizin.

30 Vgl. *S. H. Lieben*, Rabbi Eleazar Flekeles (Jahrbuch der Jüd. Literarischen Gesellschaft, Jg. X, 1912).

31 Zur näheren Zeitbestimmung der Flekelesschen Predigten zitiere ich hier einen Satz aus der bereits genannten Studie von *Lieben* über Flekeles (S. 19): „Die erste Derascha hielt er am 1. der Selichoth-Tage 5559 in der Neuschul, die zweite am 7. Tischri 5560 in der Meiselschul, die dritte am Rüsttag des Neumondes Schewat in der Klaussynagoge."

32 Fischers Druckbewilligung ist gleich neben der Titelseite in Flekeles' Buch eingedruckt; sie lautet: „Praesentem concionem sub titulo *Ahavas David*, quam contra Cabbalâ abutentes, et sectatores Pseudo-Messiae, Schabtei Zwi vulgo Schabsel Zwi dicti, recitavit eruditione juxta ac editis scriptis clarus Rabbinus Eleasar Flekeles, aliquando Kogeteinae in Moravia Archisynagogus, nunc Synedrii Pragensis Assessor, omnino dignam iudico, ut typis excudatur.

Pragae, 8va Maji 1800. Carolus Fischer."

33 Hier fügte Hönig eine Erklärung für den Polizeikommissär bei: „Dieß sind Auszüge moralischen und theologischen Inhalts aus dem Talmud, mit Weglassung alles desjenigen, was juristischen und polemischen Inhalts ist."

34 Es sind durchwegs Beschuldigungen der gleichen Art, wie sie vor 40 Jahren in Polen gegen die umsichgreifende Lehre Franks erhoben wurden und für die es nur teilweise Beweise gab. In den Predigten von Flekeles gewannen diese frankistenfeindlichen Argumente neues Leben. Hönig übersetzte die Stelle mit den Worten: „Diese Menschen sind ärger und weit gottloser als alle Bösewichter und Verbrecher, die je existirt haben, seit die Welt steht bis itzt. Ich will nur ein Theil ihrer bösen und gottlosen, schändlichen Thaten erzählen, nur ein Theil erzählen, was diese unreine Brut ausübt, was selbst zwischen die Wilden und rohesten Barbaren unerhört ist. Es existirt bei ihnen ein Geheimnis, daß es gut sei, Onanie zu treiben und mit dem ausgelassenen Samenfluß den ganzen Körper zu beschmieren. Dieß sei eine sehr wohlgefällige Handlung, die sie auch wirklich ausüben. Ferner sei es eine sehr gute That, welche sehr anzuempfehlen, seines Nächstens Weib in Beisein von zehn Person(en) zu beschlafen, — und so mehrere Abscheulichkeiten und Unzucht, als z. B. mit Mannspersonen und selbst mit Vieh Unzucht zu treiben, und so mehrere boshafte, gräuliche, thörichte und unmenschliche Handlungen. Sie beten Götzen an, sie befragen Zauberer, ja sie selbst sind in geheimen Künsten erfahren und treiben Zauberei, sind äußerst ausschweifend in Unzucht, sie zaubern, sie huren, sie sind geil . . ."

35 Vgl. S. 394, Anm. Nr. 4.

36 Zu diesem dritten Hirten „unreinen Geistes" erachteten es die Oberjuristen für nötig, in der Klammer eine nähere Erklärung hinzuzufügen, welche von ihrem uns schon bekannten Gegner Hönig von Hönigsberg deutsch mit den Worten interpretiert wurde: „welcher vormals die christliche Religion angenommen, nachher aber bezeigt wurde, daß er nicht dessen Gesetze befolgt, sondern zu seinem von selbst erdichteten Frewel-Glauben verleutet und verführt, dann ward er in der Festung Czenstochow in Verhaft genommen, also er sas, bis daß die Russen nach-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

her die Festung erobert und ihn los gelassen, von damals auch haben sich zu ihm lerre und tolle Menschen vergesellschaftet."

[37] Der Hauptteil unserer Nachrichten ist aus den Resten der Registratur der ehemaligen Prager Stadthauptmannschaft geschöpft, jetzt im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag (Fonds PP). Und das ist auch die einzige amtliche Quelle von Nachrichten zu den religiösen Unruhen im Prager Ghetto vom Jahre 1800. Alle hier erhaltenen Akten sind Beilagen zu dem Gesamtbericht der Stadthauptmannschaft an das böhmische Landesgubernium vom 15. Jänner 1801, der jedoch aus uns unbekannten Gründen nicht abgesandt wurde und in der Registratur bei der Stadthauptmannschaft verblieb. Leider sind bei diesem Akt nicht alle Beilagen verblieben — es müssen mindestens 34 Stück gewesen sein; nur ein kleinerer Teil ist erhalten. Zu welchem Zwecke diese Beilagen ausgehoben wurden und wohin sie gegangen sind, ist mir nicht gelungen festzustellen. In den übrigen Beständen, auch in jenen, welche mit den Akten der Prager Stadthauptmannschaft korrespondierten, findet sich keine Spur von den Prager jüdischen Unruhen. Es ist sehr sonderbar, daß sich z. B. in der Registratur des böhmischen Gubernialpräsidiums in musterhafter Ordnung die Akten über einen verhältnismäßig belanglosen Vorfall gegen den Koliner Frankisten Veit Lichtenberger erhalten haben und daß sich dortselbst über die viel gewaltigeren Prager Ereignisse auch nicht ein Wort findet, ja daß sich nicht einmal in dem Geschäftsprotokoll des Gubernialpräsidiums eine Spur von einer Untersuchung über die Prager Unruhen zeigt. Ich halte dafür, daß die Prager Unruhen von irgendeiner besonderen Kommission, die wohl beim Gubernium errichtet war, untersucht wurden und daß diese Kommission ihre eigene Registratur hatte, die entweder verloren gegangen oder später anderen späteren Akten über die böhmische Judenschaft einverleibt wurde. Aber auch so sind die Reste der erhaltenen Polizeiakten eine sehr wertvolle Quelle, wenngleich sie dem Historiker nicht alles aufzuklären vermögen, was er gern aufgeklärt wüßte, da sie keine tragfähige Achse zur Aufreihung der zeitlichen Abfolge der Ereignisse darbieten. Am wichtigsten darunter ist unstreitig das Protokoll über das Verhör der verhafteten Teilnehmer an den Oktoberunruhen, ferner die uns bereits bekannte Eingabe des Anonymus B. und eine zweite anonyme Eingabe, die unmittelbar nach den Unruhen niedergeschrieben ist, und schließlich die große Anklageschrift Enoch Hönigs von Hönigsberg gegen die Prager Rabbiner, besonders gegen Flekeles und Landau als Urheber aller unseliger Vorfälle im Prager Ghetto. Diese Anklageschrift Hönigs, die 32 dichtbeschriebene Seiten in Großformat umfaßt, strotzt zwar von unversöhnlichem Hasse gegen die Rabbiner, über die sie die allerschlimmsten Dinge berichtet, aber soweit man ihre sachlichen Angaben mit den amtlichen Erhebungen konfrontieren kann, ist sie eine völlig glaubwürdige Quelle, was wir übrigens später an konkreten Beispielen beweisen werden.

[38] Bis hierher nach den Angaben Hönigs von Hönigsberg. Die weitere Schilderung der Vorfälle beim Begräbnis ist nach der Relation des Polizeibeamten und nach den Angaben Hönigs niedergeschrieben, die sich sachlich fast decken, was sicherlich ein gutes Zeugnis für die Glaubwürdigkeit von Hönigs Aussagen ist.

[39] Niedergeschrieben nach der Beschwerde des Lowotitz an die Prager Judenvorsteher dd. 11. Oktober 1800. Die Angaben von Lowotitz stimmen mit der Nachricht in der Anzeige des ungenannten aufgeklärten Juden vom 15. Oktober 1800, von der noch später die Rede sein wird, überein.

[40] Ihr Titel lautet: „Schriftliche Meinung aus Gelegenheit jener mit Jakob Tritsch, Sara Hokin und Rosel Tritsch wegen der vom erstern in der Altneuschule — von den beiden letzteren auf öffentlicher Gasse verübten Excessen und wider Juditha Franklin ausgestoßenen Beschimpfungen und Flüche — am 12ten October 1800 angefangenen und am 29ten c. m. d. a. beendigten Untersuchung."

[41] Vgl. *Beilage Nr. III.*

[42] David Friedländer (1750—1834), deutsch-jüdischer Schriftsteller und eifriger Mitarbeiter am Werke der jüdischen Aufklärung im Geiste der Grundsätze

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Mendelssohns. Zugunsten der geistigen Wiedergeburt des Judentums war er besonders auf dem Gebiete des Schulwesens tätig (i. J. 1778 errichtete er in Berlin die erste „Jüdische Freischule – Chimuch Nearim"); hier kämpfte er gegen die veralteten Methoden der jüdischen Schulen an. Er stand an der Wiege des „Vereins der Freunde der hebräischen Sprache" (Chebrath dorsche leschon eber) i. J. 1783 zu Berlin und der von ihm herausgegebenen Zeitschrift, gewöhnlich „Der Sammler" genannt (Measeff), mit deren Hilfe auf eine umfassende geistige Emporhebung der Judenschaft hingearbeitet werden und gegen dessen jüdische Widersacher gekämpft werden sollte, die man besonders in den Reihen der Rabbiner suchte. Er polemisierte u. a. auch mit Flekeles in der Broschüre „Schreiben an meine Mitbrüder in Deutschland", gegen seinen Widerstand gegen die Übersetzung hebräischer Gebete ins Deutsche (Olat Zibbur) und warb immer und überall eifrig für die Ideen Mendelssohns.

[43] Die Zuschrift wurde vom Untersuchungskommissär Patzelt konzipiert.

[44] Unterzeichnet hatten: Markus Salomon Eydlitz, Wolf Moscheles, Michael Jurist und Markus Dormitzer.

[45] Er lautete: „Die Pflichten der Gemeindevorsteher sind, wo es nöthig ist, vertreten, in ihrem Namen sprechen, die Gerechtsame der Gemeinde vertheidigen, für die Verpflegung der armen Juden zu sorgen, die zu den Gemeindeauslagen bestimmten Beiträge einheben, wenn es in unvorhergesehenen Fällen um eine neue Gemeindeauslage zu thun ist, sich an den Magistrat wenden, und überhaupt alles dasjenige besorgen, und handhaben, was zum Wohl der Gemeinde abzielt. Bei diesen und allen Gemeindegeschäften und Rechnungen soll nur die deutsche Sprache gebraucht werden.

Von den Gemeindevorstehern haben in Amtsgelegenheiten Einer für Alle, und Alle für einen zu haften, sie können daher ihre Amtsgeschäfte, wie es ihnen gut dünkt, unter sich vertheilen, oder in Besorgung derselben unter sich abwechseln."

[46] Nach *Lieben:* 23. Cheschwan 5561.

[47] Bei dieser Gelegenheit äußert Hönig seinen besonderen Wunsch: „Ich hätte eine Freude, wenn sie diese Schriften lesen möchten."

[48] Hier könnte man an die bereits erwähnte Zerrüttung in der Ehe des Simon Porges erinnern.

[49] Hier hört man aus den Argumentationen der Polizei die von uns bereits näher ausgeführten Anschauungen Hönigs heraus.

[50] Vielleicht wurde an das Gubernium ein anderer Bericht abgesandt, dessen Konzept sich in der Polizeiregistratur nicht erhalten hat.

[51] Das würde die Vermutung bestätigen, daß der ganze Fragenkomplex um die religiösen Unruhen im Prager Ghetto von einer besonderen Gubernialkommission untersucht wurde, deren Akten vorläufig verschollen sind.

[52] „Aufgefundene Aktenstücke zur Geschichte der Frankisten in Offenbach." (Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judenthums, 1877, S. 410–420.)

[53] Vgl. sein Schreiben an die Prager Stadthauptmannschaft vom 10. Feber 1801. Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, PG 1801, Fasz. 7, Zl. 316.

[54] *Beer,* Geschichte, Lehren und Meinungen . . ., Bd. II, S. 339.

[55] Ebendort, S. 340. – In seiner weiteren Erzählung erwähnt Beer einen gewissen begabten Jüngling D. (nach einer gleichzeitigen handschriftlichen Bemerkung in dem Exemplar von Beers Werk in der Prager Universitätsbibliothek hieß er Dembitz, soll aus Preßburg [Bratislava] gestammt haben und später Doktor der Medizin gewesen sein), der in Prag Medizin studierte und hier in die frankistischen Netze gelockt wurde. Beer kannte ihn persönlich und bemerkte an ihm plötzlich eine seltsame Veränderung, er zog sich mit einemmale von Welt und Gesellschaft zurück, verließ seine Studien und suchte unverhofft ein verlorenes Dörflein am Fuße des Riesengebirges auf, „wo er von einem Hierophanten in diese Mysterien eingeweihet wurde, und soll sich gegenwärtig, unbekannt ob als Lehrling noch oder als Lehrer schon in Warschau aufhalten."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Anklageschrift des Neophyten Jakob Galinski gegen Jakob Josef Frank v. J. 1776.

Allerdurchleuchtigste, Groszmächtigste Römische Kaiserin, Apostolische zu Hungarn, Böheim, Gallizien und Lodomerien Königin, Erzherzogin zu Österreich etc.

Allergnädigste Kaiserin, Königin, Erblandesfürstin und Frau Frau!

Eurer Kais. Königl. Apostol. Majestät allerhöchst- und allergerechtesten Gnadenthron in tiefester Ehrfurcht allerunterthänigst allergehorsamst vorstellig zu machen, wie dasz ich ein Allerhöchstdero Unterthan in Glina, 4 Meilen von Lemberg, gebohren und erzogen bin, und dasz ich auch in besagten Ort Juden-Rabiner war. Nun trug es sich zu, dasz im Jahr 1757 einer namens Jacob Frank (so war auch sein Name, bevor er sich taufen liesz) unter dem Schein ein Neophit, in Brünn wohnhaft, welcher der Sohn eines jüdischen Schulmeisters und in der Stadt Kurlupke in Podolien gebohren und erzogen worden. Dieweilen aber sein Vater besagter Schulmeister, von dem die dortige Judenschaft entdeckte, dasz er der Sect Sabatha Zabi zugethan war, aus der Gemeinde verstoszen und vertrieben worden, so hat er sich sammt seinem Sohne Jacob in der Wallachey seszhaft gemacht, woselbst er, Jacob, geheyrathet, und sich mit Weib und Tochter, die dazumahlen klein war, und dermalen bei ihm in Brünn ist, nacher Tzerza in die Türkei begeben und sich alldort dem Machometanischen Glauben (wie es viele von der Sabathianer Sect zu thun pflegen) zubekent hat. Eine kurze Zeit darauf wurde der Name des besagten Jacobs mit einem Vor- und Nachnahmen als *Chacham Jacob Frank* unter alle Sabathianer ausgebreitet. Das Wort *Chacham* will nach Art der türkischen Juden „Rabiner" oder „Weiser" heiszen, der zugelegte Namen *Frank* ist der allgemeine Name der türkischen Juden, die sich Franken nennen. Mit vollem Erstaunen wurde besagte Sect (worunter, ich bekenne es zu meiner gröszten Schande, auch ich war) erfreut. „Wie?" hiesz es, „Jacob Karlupke ist gelehrt?" — „Ja, nicht nur gelehrt, sondern der Geist des Herrn Sabath Zabi selbst belebt ihn; er ist nicht nur weise und gelehrt, er wirkt auch Wunder."

Im Anfangs berührten 1757ten Jahr kam besagter Jacob Frank nach Pohlen und schrieb an alle Gläubiger gedachter Sect, dasz sie alle nacher Postivane unter dem Kirchspiel des Bischofs von Kamienez zusammen kommen sollten, woselbst er ihnen die Geheimnisse ihrer Sabathianischen Religion gründlich entdecken würde; nur ich, weil wider mich kein Schein, dasz ich auch dieser Sect zugethan wäre, jemals ist entdeckt worden, sollte dieser Zusammenkunft nicht beiwohnen, damit ich noch ferner verschwiegen bleiben möge, und den Widerstand der Juden hintergehen und ausforschen könne; es wurde mir aber von allem genaue Nachricht ertheilt.

Die Zusammenkunft geschahe, wie besagt, und Jacob Frank predigte, „dasz der Herr König Sabatha Zabi den Glauben der Ismaliter hat durchpassiren müssen; der Gott Barachiah muszte auch diesen Glauben durchpassiren, aber ich Jacob, der die Vollkommenheit von allen ist, musz den Nazarenischen Glauben durchpassiren, dann Jesus von Nazareth ware die Haut oder die Schale von der Frucht, zugleich ist dessen Ankunft nur darum gestattet worden, damit derselbe den Weg des wahren Messias bahnen möge" (diese Worte brauchen grosze Auslegung, und müszte die ganze cabalistische Lehre aus dem Author Sohar extrahirt und translatirt werden), „mithin müssen wir pro forma diese Nazarenische Religion antreten, die Religion vor den Augen der Christen ehrlich halten, damit wir zeigen, dasz wir die Religion ehrlicher halten als die Christen selbst; dahero müssen wir ganz fromm leben; heirathen aber dürfen wir keine von ihnen, auch keine Hure von denselben genieszen; denn obwohl der heilige Herr Barachiah gesprochen hat: „Gebenedeit ist der, der alle verbotene Sachen erlaubet hat", so sprach er doch: „Die Tochter

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

eines fremden Gottes ist verboten"; man hat sich dahero auf keine Weis mit einer andern Nation zu vermischen; und wenn wir uns auch zum Christenthum bekennen, die vorgeschriebene Gesetze des Christenthums beobachten, so müssen wir keineswegs aus unsern Herzen die drei Knöpf des Glaubens unserer Herrn Könige Sabatha Zabi, Barachiah und Chacham Jacob Frank, die Vollkommenheit aller andern, vergessen."

Es entstand zur selben Zeit eine Verfolgung von den Juden, welche die Zusammenkunft der Sabathianer Sect nicht billigen wollten; Frank mit seinem Anhang begab sich bei diesem Vorfalle unter die Protection des Herrn Bischofs von Kaminiez, und wurden alsdenn sowohl bei dem Kaminiezer, als auch bei dem Herrn Bischof in Lemberg viele Streitigkeiten mit den Juden verursachet. Ich wurde endlich nacher Lemberg berufen und empfinge im November 1758 mit ihm, Frank, und den mehresten seines Anhanges die heilige Tauf. Frank, der aus der Türkei alleinig gekommen und nur denjenigen, der anjetzo bei ihm in Brünn als Stallmeister den Namen führt, nebst noch einigen Mannspersonen bei sich gehabt, sein Weib und die Tochter aber in der Türkei gelassen hatte, und er, Frank, ganz arm ware, so wurde ihm alsogleich eine namhafte Summa von seinem Anhang vorgeschossen, wozu auch ich 280 Ducaten gegeben habe. Dann fuhr er mit vielen von seinem Anhang nacher Warschau, wo sich derselbe von Hoffart einnehmen liesz und predigte, „dasz er der Herr über Leben und Sterben seie und dasz diejenigen, die an ihn mit ganzen Herzen glauben werden, niemals sterben sollen;" da aber dennoch einige von seinem Anhang gestorben sind und er darüber befragt wurde, gab er zur Antwort: „dasz diejenigen, die gestorben sein, keinen wahren Glauben an ihn gehabt hätten." Einige seines Anhangs kamen auf die Gedanken, und beschlossen, um eine Probe zu machen, ob denn derselbe ächt oder unächt seie, die ganze Beschaffenheit der Sache der geistlichen Obrigkeit zu entdecken. Es wurde auch die Sache von dem Herrn Kronkanzler und dem Kapitel mit Zuziehung anderer Bischöfe commissionaliter genau untersucht. Die mehresten seines Anhangs, die in Warschau waren, bekannten und betheüerten ihren Fehler öffentlich bei der Commission, und verreversirten sich zugleich, hinfüro auf keine derlei Gedanken zu gerathen und als gute katholische Christen zu leben. Er Frank aber brachte bei seinem Examen viele freche Sachen vor (welche hier anzuführen unnötig wären, weilen die ganze Begebenheit in dem Protocole bei der Kronkanzlei vorfindig ist, auf welches ich mich berufe und mit Leib und Leben hafte) und wurde alsogleich zu ewigen Arrest in das Kloster Czenstochow verwiesen. Aber leider wuszte dieser vom Teufel besessene Mann die Leute an sich zu ziehen; sie fuhren einzelweis zu ihm in das Kloster und gaben ihm reichliche Geschenke. Der Glaube an ihn verstarkte sich alltäglich ungeachtet seines Arrestes, denn er wuszte seinen Anhang zu hintergehen und machte ihn glauben, dasz sein Arrest sein müsse, und erfrechte sich solches aus der heiligen Schrift zu erweisen. Ich ware in Wahrheit wankelmüthig an ihn zu glauben und doch war ich bei ihm in seinem Arrest, bis sein Weib gestorben und in Czenstochow begraben worden war. Dieses machte bei vielen einen groszen Eindruck, wie auch wegen Sachen, die wider alle menschliche Sitten und Natur von ihm, Frank, gelehret wurden, das man unmöglich was Menschliches daraus schlieszen konnte. So wurde ich öffentlich wider ihn aufgebracht, bekannte mein Irrthum, wurde dessen öffentlicher Feind und verliesz alsogleich den Aufenthalt seines Arrestes und begab mich nacher Warschau, wo ich samt meinem Weib und Kind zur selben Zeit wohnhaft war. Mein Weib (die nun ganze 4 Jahre von mir getrennet, bei dem Frank in Brünn ihren Aufenthalt gehabt, auch vor kurzer Zeit mit einem jungen Reisgesell hier in Wien ware und nunmehro mit ihrem Gefährten nach Brünn verreiset ist) hatte zur selben Zeit einen menschlichen Funken und Naturstrieb gegen mich. Sie entdeckte mir, dasz der Befehl von dem heiligen Herrn (dieses ist der Ruf von dem Jacob Frank, wenn seine Anhänger von ihm reden) wäre, dasz man mich und alle andere Widerspenstige auf unsern Nachtlagern erschlagen und tödten solle. Mein Weib konnte dieses leicht erforschen, denn man hatte kein Bedenken etwas vor ihr verbergen, weil sie allzeit seine Rechtgläubige

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

war, hauptsächlichen ihr Vater, der heutigen Tags nebst seiner Familie einer seiner vornehmsten Anhänger ist, folglich von allen wissen konnte. Sie warnte mich also, dasz ich, um mich zu retten, die Flucht ergreifen sollte. Ich beklagte mich alsogleich bei der Obrigkeit, worauf denn auch sogleich vom Herrn Kronkanzler alle Anstalt zur Inquisition gemacht und sehr vieles entdeckt wurde, welches alles bei der Kronkanzlei zu Warschau vorfindig und aufbehalten ist und worauf ich mich berufe.

Nach diesem, da der große Tumult in Pohlen entstand, fand Frank Gelegenheit, sich seines Arrestes durch sehr große Intriquen (welche bei der Hauptuntersuchung werden bewundert werden) mittelst denen russischen Truppen zu befreien. Er gienge mit großen russischen Pässen nacher Warschau. Daselbst hielt er sich einige Tage auf und reiste von dort nacher Brünn, wo er heutiges Tages seinen Glauben fortpflanzet.

Seine Kutscher, Reitknechte, Bediente, Stallmeistern, Husaren, Uhlanen, kurz alle männlich- und weiblichen Geschlechts, so er bei sich hat, sind getaufte Juden. Alle 14 Täge kommen Männer, Weiber, Söhne und Töchter, die bringen Geld, Pferde und unterschiedliche Geschenke, aber alle diese, die zu ihm kommen, sind getaufte Juden von seiner Sect. Sie küssen ihm die Füße, bleiben einige Täge da, reisen alsdenn ab, es kommen wieder andere, und diese Art von Insecten wächst täglich an.

Ich weis, daß meine bloße Worte kein Beweis sein. Ich berufe mich aber erstens auf die Commissionen in Warschau, wo unerhörte Sachen an Tag kommen sind, derlei von Erschafung der Welt her nicht erhört worden ist. Ich werde mich auf keinen Beweis beruffen, der nicht in weniger Zeit erforschet werden könnte. Und zweitens will ich den Augenblick wegen der Ehre Gottes und dem größten Nachtheil des Staates mich dem härtesten Gefängnisse überlassen, bis gegenwärtige allerunterhänigst allergehorsamste Anzeige ja noch weit unbeschreiblich mehreres sonnenklar werde bewiesen haben.

Es gelanget demnach an Eure Kais. Königl. Apostol. Majestät mein allerunterthänigst-allergehorsamstes Bitten, in Anschung dieser wichtigsten Sache mich mit dem Jacob Frank hier in Wien confrontiren zu lassen, woraus die Folge wegen allen seinen Verbrechen, wie auch wegen dem mir circa 1000 Ducaten abgenommenen Geld von selbst an Tag kommen wird, ich aber meine bisherige Fehler, die ich alltäglich beweine, durch meine gemachte Entdeckung wieder gut mache, auf welche allerhöchste kais. königl. Gnad mich getröste und allertiefester Erniedrigung ersterbe.

Eurer Kais. Königl. Apostolischen Majestät

allerunterthänigst allergehorsamster
Jakob Galinski.

—

BEILAGE II (Zu Seite 361)

Anzeige des Anonymus B. gegen die Prager Frankisten vom Jahre 1799.

Hoch- und Wohlgeborner Reichsgraf,
Gnädigster Herr, Herr!

Freilich sollte man dem großen Manne Erholung und Ruhe gnüssen lassen, freilich sollte man ehrfurchtsvoll zurücktretten und duldend harren, bis der rastlose Staatsmann, der thätiger Menschenfreund und unermüdeter Denker von seinem ländlichen Wohnsitze mit neuen Kräften ausgerüstet in dem Gewühle der Geschüften von selbst zurückkehret. Allein wer kann dafür, wenn nur *Er* Zutrauen sich erworben, wenn man glauben muß, nur sein *Adlerblick* siehet, nur *sein* Geist fasset, nur *sein* feuriges Bestreben noch Recht vermag dies und jenes auszuführen, wenn also Zeit und Umstände auch verbiethen, dessen Rückkunft zu erwarten, bleibt eine andere Wahl übrig, als Ihm auch mit tiefester Ehrfurcht in seinem filosofischen Aufenthalt zu folgen? Dies, Euer Hochgräfl. Gnaden, ist

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die wahre Entschuldigung dieser gegenwärtigen Zudrünglichkeit. Nur Sie, großer Staatsmann! vermögen zu fassen, zu sehen und auszuführen, nur *Ihr* Aug vermag zu sehen. Nur *Ihr* allfassender Geist kann entscheiden. Erlauben also Euer Hochgräfl. Gnaden folgende Geschichte Ihnen vorzutragen, mit meinen Muthmaßungen zu belegen und sodann meine Meinungen demüthigst vorzutragen.

Längst wühlte unter der hiesigen israelitischen Gemeinde, wozu auch ich gehöre, eine besondere Religions-Secte, Anhänger von der berüchtigten Sabathe Zebe (von welcher Euer Gräfl. Gnaden vielleicht schon aus der Weltgeschichte etwas wissen werden), allein sie trieben ihre Lehren in stillen und zogen sich zurück, musten es auch von darum thun, weil sie die Verfolgungen der Rabiner ausweichen musten, zum Theil selbst das Volk scheueten, und endlich auch dem Staate, der keine neue Sekten duldete, fürchteten. Blos einige Jahre her, wo manches sich geändert, wo den Rabineren ihre Donnerkeile aus Händen gewunden worden, wo das Volk überhaupt in Religionssachen nicht mehr so eifert, und man immer noch sich öfentlich zu der tollerierten Nation hällt und keine neue Sekte förmlich ist, rottete sich diese im Grunde schädliche Sekte freier zusamen, locken durch manche Vorspieglung, Schwärmerei und Religionsmeinungen, durch List und Überredung mehrere Menschen an sich, verursachen dadurch Spalt und Zwist in vielen Familien, entziehen dem Vater seinem guten Sohne, die Mutter ihre folgsame Tochter, dem Bruder seinen Bruder, denn wer einmal in diesem Netze der Schwärmerei gefangen, verstricken sie so sehr, daß man nur für *sie* fühlt, für sie siehet und an *sie* hänget. Schon ihre heimliche Zusammentrettungen, ihre mystischen Zeichen, ihre kabalistischen Lehrart führen zu Schwärmerei, Aberglauben, Irrwahn und höchst nachtheiligen Müßiggang. In wie weit dieses alles schädlich ist, die Sitten verdirbt und Imoralität befördert, ist durch Erfahrungen hinlänglich schon erprobt und leider zeigt die Erfahrung zu augenscheinlich, wie jede *geheime Gesellschaft*, jeder Klub, so unbedeutend man sie auch glaubte, ein Pest des Staats ist. *Auch diese Gesellschaft scheint von diesem Verdachte nicht ganz frei zu sein.* Um aber dieses in Erwägung zu ziehen, bitte ich, Euer Hochgräfl. Gnaden belieben allergnädigst mir weiter zuzuhören, weil ich sehr von weiten ausholen muß.

Noch bei glorreicher Regierung der unvergeßlichen verewigten Kaiserin Maria Theresia wurde in Brünn in Mähren ein gewisser Frank geduldet, der sich zwar öfentlich zur katholischen Religion bekannte, aber nur Anhänger der Zabate Zebeshen Religion war. Dieser Frank machte fürstlichen Aufwand, niemand wußte, woher. Immer kam Geld, niemand (wußte) von wo oder von wem. Die Anhänger dieser Religionssekte gingen in ihrer Schwärmerei so weit, daß sie den benannten Frank nicht nur allein für ihr Oberhaupt, sondern für den vor mehr als 200 Jahren in Machemodanischen Glauben gestorbenen Zabathe Zebe anerkannten oder anzuerkennen vorgaben. Dieser Frank, der in Brünn mehr als 25 Jahre sich aufhielt oder mehr zu sagen residierte — er hielt sich eine eigene Leibgarde — begab sich endlich am Ende seiner Jahre, ohne daß ein Mensch die Ursachen beurtheilen konnte, von Brünn weg, und ansiedelte sich in Offenbach bei Frankfurt am Main. Bei Ausbruch der verderblichen französischen Freiheit, wo sich manches auflöste, wo man von manchen abscheulichen Verbündungen und geheimen Gesellschaften erfuhr, glaubte man auch hier zwischen den Frankischen Gesellschaften und mancher französischen Einverständnisz zu finden. Selbst der Name *Franc*, welchen er sich erst bei seiner Ansiedlung in Mähren beilegte, erregte gewisse Aufmerksamkeit, weil man es als ein Zeichen der Verbündungen ansehen wollte, man glaubte auch dem Grund seiner Übersiedlung hierin zu finden, er wollte nun vielleicht auch den französischen Landen näher sein. Einer seiner starken Anhänger, ein gebohrner Brünner Jude, namens Moses Dobruska, der aber sich vor mehr als 22 Jahren hat taufen lassen und sich öfentlich auch zur christlichen Religion bekannte und den Namen Schönfeld annahm, ging nach dem Tode des besagten *Franc* nach Offenbach. Es hieß damals, er wird bei seiner hinterlassenen Anhang des Verstorbenen Stelle annehmen, ging aber von da nach Frankreich, nahm dort den Namen Moses *Frei* an, verheiratete seine Schwester an einen gewissen Kon-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wents-Sekretair Sabah, wurde aber samt seinem Schwager in Robespieres Regierungszeit guilgotinirt. Wie sehr nun dieß alles wahrscheinlich macht, daß der berüchtigte *Franc* mit französischen Gesellschaften in Verbündlichkeit stand, brauch ich nicht mehr zu erörtern. Nun, Euer Gnaden, urtheilen Sie selbst, wie Erstaunen die ganze israelitische Gemeinde hier ergriff, als man mit Gewißheit erfuhr, daß zeit vierzehn Tagen her, einige von der hiesigen Sekte nach Offenbach reisten, — freilich gaben sie Handlungsgeschäfte vor, bestimten nur überhaupt ihre Reise nach dem Reich — allein dieß sind würkliche Unwahrheiten. Die Reisende sind Namens *Aron Beer Herrsch Wehle* und *Gabriel Porges*. Letzterer ist ein sehr unbemittelter Mann und hat nur eine kleine Rosolie-Handlung. Ersterer ist auch kein gar großer Handlungsmann. Diese zwei berüchtigten und in der ganzen Judenschaft bekannte Zabathe Zebeschen Anhänger reisten zusammen, und ein gewisser Salomon Zercowitz reiste ein par Tage hierauf, unter einen Vorwand, seiner Tochter im Reiche zu besuchen, denselben nach. Keineswegs ist hier würklicher Verrath gegen den geliebten Vaterlande zu vermuthen, denn es wäre ja lächerlich, von einen solchen kleinen Haufen hier etwas unternehmen zu wollen, es ist blos Religions-Schwärmerei, Hoffnung auf Erlösung. Der Umsturz des päbstlichen Throns gab ihren Schwärmereien schon Nahrung gnug. Öffentlich sagten sie, dieses ist ein Zeichen der Näherung von den Mesias, denn hierin bestehet ihr Hauptglauben: Sabathe Zebe war Erlöser, bleibt immer Erlöser, nur immer unter einer anderer Gestallt. Die Eroberungen des General Bonaparts gaben ihre aberglaubigen Lehren Nahrung. Seine Eroberungen in Orient, besonders die Eroberung von Palestine, von Jerusalem, sein Aufruf an die Israeliten ist Öhl auf ihrem Feuer, und hierin, glaubt man, steckt auch die Verbündlichkeit zwischen ihnen und zwischen der Franceschen Gesellschaft. Wie? und was aber? Wer will das wissen? Man hat auch Spuren, daß sie an der Frankischen Gesellschaft sehr viel Geld übersenden. Zu welchem Endzwecke, weiß man ebenfalls nicht. Diese unnutze Geldversplitrung und überhaupt diese Anhänglichkeit an dieser schwärmerischen Sekte hat bereits vor mehr als 5 Jahren eine 20jährige Ehe getrennt. Ein gewisser Simon Eger ist mit einer gwissen Rösel Egerin verheirathet, welche eine Schwester von dem Ionas Beer Wehle ist, der das Oberhaupt der hiesigen Gesellschaft ist. Er Simon Eger wolte diese schwärmerische Anhänglichkeit an ihre Brüder überhaupt nicht zulassen, besonders die Geldabgaben an ihre Kassa. Sein Weib trennte sich lieber von ihrem Manne, als sie von ihren Brüdern ließ, und noch leben selbe separiert, nachdem selbe sehr lange wegen ihrem Vermögen einen Prozes geführt haben. Euer Hochgräfl. Gnaden, es wirft sich hiemit ein Individuum zu Füßen, bittet um Ihrem weitreichenden Arm, um Ihr allsehendes Auge. Noch kann man die Israeliten im keinem Lande Verrätherei gegen ihrem Vaterlande vorwerfen, nie fand man unter Juden Jakobinismus oder sonstige Klubs und geheime Gesellschaften. Leider beschuldigt man diese Nation — und das manchmal mit Recht — Wucher und sonstige unmoralische Handlungen, die aber nur eine Folge des Geizes ist, aber keine grobe Verbrechen kann man solche, gottlob, nicht beschuldigen; soll diese Gesellschaft einen schwarzen Schatten auf die ganze Nation bringen? Zwar, wie gesagt, glaube ich nicht, daß Verrätherei unter sie herrscht. Allein zu was kann nicht Religionswahn bringen? Zu welchen Unternehmungen kann nicht Schwärmerei und Verbündung führen? Unsere Nation hat leider das Schicksal von jeher, daß man die Verbrechen der einzigen gleich der ganzen Nation aufbürdet. Und warum soll die ganze Nation, die gewiß für ihrem Vaterlande warm fühlt, durch die Schwärmerei einiger Abtrünnigen leiden? O, Graf! Mann mit dem warmen Herzen, mit dem Feuerblick und starkem Arm, retten Sie diese Nation, zerstören Sie die Anschläge der Bosheit und der Schwärmerei! Noch erlauben Euer Hochgräfl. Gnaden, Hochderoselben nähere Kunde zu geben.

Jonas Beer Wehle ist das Oberhaupt der hiesigen Gesellschaft. Bei demselben sind die Zusammenkünfte fast täglich, bei ihm findet man all ihre Geheimnis, all ihre Schriften, er ist der Lehrer, der Führer der ganzen Gesellschaft. Die Gesellschaft bestehet mit Weiber mehr als in 50 Persohnen, selbst auf dem Lande machen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

sie Proseliten, in Kollin, in Gitschin, wo ein Bruder des Jonas Beer Wehle wohnhaft ist und welcher dort lehret, sind ebenfalls sehr viele zu treffen. Nun erlauben Euer Hochgräfl. Gnaden zu erinnern, daß geschwinder Überfall bei dem Jonas Beer Wehle so wie ich glaube der einzige Fall ist, die Schriften habhaft zu werden. Verflossenen Freitag sind die zwei Reisende zurückgekommen und sind bei dem Jonas Beer Wehle abgestiegen. Man vermuthet, sie haben verschiedene Schriften mitgebracht. Überhaupt muß man dort all ihre Geheimnisse finden. Auch gehen alle Woche von hier nach Kollin mit denen jüdischen Fuhrleuten die Menschen und Waren alle Woche von daher nach Prag und von Prag nach Kollin führen ein verwahrtes wohlverschlossenes Kästchen mit, welches die hiesige Gesellschaft an einen gewissen Lichtenberg senden.

Daß diese meine Erzählung alles wahr ist, können Euer Hochgräfl. Gnaden, aber mit der größten Behutsamkeit, daß diese Gesellschaft keinen Wind bekommt, durch Ihren Leuten in der ganzen Judenstadt erfahren, weil sie das allgemeine Gespräch ist. Besonders aber müssen es die *Oberjuristen* bezeigen. Selbst die Vorsteher können es nicht anderst sagen, nämlich daß die geheime Gesellschaft bestehet, daß sie verdächtige Reisen machen, daß man vermutet, sie stehen mit der Offenbachischer Gesellschaft in Verbindung, weiter aber werden sie freilich nichts sagen können, denn hier liegt nur Wahrscheinlichkeit zum Grunde und nur das Späherauge eines oder einzelner Menschen nicht entgehet. Woher sollen es Oberjuristen und unwissende Vorsteher wissen? Von dem besagten *Simon Eger* sind viele Geheimnisse zu schöpfen, er weiß sehr viel, weil derselbe ein Schwager von den Jonas Beer Wehle ist und durch sein Weib, ehe er sich trennte, viel erfahren hat. Ebenso lamentieret eine Wittib namens *Malka Porges*. Sie haben ihr ihren hoffnungsvollen Sohne verführet, der ebenfalls eine Schwester des Jonas Wehle zum Weibe hat. Eine Tochter des Med. Doct. Jonas Jeiteles, die mit einem gewissen Jonathan Bondy verheirathet ist, kann auch manches bezeugen, weil sie ihren Mann zu verstricken wusten. Das Eheweib des Emanuel Herz Bondy wird auch vieles aussagen können. Unzählige dergleichen mehrere. Sein Simon Neustadtl, bei dem der Jonas Beer Wehle wohnet, muß ihre stättige Zusammenkünfte bestätigen. Samuel Bondy, Isak Plohn werden ebenfalls alles dies bestätigen können. Nur Euer Hochwohlgräfl. Gnaden, wenn man diese Untersuchung oder Berufung dieser Leute ehender, als man die Schriften erhascht, veranstaltet, so werden die geheime Gesellschaft zu aufmerksam und werden gewiß alles Verdächtige beseitigen. Wenn Euer Hochgräfl. Gnaden die Gesellschaft selbst aufhöben wollen, so sind sie am besten am Samstag Nachmitag bei dem Jonas Beer Wehle so gegen 4 Uhr und etwas später beisammen zu treffen. Die Namen der mir Wissenden folgt auch hiebei. Es wäre auch gut, wenn man den Veit Lichtenberg in Kollin unversehens überfiele und die Schriften habhaft werde. Euer Hochgräfl. Gnaden verzeihen allergnädigst, daß ich Ihrem allumfassenden Geiste vorgreife und Vorschläge mache. Es ist freilich sehr ungeziemende Kühnheit von mich, allein ich baue auf allbekannte Güte und Großmuth. Wer kann einen Graf Wratislaw nicht? Wer kann *Ihn* sehen, *Ihn* hören und nicht bewundern? Nur Sie, großer seltner Mann! Nur Sie, unerreichbarer Denker! konnten mich aus meiner Eingezogenheit hinaustreiben, meinem Munde Beredsamkeit geben. An einen solchen Geist wie Sie redet man gar zu gerne. Wer spricht gerne mit die gar zu kalten Klügler, die jede Sache erst auf der Goldwage legen und so lange prüfen und probiren, bis der Fuchs aus der Falle sich schleicht, bis die Zeit verstrichen und nichts mehr zu wirken seie, der Schurke, der heillose Betrüger Zeit gewinnt, ihnen eine Nase zu drehen, und dann in sein Fäustchen lacht, die alles mit Beilagen und iuridischen Schlendrian bewiesen haben wollen, selbst nach diese Beweise greifen können und sie entschlüpfen lassen. Nein, großer edler Mann! Dieß alles verlangen Sie nicht, dieß alles brauchen Sie nicht, einen Wink und Sie greifen, Sie sehen, Sie fassen und finden. Längst bewunderte ich Sie, Gnädigster! Im stillen dachte (ich): Nur so ein Mann am Ruder, der die Gerechtigkeit nicht liebt, weil man sie lieben *muß*, sondern weil man sie lieben *soll*, der nicht die Heerstraße wandelt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

und mit der großen Haufen lauft, der nicht den todten Buchstaben sklawisch anklebt, der selbst denket, selbst handelt nach *Geist* des Gesetzes und dessen *Absicht* und der unter seinen Brüdern wie Phöbus unter den Sternen glänzt.

Auch würde ich keinen Anstand genommen haben, wenn ich das Glück gehabt hätte, Euer Hochgräfl. Gnaden selbst in höchst eigener Person zu sprechen, meinen Namen zu nennen. Nur schriftlich scheue ich mich es zu thun. Ich bitte Euer Hochgräfl. Gnaden hirum tausendmal um Vergebung, es ist bloße Schüchternheit, ich fürchte, dieses Schreiben könnte in andere Hände grathen, und nie mag ich mit einem anderen als mit Sie, großer, edler Mann! so freimuthig sprechen, nur bei Ihrem großen Herzen schmeichel ich mir, über villeicht manchen ungeziemenden Ausdruck Verzeihung zu finden. Auch werde ich keinen Anstand nehmen, sobald Euer Hochgräfl. Gnaden in eigener hohen Person zu sprechen sein werden, mich als Schreiber gegenwärtigen Briefs bei Euer Hochgräfl. Gnaden demuthigst zu melden. Noch bitte ich Euer Hochgräfl. Gnaden, wenn meine Muthmaßungen in Ansehung dieser Sekte keinen Beweis finden sollten, mich nie als Verleumder anzusehen. Die Wahrheit ist es, daß solche geheime Gesellschaft ist und manche Verbündung haben. Die Zeitläuften sind leider hiernach, daß man in jede geheime Gesellschaft dieß und jenes siehet, besonders wenn dieß und jenes auch nur die entferntesten Ursachen zum Verdachte Anlaß geben. Schon Klub, schon Gesellschaft ist ein Vergehen gegen den Staat und ich glaube mich verpflichtet, dem großen Wächter des Staates hier einen Fingerzeig geben zu müssen, und derselbe kann nach seiner Einsicht handlen. Nun glaube ich auch genug geschwätzt zu haben und alles schon schlüssen zu müssen.

Ich verbleibe mit tiefester Ehrfurcht und ersterbe Euer Hochgräfl. Gnaden
gehorsamst-ergebenster Knecht B.

Prag den 27 Juni 1799.

NS. Dieser Brief Euer Hochgräfl. Gnaden ist mit Fleiß zurückgehalten worden, um einen Facta angeben zu können, der sich nun auch zugetragen hat. Besagte Malka Porges, die wegen ihres Sohnes wegen so lermte, bewog endlich die Oberjuristen, daß sie um den Sohn schikten und ihm ins Gewissen sprachen. Es wollte nichts fruchten. Da aber die Mutter kam, ihm bath, weinte, um den Hals fiel und mehrmal ihn heftig zuredete, überwand endlich die Natur — weil der Markus Porges sonst ein sehr guter Mensch ist — und er versprach mit Handschlag, daß (er) vier Wochen zu den Jonas Beer Wehle nicht gehen will. Dieses Facta können Oberjuristen nicht abstehen. Warum soll man zu Jonas Beer Wehle nicht gehen?

Es wäre freilich auch gut, wenn man die Briefe des Salomon Zerkowitz, welcher von seiner Reise aus dem Reiche noch nicht zurück ist, die er an den Jonas Beer Wehle schreibt, von der Post erhöben könnte und auch jenen, die von hier an den Zerkowitz ergehen, habhaft werde, werde man vielleicht durch diesen Briefwechsel viel erfahren können.

Prag den 4. Juli 1790.

—

Hoch Gebohrner Reichsgraf!
Gnädigster Herr, Herr!

Mit der donnerstigen Post werden Euer Hochgräfl. Gnaden ein Paket erhalten haben, worin von einer höchst verdächtigen Gesellschaft die demüthigste Anzeige gemacht wurde und wo ich Euer Hochgräfl. Gnaden den Vorschlag zu Füßen legte, die Schriften bei ihrem Oberhaupte Jonas Beer Wehle habhaft zu werden. Es geschiehet hiemit der unterthänigste Nachtrag, daß zugleich bei dem *Löw von Hönigsberg* und den *Gabriel Porges*, wo ebenfalls Schriften und Rechnungsbücher zu finden sein sollen, eine Haussuchung geschehen müste. Ich denke, dieses pflichtmäßig nachtragen zu müssen und ersterbe zu sein

Euer Hochgräfl. Gnaden
ergebenster mit tiefster Ehrfurcht gehorsamster Knecht

Prag den 7ten Juli 1799. B.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Da es zwei Gabriel Porges gibt, so muß ich, um allen Irrthum zu verhütten, die Anzeige machen, daß dieser *Gabriel Lippmann* Porges heißt und in der Judenstadt No. Cons. 217 wohnt.

Ich vergaß auch zu melden, daß schon zwischen der in meinem vorgen Brief berührte Malka Porges, die um ihren Sohn so jammert, und einige Glieder der Gesellschaft bis zur Thättigkeit ausgebrochen ist (!), weil die Wittib Porges selbe auf der Gasse pakte und lose Reden gab. Freitag am Abend fiel auch eine Schlägrei zwischen Simon Eger, dessen Weib und seinen jüdichen Studenten oder so genannten Bocher in dem Hause der Egerin aus, welches ebenfalls diesen Gegenstand zum Grunde hatte. Auch hab ich in Erfahrung gebracht, daß der Jonas Beer Wehle seine Söhne hinweg reisen lassen, wo selbe nach Berlin gangen und von dort nach *Nanci in Lothringen* reisten.

—

BEILAGE III (Zu Seite 378)

Schreiben eines aufgeklärten Prager Juden an den Stadthauptmann über die Prager Unruhen von 1800, dd. 15. Oktober 1800.

Euer Excellenz!

Dem Adlerblick Euer Excellenz konnte es wohl unmöglich entgehen, welcher Zwiespalt und Schisma, leider! seit einer gewissen Zeit unter unserer hiesigen Judenschaft dergestalt um sich gegriffen, daß nur die Macht der hohen Landesstelle und der löbl. Stadthauptmannschaft im Stande ist, fernern Einhalt zu thun und die vorige Ruhe und Ordnung wieder herzustellen; Euer Excellenz auf den bisherigen Gang der Begebenheit und deren unabschbaren Folgen aufmerksam, dann Vorschläge zu geschwinden Herstellung der alten Ordnung der Dinge in Unterthänigkeit zu machen, sei der Zweck dieses Schreibens.

Fern sei es von mir, die so genannte Sabbathe Zewi vertheidigen zu wollen. Wie könnte ich auch das! Menschen von der ersten Familie unter den hiesigen Juden, von dem besten Karakteüer und Moralität, mit Kenntnissen, Reichthum und dern Folge, Ehre, begabt, jagen einer Chimäre, einem Hirngespinste nach, bringen sich dadurch um all ihr zeitliches Glück, werden verfolgt und verlacht, aus den Synagogen und aus allen Gesellschaften ausgestoßen, von dem gemeinem Haufe gemißhandelt und leiden alles dieses — eines närrischen Sophisme wegen. Sie wüßten nämlich die Zeit genau anzugeben, wann der Messias kommen werde! Wenn diese Wahnsinnigen ja Strafe verdienen, sollte sie meines Erachtens bloß darinnen bestehen, die Geißel der Satyre und der Persifflage über sie schwingen zu lassen, sie allenthalben lächerlich machen, und wirkt auch das nicht, sie ganz ihrer eignen Narrheit überlassen, von der sie doch über kurz oder lang zurückkommen müssen, die Verfolgung und Bedrückung aber, so sie auf Anstiften der Oberjuristen F. und L. von allen Seiten ausgesetzt sind, ist himmelschreiend und für jedes gefühlvolle Herz wirklich empörend. Ich brauchte nur ein paar Skizzen aus dem Leben dieser Verfolger auszuheben, um sie Höchstdenselben in ihrem wahren Licht darzustellen, dieses wäre aber liebloß und unmoralisch (auch hat sie schon der beliebte Schriftsteller unser Nation D. Friedländer in einer hebraischen Monatsschrift, *Der Sammler* genannt, vor vielen Jahren öffentlich gegeißelt) und ich schweige. Auch würde es zu weitläufig sein, alle die Maschienerien und Mittel aufzudecken, die die Oberjuristen ganze 2 Jahre angewendet, um diese Leuthe in den Augen aller herabzuwürdigen. Ich war die ganze Zeit über unpartheiischer Beobachter, sahe mit kaltem Blut, wie eifrig sie sichs angelegen sein ließen, diese guten Menschen beim gemeinen Haufe als Ketzer zu verschreien, die man vermög rabbinischem Intollerantismus ganz ausrotten muß, und welche Gelassenheit und Demuth ihrem Fanatismus und ihrer Wuth entgegen gesetzt wurde dergestalt, daß sie noch zur Stunde nicht klagbahr geworden wären. Hätten die Oberjuristen nicht auch die Weiber dieser Verschrieenen und besonders eine dritte Person mit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

in ihr Anathema eingeschlossen, bloß weil sie zu dieser Familie gehört, deren Mann aber von ächtem Ehrgefühl belebt, beseitigte alle Furcht vor den Oberjuristen und brachte die Sache zur Sprache. Ich sage also, ich übergehe alle Details und komme nun zuförders zu dem eigentlichen Entstehungs-Punkt aller bisherigen Verfolgung, und dieser ist:

Durch die Macht, so eine hohe Landesstelle den Oberjuristen in Religionssachen eingeräumt.

Der Himmel bewahre mich vor dem Gedanken, die Gesetze der hohen Regierung nur im mindesten tadeln zu wollen, ich habe darum für die Gesetzgeber und Gesetze allzuviel Ergebenheit und unterwerfe mich ihnen mit willigem Herzen und wahrer Soumission. Euer Excellenz erlauben aber nur einem Juden, der seine Nation studirt hat, bemerken zu dürfen, daß es ganz was anders ist, einem Geistlichen oder einem Rabbiner religiöse Gewalt zu übertragen, denn, wollte auch der erstere den Fanatismus predigen, so würden (da er in einer populären, einem jeden verständlichen Sprache vorträgt) Hunderte von Menschen ihn, ohne Furcht vor dem gemeinen Haufe, dem Richter öffentlich denunziren, dieser aber kann seinen Fanatismus recht gut dem Volke predigen, da er solchen in einem Galimathias von Zweideutigkeiten und Sprüchen einhüllt, dem Unsinn nur dem bessern Theil verständlich ist, vor dem Richter aber, unkündig der Sprache und deren feinen Spitzfindigkeit, nichts wider ihn zu beweisen vermag, wo aber nichtsdestoweniger dessen Gift in dem Herzen des gemeinen Mann, durch die Exclamation des Prediger, die er im Grunde nicht verstehet, bereits Wurzel um sich gefaßt und um sich gegriffen. Man kennt aus der Geschichte zur Gnüge die außerordentliche Schädlichkeit der jüdischen Hierarchie. Ein neueres Beispiel liefern uns eben diese Oberjuristen. Sobald sie diesen Befehl in Handen hatten, konzentrirten sie alle ihre Kräfte, um ihre Herrschsucht und Macht wider diese Unschuldigen geltend zu machen, ließen aber diese Leuthe keineswegs vorrufen, um sich zu vertheidigen (so wie es einst der seelige Oberrabiner machte, ein Mann von vielem Kopf und großen Einsichten, der sie vor 12 Ja(hren) vorrufen ließ, und nachdem er die Sache im wahren Lichte als eine bloße Narrheit betrachtet hat, ließ er sie ruhig nach Hause gehen, Gott habe ihn seelig), sondern fielen gleich wie die Wölfe über sie her, legten sie (ganz wider den neulichen Befehl von 1799 Seiner Allerhöchsten Majestät unseres geliebten glorreichen Kaisers) in den Bann, verstoßten sie aus den Synagogen, ließen eine Schmähschrift nach der andern mit Bewilligung der Censur, die man für die der hohen Regierung ausgab, wider sie im Druck erscheinen, wo es unter andern Unsinn heißt, *derjenige, der sich unterstünde, diesen Leuthen nur im mindesten das Wort zu reden, wäre es auch Wahrheit, soll auch verdammt und als Ketzer betrachtet werden*, unter ihrem Anhange von alten Weibern und Gassenbuben verbreiteten sie, diese Oberjuristen, es geschähe alles mit Vorwissen Euerer Excellenz und Seiner gräflichen Gnaden des Titl. Herrn Stadthauptmann, und so wurde die große Haufe hintergangen, und der bessere und heller denkende Theil der Nation unterstand sich nicht den Mund zu öffnen, aus Furcht, ebenfalls als Ketzer verschrieen und dadurch seiner Ruhe verlustig zu werden, aus welchem Grunde auch gegenwärtiges Schreiben auf fremdem Weg zu Hochdero Handen gelangen mußte). Die Folgen, die die Herrschsucht und der Verfolgungsgeist der Oberjuristen hervorgebracht, sind vor der Hand:

1tens: Das die ganze Menschheit entehrende Begräbniß, nur indem es der hohen Regierung unbewußt war, oder etwa durch das linkische Benehmen des H. Comissaire konnte dieser empörende Vorfall stattfinden.

2tens: Das gänzliche Ausstoßen dieser Redlichen aus der Synagoge, Hochschule genannt, dergestalt, daß sie schon seit einem halben Jahr ihr Gebeth zu Hause verrichten müssen.

3tens: Die Vorfälle am 10. in der Altneuschule durch den *Tritsch*, der durch seine Anrede an alle Weiber diese dergestalt in Wuth gesetzt, daß, wären die 3 Weiber en question nicht vernünftigerweise davon gelaufen, es vielleicht zu blutigen Auftritten gekommen wäre.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

4tens: Der Vorgang am 11., wo das nämliche Spectacl gegen ein Weib ausgeübt wurde, wo weder sie noch ihr Mann diesen gewiß mit Unrecht verschrienen Leuthen gehörten, und nur bloß, weil sie mit ihnen verwandt ist, wo sich das Weib des Oberjuristen L. dergestalt in der Synagoge vergessen, daß sie über den gesendeten Servus der Vorsteher, Hirschl Lowositz genannt, der in ihrem Nahmen Ruhe geboth, hergefallen und geprügelt, dann noch der Oberjurist selbst aus der Manns-Synagoge in die der Weiber gegangen und ihn auch abgeprügelt! Der Lowositz hat zwar ein diesfälliges Speciesfacta an die Vorsteher eingereicht, wird aber wohl schwehrlich zur Kenntniß der Wohllöbl. Stadthauptmannschaft gelangen. Den erhabenen und weisen Einsichten Seiner gräflichen Gnaden des Titl. Herrn Grafen von Korinsky sei es gedankt, daß am 12. die Ruhe und öffentliche Sicherheit wieder hergestellt wurde.

5tens: Die Mißhandlungen, so diese Leuthe auf öffentlicher Straße von Gassenbuben und dem Auswurf der Nation ausgesetzt sind, deren es Beispiele zu Hunderte gibt, und dennoch habe ich die Gnade, Hochdieselbe zu versichern, daß, obzwar alle diese Vorgänge jedem bekannt sind, nicht ein einziger Jude wider die Oberjuristen oder sonst jemand von ihrem Anhang als Zeuge auftrete, so sehr auch jeder Rechtschaffene das lieblose Verfahren derselben in seinem Herzen mißbilligt, und zwar aus oben angeführten Grund, aus Furcht, auch als Ketzer verschrieen zu werden, und da, wie bekannt, es Hochdenselben bloß um Gerechtigkeit zu thun ist, so ist mein unmaßgebliches Erachten, daß Euer Excellenz nur durch rigoureuse Mittel oder durch den hohen Vorsitz Euer Excellenz oder des P. T. Herrn Stadthauptmann wenigstens bei einer Commission auf die reine unverfälschte Wahrheit kommen kann, indem Hochdero oder Seine Hochgräfl. Gnaden Scharfblick diesen oder jenen dennoch zum Geständniß aller Ereignisse zu bringen im Stande ist, außer diesem aber dürften sich wohl schwehrlich Zeugen zur Bekräftigung aller Thatsachen darstellen. Und da ich nun die Gnade hatte, Euer Excellenz auf die Entstehung und neuere Begebenheiten einigermaßen aufmerksam zu machen, so erlauben zugleich Hochdieselbe, auch das Mittel angeben zu dürfen, wodurch die ganze Affaire vom Grund aus gehoben wird, und dieses ist meines Erachtens nicht anders als *man benehme den Oberjuristen die ihnen ertheilte Macht in Religionssachen*, und alles gehet wieder seinen ruhigen Gang wie ehedem fort, nur müste dieses öffentlich in den Synagogen verlesen werden, damit der gemeine Mann einsehen lerne, daß der Oberjurist bloß da sei, um Frömigkeit und Moralität, keineswegs aber um Fanatismus und Verfolgung zu predigen.

Ich bitte nur noch, Euer Excellenz geruhen von mir (und mit mir der bessere Theil der Nation, diese Hunderte von Kopf und Herz) (leider! kennen nur noch Hochdieselbe den Troß und die Ignoranten der Nation, der bessere Theil hatte selten Gelegenheit, sich vor den Augen Hochderoselben bemerkbar zu machen) als anonymus, wo es gewiß aus der Seele fließt, überzeugt zu sein, daß ich mit der unbegränzten Ergebenheit, Liebe und Submission die Gnade habe,

zu sein Euer Excellenz

Dero unterthänigster Diener

Prag, den 15. October 1800.

Anonymus.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Von den Anfängen des Vereines für Verbesserung des israelitischen Kultus in Böhmen

Von Dr. František Roubík.

Deutsch von Oberfinanzrat i. R. Dr. jur. et phil. Friedrich Karl Pick.

—

Das jüdische Systemalpatent vom Jahre 1797, das die Rechtsstellung der Juden in Böhmen wesentlich erleichtert hatte,[1] wurde zu einem mächtigen Antrieb für die Emanzipationsbestrebungen der böhmischen Judenschaft, von der ein erheblicher Teil, allerdings zumeist in Prag, schon damals an allgemeinem Bildungsniveau die jüdische Bevölkerung in den anderen Ländern der Monarchie überragte.[2] In der Galerie der fortschrittlichen jüdischen Persönlichkeiten, von denen zu jener Zeit, d. i. von den Zwanzigerjahren des 19. Jahrhunderts an, der größte Teil der das Leben, die Bildung und Rechtsstellung der böhmischen Juden betreffenden Reformvorschläge ausging, nahm eine hervorragende Stellung der Lehrer an der Prager jüdischen Hauptschule Peter Beer ein,[3] der sich damals ebenso sehr der Gunst in den Regierungskreisen, wie des Hasses bei den jüdischen rechtgläubigen und konservativen Prager Rabbinern und Oberjuristen erfreute. Einen der Hauptgründe für die Opposition der altgläubigen Juden gegen Beer bildete sein Antrag vom Jahre 1820 auf Reformierung der jüdischen Kultusverwaltung.[4]

Beer, der die Bestrebungen der jüdischen Reformbewegung im Auslande, namentlich in Westfahlen, Hamburg und Wien, mit Interesse und Sympathie verfolgte, erblickte die Hauptursache für die kulturelle Rückständigkeit der Judenschaft in Böhmen in dem veralteten religiösen Ritus nach polnischem Muster, der ausschließlich das Hebräische pflegte und an dem unwürdigen lärmenden Hersagen der noch durch Bannsprüche und die finsteren Vorstellungen und Grundsätze des Talmuds verderbten Gebete festhielt. Die Mehrzahl der einfachen Juden – so führte Beer in seinem Memoriale vom Jahre 1820 aus – könne nicht mehr Hebräisch und verstehe daher gar nicht den Inhalt der Gebete, die so zu einer leeren Formalität herabsinken. Beer schlug deshalb außer der Forderung nach Vervollkommnung der Rabbinerausbildung an einer jüdisch-theologischen Lehranstalt und Verbesserung des jüdischen Schulwesens vor, daß in die gereinigten jüdischen Gebete in den Synagogen neben dem Hebräischen auch das Deutsche eingeführt werde und deutsche

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Predigten dazu verhelfen sollten, das Kulturniveau der breitesten jüdischen Volksschichten zu heben. Der Beersche Vorschlag war wohl der Anlaß dazu, daß das Hofdekret vom 3. Feber 1820 die Notwendigkeit einer Revision der bisherigen Rechtsverhältnisse der Judenschaft proklamierte; diese sollte aus ihrer bisherigen Isolierung herausgeführt und der übrigen, christlichen Bevölkerung nähergebracht werden, wozu unter anderem auch die Einführung deutscher Gebete und religiöser Übungen, sowie deutscher Predigten in den Synagogen beitragen sollten.

Diese Reformbestrebungen, die damals übrigens in einem gedruckten Buche von vierzig heimischen und auswärtigen Rabbinern feierlich abgelehnt wurden, mußten freilich unter den damaligen Verhältnissen auf heftigen Widerstand bei den orthodoxen Juden, vor allem bei den Prager Oberjuristen Flekeles und Landau, stoßen, die darin die gefährliche Äußerung eines neuerungssüchtigen, zu religiösem Indifferentismus führenden Purismus und Deismus erblickten. Sie konnten mit Recht annehmen, daß namentlich dieses Argument ihres ablehnenden Gutachtens vom Jahre 1820 am meisten in Wien Wirkung üben werde, wo sich religiöse Reformbestrebungen naturgemäß keiner Gunst erfreuten, da in deren Obsiegen nach Ansicht der Behörden die Gefahr einer Lockerung nicht nur der Sitten, sondern auch der staatlichen Autorität verborgen war. Diese Befürchtungen hatten jedoch zu jener Zeit eher nur für die christlichen Religionsbekenntnisse Geltung, indessen derartige Bestrebungen unter der jüdischen Bevölkerung der Regierung als wirksames Mittel zur Annäherung der jüdischen Bevölkerung an das übrige, christliche Publikum willkommen waren. Daher klang auch das Gutachten des Prager Guberniums, zu dem es allerdings erst nach sechs Jahren, im Jahre 1826, kam, dank dem Referenten Gubernialrat Böhm, entschieden zu Gunsten der Beerschen und Hombergschen Reformvorschläge aus. Bezüglich der Frage des Kultus und der Erziehung der jüdischen Jugend empfahl das Gubernium, daß die jüdischen Gebetbücher von den unzeitgemäßen und unwürdigen Bannflüchen gereinigt, die bisherige lärmende Art des jüdischen Gottesdienstes beseitigt, inzwischen wenigstens volkstümliche deutsche Gebete und Predigten veranlaßt und auch für die jüdische Jugend deutsche Religionslehrbücher herausgegeben werden sollen. Wie bekannt, kam es aber zur Gesamtentscheidung über die zahlreichen Reformvorschläge aus dem Jahre 1820 und auch über das umfangreiche und gründliche Gubernialgutachten aus dem Jahre 1826 erst im Juli des Jahres 1841, und so blieb denn das Beersche Reformprogramm vom Jahre 1820 genug lange unausgeführt.

Das bedeutete jedoch noch nicht, daß in der böhmischen, namentlich in der Prager Judenschaft die Emanzipations- und Verbesserungsbestrebungen auch gänzlich verstummt wären. Im Gegenteil, wir wissen, daß

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

die Zwanziger- und Dreißigerjahre des 19. Jahrhunderts eine Zeit lebhafter kultureller Gärung in der böhmischen Judenheit bedeuten, in welcher die aus dem Auslande eindringenden und daheim von einigen hervorragenden und energischen Reformisten unterstützten Reformbemühungen trotz allem energischen Widerspruch von Seiten der orthodoxen Schichten, namentlich aus Rabbinerkreisen, bei den vermögenderen Juden sympathischen Widerhall fanden. Das wachsende Bildungsniveau der Prager Judenschaft und ihre im Ganzen nicht ungünstige wirtschaftliche Lage erweckten namentlich bei der jüdischen Intelligenz immer lebhafter und intensiver das Streben, sich allmählich der restlichen Beschränkungen in der rechtlichen Lage der böhmischen Judenschaft zu entledigen und sie auf die Rechtsstufe vollberechtigter, in allem der christlichen Bevölkerung gleichwertiger Staatsbürger zu erheben.

Wir haben bereits an anderen Stellen in diesem Jahrbuche in einer Reihe von Studien die Entwicklung dieser Emanzipationsbestrebungen der böhmischen Judenschaft in jener interessanten Zeitperiode eingehender dargelegt und an der Hand von Originalquellen gezeigt, auf was für Hindernisse diese Reformbemühungen namentlich in den konservativen Kreisen der Prager Oberjuristen und Rabbiner stießen; die Genannten waren in diesem natürlichen Entwicklungsprozeß hartnäckige Verteidiger der Unantastbarkeit der alten Religion, ihrer Zeremonien und Gebräuche gegen die liberalistische Neuerungssucht, in der sie eine Bedrohung der Grundlagen der jüdischen Religion selbst und damit der bisherigen isolierten Eigenart der jüdischen Nation erblickten. Es wird jedoch auch hier nicht überflüssig sein, wenigstens an zwei Beispielen zu zeigen, wie tief bereits in den Dreißigerjahren des 19. Jahrhunderts die Emanzipationsbestrebungen nicht nur in den Kreisen der intelligenteren jüdischen vermögenderen Kaufmannschaft, sondern auch bei der studierenden jüdischen Jugend Wurzel gefaßt hatten.

Am 25. März 1832 überreichte der vermögende Prager jüdische Kaufmann Jakob Dormitzer, wahrscheinlich unter dem Einflusse einer Aufforderung in der Prager Zeitung vom 1. März des gleichen Jahres, von dem noch weiter die Rede sein wird, dem Prager Gubernialpräsidium ein Memorandum, das sich für die Durchführung notwendiger Verbesserungen der jüdischen Sitten und Gebräuche einsetzte und nicht einmal vor dem für jene Zeit revolutionären Vorschlag zurückschreckte, den jüdischen Sabbatfeiertag auf den Sonntag zu verlegen, um auch darin die Juden der christlichen Bevölkerung zu assimilieren. Alle besseren Juden – so führte Dormitzer aus – sähen ein, daß es notwendig sei, aus den jüdischen Sitten alles zu entfernen, was der heutigen Zeit nicht angemessen ist und seinen Ursprung in Zeiten langer Verfolgungen und

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

verächtlicher Behandlung der Juden hat. In dankbarem Gedenken dessen, daß die österreichische Regierung die erste in Europa gewesen sei, welche die Juden zur Verteidigung des Vaterlandes aufgerufen habe,[5] empfahl Dormitzer die Einführung reformierten jüdischen Gottesdienstes in den Synagogen nach Wiener und Pester Muster und die Verlegung des Samstagfeiertages auf den Sonntag, eine Änderung, deren Zulässigkeit und Nützlichkeit angeblich auch nach streng orthodoxen Prinzipien erweislich sei. Dormitzer berief sich zur Unterstützung seines radikalen Vorschlages auf ein Schriftchen des Arader Oberrabbiners Aron Chorin „Der treue Bote an seine Religionsgenossen", von dem er ein Exemplar seinem Memorandum beilegte und in dem er selbst (auf Seite 16) mit seinen Ansichten unter dem Pseudonym Jakob Bentuga angeführt wird.[6] Der ungewöhnliche Vorschlag Dormitzers erforderte freilich eine gründliche Überlegung von Seiten der landesfürstlichen Behörden, die in jüdischen Fragen immer nur sehr vorsichtig vorzugehen pflegten, um insbesondere einer Entfachung religiöser Leidenschaften aus dem Wege zu gehen. Darum verhehlte auch das Gubernialpräsidium, indem es den Vorschlag der Stadthauptmannschaft zur Beurteilung übermittelte, keineswegs seine Besorgnis, daß die jüdischen Religionsvorsteher wohl gegen den radikalen Vorschlag Dormitzers Einwendungen erheben dürften, und forderte deshalb den Stadthauptmann auf, in der Sache sowohl den Prager Bürgermeister als auch den Antragsteller und einige gebildetere Prager Juden, namentlich über die Frage einzuvernehmen, ob die Verlegung des jüdischen Feiertages auf den Sonntag nach religiösen Grundsätzen überhaupt zulässig sei.

Der Prager Bürgermeister Sporschill widmete in seiner Antwort auf die diesbezügliche Anfrage des Stadthauptmanns Hoch, seine Aufmerksamkeit nur dem zweiten Teil des Dormitzerschen Vorschlages, der sich mit der Verlegung des jüdischen Sabbats befaßte, indem er in Sachen der Reform des jüdischen Ritus auf die obenerwähnten amtlichen Verhandlungen aus dem Jahre 1820 verwies, worüber allerdings die betreffenden Akten in der Magistratsregistratur nicht aufgefunden werden konnten. Das Gutachten Sporschills klang im Ganzen gegen die Verlegung des jüdischen Feiertages auf den Sonntag aus. Er gab zwar zu, daß es vom politischen und Polizeigesichtspunkte aus wünschenswert wäre, bei allen Religionen den Ruhetag auf den Sonntag zu vereinheitlichen, jedoch nur unter der Bedingung, daß dazu wenigstens die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung ihr Einverständnis aussprechen würde. Ohne eine solche Zustimmung rate er nicht, eine derart weitreichende Reform ins Leben zu rufen, die einen, der humanen Staatsverwaltung angeblich fremden Gewissenszwang bedeuten würde. Die Anzahl der neuerungsliebenden gebildeten Juden sei – so führt der Bürgermeister aus – zwar in der letz-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

ten Zeit erheblich angewachsen, sei aber trotzdem bisher noch in der Minderheit; übrigens rede auch der Oberrabiner Chorin, auf den sich Dormitzer berufe, in seinem Schriftchen über die vorgeschlagene Reform nur vorsichtig in dem Sinne, daß diese grundsätzliche Änderung nur ein autorisiertes jüdisches Organ, nämlich der gesetzliche jüdische Synod, vornehmen könnte. In Erwägung der Frage, ob eine solche Reform für die Regierung so wichtig sei, daß zu ihrer Entscheidung ein jüdischer Synod, irgendeine Art Synhedrion (Sanhedrin, dessen Einberufung durch Napoleon nach Paris im Jahre 1806 damals der österreichischen Regierung viel Sorge bereitete),[7] konstituiert werden sollte, macht Sporschill darauf aufmerksam, daß die Juden zwar durch diese Reform einen Arbeitstag gewinnen würden, daß dies aber im Ganzen genommen keine größere Bedeutung hätte, weil es im Reiche bisher wenig jüdische Landwirte gebe und die jüdischen Handwerker am Sonntag zu Hause arbeiten dürfen. Er kam daher zu dem Schlusse, daß die Verlegung des Sabbatfeiertages auf den Sonntag absolut nicht mit einem Vorteil für den Staat verbunden und daß es darum auch nicht nötig sei, um deren Durchführung willen zu dem außerordentlichen Mittel einer jüdischen Synode zu greifen. Sporschill hielt es nicht für passend, mit dieser Neuerung das Mißtrauen der orthodoxen jüdischen Kreise gerade zu einer Zeit zu erwecken, in welcher, wie wir weiter sehen werden, begonnen wurde, über die Einführung des deutschen Gottesdienstes in den Synagogen zu verhandeln. Übrigens habe Jakob Bentuga (Dormitzer) in dem Chorinschen Schriftchen bei seinem Vorschlage hauptsächlich die Erlangung der vollen Menschenrechte für die Juden im Auge gehabt, die aber die Juden in Böhmen eigentlich schon besäßen, so daß in dieser Hinsicht die Annahme des Vorschlags nicht notwendig erscheine. Nach der Meinung des Bürgermeisters wäre das beste Mittel zur Veredlung der Juden eine strenge Aufsicht der Regierung über die Heranbildung der Religionslehrer, also dasselbe, was bereits vor Jahren Beer beantragt hatte. Der Bürgermeister betonte ferner den großen Einfluß der jüdischen deutschen Schulen auf die Hebung des Bildungsniveaus der Judenschaft, machte jedoch zugleich darauf aufmerksam, daß das Augenmerk auch gerichtet werden sollte auf den störenden Einfluß der Rabbiner, die, in den veralteten Gebräuchen befangen, aus diesem Grunde den Reformprozeß hemmten. Er stellte deshalb der Erwägung anheim, ob es nicht zweckmäßig wäre, jüdisch-theologische Anstalten zu errichten und auch in den deutsch-jüdischen Schulen den Religionsunterricht nach reineren Grundsätzen einzuführen; dies beides würde nach seiner Meinung einen wohltätigen Einfluß auf die Bildung des jüdischen Volkes ausüben. Erst dann werde es leicht möglich sein, zu Verhandlungen über die Verlegung des Sabbatfeiertages auf den Sonntag zu schreiten. Inzwischen empfahl Sporschill dieses Verfahren aufzu-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

schieben und die Prager Juden über die Sache gar nicht einmal zu befragen, außer etwa den Schulrat Herz Homberg, den Vorsteher der Prager Judengemeinde Landau, den Großkaufmann Lämel und den Berauner Kreisrabbiner Schlesinger, die er um ihrer bekannt fortschrittlichen Denkungsart willen für die verläßlichsten und geeignetsten halte.

Der Stadthauptmann Hoch erklärte in seinem Gutachten das vollständige Einverständnis mit der ablehnenden Meinung des Bürgermeisters und empfahl, die Juden überhaupt nicht wegen der Verlegung des jüdischen Sabbats zu befragen, vielmehr den Dormitzerschen Antrag ohne Entscheidung abzulegen.

Einverständlich mit Sporschill empfahl er sodann, in den Verhandlungen über die Einführung des deutschen Gottesdienstes in den Synagogen fortzufahren, gegen die sich nur die Prager Oberjuristen stellten und von denen sich auch Hoch eine Hebung der Bildung der Juden und die Beseitigung des verachteten jüdischen Jargons versprach. Er machte gleichzeitig darauf aufmerksam, daß manche gebildeteren jüdischen Religionslehrer, wie z. B. der Leitmeritzer Kreisrabbiner Fränkl, bereits mit Erfolg deutsche Predigten halten. Das Gubernium stellte sich daher auf den ablehnenden Standpunkt Sporschills und Hochs, wobei es am 7. Juli 1832 dem Stadthauptmann auftrug, den Dormitzer von dieser Entscheidung in geeigneter Weise zu verständigen und ihm das Chorinsche Schriftchen zurückzustellen.

Zeigte schon der radikale Vorschlag Dormitzers klar, wie die reformatorische Richtung zu jener Zeit in den Kreisen der vermögenderen Prager jüdischen Geschäftswelt Wurzel geschlagen hatte, so bezeugt der Fall Brüll vom Jahre 1835 nicht minder deutlich, daß die Emanzipationsbestrebungen der Zeit damals auch in die breitesten Schichten der studierenden jüdischen Jugend eingedrungen waren, welche die gesellschaftliche und rechtliche Scheidung zwischen der christlichen Bevölkerung und dem jüdischen Volke schmerzlich empfand. Im November 1835 erhielt die Wiener Hofkanzlei ein an den Kaiser adressiertes umfangreiches Memorandum, in welchem der Schreiber in demütigem, aber erregtem Tone die volle Gleichstellung des jüdischen Elementes mit der christlichen Bevölkerung verlangte. Es gehe um eine Angelegenheit – schreibt der Verfasser des Memorandums –, die die Welt bereits seit Jahrtausenden beschäftigt habe und die besonders in der neueren Zeit die Welt und insbesondere die Herzen der großen Regenten beschäftige, nämlich um die Menschen- und damit auch um die bürgerlichen Rechte der Juden. Es müsse zwar anerkannt werden, daß der Staat den Juden dem Stande vom 15. Jahrhundert gegenüber schon viele Rechte gegeben habe, und besonders Kaiser Josef II. habe ihnen das Licht der Aufklärung gebracht, jüdische Schulen begründet und habe die Juden auch zu Men-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schen machen wollen, aber die damaligen bigotten unwissenden Juden hätten dies aus Furcht um ihr elendes Leben abgelehnt, weil sie nach dem Wunsche Josefs dafür jährlich eine bestimmte Anzahl Soldaten zur Verteidigung des Vaterlandes hätten stellen sollen. Diese feigen Frömmler hätten das schönste Recht auf Erden, die Heimat zu verteidigen, lieber mit Geld ablösen wollen, und so sei die sog. Judensteuer entstanden, durch die die Lage der Judenschaft noch verschlechtert worden sei, so daß ihre Kinder nicht mehr hätten Menschen werden können. Der Bürger verachte die Juden, in denen er die verächtlichsten Geschöpfe auf Erden erblicke. Von Juden geschaffene künstlerische Werke würden darum für schlecht angesehen, ebenso wie von Juden geschriebene Bücher ärger sein müßten als von Christen geschriebene Werke. Der Jude sei trotz seines Reichtums eine armselige Kreatur, unterdrückt, isoliert und verachtet. Der Mensch sei frei geboren, habe glauben dürfen, was er wollte, und habe anständig und gut zu den Nächsten sein dürfen. Gott, der die Welt für alle Menschen schuf, habe dem Menschen keine Strafe für das Recht, Mensch zu sein, auferlegt, ebensowenig dafür, daß er auf der Welt sein darf. Die Untertanen müßten freilich dem Herrscher zahlen, was er von ihnen verlangt, aber niemand solle nach Natur- und Vernunftgesetzen dafür verdammt sein, daß er anders denkt und einen anderen Glauben als die übrigen hat, und dazu noch zehnmal mehr für das Wohl des Staates bezahlen als jene. Der Kaiser könne doch nicht wollen, daß die Juden nur in ihren engen, unsauberen Vierteln wohnen, indes die Leute ganze Städte für alle Menschen erbauen. Der gebildete Jude sei aber noch unglücklicher als die übrigen, da seine unwissenden Glaubensgenossen ihn scheel ansehen und ihm darum ausweichen, weil er einen reineren Gottesglauben hat als sie und von seinem gütigen, gerechten und milden Fürsten mehr erwarte als die, deren Gott unter geheuchelter Frömmigkeit Aberglaube und Götzendienst sei. Der gebildete Jude sei deshalb doppelt unglücklich, verachtet von den Christen und gemieden von den Juden. Der Kaiser könne sich nicht gut eine Vorstellung machen von der Lage eines Juden, der nicht genug Geld besitzt, um sich durch Feste und Triumpfbogen eine Ehre zu erzwingen, die ihm nur deshalb verweigert werde, weil er Jude ist. Der Kaiser möge sich doch der Juden erbarmen und sie durch einen Tropfen vom Balsam seiner Güte beglücken. Der Kaiser und der Staatsrat habe zwar bereits einmal den Juden aufgetragen, die tatsächliche Lage der Judenschaft darzustellen, die Aufforderung sei aber leider an jene ergangen, die gerade der Bedrükkung ihrer Brüder die Erhaltung ihres bequemen Lebens verdanken, die nur für sich Interesse hätten und nicht imstande seien, ihre persönlichen Interessen der Gesamtheit zum Opfer zu bringen. Und darum blieben die Juden verachtete und unterdrückte Kreaturen, wie sie es früher waren.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Das von biblischem Pathos getragene und die Gefühlserregung seines Autors verratende Memorandum trug die Unterschrift Bernard Brüll ohne nähere Angabe eines Wohnsitzes. Erst dann, als das Gesuch aus Wien dem Gubernium zur Erhebung eingesendet worden war, wurde ermittelt, daß dessen Verfasser ein 15jähriger jüdischer Student des ersten Jahrgangs der philosophischen Fakultät an der Prager Universität Bernhard Brüll war, der in Prag geborene Sohn des im Juni des Jahres 1831 verstorbenen, recht vermögenden Prager jüdischen Kaufmanns Samuel Löw Brüll und dessen Gattin Rebekka, bei welcher der Gesuchsteller damals lebte. Durch seine Einvernahme bei der Stadthauptmannschaft wurde festgestellt, daß die Eltern aus dem talentierten und edeldenkenden Knaben einen Gelehrten machen wollten, ihm deshalb alle Wünsche erfüllten und ihm Hauslehrer für Religion und Sprachen hielten, so daß der Junge schnell heranreifte. Unter dem Einflusse der zu Hause vernommenen Räsonanz des Talmuds und der Klagen über die Unterdrükkung der Judenschaft, namentlich was das Wohnrecht betrifft, und verführt durch die ohne rechte Wahl genossene Lektüre entschloß sich der junge Brüll, der damals fleißig an der Universität studierte, im Geheimen an den Kaiser ein Gesuch um die rechtliche Gleichstellung der Juden mit den Christen zu richten, wobei er damit nur den kulturellen Fortschritt im Sinne hatte. Die Andeutung des Gesuchswerbers über Erhebungen der jüdischen Verhältnisse bezog sich auf eine drei Monate vor der Ankunft des Kaisers in Prag in den Zeitungen abgedruckte Allerhöchste Entschließung, mit welcher der Kaiser angeordnet hatte, daß der Staatsrat die Steuerverhältnisse der Juden entsprechend regulieren solle, jedoch so, daß dabei der Ertrag der Judensteuer nicht sinken dürfe. Im Kreise der Bekannten des Brüll wurde über die Sache viel gesprochen und den Juden selbst die Schuld gegeben, weil sie nicht die Wahrheit über die Lage der Judenschaft im Lande sprächen. Insbesondere wurde damals unter den ärmeren Juden behauptet, daß die Eigentümer der Judenhäuser eine Erweiterung der Wohnrechte der Prager Judenschaft auf die Christenstadt selbst nicht wünschen, damit dadurch nicht die Zahl ihrer Mieter und die Höhe des Mietzinses sinke. Nach Aussage des Brüll habe es sich ihm bei der Einbringung des Gesuches vor allem um die Ausdehnung des Wohnrechtes der Juden über die Judenstadt hinaus,[8] um die Aufnahme der Juden in den Staatsdienst und um das Recht zur Erwerbung von Grundbesitz gehandelt. Die sympathische Erscheinung des Brüll machte auch auf die Stadthauptmannschaft guten Eindruck, so daß sie sich mit der Ermahnung begnügte, er möge sich lieber dem Studium widmen und seine Fähigkeiten zu Gunsten des praktischen Lebens nützen; die ganze Affäre schloß sodann mit einer milden Relation des Stadthauptmanns an das Gubernium, in der Hoch sich dafür

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

aussprach, den Brüll, einen wohlgesinnten und fleißigen Studenten, nicht für diese jugendliche Unbesonnenheit zu bestrafen, zu der er nach seiner Aussage nur durch Gesellschaft und Lektüre verführt worden sei. Nichtsdestoweniger ist Brülls interessantes Memorandum ein ausgesprochenes Zeugnis für das erstarkte Selbstbewußtsein der intelligenten Judenheit und für ihre lebhafte Sehnsucht, volle Gleichberechtigung mit der übrigen, christlichen Bevölkerung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu erlangen.[9]

Zu jener Zeit war bereits die Aktion zur Reformierung des jüdischen Gottesdienstes nach dem Muster des Wiener Tempels, und namentlich auch zur Einführung des Deutschen in den Synagogen, in vollem Gange. Nach dem obenerwähnten, mißlungenen Verfahren über den Beerschen Vorschlag vom Jahre 1820 gab unmittelbaren Anlaß zu neuen Verhandlungen in dieser Sache eine im deutschen Amtsblatte „Prager Zeitung" am 1. März 1832, dem Tage des 40-jährigen Regierungsjubiläums Kaiser Franz I., abgedruckte Aufforderung einer unbekannten „edlen" Dame. Unter Berufung auf das Beispiel von Wien, Pest und Preßburg, wo schon damals deutsche Predigten in den jüdischen Synagogen eingeführt waren, verkündete die Ungenannte, daß sie entschlossen sei, zu Zwecken der Einführung deutscher Gottesdienste und Predigten auch in Prag 2000 fl zu widmen, und zwar so, daß sie auf drei Jahre je 400 fl. jährlich jenem jüdischen Prediger zusichere, der sich verpflichten würde, von Zeit zu Zeit deutsch zu predigen; aus den restlichen 800 fl. wolle sie einen Fond für ähnliche Zwecke errichten. Zugleich sprach die Unbekannte auch die Hoffnung aus, daß der deutsche Prediger außerdem ein jährliches Einkommen auch von den Juden erhalten werde; falls es dazu nicht käme, versprach sie, die restlichen 800 fl. entweder auf einmal, oder zu je 400 fl. jährlich unter der Bedingung auszubezahlen, daß der Prediger sich die behördliche Bewilligung zur Abhaltung deutscher Predigten nach Wiener Muster verschaffe. Außer der Berufung auf das bereits erwähnte Hofdekret vom Jahre 1820, das die Ausmerzung der veralteten Unzuträglichkeiten aus den Synagogen und die Einführung eines Geistes wahrer Frömmigkeit in den jüdischen Gottesdienst forderte, war der Aufforderung auch der Text einer aus dem obenzitierten Schriftchen des Arader Oberrabbiners Aron Chorin „Treuer Bote" (herausgegeben in Prag im Jahre 1831) abgedruckten Aufforderung an die jüdischen Vertreter vom 21. Oktober 1820 beigeschlossen. Dieser Aufruf der niederösterreichischen Regierung wandte sich mit Berufung auf einen Vorschlag zur Verbesserung des jüdischen Kultus in Wien, an die Vertreter der Judenschaft mit dem Ersuchen, bis Ende November 1821 den Entwurf eines Gebet- und eines Gesangbuches für den neuen Kultus vorzulegen, damit so der Allerhöchste Wille des Kaisers wohl erfüllt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

werden könne. Der Aufruf der unbekannten Dame (verbarg sich nicht vielleicht Dormitzer unter dieser anonymen Aktion?) endete mit einem Appell an die jüdischen Prediger, sie möchten durch die Erfüllung dieser Aufforderung sich ein ewiges Denkmal in den Herzen aller gläubigen Juden errichten und so am Besten das kaiserliche Regierungsjubiläum feiern. Anfragen und Anerbietungen von Predigern sollten an die Expedition der Prager Zeitung unter der Chiffre Lz. eingesendet werden.[10]

Noch, bevor die landesfürstlichen Behörden Gelegenheit gefunden hatten, sich mit den Erfolgen der Aktion der unbekannten Dame zu beschäftigen, meldete sich Jakob Dormitzer mit dem von uns bereits erwähnten Vorschlag, von dem einen Teil auch der Plan der Einführung deutschen Gottesdienstes und deutscher Predigten in den Synagogen bildete, der wie vom Magistrat so auch von der Stadthauptmannschaft und dem Gubernium mit Sympathie aufgenommen wurde. Bald darauf wendete sich ein neuer „Verein zur Verbesserung des israelitischen religiösen Kultus", der unmittelbar nach dem erwähnten Aufruf vom 1. März entstanden war, an das Gubernium. An der Spitze des neuen Vereines standen einige fortschrittliche Prager Juden, insbesondere der erste und der dritte Gemeindeälteste Pissling und Landau, die Großkaufleute Leopold v. Lämel und Leopold Jerusalem, Nathan Dormitzer, der jüdische Steuerdirektor und Direktorstellvertreter W. Dormitzer und J. Wiener, der uns schon bekannte Lehrer an der jüdischen Hauptschule Peter Beer, der supplierende Religionslehrer der jüdischen Gymnasialjugend JUDr. und Phil. Dr. W. Wessely, die Repräsentanten der Prager jüdischen Kaufmannschaft S. B. Hirsch, der bereits erwähnte Jakob Dormitzer, der Kartonnagenfabrikant L. Epstein, Salomon Löw Kuh, Jakob Lieben, Samuel Lippmann, MUDr. H. Wehle und der Košířer Steuereinnehmer der Judensteuer Ludwig Pollák, der, wie es scheint, der Initiator und die Seele des neuen Vereines war. Der neue Verein machte es sich zur Aufgabe, im Sinne des Hofdekretes vom 23. Jänner 1820 den bisherigen, Geschmack und Verstand beleidigenden jüdischen Gottesdienst nach Wiener Muster von allen üblen Gewohnheiten, dem Lärm und den unnatürlichen Gestikulationen zu befreien und in den öffentlichen Gottesdienst den richtigen Geist wahrer Frömmigkeit durch deutsche Predigten und Gebete und Chorgesang mit Orgelbegleitung einzuführen.

Bereits am 11. März 1832, also kurz nach Veröffentlichung des erwähnten Aufrufes, versammelten sich 54 aufgeklärte, von der Notwendigkeit einer zeitgemäßen Reform des jüdischen Gottesdienstes überzeugte Juden und sprachen sich einmütig für die Notwendigkeit eines geregelten Kultus aus. Zur Erreichung dieses Zieles schlossen sie sich sogleich zu einem Verein zusammen und wählten einen 18-gliedrigen Ausschuß, mit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Leopold Edlen v. Lämel als Obmann und Leopold Jerusalem und M. J. Landau als Obmannstellvertretern an der Spitze. Sekretär des Vereines, in dessen Mitte sich drei Sektionen, eine technische, eine Wirtschafts- und eine lithurgische, bildeten, wurde Luwig Pollak.[11] Bereits von Anfang an hatte aber der neue Verein mit den Hindernissen zu kämpfen, welche seinen Bestrebungen von den Prager Oberjuristen in den Weg gelegt wurden, die darin den Ausfluß gefährlicher Neuerungsbestrebungen erblickten. Bald nach der Konstituierung des Vereines wurde über ihn von feindlicher Seite das irreführende Gerücht verbreitet, er habe sich aufgelöst, weil er bei den landesfürstlichen Behörden keine Unterstützung gefunden habe. Der Vereinssekretär L. Pollak wandte sich deshalb schon am 30. Juli 1832 an das Gubernium mit der Bitte, ihm zu gestatten, daß er in den Zeitungen eine Proklamation zum Abdruck bringe, in der er diese irrigen, tendentiösen Gerüchte widerlegte und die Prager Judenschaft zum Eintritte in den Verein aufforderte, dessen Tätigkeit dahin gehe, „den Willen aller besseren Juden" zu erfüllen und eine Einrichtung zu treffen, die schon so unendlich lange entbehrt werde.[12]

Der Gubernialrat Hartmann widmete dem Gesuche des Vereins, das ihm ins Referat zugeteilt wurde, eingehende Aufmerksamkeit; sein umfangreiches Gutachten, das sich auf die Priora bis ins Jahr 1820 gründete, gab eine Übersicht über die Entwicklung dieser Bewegung vom Hofdekrete vom Feber 1820 an bis zur Gründung des Vereines. Es handelte sich dem Referenten hauptsächlich um die Frage, ob dem seinerzeitigen Ansuchen des neuen Vereines willfahrt werden könne, daß ihm zur Abhaltung des geregelten Gottesdienstes und der deutschen Predigten die alte Schule (Altneusynagoge), die infolge ihres schlechten Zustandes vorerst gründlich hergerichtet werden müßte, in Benützung gegeben werde. Die Verhandlungen mußten beschleunigt werden, weil der Verein die Vierzigjahrfeier der Kaiserkrönung am 9. August 1832 bereits in den neuen Räumlichkeiten zu feiern wünschte. Die größte rechtliche Schwierigkeit, nämlich die Liquidation der Rechte an den Erbsitzen in jener Synagoge, beseitigte der Verein zum größten Teile selbst durch Abmachungen mit deren Inhabern, die entweder mit den Tendenzen des Vereines übereinzustimmen erklärten oder damit einverstanden waren, daß ihre Sitze in der alten Synagoge sei es ausgezahlt oder gegen Sitze in anderen Prager Synagogen ausgetauscht würden.

Wie im Jahre 1820, so stellten sich auch diesmal vor allem die Prager Rabbiner den Plänen des neuen Vereines entgegen. Der Oberjurist Samuel Landau brachte gegen das Ansuchen des Vereines um Abtretung der alten Synagoge einen energischen Protest ein, in dem er „mit dem fanatischen Eifer eines finsteren Geistlichen" (wie sich der Gubernialreferent in seinem Votum ausdrückte) im Ganzen die bereits aus den

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Verhandlungen über die Reformvorschläge vom Jahre 1820 bekannten Einwände wiederholte: der Vorschlag gehe vom Auswurf der Judenschaft aus, nämlich aus dem Kreise jener vermögenden Juden, die eigentlich keine Religion haben und mit ihrem Antrage in Böhmen das Gleiche wollen, um das sich eine ähnliche Gesellschaft, nämlich eine Sekte in Preußen vergebens bemüht habe; diese ungläubigen, gewissenlosen Juden wollten damit nur ihren religiösen Indifferentismus verbergen, um ohne Religion leben zu können. Sie bemühten sich damit nur, die preußischen Puristen nachzuahmen, die als Deisten eine Religion der Vernunft einführen wollten, was auch für andere Religionen gefährlich sei und deshalb auf den Rat der preußischen Kirchenbehörden nicht bewilligt worden sei. Von dem Geiste, von welchem diese Juden beherrscht seien — so fuhr Landau in seinem scharf gehaltenen Proteste fort — zeugt am Besten die skandalöse Schrift des Berliner Juden Saul Bacher: „Schicksal, das der christlichen Religion bevorsteht". Dieser Geist, der Ordnung und Glauben ganz zu untergraben droht, müsse darum auch in Prag im Keime erstickt werden, wo die größte und älteste, an 9000 Seelen zählende jüdische Gemeinde bestehe, von denen mindestens 8800 der Religion ihrer Väter treu ergeben seien und den Versuch, in die jüdische Gemeinde Schisma und Zwiespalt zu säen, nur schwer ertrügen. Nun beabsichtige der Verein, sich gegen alles Recht auch der alten Synagoge, der ältesten in Prag, zu bemächtigen und die ungestörte Heiligkeit dieses Gotteshauses durch deutsche Predigten zu entweihen, die in dem neuen Kultus alle bisherigen religiösen Zeremonien ersetzen sollen. Da diese Prediger dem gemeinen Volke unverständlich seien, wollten sie in die religiöse Wildnis nur die intelligenteren Juden einführen und so die bisherigen Religionslehrer unterdrücken und erniedrigen, die durch ihre ehrenvolle und rechtschaffene Führung der Prager jüdischen Gemeinde deren Vertrauen genössen. Die Inhaber der Sitze in der alten Synagoge — fährt Landau fort — seien mit der beantragten Änderung keineswegs zufrieden und auch die ganze Prager Judengemeinde sei dadurch aufs äußerste aufgebracht; von einem Ausbruche ihres Widerstandes halte sie nur die ihnen bekannte Tatsache ab, daß er, Landau, in ihrem Namen diesen Protest gegen das Gesuch des neuen Vereines überreiche. Über Antrag des Referenten Grafen Hartmann wendete sich das Gubernium noch vor der Entscheidung über die Frage an die niederösterreichische Regierung und an die Statthalterei in Pest mit der Anfrage, wie bei dem analogen Verfahren in Wien vorgegangen worden sei, was für Hindernisse dagegen aufgetreten und wie sie beseitigt wurden, wie jetzt in Wien der jüdische Gottesdienst abgehalten werde, was für Gebetbücher dabei im Gebrauche und welche Gesänge üblich sind, mit was für einem Gehalt dort der deutsche Prediger angestellt worden sei, wie

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

das gottesdienstliche Lokal beschafft und eingerichtet, aus welchen Mitteln es erhalten werde, welche jüdischen Schichten am neuen Gottesdienste teilnehmen, ob alle oder nur die gebildeteren Juden, wie sich die Reform bewährt habe, und schließlich, was für einer Förderung sich die neuen Bestrebungen von Seiten der Behörden erfreuten. Als dann die beiden verlangten Berichte eingelangt waren, trat das Gubernium das Gesuch, wie üblich, mit allen zugehörigen Akten am 28. Juli 1833 der Stadthauptmannschaft zur Äußerung ab.

Der Bürgermeister Sporschill, der, wie wir bereits gehört haben, im Prinzip den Tendenzen des neuen Vereines geneigt war, konnte nicht anders, als objektiv auf die rechtlichen Schwierigkeiten hinzuweisen, die sich aus dem nicht geregelten Verhältnisse zu den Eigentümern der Sitze in der alten Synagoge ergaben, und versprach, sich um die endliche Einberufung der Kommission zur Revision der in den Büchern über die Besitzverhältnisse an den Plätzen in den Prager Synagogen herrschenden Unordnung zu bemühen, denn diese Kommission sei bereits vor mehreren Jahren eingesetzt worden, bisher aber überhaupt noch nicht zusammengetreten. Die Kommission sollte mit ihren Arbeiten in der alten Synagoge beginnen, in der sie eine genaue Verzeichnung der Sitze vorzunehmen und mit deren Eigentümern einen eventuellen Vergleich zu verabreden hätte. Sporschill empfahl, in den näheren Verhandlungen über das Ansuchen des Vereines auf Abtretung der Synagoge erst nach dem Ergebnisse dieser Arbeiten fortzufahren. Mit dessen Meinung erklärte sich auch der Stadthauptmann Hoch durchaus einverstanden, wobei er zugleich darauf aufmerksam machte, daß mit Rücksicht auf den Widerstand des Rabbiners Landau gegen jegliche Neuerung überhaupt nötig sein werde, vorsichtig zu verhandeln. Als sodann Ende November die Vertreter des Vereines den Stadthauptmann um die Erlaubnis zur Drucklegung eines neuen Aufrufs zum Beitritte in den Verein ersuchten, empfahl er, dem Gesuche stattzugeben und zwar, mit Rücksicht darauf, daß nach einer amtlichen Erhebung damals in der alten Synagoge nur 36 Erbsitze bestanden, deren Eigentümer sich wahrscheinlich dem Vereine anschließen würden, besonders, da bereits manche der alten Juden in ihrem Widerstande nachließen und begännen, sich den Reformbestrebungen des Vereines günstiger zuzuneigen. Als hernach im April 1834 die erwähnten 36 Erbsitzeigentümer sich tatsächlich dem Wunsche um Einführung eines verständlichen Gottesdienstes in der alten Synagoge anschlossen, war das Haupthindernis gefallen, und das Gubernium erklärte in einer Zuschrift an den Stadthauptmann vom 22. April 1834, es sei nunmehr der Meinung, daß kein Grund weiter vorhanden sei, dem Vereine die Abtretung der alten Synagoge zu Zwecken eines regulierten jüdischen Kultus zu verweigern.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Der Optimismus des Guberniums war aber damals noch verfrüht. Einzelne der Eigentümer von Erbsitzen lehnten es, wahrscheinlich unter dem Einflusse der Oberjuristen, ab, sie abzutreten. Der Stadthauptmann sprach jedoch die Hoffnung aus, daß es dem Vereinsausschusse gelingen werde, auch dieses letzte Hindernis zu beseitigen, insbesondere, wenn das Gubernium deutlich zu verstehen geben werde, daß es den Tendenzen des Vereines geneigt und bereit sei, dem neuen Vereine die alte Synagoge abzutreten. Erst im Jänner 1835, als alle diese Hindernisse definitiv hinweggeräumt waren, meldete der Stadthauptmann Hoch dem Gubernium am 25. Jänner, daß die alte Synagoge endlich dem Verein zur Benützung übergeben wurde, der die Absicht hatte, dort am 12. Feber, dem Geburtstage des Kaisers, den ersten Gottesdienst abzuhalten. Das Gubernium, das nun seine Sympathien mit den Verbesserungstendenzen des neuen Vereines öffentlich kundtun wollte, nahm in seinem Schreiben an die Stadthauptmannschaft und den Magistrat vom 30. Jänner 1835 den Bericht Hochs über die definitive Einigung mit den Erbsitzinhabern mit Freuden zur Kenntnis und sprach dem Stadthauptmann und dem Bürgermeister für diesen Erfolg ihrer Verhandlungen zur Erzielung einer Verbesserung, die sich der Kaiser selbst bereits im Jahre 1820 gewünscht hatte, seinen Dank aus. Dem Magistrate wurde gleichzeitig aufgetragen, er möge eine solche Befriedigung des Guberniums auch dem Ausschusse des Vereines und den jüdischen Ältesten, die sich ebenfalls um den gedeihlichen Verlauf der Verhandlungen bemüht hatten, verdolmetschen. Das Gubernium genehmigte zugleich auch formell, daß die alte Synagoge mit den zugehörigen Nachbarrealitäten, namentlich mit dem Hause NC. 142/V und $^5/_8$ des Hauses NC. 141/V und der ganzen Inneneinrichtung der Synagoge dem Vereine auf die Dauer seines Bestandes zur Abhaltung eines geregelten Gottesdienstes in deutscher Sprache in Benützung gegeben werde. Eigentümer der Synagoge und der beiden Nachbarhäuser sollte jedoch auch weiterhin die Prager jüdische Gemeinde bleiben, die nicht verpflichtet sein sollte, dem Verein für die Adaptation Beiträge zu leisten. Für den 12. Feber wurde dem Verein die Bewilligung erteilt, in der neuerworbenen Synagoge den ersten Gottesdienst nach Wiener Muster abzuhalten. Der Verein sollte dem Gubernium einen Antrag auf Ernennung des neuen Rabbiners und dessen Gehalt erstatten und auch die beabsichtigten Gebete und Gesänge, sofern es nicht die gleichen wie die in Wien angewendeten sein sollten, der Zensur vorlegen. Das Gubernium machte jedoch seine Bewilligung von der Bedingung abhängig, daß – wie es sich von selbst verstehe – die Abhaltung des verbesserten religiösen Kultus unter der Oberleitung des Oberjuristen verbleibe.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die formale Übergabe der alten Synagoge an den Verein zur Benützung zwecks Einführung des neuen gottesdienstlichen Kultus nach dem Muster des Wiener Tempels mit deutschen Gebeten, Predigten und Orgelbegleitung bedeutete für den Verein die Möglichkeit, an die tatsächliche Erfüllung seines Reformprogrammes zu schreiten. Die Eröffnungsfeier am 12. Feber als dem Geburtstage des Kaisers, mit welcher die Tätigkeit des Vereines in der alten Synagoge begonnen werden sollte, sollte gleichzeitig die breiteren Schichten der Prager Judenschaft von Neuem auf den Verein und seine Bestrebungen aufmerksam machen und ihm weitere Mitglieder gewinnen. Nach dem genehmigten Programme sollte die Feier in der ausgeschmückten alten Synagoge um neun Uhr vormittag mit einem gesungenen Einleitungsgebete Matowo, das von einem Knabenchor einstudiert worden war, beginnen, worauf nach einem vom Vorsteher der Judengemeinde M. J. Landau verfaßten Festpsalm der Vorsteher der alten Synagoge aufgefordert werden sollte, den Vertretern des Vereines die Schlüssel und das Inventar der Synagoge zu übergeben, wobei die schmeichelhafte und den Vereinsbestrebungen günstige Zuschrift des Guberniums vom 30. Jänner verlesen werden sollte. Nach einer Festrede des Kreisrabbiners Dr. Frankel und einem hebräischen Gebete für das Heil des Kaisers und der Absingung der Hymne sollten sich die Teilnehmer in das jüdische Rathaus begeben, wo sodann im Beisein der Regierungskommissäre ein Protokoll über die Übergabe der Synagoge an den Verein aufgenommen werden sollte. Die gelungene Feier führte dem Verein viele neue Mitglieder zu.

Die Feier mußte allerdings in der noch nicht hergerichteten Synagoge vor sich gehen, da deren schlechter Zustand nicht gestattete, darin einen richtigen Gottesdienst abzuhalten. Es mußte deshalb zu ihrer gründlichen inneren und äußeren Adaptierung geschritten werden, deren Durchführung nach einer Entscheidung des Guberniums dem Verein selbst zur Last fiel. Da eine, unter der Mitgliedschaft im Juni und Juli 1835 vorgenommene private Sammlung nur 7785 fl. Konv. M. einbrachte, die nicht hinreichten, um den Umbau der Synagoge und der beiden angrenzenden Häuser durchzuführen, wendete sich der Vereinsausschuß Anfangs Juli an das Gubernialpräsidium mit der Bitte, ihm eine fünfprozentige verzinsliche Anleihe von 15.000 fl. mit Obligationen zu je 50 fl. zu bewilligen, wobei er sich darauf berief, daß auch der Wiener Tempel auf ähnliche Art entstanden sei, der dem Prager Vereine zum Vorbild gedient habe. Das Gubernium willfahrte dem Ansuchen des Vereines mit Erlaß vom 22. Oktober 1835 unter der Bedingung, daß die Regierung für diese Anleihe, die doch Sache privaten Vertrauens der Gläubiger zum Vereine sei, keine Haftung übernehme, und daß deren Ertrag lediglich der Adaptierung der alten Synagoge und der beiden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nachbarhäuser gewidmet werden muß. Als jedoch der Verein am 21. August 1835 an das Fiskalamt mit dem Ersuchen um Eintragung dieser zwei Häuser (NC. 141 und 142/V) in die Grundbücher herantrat (er hatte sie nämlich irrtümlich in den Anleihebedingungen als Hypothekarsicherheit für die Anleihe angeführt), wurde er vom Gubernium nach einem ablehnenden Gutachten des Fiskalamtes mit der Begründung abgewiesen, daß diese Häuser nach der Übereinkunft über die Übergabe der Synagoge nicht Eigentum des Vereines seien, daß er sie vielmehr, ähnlich wie die Synagoge, nur für die Dauer seines Bestandes zur Benützung erhalten habe. Während der Verein behauptete, daß das Haus zur Gänze und nicht nur zu $^5/_8$ der alten Synagoge gehöre, wurde durch behördliche Erhebung sichergestellt, daß $^3/_8$ seines Ertrages bereits seit dem Jahre 1780 dem jüdischen Spital in Prag gehörten, weshalb das Gubernium über Antrag des Fiskalamtes am 14. Mai 1836 entschied, daß der Verein für dessen Benützung dem Spital jährlich 60 fl. auszuzahlen habe.[13] Der Verein versuchte zwar im Jahre 1838, vom Gubernium eine Bestätigung des uneingeschränkten Eigentums an dem Hause NC. 142 zu erhalten, wurde aber am 19. April 1839 vom Gubernium neuerlich abgewiesen unter Hinweis auf die frühere Entscheidung, nach welcher die Prager jüdische Gemeinde Eigentümerin des Hauses geblieben sei.[14] Als dann der Verein im Jahre 1840 die Zahlung der vereinbarten jährlichen Gebühr von 60 fl. vom Hause NC. 141 an das jüdische Spital verweigerte, wurde ihm dies vom Gubernium am 20. April 1843 von Neuem nachdrücklich aufgetragen.[15]

Als der Verein Ende 1835 auf Grund der Bewilligung des Guberniums vom 25. Juni des gleichen Jahres nach den Plänen des Baumeisters J. H. Krane die alte Synagoge umzubauen begann, war er nicht wenig überrascht durch einen Erlaß des Guberniums vom 19. Oktober 1835, mit welchem ihm ohne Angabe von Gründen verordnet wurde, den Bau bis auf weiteres gänzlich einzustellen, trotzdem das Gebäude damals schon ganz unter Dach war. Veranlassung zu diesem Verbote war eine Beschwerde des Pfarrers zum Heil. Geist in der Nähe der alten Synagoge, der sich dadurch betroffen fühlte, daß er vor Beginn des Baues nicht zur Baukommission zugezogen worden war, und das Gubernium durch Vermittlung des erzbischöflichen Konsistoriums darauf aufmerksam machte, daß der Bau ein großes Portal und einen Eingang von der Gasse aus habe, was durch das Hofdekret vom 13. Oktober 1781 verboten worden sei; außerdem liege die Synagoge in der Christentadt gegenüber der Kirche zum hl. Geist, wodurch der katholische Kultus geschädigt und gestört würde. Erst, als der Verein Mitte März 1836 um eine Erklärung für das Bauverbot vorstellig wurde, ließ das Gubernium die Sache erheben und widerlegte in einer Antwort an das erbischöfliche Konsistorium die Ein-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wände des Pfarrers durch den Hinweis darauf, daß der Pfarrer nicht unmittelbarer Nachbar der Synagoge sei, so daß der Pfarrer zur Baukommission nicht geladen werden mußte, und außerdem sei die Kirche zum hl. Geist von einem breiten Hof und einer Mauer umgeben und habe auch einen Zugang aus einer anderen Gasse gegenüber von Christenhäusern, weshalb keine Gefahr einer Störung des katholischen Kultus bestehe. Das vom Pfarrer zitierte Hodfekret habe sich übrigens ausdrücklich nur auf die akatholischen Bethäuser des Augsburger und Helvetischen Bekenntnisses und der nichtuniierten Griechen, keineswegs auf jüdische Synagogen bezogen, so daß auch in dieser Hinsicht die Einwendungen des Pfarrers unbegründet seien. Da sich das Konsistorium mit dieser Aufklärung zufriedenstellte, erlaubte das Gubernium in der zweiten Hälfte April dem Vereine, den Bau fortzusetzen. Noch im Jahre 1837 war der Umbau der Synagoge und der beiden Nachbarhäuser fertiggestellt.[16]

Zugleich mit den Vorbereitungen zur Gewinnung und zum Umbau der alten Synagoge bemühte sich der Verein, auch einen geeigneten Prediger ausfindig zu machen, der seinen Tendenzen entsprechen würde und befähigt wäre, in der alten Synagoge Predigten und Gottesdienst in deutscher Sprache abzuhalten. Er fand ihn auch schon in der Mitte des Jahres 1835 in der Person des Ph. Dr. Leopold Zunz aus Berlin, der bereit war, das neue Amt zu übernehmen, allein nur unter der Bedingung, daß er nicht den Prager Oberjuristen unterstellt würde, wie es das Gubernium in dem obenerwähnten Erlasse vom 30. Jänner 1835 über die Abtretung der alten Synagoge an den Verein, angeordnet hatte. Als dann der Verein im Juli 1835 sein Gesuch um Genehmigung des neuen Predigers und seiner Dispensierung als eines Ausländers von den Bedingungen des Systemalpatentes vom Jahre 1797 mit der Forderung der Anerkennung seiner Unabhängigkeit von den Oberjuristen verband, wurde das Gesuch in diesem Punkte vom Gubernium am 24. Juli 1835 nachdrücklich mit der Begründung abgelehnt, daß nach den gesetzlichen Vorschriften die Bewilligung zur Durchführung des verbesserten jüdischen Kultus einzig und allein unter der Bedingung erteilt werden könne, wenn die Oberaufsicht darüber dem Kollegium der Prager Oberjuristen verbleibe. Ansonsten hatte das Gubernium gegen die Genehmigung des neuen Predigers keine Einwendung und machte deshalb den Verein gleichzeitig darauf aufmerksam, daß er sein Gesuch um Dispensierung des Dr. Zunz wiederholen könne. Das Gubernium verfolgte mit der Unterstellung des deutschen Predigers unter die Oberaufsicht der Oberjuristen, wie wir wissen, die Absicht, der Uneinigkeit in der Prager Judengemeinde zu steuern, indem es verhindern wollte, daß etwa die beleidigten Oberjuristen unter den Gläubigen gegen den Prediger arbeiten.[17]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Der neue Prediger machte aber die Übernahme seiner Funktion von der vollständigen Unabhängigkeit gegenüber den Oberjuristen abhängig, über deren Abneigung gegen ihn und gegen die Tendenzen des Vereines er nicht im Zweifel zu sein brauchte. Übrigens hatte der Vereinsausschuß selber keine Lust, seine Reformtätigkeit unter der unfreundlichen Aufsicht der Oberjuristen zu beginnen, und so versuchte er, in einem umfangreichen Memorandum vom 1. Juni 1936 das Gubernium von der Berechtigung seines Ansuchens um Unabhängigkeit für seinen Prediger zu überzeugen. In einer ausführlichen, bis zu den Wurzeln der jüdischen Kultusverwaltung gehenden Argumentation, die wahrscheinlich der neue Prediger ausgearbeitet hatte, wurde die Rechtsstellung der Oberjuristen und deren Berechtigung zur Aufsicht über allen jüdischen Gottesdienst einer scharfen Kritik unterzogen. Unter Berufung auf das Systemalpatent vom Jahre 1797 machte der Verein darauf aufmerksam, daß sich in dessen Bestimmungen über die Rechte der Juden nirgendwo eine Anordnung gegen die Anstellung eines Predigers finde. Die Institution der Oberjuristen stamme – so führte der Verein aus – aus einer Zeit, da die jüdische Gemeinde ihre eigene Jurisdiktion hatte, die in erster Instanz über Streitigkeiten unter den Juden nach dem mosaisch-rabbinischen Kodex entschied. Dieses aus den Oberjuristen und den Gemeindeältesten bestehende Richterkollegium habe aber mit der Einführung der Jurisdiktionsnorm und der allgemeinen Gerichtsordnung zu bestehen aufgehört, so daß den Oberjuristen nurmehr ihr historischer Name geblieben sei, der noch an ihre ehemalige tatsächliche Richterfunktion erinnere. Die Oberjuristen hätten demnach kein gesetzliches Recht mehr auf irgendeine religiöse Funktion, und auch die Entscheidung über Fragen des jüdischen Zeremoniells und des Frauenbades sei ihnen von Seiten derjenigen, die Anfragen an sie richteten, nur als ein bloßer Ausdruck der Achtung vor jedem Talmudkenner belassen worden. Zu derartigen Ratschlägen sei aber auch Dr. Zunz berechtigt, da er das Diplom „Morenu" besitze. Die jüdischen gottesdienstlichen Gebete würden z. B. im österreichischen Italien und in Wien in drei verschiedenen Lithurgien, der deutschen, portugiesischen und polnischen, abgehalten, die alle zu dem allgemeinen mosaischen Bekenntnisse gehören, so daß man hier nicht von Sekten sprechen könne. Der für die Erbauung und Erhebung der jüdischen Gemeinde wichtige Gottesdienst bedürfe einer zeitgemäßen Änderung, wie alle fortschrittlichen Juden zugäben. Nur die Oberjuristen in Prag hingen noch aus Mangel an wissenschaftlicher Bildung an den veralteten Gewohnheiten und hemmten jeden Fortschritt. Es könne ihnen deshalb die oberste Leitung dieses reformierten Gottesdienstes nicht anvertraut werden, wozu ihnen Eigenschaften, Fähigkeiten, und insbesondere der gute Wille fehle.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Der Prediger – so führte der Ausschuß weiters an – habe keine Funktionen, die ausschließlich nur den Oberjuristen anvertraut werden müßten, und er habe auch alle übrigen religiösen Funktionen, zu denen übrigens nach den jüdischen Religionsgrundsätzen jeder Gläubige ohne besondere Autorisation berechtigt sei, wie z. B. gottesdienstliche Ansprachen, Predigten, Konfirmationen, Segenssprüche für Neuvermählte und Wöchnerinnen, Gebete für Kranke und Verstorbene, die Einsegnung der Neugeborenen, die Vornahme von Trauungen in der Synagoge, Begräbnisse, Vorträge über Homiletik für Rabbinatskandidaten und Predigtamtsanwärter und ähnliche. Die Hauptaufgabe des Predigers bleibe allerdings das Predigen, das bis dahin zum Schaden der jüdischen Gemeinde sehr vernachlässigt worden sei. Eine Remedur für den Kultus im ganzen Lande müsse hauptsächlich das deutsche Predigen schaffen, dazu sei aber niemals die Einwilligung der Oberjuristen erforderlich gewesen. Nach den jüdischen Gesetzen könne sich jeder erwachsene Jude selber trauen, so daß die Funktion des Rabbiners bei der Trauung eine bloße Übertragung dieses Rechtes eines jeden erwachsenen Juden auf den Rabbiner und daher keine geistliche Funktion sei. Deshalb beabsichtige der Verein auch, diese Vornahme von Trauungen in der alten Synagoge auf den neuen deutschen Prediger zu übertragen. Die üblichen Ansprachen bei Trauungen habe übrigens der Bräutigam selbst oder einer der Gäste und nur selten der Rabbiner gehalten – im Vereine werde sie der Prediger besorgen, der dazu keiner besonderen Delegation bedürfe. So werde es auch im Auslande gehalten, wo der verbesserte Ritus eingeführt ist, in Wien und in Pest, und die Wiener Einrichtung sei doch dem Vereine vom Gubernium als Vorbild hingestellt worden. Zur Vornahme von Trauungen sei der Rabbiner und der Religionslehrer berechtigt, und Dr. Zunz sei doch wirklicher Rabbiner. Übrigens sei mit der Führung des Trauungsprotokolle der Vorsteher der jüdischen Gemeinde und keineswegs die Oberjuristen betraut. Die Verlobten würden dreimal in allen Synagogen aufgeboten, beim Vorsteher der jüdischen Gemeinde müßten sie einen Revers unterschreiben, in die Protokolle werde erst die vollzogene Trauung eingetragen, und erst dann gebe der Vorsteher der jüdischen Gemeinde den Brautleuten die amtliche Bestätigung über die Trauung (den Kopulationsschein) heraus. Der, welcher die Trauung vornimmt, schreibe sich dies nur für seine eigene Legitimation in ein eigenes Buch ein und verwahre den Trauschein. Übrigens werde Dr. Zunz nur die Trauungen in der alten Synagoge vornehmen, so daß dadurch keiner der übrigen Rabbiner werde verkürzt werden. Die bisherigen Trauungen an öffentlichen Orten verletzten durch ihre Zeremonien die Gefühle der Gebildeten, und darum sei es nötig, auch auf diesem Gebiet jüdischen Zeremoniells Abhilfe zu schaffen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der Verein schloß seine umfangreichen Auseinandersetzungen mit der wiederholten Behauptung, daß die Oberjuristen weder befähigt, noch befugt seien, die Oberaufsicht über die Tätigkeit des Vereines und dessen Prediger auszuüben, und daß sie den Verein von Anfang an zugrunderichten würden, wenn ihnen diese Aufsicht überlassen würde. Übrigens vollzögen sich alle Leistungen des Predigers öffentlich und in einer jedermann verständlichen Landessprache, so daß der Verein ständig unter öffentlicher Kontrolle stehe. Indem der Ausschuß deshalb sein Ansuchen um Befreiung seines Predigers von der angeordneten Oberaufsicht der Oberjuristen wiederholte, betonte er, durch die Tendenz des Vereines zum Wohle der Gläubigen und des Staates in der Hoffnung beizutragen, daß der neue Gottesdienst sicherlich eine neue Epoche des Wohles der jüdischen Untertanen hervorrufen werde.[18]

Der Gubernialreferent Gr. Hartmann, auf dessen Gutachten hin es zu der obenerwähnten Entscheidung über die Unterstellung des deutschen Predigers unter die Oberaufsicht der Oberjuristen gekommen war, konnte nun freilich in dieser grundsätzlichen Frage nicht gut vor den Ausführungen des Vereines zurückweichen und beharrte in der Tat auch dann auf seinem früheren opportunistischen Standpunkt. Er wies in seinem Referate neuerlich darauf hin, daß das Gubernium mit seiner Forderung nach Aufsicht verhindern wollte, daß die Rabbiner den Verein als eine zersetzende Sekte erklären könnten und daß es so zu Zwistigkeiten in der Prager Judenschaft käme, da es doch bekannt sei, daß der Verein dem ungebildeten Teil der Judenschaft ohnehin schon ein Greuel sei. Übrigens hätten die gleichen Vereinsmitglieder, die dieses Memorandum unterschrieben, noch vor einem Jahre den ersten Oberjuristen Samuel Kauders, als es um seine Ernennung ging, warm empfohlen, indem sie seine wissenschaftliche Bildung und seine Verdienste in der Funktion des Kreisrabbiners gerühmt hätten, und auch Samuel Freund sei vom dritten zum zweiten Oberjuristen hauptsächlich deshalb ernannt worden, weil er sich durch seine Zustimmung zur Einführung des verbesserten Kultus in Prag Verdienste erworben habe. Eine Oberaufsicht über den jüdischen Gottesdienst sei notwendig, so führte der Referent aus, und werde seit undenklichen Zeiten von den Oberjuristen ausgeübt. Deren zivilrechtliche Machtvollkommenheit habe zwar aufgehört, aber ihre religiöse Stellung sei unverändert geblieben. An diesem grundsätzlichen Standpunkte des Guberniums könne auch der Entschluß des Dr. Zunz nichts ändern, lieber auf die Predigerstelle zu verzichten, als sich den Oberjuristen zu unterwerfen – es gebe genug andere Kandidaten. Dr. Zunz sei zudem Ausländer, auch im Auslande graduiert, so daß seine Ernennung nach Prag auch keineswegs wünschenswert sei. Übrigens sei die Oberaufsicht nach der Meinung des Referenten auch deshalb

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nötig, weil die Mißhelligkeiten des Vereines nach Informationen des Guberniums ihre Quelle auch in persönlichen Differenzen unter der Mitgliedschaft hätten. Das Gubernium stellte sich einmütig auf den Standpunkt des Referenten, und so wurde das Ansuchen des Vereines um Befreiung von der Oberaufsicht der Oberjuristen Ende Oktober 1836 neuerlich abgewiesen.[19]

Der Verein, der im April des Jahres 1837 bereits 280 Mitglieder zählte, entfaltete inzwischen eine recht erfolgreiche Tätigkeit trotz verschiedentlicher sachlicher und persönlicher Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte. Einen näheren Blick hinter die Kulissen des Vereines gewährt uns ein Ende Feber 1836 an den Oberstburggrafen Chotek gerichtetes Schreiben.[20] Der Anonymus beschwert sich darin, daß der Verein, der seine Tätigkeit verheißungsvoll begonnen habe, in der letzten Zeit die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfülle. Persönliche Eitelkeit, beleidigte Eigenliebe, Dünkel, Pedanterie und eine Reihe ähnlicher Untugenden repräsentierten, wie es scheine, die Mitglieder des Vereines, in dem nicht Einigkeit und Frieden herrschen. Zwei Mitglieder hätten schon resigniert, und der neue Prediger Dr. Zunz habe sich, ermüdet von dem gegen ihn geführten erbärmlichen und kleinlichen Intrigenspiel, seiner Funktion begeben. Die Entwicklung gehe eher zurück als nach vorwärts, und einzig der erhebliche eingenommene Geldbetrag verhindere es, daß sich der Verein infolge dieser Mißhelligkeiten auflöse. Nicht sittliche und religiöse, sondern pekuniäre Motive seien es, die noch die Mitgliedschaft des Vereines zusammenhalten. Was könne dabei herauskommen – so fragt sich der Anonymus – wenn immer und immer mehr die Hoffnung auf eine Regeneration und Besserung der Judenschaft schwindet? Der Anonymus sprach die Überzeugung aus, daß eine Abhilfe für diese traurigen Verhältnisse lediglich so möglich wäre, daß Chotek die Mitglieder des Vereines zu sich lade und zu größerer, ersprießlicherer und einiger Tätigkeit auffordere.

Einigermaßen anders als die tendenziöse Beschwerde des Anonymus klang das Gutachten des Stadthauptmanns Hoch, von dem Chotek einen objektiven Bericht über den wirklichen Zustand im Vereine einholte.[21] Hoch bestätigte zwar, daß sich zwischen der Mitgliedschaft Differenzen ergeben hätten, so bei der Aufnahme des Predigers, wie auch beim Bau der alten Synagoge, aber die Hauptschuld an der eingeschränkten Tätigkeit schrieb er einmal den jüdischen Gemeindeältesten zu, die den Verein aus Rücksicht auf die Anhänger des alten Kultus nicht unterstützen könnten, zum andern – und das insbesondere dem Einflusse der alten Rabbiner, die der Tätigkeit des Vereines ständig Hindernisse in den Weg legen, wobei sie sich die Oberaufsicht über den deutschen Prediger und auch über die alte Synagoge anmaßten. Indem er darauf

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

hinwies, ähnlich, wie dies schon vorher der Verein selbst getan hatte, daß die Rabbiner nur Privatpersonen und Lehrer seien, empfahl der Stadthauptmann, dem Ansuchen des Vereines um Befreiung von der Aufsicht der Oberjuristen zu willfahren, da ja die Juden in Prag freie Wahl der Synagoge hätten. Allein nicht einmal diese Empfehlung durch den Stadthauptmann vermochte es, wie wir gesehen haben, den grundsätzlichen Standpunkt des Guberniums zu erschüttern, das bald danach das Gesuch des Vereines abwies.

Da der Prediger Dr. Zunz, enttäuscht durch die unerfreulichen persönlichen Verhältnisse im Vereine und gekränkt durch die ihm aufgezwungene Aufsicht der ihm feindlich gesinnten Oberjuristen, auf seine Predigerfunktion verzichtete, war der Verein gezwungen, einen anderen geeigneten Prediger zu suchen, den er aus vielen sich meldenden Kandidaten in der Person des Berliner religiösen Schriftstellers und Gelehrten Phil. Dr. Michael Sachs,[22] gebürtig aus Schlesisch-Glogau, erwählte, dem er auch die Leitung des ersten Gottesdienstes in der neuhergerichteten alten Synagoge bei der Feier des Geburtstages des Kaisers am 19. April 1837, übertrug. Das Gesuch um die Bewilligung hiezu, mit dem sich der Verein Anfangs April 1837 an das Gubernium wandte, war mit einem ausführlichen Berichte über seine bisherige Tätigkeit vom Beginn seines Bestandes an, verbunden. Der Verein ersuchte das Gubernium um Schutz gegen die Oberjuristen, sollte der Verein nicht unter deren Händen zu Grunde gehen. In der Aufzählung seiner bisherigen Leistungen konnte der Verein mit Genugtuung unter anderem auch darauf hinweisen, daß er bereits vor zwei Jahren eine vom Kapellmeister F. Škroup geleitete zweiklassige Chorgesangschule für Männer und Knaben errichtet und daß dieser neue Gesangschor mehrere Male unter Begleitung einer Orgel, die in der alten Synagoge installiert wurde, insbesondere bei der Trauerfeier für den verstorbenen Kaiser Franz I. und bei der Feier der Krönung Kaiser Ferdinand V. in der Meiselsynagoge mitgewirkt habe, wohin damals das Orgelpositiv übertragen wurde, noch bevor die Orgel selbst in der alten Synagoge installiert worden war. Damit, daß sich der Verein mit der Einführung nur einiger deutscher Gesänge und Gebete begnügte, habe er auch manche Orthodoxe auf seine Seite gebracht, die auf einen ausschließlich deutschen Gottesdienst nicht eingehen wollten. Der Verein konnte unter diesen Umständen die Hoffnung aussprechen, daß nach dem Muster des Vereines bald auch in den übrigen Prager Synagogen der reformierte Gottesdienst eingeführt werden dürfte. Indem das Gubernium die Nachricht von der Eröffnung des Gottesdienstes in der renovierten alten Synagoge anläßlich der Kaisergeburtstagsfeier mit Freuden zur Kenntnis nahm, genehmigte es am 14. April provisorisch, bis zur Bestätigung durch die Hofkanzlei, die Ernennung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

des Predigers Dr. Sachs und ordnete über Empfehlung des Stadthauptmanns Hoch an, daß die Ältesten der Prager jüdischen Gemeinde zur Unterstützung des Vereines und zur Verbreitung des verbesserten Gottesdienstes aufgefordert werden sollten.[23]

Ebenso wie der frühere deutsche Prediger Dr. Zunz, so stieß auch Dr. Sachs bald auf den Widerstand von Seiten der Oberjuristen, denen er nach der Entscheidung des Guberniums unterordnet war. Das Gubernium bewilligte ihm zwar unterm 30. Juni 1837 die Delegation für die Vornahme jüdischer Trauungen, falls er den Oberjuristen die gehörigen Gebühren bezahle, daraus folgte aber, daß ihn die Oberjuristen zu diesen Aufgaben nach ihrem bloßen Gutdünken delegieren konnten. Bald zeigte es sich jedoch, daß sie nicht den guten Willen zu dieser Delegierung hatten, und daß diese Einschränkung der Rechtsstellung des neuen deutschen Predigers zu ständigen Reibungen und Unannehmlichkeiten führen werde. Der Vereinsausschuß sah sich deshalb genötigt, sich Ende August 1837 neuerdings mit der Bitte an das Gubernium zu wenden, es möge dem Dr. Sachs die Vornahme jüdischer Trauungen in der alten Synagoge nach dem Wunsche der Brautleute und ausschließlich nur innerhalb seiner Diözese ohne ausdrückliche Delegation und Einwilligung seitens der Oberjuristen und das auch nur dann gestatten, wenn sich die Brautleute mit einer Bestätigung über die Bezahlung der vorgeschriebenen Gebühren an die Oberjuristen ausweisen. Zur Unterstützung seines Ansuchens verwies der Verein von neuem darauf, daß Dr. Sachs nach den rabbinischen Gesetzen zur Vornahme von Trauungen voll berechtigt sei, so wie sie z. B. der Prediger N. Mannheimer als erster Religionslehrer in Wien ohne jedwede Delegation zusammen mit anderen religiösen Funktionen vornehme.

Wie früher trat auch diesmal der Stadthauptmann Hoch auf Seite des Vereines. Auch der Vorsteher der Prager jüdischen Gemeinde Landau, dem Hoch das Gesuch des Vereines mit seinem Gutachten vorlegte, sprach damit seine volle Zustimmung aus, und ebenso stellte er bei dieser Gelegenheit dem Prediger Dr. Sachs das beste Zeugnis aus. Hoch machte das Gubernium nachdrücklich darauf aufmerksam, daß die Verweigerung der Trauungen unstreitig zum Schaden einer weiteren gedeihlichen Tätigkeit des Vereines gereichen müsse, und empfahl deshalb, dem Gesuche des Vereines stattzugeben und dem Prediger der alten Synagoge nach dem Wiener Vorbilde nicht nur die Vornahme jüdischer Trauungen, sondern auch aller sonstigen religiösen Funktionen zu gestatten, die die anderen Rabbiner an den Prager Synagogen und auch auf dem Lande ausüben, da sonst seine Tätigkeit und seine Erfolge gehemmt würden. Ähnlich wie Landau, stellte auch Hoch dem Dr. Sachs das beste Zeugnis aus, daß er ein gebildeter Schriftsteller sei, sich gut ver-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

halte und jeglichen Kollisionen mit den Oberjuristen aus dem Wege gehe. Hoch wies auf den schädlichen Einfluß der Oberjuristen auf den deutschen Kultus hin, und berief sich hiebei auf das kürzlich erschienene Buch des Lehrers Peter Beer „Reminiscenzen", von dem wir noch sprechen werden, und in welchem der Autor diese schädliche Wirksamkeit der Prager Rabbiner klar darstelle. Solange die Oberjuristen direkten Einfluß auf die Tätigkeit des Vereines und auf seinen Prediger haben würden, und solange die Delegierung des deutschen Predigers zur Vornahme von Trauungen und anderen religiösen Funktionen von deren Gutdünken abhängig sein werde — so schloß der Stadthauptmann sein Gutachten — sei ein rascheres Fortschreiten in der Durchführung der Vereinsbestrebungen nicht zu erwarten. Die Prager Juden, überzeugt von der Wohltat eines verbesserten Kultus, möchten ihn auch in der neuen Synagoge einführen, wo sie einen guten deutschen Prediger, Hamburger, eingesetzt hätten, aber unter dem Einflusse des reichen Juden Porges und der Oberjuristen sei alles beim Alten geblieben; auch über nachdrückliches Einschreiten des Stadthauptmanns sei es nur dahin gebracht worden, daß der beleidigende Lärm und das Geschrei beim Gottesdienste vermindert wurde. Die Oberjuristen schützten zwar Geneigtheit vor, im stillen aber arbeiteten sie gegen die Tendenzen des Vereines und zur Aufrechterhaltung der veralteten Vorurteile.[24]

Allein auch diesmal ließ der Gubernialreferent Graf Hartmann von seinem früheren Standpunkte nicht ab, soweit es sich um die Aufsicht der Oberjuristen über die Tätigkeit des deutschen Predigers handelte. Das Gubernium empfahl zwar der Hofkanzlei die Genehmigung des Dr. Sachs, gab aber zugleich bekannt, daß es beabsichtige, das Ansuchen des Vereines um Entbindung des deutschen Predigers von der Aufsicht der Oberjuristen wiederum abzuweisen. Das Gubernium motivierte seinen andauernd ablehnenden Standpunkt damit, daß den drei Prager Oberjuristen, ähnlich wie den Kreisrabbinern auf dem Lande zustehe, die jüdischen Trauungen vorzunehmen und die Aufsicht über alle geistlichen Funktionen auszuüben, und daß der neue Verein bei den orthodoxen Juden als ketzerische Sekte gelten würde, wenn diese Oberaufsicht der Juristen aufgehoben würde.[25] Die Hofkanzlei entschloß sich diesmal jedoch nicht, über den Antrag des Guberniums zu entscheiden, ohne vorher die Meinung des Prager erzbischöflichen Konsistoriums eingeholt zu haben, an welches sich übrigens damals auch das Gubernium selbst häufig mit dem Ansuchen um Begutachtung der die Prager und böhmische Judenschaft überhaupt betreffenden Angelegenheiten wendete.

Das Konsistorium benützte damals diese willkommene Gelegenheit dazu, die hierarchische Berechtigung der Prager Oberjuristen in einem entschieden ungünstigen Sinne, durchaus gegen die Anschauung des

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gubernialreferenten und im Sinne der seinerzeitigen Ausführungen des jüdischen Vereines aus dem Jahre 1836, in einem ausführlichen Gutachten einer scharfen Kritik zu unterziehen. In der Frage der Genehmigung des neuen Predigers Dr. Sachs verwies das Konsistorium darauf, daß eine Meinungsäußerung darüber nicht in seine Kompetenz falle, da es mit ihm nicht in Kollision geraten könne. Das Konsistorium beschränkte sich daher auf die Beurteilung seines Verhältnisses zu den Oberjuristen. Während der Wirkungskreis des Predigers bekannt und umschrieben sei — so führte das Konsistorium aus — sei der Kompetenzbereich der Oberjuristen nicht nur nicht bekannt, sondern auch vom rechtlichen Standpunkte unbegründet, gesetzlich nicht bestehend. Sogar den Prager Juden selbst seien deren Berechtigungen nicht bekannt, soweit es den Dienst im Tempel, die Zeremonialgesetze und deren Funktionen bei den Gläubigen betreffe. Die Oberjuristen hätten keine Instruktionen, das Judenpatent erwähne ihrer mit keiner Silbe, und eine Institution von Juristen bestehe auch nicht einmal in Provinzen, in denen die Juden zahlreicher seien wie in Böhmen. Das Konsistorium empfahl, zunächst nach deren Ursprung zu forschen, den Umkreis ihrer Kompetenz festzustellen, und, wenn es sich zeigen sollte, daß sie nur für die Jurisdiktion, soweit sie noch den Juden selbständig zustand, eingesetzt wurden, ohne religiöse und gottesdienstliche Kompetenz, dann solle man prüfen, wie sich die Rabbiner dieser Funktionen bemächtigt hätten, und ihnen die weitere Tätigkeit, die ihnen nicht zustehe, inhibieren und sie so ihrer Aktivität entledigen. So gehe man auch gegen Christen vor, die sich eine ihnen gesetzlich nicht zustehende Kompetenz anmaßen. Dann allerdings könnte von einer Subordination oder Koordination des Predigers Dr. Sachs mit jenen nicht mehr die Rede sein. Aber auch wenn festgestellt werden sollte, daß die Oberjuristen mit Recht eine Lehr-, Gottesdienst- und Religionsfunktion besitzen, sei es noch fraglich, wie sie den Erwartungen der Regierung entsprechen, ob sie die in sie gesetzten Hoffnungen rechtfertigen und ob sie ihre Bestimmung erfüllen — die Juden selbst, wie auch der Stadthauptmann stellten ihnen dies Zeugnis nicht aus. Sie hätten dem Dr. Sachs die Delegation verweigert, bei der Feier am Geburtstage des Kaisers in der alten Synagoge im Beisein illustrer Gäste seien sie bei den ersten Klängen der Orgel wie besessen aus dem Lokale davongelaufen, weil soeben der Sabbatfeiertag begann — das erwecke sicherlich nicht eine gute Meinung von ihnen. Das Gubernium wünsche, daß der Verein Erfolg haben möge und daß sich der neue Ritus nicht nur in den übrigen jüdischen Bethäusern in Prag, sondern auch auf dem Lande durchsetze — dann aber dürfe der alte Schlendrian nicht beibehalten werden. Sogar der Vorsteher der Judengemeinde Landau bestätige es in seinem Berichte, daß die Oberjuristen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

den guten Willen zur allgemeinen Einführung des gereinigten Gottesdienstes nur vortäuschten, in Wirklichkeit aber bestrebt seien, die alten, tief eingewurzelten abergläubischen Gewohnheiten aufrechtzuerhalten; sie hielten sich selbst für die einzigen Orthodoxen und betrachteten die Neuerer als Schismatiker. Es wäre doch absurd, daß die Orthodoxen eine schismatische Sache unterstützen, die Zwietracht vergrößern, die Rechtgläubigen auf die Seite der Schismatiker hinüberführen, dabei selbst Orthodoxe bleiben und zum Schlusse ganz allein, ohne Anhänger, als Rechtgläubige übrigbleiben wollten. Wenn die Leitung schlecht ist, könne nichts Gutes herauskommen. Der Verein für verbesserten Gottesdienst erstarke nicht und werde Vorurteil und Aberglauben nicht ausmerzen, wenn die Oberjuristen gegen ihn wirken und ihre Aufsicht über den neuen deutschen Prediger bestätigt würde.

Die Subordination des deutschen Predigers unter die Oberjuristen könne jedoch auch vom hierarchischen Gesichtspunkte aus nicht gutgeheißen werden — fuhr das Konsistorium in seinem ablehnenden Gutachten fort. Die Hierarchie sei das eigentliche Element der christlichen Kirche, dem Judentum sei sie aber fremd. In der heiligen Schrift sei nirgends auch nur eine Spur der göttlichen Einrichtung einer Hierarchie für den jüdischen Tempel zu der Zeit zu finden, da das jüdische Volk noch das auserwählte Volk Gottes war. Das, was entstand, als die Juden aufgehört hätten, das auserwählte Volk zu sein, beruhe auf historischer Entwicklung und auch das sei in der strittigen Art in keinem Staate, wohin immer sich die Juden zerstreut hätten, eingeführt worden. Jeder jüdische Tempel habe selbständig seinen eigenen Vorsteher, und nirgends sei es zur Einrichtung eines Zentralorgans einer besonderen Einheit gekommen. Jede jüdische Gemeinde bilde allerdings eine Religionsgesellschaft und jede Religionsgesellschaft bedürfe immer einer Aufsicht. Eine Aufsicht fehle aber auch dem neuen jüdischen Vereine nicht und dürfe ihm nicht fehlen — es übe sie die politische Behörde im Verein mit der Stadthauptmannschaft aus. Eine Aufsicht liege auch darin, daß die Predigten nur deutsch erfolgen und daß der deutsche Gottesdienst auch zum überwiegenden Teile in der alten Synagoge abgehalten werde, die jedem zugänglich und zu der der Zutritt Juden und Christen gestattet sei. Das sei eine hinreichende Gewähr dafür, daß dort nichts geschehen könne, was den Staat, die Sittlichkeit und die öffentliche Ordnung gefährden könnte. Für nationalistische Lehren sei auch der gebildete Jude bisher wenig empfänglich, und für die Oberjuristen, die darüber wachen sollen, seien diese Lehren unverständlich. Die Unterstellung des deutschen Predigers unter die Juristen könnte höchstens die Gewinnsucht unterstützen, die Befürchtung vor dem Verluste der Einnahmen der Oberjuristen, was bei ihnen sicherlich der wichtigste Gesichtspunkt sei, der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aber nicht für die Gesamtheit gelten könne und dürfe, namentlich, wenn dadurch das Wohl des guten Zweckes bedroht wäre. Wenn die Existenz der Oberjuristen ungesetzlich und rechtlich unbegründet ist – argumentiert das Konsistorium – so ist es damit auch ihr Einkommen. Ist aber ihre Existenz berechtigt, dann wird es möglich sei, sie zu entschädigen, ohne daß der Zweck dem Mittel zum Opfer gebracht würde. Es sei sicher ein gutes Zeichen der Zeit, daß dieses Volk, das sich am schwersten von Vorurteilen freimachen könne, einen Schritt zur Erkenntnis der religiösen und sittlichen Wahrheit gemacht habe. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß der Verein für verbesserten israelitischen Kultus und für die Reinigung des Gottesdienstes Neuerungen huldige – im Gegenteil, das Konsistorium vermutet, daß er damit zu alten Gewohnheiten zurückkehre. Zeige doch die heilige Schrift des alten Testamentes, daß Jehova mit Tönen und Gesängen geehrt wurde, daß er im Geiste und in Wahrheit vergöttert werden wolle, daß er das Lippengebet verabscheue, wenn es nicht vom Herzen kommt, und, was das Wichtigste sei, daß Predigen und Lehren ein sehr alter Gebrauch sei, da die Lehrer unter den Juden ständig das Land durchzogen hätten, um dem Volke Religion und Sittlichkeit zu predigen. Das alles beabsichtige auch der neue Verein zu tun, der vor allem im Tempel auch den Frauen Lehre und Predigten bringen wolle. Mit der Verkündung des Gotteswortes sei auch Gottesdienst und mit diesem lithurgische Handlungen verbunden, bei den Juden allem voran die Trauung. Das Konsistorium ist vom religiösen, wie vom bürgerlichen Gesichtspunkte aus der Meinung, daß das alles der Prediger ohne Delegation von Seiten der Oberjuristen ausüben könne. Vom religiösen Gesichtspunkte aus sei es ferner nicht möglich, daß die eine jüdische Gemeinde zwei geistliche Vorsteher habe, einen lithurgischen und einen zweiten, lehrenden – nirgendwo gebe es so etwas. Bei einer Trauung würden so zwei religiöse Oberhäupter fungieren, jeder für sich – der Jurist würde kopulieren und der Prediger reden. Es wäre das eine Diarchie, die nirgends von Vorteil sei. Ja, vom bürgerlichen Gesichtspunkte aus wäre eine Trauung sogar ungültig, bei der ein ganz fremdes religiöses Oberhaupt zwei Mitglieder des Vereines trauen würde. Der Verein bilde doch eine selbständige, geschlossene Gemeinde, die mit der übrigen Gemeinde weder in Kultus, noch in religiösen Übungen etwas gemein habe. Der Jurist als fremder Vorsteher könne den eigenen Gemeindevorsteher nicht delegieren. Die Matriken hätten mit der Trauung nichts zu tun und könnten denn auch gemeinsam für die gesamte Prager Judengemeinde geführt werden, wie dies in Wien und Pest der Fall sei. Warum sollte denn der Prager deutsche Prediger den Oberjuristen unterstellt sein? Es sei nicht hinderlich, daß das Prager Judentum eine Hauptgemeinde bildet – sie bilde sie nur im politischen und kameralistischen,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

keineswegs aber im religiösen und bürgerlichen Sinne – an diesen Unterschied dürfe man nicht vergessen. Das Konsistorium faßte sein ausführliches Gutachten in die Behauptung zusammen, daß alle die angeführten Gründe für die Selbständigkeit des deutschen Predigers sprechen.[26]

Das entschieden ablehnende und geschickt motivierte Gutachten des erzbischöflichen Konsistoriums, das sich von dem prinzipiellen Standpunkte des Guberniums diametral unterschied und die Existenzberechtigung der Oberjuristen selbst bestritt, überraschte gewiß den Gubernialreferenten Grafen Hartmann unliebsam, aber er vermochte es von seinem früheren grundsätzlichen Gesichtspunkte aus nicht zu entkräften. Bevor er zu dem definitiven Referate für die Hofkanzlei schritt, versuchte er, sich zuvor über die Herkunft der Prager Oberjuristen zu informieren. Das Gubernialarchiv sollte ihm deshalb die dahingehörigen älteren Akten hervorsuchen, namentlich die Gubernialverordnungen vom 4. November 1785 und vom 16. August 1793, durch welche die vorletzten Oberjuristen Flekeles und Samuel Landau eingesetzt worden waren, ferner die Akten, aus denen zu ersehen wäre, wann das Gubernium zum erstenmale auf die Ernennung von Oberjuristen in Prag und von Kreisrabbinern auf dem Lande Einfluß genommen hatte, insbesondere auf die Bestätigung des letzten Prager Oberrabbiners Ezechiel Landau, des Vorgängers von Flekeles.[27] Die Antwort des Gubernialarchivs und der Registratur war aber für den Grafen Hartmann nicht besonders erfreulich. In den manipulierten Archivabteilungen und den sehr unvollständigen jüdischen Akten war es nicht gelungen, auch nur eine Erwähnung der gesuchten Schriftstücke zu finden, und in den chronologisch geordneten Schriften aus den Jahren 1720–1747 hatte man sehr eifrig gesucht, so daß die Antwort des Archivs nur eine sehr allgemeine sein konnte. Aus einigen wenigen aufgefundenen Akten schloß die Archivverwaltung, daß die Landes- und Kreisrabbiner von der Hofkanzlei ernannt wurden, außer freiwilligen Zuschüssen der jüdischen Gemeinde ihren Gehalt aus der Kontributionskassa bezogen und der Leitung des Prager Landesoberrabbiners unterstanden, und daß erst durch das Hofdekret vom 28. April 1753 dem Gubernium das selbständige Besetzungsrecht hinsichtlich der jüdischen Oberfunktionäre eingeräumt wurde. Aus den Akten aus den Jahren 1725–1783 gelang es aber dem Gubernialarchiv nicht, sicherzustellen, wann die Einrichtung der Kreisrabbiner geschaffen wurde; bezüglich der Oberjuristen vermochte das Archiv lediglich die gewünschten Akten aus den Jahren 1783 und 1793 vorzulegen.[28]

Der Referent bedurfte aber nicht historischer Belege, denn er gründete sein neuerlich ablehnendes Gutachten an die Hofkanzlei wie früher auf den Grundsatz, daß es nicht ratsam sei, die Oberjuristen durch die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Wegnahme der Oberaufsicht über alle Synagogen und über den Prediger in der jüdischen Gemeinde zu reizen, und ihnen so einen Anlaß zur Entfachung religiöser Kämpfe innerhalb der böhmischen Judenschaft zu bieten. Die Oberjuristen seien — so führte Graf Hartmann aus — für die Prager Judenstadt die einzigen religiösen Oberen mit den gleichen Funktionen, wie sie auf dem Lande die Kreisrabbiner hätten. In Prag gebe es in der Tat außer ihnen keine Rabbiner. Die Bezeichnung „Oberjuristen" stamme freilich aus uralten, jetzt nicht mehr bestehenden Zeiten, da sie neben dem Prager Oberrabbiner existiert hätten, der an ihre Mitwirkung gebunden war, und gewisse Jurisdiktionsaufgaben ausgeübt hätten, wie Bannflüche u. dgl., die aber später durch das Judenpatent vom Jahre 1797 und andere Gesetze aufgehoben worden seien. Die Oberjuristen und der Landesoberrabbiner seien stets von der Hofkanzlei und ab 1753 vom Gubernium bestätigt worden, und zwar über Vorschlag der Prager jüdischen Gemeinde und des Magistrates, so daß an ihrer gesetzlichen Existenz nicht zu zweifeln sei.

In der grundsätzlich strittigen Frage der Unterordnung des deutschen Predigers unter die Oberaufsicht der Oberjuristen waren jedoch im Gubernialkollegium zwei Meinungen vertreten. Der Antrag der Gubernialmehrheit an die Hofkanzlei klang im Sinne des erzbischöflichen Gutachtens aus, daß nämlich Dr. Sachs in seiner Funktion derart bestätigt werden möge, daß er künftighin den Oberjuristen nicht mehr untergeordnet sein solle, daß ihm jedoch als viertem Prager Rabbiner die Vornahme von Trauungen und anderen religiösen Funktionen ebenso wie den Oberjuristen anvertraut werde, wenn er darum von den Gläubigen ersucht würde. Die Parteien sollten in Hinkunft auch nicht mehr verpflichtet sein, für diese Leistungen den Oberjuristen Gebühren zu bezahlen, da nicht diese die Ehekonsense erteilten, sondern das Gubernium, und da derjenige, welcher die betreffenden Leistungen ausführe, dafür auch die üblichen Gebühren beziehen solle. Der Referent Graf Hartmann, dessen Meinung sich auch Hofrat Graf Lützow und die Gubernialräte Meisner und Václavíček anschlossen, verharrte bei seinem ursprünglichen opportunistischen Standpunkte und schlug in seinem Minoritätsvotum vor, daß die Unterordnung des Predigers Dr. Sachs unter die Aufsicht der Oberjuristen auch weiterhin beibehalten werde und der deutsche Prediger Trauungen lediglich von Fall zu Fall vornehmen dürfe, wobei die betreffenden Gebühren den Oberjuristen zufallen sollen. Hartmann begründete seine, von der Meinung des erzbischöflichen Konsistoriums und der Gubernialmehrheit prinzipiell abweichende Ansicht mit den bereits früher vorgebrachten Argumenten. Das Gubernium habe solange zu der Einführung des reformierten israelitischen Kultus in einer der neun Prager Synagogen nicht die Einwilligung gegeben, als

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

es dazu nicht die Zustimmung der Oberjuristen erhalten hatte; dies sei ihm erst nach dem Tode des ersten Oberjuristen Landau gelungen, da dann nur der zweite Jurist Samuel Freund übriggeblieben war. Religiöse Erleuchtung und Besserung – so argumentierte Hartmann – könne nicht durch imperative Einflußnahme und Eingreifen der Regierung erzielt werden, die doch nicht wünschen könne, daß die Einführung eines regulierten deutschen jüdischen Kultus in einer der Prager Synagogen als Schisma und als neue Sektiererei angesehen werde, der vielmehr als Vorbild für die anderen Synagogen hätte dienen sollen. Wenn die alte Synagoge der Aufsicht der Oberjuristen entzogen würde, so würden diese sicherlich bestreiten, daß dieser neue Kultus mosaisch sei; es sei vielmehr zu befürchten, daß dieser neue religiöse Kultus früher oder später zum Schaden des geoffenbarten mosaischen Gesetzes in Rationalismus ausarten werde. Darum sei auch die Aufnahme des Ausländers Dr. Sachs vom Gubernium vorläufig unter der Bedingung seiner Unterordnung unter die Oberjuristen bewilligt worden, und der neue Prediger habe auch dazu seine Zustimmung gegeben. Die Oberjuristen als solche wirkten auch nicht hemmend auf die Erneuerung des religiösen Kultus. Es liege das nur an ihren Persönlichkeiten, und gerade jetzt, wo wiederum der erste Oberjurist gestorben sei, werde es möglich sein, an seiner Statt irgendeine aufgeklärte Persönlichkeit unter den Kreisrabbinern zu erwählen. Sollte die Oberaufsicht den Juristen genommen werden, so wäre es nach dem Separatvotum Hartmanns nicht nur schwer, den neuen reformierten Kultus auch in den übrigen Prager Synagogen einzuführen, sondern es sei sogar zweifelhaft, ob es gelingen werde, ihn in dieser einzigen, der alten Synagoge, aufrechtzuerhalten. Die einfachen, „finsteren" Juden würden sich sicherlich nicht gegen den Willen ihrer religiösen Oberen für neuen regulierten Kultus gewinnen lassen. Die ganzen, vom Gubernium festgesetzten Einnahmen der Oberjuristen seien aus den üblichen Gebühren für religiöse Handlungen geschöpft, und es wäre daher nicht gerecht, ihnen diese Einkünfte gerade von der alten Synagoge zu nehmen, welche von allen reichen Prager Juden besucht würde. Während die Oberjuristen keinen Gehalt hätten, habe Dr. Sachs ein zugesichertes Einkommen von 800 fl. jährlich. Für die reichen und den Neuerungen geneigten Prager Juden genüge vollständig eine Synagoge, indessen es doch lediglich mit Hilfe der Oberjuristen möglich sei, den neuen reformierten Kultus in den übrigen Synagogen einzuführen. Hartmann schloß sein Minoritätsvotum mit dem Hinweis, daß der Verein übrigens selbst bereits früher in seinem Gesuche zugestanden habe, daß die bisherigen Gebühren den Oberjuristen belassen werden.[29]

Die endgültige Entscheidung der Hofkanzlei erfolgte jedoch nach dem Votum der Gubernialmehrheit und im Sinne des Gutachtens des

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

erzbischöflichen Konsistoriums, demnach gegen die Meinung des Referenten Grafen Hartmann. Mit Hofdekret vom 9. März 1839 wurde dem Dr. Sachs als Ausländer für die Erlangung des Rabbinates die Dispens von der Anforderung der hierländischen Studien erteilt, und dem Gubernium wurde bei dieser Gelegenheit ausgestellt, daß es die Grenzen seiner Machtbefugnisse überschritten habe, als es, wenngleich nur provisorisch, dem Dr. Sachs die Bestätigung in seinem Amt als Prediger erteilte.[30] Als dann das Gubernium um eine strikte Entscheidung über die strittige Frage ersuchte, ob Dr. Sachs auch weiterhin der Aufsicht der Oberjuristen unterworfen bleiben solle, wurde es von der Hofkanzlei auf den ausdrücklichen Wortlaut des oben zitierten Hofdekretes verwiesen, wonach Dr. Sachs neben den drei Oberjuristen der vierte Rabbiner in Prag geworden sei, woraus auch sein Recht erfließe, selbständig und ohne Aufsicht der Juristen Trauungen und andere religiöse Handlungen vorzunehmen.[31] Es geschah somit nach dem Wunsche des Vereines und des deutschen Predigers, und der Standpunkt des erzbischöflichen Konsistoriums siegte über das Votum des Gubernialreferenten.

Der neue deutsche Prediger bewährte sich auf seinem Posten gut und gewann bald das Vertrauen seiner Glaubensgenossen und Ansehen in der ganzen Prager Judengemeinde. Bereits zum Schlusse des Jahres 1838 wendeten sich etliche junge Leute, Studierende der jüdischen Theologie, an ihn mit der Bitte, ihnen Homiletik vorzutragen. Indem Dr. Sachs dem Stadthauptmann ein Gesuch um Bewilligung dieser Vorträge überreichte, erinnerte er daran, daß er dazu eigentlich nach seinen Instruktionen verpflichtet sei; die Vorträge hätten bloß ganz privaten Charakter und würden mit keinem Lehrstuhl kollidieren. Das Gesuch des Dr. Sachs empfahl auch Dr. W. Wessely, indem er zu bedenken gab, daß in Prag keine Anstalt zur Heranbildung jüdischer Theologen bestehe, so daß die Rabbinats- und Predigtamtskandidaten auf sich selbst angewiesen seien, da sie keine öffentliche Ausbildung hätten. Wessely empfahl auch die Persönlichkeit des Dr. Sachs, der für die Vorträge die nötigen Kenntnisse besitze und sich während seiner Prager Wirksamkeit namentlich als Redner gut bewährt habe. Auch das Gutachten des Stadthauptmanns Hoch klang günstig; er betonte besonders, daß die homiletischen Vorträge des Dr. Sachs nur den gereinigten Dogmen des israelitischen Kultus entsprechen und die Herzen der Jugend vom Zynismus der talmudischen Grundsätze befreien, so daß dadurch nicht nur der Staat, sondern auch die jungen Juden den Gewinn davontrügen, da sie für einen der Zeit angemessenen Glauben gewonnen würden. Der Stadthauptmann empfahl gleichfalls, dem Dr. Sachs die Abhaltung der Vorträge zu bewilligen, allein unter der Bedingung, daß er auf Verlangen seine Vorträge dem erzbischöflichen Konsistorium zur Kontrolle vorlege.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Diese Kontrolle hielt der Stadthauptmann deshalb für besonders nötig, weil die Homiletik enge mit der Dogmatik zusammenhänge und die Richtung des religiösen Glaubens auch auf das praktische Leben der jüdischen Untertanen Einfluß habe.

Als auch der Magistrat empfahl, dem Gesuche des Dr. Sachs zu willfahren, fragte das Gubernium zum Schlusse noch das Konsistorium um dessen Meinung. Das Konsistorium erklärte, wie es dies zu jener Zeit regelmäßig tat, wenn es sich um rein religiöse jüdische Fragen handelte, daß es sich zur Abgabe eines Gutachtens in dieser Frage nicht kompetent fühle, ebenso wie es ein solches im Jahre 1838 in Sachen der Errichtung einer jüdischen theologischen Lehranstalt abgelehnt hatte.[32] Ansonsten klangen seine Bemerkungen sehr kühl und gemessen. Es kenne weder das System des Sachs noch seine Lehrbücher, so daß es die Art seiner vorgesehenen Vorträge nicht beurteilen könne. Das lasse sich nicht gut kontrollieren und sei übrigens vom religiösen und politischen Gesichtspunkte aus sehr gewagt, bei der Unkenntnis der religiösen Grundsätze des ausländischen neuen, aus fremder Schule geholten Religionsinterpreten. Über ein dringliches Ersuchen des Konsistoriums sollte sich das Gubernium darum kümmern, daß die jüdischen Predigten des Dr. Sachs nicht, wie dies so oft geschehe, von christlichen Hörern besucht würden, und zwar namentlich deshalb, damit die laut verkündete Tendenz der Accomodation und des neuen jüdischen Vereines nicht bei den Christen einen reziproken Einfluß ausübe und nicht einen frostigen Indifferentismus oder starren Naturalismus erwecke, dem gegenüber man nicht würde gleichgültig bleiben können. Das Gubernium forderte darauf durch Vermittlung der Stadthauptmannschaft den Dr. Sachs auf, er möge einen Lehrplan der beabsichtigten Vorträge vorlegen und die Werke namhaft machen, die er dabei zu benützen vorhabe. Die erhalten gebliebenen Akten lassen uns nicht erkennen, ob Dr. Sachs dieser Aufforderung nachgekommen ist und ob es tatsächlich zur Abhaltung seiner Vorträge kam, was jedoch sehr wahrscheinlich ist.[33]

Dr. Michael Sachs wirkte in Prag an der alten Synagoge etwa bis in die Mitte des Jahres 1846, zu welcher Zeit er nach Berlin berufen wurde, so daß für den Verein die Notwendigkeit eintrat, einen neuen deutschen Prediger und vierten Rabbiner ausfindig zu machen. Der ausgeschriebene Konkurs auf diese Stelle hatte keinen allzugroßen Erfolg. Von heimischen Kandidaten meldete sich aus den österreichischen Staaten nicht ein einziger, und aus sechs Bewerbern aus dem Auslande erwählte der Verein den Phil. Dr. Saul Isak Kämpf, gebürtig aus Lissa in Posen, der bereits vom Anfang des Jahres 1846 an in Prag wohnte. Dr. Kämpf, der an der Preußischen Friedrichs-Universität (Halle) studiert hatte, promovierte in Jena am 14. September 1844 und konnte sich mit einem guten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zeugnisse des ersten Prager Juristen und Rabbiners Salomon Rappaport sowie einer Empfehlung der Stadthauptmannschaft ausweisen. Das Prager erzbischöfliche Konsistorium sprach zwar seine Verwunderung darüber aus, daß es nicht möglich gewesen wäre, einen geeigneten Kandidaten unter den zahlreichen heimischen jüngeren Juden, die an der Prager Universität Philosophie studierten, zu finden; aber, als der Verein durch Vorlage der Konkursakten nachwies, daß tatsächlich kein passenderer Kandidat vorhanden gewesen sei, wurde Kämpf mit Hofdekret vom 25. Dezember 1847 approbiert und ihm als einem Ausländer die Dispens von den nach dem Systemalpatente vom Jahre 1797 an die Rabbinatskandidaten gestellten Vorschriften erteilt.[34] Dies geschah bereits zu einer Zeit, da das wachsende Bildungsniveau ein größeres Verständnis für die Besserungstendenzen des Vereines in breiteren Schichten der böhmischen Judenschaft mit sich gebracht hatte und der reformierte jüdische Ritus mit deutschen Gebeten und Predigten und mit Chorgesang unter Orgelbegleitung sich auch in den jüdischen Landgemeinden und Synagogen verheißungsvoll Bahn gebrochen hatte.[35]

Schon in der Mitte des Jahres 1837, als der bekannte fortschrittliche jüdische Lehrer Peter Beer sein Büchlein „Reminiscenzen" im Drucke herausgab,[36] das eine kurze Übersicht über die Entwicklung der Verbesserungsbestrebungen des neuen jüdischen Vereines, an dessen Anfängen er einen so hervorragenden Anteil gehabt hatte, bot, konnte mit Befriedigung der erhebliche Fortschritt konstatiert werden, den dieser Gedanke von Beers erstem Vorschlage vom Jahre 1820 an gemacht hatte; Beer konnte weiter die berechtigte Hoffnung auf einen weiteren Sieg dieser Bestrebungen auch in den jüdischen Landgemeinden zum Ausdruck bringen. Allein er selbst fühlte damals noch die Notwendigkeit, alle obenangeführten Einwendungen aus Rabbinerkreisen gegen den Grundgedanken der neuen Reformbewegung eingehender zu widerlegen, ob es sich nun um die Einführung des Deutschen in die Synagogen, oder um die Berechtigung des Chorgesanges mit Orgelbegleitung handelte. Die Existenz des Vereines war jedoch schon damals unter dem Schutze der landesfürstlichen Behörden ganz sichergestellt, das Wissen um das Bedürfnis nach zeitgemäßen Verbesserungen am jüdischen gottesdienstlichen Ritus schon damals auch in die breiteren Schichten der böhmischen Judenschaft eingedrungen, und so war es nur eine Frage der Zeit, daß die veralteten Gewohnheiten gänzlich verschwanden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

[1] Über das jüdische Systemalpatent v. J. 1797 vgl. Simon Adler: Das Judenpatent von 1797 (Jahrbuch d. Ges. f. Gesch. d. J. i. d. ČSR, V., 1933, S. S. 199–229, und Ludwig Singer: Die Entstehung des Juden-Systemalpatentes von 1797), ebenda, VII, 1935, S. 231–428.

[2] Über die Emanzipationsbestrebungen der böhmischen, insbesondere der Prager Judenschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts habe ich in einer Reihe von eingehenden, im Jahrbuche der Ges. f. Gesch. d. Juden i. d. ČSR abgedruckten Studien geschrieben. Es sind dies:

a) Die Verhandlungen über die Revision des Systemalpatentes v. J. 1797 (V., 1933, S. 313–337). b) Die Verhandlungen über die Erweiterung der Judenstadt in Prag in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (V., 1933, S. 338–391). c) Die amtlichen Enqueten über die Judenemanzipation in Böhmen aus den Jahren 1834 und 1837 (V., 1933, S. 392–428). d) Der Widerhall des Pariser Sanhedrins vom Jahre 1806 in Böhmen (VI., 1934, S. 285–295). e) Der Kampf um die „Jüdische Universität" und die fremden Bocherin in Prag (VI., 1934, S. 295 bis 322). f) Zur Zensur jüdischer Bücher in Böhmen zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts (VII., 1935, S. 305–316). g) Die Versuche zur Errichtung eines jüdischen Seminars in Prag in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts (VII., 1935, SS. 316–331). h) Die Verhandlungen über die Regelung der jüdischen Kultus- und Schulverhältnisse in Böhmen im Jahre 1850 (VII., 1935, S. 331–385).

[3] Daten über Peter Beer vgl. im Jahrb. VII., 1935, S. 365–368, Anm. 12.

[4] Über Beers Reformvorschlag vom J. 1820 vgl. eingehender in meiner Studie im Jahrb., V., 1933, S. 316 u. ff.

[5] Über die Militärpflicht der Juden in Böhmen vgl. V. Žáček: Zu den Anfängen der Militärpflichtigkeit der Juden in Böhmen (Jahrb. VII., 1935, S. 265–203. Vgl. auch die Studie des verewigten Ludwig Singer: Zur Geschichte der Juden in Böhmen in den letzten Jahren Josephs II., und unter Leopold II. (Jahrb. VI., 1934, S. 239 f.)

[6] Über den Dormitzerschen Vorschlag vgl. PG. 1831–1835, Sign. 7/6. Alle Signaturen der zu dieser Studie benützten Akten beziehen sich auf die Registratur des böhmischen Guberniums, allgem. (ČG) und Präsidial (PG), die im Archiv des Min. d. Innern hinterlegt ist.

[7] Über das Pariser Sanhedrin vom J. 1806 und dessen Widerhall in Böhmen vgl. meine bereits zitierte Studie im Jahrb. VI., 1934, S. 285–295.

[8] Über die Wohnungsbeschränkungen der Prager Juden vgl. meine zitierte Studie im Jahrb. V., 1933, S. 338 u. ff.

[9] Das Original des Brüllschen Memorandums und die zugehörigen Akten vgl. ČG, 1836, 1840, Sign. 46/2/1.

[10] Prager Zeitung vom 1. März 1832.

[11] L. Pollak, der in der Broschüre Peter Beer's „Reminiscenzen" als der eigentliche Begründer des Vereines bezeichnet wird, war tatsächlich bei der weiteren Tätigkeit des Vereines dessen eifrigstes Mitglied. Im Juni 1837 erschienen in seinem Sommersitz die Inspektoren des neuen Prager Tempels in der alten Synagoge und übergeben ihm eine goldgeschriebene Dankadresse, der Gesangschor des Tempels sang im Garten eine eigens zu diesem Zwecke komponierte Kantate und dann wurde dem Pollak ein silberner, goldverzierter Becher gewidmet mit der Aufschrift „Dem Begründer des geregelten Gottesdienstes in Prag, Herrn Ludwig Pollack, als Merkmal der Anerkennung" (vgl. Allgemeine Zeitung des Judenthums, Leipzig, I., 1837, 4/7).

[12] Das Gesuch des L. Pollak vom 30. Juli 1832 und die zugehörigen weiteren Akten über diese Verhandlung vgl. in ČG, Camerale 1826–1835, Sign. 13/182. Das Archiv der Prager jüdischen Gemeinde enthält über die Anfänge des Vereines nichts Wesentliches.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[13] ČG, 1836–1840, Sign. 47/3/17. Vgl. auch ebenda Sign. 46/14/12.
[14] ČG, 1836–1840, Sign. 47/3/17.
[15] ČG, 1841–1855, Sign. 18/45/7.
[16] ČG, 1836–1840, Sign. 47/3/17.
[17] ČG, Camerale 1826–1835, Sign. 13/182.
[18] Der Ausschuß des Vereines an das Gubernialpräsidium 1. Juni 1836, ČG, 1836–1840, Sign. 47/3/17. Unterschrieben: Leop. v. Lämel, Nathan Dormitzer, S. Lippmann, Hermann Wiener.
[19] ČG, 1836–1840, Sign. 47/3/17.
[20] Der Anonymus an den Obersten Burggrafen Karl Chotek 28. Feber 1836, PG, 1836–1840, Sign. 7/2.
[21] Der Stadthauptmann Hoch an den Gubernialpräsidenten Grafen Chotek, 17. August 1836, ČG, 1836–1840, Sign. 47/3/17.
[22] Dem Gesuche des Vorstandes der alten Synagoge, das beim Gubernium am 22. August 1837 eingebracht wurde (ČG, 1836–1840, Sign. 47/3/17), waren folgende persönlichen und Studienbelege des neuen Predigers Dr. Michael Sachs beigeschlossen: 1. Studienzeugnis, 2. Doktordiplom, 3. Wohlverhaltungszeugnis, ausgestellt vom Berliner Polizeipräsidium, 4. ein Zeugnis über die Tätigkeit des Dr. Sachs als Oberlehrer an der Mädchenvolksschule in Berlin, 5.–7. drei Zeugnisse der Professoren Böckh, Varnhagen v. Ense und Dr. Schulz, 8. Sachsens neue Übersetzung der Psalmen mit Erläuterungen, 9.–10. Kritiken in Zeitschriften, 11. die neue Bibelübersetzung des Sachs, deren I. Buch damals bereits im Druck erschienen war, 12. Sachsens Kritik der Metrik der Griechen und Römer, 13. Briefe bekannter Persönlichkeiten an Sachs, wie von Rückert, Bohlen, Rosen, Jost, Rosenkranz, vom Minister Altenstein u. a. 14. das Diplom für Sachs über seine, Würde „Morenu", das ihm von den Rabbinern seines Geburtsortes Glogau ausgestellt worden war, 15. das dem Sachs vom Berliner Rabbiner ausgestellte „Morenu"-Diplom.
[23] Der Vereinsausschuß an das böhmische Gubernium vom 1. IV. 1837 und die weiteren Akten in ČG, 1836–1840, Sign. 47/3/17. Unterschrieben: Leopold v. Lämel, Nathan Dormitzer, Herrmann Wiener, S. Lippmann, Peter Beer, L. Pollak. An der in der eben hergerichteten alten Synagoge am Geburtstage des Kaisers dem 19. April 1837 veranstalteten Feier beteiligte sich außer den Vereinsmitgliedern und der Prager Judenschaft auch zahlreiche hohe offizielle Persönlichkeiten, wie der Oberstburggraf Karl Chotek, der kommandierende General Mensdorf-Pouilly, der Prager Bürgermeister Sporschill und viele höhere Beamte der Prager landesfürstlichen Behörden.
[24] Der Vereinsausschuß an das böhmische Gubernium am 22. August 1837, der Stadthauptmann Hoch an das Gubernium 11. Oktober 1837, ČG, 1836–1840, Sign. 47/3/17.
[25] Das Gubernium an die Hofkanzlei 25. Jänner 1838, ebenda.
[26] Das erzbischöfliche Konsistorium an das Gubernium 8. Mai 1838, ebenda.
[27] Das Gubernium an das Gubernialarchiv 19. Juli 1838, ebenda.
[28] Gubernialregistratur und -archiv (K. Nádherný und Johann Salzer) an das Gubernium 29. August 1838, ebenda.
[29] Das Gubernium an die Hofkanzlei 11. Oktober 1838, ČG, 1836–1840, Sign. 47/3/17.
[30] Hofdekret vom 9. März 1839, ebenda.
[31] Hofdekret vom 30. April 1839, ebenda.
[32] Antwort des Konsistoriums über das projektierte jüdische Seminar vom J. 1838, vgl. in meiner oben angeführten Studie im Jahrb. VII., 1935, S. 316.
[33] Die Akten über dieses Verfahren vgl. ČG, 1836–1840, Sign. 47/3/17.
[34] ČG, 1841–1855, Sign. 18/45/7.
[35] Der regulierte Gottesdienst war vom J. 1834 an durch den Rabbiner David Pick in der Synagoge in Teplitz eingeführt worden und wurde nach und nach auch in anderen Landessynagogen in Böhmen eingeführt, die damals nach dem Vorbild

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

des Wiener Tempels erbaut und eingerichtet wurden. So wurde z. B. die Synagoge in Brandeis a. E. nach dem Brande vom J. 1830 nach dem Muster des Wiener Tempels umgebaut und vom J. 1835 an daselbst der reformierte Ritus mit deutschen Gebeten, Predigten und Gesängen eingeführt. Der regulierte Ritus mit Chorgesang wurde auch vom J. 1838 in Neubidschow, vom J. 1841 in Schwarzkosteletz und im J. 1850 auch in Böhmisch-Leipa durchgesetzt. (Vgl. das Verzeichnis der jüdischen Gemeinden in der Beilage zu meiner zit. Studie im Jahrb. VII., 1935, S. 374 u. ff.) Zweifellos kam es namentlich in den Vierzigerjahren des 19. Jahrhunderts auch in vielen anderen jüdischen Landgemeinden zur Einführung des regulierten religiösen Ritus, wovon wir aber vorläufig keine näheren Daten besitzen.

[36] Peter Beer: „Reminiscenzen. Bezüglich auf Reorgsanisation des öffentlichen Gottesdienstes bei den Israeliten. Allen, die Sinn für das Gute haben, und zunächst den Vereinsmitgliedern des neu organisierten Cultus der Israeliten in Prag, zur Beherzigung dargereicht. Prag 1837, 73 Seiten, Preis 36 kr." Der Reinertrag aus dem Verkaufe dieser Broschüre, die vom Gubernium mit warmer Empfehlung an alle Kreisbehörden in Böhmen zum Verkaufe ausgeschickt wurde, war für das Spital der Prager Judengemeinde bestimmt. — Der Autor bringt dort nach einem kurzen Vorwort vom 1. Juli 1837 vier selbständige, aber dem Thema nach zusammenhängende Aufsätze zum Abdruck: I. Eine kurze Darstellung der Entstehung des Vereines für die Regelung des religiösen Kultus in Böhmen, worin als Hauptzweck des Vereines betont wird: wahre Frömmigkeit, deutsche Predigten, Reform des Gottesdienstes, Sittlichkeit, Pflege der Heimatsliebe und der Bürgertugenden. II. In einer Skizze der Entwicklung des öffentlichen Gottesdienstes bei den Juden stellt der Autor in einer kurzen Übersicht die historische Entwicklung von den ältesten Zeiten an dar, verfolgt den alten, zumeist polnischen Ritus, der durch unverständliches Schreien und Unordnung in den Synagogen charakterisiert sei. Beer behandelt dann die Entwicklung der Verbesserungsbestrebungen in Deutschland, wo der westfälische Jakobsohn auf seinem Gute in Seesen den ersten regulierten Tempel mit deutschem Predigen, Beten und Chorgesang mit Orgelbegleitung begründete; ihm folgten sodann weitere, der des Bankiers Jakob Beer in Berlin im J. 1817, in Hamburg im J. 1819 und dann auch anderwärts in Deutschland, in den österreichischen Ländern sodann in Wien, Pest, Preßburg, Kanizsa. Hernach wird kurz der Beginn der Tätigkeit des Prager Vereines geschildert. III. In einem Kapitel über das Gebet in deutscher Sprache und in anderen nichthebräischen Sprachen weist der Autor dessen Zulässigkeit und Berechtigung im jüdischen Gottesdienste nach. Der deutsche Gottesdienst sei verständlicher und aufrichtiger als der in der beschwerlichen und antiquierten hebräischen Sprache, die sich außerdem mit ihren östlichen Metaphern nicht für den kühlen Norden eigne. Er widerlegt weiter die üblichen Einwände der Rabbiner gegen die Einführung des Deutschen in die Synagogen: die Vorfahren hätten so gesprochen, fremde, des Deutschen unkundige Leute könnten am Gottesdienst nicht teilnehmen, ein verständliches Deutsch wecke eher Befürchtungen vor der Entstehung eines Sektenwesens. Der Autor zeigt, daß das Hebräische nicht die ausschließliche gottesdienstliche Sprache der Juden war, daß vielmehr neben ihr schon in alten Zeiten auch das Griechische und Chaldäische angewendet worden sei, daß dem Hebräischen manche Ausdrücke für neuere Begriffe fehlen, das poetische Hebräisch sich für die Bedürfnisse des täglichen Lebens nicht eigne und übrigens auch beim Gebrauche der deutschen Sprache ständig nötig sein werde, die hebräische Sprache zum Verständnisse der religiösen Schriften zu studieren. IV. Dieses umfangreiche Kapitel widmet der Autor dem Nachweise der Berechtigung der Verwendung von Gesang und Musik im jüdischen Gottesdienste. Er führt historische Belege und Zitate über die Bedeutung und Wirksamkeit der Musik an und widerlegt die landläufigen Einwendungen der Rabbiner: daß den Juden nach der Zerstörung des Jerusalemer Tempels verboten gewesen sei, Gesang anzuhören, daß die den Juden feindlichen Völker die Musik in die Kirchen eingeführt hätten, daß den Juden an Samstagen schon deshalb verboten sei, auf Musikinstrumenten zu spielen, damit sie

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nicht verführt würden, sie zu reparieren. Indem sich Beer gegen diesen jüdischen Hyperseparatismus wendet, zeigt er u. a., daß schon der Talmud empfehle, gute Sitten auch der heidnischen Völker nachzuahmen und daß übrigens auf dem Lande auch am Samstag bei jüdischen Hochzeiten ohne Widerspruch von Seiten der Rabbiner sogar zum Tanze aufgespielt werde. Bezüglich der Verwendung der Orgel in den Synagogen machte der Autor darauf aufmerksam, daß die Juden bereits im J. 1716 Orgel gespielt hätten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zwei Testamente des Simon Biach

Von Heinrich Flesch, Dolní Kounice

Im ersten Bande des Jahrbuches der Gesellschaft, S. 410ff., habe ich das Testament des *Jakob* Hirsch *Biach Feilbogen* publiziert. Ein zweites Testament desselben Testators hat I. Taglicht im jüdischen Jahrbuche für Österreich, Jahr 5693, S. 416ff. veröffentlicht. Ein Bruder des Jakob Hirsch B. F., Namens *Josef*, der sich „Biach" nannte und den er in seinem Druckwerke „Chaschrat Majim", Blatt 47, anführt, lebte als Privatgelehrter in Boskowitz. Ein jüngerer Bruder des Jakob Hirsch B., Namens *Bezalel*, starb in jungen Jahren, ob in seiner Geburtsstadt Nikolsburg oder in Boskowitz, kann ich nicht feststellen. Sein Sohn *Simon*, geb. 1789, gest. 1871, heiratete die junge Witwe Blümele Schwarz, Tochter des Mordechai Löb Wassertrilling, welch letzterer ein Schwiegersohn des Samuel ha-Levi Kelin (aus Kolin) war, Autor des Machzit haschekel, der als Kaufmann und Privatgelehrter in Boskowitz lebte und eine Talmudschule leitete, die von vielen Schülern besucht wurde. Simon Biach selbst pflegte auch nach Gründung seines Hausstandes das Talmudstudium, was aus seinem nachgelassenen exegetischen Kommentar zum Pentateuch ersichtlich ist, welcher mir handschriftlich vorliegt. Auch zwei Ansprachen in deutscher Sprache (in hebräischen Schriftzeichen), die er seinen Freunden am Versöhnungstage und seinen Kindern bei der Sederfeier am Pesachfeste gehalten, hat er in diesem Kommentar aufgezeichnet. Er lebte ja viele Jahre in Boskowitz, dürfte Freunden und Familienmitgliedern an Sabbaten und Festtagen Vorträge gehalten haben, deren Ergebnisse in dem nachgelassenen Bibelkommentare niedergelegt sind. Im Kommentar selbst haben sich auch historische Nachrichten erhalten, die über Abstammung und Familie Aufschluß geben, auch von gelehrten Zeitgenossen werden Bibelerklärungen überliefert.

Simon *Biach* hat zwei Testamente eigenhändig niedergeschrieben, das erste im Jahre 1831 im Alter von 42 Jahren. Die einleitenden Sätze sind in klassischem Hebräisch geschrieben, welches der Testator glänzend beherrscht, und die letztwilligen Anordnungen im Judendeutsch, damit diese auch der Frau und den jüngeren Kindern verständlich sind.

„Mit der Hilfe Gottes." Ich danke Gott, der mir bisher beigestanden, so daß ich gesund und ungeschwächt bin in Kraft und Verstand, trotz alldem will ich nicht vergessen (an mein Ende zu denken), vielleicht kommen die Tage der Musterung (der Abberufung) plötzlich. Von den Altvordern lernen wir klugen Sinn, dem Hause rechtzeitig zu gebieten. Ich danke seinem heiligen Namen, daß ich Gedanken niedergeschrieben

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

in einem gesonderten Hefte, doch nur deshalb, um sie (die Kinder) den Weg zu lehren, auf welchem sie die Wege Gottes behüten und die Gebote Gottes beobachten sollen. Etwas anderes ist aber, was ich jetzt unternehme, das zu verteilen, womit mich Gott begnadete; meinen Anordnungen sollen sie folgen, wie ich es gebiete."

Gott hat mich beglückt mit männlichen Erben. Mein Sohn, der Jüngling Bezalel,[1] er möge leben, besonders ausgezeichnet in Mischnah und Talmud, ist meine erste Kraft. Aber auch mein Sohn Natan[3] und mein Sohn Wolf,[4] sie sollen leben, wie wohl sie noch nicht ins Jünglingsalter getreten, — aber auch ihr Wille und ihr Wunsch ist es, in der Lehre der Wahrheit zu forschen, — diese haben das Recht, mich zu beerben (nach talmudischem Rechte sind nur die Söhne erbberechtigt).[2] Jedoch meine Söhne, meine Söhne! Was wird die Welt sagen, wenn die Töchter heranwachsen werden, die Töchter, meine Töchter und sollen an Männer kommen! Sollen sie herumgehen (um für Ausstattung zu sammeln)? Ist es nicht besser, wenn ihr mit eueren Schwestern Gnade üben wolltet? Darum sei ihr Anteil gleich einem männlichen Anteile. Folgendermaßen geschehe die Aufteilung:

1. Meiner Frau Blümele, sie soll leben, gebührt laut Ehepakt 320 Fl. Schein und 100 Fl. Widerlage, im Ganzen 480 Fl., macht 192 Fl. Münz (Conventionsmünze). Diese kommen ihr ohne alle „Bedingnis" und auch ein 4-Dukaten-Stück zu."

2. Wenn sie die Kinder bei sich behält, nämlich die Jünglech (Jünglinge), bis sie werden in die Fremd und sich selbst versorgen können, die Mädlech (Mädchen), bis sie werden davenen (hebr. lesen, beten), leienen (deutsch lesen), nähen, stricken und etwas kochen können, so sollen ihr „die vorfindige" Hausgerätschaften, Wirtschaft, Zinn, Messing, Kupfer verbleiben, auch Wohnung im Hause, solange sie lebt und ledig (verwitwet) bleibt. Auch soll sie gleich einschreiten um Lizenz, damit sie weiter handeln kann. Ein Zeugnis liegt im Buch von Butšik, das sie diesen Handel versteht, auch ist sie eingeschrieben schon fünf Jahre (im Gewerberegister).

3. Mein Sohn *Bezalel*,[1] er lebe lange Jahre, soll bekommen das Haus Nr. 17 um 500 Fl. Münz eigentümlich. Hierauf bin ich schuldig dem Landesmassafond (mähr. jüd. Landesmasafonde) 300 Fl. Münz, so verbleibt für ihn 180 Fl.

a) Schuld bei Akiba Eisenstein protokolliert 300 Fl. Schein, worauf ich ihm nachgelassen habe 60 Fl. Münz (ein Gulden-Schein = 40 Kreuzer Conv. Münze) mit der Bedingung, daß er binnen fünf Jahre zu bezahlen hat die übrige 60 Fl.

b) Schöntags Schuld kommt bei der jetzigen Verteilung nicht in Betracht; Betrag gestrichen).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

c) Von meinen Büchern in dem verzeichneten Schätzungswert von 130 Fl., wobei er schon mit die 50 Fl. Münz, was ich ihm schuldige, bezahlt ist.

d) Als Geschenk (eigentlich Predigtgeschenk; der talmudkundige Bräutigam hielt bei dem Hochzeitsmahle einen Lehrvortrag) zur Zeit seiner Verheiratung soll er bekommen einen silbernen Trenschierlöffel (= Tranchierlöffel, Vorlegelöffel) mit 10 Lot, und

e) zum Andenken soll er sich nehmen das Amsterdamer[3] Siddur (= Gebetbuch) von meinem Herrn Vater, das Andenken des Gerechten zum Leben in der kommenden Welt.

4. Mein Sohn *Natan*,[4] soll leben, soll bekommen an barem Geld 220 Fl. Münz. Als Hochzeitsgeschenk soll ihm gegeben werden ein silbern Tazel (silberne Tasse) mit 10 Lot, dann soll er bekommen die Bücher der Autoren Samuel Edels, Meir Lublin, Salamon Luria und Meir Schiff, extra soll er bekommen mein Machsor mit Erklärungen.

5. Mein Sohn *Wolf*[5] soll bekommen an barem Geld 220 Fl. Münz. Als Hochzeitsgeschenk soll er bekommen 2 silberne Eßlöffel und 3 „Kaffeelöffelech". Zum Andenken soll er bekommen die 5 Bücher Moses mit Kommentar, welche meinem Onkel Mhrr Josef, das Andenken des Frommen zum Segen, gehörten, ferner das Buch Seder Mischnah (Verfasser Wolf Boskowitz, Sohn des Samuel ha-Levi Kolin), sowie die Prophetenbücher und Hagiographen ¼ Bogen.

6. Meine Tochter Jitl,[6] soll leben, soll bekommen an bar Geld 200 fl. Zum Hochzeitsgeschenk soll ihr gegeben werden 2 silberne Eßlöffel und drei silberne „Kaffeelöffelech". Zu Andenken soll sie bekommen das Machsor von meiner Frau Mutter seligen Andenkens ¼ Bogen (= Quartband).

7. Meine Tochter Chanah,[7] soll bekommen an bar 200 Fl. Münz. Zum Hochzeitsgeschenk bekommt sie 2 Eßlöffel eben und zur Erinnerung soll sie als letztes Kind bekommen das silberne Machserl (Gebetordnung für Festtage in Silberband) für ein Chosenschenk (Geschenk für Bräutigam).

8. Was mehrere (weiter) verbleibt nach meiner, soll nur erst herabgehen 60 fl Münz für meinen Sohn Wolf, soll leben, daß er soll haben auf drei Jahre für „den Lehrer-Geld", das heißt bis zur Bar Mizwah (Erreichung des 13. Jahres), das übrige sollen die 5 Kinderlech auf gleichen Teilen erhalten.

9. Beziehe ich mich auf mein Testament in heiliger (hebräischer) Sprache, was mir zu tun ist nach meinem Ableben. Besonders wird hinzugesetzt, das gleich vor meinem Begräbnisse soll gegeben werden dem angesehenen Jakob Kelin (Sohn des Samuel ha-Levi Kelin) für Lernverein und Krankenverein 18 fl Schein und für Armenzwecke 6 Fl

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Schein. Für Auslösung meiner Seele 1 Fl, dieses Gebet soll der Gelehrte Jakob Kelin für mich lesen. Nach meinem Begräbnisse soll man wenigstens, um zu betätigen: „Wohltun schreitet vor ihm her (Psalm 81_{14})". 5 Stück Taler dazu legen, macht 25 Fl Schein.

10. Meine Söhne, meine Söhne, jeden Montag und Donnerstag werfet ein (beim Gebet) in die Almosenbüchse wegen meiner 1 Kreuzer.

11. Von meine Kleider soll an mein Vetter (Oheim gemeint) Rabbi Leser, etwas gegeben werden, und die Kleider, die was verkauft oder weggeben werden, sollen nicht gegeben werden, daß sie einwandfrei aus heterogenen Stoffen hergestellt, man soll sagen, daß sie von Nichtjuden genäht, nur ich habe Seide dazugegeben (damit nicht mit Zwirn aus Flachs genäht werde), habe manchmal auch von jüdischen Schneider untersuchen lassen (Kleider aus Wolle und Flachs zu tragen ist verboten, Deutr. 18_{11}).

12. Während der 30 Trauertage sollen 12 Talmudgelehrte lernen (die Mischnah lesen). Die Gelehrten Mhrr: Aron Löb, Jesaja, Simon Sohn Israel, Israel Hirsch, Izik Beer, Selki Proßnitz, Israel Löb, Mose Pintschov, Gerson Kohen. Dem Ahron Löb und Jesaja soll man nichts zahlen für dieses Lernen, weil mir jeder 5 Fl schuldig; sie haben zu Lebzeiten von mir nicht genommen eine Spende und gezahlt will ich nichts haben, so sollen sie jeder für mir (mich) dreißig Tage lernen und die 5 Fl für sich behalten. Sie brauchen auch nicht im Haus (des Verstorbenen) zu lernen. Wenn sie aber gar nicht lernen wollen für „mir", so überlasse ihnen die 5 Fl als Geschenk. Der Gelehrte Simon soll 3 Monate lernen, weil er ist mir 10 Fl schuldig. Israel Hirsch soll auch 3 Monate lernen, man braucht ihm nur 1 Fl zu zahlen, weil er ist mir 5 Fl schuldig. Die „übrigen" sollen nur 30 Tage lernen. Ich bitte diese, daß sie vor dem Lernen sagen, daß sie für mich (für mein Seelenheil) lernen. Der Gelehrte Israel Löb braucht auch nicht ins Haus zu kommen lernen (vgl. Flesch, Jahrb. d. Gesellsch. I, S. 417 n. 9.).

13. Mein Sohn Bezalel soll Vormund von meinen (jüngern) Kindern und meiner Frau (seiner Mutter) behilflich sein und trachten, meine Söhne für Torahstudium erziehen und sie den rechten Weg führen.

14. Wenn, was Gott verhüten möge, meine Frau, soll leben, ihr Zeit aus ist, so soll mein Sohn Bezalel, leben soll, bedacht sein, die Wirtschaft zu verkaufen und soll besorgen, daß Wolf leben, lernen soll bis 14 Jahre und meine Töchter Jitl und Chanah, sollen leben, daß sie versorgt werden, bis sie werden können in Dienst gehen.

15. Achte, mein Sohn, sie des rechten Weges zu führen, verdinge die Mädchen nicht in ein schlecht Haus, auch nicht in ein Brandweinhaus in ein Dorf, es braucht kein Schand zu sein, wenn man ehrlich dient; besser, sich ernähren von sein Verdienst und laßt sich das Geld auf

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Interessen, damit man zur Hochzeit kein Geschenk von Fleisch und Blut (Hilfe von Mitmenschen) braucht, als man soll sitzen, faulenzen, das Geld verzehren und endlich mit dem Büchsel (Almosenbüchse) auf sich herumgehen; (man hat zur Ausstattung armer Bräute gesammelt) es ist besser, wenn ihr selbst das Gebot, arme Bräute zu verheiraten, übet. Schämet euch nicht das Dienen, seid verträglich mit „die Wirtin" (Hauswirtin, Hausfrau). Wenn sie bös ist, so gibt nur keine Antwort und verzählt (erzählt) nichts anderwärts, traget lieber Geduld, bis euch Gott hilft. Und wenn das Herz zu voll ist, so weinet lieber in der Koch (Küche) und bittet Gott, gelobt sei er, soll euch und alle(n) ehrliche(n) Kinder(n) helfen, denn er hilft Witwen und Waisen. Führet euch nur rechtschaffen! Und wenn ihr Mädlech sollt eine Heirat machen, sehet nur auf einen braven-guten-Menschen, der euch ernähren kann, dann „kannt" (könnet) ihr glücklich sein. Das Glück ist von Gott, der gemeine (geringe, besitzlose) Mensch hat Hoffnung reich zu werden.

(§ 16, d. h. Zahl 16 absichtlich vom Testator nicht gebraucht, wurde übersprungen und es folgt auf § 15, § 17. Während die Buchstaben t w, Zahlenwert für 15, an das Wort „gut" erinnern, sind die Buchstaben t s Zahlenwert für 16, Anklang an „Satan").

17. Schuldig bin ich zwar nicht mehr, als angemerkt ist im Verzeichnis. Im Falle sich Gläubiger zu meiner Verlassenschaft melden, so soll meine Frau, soll leben, oder mein Sohn Bezalel, soll leben, sogleich die Exekution wider mich führen auf Grund des Urteils wegen 2800 Fl Münz, respektive 2300 Fl Münz, weil sie schon im Jahre 827 die Einantwortung meiner sämtlichen Habseligkeiten verlangt und auf 500 Fl Münz bewilligt erhalten hat; es liegt im Amt.

17. Kinder! — Seid alle gut und einig, Gott wird euch nicht verlassen. Dieses Testament auf Deutsch, damit die Mädlech es auch lesen können und niemals vergessen sollen, rechtschaffen zu sein.

18. Meine Frau, soll leben, bitte ich, sie soll nur trachten, daß die Kinder bei dem Lernen bleiben sollen, das Lehrgeld soll sie nicht verdrießen. Und wenn ein Kind wird können in die Fremde gehen, es gehen zu lassen; das Kind erspart, gegen die Eltern widerspenstig zu sein, und sucht sich sein weiteres Fortkommen.

(Schluß hebräisch) „All dies von eurem Vater, der euer Wohlwollen wünscht, gut, redlich, Gottesfürchtig und fern von Bösem zu sein. Schwer fällt mir das Scheiden von euch. Wer weiß, wo jetzt mein Sitz sein wird, oben oder unten! Der in die Gruft führt und herausführt, Er führe mich die rechten Wege, zu erschauen sein Heiligtum, zu genießen von seiner Glorie, am Ende der Zeiten wieder zu erstehen, wenn wieder erwachen, die im Staube schlummern. Er sei euch Helfer, Er, der Vater der Waisen, zu ihm erhebet euer Auge, Er wird seinen Engel

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

vor euch herschicken, außer Ihm kann niemand seine Hand regen. Dies sind die Worte dessen, der tränenden Auges schreibt, heute am ersten Tage des Wochenabschnittes Toldot 592 d. kleinen Zeitrechnung (= 23. Marcheschwan = 30. Oktober 1831).

Der Kleine und Jüngere, verschmähte und armselige der Menschen, ohne (gute) Taten, der sich fürchtet und ängstigt vor dem Tage des Gerichtes und das Urteil auf sich nimmt (die Strafe ertragen will). *Simon*, Sohn meines Herrn Vaters und Lehrers Mhrr Bezalel, das Andenken des Frommen zum Segen für das Leben in der kommenden Welt."

Vorstehendes Testament hat Simon Biach im Alter von 42 Jahren abgefaßt. Er bemerkt in der Einleitung, daß seine Kraft ungeschwächt, er scheint aber Todesahnungen gehabt zu haben, fürchtet, daß er in jungen Jahren gleich dem Vater wird sterben müssen. Das Testament selbst bedarf keines Kommentars und ist charakteristisch für den schlichten, bescheidenen und tiefreligiösen Mann, der talmudisch gebildet, aber auch profanem Wissen nicht abgeneigt war.

Wie ich eingangs bemerkte, hat Simon Biach noch ein zweites Testament verfaßt und dies in hohem Alter von über 80 Jahren. In der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Testament ist der kluge Kaufmann zu recht ansehnlichem Wohlstand gelangt. Der Geschäftsgründung in Brünn (Schlossergasse) war bald die Lettowitzer Blaudruckfabrik gefolgt, die Max und Jakob Biach leiteten. Die Verfügungen im zweiten Testament betreffen Gemeinde, Vereine, Kinder, Schwiegersöhne und Enkel. Der Testator wird nicht müde, seine Nachkommen zu Liebe und Eintracht zu mahnen; denn nur so „bleibt der Wohlstand der Familie dauerhaft". Nichts läßt der umsichtige Mann, außer acht, selbst den Entwurf der Grabschrift; dieser lautet:

Auf meinem Grabstein soll geschrieben sein (hebr.): „Hier ist versenkt *Simon*, Sohn Mhrr Bezalel, das Andenken des Frommen zum Leben in der kommenden Welt, *Biach* Tag, Monat, Jahr, – fand Ruhe." „Sollten" aber ihr Kinder sich dabei beleidigt finden, so kann folgendes geschrieben werden, jeder Vers 23 Buchstaben. (Hebr. Akrostichon „Simon ben Mhrr Bezalel Biach"): Höret mich und bittet den Gnädigen und Barmherzigen für den Sohn, aus der Erde sein Leib, seine Seele von oben, vom Berge des Königs kam sie herab, dorthin kehrt sie zurück und steigt auf. Im Schatten Gottes weilet sie, Gott sei mir gnädig und erbarme sich meiner. Mir zuwende sich Seine Hand und sei mir gnädig. Verlasse mich nicht! O Gott, sei mir nicht fern! Errette mich, ins Verderben laß mich nicht sinken und nicht in die tiefste (hebr. Scheol) Tiefe. Aus der Quelle deines Gartens Eden, laß mich schlürfen den Becher deines Heils, mit den Seelen deiner Frommen will ich singen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Hallelujah! Ich danke Gott, denn er ist gütig, daß er in seiner Gnade mir vergelte. Von Ewigkeit zu Ewigkeit sei gelobt der Name seiner Herrlichkeit, er belebet die Toten und hilft dem Manne mir gleich! –

(Hebr.) Tausend Dank gebe ich Gott für alles Gute, daß er mir erwiesen von Jugend an. Vater und Mutter haben mich verlassen, Gott hat mir geholfen. Gut ist Gott allen, die auf ihn vertrauen, er erhört, die ihn anrufen. Gerecht ist er auf allen seinen Wegen, zu dir, o Gott erhebe ich meine Seele, die gedrückt und gedemütigt. Die Opfer Gottes sind gebrochener Geist. „Besser zu gehen ins Trauerhaus“,[8] warum soll ich mich mühen in der nichtigen Welt. Ich weiß daß ich nicht gerechtfertigt, doch mein Trost ist: Den Weg des Glaubens habe ich erwählt und bis ich verscheide soll meine Rechtschaffenheit nicht weichen. Der Tod der Rechtschaffenen sei Trost und Er erbarme sich meiner in seiner großen Barmherzigkeit. Ich bin Staub und Asche, will mich hinlegen und schlafen bis erwachen, die im Staube schlummern, *Simon Biach.*[9]

*

Zu vorstehender Publikation sei mir folgende Bemerkung gestattet: Ich habe weder an der Ausdrucksweise noch am Satzbau Änderungen vorgenommen, das Hebräische habe ich möglichst wortgetreu übersetzt, dadurch waren Stilhärten unvermeidlich. Worterklärungen habe ich in runde Klammern ( ) gesetzt, Anführungszeichen „ “ = wörtlich. Mhrr = morenu haraw reb, Titel für Gelehrte. soll leben = Segen für Lebende. „Das Andenken des Frommen zum Segen in der zukünftigen Welt“, hebr. secher zadik liwrochoh lechaje hoanlom haboh = Eulogie für Verstorbene.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN

[1] Kinder des Bezalel: 1 Franz B., 2 Jakob, 3 Samuel, 4 Adolf, 5 Dr. Alois Biach, Polizeiarzt und Univ. Dozent in Wien, 6 Helene, verehel. Schwarz, 7 Camilla, verehel. Fein, 8 Dr. Ernst Biach, Advokat in Wien (Hernals). Vgl. H. Flesch, Die Familie Biach, Jüd. Familienforschung, Jg. XIII 1937, S. 826 ff.

[2] Talm. Tract. Baba Batra 139; Maim. Hilchot Ischot 19, § 17.

[3] Das Amsterdamer Gebetbuch, gedruckt 1768 bei Gerard Johann Janson, welches Bezalel dem Vater des Simon Biach gehörte, ist in meinem Besitze.

[4] Kinder des Natan Biach: 1 Ludwig B., 2 Bertha B., 3 Ernestine, verehl. Dr. Theodor Wlach, 4 Fanni verehl. Brant, 5 Max Biach, 6 Dr. Jakob Biach. Max und Jakob führten nach dem Tode des Vaters die Firma Simon Biach und Sohn, Tüchelgeschäft in Brünn und gründeten später die Blaudruckfabrik Simon Biach und Sohn in Lettowitz. Später leitete Dr. Jakob Biach auch die Cosmanoser Kattunfabrik des Baron Leitenberg. Der Prager Kliniker Prof. Dr. Arthur Biedl war der Schwiegersohn des Dr. Jakob Biach.

[5] Wolf Biach, geb. 1821 in Boskowitz, gest. am 1. Feber 1908 im Alter von 87 Jahren in Wien. In jungen Jahren pflegte er eifrig das Talmudstudium und die hebräische Sprache. Er war Mitarbeiter der Kochbe Jizchak, s. Wachstein, die hebräische Publizistik in Wien I., S. 14. Mir liegt handschriftlich eine Erklärung des Psalm 37 aus der Hand des Wolf B. mit Anmerkungen des Redakteurs des Kochbe Jizchak vor. Seine Gymnasial- und philosophischen Studien, sowie seine juridischen Studien absolvierte er in Leitomischl, Miskolcz, Olmütz, Prag und Wien. Er war der zweite Jude in Österreich, der zur Advokatur zugelassen wurde. Der erste jüdische Advokat war Dr. Ignaz Pisko, der Redakteur der Gerichtshalle, deren Mitarbeiter Dr. Biach war. Er war auch Mitarbeiter der Zeitschrift Gesetzeskunde, welche von Dr. Petruska in Preßburg herausgegegen wurde.

Anläßlich seines Ablebens erschien im Fremdenblatt, Wien, 3. Feber 1908 folgender Nachruf: Dr. Wolf Biach. Im Alter von 87 Jahren ist vorgestern hier der emiritierte Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Wolf Biach gestorben. In seinen jüngeren Jahren galt Dr. Biach als einer der glänzendsten Juristen Wiens, als ein lebendiges Kompendium und Nachschlagebuch für die verwickeltesten Fragen des Rechts. Im Irrgarten der ältesten und allerältesten Hofdekrete aus Olims Zeiten war keiner so zu Hause wie er und man erzählt sich, daß selbst Eugen Mühlfeld, wenn er nicht mehr recht Bescheid wußte, sich gerne bei seinem damals noch jungen Freunde Rat holte und ihn auch wirklich fand. Bei all seiner stupenden Gelehrsamkeit war Dr. Biach ein Mann von mimosenhafter Bescheidenheit, der dem Strom der Welt im weiten Bogen auswich und das Leben eines alten bedürfnislosen Junggesellen fast bis zur Askese führte. Schon seine Erscheinung war ungemein sympathisch, ja geradezu rührend. Er war von kleiner, unanschnlicher Gestalt, aber aus seinem kleinen, geistvollen Antlitz leuchteten ein paar wunderbar blaue Kinderaugen wie um Hilfe suchend, vor den Ungereimtheiten dieser Welt. Wenn er dann nach getaner Arbeit in den Abendstunden ins alte Winterbierhaus huschlte, zu dessen uralten Stammgästen er zählte, schaute ihn Jung und Alt verehrungsvoll an. Der kleine Doktor Biach war eine der beliebtesten Stadtfiguren Wiens. Nicht nur in den Kreisen seiner Standesgenossen, auch unter den Literaten erfreute er sich der größten Wertschätzung. Daniel *Spitzer*, Ludwig *Speidel* und andere hervorragende Schriftsteller unterhielten sich gerne mit dem geistvollen Manne, der nach Altwiener Advokatenart auch auf dem Gebiete der Literatur und Kunst wie selten einer beschlagen war. Vor drei Jahren resignierte Dr. *Biach* auf die Advokatur nun ist er einer der allerletzten aus der Glanzzeit des alten Wiener Barreaus dahingegangen.

[6] Jitl, Jetti verehl. Hermann Ungar, deren Sohn: Emil Ungar verehl. mit Jeanette Kohn. Deren Kinder: JUDr. Hermann Ungar, hervorragender Schriftsteller, Legationssekretär der čechosl. Gesandtschaft in Berlin, geb. 1893, gest.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

28. X. 1929, Felix, Kaufmann in Boskowitz, Dr. med. Gerta Ungar, Kinderärztin in Tel Aviv.

[7] Chanah verehl. Salamon Schnabl in Pohrlitz.

[8] Predig. 7/2.

[9] Simon Biach wohnte bis an sein Lebensende in Boskowitz, betrieb einen Schnittwarenhandel, lieferte den jüdischen Hausierern Kopftücher und andere Schnittwaren. Er und sein Sohn Nathan bezogen die Brünner Märkte, wo sie mit den jüdischen Hausierern aus Mähren zusammenkamen und Geschäfte machten. Sie etablierten sich später in der Schlossergasse in Brünn unter der Firma Simon Biach und Sohn, waren zuerst nur während der Marktzeit dort, später verlegte Nathan und seine Frau Hanni ihren Wohnsitz nach Brünn. Simon Biach kam während der Marktzeit, aber auch für zwei bis drei Tage wöchentlich nach Brünn und führte die Bücher der Firma, die es zu hohem Ansehen brachte. Nach der Gründung der Lettowitzer Blaudruckfabrik durch Max und Dr. Jakob Biach, war Hanni Biach, die Chefin des Brünner Tüchelgeschäftes. — Dr. Jakob Biach war Verwaltungsrat der Bodenkreditanstalt in Wien. — Es ist mir eine angenehme Pflicht, meinem sehr geschätzten Freunde Herrn Emil Ungar in Boskowitz, für die Zusendung der Urkunden und Familienpapiere herzlichst zu danken. Ihm verdanke ich auch manche Mitteilung über Simon Biach und seinen Nachkommen.

* * *

Wie ich eingangs bemerkte, hat Simon Biach noch ein zweites Testament verfaßt und das im hohen Alter von über 80 Jahren. In der Zeit zwischen dem ersten und zweiten Testament ist der Testator zu recht ansehnlichem Wohlstand gelangt. Der Geschäftsgründung in Brünn (Schlossergasse) war bald die Lettowitzer Blaudruckfabrik gefolgt. Die letzten, seiner Verfügungen betrafen Gemeinde, Vereine, Kinder, Schwiegersöhne und Enkel. Er verzeiht großmütig den Familienmitgliedern, die ihn gekränkt, und wird nicht müde, seine Nachkommen zu Liebe und Eintracht zu ermahnen, denn nur so bleibt der Wohlstand der Familie dauerhaft. Nichts läßt der umsichtige Mann außer acht, selbst den Entwurf der Grabschrift welche die Anfangsbuchstaben „Simon ben Mhrr Bezadel Biach" ergiebt fügt er seinem letzten Willen ein. Wie mir mitgeteilt wird, entspricht die Ausführung durchaus seinem Wunsch.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der gelbe Fleck in Prag

Von Dr. L. Moses.

—

Tobias Jakobovits hat den Judenabzeichen in Böhmen eine eingehende Studie gewidmet.[1] Unter diesen Abzeichen spielte der von Maria Theresia im Jahre 1750 anbefohlene gelbe Fleck am längsten seine diffamierende Rolle und erst im Jahre 1781 verschwand auch dieses Überbleibsel einer bösen Zeit. Jakobovits zeigt in den Einzelheiten die Plackereien, die den Prager Juden aus gelegentlichen Übertretungen der Verordnung erwuchsen, die sich vor allem gegen die ledigen Juden richtete, da die Verheirateten ohnehin an den Bärten kenntlich waren. Außer den von ihm mitgeteilten Akten, die den gelben Fleck betreffen, befinden sich aber auch im Wiener Staatsarchiv des Innern und der Justiz[2] einige Aktenstücke, die den Sachverhalt einiger Übertretungen dieser Art festhalten und darum als Ergänzung der Arbeit von Jakobovits hier im extenso mitgeteilt werden mögen.

Constitution des den 24. Juli 1761 eingebrachten Juden Mordche Gerschels, 15 Jahre alt, allhiesiger Prager Jud, ernährt sich als Kürschner, in Arbeit beim Moyses Itzels, ist (weil derselbe auf eine besondere, neu erfundene Art den gelben Aufschlag mit angenähten Hefteln getragen und den zu diesem Rock gehörigen Aufschlag im Sack bei sich verborgen gehabt habe und dieses zwar anscheinend von darum getan zu haben, um damit derselbe in den Seitengassen diesen Aufschlag anheften und da er eine Bürgerwacht oder Stadtgericht, von welchen er von derentwegen angehalten zu werden sich besorgt, den oben tragenden Aufschlag herabzuziehen und selben in Sack zu stecken in der Geschwindigkeit zu können, bei dem Rathaus, weilen die Hafteln aus dem gelben Aufschlag verdächtig geschienen), angehalten, sogleich visitiert und auch der zum Rock gehörige Aufschlag in seinem Kleid verborgen gefunden worden.

Die Angelegenheit läßt sich in dem nachstehenden „Extractus" weiterverfolgen, der noch viele andere Sünder dieser Art aufzählt.

Extractus ex libro Arrestatorum Regiae antiquae Urbis Pragensis in Betreff derjenigen ledigen Juden, welche die gelben Aufschläge entweder nicht vollkommen oder aber gar keine gehabt haben und dessenwegen auf hohen Befehl einer hochlöbl. k. k. Sicherheitskommission in Verhaft gezogen worden.

Ao 1760, 24. Aprilis, Salomon Rosenberg, 19 Jahre alt, ledigen Standes, ein Prager Jude,

Eodem dato, Jacob Herschel, 15 Jahre alt, von Kolin geboren, ledig, Jude,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

1760. 24. April, Jacob Jonas, 21 Jahre alt, von Tutschop geboren, ledig, Jude,

27. April, Frohmut Horzelitzer, 17 Jahre alt, von Horzelitz geboren, ledig, Jude,

1761, 4. Mai, Löbl Jaiteles, 20 Jahre alt, allhiesiger, ledig, Jude,

„ 5. „ Jacob Wenossen, 18 Jahre alt, von Winos, unweit Pilsen, gebürtig, Branntweinbrenner-Bedienter, lediger Jude,

„ 8. „ Kalman Goldschmied, 21 Jahre alt, Prager lediger Jude,

„ 18. „ Lasar Moyses Bendiener, 21 Jahre alt, Prager lediger Jude,

Eodem dato, Jacob Raudnitz, 24 Jahre alt, von Raudnitz geb., led. Jude,

„ 22. Mai, Isaac Berl, 17 Jahre alt, von Neu-Bidschow gebürtig, ledig, Jude,

„ 22. „ Nassan Löbl, 15 Jahre alt, von Nikolsburg gebürtig, ledig, Jude,

„ 26. „ Moyses Marek, 21 Jahre alt, von Kollodiej gebürtig, ledig, Jude,

„ 26. „ Abraham Gerschels, 20 Jahre alt, von Lieben gebürtig, ledig, Jude,

„ 26. „ Salomon Janovits, 24 Jahre alt, von Janovitz gebürtig, ledig, Jude,

„ 26. „ Seligmann Levi, 19 Jahre alt, von Ronsperg gebürtig, ledig, Jude,

„ 29. „ Isaac Metzels, 16 Jahre alt, von Prag gebürtig, ledig, Jude,

„ 5. Juni, Marcus Manassas, 15 Jahre alt, von Holleschau,[3] gebürtig, ledig, Jude,

„ 5. „ Feischl Löbl, 18 Jahre alt, von Langendorf gebürtig, ledig, Jude,

„ 5. „ Aron Jerusalem, 18 Jahre alt, von Prag gebürtig, ledig, Jude,

„ 10. „ Löbl (?)schneider, 22 Jahre alt, von Prag gebürtig, ledig, Jude,

„ 10. „ Gabriel Tomers, 26 Jahre alt, von Prag gebürtig, ledig, Jude,

„ 10. „ Löbl Kralowitz, 16 Jahre alt, von Kralowitz gebürtig, ledig, Jude,

„ 17. „ Isak Ausche, 15 Jahre alt, von Prag gebürtig, ledig, Jude,

„ 17. „ Jacob Elbogen, 16 Jahre alt, von Buntzlau gebürtig, ledig, Jude,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

1761, 24. Juli, Modche Gerschels, 15 Jahre alt, von Prag gebürtig, ledig, Jude, Kürschner, ist arrestiert worden, weil derselbe einen verfälschten gelben Aufschlag gehabt hat.

„ 21. August, Isaac Gerschels, 20 Jahre alt, von Oberdorf gebürtig.

Während bei allen anderen Delinquenten Vermerke angebracht sind, die besagen, daß die jungen Leute gegen 1 Schock Arrestgeld oder gegen Warnung zu entlassen seien, heißt es bei Mordche Gerschels, dessen Verfehlung oben genauer geschildert worden: „Diesem ist ein Stock Schilling zu geben, sodann ist er aber gegen halbes Arrestgeld und Schärfste Warnung zu entlassen, der braune Aufschlag bei dem Gericht aufzubehalten.“ Bei diesem Gerichtsakt wäre nun vielleicht noch dieses eine Exemplar des Aufschlages vorzufinden, von dem Jakobovits feststellt, daß nicht ein einziges Stück mehr für die Sammlungen erworben werden konnte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

[1] Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Čsl. Republik, III. Jg., Prag 1931, S. 145 ff.

[2] Sign. IV. T 11. Karton 1557, Böhmen. Den Beamten des Archivs, namentlich den Herren Dr. Bodenstein und Dr. Baron Kotz, sei an dieser Stelle für die freundliche Überlassung des Archivmaterials bestens gedankt.

[3] Die Holleschauer Familienliste 1765 (Mähr. Landesarchiv J 4/26) hat einen Menasse Benjamin, einen Marcus Menassis und einen Menassis Joachim.

UB Frankfurt am Main DFG

Am 27. November 1936 starb

Prof. Dr. Berthold Bretholz,

emeritierter Direktor des Mährischen Landesarchivs in Brünn,

im 75. Lebensjahre. Bretholz, der sich durch seine Geschichte der Stadt Brünn, ferner durch sein Werk über die Geschichte Böhmens und Mährens bis zum Aussterben der Přemysliden (1306), durch seine Geschichte Böhmens im 16. Jahrhundert und eine große Zahl von Abhandlungen und Aufsätzen einen Ruf als Geschichtsprofessor erworben hatte, war bald nach Gründung unserer Gesellschaft mit ihr in Verbindung getreten. Im II. Band des Jahrbuches veröffentlichte er die gehaltvollen Abhandlungen über den Gewitscher Judenrichter Joseph David und über die Judenschaft im Markte Pirnitz im 18. Jahrhundert, welchen Schriften im IV. Band des Jahrbuches die Abhandlung über die Judengemeinde in Ungarisch-Brod und ihr Streit mit dem Grundherrn Leo Wilhelm von Kaunitz folgte. Daneben hat er ein wichtiges Quellenwerk, eine Sammlung von Regesten, aus den Quellen zur Geschichte der Juden in Mähren vom 11. bis 15. Jahrhundert verfaßt, welches Werk in den Schriften unserer Gesellschaft erschienen ist. Auf Grund des geschichtlichen Materials, das in diesem Werk gesammelt ist, hat er dann eine Geschichte der Juden von Mähren im Mittelalter, und zwar bis zum Jahre 1350 herausgegeben. Durch diese Werke hat sich Bretholz, der als der beste Kenner der Geschichte Mährens gilt, ein großes Verdienst um die Geschichte der Juden in der Čechoslovakei erworben. Sein Tod bedeutet für unsere Gesellschaft einen schweren Verlust.

UB Frankfurt am Main DFG

Am 9. Jänner 1937 starb

Prof. Dr. Moritz Winternitz,

der durch mehr als dreißig Jahre die Lehrkanzel für indische Philologie und Ethnologie an der Deutschen Universität in Prag innehatte. Winternitz, der als Sanskritforscher sich einen glänzenden Namen gemacht hatte und dessen indische Literaturgeschichte zu den Hauptwerken der wissenschaftlichen Forschung unserer Zeit zählt, war auch ein guter Kenner der hebräischen Sprache. Er hat unserer Gesellschaft seit ihrer Gründung als Mitglied des Vorstandes angehört und hat an ihren Arbeiten den regsten Anteil genommen. Unsere Gesellschaft wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

UB | Frankfurt am Main DFG